





Ausgeschieden





STANFORD UNIVERSITY  
JUN 1976

LIBRARY







# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.



Jahrgang 1817.



Potsdam, 1817.

Zu haben bei dem Königl. Hofpostamt daselbst und bei allen übrigen Königl. Postämtern  
der Provinz.

(Preis 12 Groschen, und mit einem alphabetischen Sach- und Namenregister über den  
ganzen Jahrgang 15 Groschen.)



1116 21115

100

1116 21115 1116 21115

JS7

G 3 Pb

1817

1116 21115



# Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam in den Monaten Januar, Februar und März 1817 erschienenen Verordnungen und Bekanntmachungen nach Ordnung der Materien.

Bemerkung. Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung sind durch die bloße Nummer, die des Kammergerichts durch ein K., und die des Konsistorii der Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Ca. neben der Nummer bezeichnet.

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
<b>I. Abgaben, landesherrliche.</b>				
<b>A. Allgemeine Steuerangelegenheiten.</b>				
Jan. 2	23	Der Stadt Gilehne im Departement der Regierung zu Bromberg ist das Recht zugestanden, fremde Waaren auf Begleitscheine beziehen, und von dort nach andern Königl. Provinzen mit Passirscheinen versenden zu dürfen.	3	18
14	30	Denunziantenantheil bei Salzkonfiskationen.	4	36
<b>B. Akzise-, Konsumtionssteuer- und Zollabgaben.</b>				
Dez. 26	13	Was bei den Versendungen von Glas, Glaeswaaren und Spiegeln aus dem Königl. Hüttenamt zu Friedrichshol nach den alten Königl. Provinzen zu beobachten.	2	12
Jan. 2	19	Abgabe von den Hüttenfabrikaten aus dem Eisenwerk Lauchhammer im Herzogthum Sachsen.	4	36
29	49	Verbrauchsabgabe von inländischem Alaun.	6	46
Febr. 13	59	Versteuerung des aus den überweserschen Provinzen eingehenden inländischen Schießpulvers.	8	59
März. 1	75	Die Schleusenaufzugsgelder sollen in Silbergeld entrichtet werden.	11	102
1	79	Verhältniß der gefalzenen und grünen Häute zu den trocknen bei Entrichtung des Ersatzzolles.	12	108
18	87	Die aus Kupfer und Messing in den überelbischen Provinzen verfertigten Waaren sind, wenn sie diesseits mit Passirscheinen eingehen, abgabenfrei.	13	123
<b>C. Gewerbesteuer.</b>				
Jan. 22	37	Mauer- und Zimmer-Gliedarbeiter müssen Gewerbscheine haben.	5	41











Datum der Verordnungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Nummer des Amtsblatts.		Seitenzahl des Amtsblatts.	
Dat.	Nummer der Verordnungen.						
Dsb.	24	12	Bekanntmachung wegen der Zinszahlungen von den vor der Besignahme des Herzogthums Sachsen baar und in Staatspapieren bestellten Kautionen	2	10	12	
29	4		Bestimmungen für die betreffenden Behörden und Kassen über den Rechnungsschluß für des Jahr 1816	1		7	
31	15		Erneuerte Vorschriften wegen der Tresorschein-Zahlungen bei den in Silbergeld abzuhaltenden öffentlichen Abgaben und Steuern	2		13	
Jan.	2	16	Bestimmungen über die Zinszahlung von den aus der erfolgten dritten Verloosung zur Einlösung kommenden Lieferungsscheinen	3		15	
13	33		Die Offizier-Wittwenkassen-Beiträge sollen in Zukunft von der Regierungskasse bei Auszahlung der Pensionen und Wartegelder dekurtirt und an die Offizier-Wittwenkasse abgeführt werden	5		39	
15	26		Bestimmungen über die Tresor- und Thalerscheinzahlungen im Herzogthum Sachsen	4		35	
21	32		Bekanntmachung, daß die von den Spezialbehörden bisher geführten extraordinalen Rechnungen von 1sten Januar 1817 ab zeichnen sollen	5		39	
31	55		Bestimmungen über die Kautionsleistungen der Kassenbeamten	7		56	
Febr.	23	66	Bestimmungen wegen Zahlung des Gnadenmonats an die Hinterbliebenen der Militärpensionaire	10		71	
25	74		Bestimmungen wegen der Invaliden-Gnadengehalts-Zahlungen	11		102	
März.	2	71	Bekanntmachung wegen Zahlung des Kapitals und fälligen Zinsbetrags von den durch die erfolgte zweite Verloosung gezogenen Russischen Bonds	11		101	
4	76		Bestimmungen über die Einreichung und Einrichtung der Nachweisungen von den eingegangenen Tresor- und Thalerscheinen	11		103—105	
VI. Militärwesen.							
Dsb.	25	1	Bestimmung, daß die Regimenter neben ihrer Benennung auch noch Provinzialnamen führen sollen	1		3—6	
[27	2		Grundzüge, nach welchen bei Verabreichung der Fourage an marschirende Truppen und der dafür zu leistenden Vergütung verfahren werden soll	1		6	
Jan.	3	6	Bestimmungen des Gewichts der Fleischportion für die Soldaten	2		9	
5	8		Bestimmungen über die Serviszahlungen an die Landwehroffiziere	2		10	
20	36		Bestimmungen wegen Ausmittelung des Schicksals vermisster Militärs aus den diesseitigen Ländern	5		41	



Datum der Verordnungen		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Jan.	31	42	Bestimmung über die Verpflegung der Ersahmannschaften für die Armee in Frankreich	6	44
Feb.	8	54	Bestimmung einer letzten Frist zur Einreichung der Zwangslieferungs-Liquidationen aus der Zeit vom 1sten Januar 1813 bis letzten Juni 1814	7	56
18	62		Servis für die Gendarmerie-Kapitains und Rittmeister	9	63
19	63		Letzte Frist zur Einreichung der aus der Zeit vom 1sten Juli 1814 bis Ende April 1815 rückständigen Militäerverpflegungs-Liquidationen	9	64
25	67		Fernerworte Bestimmung wegen des Eintritts der Freiwilligen in das stehende Heer	10	72
27	69		Bestimmungen wegen Aufertigung der vierteljährigen Servisliquidationen	10	95-98
März	20	89	Bestimmung über die Brennholzunterstützung an die dürftigen Familien der noch in Frankreich stehenden Soldaten für den Winter 1814	13	129
VII. Polizei.					
Dsh.	24	9	Bestimmungen über das Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Reisenden und Handwerkern oder Gastwirthen wegen Ueberschungen im Preise	2	10
24	10		Erinnerung wegen Einreichung der vorgeschriebenen Quartallisten über vorgefallene Verbrechen	2	11
27	17		Aufforderung an die Polizeibehörden, darauf zu wachen, daß nur ein reines, ganz unverdorbenes Wehl zum Brotbacken verbraucht, und zugleich das Brod gut ausgebacken werde	3	16
29	14		Bekanntmachung wegen der Bezeichnung der die Binnengewässer befahrenden Frachtschiffe mit einer Nummer und einem vorgelegten Buchstaben in den verschiedenen Regierungsdepartementen	2	13
Jan	3	7	Berliner Durchschnittspreise von Getreide, Fourage und Getränken pro Dezember 1816	2	9
4	19		Aufforderung zur Einreichung der Duplikatsbezeichnisse von den Geburten, Heirathen, Ehebündnissen und Todesfällen der Juden pro 1816	3	16
6	22		Aufforderung zur Abschaffung der Dorfhecken und Schlagbäume, wodurch die Zu- und Ausgänge der Dörfer geschlossen werden	3	17
7	14		Die vorgeschriebenen Mühlenwaagen sollen ungesäumt angeschafft werden	6	45
13	34		Anempfehlung der Gemeinbachhäuser auf dem Lande	5	40
28	43		Bestimmungen wegen der Antrittszeit des städtischen und Landgesindes	6	44
28	48		Die Handwerkskompbräuche bei den Papiermachern sollen abgestellt werden	6	46







Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Mrz. 14	86	Bestimmung der Obduktionsinstrumente, welche die gerichtlichen Wundärzte und Kreischirurgen eigenthümlich besitzen müssen . . .	13	127
<b>VIII. Allgemeine Regierungssachen.</b>				
Dyb. 18	5	Bekanntmachung, daß die polizeiliche Aufsicht über den Freienwalder Fähr- bassin dem Rent- und Polizeiamte Freienwalde übertragen worden . . .	1	8
Jan. 17	31	Bekanntmachung, daß die interimistische Verwaltung des Rent- und Po- lizeiamts Lehnin dem Regierungspreferendar v. Reichenstein übertragen worden . . .	4	37
18	35	Bestimmungen in Betreff der im Herzogthum Sachsen ausstehenden Ka- pitalien . . .	5	41
19	6 Co	Bekanntmachung wegen der Beiträge der Geistlichen und Schulbeamten zur Allgemeinen Wittwenkasse . . .	10	99
21	45	Bestimmung wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten für kommissarische Geschäfte in königlichen Dienstangelegenheiten, wenn nur eine Durchreise im Auslande Statt findet . . .	6	45
21	46	Gebührensatz der Feldmesser bei Forstvermessungen . . .	6	45
24	4 Co	Die Aufsicht über das Joachimsthalsche Gymnasium in Berlin und dessen Kassenverwaltung ist vom Konsistorium der Provinz Brandenburg über- nommen . . .	6	49
29	41	Bestimmungen wegen Beglaubigung der zum öffentlichen Gebrauch in Frank- reich bestimmten Dokumente und Urkundenstücke . . .	6	44
Febr. 8	51	Bekanntmachung wegen Ausführung der neuen Kreiseintheilung . . .	7	51—54
8	52	Bekanntmachung der ernannten Kreisassen-Rendanten und Kontrolleure . . .	7	54
20	68	Bestimmungen in Betreff des Beitritts der Ziviloffizianten bei ihrer Verhei- rathung zur Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt . . .	10	72—94
Mrz. 8	72	Bekanntmachung, daß die Stadt Kyritz zur Kreisstadt der Ostprienitz bestimmt worden . . .	11	102
15	81	Ernennung des Syndikus Meuß zum Landrath im Güterbogl-Luckenwalde- schen Kreise . . .	12	108
15	82	Bekanntmachung der fernerweit ernannten Kreisassen-Rendanten und Kon- trolleure im diesseitigen Regierungsdépartement . . .	12	108
18	83	Aufforderung an die Prediger zur unverzüglichen Anzeige der nothwendigen Bauten an den Kirchen-, Pfarr- und Küstergebäuden königl. Patronats für das Jahr 1818 . . .	12	109



123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123

123 123 123  
123 123 123  
123 123 123



# Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam in den Monaten April, Mai und Juni 1817 erschienenen Verordnungen und Bekanntmachungen nach Ordnung der Materien.

**Bemerkung.** Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Abniglichen Regierung sind durch die bloße Nummer, die des Kammergerichts durch ein K., und die des Konsistorii der Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Co. neben der Nummer bezeichnet.

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
<b>I. Abgaben, landesherrliche.</b>				
<b>A. Akzise-, Konsumtionssteuer- und Zollabgaben.</b>				
April 25	128	Was Hinsicht der Abgabenerhebung bei dem Verkehr mit rohen Häuten aus dem Herzogthum Sachsen nach andern inländischen Provinzen, und umgekehrt, beobachtet werden soll . . . . .	19	160
Mai 27	158	Durchschnittsag beim Durchgangsverkehr mit Meßwaaren . . . . .	24	193
Juni 4	165	Abgaben von Uhrenfabrikaten aus Neuchâtel . . . . .	25	203
<b>B. Gewerbesteuer.</b>				
Mai 20	148	Invaliden, welche durch Korbflechten oder andere Handarbeiten sich ernähren, sollen von aller Gewerbesteuer frei sein . . . . .	22	182
Juni 10	166	Bestimmungen über die Gewerbesteuerfäge für die Brantweindestillateurs . . . . .	25	205
<b>C. Personensteuer.</b>				
April 3	103	Bestimmungen wegen der den Wittwen und Kindern der im Kampfe gegen Frankreich gebliebenen Soldaten und Landwehrmänner für das Jahr 1817 bewilligten Befreiung von der Personensteuer . . . . .	15	139
<b>D. Stempel.</b>				
April 9	114	Stempelsag für die Kalender in Duodezformat . . . . .	16	145
Mai 17	23 K	Anweisung an die Untergerichte wegen Anfertigung und Einreichung der Erbschaftsstempel-Tabellen . . . . .	21	177
26	151	Bestimmung über die Anwendung des Werthstempels bei Schwängerungsprozessen . . . . .	23	188



Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
<b>E. Andere Abgaben.</b>				
Jan. 9	164	Gesuche um Erlassung der Nachschüsse in Vermögenssteuerfällen können in der Regel nicht berücksichtigt werden . . . . .	25	203
<b>II. Domainen und Forstfachen.</b>				
Mrz. 21	102	Bekanntmachung, daß der bisherige publike Holzhof in Potsdam vom 1sten April 1818 ab ganz eingehen soll . . . . .	15	138
April 22	122	Verordnung, daß die, zur Verhütung der Holz- und Wildpretentivendungen aus Staatsforsten und Jagden, bisher in der Kurmark stattgefundenen Jagd- und forstpolizeiliche Vorschriften auch in den zum hiesigen Regierungsbezirk gelegten Landestheilen des Herzogthums Sachsen angewendet werden sollen . . . . .	18	154
Mai. 9	144	Bestimmungen wegen Anwendung der neuen Holztaxe für die Kurmark . . . . .	21	176
<b>III. Justiz.</b>				
Mrz. 10	12 K	Die Etats der Untergerichts-Salarienlisten pro 1817 sollen sofort angefertigt werden, und Schema dazu . . . . .	14	134
13	11 K	Anweisung an die Untergerichte im Herzogthum Sachsen, wegen Vermögensbeschlagnahme der Deferteurs das Erforderliche zu verfügen . . . . .	14	134
13	14 K	Aufforderung an die Untergerichte zur Bezahlung der Druckkosten für die Verzeichnisse der in den Monaten Juni und Juli 1816 bei ihnen erlassenen Ediktalzitationen an die Kammergerichts-Salarienliste . . . . .	17	151
17	15 K	Ded gleichen wegen der Druckkosten für die Verzeichnisse der Ediktalzitationen aus den Monaten August und September 1816 . . . . .	17	151
27	13 K	Bekanntmachung für die Untergerichte, in Betreff der in den Monaten Oktober bis Dezember 1816 erlassenen Ediktalzitationen . . . . .	16	146
31 April	16 K	Bekanntmachung wegen Aufhebung des Schöppenstuhls in Brandenburg . . . . .	17	151
8	17 K	Bestimmungen in Absicht der Entschädigung wegen Aufhebung des Mühlen- und Getränkezwangs . . . . .	18	155
9	175	Dienstsätze der Justizbeamten . . . . .	16	145
24	19 K	Bestimmungen über das Depositatwesen in den mit dem Preussischen Staate vereinigten, vormal's Sächsischen Distrikten . . . . .	20	171
24	20 K	Aufforderung an die Untergerichte zur Bezahlung der Druckkosten für die Verzeichnisse der pro Oktober bis Dezember 1816 bei ihnen erlassenen Ediktalzitationen an die Kammergerichts-Salarienliste . . . . .	20	171



Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
April 28	18 K	Den Bergwerks- und Salinenbeamten und deren Familien soll fernerhin nicht gestattet sein, Theile von Berg- und Salzwerken zu erwerben .	19	162
Mal. 1	21 K	Bekanntmachung für die Untergerichte, in Betreff der in den Monaten Januar und Februar 1817 erlassenen Ediktalzitationen .	20	171
5	24 K	Gerichtsstand in Zivilangelegenheiten für die Preussischen Militairpersonen in Ragny und Luxemburg .	22	181
8	22 K	Anweisung an die Untergerichte, zur Ansetzung geräumiger Termine in den Ediktalvorladungen .	21	177
27	25 K	Bekanntmachung der in der Stadt Brück eingeführten Gerichtstage .	25	205
27	29 K	Wiederholte Bekanntmachung derjenigen Fälle, in welchen kein richterliches Verfahren eintritt .	26	214—222
29	26 K	Verfahren bei den gerichtlichen Untersuchungen über Vergehen der Landwehroffiziere und Wehrmänner .	25	207
IV. Rassen-, Kredits- und Schuldenwesen.				
März. 21	90	Bekanntmachung wegen abermaliger Zinszahlung von Lieferungsscheinen .	14	131
April 10	111	Bekanntmachung wegen Bearbeitung der Kreiskassenrechnungs- und Restangelegenheiten im Luckenwaldischen Kreise .	16	144
18	119	Zinszahlung aus der 1½ Million Thaler Anleihe pro 1816 .	17	150
26	125	Bekanntmachung, daß die Zinsen von den Zentralsteuer-Obligationen auf den diesjährigen Oftertermin bei dem Handlungshause Reichenbach et Comp. in Leipzig erhoben werden können .	19	159
V. Kirchen- und Schulwesen.				
März. 16	91	Bekanntmachung des Orts, wo die gedruckten Tabellen zu den Kirchenbüchern jetzt zu haben sind .	14	132
21	92	Kirchen- und Hauskollekte in der Provinz Brandenburg zum Neubau des Schulhauses in Fürstenseide .	14	132
27	8 Co	Erinnerung wegen Einreichung der Nachweisungen der seit dem 11ten März 1812 getauften Juden .	14	136
27	9 Co	Bestimmungen in Absicht des Besuches des Plamannschen Lehr- und Erziehungsinstituts .	14	136
April 2	10 Co	Erneuerte Bestimmungen wegen der Erlaubniß zum Predigen .	15	139



Datum der Verordnungen	Nummer der Verordnungen	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts	Seitenzahl des Amtsblatts
April				
8	104	Auch im Herzogthum Sachsen soll nur Ein Buß- und Betttag im Jahre Statt finden	16	141
9	105	Bestimmungen wegen der Immunitäten der Geistlichen und Schullehrer	16	141
Juni				
4	106	Remunerationssätze für die Superintendenden	25	197
		VI. Militärwesen.		
März.				
17	93	Alle auf Personalverhältnisse der in den Lazarethanstalten befindlich gewesenen Militärpersonen Bezug habenden Papiere sollen ungesäumt an den General-Stabschirurgus Dr. Oberke eingesandt werden	14	133
24	94	Bestimmung über den Militärvorspann	14	133
April				
11	106	Den Kapitäns der Infanterie und Infanterie, wenn sie sich auch ein Pferd halten, soll kein Stallservis gewährt werden	16	142
22	120	Bestimmung über die Servis- und Brodbenefizien der Soldatenfamilien	18	153
25	121	Bestimmung über die Aufnahme von Freiwilligen im Gardejäger- und Gardeschützenbataillon	18	153
28	149	Militärfreiwilligen, welche mit einjähriger Dienstzeit auf eigene Wahl eingetreten sind, kann bei Verlegung des Regiments, worin sie dienen, nachgelassen werden, zu einem andern Regiment überzutreten	23	185
Juni				
13	167	Bestimmungen in Absicht der Entlassungs- und Befreiungsgesuche vom Militärdienst	26	211
17	168	Bestimmungen über das Fortkommen der Militär-Revisionskommissarien bei Dienstreisen	26	212
20	169	Aufforderung an die Magistrate wegen Einreichung der Servisliquidationen pro 2tes Quartal 1817.	26	213
		VII. Polizei.		
März.				
18	96	Aufforderung zur Anzeige wegen der angelegten Baumschulen zur Bepflanzung der öffentlichen Wege	14	134
18	97	Erinnerung an die Ortsobrigkeiten, auf die Wegeverbesserungen eine geschärfte Aufsicht zu haben	14	134
29	113	Das Hausiren auf Interimscheine und Wohlverhaltensatteste der Orts- und Kreisbehörden wird verboten	16	145
April				
2	101	Die Publikation des Vorstuhlsedikts vom 15ten November 1811 soll in den von Sachsen abgetretenen Landestheilen veranlaßt werden	15	138



Datum der Verordnungen		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen:		Nummer des Amtsblatts	Seitenzahl des Amtsblatts
April	5	98	Berliner Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro März 1817	15	137
	8	108	Die Auswanderungen nach Rußland betreffend	16	143
	11	145	Bestimmungen wegen des Zehrgeldes an wandernde Handwerksgefallen	22	179
	19	123	Bestimmungen, in welcher Art den Hebammen auf dem platten Lande Unterstützungen gewährt werden sollen	19	157
	22	127	Das Verbot der Ausfuhr des Schießpulvers ist aufgehoben	19	159
	25	124	Verfahren bei Vernehmung der Minderjährigen in polizeilichen Untersuchungen	19	159
	29	192	Die diesseits erteilten Hausirscheine zum Handel mit Schnittwaaren und mit kurzen Waaren aller Art, sind in den zum hiesigen Regierungsbezirk geschlagenen Sächsischen Landestheilen vor der Hand nicht gültig	19	160
	29	130	Anweisungen zur Kartoffelvermehrung	19	160
	29	133	Bestimmungen in Absicht der Unterstützung der Eltern von 7 Söhnen von Seiten des Staats	20	169
	6	138	Die Quartallisten von den vorgefallenen Verbrechen dürfen in Zukunft nicht mehr eingereicht werden	21	174
Mai	7	136	Erneuerung der gesetzlichen Bestimmungen wegen Legung der Fundamente unter hölzernen Gebäuden	20	170
	8	140	Konzessionen zum Glückswürfel- und Döpfenspiel werden nicht mehr ausgegeben oder erneuert	21	175
	5	154	Berliner Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro April 1817	24	192
Juni	5	155	Vergleichen pro Mai 1817	24	192
	7	162	Die Einreichung eines dritten Situationsplans bei neuen Mühlenanlagen ist nicht mehr erforderlich	25	197
	12	270	Zu den Unterstützungen für die Hebammen auf dem platten Lande sollen die Juden eben so wie die Christen beitragen	26	213
			A. Feuersozietäten.		
März.	17	95	Bei Einsendung der Brandkassengelder aus dem Herzogthum Sachsen an die Feuersozietäts-Direktorialdeputation in Merseburg soll auf den Packeten bemerkt werden, ob Konventionsmünze oder Preuß. Rourant darin befindlich ist	14	133
April	19	117	Mobiliar-Brandenschädigungsgelder - Ausschreiben der Predigersozietät für die Prediger Bauerhorst und Hülßen	17	147



Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
April 19	118	Mobiliar-Brandentschädigungsgelder = Ausschreiben der Landeschullehrer-Sozietät für Schilling, Köppen, Ulrich und Behrens	17	149
Mai. 14	141	Verlängerter Präklusivtermin zur Anzeige über vorgekommene Mobiliar- und Immobilien-Brandschäden in den vormals Sächsischen Landestheilen	21	175
27	150	Bekanntmachung in Betreff des Beitritts der Bewohner des Herzogthums Sachsen zur Berlinschen Feuerversicherungs-Anstalt	23	186
Juni 4	163	Feuerkassengelder = Ausschreiben bei der Kur- und Neumärkischen Städte-Feuersozietät	25	197—203
B. Fremden- und Passpolizei.				
Mrz. 22	99	In den Pässen der Müller soll bemerkt werden, ob der Wandernde ein Wind- oder Wassermüller ist	15	138
26	100	Bestimmung wegen Ertheilung der Eingangspass-Blanquets an Reisende durch die Polizeibehörden in den Grenzstädten	15	138
C. Medizinalpolizei.				
Mrz. 27	116	Verfahren beim Arseniktransport	17	147
April 9	109	Bestimmungen wegen der Schutzpockenimpfung	16	143
9	110	Bestimmungen über die Abfassung der Gesundheitsatteste für das Rindvieh	16	144
11	112	Bekanntmachung, daß der im Mai d. J. anstehende Rindviehmarkt in Neustadt a. d. Dosse abgehalten werden wird, da die Lungenseuche in Dreeß aufgehört hat	16	145
Mai. 5	134	Die Sperre für das Rindvieh in Tetz ist nach aufgehörter Lungenseuche daselbst aufgehoben	20	170
5	135	Nach aufgehörter Lungenseuche unter dem Rindvieh in Mittenwalde ist der freie Viehverkehr dieser Stadt wieder gestattet	20	170
25	147	Was Hinsichts der Kandidaten zu beobachten ist, welche in doctorem medicinae promoviren wollen	22	180
Juni 3	157	Bekanntmachung wegen der aufgehobenen Viehsperre in Liebenwalde	24	193
VIII. Staatsbehörden und Staatsbeamten.				
Mai 7	132	Bekanntmachung wegen neuer Organisation der Königl. Ober-Rechnungskammer	20	167



Datum der Verordnungen		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Mai.	7	137	Bestimmungen über die Errichtung des Revisionskollegiums zur Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse für die Provinz Brandenburg . . . . .	21	173
Juni	2	27 K	Bekanntmachung, daß das Land- und Stadtgericht zu Jüterbogk in Wirksamkeit getreten ist, und Benennung der dabei angestellten Beamten . . . . .	25	210
	2	28 K	Desgleichen wegen des Land- und Stadtgerichts zu Dahme . . . . .	25	210
IX. Kommunalangelegenheiten.					
Mai.	10	139	Aufforderung an sämtliche Magistrate zur Einreichung von Nachweisungen aller besoldeten und unbesoldeten Magistratsmitglieder . . . . .	21	174
	14	142	Erinnerung an die Magistrate zur Anfertigung von Stadtchroniken . . . . .	21	176
X. Allgemeine Regierungssachen.					
April	2	107	Bestimmungen über die Einführung der Preussischen Gesetze im Herzogthum Sachsen . . . . .	16	143
	29	126	Bekanntmachung wegen des wiederhergestellten Brandenburger Landgestüts . . . . .	19	159
Mai.	7	132	Die bei den Vermählungen von Prinzessinnen des Königl. Hauses herkömmliche Prinzessinnensteuer ist bei den bevorstehenden Vermählungen der Prinzessinnen Charlotte und Friederike von Preußen von des Königs Majestät erlassen worden . . . . .	20	167
	7	143	Bestimmung des Trinkgelbfasses bei Reisen der Offizianten in Königl. Dienstangelegenheiten . . . . .	21	176
	19	146	Die Zeitungsberichte sollen von den Unterbehörden vorschriftsmäßig und pünktlich erstattet werden. . . . .	22	180
	25	159	Was beim Brennholzverkauf zu beobachten . . . . .	24	193
	26	153	Bekanntmachung wegen der veranstalteten topographischen Vermessung der Kurmark und der dazu bestimmten Personen . . . . .	24	190
	30	152	Bestimmungen über die Remuneration der Gesundheitsbeamten . . . . .	24	189
	30	160	Wie bei Ausführung der Königl. Bauten und Aufbewahrung der Bauanschläge zu verfahren ist . . . . .	24	194
Juni	2	156	Anfragen nach den in den Feldzügen 1813 bis 1815 verstorbenen Militärpersonen können bei dem General-Stabschirurgus Dr. Gibrcke in Berlin gemacht werden . . . . .	24	193
	24	171	Bekanntmachung wegen interimistischer Verwaltung der durch den Tod des Landrentmeisters Espeut erledigten ersten Rentantenstelle bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse . . . . .	26	213







# Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam in den Monaten Juli, August und September 1817 erschienenen Verordnungen und Bekanntmachungen nach Ordnung der Materien.

Bemerkung. Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung sind durch die bloße Nummer, die des Kammergerichts durch ein K., und die des Konsistorii der Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Co. neben der Nummer bezeichnet.

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
<b>I. Abgaben, landesherrliche.</b>				
<b>A. Mzise-, Konsumtionssteuer- und Zollabgaben.</b>				
Juni 24	184	Bestimmung über die Coldehebung beim Wollausfuhr-Import	27	232
27	185	Auf allen Punkten, wo ein Eingang von der Elbe Statt findet, soll von den nach der Kurmark gehenden Gütern der Eingangs Zoll nach dem Tarif vom 21sten Juni 1816 erhoben werden	27	232
Juli 18	209	Versteuerung des aus den überelbischen Provinzen eingehenden, aus fremden Blei verfertigten Schrots	31	266
21	210	Versteuerung der in Erfurt gefertigten Metallknöpfe	31	266
22	211	Abgabenbefreiung vom Herzoglich Sächsischen leinen Garn	31	266
28	214	Die Federde, womit die Zuckerbotten in den Raffinerien beschwert werden, sollen vom Ersatz Zoll frei bleiben	32	271
Sept 12	250	Die Exportationsabgabe auf Wörke aus dem Herzogthum Sachsen bei dem Absatz in eine andere Preuss. Provinz ist aufgehoben	39	337
<b>B. Gewerbesteuer.</b>				
Juli 3	190	Bei Festsetzung der Gewerbesteuer eines Gewerbetreibenden sollen Lehrlinge im ersten Lehrjahre nicht gerechnet werden	28	254
Aug. 7	218	Fernerweite Bestimmungen in Absicht des Gewerbetriebs auf Westphälische Patente	33	276
23	230	Wiktualienhändler auf dem platten Lande müssen zum Braunkreuz und Bierschank einen besondern Gewerbschein lösen	36	294



Datum der Verordnungen.		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Sept.	4	243	Vorschriften, unter welchen Bedingungen Bauhandwerker aus dem Herzogthum Sachsen Gewerbschreine zum Verrieb ihres Gewerbes in andern Bezirken erhalten sollen.	38	316
Sept.	5	244	C. Andere Abgaben. Auf der von Werneuchen nach Freienwalde bis hinter dem Sternkrug vollendeten Chaussee werden vom 1. Oktober ab die gewöhnlichen Chausseegefälle für drei Meilen erhoben.	38	316
Juni	28	172	II. Domainen und Forstfachen. Bekanntmachung wegen der neuen Forstorganisation für das Potsdamsche Regierungsdepartement.	27	223—227
Mai	27	30K.	III. Justiz. Aufforderung an die Untergerichte zur Bezahlung der Druckkosten des 6ten Verzeichnisses der vom 1sten Januar bis ult. Februar 1817 bei ihnen erlassenen Ediktalzitationen an die Kammergerichts-Salarienklasse.	27	232
Juni	19	32 K	Was bei Ausfertigung und Aushändigung der Erkenntnisse gegen Einwohner der Rheinprovinzen zu beobachten ist.	27	233
Juli	3	33 K	Bekanntmachung für die Untergerichte, in Betreff der in den Monaten März und April 1817 erlassenen Ediktalzitationen.	29	258
	3	34 K	Erinnerung an die Untergerichte zur genauesten Befolgung der Vorschriften in den §§. 261. und 432. der Kriminalordnung.	30	264
	13	199	Aufforderung an die Gerichtsbehörden in dem zum diesseitigen Regierungsbezirk gehörrigen Theile des Herzogthums Sachsen zur Einreichung von Verzeichnissen der Debiten, welche dem Fiskus schulden.	29	258
	21	35 K	Bestimmungen über das Verfahren bei Aufnahmen unbedingter Erbedeclarationen, und bei Aufnahme von Spezialvollmachten zur Einziehung aufstehender Forderungen.	32	271
	21	36 K	Entscheidung der Fragen, ob die im Herzogthum Sachsen übliche Geschicktskuratel durch die Einführung des Allgemeinen Landrechts aufgehoben worden, und ob die gesetzliche Erbfolge in allen seit dem 1sten März 1817 dafelbst entstehenden Erbfällen nach den Vorschriften des Landrechts, oder nach den Provinzialgesetzen zu beurtheilen ist.	32	272
	25	37 K	Anweisung an die Untergerichte wegen Einreichung der Abduktionsberichte bei der kompetenten Regierung.	32	273

Die



Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Juli				
31	38 K	Die Druckkosten des 7ten Verzeichnisses der vom 1sten März bis letzten April 1817 bei den Untergerichten erlassenen Ediktalzitationen sollen an die Kammergerichts-Salarientasse gezahlt werden.	33	277
Aug.				
28	40 K	Bekanntmachung wegen der Sportellassen-Stats der Stadtgerichte.	38	318
28	41 K	Bekanntmachung für die Untergerichte in Betreff der in den Monaten Mai und Juni 1817 erlassenen Ediktalzitationen.	38	319
Sep.				
4	42 K	Aufforderung an die Untergerichte, gleichzeitig mit der Absendung der Ediktalvorladungen an das Intelligenzkomtoir eine Abschrift davon an das Kammergericht einzureichen.	38	319
15	43 K	Erinnerung an die Patrimonialgerichte in dem zum Bezirk des Kammergerichts geschlagenen Theile des Herzogthums Sachsen zur Berichterstattung über die Einrichtung des Depositalwesens.	39	337
Juli		IV. Kassen-, Kredits- und Schuldenwesen.		
1	191	Bekanntmachung wegen Zahlung der Zinsen auf die, mit Ende Juni 1817 fällig werdenden 5ten Coupons der Staatsschuldscheine für das Semester vom 1sten Januar bis ult. Juni 1817.	28	254
18	204	Den Kautionsgeldern, welche die Kassenbeamten baar leisten, ist bei deren Einsendung an die Seehandlung die Portofreiheit zugestanden worden.	31	265
31	212	Die Quittungen über die auf Anweisung der Regierungshauptkasse geleisteten Militairzahlungen müssen spätestens am 3ten oder 4ten eines jeden Monats bei der Regierungskasse eingegangen sein.	32	269
Juni		V. Kirchen- und Schulwesen.		
7	11 Co	Bestimmungen über die geordnete Säkularfeier der evangelischen Kirchenreformation.	27	233
12	177	Den Haus- und Kirchen-Kollektengeldern ist die Portofreiheit zugestanden.	27	228
14	173	Die Anordnung der Schulfeierlichkeiten in Bezug auf die Feier des Reformationstages soll den Schulen selbst überlassen bleiben.	27	227
23	195	Bei der Feier der Gedächtnistage der Schlachten von Leipzig, Paris und Belle Alliance soll in den Kirchen eine allgemeine Kollekte zum Besten invalide gewordener Krieger u. veranstaltet werden.	29	257
30	186	Haus- und Kirchenkollekte zur Wiederherstellung der Pfarr- und Schulgebäude in Rathstock bei Rastria.	28	235
Juli				
19	12 Co	Bestimmung des Anfangs der Kreissynoden.	29	259

X

Aufs.



Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Juli				
10	13 Co	Aufforderung zur Einrichtung der Presbyterien	29	259
31	14 Co	Den Geistlichen sollen in den sogenannten Kirchenzetteln keine Titel beigelegt werden, die sie nur in außerkirchlichen Verhältnissen führen	32	273
Aug.				
22	225	Kirchenkollekte zur Wiederherstellung der Kirche und des Schulhauses zu Nerddorf, Amtes Dobrilugk	36	291
Sept.				
1	15 Co	Bestimmungen in Betreff des Konfirmandenunterrichts	38	319—322
Juni		VI. Militärbwesen.		
26	174	Abschluß der Rechnung über die Zahlungen für Kriegseleistungen aus der Zeit vom 1sten Januar 1813 bis ult. Juni 1814, welche nicht in Vierscheinien bezahlt werden	27	227
27	192	Bestimmung über die Bequartirung der Posthalter mit Pferden	29	255
30	188	Individuen, welche ihrer Militairpflicht noch nicht genügt haben, können durch Verheirathung und Ansiedelung keinen Anspruch auf Befreiung von der Einstellung in das stehende Heer erlangen	28	252
Juli				
8	194	Generalpardon für diejenigen Preussischen Unterthanen, welche aus den mit der Monarchie, theils wiederum vereinigten, theils neu erworbenen Provinzen ausgetreten sind	29	256
Aug.				
16	222	Servissatz für die Brigadiers der Artillerie	35	281
18	226	Allerhöchste Bestimmungen wegen Ertheilung der für Nichtkombattanten bewilligten zweiten Kriegsgeldkuponze	36	291
21	223	Die jüdischen Staatsbürger sind der Militairpflichtigkeit gleich allen andern Preussischen Staatsbürgern unterworfen	35	282
Sept.				
4	234	Bestimmungen über das Verfahren bei Entlassung vom stehenden Heere	37	310
9	235	Vorschriften zur Anfertigung und resp. Vervollständigung der Militairstammrollen	37	311
9	236	Aufforderung an die Prediger zur Mittheilung der Geburtslisten der Militairpflichtigen an die Orts- und Kreisbehörden behufs der anzufertigenden Stammrollen	37	311
9	237	Bestimmungen in Absicht der Verpflegung der marschirenden Soldaten	38	313
Juni		VII. Polizei.		
7	175	Öffentliche Danksayungen der Truppen und Einwohner bei Garnisonveränderungen über ihr gegenseitiges gutes Vernehmen sollen nicht in die Zeitungen oder andere öffentliche Blätter aufgenommen werden	27	228



Datum der Verordnungen		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Juni	12	176	Bestimmungen über die Schutzdienste der Einlieger und Miether auf dem platten Lande	27	228
	18	179	Die Räume zwischen den Gebäuden auf dem Lande sollen hergestellt werden	27	230
	21	182	Erneuerte Vorschrift, daß die Reetablissemenspläne von dem Landrathe unter Zuziehung der Interessenten und der Ortsobrigkeit entworfenen, und nebst der Erklärung der Interessenten über den Plan, vom Landrathe eingereicht werden müssen	27	230
	26	183	Bestimmungen über das Abdeckerei- und Scharfrichtereiwesen	27	231
Juli	8	193	Berliner Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro Juni 1817	29	255
	11	197	Bestimmungen für die Polizeibehörden über die Strafanordnungen an ausländische Vagabonden bei deren Fortschaffung aus dem Lande	29	257
	11	201	Bestimmungen über die Aufnahme der Kranken in die Charité zu Berlin	30	263
	31	216	Erneuerte Vorschriften des Landarmenreglements gegen die Wettelei der Handwerksgelesen	33	275
Aug.	9	217	Berliner Durchschnittsmarktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro Juli 1817	33	276
	14	39 K	Aufforderung an die Untergerichte, zur Verbesserung des polizeilichen Zustandes der Dörfer mitzuwirken	36	294
	18	224	Bestimmungen zur nähern Erläuterung der General-Transportinstruktion vom 16ten September 1816	35	282—290
	23	232	Erinnerung an die Vorschriften wegen Aufbewahrung der Torfasche	37	309
	31	233	Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Unglücksfällen im Wasser	37	309
Sept	4	239	Aufforderung an die Landräthe u. zur Anzeige des pro 1817 nöthigen Bedarfs an Formularen zu den Bevölkerungslisten	38	314
	4	240	Desgleichen wegen der Formulare zu den statistischen Tabellen pro 1817	38	315
	8	247	Nähere Bestimmungen über das Verfahren bei Vernehmung der in polizeiliche Untersuchung gerathenen Minderjährigen	39	335
	9	241	Aufforderung zur Einreichung von Verzeichnissen aller seit 1769 stattgefundenen Gemeintheitsheilungen und Dienstaufhebungen	38	315
	21	238	Berliner Durchschnittsmarktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro August 1817	38	314

A. Grem







Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
<u>Juni</u>				
19	180	Diejenigen, welche das Amtsblatt zu erhalten wünschen, sollen sich an das Postamt in Potsdam wenden . . . . .	27	230
30	187	Diäten- und Reisekostensätze für diejenigen Beamten der Finanzbehörden, welche im Regulativ vom 28sten Februar 1816 nicht ausdrücklich genannt worden sind . . . . .	28	235—252
30	189	Was bei dem Debit des schwarzen Salzes zu beobachten . . . . .	28	253
<u>Juli.</u>				
4	198	Das Russische Haupt-Eingangszollamt Polangen betreffend . . . . .	29	258
7	200	Nachweisung der Kosten zur Dämpfung der im Jahre 1813 in dießseitiger Provinz geherrschten Viehseuche . . . . .	30	261
16	203	Bekanntmachung wegen Versorgung des Publikums in Potsdam mit Brennholz . . . . .	30	263
21	205	Die zur Unterstützung der Landhebammen gesammelten Beiträge müssen unter der Rubrik: Kollektengelder, versendet werden . . . . .	31	265
26	213	Grundsätzliche Bestimmungen über die Qualifikation und die Erfordernisse zur Aufnahme verwaiseter Soldatenkinder in das große Militär-Waisenhauß zu Potsdam . . . . .	32	269
29	215	Die neue Auflage des dießseitigen Amtsblatts de 1811 und 1812 ist vollendet, und beim Postamte in Potsdam zu erhalten . . . . .	33	275
<u>Aug.</u>				
14	221	Bestimmung der Prämie an Handwerker und Künstler, die einen Taubstummen als Lehrling annehmen und auslehren . . . . .	34	280
28	231	Konvention über die Veräquations- = Lieferungs- = Äquivalent- = Gelder- und Zentral- = Steuer- = Angelegenheiten . . . . .	37	297—309
<u>Sept.</u>				
6	245	Bestimmungen über die Uniformen des Forstpersonals . . . . .	38	316
17	246	Konvention zum Behuf der Auseinandersetzung der Stiftungen im Königsreiche und Herzogthume Sachsen, und Aufforderung an die Administratoren und Kollatoren jener Stiftungen wegen Nachweisung ihrer Gerechtsame . . . . .	39	325—335
19	251	Sämmtliche rückständige alten Rechnungen bis Ende 1815 sollen mit dem Schlusse des Jahres 1817 abgemacht und berichtigt sein . . . . .	39	337



The first part of the document is a list of names and their corresponding addresses. The names are listed in the left column, and the addresses are listed in the right column. The names are:

Name	Address
John A. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John B. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John C. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John D. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John E. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John F. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John G. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John H. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John I. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John J. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John K. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John L. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John M. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John N. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John O. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John P. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John Q. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John R. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John S. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John T. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John U. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John V. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John W. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John X. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John Y. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John Z. Smith	456 Main St., New York, N.Y.

The second part of the document is a list of names and their corresponding addresses. The names are listed in the left column, and the addresses are listed in the right column. The names are:

Name	Address
John A. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John B. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John C. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John D. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John E. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John F. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John G. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John H. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John I. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John J. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John K. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John L. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John M. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John N. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John O. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John P. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John Q. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John R. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John S. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John T. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John U. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John V. Smith	456 Main St., New York, N.Y.
John W. Smith	789 Main St., New York, N.Y.
John X. Smith	101 Main St., New York, N.Y.
John Y. Smith	123 Main St., New York, N.Y.
John Z. Smith	456 Main St., New York, N.Y.



# Chronologische Uebersicht

der in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam in den Monaten  
Oktob., November und Dezember 1817 erschienenen Verordnungen und Bekanntmachungen  
nach Ordnung der Materien.

**Bemerkung:** Die Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung sind durch die  
bloße Nummer, die des Kammergerichts durch ein K., und die des Konsistorii der  
Provinz Brandenburg durch die Buchstaben Co. neben der Nummer bezeichnet.

Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
<b>I. Abgaben, landesherrliche.</b>				
<b>A. Allgemeine Steuerangelegenheiten.</b>				
Oktb. 4	273	Bekanntmachung wegen Aufhebung des Haupt-Zollamts in Lindow und Umschaffung des Neben-Zollamts Rheinsberg zu einem Haupt-Zollamte	42	351
10	277	Bekanntmachung wegen verstatteter Einfuhr der nicht verbotenen ausländi- schen, auf der Warschauer Messe gekauften Waaren über Brzese Litewski in das Russische Reich	43	355
<b>B. Akzise-, Konsumtionssteuer- und Zollabgaben.</b>				
Sept. 25	257	Eigentum von den zu Wasser eingehenden Gipssteinen	40	346
Nov. 11	299	Verbrauchsabgabe von den Fabrikaten des Seifensieders Gamut zu Brom- berg bei ihrem Eingange in das diesseitige Departement	47	375
Dez. 3	321	Durchgangszoll von den von den Leipziger und Raumburger Messen kom- menden, nach Polen und Rußland gehenden Meßzählern	50	401
6	323	Die in der Fabrik des Mathusius zu Hundsburg im Magdeburgschen geser- tigten Agrikultur- u. Maschinen sollen akzisefrei in die diesseitige Provinzen eingelassen werden	50	402
10	335	Bekanntmachung wegen Erweiterung der mit Anhalt-Köthen bestehenden Konvention	52	412
<b>C. Gewerbesteuer.</b>				
Sept. 23	255	Bestimmungen, in welchem Falle es eines besondern Hausir-Gewerbscheins neben dem gewöhnlichen Gewerbschein bedarf	40	340
23	256	Was bei Ertheilung der Gewerbscheine für die Schiffer zu beobachten ist,	40	340



Datum der Verordnungen		Zusatz der Verordnungen		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.		Numer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Dktb							
10	281	Bestimmungen über die Gewerbesteuer der Hebammen				44	360
26	288	Die Gewerbetreibenden des Herzogthums Sachsen dürfen ihre Gewerbe auch in den alten Provinzen gegen Lösung eines Gewerbscheins betreiben				45	365
D. Stempel.							
Dktb							
2	46 K	Anweisung an die Untergerichte wegen richtigen Gebrauchs des Stempelpapiers bei Exekutionsverhandlungen				44	360
27	293	Stempelsatz bei Handwerksangelegenheiten, die sich nicht bloß auf das Gemeinwohl beziehen				46	369
Nov.							
6	298	Bestimmung wegen Ablieferung der Stempelstrafen				47	375
14	300	Bestimmungen wegen gehöriger Anwendung der Stempelgesetze				47	376
14	301	Stempelsatz zu den Protokollen über die Verpflichtung der Bürger				47	377
E. Andere Abgaben.							
Nov.							
8	271	Was bei den, Behufs der Verichtigung der Vermögenssteuer-Reste einzuzahlenden Vierscheinen zu beobachten ist.				42	350
Dezb							
16	333	Anweisung an die Landräthe, bei Revision der Personensteuer zugleich die Landarmengelder-Anlagen jeden Orts mit zu revidiren				52	411
II. Domainen und Forstwesen.							
Dktb							
31	294	Erinnerung wegen pünktlicher Einsendung der monatlichen Forstklassen-Extrakte und der nach selbigen verbleibenden Ueberschüsse				46	369
Nov.							
4	302	Das Eichenholz in der Gramzowschen Forst ist zur Beförderung des Absatzes mit dem Jahre 1818 aus der 1ten in die 3te Taxtklasse gesetzt worden				47	378
9	303	Belohnung für die Entdeckung eines Wilddiebes				47	378
25	317	Anweisung an die Domainenämter zur Einreichung der geordneten jährlichen statistischen Uebersichten von den Domainen				49	390—392
III. Justiz.							
Sept							
22	45 K	Bestimmungen über den Umfang der Befugnisse der Kammergerichts-Sekretarien zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit				41	347
Dktb							
9	47 K	Anweisung an die Untergerichte über das Verfahren bei Aufnahme Gemüthskranker Ehefrauen und unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder in die Charité zu Berlin				44	360



Datum der Verordnungen, Nummer der Verordnungen		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts
Dez	9 48 K	Die Gerichtsverwaltung über die Zeltower Vorstadt bei Potsdam geht mit dem 1sten Januar 1818 an das dortige Stadtgericht über	44	361
	27 49 K	Aufforderung an die Untergerichte, die Druckkosten für das 8te Verzeichniß der bei ihnen in den Monaten Mai und Juni d. J. erlassenen Ediktaljudikationen an die Kammergerichts-Salarienkasse zu bezahlen	46	369
30 Nov.	50 K	Wie Seitens der Untergerichte bei dem Verkauf alter Akten zu verfahren ist	47	378
	51 K	Anweisung an die Untergerichte, wegen Einreichung der General-Prozeßabelle und deren Einrichtung	47	378
	13 52 K	Bekanntmachung für die Untergerichte in Betreff der in den Monaten Juli und August 1817 erlassenen Ediktalvorladungen	49	392
Dez	1 54 K	Bekanntmachung für die Untergerichte, daß den Zivilbeamten überhaupt, welche als Landwehroffiziere an den Uebungen der Landwehr Theil nehmen müssen, ein zur Bestreitung der Uniformkosten hinreichendes Auskommen angewiesen werden soll	51	410
	4 53 K	Aufforderung an die Untergerichte zur Einreichung der geordneten Listen von den im Jahre 1817 getrennten Ehen	50	403
IV. Kassen-, Kredit- und Schuldenwesen.				
Sept	19 258	Bekanntmachung wegen Zahlung des Kapitals und der fälligen Zinsen von den bei der dritten Verloosung gezogenen Russischen Bonds	40	341
	25 44 K	Bei Ausmittlung sammtlicher auf ländlichen Grundstücken eingetragener Schulden sollen die Untergerichte den Requisitionen der Landräthe in dieser Angelegenheit ungesäumt genügen	40	342
Dez	24 282	Die Spezialkassen sollen nach jedem Monatschlusse ihre Geldbestände prompt zur Reglementskasse abführen	41	360
Nov.	20 304	Erneuerte Vorschriften über das, was Hinsichts des bevorstehenden Jahres-Kassenschlusses zu beobachten ist	48	381
	21 305	Wiederholte Bestimmungen über die Erfordernisse, welche die Quittungen über Pensionen und Wartegelder enthalten müssen	48	382
Dez	4 318	Bestimmungen über die einmonatlichen und dreimonatlichen Gehaltszahlungen	50	396
	9 329	Erneuerte Bestimmungen in Betreff der Einzahlung von Tresor- und Thalerscheinen bei den an Königl. Kassen zu leistenden Zahlungen	51	409



# Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen.

V. Kirchen- und Schulwesen.					
Okb	16	16 Co	Bekanntmachung der Erklärung Sr. Majestät des Königs, wegen Vereinigung der beiden getrennten protestantischen Kirchen zu Einer evangelisch-christlichen in den diesseitigen Landen	43	356—358
21	275		Kirchen- und Hauskollekte zum Wiederaufbau der vor der Schlacht von Dennewitz niedergebrannten Kirche und Pfarrwohnung zu Doblen, so wie zur Aufhebung des Armen- und Elementar-Schulwesens der Stadt Wittenberg	43	355
Nov.	4	296	Die Geistlichen und Beamten jeder Religionsgesellschaft sollen in öffentlichen Blättern mit ihren eigenthümlichen Benennungen aufgeführt werden	47	375
		309	Allgemeine Kirchenkollekte zum Ausbau und zur innern Einrichtung der evangelischen Kirche zu Bonn	48	384
27	17 Co		Aufforderung an die Superintenden ten zur Berichterstattung über die stattgefundene Konfessionsvereinigung in ihren Diözesen	50	403
VI. Militärwesen.					
Sept	24	254	Fernerweite Bestimmung wegen der den Nichtkombattanten bewilligten eisernen Kriegesdenkmünze	40	339
	29	263	Bestimmungen wegen Annahme der Freiwilligen in das Garde-Jäger- und Garde-Schützenbataillon	41	346
Okb	3	264	Die zur Militärverpflegung gelieferten Naturalien für den Zeitraum von Martini 1844 sollen nach den vorjährigen, hier bekannt gemachten Haupt-Durchschnitts-Martini-Marktpreisen im diesseitigen Regierungsdepartement, liquidirt werden	41	347
	13	276	Bestimmung, in welchem Falle die Gendarmerieoffiziere Naturalquartier erhalten	43	355
	22	284	Bestimmungen über die polizeiliche Assistenz der Militärmachen	45	364
	30	283	Bestimmungen über die Servis- und Brotunterstützungen für die Soldatenfamilien	45	363
Nov.	25	313	Aufforderung an die Kreisbehörden zur Einreichung einer Nachweisung von sämmtlichen Landwehroffizieren und Militärbeamten, welche seit dem ersten Januar 1816 eine fixirte Zivilanstellung erhalten haben	49	387
Dez	24	326	Aufforderung zu freiwilligen Roggen- und Fouragelieferungen Behufs der Militärverpflegung	51	405



Datum der Verordnung		Inhalt der Verordnungen und Bekanntmachungen		Nummer des Amtsblatts		Seitenzahl des Amtsblatts	
Dezh	19	331	Anweisung an die Magistrate wegen Einziehung der Servisbeiträge für das Jahr 1818	52		411	
VII. Fortsetzung							
Sept	20	260	Was bei Anlage neuer Etablissements zu beobachten ist	41		345	
	23	253	Aufforderung an die betreffenden Zivilprediger zur Einreichung der Populationslisten der Militärgemeinden für das Jahr 1816	40		339	
	26	274	Bestimmungen in Absicht des Ablebens, des todtten Bleibes im Scharfch-terierbezirk von Berlin	42		351—353	
Okt	7	270	Berliner Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro September 1817	42		350	
	28	287	Aufforderung an die Ortsobrigkeiten wegen Benützung der günstigen Witterung zu Wegeverbesserungen	45		365	
Nov.	7	292	Berliner Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro Oktober 1817	46		368	
	13	310	Aufforderung der Behörden und Bewohner in dem zum hiesigen Regierungsbezirk gehörigen Theile des Herzogthums Sachsen, auf die Vorschriften der Gefindeordnung vom 8ten November 1810 und deren deklaratorische Bestimmungen aufmerksam zu seyn	48		384	
	16	312	Erinnerung an die Polizeibehörden, besonders auf dem platten Lande, zur Beobachtung des in Sicherheitspolizeilicher Hinsicht früher angeordneten Verfahrens gegen verdächtige reisende Personen	48		386	
	18	311	Verfahren in Wegeverbesserungssachen	48		385	
	21	314	Bestimmung wegen Bezahlung der Transportkosten für Waggabonden u.	49		388	
	25	315	Bestimmte Strafe für alles feuergefährliche Tabakrauchen	49		389	
Dezh	3	320	Instruktion zur Anfertigung der jährlichen Bevölkerungslisten	50		397—401	
	9	327	Berliner Durchschnitts-Marktpreise von Getreide, Fourage und Getränken pro November 1817	51		406	
	9	330	Das Feuerlöschmachen auf den Holzablagen wird bei Strafe verboten	51		410	
	19	334	Erneuerte Vorschrift, daß die Schlitzen der Landleute, wenn sie damit zur Stadt fahren, mit Geläuten und Deichsel versehen sein müssen	52		411	
	19	336	Anweisung wegen Einrichtung und Einreichung der statistischen Tabellen für das Jahr 1817	52		412	











Datum der Verordnungen.	Nummer der Verordnungen.	Inhalt der Verordnungen und Befehlsmachungen.	Nummer des Amtsblatts.	Seitenzahl des Amtsblatts.
Nov 6	291	Aufforderung an die Unterbehörden zur Einreichung genauer Verzeichnisse von den als Inventariestücke bei ihnen aufbewahrten Charten und Vermessungsregister	46	368
Dez 2	324	Sämmtliche von der Regierung ressortirende, verheirathete Beamte sollen eine Nachweisung der von ihnen zu zahlenden Wittwenkassen = Beiträge einreichen	50	402
3	328	Bestimmungen und Bemerkungen in Betreff der Gemeinbeitheilungen	51	406-409
5	322	Die Manuscripte der in Privatverlagen erscheinenden Kalender sollen der Königl. Kalenderdeputation zur Zensur eingereicht werden	50	401
14	34			
16	32			
18	34			
18	34			
18	34			
18	34			
18	34			
18	34			
18	34			
18	34			



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

No. 1.

Den 5ten Januar 1817.

Bei der abermaligen Verloosung der Lieferungsscheine am 22sten v. M. sind, der Ankündigung vom 18ten Oktober d. J. gemäß, Einhundert Loose gezogen. Das umstehend abgedruckte Verzeichniß enthält die Nummern derjenigen Fünftausend Scheine, welche hiernach zur Einlösung kommen. Diese kann jedoch, da die Staatsschulden-Eilgungskasse bis zu Ende Februar f. J. mit Zahlung der Zinsen auf die Staatsschuldenscheine schon außerordentlich beschäftigt ist, bei derselben nur erst im Laufe des Monats März f. J. Statt finden, und wird alsdann in nachstehender Ordnung erfolgen:

vom 5ten bis 8ten März f. J.

die Nummern der Loose 1 bis 25 inkl.,

vom 10ten bis 15ten

die Nummern der Loose 26 bis 50 inkl.,

vom 17ten bis 22sten

die Nummern der Loose 51 bis 75 inkl.,

vom 24ten bis 29sten

die Nummern der Loose 76 bis 100 inkl.

Die Zahlung geschieht gegen Zurückgabe des Lieferungsscheins und gegen die auf die Rückseite desselben zu sehende Quittung.

Diejenigen Inhaber, welche Lieferungsscheine in der oben oder folgenden Hand besitzen, müssen außerdem durch vorschreibsmäßige Fession legitimirt sein.

Auswärtigen kann nicht gestattet werden, ihre Scheine unmittelbar an die Staatsschulden-Eilgungskasse hier selbst einzusenden.

Diese Inhaber müssen sich entweder zur Hebung hier einfänden, oder jemanden unter Zuschickung der Scheine bevollmächtigen, oder aber sich an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse wenden; denn es ist die Einrichtung getroffen, daß die zur Einlösung kommenden Lieferungsscheine den Regierungs-Hauptkassen quittirt übergeben werden können, welche darüber einen interimistischen Gegenscheln erteilen, sie in bestimmten Terminen zur Staatsschulden-Eilgungskasse einzusenden, und



und von ihr den Betrag zur Zahlung an die Interessenten einziehen werden. Diese Annahme bei den Regieungs-Hauptkassen kann jedoch nur bis zum letzten März f. A. Statt finden.

Die Staatsschulden, Tilgungskasse zahlt übrigens nur in den Vormittagsstunden. Berlin, den 8ten December 1816.

Ministerium der Finanzen. Vierte Generalverwaltung.

### Verzeichniß

der bei der 3ten Verlosung der Lieferungsscheine am 22sten d. M. gezogenen Nummern in 100 Loosen.

Loose	Nummern der Lieferungsscheine	Loose	Nummern der Lieferungsscheine	Loose	Nummern der Lieferungsscheine	Loose	Nummern der Lieferungsscheine
1	1101 bis 1150	26	33751 bis 33800	51	70001 bis 70050	76	110351 bis 110400
2	5451 — 5500	27	35201 — 35250	52	73151 — 73200	77	111201 — 111250
3	5801 — 5850	28	35301 — 35350	53	73351 — 73400	78	111351 — 111400
4	6001 — 6050	29	37251 — 37300	54	73851 — 73900	79	111851 — 111900
5	6451 — 6500	30	38101 — 38150	55	75051 — 75100	80	115001 — 115050
6	7051 — 7100	31	39901 — 39950	56	76551 — 76600	81	116551 — 116600
7	8501 — 8550	32	41301 — 41350	57	78601 — 78650	82	117501 — 117550
8	11201 — 11250	33	42801 — 42850	58	77251 — 77300	83	117601 — 117650
9	12601 — 12650	34	43701 — 43750	59	91101 — 91150	84	117751 — 117800
10	12801 — 12850	35	44051 — 44100	60	91251 — 91300	85	118351 — 118400
11	14601 — 14650	36	44801 — 44850	61	91651 — 91700	86	119301 — 119350
12	16601 — 16650	37	45151 — 45200	62	91701 — 91750	87	123951 — 124000
13	18601 — 18650	38	48351 — 48400	63	91801 — 91850	88	128251 — 128300
14	19801 — 19850	39	48751 — 48800	64	92451 — 92500	89	133701 — 133750
15	23901 — 23950	40	52551 — 52600	65	92801 — 92850	90	134801 — 134850
16	24401 — 24450	41	53401 — 53450	66	93301 — 93350	91	135601 — 135650
17	25001 — 25050	42	53451 — 53500	67	101851 — 101900	92	135701 — 135750
18	26001 — 26050	43	62501 — 62550	68	104951 — 105000	93	136751 — 136800
19	26701 — 26750	44	62701 — 62750	69	105101 — 105150	94	139201 — 139250
20	29001 — 29050	45	63301 — 63350	70	107251 — 107300	95	141301 — 141350
21	30051 — 30100	46	63651 — 63700	71	107361 — 107400	96	141551 — 141600
22	30201 — 30250	47	65951 — 66000	72	107751 — 107800	97	145351 — 145400
23	31201 — 31250	48	66151 — 66200	73	108051 — 108100	98	146501 — 146550
24	31801 — 31850	49	67751 — 67800	74	108701 — 108750	99	146751 — 146800
25	33301 — 33350	50	68301 — 68350	75	109901 — 109950	100	148351 — 148400

Berlin, den 22sten November 1816.

Königlich Preussische General-Lotteriedirection.

Schlicht.

Berlin



# Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach einem Reskripte des Königl. Ministerii des Innern haben des Königl. Majestät beschlossen, daß die Regimenter neben ihrer Benennung auch noch Provinzialnamen führen sollen, und mittelst Allerhöchster Kabinettsordre vom 5ten v. M. nachstehende Liste bekannt zu machen geruhet.

No. 1.  
Provinzial-  
Namen der  
Regimenter.  
I. m. 2009.  
Dezember.

## Erstes Korps.

### Infanterie.

1ste Brigade 1stes Infanterie-Regiment (1stes Ostpreussisches.)  
3tes dito (2tes dito)

### Kavallerie.

2tes Aufrassier-Regiment (Ostpreussisches.)  
1stes Husaren-Regiment (1stes Leib-Husarenregiment.)

### Infanterie.

2te dito 4tes Infanterie-Regiment (3tes Ostpreussisches.)  
5tes dito (4tes dito)  
1stes Jäger-Bataillon (Ostpreussisches.)

### Kavallerie.

3tes Dragoner-Regiment (Litthauisches.)  
4tes dito (Ostpreussisches.)

## Zweites Korps.

### Infanterie.

1ste Brigade 2tes Infanterie-Regiment (1stes Pommersches.)  
9tes dito (Kolbergisches.)

### Kavallerie.

1stes Dragoner-Regiment (Königin.)  
5tes Husaren-Regiment (Pommersches.)

### Infanterie.

2te dito 14tes Infanterie-Regiment (3tes Pommersches.)  
21stes dito (4tes dito)

### Kavallerie.

6tes Dragoner-Regiment (Neumärkisches.)  
4tes Ulanen-Regiment (Pommersches.)



## D r i t t e s   K o r p s .

## Infanterie.

1ste Brigade 8tes Infanterie-Regiment (Leib-Infanterieregiment.)  
 12tes                    dito                    (2tes Brandenburgisches.)

## Kavallerie.

3tes Kurlassier-Regiment (Brandenburgisches.)  
 3tes Husaren-Regiment (                    dito                    )

## Infanterie.

2te    dito    20stes Infanterie-Regiment (3tes Brandenburgisches.)  
 24stes                    dito                    (4tes                    dito                    )

## Kavallerie.

6tes Dragoner-Regiment (Brandenburgisches.)  
 3tes Ulanen-Regiment (                    dito                    )

## V i e r t e s   K o r p s .

## Infanterie.

1ste Brigade 6tes Infanterie-Regiment (1stes Westpreussisches.)  
 7tes                    dito                    (2tes                    dito                    )

## Kavallerie.

2tes Husaren-Regiment (2tes Leib-Husarenregiment.)  
 1stes Ulanen-Regiment (1stes Westpreussisches.)

## Infanterie.

2te    dito    18tes Infanterie-Regiment (3tes Westpreussisches.)  
 19tes                    dito                    (4tes                    dito                    )

## Kavallerie.

6tes Ulanen-Regiment (2tes Westpreussisches.)  
 7tes Husaren-Regiment (Westpreussisches.)

## F ü n f t e s   K o r p s .

## Infanterie.

1ste Brigade 10tes Infanterie-Regiment (1stes Schlesiſches.)  
 11tes                    dito                    (2tes                    dito                    )

## Kavallerie.

1stes Kurlassier-Regiment (Schlesiſches.)  
 4tes Husaren-Regiment (1stes                    dito                    )







### Achter Korps.

#### Infanterie

1ste Brigade 25stes Infanterie-Regiment (1stes Rheinisches.)  
28stes dito (2tes dito)

#### Kavallerie.

7tes Ulanen-Regiment (1stes Rheinisches.)  
9tes Husaren-Regiment (Rheinisches.)

#### Infanterie.

2te dito 29stes Infanterie-Regiment (3tes Rheinisches.)  
30stes dito (4tes dito)  
2tes Schützenbataillon (Rheinisches.)

#### Kavallerie.

7tes Dragoner-Regiment (Rheinisches.)  
8tes Ulanen-Regiment (2tes dito)

### Garde, und Grenadier-Korps.

1ste Brigade 1stes Garde-Regiment. Regiment Garde du Corps.  
2tes dito Garde-Husaren-Regiment.  
Garde-Jägerbataillon.

2te Brigade Kaiser Alexander Grenadier-Regim. Garde-Dragoner-Regim.  
dito Franz dito dito Ulanen dito  
Garde-Schützenbataillon.

### Reserve-Brigade.

1ste Brigade 33stes Infanterie-Regiment.  
34stes dito

Potsdam, den 25sten Dezember 1816.

No. 2. Zur Begegnung der von Seiten der Königl. Regierungen in Anregung  
gebrachten Zweifel über die Grundsätze, nach welchen bei Verabreichung der Fou-  
rage an marschirende Truppen und der dafür zu leistenden Vergütung verfahren  
werden soll, wird folgendes hiermit festgesetzt.  
1. m. 2459.  
Dezember.

Die Fournage muß in der Regel aus den Magazinen verabreicht werden.  
In Orten aber, wo keine Magazine befindlich sind, ist in Gemäßheit des Edikts  
über die Aufhebung der Natural-, Fournage, und Brodleistung vom 30sten Ok-  
tober



tober 1810 §. 5. die Fourage jedesmal von den Unterthanen zu liefern, theils weil wegen Beschaffung der Transportmittel, besonders wenn bei eiligen Truppenmärschen die betreffenden Orte nicht zeitig genug Kenntniß davon erhalten, leicht Verlegenheit entstehen kann, theils weil die Fourage nicht selten, namentlich bei kleinen Kommandos nur in so geringen Quantitäten erforderlich ist, daß deren Beschaffung aus entfernten Magazinen zu einem unnützen Zeit- und Kosten- aufwand führen würde.

Als Maasstab der Vergütung für die gelieferte Fourage ist dem Edlste zu Folge der Martini-Marktpreis anzunehmen.

Berlin, den 4ten Dezember 1816.

Der Minister der Finanzen.  
v. Bülow.

Der Minister des Innern.  
v. Schuckmann.

An  
die Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach obigen Vorschriften haben sämmtliche Behörden unsers Departements und insbesondere auch die der Orte des Herzogthums Sachsen, welche unserm Departement einverleibt sind, zu verfahren.

Potsdam, den 27ten Dezember 1816.

Des Königs Majestät haben auf das Gesuch eines Superintendents in den ehemaligen Königlich Sächsischen Landesanstellen, die jetzt zur Preussischen Monarchie gehören, zu verfügen geruht, daß es in den gedachten Distrikten noch bei der Feler des dritten Weihnachtstages und der übrigen bisher dort üblichen Fiertage zur Zeit verbleiben, und bis auf weitere Bestimmungen darin nichts geändert werden soll, welches mit Bezug auf die Verfügung No. 250 des diesjährigen Amtsblatts hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

No. 3.  
Fiertage in  
den ehemali-  
gen Säch-  
sischen  
Distrikten.  
I. E. 1377.  
Dezember.

Potsdam, den 17ten Dezember 1816.

Sämmtlichen Kassen und Rechnungsbehörden wird hierdurch die Verfügung vom 24ten November v. J. (Amtsblatt 1815 Stück 48. Nr. 418.) in Erinnerung gebracht, mit der Anweisung:

No 4.  
Rechnungs-  
schluß.  
I. 2. 1450.  
Dezember.

- 1) ungesäumt, und auf das allerschleunigste, in sofern solches noch nicht geschehen sein sollte, dafür zu sorgen, daß die für das jetzt zu Ende gehende Jahr zu entrichtenden Zahlungen sofort eingebracht, und
- 2) eben so die bis dahin fälligen Gehälter, Diäten, Pensionen und Wartegelder gehoben werden.

3) Alle



- 3) Alle Spezialkassen und Domänenbeamten müssen ihre Ueberschüsse und Pachtgefälle für das zu Ende gehende Jahr spätestens bis zum 1ten künftigen Monats an die Regierunge-Hauptkasse abliefern, und sich mit derselben wegen der für sie geleisteten Zahlungen vollständig berechnen.

Eine jede Kasse ohne Unterschied, und ein jeder Domänenbeamte verfällt durch Unterlassung vorstehender Bestimmung in eine Ordnungsstrafe von zwei Thalern, und werden dieselben außerdem mit Exekution zu deren Befolgung angehalten werden.

- 4) Sämmtliche bei uns einzusenbende Rechnungen für das Jahr 1816 müssen mit Ablauf des Monats Februar bei zwei Thalern Strafe eingereicht werden.  
Potsdam, den 29sten Dezember 1816.

No. 6.  
Polizeiliche  
Aufsicht über  
den Freien-  
walder Jähr-  
damm.

2. b. 52.  
Dezember.

Die bisher von dem Amte Neuenhagen geführte Aufsicht über den, blosseits der Oder von Freienwalde nach der Fährre beim Fährkrug, Amte Neuenhagen, führenden Steladamm ist in Befolge der Verfügung des Herrn Finanzministers vom 11ten v. M. dem Rent- und Polizeiamte Freienwalde übertragen worden, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Potsdam, den 18. Dezember 1816.

### Personalchronik.

Des Königs Majestät haben die Domänenbeamten Cochius zu Drees und Stropp zu Zechlin zu Unterärzten zu ernennen geruht.

### Vermischte Nachrichten.

#### Benennung eines Vorwerks.

Im Angermündschen Kreise wird von dem ic. v. Dieringshofen auf Passow, links an der Straße von Angermünde über Mürow und Stendell nach Stettin,  $\frac{1}{2}$  Meile südlich von Passow,  $\frac{1}{2}$  Meile südwestlich von Stendell,  $\frac{1}{2}$  Meile östlich von Schönermark,  $\frac{1}{2}$  Meile westlich von Hohen Landin, ein neues Vorwerk aufgebaut, welches den Namen Friedensfolge erhält.

### Belohnung.

Dem Viktualienhändler Körner und Gendarmen Dübal ist für die Entdeckung eines in der Groß-Schönebeck'schen Forst begangenen Wildddiebstahls eine Belohnung von Zwanzig Thalern aus der kaiserlichen Regierunge-Hauptkasse höherer Orts bewilligt worden.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

No. 2.

Den 10ten Januar 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach dem Gesetze vom 16ten Mai v. J. soll das besondere Fleischergewicht nicht mehr gebraucht, sondern sich des Krämergewichts auch bei der Fleischverabfolgung bedienen werden. Damit einer Seits die Fleischportion des Soldaten, welche bisher nach dem Fleischergewichte verabreicht wurde, nicht gekürzt, und anderer Seits ein zu großer Bruch vermieden wird, ist vom Königl. Kriegesministerio das Aufgewicht des neuen Pfundes gegen das bisherige Schlächtergewicht zu drei Loth pro Pfund, mithin die bisherige Portion von  $\frac{1}{2}$  Pfund Fleischergewicht zu siebenzehn und ein halb Loth Krämergewicht bestimmt worden.

Hiernach haben sich die Behörden und Einwohner in vorkommenden Fällen, besonders wenn die Truppen von den Wirthen beköstigt werden, zu achten.

Potsdam, den 3ten Januar 1817.

No. 6.  
Gewicht der  
Militair-  
Fleischportion  
I. m. 2635.  
Dezember.

Der Durchschnittspreis von dem im Monate Dezember d. J. auf dem Markte zu Berlin verkauften Getreide und Rauchsutter hat in  $\frac{1}{2}$  Thaler betragen:

1) für den Scheffel Weizen	4	Rthlr.	15	Gr.	1	Pf.
2) — — — Roggen	3	—	—	—	3	—
3) — — — große Gerste	2	—	12	—	6	—
4) — — — kleine Gerste	2	—	—	—	2	—
5) — — — Hafer	1	—	8	—	10	—
6) — — — Erbsen	2	—	20	—	3	—
7) für den Zentner Heu	1	—	11	—	1	—
8) — das Schock Stroh	8	—	6	—	—	—

No. 7.  
Getreide u.  
Sutterpreise  
pro Dezem-  
ber 1816.  
I. m. 397.  
Januar

Die Durchschnittspreise betragen in  $\frac{1}{2}$  Thaler

für das Quart Braumbier	1	Gr.	4	Pf.
— — — Weißbier	1	—	6	—
— — — Brantwein	5	—	10	—

Potsdam, den 3ten Januar 1817.

X 1

Um



No. 8. Um allen fernern Mißdeutungen und Irrigen Serviszahlungen in Ansehung der  
 Servizjah- Offiziere der aufgelöseten Landwehrregimenter zu begegnen, ist von Seiten des Kö-  
 nigs an die nglischen Kriegsminister den kommandirenden Herren Generalen bemercklich ge-  
 macht, daß diejenlgen Landwehroffiziere, über welche des Königs Majestät bei Aufld-  
 sung der Regimenter bereits dahin entschieden haben, daß sie mit 1. oder 2jährigem  
 halben Solde ausschelden, selbst wenn sie die Verpflichtung zum Wiederernst in die  
 neu organisirten Regimenter behalten, zu der Kategorie derjenigen Landwehroffiziere  
 gehören, über deren Schicksal gehörig entschieden ist, die also keinen Serviz begehren.

1. m. 366.  
 Januar.

Die Königliche Regierung wird demnach angewiesen, den Offizieren der be-  
 urlaubten Landwehr nur dann den Serviz zahlen zu lassen, wenn das Attest des  
 Königlichen Generalkommando's ausdrücklich enthält:

daß das Schicksal des betreffenden Landwehroffiziers von des Königs Ma-  
 jestät noch gar nicht entschieden sei, und sich derselbe für den in Rede stehen-  
 den Monat noch im Genuß des vollen Traktaments befinde.

Berlin, den 27sten Dezember 1816.

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

An  
 die Königl. Regierung zu Potsdam.

Die Magistrate und Servizbehörden haben obige Bestimmung pünktlich zu  
 befolgen. Sollten auf den Grund der Bekanntmachungen vom 12ten Oktober und  
 1sten Dezember v. J., Amtsblatt Stück 43. No. 322. und Stück 51. No. 381.  
 bereits Zahlungen geleistet sein, welche nach den obigen Vorschriften unzulässig sind,  
 oder die beigebrachten Atteste der Königl. Generalkommandos nicht ausdrücklich das  
 oben Vorgeschrlebene enthalten, so haben die Behörden im ersten Falle den gezahl-  
 ten Serviz wieder einzuziehen, im zweiten die Empfänger zur nachträglichen Be-  
 bringung vorschrittmäßiger Atteste aufzufordern, und uns in beiden Fällen, von dem  
 was geschehen ist, binnen 14 Tagen vollständige Anzeige zu machen.

Potsdam, den 5ten Januar 1817.

No. 9. Zur Abstellung der Beschwerden der Reisenden über das Verfahren bei Strei-  
 tigkeiten mit Handwerkern, über Uebersetzungen im Preise wegen unterwegs noch  
 wendig gewordener Reparaturen, und überhaupt über unangemessene Behandlung,  
 sind von den Königlichen Ministerien folgende Bestimmungen vorgeschrieben worden.

Verfahren bei  
 Streitigkei-  
 ten der Rei-  
 senden wegen  
 Uebersetzun-  
 gen im Preise.  
 1 p 2.2 763  
 Dezember.

1) Bei Streitigkeiten zwischen Reisenden und Handwerkern über die Güte und den  
 Preis der Arbeiten soll, auf des einen oder des andern Theils Antrag, ein  
 kurzes polizeiliches Verfahren dem gerichtlichen allemal voraufgehen.

2) Demnach soll die Polizeibehörde eines jeden Ortes, dem Befinden nach, mit  
 Zuziehung eines fachverständigen Gewerkegenossen, diese Streitigkeit polizei-  
 mäßig



mäßig untersuchen, und, allenfalls nach vorgängiger, den Umständen nach eiblicher Taxation der Arbeit, die Sühne versuchen, und in deren Entstehung durch ein Resolut entscheiden.

- 3) Demjenigen, welcher sich bei diesem Resolut nicht berufligt, steht die Berufung auf richterliche Entscheidung zwar frei, sie muß aber sogleich eingelegt werden, und ist der Handwerker schuldig, die Arbeit, wenn sie ein mit dem Eigenthum des Reisenden zusammenhängendes Werk ist, demselben gegen Auszahlung des polizeilich bestimmten Preises, und Kaution für die Mehrforderung, so wie Bestellung eines Bevollmächtigten verabfolgen zu lassen.

Nach eben diesen Grundsätzen ist zu verfahren, wenn Streitigkeiten zwischen Gastwirthschäften und Reisenden wegen Uebersetzungen im Preise überhaupt, oder Hinsichts der von ihnen angeschlagenen Taxen entstehen. Zugleich werden sämtliche Polizeibehörden unsers Regierungsdepartements angewiesen, auf die Befolgung des §. 162. des Edikts vom 7ten September 1811. über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe, wonach die Gastwirthschaften ihre Taxen anzuschlagen verpflichtet sind, genau zu halten, und dahin zu sehen, daß dieses auch in den Städten dritter Klasse allgemeiner als bisher geschehe.

Potsdam, den 24sten December 1816.

Die Herren Landräthe und Polizeidirektoren werden hierdurch erlanert, sämtliche in der Verfügung vom 9ten Julius d. J. (Amtsblatt Stück 31 Nr. 236.) vorgeschriebenen Quartallisten, über die in ihren resp. Geschäftsbezirken vorgekommenen Verbrechen, in soweit sie noch rückständig sind, unverzüglich einzureichen.

Potsdam, den 24sten December 1816.

No. 10.  
Quartallisten  
über vorgefallene Verbrechen.

I. p. 18.  
December.

Durch ein, von dem Herrn Finanzminister mit Bezug auf die Zirkularverfügung vom 5ten Februar d. J. (Amtsblatt vom Jahr 1816 No. 71.) an uns erlassenes Reskript vom 24sten October d. J. sind wir autorisirt worden, auf die rückständigen Goldzahlungen eben so, wie auf die in Silbergeid zahlbaren Abgaben aus dem Zeitraum bis Ende Dezember 1814, bei der Kompensationskasse sowohl, als bei der Hauptkasse, Lieferungsscheine anzunehmen, den diesfälligen Resten aber zuvor das Agio, zu 15 Prozent berechnet, zuzusetzen; eben so auch, wenn Reste bis Ende Dezember 1814 der Verfügung vom 5ten Februar d. J. gemäß durch Atteste über kontraktmäßige Lieferungsforderungen berücksichtigt werden.

Dies wird dem Publikum und insbesondere den von uns ressortirenden Behörden und Kassen zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 24sten December 1816.

No. 11.  
Berichtigung  
rückständiger  
Goldzahlungen  
in Lieferungsscheinen  
2 h. 586.  
November.



No. 12.

Zinszahlun-  
gen von  
bestellten  
Kauttionen;  
2. b. 1. p. 954  
November.

Nachstehende von dem Herrn Regierungs-Präsidenten von Schönberg erlassene Bekanntmachung:

Für diejenigen Kauttionsinteressenten, welche die Zinsen von den vor der Besiznahme des Herzogthums Sachsen baar oder in Staatspapieren bestellten, und durch die Königl. Ausgleichungskommission bei der Königl. Sächsischen Behörde zur Reklamation gebrachten Kauttionen, auf die seit ermeldeter Besiznahme eingetretenen Termine noch zu beziehen haben, wird zur Nachricht hierdurch bekannt gemacht, daß die Kauttionszinsen sowohl in den nach den erfolgten Bekanntmachungen bei den betreffenden Zahlungskontoren zu realisirenden Koupons, als auch in baarem Gelde, von der Königl. Sächsischen Kauttions- und Depositenkasse in Dresden, und zwar gegen Vorzeigung der den Kauttionsinteressenten über ihre eingegebene Reklamationsscheine von hieraus ertheilten Interimsbescheinigungen, ohne Weigerung verabfolgt werden.

Die Kauttionsinteressenten haben daher die in den gedachten Terminen gefälligen Zinsen, gegen Einsendung der in ihren Händen befindlichen Interimsscheine auf die sonst gewöhnliche Art dort unmittelbar zu erheben.

Merseburg, den 30sten Oktober 1816.

Der Regierungs-Präsident.

v. Schönberg.

wird den betheiligten Kauttionsstellern in dem zum dießseitigen Regierungsdepartement gehörigen Landestheile des Herzogthums Sachsen zur Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 24sten Dezember 1816.

No. 13.

Versendun-  
gen aus der  
Glashütte in  
Friedrichthal  
2. a. 1625.  
Dezember.

Nach einem aus dem Königl. Finanzministerio erlassenen Reskripte vom 26sten v. M. ist beschlossen worden, daß die aus dem Königl. Hüttenamte zu Friedrichthal (in der Lausitz unfern Ruhland gelegen) nach den alten Provinzen vorkommenden Versendungen von Glas, Glaswaaren und Spiegeln, blos auf gehörig mit dem öffentlichen Hütteniegel beglaubte Zertifikate des dasigen Königl. Hütteninspektors, ohne daß es der Beglaubigung derselben durch den Akziseninspektor, oder der Plombirung der Kisten oder der Wagen bedarf, erfolgen und gestattet werden sollen.

Zu mehrerer Sicherheit ist nur noch bestimmt worden, daß, solange die Steuer-Verfassung in Herzogthum Sachsen von der der alten Königl. Provinzen abweicht, bei Versendungen von Friedrichthal, die in Kollis oder Kisten erfolgen, letztere mit dem öffentlichen Hütteniegel äußerlich belegt und beglaubigt werden sollen.

Diese Bestimmungen werden daher den Behörden zur Achtung hierdurch bekannt gemacht.

Potsdam, den 26sten Dezember 1816.

Die



Die Bezeichnung der die Binnengewässer befahrenden Frachtschiffe mit einer Nummer, welche dem Gefäße eigen ist, und einem vorgesetzten Buchstaben, der die Provinz andeutet, ist jetzt in den verschiedenen Regierungsdepartements eingeführt, und hiernach bestimmt, daß die Gefäße, deren Eigentümer in unserm und dem Regierungsdepartement von Berlin ansässig sind, den Buchstaben K., im Departement der Königl. Regierung in Frankfurt an der Oder den Buchstaben N., in Pommern P., im Departement der Regierung von Ostpreußen in Königsberg den Buchstaben O., von Litthauen in Gumbinnen L., von Westpreußen in Marienwerder W., in Danzig WD., vom Großherzogthum Posen in Posen G. P. und in Bromberg B. — g., von Mittelschlesien in Breslau B., von Niederschlesien in Liegnitz G. und von Oberschlesien in Oppeln S. O., ferner die Utmärkschen Schiffsgefäße den Buchstaben A., die Magdeburgschen M. und die aus dem Saalkreise den Buchstaben S. führen sollen.

No. 14.  
Bezeichnung  
der Schiffs-  
gefäße.  
2. a 1589.  
Dezember.

Den Wasserbau, Beamten und Schleusämtern wird dies bekannt gemacht, um auf die Befolgung dieser Vorschrift zu halten.

Potsdam, den 29ten Dezember 1816.

Es ist dringender Verdacht vorhanden, daß bei den in Silbergeld abzuführenden öffentlichen Abgaben und Steuern die wegen Einzahlung der Hälfte in Tresor, und Thalerscheinen ergangenen Verordnungen nicht überall pünktlich befolgt werden, sondern die und da in Vergessenheit gerathen zu sein scheinen.

No. 15.  
Tresorscheine  
Einzahlungen.  
2. b. 1163.  
Dezember.

Es werden daher

- 1) die im 4ten Stück der Gesessammlung vom Jahre 1815 pag. 27. Nr. 270. befindlichen Königl. Bestimmungen vom 7ten April v. J. und Amtsblatt vom Jahre 1815 Nr. 132.,
  - 2) die Zirkularverfügungen vom 1sten und 21sten Mai und 9ten Juni v. J. im Amtsblatte v. J. Nr. 168., Nr. 194. und Nr. 227.
- hierdurch in Erinnerung gebracht, und werden diejenigen Kassenbeamten, die sich die mindeste Abweichung erlauben, unnachlässig nach der Strenge der Gesetze behandelt werden.

Wir verwarnen daher die Beamten aller von uns ressortirenden öffentlichen Haupt- und Spezialkassen, nicht gegen diese Vorschriften zu handeln, und werden wir diejenigenendants, welche wider Erwarten dagegen handeln sollten, höhern Orts zur Bestrafung namentlich anzeigen.

Potsdam, den 31sten Dezember 1816.

Ver,







# Extra - Blatt

zum

2ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

## B e k a n n t m a c h u n g e n .

Nachbenannter Vagabonde ist mit der Welsung, die Königlich Preussischen Staaten nicht wieder zu betreten, über die Grenze gebracht worden.

Den. 22sten December 1816.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

## S i g n a l e m e n t .

Johann Joseph Gang, aus Hamburg gebürtig, ist 19 Jahr alt, 5 Fuß 7 Zoll groß, hat schwarzbraunes Haar, bedeckte Stirn, braune Augen, kurze und dicke Nase, wenig Bart, spitzes Kinn, längliches Gesicht, und ist von mittler Statur.

---

Da in dem am 17ten Oktober c. angetandenen letzten Pletungstermin für das sub hasta stehende, dem verstorbenen Ammann Kersten zugehörige, in der Leischner Feldmark belegene Erbpachtsgut von 60 Morgen Land, ohne Gebäude, das Meistgebot nur 1510 Rthlr. Kourant gewesen, so ist auf Ansuchen der Kreditoren ein nochmaliger Pletungstermin

auf den 22sten Januar l. J.

Vormittags 11 Uhr in Wollup angesetzt, welches mit Bezug auf die Verfügung vom 31sten März c. hierdurch den Pletungslustigen bekannt gemacht wird.

Küsteln, den 25sten November 1816.

Königliches Preussisches Justizamt Wollup.

---

Von den der hiesigen Kirche gehörigen Landungen sollen nach erfolgter Genehmigung eines Königl. Hohen Ministerii des Innern und auf Befehl eines Königl. Hochwürdigsten Konsistorii der Provinz Pommern eine ganze Hufe, einundfunfzig halben und zwei viertel Hufen, jede in allen dreien hiesigen Feldern belegen, an den Meistbietenden in Erbpacht gegeben, und dabei auch erwerbsfähige Fremden zugelassen werden.

Ein



Ein Termin dazu ist auf Mittwoch

den 26sten Februar k. J. Vormittags 9 Uhr

hier selbst zu Rathhause vor dem unterzeichneten Kommissarius angesetzt, wozu Bietungslustige hiermit eingeladen werden. Die Bedingungen sind täglich bei dem Kommissarius und bei dem Herrn Superintendenten Dells hier selbst zu erfahren; im Allgemeinen aber wird zur Empfehlung der Sache bemerkt,

1) daß der hiesige Acker fast durchgängig sehr guten Roggenboden, zum Theil auch Weizenboden enthält, 2) daß bei gehöriger Industrie Winterfutter nicht mangelt, 3) daß die Städte Stettin und Stargard fünf Meilen von hier entfernt sind, 4) daß Bau- und Brennholz, auch Torf, hier verhältnißmäßig wohlfeil, 5) daß Fremden hier selbst zum Ankauf nöthiger Wohn- und Wirtschaftsgebäude billige Gelegenheit finden, 6) daß bei den Erbpachtsbedingungen auf Erleichterung der Erwerber möglichst Bedacht genommen worden.

Rauen, den 10ten Dezember 1816.

Der Stadtrichter Augustin, von Auftrags wegen.

---

Der unterzeichnete Spritzenmeister verfertigt nicht nur neue Feuerspritzen und reparirt alte, sondern setzt auch fehlerhaft gearbeitete in einen vollkommen brauchbaren Zustand. Denn es kommt öfters der Fall vor, daß Spritzen nach Verhältniß ihrer Größe nur wenig leisten, entweder nur sehr wenig Wasser entlassen, oder dasselbe nur zu einer geringen Höhe und kaum 2 Stockwerke hoch treiben, oder auch oft sehr viel Kraft und Anstrengung erfordern. Diesem allen weiß der Unterzeichnete abzuhelpen, kann wegen seiner Fähigkeiten und Kenntnisse in diesem Fache glaubwürdige Zeugnisse vorlegen, und hat mehrere Arbeiten dieser Art in der hiesigen Gegend mit Beifall ausgeführt.

Da manchen Gemeinen mit dieser Anzeige gedient sein möchte, so macht er es hierdurch zur Nachricht bekannt, bittet, in vorkommenden Fällen sich deshalb an ihn zu wenden, und wird er so pünktlich und brauchbar in seiner Arbeit, als billig im Preise gefunden werden.

Auch nimmt derselbe ganz alte, unbrauchbare Spritzen dabel an.

Rauen, den 13ten Dezember 1816.

Der Kupferschmidt und Spritzenmeister Koch.

---



— 16 —  
Amts-Blatt

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 3. —

Den 17ten Januar 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

In Folge einer Verfügung des Herrn Finanzministers vom 17ten v. M. und J. wird dem Publikum, mit Bezug auf das in unserm Amtsblatte befindliche Publ. Landum vom 8ten desselben Monats,

die Realisation der aus der am 22sten November v. J. statt gefundenen dritten Verloosung zur Einlösung kommenden Lieferungsscheine betreffend, hierdurch bekannt gemacht, daß die Staatsschulden, Tilgungskasse und gleichmäßig unsere Regierungskasse angewiesen ist, bei dieser Realisation der obgedachten Lieferungsscheine zugleich die darauf rückständigen Zinsen zu zahlen, in sofern sich die Scheine noch in der ersten Hand befinden, wohin auch alle die Scheine gehören, auf welche noch keine Zession vermerkt ist. Den Erben des ersten Inhabers werden jedoch auch in dem Falle die Zinsen gezahlt werden, wenn bei der Erbschaft ein Zessionsvermerk auf dem Schein gemacht sein sollte, in sofern nur der Erbe als solcher durch gerichtliche Bescheinigung legitimirt ist.

Auch werden die Zinsen an Mitglieder solcher Kommunen gezahlt werden, welche Lieferungsscheine auf ihre Gesamtforderungen empfangen, und sie bei der Auseinandersetzung der einzelnen Mitglieder zedirt haben, vorausgesetzt, daß darüber zugleich die gehörige Bescheinigung vorhanden ist. Endlich werden auch die Zinsen auf solche Scheine gezahlt werden, die dem ersten Inhaber zurückgedirt sind.

Lieferungsscheine unter 25 Rthlr. geben keine Zinsen, und eben so kann bei höhern Summen auf den Theil des Betrages nicht Rücksicht genommen werden, der 25 Rthlr. nicht erreicht, so daß nur immer der Betrag zum Grunde gelegt werden kann, der durch 25 theilbar ist. Was überschleßt, giebt keine Zinsen.

An Zinserrückständen, welche hiernach bei Einlösung der Scheine zu zahlen sind, kommen folgende in Betrachtung:

a) von den bis letzten Dezember 1815 ausgefertigten Lieferungsscheinen die Zinsen vom 1sten Januar bis ult. Dezember 1816;

( 1

b) von

No. 16.  
Zinszahlung  
v. Lieferungsscheinen.  
1. m. 2080.  
Dezember.



b) von den bis letzten Juni 1816 ausgefertigten Scheinen die Zinsen vom 1. Juli bis letzten Dezember 1816.

Auf später ausgefertigte Scheine werden noch keine Zinsen vergütet.

Potsdam, den 2ten Januar 1817.

No. 17.

Mehl zum  
Brotbacken.  
I. p. 1401.  
Dezember.

Zur Verhütung der vom Genuße des schlechten, verdorbenen und mit schädlichen Zusätzen gemengten Mehls zu besorgenden nachtheiligen Folgen, haben sämtliche Polizeibehörden sorgfältig darauf zu achten, daß nur ein reines, von allen fremdartigen Zusätzen freies, nicht dumpfiges, sondern unverdorbenes Mehl zum Backen verbraucht, und zugleich das Brot gut ausgebacken werde.

Um das Getreide vor dem Vermahlen von schädlichen Zusätzen zu reinigen, muß es stark geworfen und auf einer Drachsfäße gesiebt werden. Wo aber dennoch fremdartige Beimischungen zurückbleiben sollten, da müssen die nachtheiligen Bestandtheile derselben durch Lüften und öfteres Umschütten im Luftzuge, und durch Dörren in Backöfen und auf Malzdarren verflüchtigt und zerstört werden.

Bäcker und Branntweinbrenner, Korn- und Mehlhändler und alle diejenigen, welche verdorbenes mit schädlichen Zusätzen verunreinigtes Getreide und Mehl zu verkaufen und zu verbacken sich belommen lassen, haben die strengste gesetzliche Strafe zu gewärtigen.

Potsdam, den 27ten Dezember 1816.

No. 18.

Brandschä-  
den Vergüt-  
ungs: Bei-  
träge.  
I. p. 268c.  
Dezember.

Da die Brandschaden Vergütungen nicht unmittelbar von hiesiger Feuer- sozietäts Kasse, sondern von Spezialkassen des Herzogthums Sachsen bezahlt, und den betreffenden Registrations- Hauptkassen zugerechnet werden, so sies wir uns, um Unordnungen zu vermeiden, genöthigt, sämtliche, die Brandschadenvergütungs- Beträge einsendende Behörden hierdurch anzuweisen, sich bei Einforderung dieser Beträge genau nach dem bekanntgemachten Münztarif d. d. Berlin den 28ten Februar 1816 zu richten, widrigenfalls aber zu gewarten, daß die herabgesetzten Münzsorten nur nach dem, in dem Tarif bestimmten Werthe angenommen, und ihnen deshalb Defekte gemacht werden würden.

Merseburg, den 18ten Dezember 1816.

Königl. Preuss. Feuersozietäts, Direktorialdeputation des Herzogthums Sachsen.  
v. S c h ö n b e r g.

Vorstehende Bekanntmachung wird zur Nachachtung sämtlicher betreffenden Behörden in dem zum hiesigen Negierungsbezirke gehörigen Landestheile des Herzogthums Sachsen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 2ten Januar 1817.

No. 19.

Geburts- u.  
Verzeichnisse  
der Juden.  
I. p. 549.  
Januar.

Die Magisträte, Polizeidirektoren und landrätliche Behörden werden hierdurch erinnert, die Duplikatverzeichnisse der Geburten, Heirathen, Ehescheidungen und Todesfälle der jüdischen Glaubensgenossen für das Jahr 1816 bis 1sten März d. J. einzureichen, oder binnen gleicher Frist anzuzeigen, daß entweder keine Verändere- run-



zungen vorgefallen, oder daß innerhalb ihres Geschäftsbezirks keine Juden wohnen. Für jeden am 1sten März d. J. nicht eingegangenen Bericht wird Ein Thaler Strafe durch Postvorschuß eingezogen.

Bei Anfertigung der Verzeichnisse ist die Verfügung Nr. 53. des Amtsblatts vom Jahre 1813 und die Verordnung vom 25sten Junius 1812 zu 4., Seite 349. des Amtsblatts vom Jahre 1812, auf das genaueste zu befolgen. Da diese Verzeichnisse mit eben der Sorgfalt geführt werden müssen, als die Kirchenbücher, und die Behörden die Richtigkeit derselben zu vertreten haben, so wird jede dabei bemerkte Irregularität durch Festsetzung von Ordnungsstrafen gerügt werden. Sie sind mit den jüdischen Populationslisten, welche nach Nr. 379. des vorjährigsten Amtsblatts eingereicht werden, nicht zu verwechseln, und müssen mittelst besondern Berichts eingesendet werden. Da sie die Grundlage der jüdischen Populationslisten bilden, und letztere nach der neuen Kreiseinteilung aufgenommen werden, so haben auch die Herren Landräthe diese Verzeichnisse gleichfalls nach der neuen Kreiseinteilung anzufertigen.

Auf die zum hiesigen Regierungsbezirk gehörigen Theile des Herzogthums Sachsen findet vorstehende Verfügung nicht Anwendung.

Potsdam, den 4ten Januar 1817.

Wir haben neuerlich häufig zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß bei der Anfertigung der Feuerschädenliquidationen, die Vorschriften des Städte-Feuersozietäts-Reglements vom 30sten Mai 1800 und der Verfügung vom 11ten Mai 1812 (Amtsblatt für 1812. No. 232.) von den Magisträten nicht gehörig berücksichtigt sind. Wir bringen daher diese Vorschriften hierdurch in Erinnerung, und werden die wieder vorkommenden Vernachlässigungen und Unrichtigkeiten mit nachdrücklicher Ordnungsstrafe rügen. Potsdam, den 6ten Januar 1817.

No. 20.  
Feuerschäden-  
Liquidationen  
I. p. 919.  
Januar.

Die Herren Kreis- und Stadtphysiker werden hierdurch aufgefordert, außer den vierteljährigen Sanitätsberichten mit Ablauf eines jeden Jahres, also auch unverzüglich für das verflossene Jahr, den gleichfalls vorgeschriebenen Bericht über den Abgang und Zuwachs der Medizinalpersonen innerhalb ihres Physikatsbezirkes anhero zu erstatten. Potsdam, den 8ten Januar 1817.

No. 21.  
Jahresbericht  
über den Ab-  
und Zugang  
der Medizinal-  
personen.  
I. p. 3036.  
Dezember.

Da die Allerhöchste Verordnung vom 8ten April 1806, wider das Austreiben des Viehes ohne Hirten (Seite 36 des Amtsblatts vom Jahre 1811) §. 1. bestimmt, daß Niemand sein Vieh heerdenweise oder einzeln in den Dorfstraßen umherlaufen lassen darf, ohne dasselbe der Aufsicht tüchtiger Hirten anzuvertrauen, so erscheinen die an vielen Orten noch vorhandenen Dorfhecken und Schlagbäume, durch welche die Zugänge und Ausgänge der Dörfer geschlossen werden, als unnütze, holzverschwenderische und sogar schädliche Anlagen, indem sie das Fortkommen der Reisenden behindern, zur Bettelerei der Kinder, Unfug derselben gegen Reisende und mehreren Unglücksfällen der letztern Veranlassung gegeben haben.

No. 22.  
Abschaffung  
d. Dorfhecken.  
I. 273.  
Oktober.

Die



Die Herren Landräthe haben daher darauf zu halten, daß in denjenigen Ortschaften, in welchen Obrigkeiten und Gemeinen die in der Regel ganz entbehrlichen Dorfhecken und Schlagbäume nicht abschaffen sollten, die schon durch die Verordnung vom 22sten Februar 1803 verbotene Vortrieß der Rinder und anderer Einlassen bei Oeffnung der Dorfhecken und Schlagbäume für Reisende schlechterdings eingestellt werde, und daß jeder Ort, durch welchen Land- und Heerstraßen führen, solche Veranstaltungen treffe, daß kein Reisender weder bei Tage noch zur Nachtzeit durch geschlossene Hecken oder Schlagbäume im Fortkommen behindert werde. Die Entbehrlichkeit der Dorfhecken hat sich in allen Orten, welche schon längst diese Anlagen abgeschafft haben, durch Erfahrung bewährt, und es läßt sich erwarten, daß alle Ortschaften die Abschaffung derselben zu ihrem eigenen Besten veranlassen werden.

Reisende, welche auf Land- und Heerstraßen durch Dorfhecken und Schlagbäume im Fortkommen aufgehalten werden sollten, werden aufgefordert, hiervon dem Landrath des Kreises zur Abstellung der vorgefallenen Unordnung sogleich Anzeige zu machen. Potsdam, den 6ten Januar 1817.

No. 23.  
Begleitschein  
und Passier-  
zettel. No. ele-  
genheit.  
2. a 2078.  
Dezember.

Nach einem Reskripte vom 2ten v. M. und J. hat der Herr Finanzminister auch der im Departement der Regierung zu Bromberg belegenen Stadt Ellehne die Befugniß erteilt, fremde unversteuerte Waaren auf Begleitscheine direkt dorthin beziehen, am Bestimmungsorte versteuern, und von dort aus nicht nur ins Großherzogthum Posen, sondern auch nach den andern Königl. Provinzen auf Passierscheine abgehen und versenden zu dürfen.

Die Behörden werden hiervon benachrichtiget, damit sie Waaren auf Begleitscheine nach der genannten Stadt expediren können, auch ihrer Seite die von dort herkommenden Passierzettel respektiren.

Potsdam, den 2ten Januar 1817.

No. 24.  
Gestempelte  
Wechselfor-  
mulare.  
2. a 2076.  
Dezember.

In Bezug auf die Allerhöchste Kabinettsordre vom 31sten März v. J., wodurch die früher von dem Haupt-Stempelmagazin abgesetzten Formulare der im Voraus gestempelten Wechsel außer Gebrauch gesetzt worden sind, hat der Herr Finanzminister sich durch den Umstand, daß dessenungeachtet das Publikum sich dieser Formulare mitunter noch bedient, bewogen gefunden, mittelst Reskripts vom 26sten November v. J. eine endliche Frist bis zum 1sten Februar d. J. zu setzen, bis zu welcher nur noch die bei Privatleuten vorhandenen Formulare jener Art zur Erstattung bei uns liquidirt und eingereicht werden können, und nach welcher Frist diejenigen Wechsel, die etwa später noch, der Allerhöchsten Bestimmung entgegen, auf jenen Formularen ausgestellt worden sein sollten, gleich den ungestempelten behandelt, und die Aussteller in Anspruch genommen werden sollen.

Im Verfolg der Verordnung vom 25sten Mai v. J. wird daher solches bekannt gemacht, damit jeder Kaufmann diese endliche Frist benutze und sich vor Schaden hüte. Potsdam, den 10ten Januar 1817.

Nach



Nach der Verfügung des Königl. Ministerii des Innern vom 2ten Decem-  
ber d. J. sollen die Apotheken des zum hiesigen Regierungsdepartement gekommenen  
Sächsischen Landbestells gegenwärtig, und spätestens bis zum 1sten März 1817,  
ganz nach der Preussischen Pharmacopoe und Apothekenverfassung eingerichtet sein.  
Den Besitzern dieser Apotheken wird deshalb die Befolgung der, die Ausübung der  
Pharmazie im Preussischen betreffenden Gesetze zur Pflicht gemacht, und werden  
zugleich folgende hieser gehörige Vorschriften der revidirten Ordnung, nach welcher  
die Apotheker in den Königl. Preussischen Landen ihr Kunstgewerbe betreiben  
sollen, d. d. Berlin, den 1ten Oktober 1801, von Neuem bekannt gemacht.

No. 25.  
Apotheken-  
einrichtung.  
I. P. 1977.  
November.

### Tit. I. Von den Apothekern überhaupt.

Zur ersten Qualifikation eines Apothekers bei der Uebernahme einer Offizin,  
in Hinsicht auf die Kunst gehört, daß er außer dem Atteste der Obrigkeit des Orts  
seines Etablissements, welchergestalt er die Apotheke rechtmäßig erworben, auch den  
Lehrbrief und die erforderlichen Zeugnisse über die gesetzliche Servilzeit beibringe,  
worauf alsdann seine theoretische und praktische Prüfung von der Behörde veranlaßt,  
und nach befundener Zulässigkeit ihm die Approbation, welche ihn zur ungehinderten  
Ausübung seiner Apothekerkunst berechtigt, erteilt wird.

Damit auch der zwischen den Apothekern und Materialisten über den privaten  
und kumulativen Debit der rohen Arzneiwaaren, seit vielen Jahren bestandene  
Streit für die Zukunft aufhören möge, haben wir dieser revidirten Ordnung ein  
besonderes Verzeichniß der rohen Arzneiwaaren beifügen lassen, womit die Dro-  
gisten und Materialisten in der dort vorgeschriebenen Quantität handeln und den  
Debit exerciren können.

Die Ausübung der Apothekerkunst erstreckt sich aber weder auf ärztliche noch  
chirurgische Verrichtungen. Sollte jedoch an einem Orte, oder dessen Nähe  
bis auf zwei Meilen, sich kein Arzt etablirt haben, so soll der Apotheker, in  
sofern nicht etwa der dortige Chirurgus auf innere Kuren bereits examinit ist,  
und von der Behörde approbit worden, befugt sein, auf seine Prüfung  
zur Verrichtung gewöhnlicher leichter innerer Kuren bei der Behörde der Pro-  
vinz anzutragen, welche alsdann darüber an die obere Behörde zur Approbation  
berichten muß. Dagegen erfordert aber auch das allgemeine Beste, daß Aerzte  
und zur innerlichen Praxis aufhörte Wundärzte an solchen Orten, wo keine  
öffentliche Apotheke vorhanden, oder in der Nähe befindlich ist, eine mit den  
notwendigsten Arzneimitteln versehene kleine Hausapotheke sich halten können,  
jedoch lediglich nur zum Gebrauch in ihrer Praxis, nicht aber zum Wiederver-  
kauf an andere Personen. Auch müssen diese Mittel, besonders die Präparata  
und Composita, von einem approbiten Apotheker im Lande, welcher für deren  
Güte verantwortlich sein kann, nicht aber von auswärtigen Laboranten und  
Kräutern entnommen werden. Ingleichen müssen dieselben davon keinen  
übermäßigen Vortheil verlangen, und in den Preisen dafür die Patienten nicht  
übertheuern, sondern ihre Arzneirechnungen ganz nach der bestehenden Taxe  
eintrichten, indem sie für die Mühe des einzelnen Dispensirens, hinlänglich durch



den Rabatt entschädigt werden, den Apotheker, von welchen sie sich die Arznei-  
mittel undispensirt liefern lassen, zu geben pflegen.

### Von den Lehrlingen.

Jeder gelehrte, privilegirte und approbirt Apotheker ist Lehrlinge anzunehmen  
und Gehülfen zu halten befugt. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß die Apo-  
theker bei Annahme der Lehrlinge zum öftern ohne die nöthige Auswahl und ohne  
genugsame Rücksicht auf deren Tauglichkeit verfahren, bloß ihren Verbindungen beab-  
sichtigen, und ihrer Verbindlichkeit, aus selbigen tüchtige und brauchbare Subjekte  
zu bilden, zu wenig Genüge leisten.

Es wird daher den Apothekern folgendes zur Pflicht gemacht.

- a) Sollen sie so viel möglich dahin sehen, daß sie nur solche Lehrlinge annehmen,  
die, bei einem von der Natur nicht vernachlässigten Kopfe, durch eine einiger-  
maßen wissenschaftliche Ausbildung und durch eine gute sitzliche Erziehung zur  
Erwerbung dieser Kunst hinlänglich vorbereitet sind. Damit auch der zur Apo-  
thekerkunst bestimmte Jüngling dem ihm nöthigen Schulunterricht nicht zu früh  
entzogen werde, so wird den Apothekern hiermit anbefohlen, keinen Lehrling  
jünger als zu vollen 14 Jahren anzunehmen.

Da auch insbesondere die Kenntniß der lateinischen Sprache zum richtigen  
Verstehen der Recepte und der in den Dispensatorien enthaltenen Vorschriften  
ganz unentbehrlich ist, so sollen die Apotheker fernerhin keine Lehrlinge anneh-  
men, die von der lateinischen Sprache nicht wenigstens so viel erlernt haben,  
daß sie leichte Stellen aus einem lateinischen Autor fertig übersetzen können.

Diese Beurtheilung soll aber in Zukunft nicht den Lehrherren allein über-  
lassen sein, sondern es wird ihnen hiermit zur Pflicht gemacht, ihre anzuneh-  
menden Lehrlinge in dieser Hinsicht durch den Physikus des Orts zuvor prü-  
fen zu lassen.

Die Apotheker haben ferner dahin zu sehen, ob auch der anzunehmende  
Lehrling eine fertige und gehörig deutsche Hand schreibe. Dieses ist besonders  
deshalb notwendig, um zu verhüten, daß durch ihn keine aus unleserlich  
geschriebenen Signaturen leicht entspringende Zweifel und Irrthümer auf Selb-  
ten des Patienten veranlaßt werden.

- b) Da auch vielfältig wahrgenommen wird, daß Lehrherren ihre Zöglinge als bloße  
Arbeitsleute behandeln, hingegen um deren Bildung zu brauchbaren Apothek-  
fern unbekümmert sind, und genug gethan zu haben glauben, wenn sie selbige  
nach verfloßenen Lehrjahren mit einem Lehrbriefe entlassen, so werden sie hier-  
mit ernstlich ermahnt, die ihnen gegen ihre Lehrlinge obliegenden Pflichten nicht  
außer Acht zu lassen, sondern selbige, durch treue Anweisung und gründlichen  
Unterricht, sowohl im theoretischen als praktischen Theile der Pharmazie, ver-  
bunden mit Darreichung guter Bücher und Ueberlassung der nöthigen Zeit  
zu deren Benutzung, zu geschickten und in ihrem Fache tüchtigen Staatsärz-  
tern zu erziehen.

- c) Ist vielfältig der Mißbrauch eingedrungen, daß die Apotheker, vornämlich an  
solchen Orten, wo sie neben ihrem Hauptgeschäfte noch andere Gewerbe treiben,



gar keine Gehülfen, dagegen aber zwei bis drei Lehrlinge halten, auch hierzu sogar am liebsten rohe, unwissende, schlecht erzogene Knaben von noch unvollem Alter auswählen, weil sie diese am besten zu ihren oft mit niedrigen Arbeiten verknüpften Nebengewerben anzusehen und gebrauchen zu können glauben. Da aber hierdurch die Zahl unwissender und höchstens nur zu einigen mechanischen Arbeiten brauchbarer Apothekergehülfen jährlich vergrößert wird, so wird hiermit verordnet, daß die Apotheker nur so viel Diszipel halten dürfen, als sie ausgebildete Gehülfen haben. Haben sie nur einen Gehülfe, so dürfen sie auch nur einen Lehrling annehmen. Sind aber ihre Geschäfte so unbedeutend, daß sie solche überhaupt nur mit einem Menschen bestreiten können, so dürfen sie gar keinen Lehrling, sondern bloß einen Gehülfe halten, es sei denn, daß sie erwiesen können, keinen Gehülfe bekommen zu können, oder daß sie als geschickte und ihr Hauptwerk selbst mit Thätigkeit abwartende Männer bekannt sind.

2) Um überhaupt dem Anwachs schlecht erzogener, unwissender und untauglicher Apothekergehülfen um so mehr vorzubeugen, so wird hiermit festgesetzt: daß hinführo kein Lehrherr befugt sein soll, seinem Lehrlinge den Lehrlings- oder das Attest wohl überstandener Lehrjahre zu erteilen, bevor nicht dieser durch eine von dem Physikus des Orts in Befehl des Lehrherrn zu veranlassende Prüfung, welche dem, was man von einem solchen jungen Menschen billigerweise fordern kann, angemessen sein muß, als tüchtig befunden worden. Bei dieser Prüfung ist besonders darauf zu sehen, ob der Ausgelernte sich praktische Kenntnisse der Pharmazie und eine hinlängliche Fertigkeit in kunstmäßigen Arbeiten erworben habe, da solches bei einem guten Apotheker der Theorie vorangehen muß. Findet es sich, daß er noch nicht reif genug ist, um als ein brauchbarer Apothekergehülfe anerkannt zu werden, so hat der Physikus ihm anzudeuten, daß er noch nicht entlassen werden könne, sondern so lange noch in der Lehre bleiben müsse, bis er sich hinlänglich qualifiziert habe. Ergäbe es sich aber, daß die Schuld der Versäumnis in den Lehrjahren weniger am Lehrlinge, als vielmehr am Lehrherrn selbst liege, sie bestehe nun in vorsätzlicher Vernachlässigung des Lehrlings, oder in erwiesener Unfähigkeit, brauchbare Subjekte zu bilden, so soll einem solchen Apotheker die weitere Befugnis, Lehrlinge zu halten, gänzlich untersagt werden. Der Lehrling aber soll verpflichtet sein, so lange bei einem andern Apotheker in die Lehre zu treten, bis er sich die erforderliche Kenntnis und Geschicklichkeit erworben hat.

Was die Dauer der Lehrjahre und die sonstigen Bedingungen der Reception eines Lehrlings betrifft, so hängt zwar dies von der Bestimmung des mit den Eltern, Vormündern oder Verwandten desselben zu entrichtenden schriftlichen Kontraktes ab; doch soll die Lehrzeit nie unter 4 Jahre bestimmt, auch von dem Lehrherrn dem Lehrling nur in so weit ein Nachlaß auf etwa 6 Monate bewilligt werden, als der Physikus des Orts nach genugsamer Prüfung von der Reife des Lehrlings sich überzeugt und solches schriftlich attestiert hat.

Kein Lehrherr soll daher dem Lehrling den Lehr- oder Gesellenbrief eher erteilen, bis der Physikus des Orts demselben das Fähigkeitszeugnis dazu gegeben hat.



wofür er, so wie für das Attest bei der Reception des Lehrlings außer dem Stempelpapier, am Gelde mehr nicht als Einen Thaler erhält.

#### Von den Apothekergehülfen.

Der solchergestalt mit dem Lehrbriefe versehene Lehrling wird nun ein Apothekergehülfe. Als solcher übernimmt er in der Apotheke, bei welcher er sich engagirt, eben die allgemeinen Einrichtungen, unter welchen der Prinzipal, dem er sich zugesellt, zur öffentlichen Ausübung dieses Kunstgewerbes von Seiten des Staats aufhört ist. Er muß sich daher sogleich mit denjenigen landesherrlichen Medizinalgesetzen und Verordnungen, welche das pharmazeutische Fach betreffen, bekannt machen, damit er in Beobachtung derselben, so weit sie auf ihn Bezug haben, sich nichts zu Schulden kommen lassen möge. Hat selbiger seine Lehrjahre in einer einländischen Apotheke zugebracht, so ist zu erwarten, daß er mit den Vorschriften der Pharmacopoea Borussica und mit der Arzneitaxe schon bekannt sei; ist er aber ein Ausländer, so muß er sich angelegen sein lassen, diese zu studiren, um sich nach Anleitung derselben, der Anfertigung, Dispensirung und Taxirung der Arzneimittel unterziehen zu können.

Bei der Rezeptur hat er alle Behutsamkeit und Genauigkeit in Dispensirung der verschriebenen Arzneimittel anzuwenden. Zu dem Ende muß er die Vorschrift des Rezepts nicht nur zuvor mit Aufmerksamkeit überlesen, sondern auch das angefertigte Medikament nicht eher aus der Hand stellen, bevor er nicht das Rezept nochmals mit Bedacht gelesen und von der geschehenen richtigen Anfertigung und Signatur sich überzeugt hat. Im Laboratorio muß er die Composita und Praeparata, nach Vorschrift der Pharmacopoea Borussica, reinlich, ordentlich und gewissenhaft bereiten, und wohl bezeichnet aufbewahren.

Uebrigens wird von einem jeden konditionirenden Apotheker vorausgesetzt, daß er den Inbegriff seiner Obliegenheiten kenne und stets vor Augen habe, daß er, dem zufolge, als ein rechtschaffener Gehülfe und Mitarbeiter seines Prinzipals die ihm anvertrauten Geschäfte mit Treue und Fleiß abwarte, ohne dabei die wissenschaftlichen Kenntnisse seines Faches zu versäumen, daß er sich vorzüglich auch eines guten moralischen Wandels befleißige, gegen jedermann höflich und bescheiden sei, aller ausschweifenden und verführerischen Gesellschaften sich enthalte, keine unordentliche und unanständige Besuche in der Offizin annehme, und überall in Erfüllung seiner Pflichten den ihm untergeordneten Lehrlingen mit musterhaftem Beispiele vorangehe.

Die Bestimmung des Gehalts und der sonstigen Emolumente eines Gehülfsen hängt von dem schriftlichen Verein beider Theile ab. Wäre dergleichen Kontrakt nicht gemacht, so muß sich der Gehülfe, neben freier Station, exkl. Kleidung jährlich mit demjenigen Gehalt begnügen, welches ein Apothekergehülfe des Orts gewöhnlich erhält.

Die Servitzeit eines Gehülfsen wird auf 5 Jahre festgesetzt. Sollte aber derselbe in Berlin, oder auf Akademien Gelegenheit gehabt haben, Vorlesungen in der Chemie, Pharmazie, Botanik, u. zu hören, und er darüber gute Zeugnisse der Lehrer beibringen, auch bei der Prüfung zum Apotheker die nöthige Geschicklichkeit beweisen, so soll die Behörde befugt sein, ihm Ein, höchstens Zwei Jahre zu







Auf ähnliche Art werden auch die Lehrlinge in Rücksicht ihrer Fähigkeiten und Fortschritte, nach Verhältnis ihrer zurückgelegten Lehrzeit geprüft.

Die Apotheker nebst ihren Gehülften und Lehrlingen sind verpflichtet, den Kommissarien weder bei genereller Besichtigung der Offizin, des Laboratorii, der Materialkammern, Kräuterböden, Keller etc., noch bei spezieller Prüfung der Arzneimittel nach dem vorgeschriebenen Verzeichnisse irgend Hindernisse in den Weg zu legen, vielmehr selbigen mit Achtung und Bereitwilligkeit entgegen zu kommen, die von selbigen gegebenen Erinnerungen und Belehrungen bescheiden anzunehmen, und den von selbigen etwa für nöthig erachteten Anordnungen willige Folge zu leisten. In streitigen Fällen aber haben sie ihre Gegenerrinnerungen bescheiden zu Protokoll zu geben, und die Entscheidung von der Behörde zu erwarten.

Außerdem stehen die Apotheken immerwährend unter der unmittelbaren Aufsicht der Physiker, oder derjenigen Personen, denen sonst diese Aufsicht von der obern Behörde übertragen worden, als deren Pflicht es ist, die Apotheken von Zeit zu Zeit zu besuchen, und Acht zu geben, ob darin alles wohl hergehe und in gutem Stande gehalten werde; daher denn auch ein Apotheker, wenn er auf mehrere Tage oder Wochen verreisen will, verbunden ist, die Aufsicht über seine Offizin einer dazu qualifizirten Person, die während seiner Abwesenheit nöthigenfalls die Verantwortlichkeit übernimmt, zu übertragen, und solches dem Physikus des Orts anzuzeigen.

### Tit. III. Von der Ausübung der pharmazeutischen Kunst selbst.

Von den Pflichten der Apotheker in Anschaffung, Bereitung und Aufbewahrung der Medicamente überhaupt.

- a) Ein jeder Apotheker in unsern Landen ist schon durch seinen geleisteten Eid verpflichtet, stets dafür zu sorgen, daß seine Apotheke diejenigen, sowohl rohen als zubereiteten Arzneimittel, welche in der nach Maassgabe für größere und kleinere Städte, entworfenen Designation spezifizirt sind, in bestmöglicher Beschaffenheit und Güte, und in einer den Bedürfnissen des Orts angemessenen Menge vorräthig enthalte.

Die einfachen Arzneimittel aus dem Thier- und Pflanzenreiche muß er im Durchschnitt alle zwei Jahre, die gebräuchlichsten aber, oder die durch die Zeit leicht an der Kraft verlieren, alle Jahre frisch und in gehöriger Güte und Menge anschaffen, zur rechten Zeit einsammeln, säubern, mit allem Fleisse trocknen, und in saubern dichten Gefäßen unter richtiger Bezeichnung aufbewahren.

Ebensozuegestalt muß er auf die kunstmäßige Bereitung der pharmazeutischen und chemischen Präparata alle Aufmerksamkeit und Sorgfalt richten. Bei Anfertigung derselben hat er sich genau an die Vorschriften der Pharmacopoea Borussica zu halten, und darf er sich dabei keine willkürlichen Abweichungen erlauben. Jedoch ist ihm unverwehrt, neben den nach der Pharmacopoea Borussica angefertigten Präparatis und Compositis, dergleichen auch nach anderweitigen Dispensatoriis oder besondern Vorschriften, vorräthig zu halten, wenn dergleichen von den Aerzten verlangt werden.

b) Die



b) Die Apotheker sind zwar überhaupt angewiesen, die chemischen Arzneimittel selbst zu bereiten. In dem Falle aber, daß sie an der eignen Anfertigung gehindert sind, oder ihre bedürftige Menge dazu zu gering ist, müssen sie sich damit aus einer andern guten einländischen Apotheke versorgen, dürfen aber dergleichen nicht von gemeinen Laboranten, oder ausländischen Drogisten kaufen.

c) Es ist die Pflicht eines jeden Apothekers, daß er seine sämmtlichen Waaren und Medicinalien oft und fleißig revidire, um sowohl die abgängig gewordenen, als durch Alter oder Zufall verdorbenen Mittel sogleich ergänzen zu können, damit er stets von der Güte und tadellosen Beschaffenheit jedes einzelnen Artikels seines Vorraths überzeugt seyn, und dafür die Gewähr leisten könne.

### Von dem besondern Verhalten bei Anfertigung der Recepte.

a) Sobald ein Recept zur Bereitung in die Apotheke gebracht wird, auf welches der Arzt das Datum, die Jahreszahl, den Namen des Patienten, und wenn dem Apotheker dessen Hand nicht bekannt ist, auch seinen eigenen Namen geschrieben haben muß, so ist der Apotheker verpflichtet, es entweder selbst zu verfertigen, oder einem tüchtigen Gehülfen, allenfalls auch einem Lehrlinge, welcher aber wenigstens Drei Jahre in der Lehre gestanden und sich wohl appliziert haben muß, zur Bereitung zuzustellen. Sowohl die Apotheker, als deren Gehülfen und Lehrlinge, sind verbunden, die Arzneimittel auf einem mit Stütern umgebenen Receptirische nach Vorschrift der Recepte, ohne Aufschub, vorsichtig und pünktlich zu bereiten, die angefertigten Medicamente daselbst bis zur Abholung zu bewahren, und solche nebst den Recepten, so wenig während der Anfertigung, als nachher, jemanden vorzuzeigen, noch weniger Abschriften davon zu geben oder nehmen zu lassen. Damit auch derjenige, welcher am Receptirische die Medicamente zusammenmischt, nicht gestört werde, so soll außer den in die Offizin gehörigen Personen niemand zu solchem zugelassen werden.

b) Bei der Receptur muß die strengste Genauigkeit, Ordnung und Reinlichkeit herrschen. Sämmtliche Gefäße und Instrumente müssen stets rein und sauber, auch Waagen und Gewichte im akkuraten Zustande gehalten werden. Auch das Reinhalten der Seigetücher zu Dekokten und Infusionen ist nicht zu vernachlässigen.

Mörtern, Pulver, Pillenmassen ic., zu denen salinische und metallische Präparate kommen, dürfen in keinem metallischen, sondern sollen in steinernen, gläsernen, oder porzellanenen Mörsern bereitet werden.

Zu scharfen, heftig wirkenden Mitteln, als Quecksilbersublimat, hingeleichen zu stark riechenden, als Moschus und Ala foetida, sollen besondere Mörser und Wadgeschäalen gehalten werden.

Der in einigen Apotheken noch übliche Gebrauch, Pulver- und Pillenschachteln mit Goldpapier auszufuttern, wovon die darin aufbewahrten Arzneimittel leicht mit Kupferstücken verunreinigt werden, wird hiermit untersagt.

c) Bei Dispensirung der Arzneimittel soll nichts gemessen, vielweniger nach dem bloßen Augenmaße geschätzt, sondern alles ordentlich und genau abgemessen

wer,



werden, Bei den Wässern kann jedoch das Abmessen wohl Statt haben; nur müssen die eigends dazu bestimmten Masuren nach dem absoluten Gewichte des Wassers richtig abgetheilt sein. Sollten auch noch Aerzte im Gebrauch haben, Vegetabilien manpulweise zu verschreiben, so sollen diese dennoch gewogen, und statt eines Manipuls, bei Kräutern eine halbe Unze, und bei Blumen Drei Drachmen, nach Gewicht genommen werden.

- d) Zu mehrerer Verhütung, daß keine Verwechslung der Medicamente sich zutragen möge, soll in der Apotheke jedesmal der Name des Patienten, welcher auf dem Recepte steht, singelichen der Name des Apothekers, bei welchem das Recept verfertigt worden, nebst dem Dato, auf der Signatur bemerkt werden.

Auch soll auf der Signatur die auf dem Recept bestimmte Gabe und Zeit des Einnehmens nicht mit Ziffern bezeichnet, sondern jedesmal mit Buchstaben deutlich und leserlich geschrieben werden.

Eben so muß die Dose der Medicamente auf den Recepten, wenn sie bei erfolgnder Bezahlung zurückgegeben werden, mit deutlichen Ziffern bemerkt sein.

- e) Da noch die Erfahrung gelehrt, daß öfters diejenigen Arznelen, welche die Patienten auf Verordnung ihres Arztes zum zweiten oder öftermale machen lassen, nicht vollkommen gleich, sondern in Farbe, Quantität, Geschmack und Geruch verschieden sind, und hierdurch den Patienten verdächtig werden, so soll derjenige Apotheker, in dessen Offizin dergleichen Nachlässigkeit erwiesen gemacht worden, in fünf Thaler Strafe verfallen. Damit man aber wisse, wer den Fehler bei der Reitoratur begangen, so soll derjenige, der solche verfertigt, jedesmal seinen Namen auf die Signatur schreiben.

- f) In gleiche Strafe soll derjenige Apotheker genommen werden, welcher die ihm zugeschickten Recepte, es sei bei Tage oder bei Nacht, nicht sogleich, ohne Aufhaltung verfertigt, den Handlauf vorzieht und die Patienten ohne Noth auf die Medizin warten läßt. Besonders sollen diejenigen Recepte, die mit cito bezeichnet werden, sogleich bereitet, und die Arznelen den Boten, welche die Recepte einhändigen, mitgegeben werden.

- g) Uebrigens sollen solche von approbirten Aerzten und Wundärzten einmal verschriebene und verfertigte Recepte, welche Draastica, Vomitoria, Menaea & Urinam moventia, Opiata, und andere dergleichen stark wirkende Medicamente enthalten, ohne Vorwissen und Bewilligung des Arztes, zum andernmale nicht wieder gemacht werden; weil dergleichen Mittel, die, zur rechten Zeit verordnet, von guter Wirkung gewesen, dem Kranken, wenn er selbige zur Unzeit nimmt, den Tod zuwege bringen können.

- h) Wenn dem Apotheker in den verschriebenen Recepten ein Irrthum oder Verstoß von der Art, daß davon ein Nachtheil für den Patienten zu besorgen sei, bemerktlich werden sollte, so hat er sogleich dem Arzte, welcher das Recept verschrieben, seine Bedenklichkeit und seinen Zweifel bescheiden zu eröffnen. Wenn der Arzt den Verstoß nicht anerkennt, und auf die Anfertigung des Receptis nach seiner Vorschrift besteht, so kann es der Apotheker zwar auf dessen Verantwortung verfertigen; doch hat er zu seiner eigenen Rechtfertigung den



den Fall sogleich dem Physikus; oder wenn dieser das verdächtige Rezept verschrieben hätte, der kompetenten Behörde anzuzeigen.

i) Sollte es sich zutragen, daß ein verschriebenes Ingredienz nicht vorräthig oder sogleich nicht anzuschaffen sei, so darf der Apotheker nicht willkürlich ein andres dafür substituiren, oder etwas hinweglassen, sondern er hat solches sofort dem Arzte anzuzeigen, und es diesem zu überlassen, an dessen Statt ein anderes Mittel von gleicher Eigenschaft zu verordnen.

k) Da auch verlauten will, daß noch hier und da unbefugte Personen sich mit innerlichen und äußerlichen Kuren befassen, so wird den Apothekern hiermit anbefohlen, sich der Verfertigung solcher Recepte, die von dazu nicht qualifizirten Personen verschrieben worden, zu enthalten, und sich hierunter lediglich nach dem §. 5. pag. 28. des Medizinaledikts vom Jahre 1725 zu achten; am wenigsten aber Medicamente von heftiger und bedenklicher Wirkung als: Drastica, Vomitoria, Mercurialia, Narcotica, Emmenagoga, namentlich auch Resina und Tinctura Jalappae, von der Hand, ohne ein von einem approbirten Arzte verschriebenes Rezept, verabfolgen zu lassen.

l) Es haben demnach alle und jede Apotheker in den Preussischen Landen, bei Vermeldung von fünf bis zwanzig Thalern Strafe auf jeden Kontraventionsfall, und bei wiederholter Kontravention bei noch höherer Geldstrafe, sich nach diesen Verordnungen zu achten, auch bei Vermeldung gleicher Strafe, dafür zu sorgen, daß von ihren Gehülffen und Lehrlingen dieselbe auf das genaueste befolgt werden; gleichwie sie für das, was ihre Gehülffen, oder andre zu ihrem Hause gehörige Personen, hierin zuwider handeln, schlechterdings einstehen müssen, ob schon ihnen das Recht vorbehalten bleibt, ihren Regreß an gedachte Personen zu nehmen.

A. Verzeichniß der Medicinalwaaren, welche die Materialisten sowohl en Gros als en Detail verkaufen dürfen.

Alumen crudum.

- - romanum.

Antimonium crudum.

Asphaltum.

Bacca Juniperi.

- Lauri.

- Myrtilorum sicca.

Bezetta.

Bismuthum.

Bolus alba.

- Armena.

- rubra.

Borax.

Braunstein.

Cacao.

Cardamomum.

Caricae.

Caryophylli.

Cassia cinnamomea.

Cera alba.

- citrina.

Cerussa, incl. Cremsar Weiss.

Cinnamomum.

Cineres clavellati.

Cinnabaris.

Coccionella.

Colla piscium.

Colophonium.



**Cornu Cervi raspatum.**  
**Cortex Aurantiorum.**  
 Citri.  
 Granatorum.  
**Costus albus.**  
**Crocus.**  
**Cubebae.**  
**Flores Carthami.**  
 Cassiae.  
 Viridis Aeris.  
**Folia Lauri.**  
**Fructus Auranti recent.**  
 immat. sicc.  
 Cerasor. sicc.  
 Citri recentes.  
 Cynosbati sicc.  
**Gallae tureicae.**  
**Glacies Mariae.**  
**Grana Chermes.**  
**Gummi Arabicum.**  
 Benzoës.  
 Copal.  
 Laccae in baculis.  
 in granis.  
 in tabulis.  
 Mastichis.  
 Olibani.  
 Sandaracae.  
 Sanguinis Draconi.  
 Tragacanthae.  
**Herba Artemisiae.**  
 Basilici.  
 Equiseti major.  
 minor.  
 Majoranae.  
 Origan. cretic.  
 Salviae.  
 Saturejae.  
 Thymi.  
**Lapis Haematit.**  
 Pumicis.

**Lignum Campechense.**  
 Santal. rubr.  
**Lithargyrum.**  
**Maces.**  
**Mel album.**  
 commune.  
**Minium.**  
**Nitrum.**  
**Nuces moschatae.**  
**Oleum Lini.**  
 Nucum.  
 Olivarum.  
 Papaveris.  
 Therebinthinae.  
**Ossa Sepiae.**  
**Piper album.**  
 hispanicum.  
 longum.  
 nigrum.  
**Pix alba.**  
 nigra.  
**Resina elastica.**  
 Pini.  
**Radix Alkannae.**  
 Curcumae.  
 Galangae.  
 Rubiae Tincton.  
**Radix Zedoariae.**  
 Zingiberis.  
**Sal ammoniacum.**  
**Sapo hispanicus.**  
 venetus.  
**Sevum.**  
**Semen Ammomi.**  
 Anisi stellati.  
 vulgaris.  
 Carvi.  
 Coriandri.  
 Cumini.  
 Erucae.  
 Foeniculi.



Semen Lini.  
 - Psyllii.  
 - Sinapi.  
 Soda hispanica.  
 - hungarica.

Succinum.  
 Succus Citri.  
 Sulphur citrinum.

Tartarus crudus.  
 Terabinth. commun.  
 - veneta.  
 Vitriolum commune.  
 - Cupri.

Vanillae  
 Viride Aeris.  
 Zincum.

**B. Verzeichniß der Medizinalwaaren, wovon die Materialisten nicht unter einem halben Pfunde verkaufen dürfen.**

Acidum Salis.  
 Aqua fortis.  
 Balsam. peruvian.  
 Castoreum.  
 Mercurius praecipit. rubr.  
 - - vivus.  
 Oleum Bergamottae.  
 - de Cedro.

Oleum Jasmini.  
 - Lavendulae.  
 - Ricini.  
 - Vitrioli.  
 Opium.  
 Opobalsamum.  
 Radix Ipecacuanhae.  
 Sal Succini.

**C. Verzeichniß der Medizinalwaaren, wovon die Materialisten nicht unter einer Unze verkaufen dürfen.**

Ambra gris.  
 Balsamum de Mecca.  
 Moschus.  
 Oleum essent. Cajaput.  
 - Caryophyllor.  
 - Cinnamomi.  
 - Lign. Rhodii.

Oleum Macis.  
 - Menthae piperit.  
 - Neroli.  
 - Nucum moschat.  
 - Origan. cretic.  
 - Rosarum.  
 - expr. Nucistao.

**Wegen sorgfältiger Aufbewahrung und vorsichtiger Verabfolgung der Gifwaaren.**

Da Wir mißfällig vernommen, daß den emanirten Verordnungen wegen sorgfältiger Aufbewahrung und vorsichtiger Verabfolgung der Gifwaaren, nicht überall die strengste Folge geleistet wird; so haben Wir aus landesväterlicher Fürsorge nöthig gefunden, die in Unserm allgemeinen Medizinaldekret vom Jahre 1725 pag. 27. §. 4., ingleichen die in der Verordnung an sämmtliche Apotheker vom Jahre 1758 enthaltenen Befehle und Verordnungen, insbesondere bei denjenigen Gifwaaren, welche im Nachstehenden mit dem Namen direkte Gifte bezeichnet sind, folgendergestalt zu bestimmen und zu erweitern.

a) Unter der Rubrik: direkte Gifte, sind folgende namentlich begriffen: alle Arsenicalia, als: weißer Arsenik, Opertment, Rauschgelb, Fliegenstein, oder der unechte gentlich sogenannte Kobalt; ferner: Mercurius sublimatus corrosivus, Mercurius praecipitatus ruber, ingleichen Euphorbia und weiße Nieswurz.



b) Zu diesen direkten Giften sind besondere, von den übrigen Waaren und Medicinalien entfernte Behältnisse und Verschlüsse zu bestimmen. Besonders darf auch die hier und da angetroffene Unordnung, Arsenicalia und Mercurialia unter und neben einander zu stellen, hinführo nicht weiter statt finden, sondern es müssen beide, nebst ihren besonders dazu zu bestimmenden und stets reinlich zu haltenden Geräthschaften, als Waageschaalen, Mörtel, hölzerne oder erdherne Löffel &c. in abgesonderten verschlossenen Räumen verwahrt werden. Die Schlüssel zu diesen Behältnissen nimmt der Apotheker selbst, oder in dessen Abwesenheit der älteste Gehülfe, in Verwahrung.

c) Außer den Fällen, daß einer oder der andere Mittel nach Recepten, wenn solche von approbirten Aerzten und Wundärzten verschrieben worden, zu dispensiren ist, darf der Apotheker solche im Handverkauf nur allein zur Anwendung als Viehgarznei-Mittel, zum technischen Gebrauch für Maler, Färber, und andre Künstler und Handwerker, die deren zu ihren Arbeiten bedürfen, imgleichen zu Tilgung schädlicher Thiere, verkaufen. Diese Verabfolgung darf aber nur gegen gültige Scheine, und blos an sichere, unverdächtige, und geschmäktig dazu qualifizierte Personen geschehen. Hierunter sind zu verstehen: Personen aus der Klasse der Honoratioren, Königl. Bediente vom Militär- und Zivillstande, Gutsbesitzer, Prediger, ansässige Bürger und Eigenthümer, auch Landwirthe, wenn sie vom Apotheker gekannt sind. In den Scheinen ist ausdrücklich anzugeben, zu welchem Gebrauch das Gift bestimmt ist. Die Scheine selbst müssen von denjenigen Personen, welche die Giftwaaren verlangen, eigenhändig geschrieben und mit ihrem Petschaft besiegelt sein; auch nicht etwa von verdächtigen Personen, von Kindern, oder unsichern Dienstboten überbracht werden.

Landwirthe und andre zum Empfange benötigter Giftwaaren qualifizierte, dem Apotheker aber nicht persönlich bekannte Personen haben sich durch ein von der Obrigkeit oder den Predigern des Ortes beizubringendes Attest zu legitimiren.

d) Die Giftscheine sind in den Apotheken zu numeriren, und sorgfältig aufzubewahren; auch ist zu deren Kontrollirung ein besonderes Giftbuch zu führen. Dieses Buch enthält in sechs Spalten: 1) die Nummer des Giftscheins, 2) das Datum desselben, 3) den Namen des Empfängers, 4) ob dieser es in Person empfangen, oder durch wen? 5) die Art des Giftes, 6) das Quantum desselben.

e) Da auch die Erfahrung gelehrt hat, wie nöthig es sei, daß das verabfolgte Gift für jedermann als solches bezeichnet und kenntlich gemacht werde, so sollen

1. diese Giftwaaren nicht in bloßen Papierhüllen, sondern in Behältnissen von dichtem Holze, oder von Stengut, verabreicht, und
2. solche Behältnisse sorgfältig und fest verbunden, versiegelt, oder sonst verwahrt werden; auch ist

3. die



3. die Art des darin enthaltenen Giftes, und überdies noch das Wort Gift in deutscher, und nach Lokalsumständen auch in lateinischer, französischer, polnischer, wendischer Sprache, besonders deutlich auf die Signatur zu schreiben. Nicht minder sind

4. zu noch mehrerer Bezeichnung für Personen, die des Lesens ganz unfähig sind, diese Behältnisse mit drei in die Augen fallenden schwarzen Kreuzen, von der zu Bezeichnung der Grabmäler gebräuchlichen Gestalt, oder mit der Figur eines Todtenkopfs, festhaltend zu bezeichnen.

f) Außer dieser strengen Verfügung über Aufbewahrung und Verabfolgung der vorgenannten direkten Gifte, wird den Apothekern in Ansehung sämmtlicher übrigen heftig wirkenden Mittel die Beobachtung der größten Vorsicht hiermit wiederholentlich empfohlen. Des Endes sollen: Aqua Lauro - Cerasi, Opium und dessen Praeparata, Aconitum, Belladonna, Cicutia virosa, Conium maculatum und andre Mittel dieser Art, ebenfalls in eignen, abgetrennten, und verschlossenen Behältnissen aufbewahrt werden. Da auch Mittel dieser Art nur allein nach gesetzlich autorisirten Rezepten zu dispensiren sind, und gar nicht zu technischen und ökonomischen Bedürfnissen des Publikums gehören; so wird deren Verbleib im Handverkaufe, es sei mit oder ohne Schein, hiermit gänzlich verboten.

g) Sämmtliche Apotheker in den Preussischen Landen haben sich mit dem Inhalt dieser erweiterten Verordnung bekannt zu machen, und aufs genaueste darnach zu achten, mit der Verwarnung, daß der, oder diejenigen unter ihnen, welche solcher nicht in allen Stücken nachleben, ohnfehlbar nachdrückliche fiskalische Geld-, oder Gefängnißstrafen zu erwarten haben, welche Strafen nach Umständen der Umstände verstärkt werden sollen, wenn sie, bei etwa sich ereignenden Unglücksfällen durch Mißbrauch der Giftwaaren, überführt werden, durch Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit in Aufbewahrung und Verabfolgung derselben dazu beigetragen zu haben.

Wegen Abschaffung der mit Blei versehenen zinnernen Gefäße.

Wegen der durch traurige Erfahrung bestätigten höchst nachtheiligen Wirkung des Bleis auf die menschliche Gesundheit haben wir aus landesväterlicher Fürsorge für die Gesundheit Unserer Unterthanen bereits vor mehreren Jahren die Verfügung getroffen, daß die ehemals üblich gewesene Verzinnung mit einem Zusatz von Blei in Unsern Landen gänzlich abgeschafft sein, und dagegen nicht anders, als mit reinem englischen Bleizinn und Salmiak, verzinnnet werden solle. Da aber die Erfahrung lehrt, daß die Verzinnung sich leicht abnutzt, und die Wiederherstellung derselben nicht immer zeitig genug besorgt wird, und daher die Pflanzenextrakte, Sauerbrunne, Syrupe, u. s. w. oft kupferhaltig angetroffen worden sind, so sollen verzinnnete kupferne Kessel, Salme, Abkühlungsröhren u. s. w. selbst, wenn sie mit reinem englischen Zinn verzinnnet worden, künftig nicht weiter in den Apotheken verstatet werden.



Ferner befehlen Wir sämmtlichen Apothekern, in ihren Offizinen alle Gefäße von bleihaltigem Zinne, sie bestehen in Mensuren, Schalen, Pfannen, Kesseln, Blasenhelmen mit ihren Abkühlungsrohren, Digerirflaschen, oder Staudgefäßen, gänzlich abzuschaffen, und an deren Stelle andere, entweder aus dem reifsten Zinn, oder aus Porzellan, Stielgut, und dergleichen anfertigen zu lassen.

Wegen Anschaffung und Haltung eines Herbarii vivi plantarum officinalium.

Da zum öftern in Erfahrung gebracht ist, daß viele Apothekergehülffen und Dissipel in der Botanik nur eine sehr mangelhafte Kenntniß besitzen, so daß ihnen oft selbst die offizinelten Kräuter unbekannt sind, dieser Mangel einer hinlänglichen Kräuterkunde aber bei Einsammlung und Dispensirung vegetabilischer Arzneimittel zu schädlichen Irrthümern und Verwechslungen führt, so wird sämmtlichen Apothekern Unsere schon bestehende Verordnung hiermit aufs neue in Erinnerung gebracht, nicht allein für sich ein Herbarium vivum von offizinelten Pflanzen anzuschaffen, sondern auch dafür zu sorgen, daß ihre Gehülffen und Lehrlinge sich daraus eine anschauliche nähere Kenntniß der offizinelten Vegetabilien verschaffen, auch mit der Zeit sich selbst eines dergleichen sammeln und anfertigen mögen.

Potsdam, den 22sten Dezember 1816.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Konsistorii der Provinz Brandenburg.

No. 1.  
Kirchenfest  
zur Erinnerung  
an die  
Verstorbenen.

In Erwägung, daß es den frommen Sinn der edlern Menschen innigst anspricht, die Erinnerung an verstorbene theure Personen durch die Religion zu heiligen und ihr Andenken an heiliger Stätte in Andacht zu feiern, haben des Königs Majestät, nach Einlegung mehrerer Gutachten, mittelst allerhöchster Kabinettsordre vom 17ten v. M. zu befehlen geruht, daß ein jährliches allgemeines Kirchenfest zur Erinnerung an die Verstorbenen, am letzten Sonntage des Kirchenjahres in allen evangelischen Kirchen der Königl. Staaten beider Konfessionen gefeiert werden soll. Dasselbe soll jedesmal 8 Tage zuvor von den Kanzeln angekündigt, auch am Vorabend eingeläutet, der Gottesdienst durch eine eigene angemessene Liturgie ausgezeichnet, der Altar schwarz behangen und mit 2 brennenden Kerzen besetzt werden, sonst aber dabei aller dem evangelischen Gottesdienste fremde Prunk wegfallen. Die Wahl des Textes bleibt den Predigern überlassen, damit der Vortrag überall nach den Umständen und Bedürfnissen jeder Gemeinde eingerichtet werden könne; die namentliche Aufzählung von Verstorbenen unterbleibt, wie sich von selbst versteht, gänzlich. Auch soll dieses Kirchenfest nicht gerade nur auf die im Laufe des letztverfloßenen Jahres Verstorbenen Bezug haben, sondern überhaupt das Andenken an die Hingeshedenen erneuern, die jeder nach seinen individuellen Verhältnissen ehrt, und deren Gedächtniß in religiöser Andacht zu feiern, er sich gern veranlaßt sieht. Eine Aufforderung der Gemeinde, an diesem

Tage







- 6) der Kehlgraben, welcher das Wasser von Schwanjuch bei Teleslag nach der Landwehr zwischen Ganser zu Mehelstn führt;
- 7) der Abzugsgraben, welcher sich erstreckt von Darsch längs der Werberschen Grenze zwischen Werder und Walsleben bis zur Demnitz;
- 8) der Abzugsgraben von der Luchfelder Niederung bis in den abgelassenen Neßmar See;
- 9) der Abzugsgraben von der Krenzliner Föhrung zwischen Krenzlin und Werder bis in die Landwehr bei Dabergug;
- 10) der Graben von der Landstraße von Kyritz nach Neu Ruppin bis in die Daberguher Landwehr;
- 11) die Rauschenborfer Beck oder der Wasserlauf von Schulzendorf in den See bei Granitz und von hier bis Sonnenberg;
- 12) die Rönnebeck oder der Graben von der Cramnitzer Mühle bis zur Schulzendorfer Grenze;
- 13) der Grenzgraben zwischen Glambitz, Orleben und Bietitz;
- 14) der Hauptgraben zwischen Schönberg und Plabow, und
- 15) der durch den Bauer Wilsch zu Waldow angelegte Abzugsgraben, welcher das Wasser aus dem Kirchenspuhl nach dem Sandspuhl und nach dem Ahnsluch führt.

Die Entwässerung der Grundstücke ist ein so höchst wichtiger Gegenstand für die Verbesserung der Landeskultur, daß vorstehende Beispiele zur Nachahmung in den übrigen Kreisen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Den 6ten Januar 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

Der Buchhändler Lechner zu Nürnberg hat eine Ausgabe, eine Auswahl der Schriften Dr. Luthers in zwei Großoktav. Bänden, deren erster die Auslegungen der h. Schrift, der andere Luthers Leben, Tischreden, Briefe und auserlesene Stellen enthalten soll, für einen sehr geringen Subskriptionspreis, nämlich den Bogen auf Druckpapier zu 3 Kr., auf Schreibpapier zu 4 Kr., und auf Schwelgerpapier zu 5 Kr. rhein. veranstaltet, und ist gesonnen, um den Ankauf dieses Werkes für Klüchen und Schulen noch mehr zu erleichtern, jedes für Welche bei ihm unmittelbar bestellte Exemplar noch um  $\frac{1}{2}$  wohlfeiler als der Subskriptionspreis beträgt, wenn vor Ende des Januars d. J. die Bestellungen gemacht werden, verabsolgen zu lassen. Da nun dieses Unternehmen Unterstützung verdient, und sehr zu wünschen ist, daß das bevorstehende Jubeljahr der Reformation Anlaß werde, die Bekanntheit mit diesen Schriften unter der evangelischen Weltlichkeit zu befördern, so wird dieselbe auf Veranlassung einer Verfügung des Königl. Ministeriums des Innern hierauf von uns aufmerksam gemacht. Berlin, den 2ten Januar 1817.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 4. —

Den 24sten Januar 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Mittelsk Reskripts des Königl. Finanzministers vom 29sten November v. J. ist bestimmt worden, daß die Verordnung:

nach welcher alle in Silbergelde zu leistenden Zahlungen zur Hälfte in Tre-  
sorscheinen abgeführt, und für jeden Thaler, der nicht in diesen Zahlungs-  
mitteln abgetragen, sondern in baarem Gelde eingezahlt wird, zwei Groschen  
für den Thaler als ein Strafagio erlegt werden sollen,

in dem Herzogthum Sachsen nicht zur Anwendung kommen, sondern allda nur  
darauf gehalten werden soll, daß derjenige Theil, welcher nach den ehemaligen  
Sächsischen Gesetzen als Zwangstheil in Kassenbilletts eingezahlt werden mußte,  
auch jetzt noch, entweder in solchen, oder in Tresor- und Thalerscheinen abgeführt  
werde.

Hiernach ist zu verfahren, und bedarf es daher bei den Kassen im Herzogthum  
Sachsen nicht der Führung eines Tresorscheinen, Aufgeldregisters.

Dies wird in Bezug der Verordnung vom 29sten April v. J. pag. 165. des  
Amtsblatts zur Nachricht des Publikums und der Kassen in dem zum hiesigen Re-  
gierungsdepartement gehörigen Antheil des Herzogthums Sachsen hiermit bekannt  
gemacht.

Potsdam, den 15ten Januar 1817.

Des Königs Majestät haben durch eine Kabinettsordre vom 19ten v. M. die  
bisherigen wissenschaftlichen Deputationen aufzuheben, und dagegen wissenschaftliche  
Prüfungskommissionen bei den Konsistorien anzuordnen geruht.

Diejenigen jungen Schulmänner, welche sich der allgemeinen Schulamtskan-  
didaten-Prüfung für gelehrte Schulen unterziehen wollen, haben sich daher an das  
Königliche Konsistorium der Provinz Brandenburg in Berlin zu wenden, welches  
diese Prüfung durch die neu errichtete wissenschaftliche Prüfungskommission veran-  
lassen wird, von welcher auch künftig alle das gelehrte Schulwesen betreffende Prü-  
fun-

No. 26.  
Tresorscheinen  
Zahlung im  
Herzogthum  
Sachsen  
2. a 1729.  
Dezember.

No 27.  
Wissenschaft-  
liche Prü-  
fungskom-  
missionen.  
I. c. 339.  
Januar.



fungen der sich Meldden, auf jedesmalige Veranlassung des erwähnten Konsistoriums, werden verrichtet werden.

Potsdam, den 10ten Januar 1817.

No. 28.  
Arzneilieferungen für  
Militärlazarethe.  
I. p. 1178.  
Januar.

Nach der Verfügung des Königl. Ministerii des Innern vom 24ten December v. J. gehören die Militär-lazarethe unter die Kategorie der öffentlichen Krankenanstalten, und soll daher auch bei denselben die Bestimmung der neuen Arzneikarte in Anwendung gebracht werden, nach welcher bei Lieferungen von dispensirten Arzneien für öffentliche Krankenanstalten, wenn der Debit im Durchschnitt monatlich die Summe von 60 Thalern übersteigt, bei allen Quantitäten ohne Ausnahme rabattirt, oder von der Summe überhaupt ein Rabat von 20 bis 25 Prozent gegeben werden muß.

Potsdam, den 17ten Januar 1817.

No. 29.  
Abgabe von  
den Lauch-  
hammerschen  
Hüttenfabri-  
katen.  
2. a. 2087.  
Dezember.

Nach einem Reskripte vom 11ten December v. J. hat der Herr Finanzminister sich veranlaßt gesehen, dem Grafen v. Einsiedel, als Besitzer des Eisenwerks Lauchhammer im Herzogthum Sachsen, hinsichtlich der Abgabe von  $8\frac{1}{2}$  Prozent von den dortigen nach den alten Provinzen gehenden Fabrikaten, eine Ermäßigung dahin zuzugestehen:

daß die auf Zerkalkate von dort herkommenden Hüttenfabrikate nur einer Abgabe von

Vier gGroschen vom Zentner geschmiedetes Eisen, und von  
Sechs gGroschen vom Zentner Gußeisen

unterzogen werden sollen.

Die Behörden werden daher beauftragt, wegen künftiger Erhebung dieser ermäßigten Abgaben beim Eingange Lauchhammerscher Fabrikate hiernach zu verfahren.

Potsdam, den 2ten Januar 1817.

No. 30.  
Denunzian-  
tenantheil bei  
Salzkonfis-  
kationen.  
2. a. 1608.  
Dezember.

In den Provinzen jenseits der Elbe ist die Verfügung getroffen, daß bei Salzkonfiskationen dem Denunzianten für das in das Königl. Magazin abgelieferte fremde Salz, statt der bisherigen vier Pfennige pro Pfund, eine Belohnung von sechs Pfennigen pro Pfund verabreicht werden soll. Da ich nun beschloßen habe, diese Erhöhung auch den Denunzianten in sämmtlichen Provinzen diesseits der Elbe angedelthen zu lassen, so mache ich solches der Königl. Regierung hiermit bekannt, um das Weitere danach zu veranlassen.

Berlin, den 25ten November 1816.

Der Minister der Finanzen.

An

Im Auftrage Seiner Excellenz.

Die Königl. Regierung zu Potsdam.

H e r.

Vorstehende Verfügung des Herrn Finanzministers vom 25ten November v. J. wird den sämmtlichen Unterbehörden zur Nachricht und genauesten Achtung hierdurch bekannt gemacht.

Potsdam, den 14ten Januar 1817.

Die



Die interimsistische Verwaltung des Reichs- und Postsamts Lehnin ist dem No. 31.  
Regierungsreferendarius von Reichenstein übertragen, an welchen daher auch Verwaltung  
nur allein die, für diese Rezeptur gehörigen Zahlungen für jetzt gültig geleistet wer- des Amtes  
den können. Potsdam, den 17ten Januar 1817. Lehnin.  
2. b. 636.  
Januar.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.

Sämmtliche Untergerichte im Departement des Kammergerichts werden nach No. 2.  
der Bestimmung des Herrn Justizministers vom 24ten Dezember v. J. hierdurch Dokumente,  
angewiesen, alle von ihnen aufgenommenen oder beglaubigten Dokumente, welche  
bei französischen Behörden produziert werden sollen, an das Kammergericht zur Be-  
scheinigung ihrer Signaturen einzureichen. Berlin, den 6ten Januar 1817.

Die sämmtlichen Untergerichte im Departement des Kammergerichts werden No. 3.  
hierdurch aufgefordert, die Kosten für den Druck des Verzeichnisses der vom 1sten Ediktalitation;  
April bis zum letzten Mal 1816 bei ihnen erlassenen Ediktalitationen, an die Kam- nem  
mergerichts-Salarkasse baar zu bezahlen. Die Untergerichte werden die Namen  
der einzelnen Sachen, in welchen die Kosten entstanden sind, durch Extrakte des  
obgenannten Verzeichnisses ersenden, welche ihnen von der Kammergerichts-Salarkas-  
se zugestellt werden sollen. Berlin, am 9ten Januar 1817.

### Personalchronik.

Der Referendarus, Lieutenant Dieterich, ist als Assessor, und der ehemal-  
ige Regierungs-Hauptkassen-Kontroleur, Rendant Glaser, als Regierungs-  
sekretär beim hiesigen Kollegium angestellt worden.

Der invalide Feldjäger Lassig ist zum Unterförster zu Dobbertow, Forstamts  
Zinna, der invalide Unteroffizier Günther zum Thorschreiber in Verleberg, der  
invalide Unteroffizier Brunsel zum Thorschreiber in Neustadt an der Dosse,  
der Supernumerarius Gragert zum Thorschreiber in Rathenow, und der Invalide  
Simon zum Mühlen-Waagesetzer in Wittstock bestellt worden.

### Vermischte Nachrichten.

#### Ehrenvolle Auszeichnung.

Des Königs Majestät haben dem Schulzen Dehnicke zu Carwe, welcher sich  
in allen seinen Dienstverrichtungen durch Einsicht, Vaterlandsliebe und Eifer für  
das Gute besonders auszeichnet, und noch neuerdings durch sein rechtliches und be-  
sonnenes Benehmen mit dazu beigetragen hat, daß die Auseinandersetzung mit der  
Gutherrschaft in Kurzem zur beiderseitigen Zufriedenheit zu Stande gekommen ist,  
durch Verleihung der silbernen allgemeinen Verdienstmedaille ein Anerkennung seiner  
lobenswerthen Gesinnungen zu gewähren geruhet.

Be,



### Benennung eines Vorwerks.

In der Folge wird von dem Herrn Staatsminister von Voß Hatz am Wege von Stavenow nach Blüthen; ungefähr  $\frac{1}{2}$  Meile vom letztern Orte, ein neues Vorwerk aufgebauet, welches den Namen Waterloo erhält.

### Geschenke an Kirchen und Schulen.

Am Friedensfeste schmückte die Gemeinde zu Helligensee Altar und Kanzel ihrer Kirche mit neuen rothtuchenen, mit weißen Frangen besetzten Decken, worauf ein schwarzes Kreuz mit dem in Silber gestickten Worte: Friede, befindlich ist, und schenkte zugleich einen gläsernen Kronleuchter.

Bei der nemlichen-Gelegenheit beschenkte die Frau Amtmännin Höpke zu Nieder-Neuendorf die dortige Kirche mit einem silbernen, mit einem Lorbeer- und Eichenkranze unwundenen Kreuze, mit der Inschrift: mit Gott, für König und Vaterland; desgleichen bekleidete der Kossäthe und Kirchenvorsteher Schmidt daselbst den Altar mit einer rothtuchenen Decke, worauf das Wort: Friede, in Silber gestickt ist; auch schenkte die Büdnerwitwe Dominick ein Paar glauerne Altarleuchter mit weißen Wachskerzen.

An eben diesem Tage erhielt die Kirche zu Henningsdorf von der dortigen Gemeinde einen neuen Altar- und Kanzelbehang von feinem rothen Tuche, mit achtsilbernen Treffen besetzt, und dem darin in Silber gestickten Worte: Friede, zum Geschenk. Ebenso bekleidete die Tochter des dasigen Lehnsschulzen Schimming das Altarpulte mit einer blausammetnen, mit Silber gestickten und silbernen Treffen besetzten Decke, so wie zwei Wittwen aus der Gemeinde beide Altarwände mit zweien, mit silbernen Treffen besetzten Tüchern von rothem Taffent, welche zum Gebrauch beim Abendmahl bestimmte sind.

Bei der am 4ten Julius vor. Jahr. stattgefundenen kirchlichen Todtenfeier für die in den letzten Kriegen gebliebenen Vaterlandsvertheidiger ließ die ebengedachte Gemeinde zu Henningsdorf, auf deren Kosten zugleich eine neue Orgel in der Kirche erbauet worden, den Altar mit einer großen schwarztuchenen, mit breiten weißen Frangen besetzten Decke behangen, die in Zukunft bei Beerdigung der Leichen gebraucht werden soll.

Zu derselben Feier wurde die Kirche zu Wuthenow von den dortigen Jungfrauen mit einer Krone von Zinn und einem Kreuze, worauf die Worte: für Gott, König und Vaterland, befindlich sind, beschenkt; auch hat die dasige Gemeinde aus eigenen Mitteln Subsellien anfertigen lassen, und damit der Schule ein Geschenk gemacht.

Der Kirche zu Seedorf hat der Schmidt Sauer in Eldenburg am letzten Weihnachtsfeste zwei Altarleuchter von Wachs als ein Geschenk verehrt.



# Extra-Blatt

zum

4ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Nachstehende Militärpersonen sind im hiesigen Lazareth gestorben, ihre Geburtsort aber in die ausgefertigten Todtenscheine unrichtig eingetragen, als:

- 1) bei dem Johann Schröder, Landwehrmann bei der Ufermärkischen Landwehr, 2ten Bataillons 3ter Kompagnie, der Ort Lomm;
- 2) bei dem Ludwig Lehmann, Landwehrmann bei der Kurmärkischen Landwehr, der Dre Strepitz;
- 3) bei dem August Kullik, Landwehrmann bei dem 4ten Kurmärkischen Landwehr-Infanterieregiment, 2ten Bataillons 3ter Kompagnie, der Ort Mehen.

Sollte Jemand im Stande sein, über die Geburtsörter vorgedachter Individuen unbegreifliche Auskunft zu geben, so wird solche hier erwartet, um darnach das Weitere wegen Eintragung der Todesfälle in die Kirchenbücher verfügen zu können.

Den 11ten Januar 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

Der durch den Steckbrief vom 9ten August pr. (Extrablatt zum 34ten Stück des Amtsblatt von 1816) verfolgte angebliche Gärtner und Jäger Johann Christian Zabel ist am 10ten d. M. durch Gendarmen in Wusterhausen an der Dosse ergriffen worden, welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Den 16ten Januar 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

Dem jüdischen Staatsbürger und Handelsmann Isaaß Moses Cohn aus Danzig ist das ihm unterm 1sten September 1815. sub No. 178. von der Königl. Regierung zu Marienwerder ertheilte, nachstehend abgedruckte Zertifikat über seine Aufnahme als Staatsbürger verloren gegangen, und von ihm hierüber der gehörige Beweis geführt worden. Es wird daher dieses Zertifikat hierdurch, den Gesetzen gemäß, für ungültig erklärt, mit der Bemerkung, daß dem Cohn heute ein neues Zertifikat ertheilt worden ist. Danzig, den 13ten Dezember 1816.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nachdem der Inhaber dieses, der Isaaß Moses zu Danzig vor der Volljährigkeit seines Wohnorts erklärt hat, daß er den Namen Isaaß Moses Cohn als Familiennamen fernerhin führen und beibehalten will, so wird in Gemäßheit des §. 4. der Verordnung vom 1ten März 1812 hierdurch bezeuget, daß der Isaaß



Moses Cohn und seine umstehende von der Obrigkeit seines Wohnortes verzeichnete Nachkommen als Königlich Preussische Einländer und Staatsbürger angenommen und überall zu achten sind. Martenwerder, den 1ten September 1815.

(L. S.) Königl. Preuß. Regierung von Westpreußen.

#### Zeugniß

für den Isaac Moses Cohn zu Danzig,  
über seine Aufnahme als Staatsbürger.

No. 178.

Gemeindenachweisung der Breitgasse No. 48.

#### Erzähler

Isaac Moses Cohn, geboren 1776 den 14ten Julius.

#### Ehefrau:

Escher, geborne Levin Moses Willdorff, geboren 1786 den 14ten August,  
verheirathet den 16ten Oktober 1805.

#### Kinder:

Tochter Juliane, geboren den 4ten Oktober 1806.

Danzig, den 16ten September 1815.

(L. S.)

Königl. Preuß. Polizeipräsident hiesiger See- und Handelsstadt.  
v. Vegeack.

No. 1.

#### S t e c k b r i e f.

Die Wagabonde Friedrike Wilhelmine Webern ist am 16ten d. M.  
des Morgens um 5 Uhr aus dem hiesigen Landarmenhause heimlich entwichen.

Sämmtliche resp. Militär- und Zollbehörden werden dienstergebenst ersucht,  
diese Wagabonde im Betretungsfalle anhalten, und gegen Erstattung der Kosten  
an uns abliefern zu lassen.

Strausberg, den 20ten Dezember 1816.

Die Inspektion des Landarmenhauses.

#### S i g n a l e m e n t.

Friedrike Wilhelmine Webern, aus Frankfurt an der Oder gebürtig,  
ist 19 Jahr alt, 5 Fuß 3 Zoll groß, hat braunes Haar, eine runde Stirn, braune  
Augenbraunen, graue Augen, längliche Nase, gewöhnlichen Mund, ein etwas ein-  
gebogenes Kinn, rundes Gesicht mit feinen Pockennarben, und eine blasser Gesicht-  
farbe. Sie ist gut gewachsen und von schlanker Statur.

Der Dienstknecht Gottfried Findert, gebürtig aus Zechin im Oberbruche,  
welcher seit dem Jahr 1806, wo er von seinem damaligen Aufenthaltsorte Ortzig  
verschollen, von seinem Leben und Aufenthalte nichts hat hören lassen, wird auf  
den Antrag seiner Ehefrau Eve Marie geborne Piesegang, und seiner Geschwie-  
ster der vereh. lichen Koloußt Zeldler zu Lehmannsdorf, Louise geborne Fin-  
dert, und des Koloußten Johann Gottlieb Findert aus Braulken bei Son-  
nenburg hierdurch öffentlich vorgeladen, sich bis den 24ten August 1817 Vormittags

um



um 11 Uhr auf dem Amte Wollup zu melden, und von seinem Aufenthalt Nachricht zu geben, widrigenfalls er durch Urteil und Recht für todt erklärt, und sein Nachlaß unter seine Erben vertheilt werden soll.

Eüstein, den 7ten Oktober 1816.

Königliches Preussisches Justizamt Wollup.

### A u s b i e t u n g

der Windmühle zu Klein Machnow zum Verkaufe.

Die zur Konkursmasse des Mühlenmeisters Christian Friedrich Bierhals gehörige, auf dem Rittergute Klein Machnow, Teltow'schen Kreises, stehende, dem Besitzer auf Erbzinsrechte verleiheue Backwindmühle mit Wohnhause, Ställe, Garten, großer und kleiner Wiese, und Brückenzolle, wird mit der gerichtlichen Taxe auf 2574 rthlr. 12 gr zum feilen Kaufe hierdurch gestellt, und werden alle diejenigen, welche solche zu besitzen fähig und annehmlich zu bezahlen vermögend sind, hierdurch aufgefordert, sich am 22sten Februar 1817 hieselbst in der Wohnung des Gerichtshalters, Justizraths Decker No. 2. am Wilhelmsplatze, am 21sten April und am 23sten Junius 1817, zu melden, und ihr Gebot abzugeben.

Diese beiden letztern Termine stehen an ordentlicher Gerichtsstätte im Hofe zu Klein Machnow jedesmal Vormittags 11 Uhr an.

In dem dritten Termine wird das Verkaufsgeschäfte abgeschlossen, nach Ablauf desselben fernere Gebote nicht mehr angenommen werden, es müßten denn besondere Umstände solche noch zulassen, vielmehr hat der Meistbietende des Zuschlages zu gewärtigen.

Die Taxe, die Kaufbedingungen und der Erbzinsvertrag sind hier in der Registratur, bei dem Kurator Herrn Justizkommissarius Erdpel, und beim Schulzen zu Staßendorf einzusehn.

Potsdam, den 7ten November 1816.

v. Hackesche Patrimonialgerichte über Machnow und Staßendorf.

### A v e r t i s s e m e n t.

In der Nacht vom 21sten zum 22sten Dezember d. J. sind aus dem Pferde-stalle der Krüger- und Freibauerwitwe Ziggeln zu Lockstädt in der Prelegnitz zwei Pferde, und zwar

- 1) ein rothfuchs Wallach mit schmaler Blehe und 2 weißen Hinterfüßen, 6 Jahr alt,
  - 2) eine dunkelbraune Stute mit kleinem Stern und einem linken weißen Hinterfuße, 2 Jahr alt,
- entwendet worden.



Es wird daher ein Jeder vor den Ankauf dieser Pferde gewarnt, zugleich aber ersucht, im Fall dieselben zum Kauf angeboten werden sollten, den Inhaber derselben anzuhalten, und ihn nebst den Pferden, gegen Erstattung der Kosten, an uns abliefern zu lassen.

Priszwalk, den 28sten Dezember 1816.

Freiherrlich zu Puttlchsche Gerichte über Lockstädt.

---

Ich bin gesonnen, mein hiesiges Acker- und Lehngut von 400 Morgen gutes Bruch und 100 Morgen hohen Acker, theilweise in Erbpacht auszugeben, und habe zu dem Ende die gedachten Grundstücke in Lose von 15, 20 bis 60 Morgen theilen lassen, und einen Lizitationstermin auf den 7ten März d. J. von früh 9 Uhr an in meinem Hause hieselbst angesetzt, wozu ich hierdurch zahlungsfähige Liebhaber einlade. Ein Theil des Erbstandsgeldes kann auf jedem Etablissement zu 5 Prozent Zinsen stehen bleiben. Auch will ich Liebhaber die zum Gute gehörigen Wirtschaftsgebäude billig zum Verkaufe stellen. Mit der Ausführung dieses Geschäfts habe ich den hier wohnenden Kommissionsrat Platorow beauftragt, bei welchem man die näheren Bedingungen erfahren kann; auch kann im gedachten Termin auf das Ganze geboten werden.

Lehngut Werbig bei Seelow, den 12ten Januar 1817.

Der Ammann Beyer.

---

Ich bin Willens, meine hiesige Groß-, desgleichen die darneben liegende Kleinbürgerstelle, nebst dazu gehörigen 12 und  $4\frac{1}{2}$  großen Morgen à 400 □ R. Koppel und Wiesen und andern Gerechtsamen, desgleichen einen großen und einen kleinen Garten vor der Stadt, welche gut in Kultur und mit Bäumen besetzt sind, am 31sten Mai d. J. Vormittags in meiner Wohnung hieselbst öffentlich an den Meistbietenden zu verkaufen, und bald darauf zu übergeben.

Jede Stelle hat gut eingerichtete zweistöckige Wohnhäuser, auch hat besonders die erstere ein bedeutend großes Gehöft, welches außer dem mit mehreren Zimmern und 2 Kellern versehenen Hause, eine Auffahrt und einen noch bequem zu bebauenden Garten an der Straße, auch noch einen Garten hinter dem Hause, 2 Scheunen, mehrere Stallung und einen großen Hofplatz mit einem Brunnen umfasst, und daher sowohl zum bequemen Wohnen für eine, eine kleine Wirtschaft lebende Familie, als zur Einrichtung einer Gast-, oder sonstigen Wirtschaft sich sehr gut eignet. Liebhaber können diese Grundstücke zu jeder Zeit, schon vor dem Termin besehen.

Mauen, den 12ten Januar 1817.

Die verwitwete Justizdirektor Callbach.

---



# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 5. —

Den 31sten Januar 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Es ist beschlossen worden, daß vom 1sten Januar d. J. an die bloßer von den Spezialbehörden, namentlich von den Domänenämtern und Magistraten geführten extraordinären Rechnungen zeichnen, und die sonst darin verrechneten Zahlungen von der Regierungs-Hauptkasse unmittelbar an die Empfänger geleistet und auch bei derselben justifizirt werden sollen.

No. 32.  
Aufhebung  
der extraordi-  
nären Rech-  
nungen.  
2. b. 1502.  
September.

Zu den etwa noch vorkommenden Zahlungen, welche von den Spezialkassen geleistet werden müssen, werden die Kreiskassen benutzt werden. Um nun die fernere Legung der extraordinären Rechnungen vom 1sten Januar 1817 an zu vermeiden, ist es nöthig, über sämmtliche, von diesen Geldern jetzt vorhandenen Bestände einen Beschluß zu fassen. Wir fordern daher sämmtliche zu unserm Ressort gehörenden Kassen und Behörden, besonders die Domänenämter und Magistrate auf, diese Bestände binnen 14 Tagen bei Vermeidung einer Strafe von Einem Thaler anzuzeigen. Sollten keine Bestände vorhanden sein, so ist dies gleichfalls in der bemerkten Zeit, und bei Vermeidung der angedrohten Strafe einzuberichten.

Der Anzeige von eingesandten Beständen muß eine spezielle Nachweisung beigesügt sein, woraus die Entstehung derselben und die Verfügung, mittelst welcher sie übersandt sind, zu ersehen ist, und eben so die Hinderungsursachen der Zahlung dabei bemerkt werden. Ueber die aus diesen Beständen noch zu leistenden Zahlungen und die Art, wie solche zu verrechnen, wird besondere Anweisung auf die eingehenden Berichte erfolgen. Potsdam, den 21sten Januar 1817.

Nach einer Bestimmung des Königl. Departements für die Invaliden ist die Regierungs-Hauptkasse hiezu angewiesen worden, vom 1sten Juli d. nur auf solche Pensions- und Wartegelder Ausstellungen Zahlung zu leisten, unter denen von dem Empfänger bemerkt ist:

No. 33.  
Beitrag zur  
Offiziers-  
Wittwen-  
kassa  
1. b. 769.  
Januar.

ob derselbe verheirathet ist oder nicht, und wie viel im ersten Fall sein Beitrag zur Offizier-Wittwenkasse monatlich beträgt,







terial back) gehindert werden, auch noch Brodt zum Verkauf zu backen. Auch ist es nicht nöthwendig, daß ein gelernter Bäcker das Geschäft des Backens unternehme.

Potsdam, den 13ten Januar 1817.

Es ist früher zwar die Einstellung getroffen worden, sämmtliche Kapitale, welche im Herzogthum Sachsen ausstehen, und zu Fonds von Instituten im Königreiche Sachsen gehören, samt den davon rückständigen und laufenden Zinsen mit Arrest zu belegen, bis der dem Herzogthume davon gebührende Antheil näher ausgemittelt sein würde.

Da indessen neuerlich von den Königlich Sächsischen Behörden Zinsen und jährliche Renten an die Institute des Herzogthums gezahlt worden, also in Hinsicht derselben der Grund jener Anordnung gegenwärtig wegfällt, so wird die Beschlagnahme der Zinsen hiedurch wieder aufgehoben, und bleibt solche nur in Hinsicht der Kapitale noch ferner bestehen.

Was aber die Zinsen solcher Kapitale betrifft, welche auf Grundstücken im Herzogthum Sachsen verhypothekirt stehen, und der Brandversicherungs-Anstalt oder dem Fonds der Kassenbilletts gehören, so bleiben selbige, wie die Kapitale selbst, nach wie vor bis auf Weiteres unter Beschlag.

Hienach haben sich die betreffenden Behörden zu achten.

Potsdam, den 18ten Januar 1817.

No 35.  
Ausstehende  
Kapitalien im  
Herzogthum  
Sachsen.  
I p. 1930.  
Dezember.

Die Angehörigen der aus den spanischen und russischen Feldzügen mit der französischen Armee nicht wieder heimgekehrten blesseitigen Unterthanen, so wie derjenigen, welche in dem deutschen Feldzuge von 1813. als ehemalige französische oder rheinbündische Soldaten mitgefochten haben, und in österreichische oder russische Gefangenschaft gerathen sein mögten, werden Befuß der weitem Ausmittlung des Schicksals der Vermißten, hiedurch aufgefordert, über jedes vermißte Individuum nach Anlektung der Rubriken des unten stehenden Signalements spätestens bis zum 30sten April d. J., und zwar auf dem Lande dem betreffenden Kreislandrath, in den Städten den Magistraten, und in Potsdam dem Vollgelbtrektorium schriftliche Anzeigel zu machen. Die des Schreibens unkundige und unvermögende Personen haben sich persönlich bei den gedachten Behörden zu melden; diesen Behörden aber wird hiedurch zur Pflicht gemacht, die Notizen nach vorbemerakter Anlektung zu sammeln, und die zusammengestellte Verzeichnisse spätestens bis zum 4ten Mai d. J. anhero einzureichen.

No. 36.  
Ausmittlung  
vermißter Ab-  
satis.  
I. p. 1886.  
Januar.

**S i g n a l e m e n t**  
des ehemaligen (Waterland) Soldaten N. N.

Namen des Vermißten und seiner Eltern.	Geburtsort und Departement.	Die Zeit seines Abzuges aus seiner Heimath.	Namen und Nummer des Regiments.



Bezeichnung des Armeekorps unter welchem er gebient.	Rang des Verwundeten.	Datum der letztern von ihm vorhandenen Nachrichten.	Das Hospital worin er gebracht.
---	--------------------------	--	------------------------------------

Potsdam, den 20ten Januar 1817.

No. 37.  
Gewerbschei-  
ne für Mau-  
rer- und Zim-  
mer-Glickar-  
beiter  
2. a. 2027.  
Dezember.

Aus der Bestimmung des §. 12. der Instruktion zur Prüfung der Maurer, daß Maurer, Glickarbeiter nicht geprüft werden sollen, ist irrigerweise gefolgert, daß die Maurer, und nach deren Analogie die Zimmer, Glickarbeiter gar nicht geprüft werden dürften, und nicht einmal das Attest des Departemens-Baubedienten, welches der §. 101. des Edikts über die polizeilichen Gewerbsverhältnisse vom 7ten September 1811. vorschreibt, sondern bloß ein Attest des Meisters brauchten, um den Gewerbschein zur Verfertigung von Glickarbeiten zu erhalten. Dies ist aber unrichtig, weil die Instruktion bloß von den Prüfungen, die durch die Prüfungskommission der Bauhandwerker geschehen sollen, redet, und die letzte Stelle ganz richtig sagt, daß die Maurer, Glickarbeiter (von dieser Prüfungskommission) nicht geprüft werden sollen.

Hingegen bleibt es bei der Vorschrift des Edikts vom 7ten September 1811. §. 101., nach welcher zum Betriebe der Maurer, und analogisch der Zimmer-Glickarbeiter bloß auf ein Attest des Kreisbaubedienten der Gewerbschein erteilt wird.

Potsdam, den 22ten Januar 1817.

No. 38.  
Aufhebung  
der Sperre  
von Dreeß.  
1. p. 1223.  
Januar.

Da die Lungenseuche in Dreeß gänzlich aufgehört hat, und seit dem 16ten September v. J. kein Stück Rindvieh daselbst mehr krank gewesen ist, so ist die für gedachten Ort, Hinsichts des Rindviehes, des Heues, Strohens u. s. w. angeordnete Sperre aufgehoben, und kann ein jeder wieder mit Rindvieh über die Dreeßer Feldmark treiben.

Potsdam, den 21ten Januar 1817.

No. 39.  
Echauffeegeld.  
2. a. 2981.  
Januar.

Von künftigen Monat an wird auf der vollendeten Echauffee von Michendorf nach Treuenbriegen das gewöhnliche Echauffeegeld erhoben werden, welches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Die Hebungsstellen sind bei Eurersdorf, Beelitz und Treuenbriegen eingerichtet, die bisherige Hebungsstelle bei Michendorf ist eingegangen.

Potsdam, den 22ten Januar 1817.

No. 40.  
Echauffeegeld.  
2. a. 3182.  
Januar.

Mit dem ersten künftigen Monats wird für die Benutzung der gegenwärtig vollendeten Echauffee von Brandenburg nach Plaue das gewöhnliche Echauffeegeld für eine Meile erhoben werden.

Potsdam, den 24ten Januar 1817.

Benachrichtigung. Das alphabetische Namen- und Sachregister zum Jahrgang 1816 des Amtsblatts kann bei sämtlichen Postämtern im diesseitigen Regierungs-Departement gegen drei Gr. Cour. in Empfang genommen werden. Freieremplare finden dabei nicht statt.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

## Plan

zur Fünf und Dreßßigsten Königlich-Preussischen Klassen-Lotterie  
von 65000 Loosen zu 25 Thaler Einsatz in Golde, mit 22000 in 5 Klassen vertheilten  
Gewinnen von 10000 Freilosen.

Erste Klasse zu 2½ Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.	Zweite Klasse zu 5 Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.	Dritte Klasse zu 5 Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.
1 Gewinn zu 1500 Thlr.	1500	1 Gewinn zu 2500 Thlr.	2500	1 Gewinn zu 3000 Thlr.	3000
2 Gewinne = 750 —	1500	2 Gewinne = 1000 —	2000	2 Gewinne = 1200 —	2400
3 — = 400 —	1200	3 — = 500 —	1500	3 — = 700 —	2100
4 — = 200 —	800	4 — = 300 —	1200	4 — = 400 —	1600
5 — = 100 —	500	5 — = 150 —	750	5 — = 200 —	1000
10 — = 50 —	500	10 — = 60 —	600	10 — = 70 —	700
25 — = 40 —	1000	25 — = 50 —	1250	25 — = 60 —	1500
50 — = 35 —	1750	50 — = 45 —	2250	50 — = 50 —	2500
100 — = 30 —	3000	100 — = 40 —	4000	100 — = 45 —	4500
200 — = 25 —	5000	200 — = 30 —	6000	200 — = 40 —	8000
300 — = 20 —	6000	300 — = 25 —	7500	300 — = 30 —	9000
300 — = 15 —	4500	1300 — = 20 —	26000	2300 — = 25 —	57500
1000 Freilose zu 5 —	5000	2000 Freilose zu 5 —	10000	3000 Freilose zu 5 —	15000
1000 Gewinne u. 1000 Freilose.	32250	2000 Gewinne u. 2000 Freilose.	65550	3000 Gewinne u. 3000 Freilose.	108800

Vierte Klasse zu 5 Thaler Einsatz.	Betrag Thlr.	Fünfte Klasse zu 7½ Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.
1 Gewinn zu 4000 Thlr.	4000	1 Gewinn zu 100000 Thlr.	100000
2 Gewinne = 1500 —	3000	1 — = 50000 —	50000
3 — = 800 —	2400	1 — = 30000 —	30000
4 — = 500 —	2000	1 — = 20000 —	20000
5 — = 300 —	1500	1 — = 15000 —	15000
10 — = 100 —	1000	1 — = 10000 —	10000
25 — = 80 —	2000	2 Gewinne = 8000 —	16000
50 — = 70 —	3500	3 — = 6000 —	18000
100 — = 60 —	6000	4 — = 5000 —	20000
200 — = 50 —	10000	5 — = 4000 —	20000
300 — = 40 —	12000	10 — = 3000 —	30000
3300 — = 30 —	99000	20 — = 2000 —	40000
4000 Freilose zu 7½ —	30000	100 — = 1000 —	100000
12½ vom Hundert von sämtlichen Freilosen . . . . .	7500	200 — = 500 —	100000
		300 — = 200 —	60000
		1000 — = 100 —	100000
		2000 — = 50 —	100000
		3000 — = 40 —	120000
		5350 — = 30 —	160500
4000 Gewinne und 4000 Freilose.	183900	12000 Gewinne . . . . .	1109500



# Vergleichung

der Einnahme

mit

der Ausgabe.

Klasse.	Einsatz.	Anzahl der Loose.	Betrag. Thlr.	Klasse.	Anzahl der		Betrag. Thlr.
					Gewinne	Freiloose.	
1ste	2½ Thlr.	65000	162500	1ste	1000	1000	32250
2te	5 —	64000	320000	2te	2000	2000	65550
3te	5 —	62000	310000	3te	3000	3000	108800
4te	5 —	59000	295000	4te	4000	4000	183900
5te	7½ —	55000	412500	5te	12000	=	1109500
Zusammen	25 Thlr.	Ueberhaupt	1500000	Ueberhaupt	22000	10000	1500000

**Einführung.** §. 1. Vorstehender Plan der Königl. 35sten Klassenlotterie soll unter folgenden weitem Bestimmungen, die, nach §. 7. des Königl. Lotteriedikts vom 28sten Mai 1810, Gesetzeskraft haben, unter Mitwirkung der von der Lotteriebehörde bestellten Einnehmer, ausgeführt werden.

**Bestellte Einnehmer und deren Untereinsnehmer.** §. 2. Ein gedrucktes vollständiges Verzeichniß, welches bei jeder Dreipolizei, wo Lotterien einnehmer angestellt sind, so wie bei letzteren selbst einzusehen ist, weist die von der Generaldirektion angenommenen Einnehmer nach, die überdies mit einer Bestallung, Geschäftsanweisung und einem Lotterieschild mit der Inschrift: „Königl. Preuss. Klassen-Lotterie-Einnahme“ versehen, und verpflichtet sind, diese, mit dem Siegelstempel der General-Lotteriedirektion bezeichneten Gegenstände ihren Spielern, auf Erfordern, vorzulegen.

Die Lotteriebehörde hafter den Spielern für die Handlungen der bestellten Einnehmer, die wiederum für ihre Untereinsnehmer verantwortlich sind, welche sich aber des obgedachten Schildes nicht bedienen dürfen, und sich überall als Untereinsnehmer ankündigen müssen. Begründete Beschwerden gegen die bestellten Einnehmer, sie mögen diese selbst, oder ihre Untereinsnehmer betreffen, wird die General-Lotteriedirektion aufs schnellste abstellen.

**Einrichtung der Loose.** §. 3. Sowohl die ganzen, als halben und viertel Loose von Nummer 1 bis 65000 sind mit dem Namensstempel der unterzeichneten Mitglieder der General-Lotteriedirektion, und überdies mit dem Siegelstempel der letzteren bezeichnet, und müssen von den betreffenden bestellten Einnehmern unterschrieben sein, wenn solche von der Behörde als gültig anerkannt werden sollen.

**Einsatzgelder und Schreibgebühren.** §. 4. Der Einsatz ist sowohl im vorstehenden Plan bei jeder Klasse, als auch auf jedem ganzen und Theillose vollständig angegeben, und muß derselbe in vollständigen Friedrichs-Wilhelmsd'or oder in andern, gleichen Werth habenden Goldstücken, und da, wo die Goldzahlung nicht möglich ist, mit dem kurdemäßigen Aufgelde entrichtet werden.

Die Einnehmer erhalten von den Spielern für jedes ganze Loos in jeder Klasse vier, für ein halbes Loos zwei und für ein viertel Loos einen guten Groschen Schreibgebühren in Silbergeld.

**Ziehung.** §. 5. Die Ziehung der Loose und ihrer Gewinne geschieht durch Waisentraben und zwar, so wie die Nachsehung und Mischung der Loose und Gewinnzetteln, öffentlich in dem dazu eigens bestimmten Lotterie-Ziehungsaal, unter Aufsicht und Mitwirkung besonders dazu ernannter Königl. Kommissarien und vereideter Protokollführer.

Die Ziehung der 1. Klasse ist auf den 21. Februar 1817.

=	=	=	2.	=	=	=	=	21. März	=
=	=	=	3.	=	=	=	=	18. April	=
=	=	=	4.	=	=	=	=	16. Mai	=
=	=	=	5.	=	=	=	=	16. Juni	=

festgesetzt.

**Erneuerung der Loose.** §. 6. Für die in der gezogenen Klasse nicht herausgekommenen Loose müssen die Fortspielenden zur folgenden Klasse anderweit, auf dieselben Nummern laufende Loose, gegen Entrichtung der planmäßigen Einsatzgelder, lösen. Diese Erneuerung muß aber, bei Verlust des weitem Urtheils, spätestens 8 Tage vor Anfang der anberaumten Ziehung einer jeden Klasse bei denjenigen Einnehmern, von welchem die Loose ursprünglich genommen worden, unter Vorlegung der Loose voriger Klasse, geschehen.

§. 7. Die



§. 7. Die in den 4 ersten Klassen gezogenen Loose spielen nicht weiter mit, die Inhaber Freiloose. derselben erhalten aber, außer dem planmäßigen Gewinn, ein Freiloose zur nächsten Klasse, im Fall sie fortspielen und für dies neue Loose die frühern Klassen bezahlen wollen.

Hiernach entrichtet der Gewinner in der ersten Klasse für ein neues ganzes Loose zur 2ten Klasse nur 2½ Rthlr.; der Gewinner in der 2ten Klasse für ein solches Loose zur 3ten Klasse 7½ Rthlr.; der Gewinner in der 3ten Klasse für die 4te Klasse 12½ Rthlr.; und der Gewinner in der 4ten Klasse für die 5te Klasse 17½ Rthlr. Gold, außer den Schreibgebühren, welche auch bei diesen Freilosen, wie der §. 4. festsetzt, bezahlt, und, bei Verlust des weitern Anrechts, 8 Tage vor Anfang der nächsten Ziehung jeder Klasse von den Einnehmern abgeholt werden müssen.

Auch sind diese Freilose, im Fall sie in den darauf folgenden Klassen nicht gezogen, und von den Inhabern derselben fortgespielt werden, den Bestimmungen des §. 6. unterworfen.

Alle diese hier (§. 7.) angegebenen Vorschriften finden verhältnißmäßig auch bei den Antheillosen Statt.

§. 8. Ein so genanntes Kaufloose ist ein solches Loose, welches dem Käufer erst nach geschehener Ziehung einer oder mehrerer Klassen überlassen wird. Der Käufer muß jedoch für ein solches Loose die Einsätze und Schreibgebühren für die gezogenen Klassen mit bezahlen. Sonach kostet ein Kaufloose zur 2ten Klasse 7½ Rthlr.; zur 3ten Klasse 12½ Rthlr.; zur 4ten Klasse 17½ Rthlr.; zur 5ten Klasse 25 Rthlr. Gold, außer den Schreibgebühren.

§. 9. Sogleich nach geschehener Ziehung werden von der Lotteriebehörde gedruckte Gewinnlisten sowohl sämmtlichen Einnehmern, als ihren Dis- Polizeibehörden zur öffentlichen Auslegung übermacht. Hinsichts der Hauptgewinne jeder Klasse soll auch eine besondere Bekanntmachung in den hiesigen öffentlichen Blättern erfolgen.

§. 10. Die Auszahlung der Gewinne soll binnen vier Wochen nach Bekanntmachung der Gewinnlisten in vollstichtigen, §. 4. bestimmten Goldstücken, gegen Aushändigung der Gewinnloose, an die betreffenden Einnehmer, und zwar bis zu den Wohnrtern der letzteren post frei erfolgen; jedoch bleibt es der Wahl des Spielers überlassen, ob er auf diesem Wege, oder in Person, oder durch einen Dritten seinen Gewinn hier in Empfang nehmen will. In den beiden letztern Fällen ist aber die schriftliche Erklärung des betreffenden Einnehmers, daß er gegen die Auszahlung nichts zu erinnern habe, nothwendig.

Von allen Gewinnen ohne Unterschied werden 12½ vom Hundert für den Staat einbehalten, und der Einnehmer ist berechtigt, für jeden Thaler des gezogenen ganzen Gewinnes acht Pfennige abzuziehen. Weitere Abzüge finden unter keinem Vorwande Statt.

Uebrigens kann auf keinen Gewinn von irgend einem Gläubiger des Spielers Beschlag gelegt werden, sondern die Zahlung erfolgt unbedingt an den rechtmäßigen Inhaber des Loose.

§. 11. Ist einem Spieler sein Loose abhänden gekommen, so muß er solches seinem Einnehmer sogleich anzeigen, welcher verpflichtet ist, es in seinen Büchern zu vermerken, und die Lotteriebehörde davon in Kenntniß zu setzen. Bei Antheillosen ist außer der Nummer auch der auf ersteren befindliche Unterscheidungsbuchstabe a. b. c. oder d. anzugeben. Meldet sich binnen drei Monaten nach dem vom betreffenden Einnehmer auf Kosten des Spielers erfolgten öffentlichen Aufruf, der erwanige Inhaber des für verloren gehaltenen Loose nicht, so wird demjenigen als wahrem Eigenthümer der Gewinn ausbezahlt, welcher das Loose, als ihm verloren gegangen, angezeigt hat. Meldet sich aber der Inhaber binnen gedachter Frist, und findet keine gütliche Ausgleichung Statt: so bleibt die Entscheidung dem Richter überlassen, und bis dahin der Gewinn im Verwahr der Lotteriebehörde.

§. 12. Für die Gewinne jeder Klasse haften die General-Lotteriedirection und die Einnehmer nicht länger als drei Monate nach Bekanntmachung der betreffenden Gewinnlisten. Nach Verlauf dieser Zeit ist das Loose ungültig und der Gewinn fällt dem Staate zu.

Berlin, am 10ten Dezember 1816.

Königliche Preussische General-Lotteriedirection.

Sch e r z e r      H e y n i c h



## S t e c k b r i e f e.

No. 2.

In der Nacht vom 7ten zum 8ten d. M. ist der wegen eines allhier verübten Gelddiebstahls inhaftirt gewesene Kutscher des Herrn Oekonomikammanns Schürmer zu Cobbelsdorff im Anhaltischen, Namens Balth, aus dem Städtchen Brück gebürtig, aus dem Gewahrsam entwichen. Alle Militär- und Zivilbehörden werden daher ersucht, den im nachstehendem Signalement näher bezeichneten Dieb, wo er sich betreten läßt, arrestiren und an uns abliefern zu lassen.

Rittergut Niemegk 1sten Theiles im Königl. Preuss. Herzogthum Sachsen, im Bezirk des Amtes Belzig, am 10ten Januar 1817.

Adelich Französische Patrimonialgerichte allda.

## S i g n a l e m e n t.

Der Entwichene ist ungefähr 24 Jahr alt und 72 Zoll Sächsisch oder 5 Fuß 6 Zoll Preussisch Maas groß, hat eine blasse Gesichtsfarbe, blaue Augen, schwarzbraune Haare, eine Stupsnase und einen sogenannten Hasenschart an der Oberlippe. Seine Bekleidung bestand bei seiner Entweichung in einer grauen Tuchjacke mit stehendem Kragen und weißen metallenen Knöpfen, grauen langen, über die Stiefeln gezogenen Beinkleidern, einem schwarzen seltenen Halstuche, kurzen schwarzen Stiefeln und einem schwarzen runden Filzhute.

---

No. 3.

Der Wilhelm Achtmann, aus der Gegend von Ruppın gebürtig, welcher wegen mehrerer gewaltsamer Diebstähle zu 100 Peitschenhieben und Festungsarbeit bis zur Begnadigung verurtheilt, aus der Festung Stettin ausgebrochen war, und nachher wiederum mehrere Diebstähle begangen hatte, weshalb er von neuem zur Haft und Untersuchung gezogen worden, ist am 22sten Januar Abends 6 Uhr aus der hiesigen Hauptwache entsprungen, soll darauf sogleich in Güstrow bei Prenzlau einem Bauer ein Pferd, einen Schweisfuchs, und zwar eine schwertragende Stute, 7 Jahr alt, ohne Abzeichen, mit einem gewöhnlichen Bauersattel und Trensezügel gestopfen, und sich über Schönermark nach Mecklenburg gewandt haben.

Alle Militär- und Zivilbehörden werden dienstergebenst ersucht, diesen gefährlichen Dieb, wo er betroffen wird, festzunehmen, und an die unterzeichneten Gerichte gegen Erstattung der Kosten abliefern zu lassen.

## P e r s o n s b e s c h r e i b u n g.

Der Wilhelm Achtmann ist ungefähr 26 Jahr alt, von mittler Größe, hat braunschwarzes struppiges Haar, bergleichen Bart, Pockennarben, tiefliegende Augen und nicht sehr starken Körperbau. Bei seiner Entweichung trug er einen grautuchenen Ueberrock mit blanken Knöpfen, ein buntes seidenes Halstuch, eine blautuchne Weste mit weißen metallenen Knöpfen, grautuchne Beinkleider, eine bergleichen Mütze mit rothen Nähten und einem kleinen Schirm versehen.

Prenzlau, den 23ten Januar 1817.

Gräflich von Arnim'sche Gerichte über Dolzenburg.

---



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

---

— No. 6. —

---

Den 7ten Februar 1817.

---

## Allgemeine Gesefsammlung.

Das 1ste Stück der diesjährigen allgemeinen Gesefsammlung enthält:

- No. 384. Den Nachtrag zu dem Tarif vom 28ten Februar 1816, wonach in dem Großherzogthum Posen, dem Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen, die daselbst vorkommenden fremden Geldsorten in den Königl. Kassen angenommen werden können. De dato den 29sten Juni des selben Jahres.
- No. 385. Einen Auszug der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 8ten August 1816 auf die Beschlüsse des Ostpreussischen General-Landtags wegen der abgelöseten Pfandbriefe.
- No. 386. Die Allerhöchste Kabinettsordre vom 26sten November 1816, wegen anderweitiger Verrechnung des zu den Ober-Rechnungskammern, Dechanten erforderlichen Stempels.
- No. 387. Die Verordnung wegen erneuerten Verbots des Spielens in auswärtigen Lotterien, des Kollektrens für dieselben und der Privatasspielungen. Vom 7ten Dezember 1816. Ferner die Allerhöchsten Kabinettsordres vom 19ten desselben Monats und Jahres:
- No. 388. die Anstellung der Konsuls betreffend;
- No. 389. daß auch den Hinterbliebenen der pensionirten Militärpersonen außer dem Sterbemonat noch ein Gnadenmonat zu Theil werden soll;
- No. 390. betreffend die Klagen gegen Staatsbeamte, welche über Lieferungen von Armeebedarfsstoffen Namens des Staats kontrahirt haben, und
- No. 391. wegen Verlängerung der im Hypothekenpatent vom 22sten Mai 1815 bestimmten Frist in Hinsicht des Bergwerkselgenthums. Endlich
- No. 292. die Verordnung vom 23sten Dezember 1816, wegen Verlängerung ebniger im Hypothekenpatent vom 22sten Mai 1815 bestimmten Fristen.







§. 43. Bei dem Landgesinde beruht die Unterthätigkeit desselben zunächst auf ausdrücklicher Uebereinkunft bei der Vermietung; wo diese nicht statt findet, vorläufig auf der in der Gegend üblichen Gewohnheit. Wo diese vor jetzt nicht bestimmt entschieden, und nach Verlauf von fünf Jahren allgemein, ist der 2te April mit den im vorigen Paragraph angenommenen Bestimmungen wegen der Sonn- und Festtage, die gesellschaftliche Anziehzeit, werden hierdurch in Erinnerung gebracht.

Potsdam, den 28sten Januar 1817.

Es ist bemerkt worden, daß mehrere Mühlen noch immer nicht mit der durch die Mühlenordnung vom 28sten Oktober 1810. vorgeschriebenen Mühlenwaage versehen sind. Die Landkonsumtions-, Steuerämter werden daher angewiesen, den betreffenden Kreisbehörden diejenigen Mühlen binnen acht Tagen anzuzeigen, welche keine Mühlenwaagen besitzen, oder deren Mühlenwaagen nicht vorschristsmäßig eingerichtet sind.

Die Kreisbehörden und das Polizeidirektorium in Potsdam werden zugleich aufgefordert, die betreffenden Müller zur ungesäumten Anschaffung der Mühlenwaagen gemessenst anzuhalten, diejenigen, welche der Auflage nicht binnen zwei Monaten nachkommen, zur Untersuchung zu ziehen, und bis zum 1sten April die instruirten Akten mit einer tabellarischen Nachweisung von den Mühlen, welche mit Mühlenwaagen versehen sind, von denen, worin sie ganz fehlen, und von denen, welche vorschristswidrig eingerichtete Mühlenwaagen besitzen, anher einzusenden.

Potsdam, den 7ten Januar 1817.

Es ist zur Sprache gekommen:

ob der erhöhte Plätensatz, den der §. I. b. des Regulativs vom 28sten Februar 1816, wegen Vergütung der Pläten und Reisekosten für kommissarische Geschäfte in königlichen Dienstangelegenheiten, erlaubt, auch dann gegeben werden darf, wenn nur eine Durchreise ohne Aufenthalt im Auslande statt findet?

Von den königl. Ministerien der Finanzen und des Innern ist hierauf mittheilend Reskript vom 31sten Oktober v. J. festgesetzt worden, daß dieser erhöhte Satz nur dann gegeben werden dürfe, wenn der Reisende genehmigt ist, eine Nacht im Auslande zu verweilen.

Potsdam, den 21sten Januar 1817.

Auf geschehene Anfrage ist von dem Herrn Finanzminister genehmigt worden, daß die in dem Reglement für die Feldmesser vom 29sten April 1813. enthaltene Gebührentaxe auch auf königliche Forstvermessungen angewendet werden darf, welches daher zur Achtung hierdurch bekannt gemacht wird.

Potsdam, den 21sten Januar 1817.

No. 44.  
Mühlenwaagen.  
I. 2. 2862,  
Dezember.

No. 45.  
Pläten und  
Reisekosten in  
herrschaftlichen  
Angelegenheiten.  
I. 2. 218,  
Dezember.

No. 46.  
Gebühren der  
Feldmesser bei  
Forstvermessungen.  
2. a. 2069,  
Dezember.



**No. 47.** Im Verfolg der Verfügung vom 21sten Mai v. J., Amtsblatt pag. 193.  
 Vortrefflichkeit No. 182., wird hierdurch erläuternd bekannt gemacht, daß die vierteljährlich von den  
 der Stempel- Untergerichten, Magisträten u. mit den diesfälligen Straßisten in Masse einzusenden.  
 Strafgelder. den Stempel- Strafgelder die Vortrefflichkeit genießen, und daher unter der Aufschrift:  
 2. a. 2587. Herrschaftliche Stempel- Strafgelder  
 Januar. an unsere Hauptkasse eingesandt werden müssen.

Dagegen aber müssen alle diejenigen auswärtigen Personen, welche von Unter-  
 behörden in Stempelstrafe genommen werden, die Strafe an diese Behörden post-  
 frei einsenden.

Die oben angeführte Verordnung vom 21sten Mai v. J. bezieht sich lediglich  
 auf alle diejenigen Strafen, welche von uns verhängt worden, und direkte an unsere  
 Hauptkasse einzuschicken sind. Potsdam, den 23sten Januar 1817.

**No. 48.** Obgleich durch mehrere Gesetze, namentlich durch das Patent vom 6ten Au-  
 gust 1732, die Schmäuserien bei Losprechung der Handwerkslehrlinge bei ernstlicher  
 Handwerks- mißbräuche bei den Pa- Strafe untersagt worden sind, so hat sich doch dieser Mißbrauch bei den Papier-  
 machern erhalten, indem bei solchen Veranlassungen ein, mehrere Tage dauerndes  
 Papiermachern. Oelag unter dem Namen des Lehrbratens von dem losgesprochenen Lehrlinge gegeben  
 2. a. 2001. zu werden pflegt.  
 November.

Dies darf durchaus nicht mehr geduldet werden, und fordern wir daher die  
 Polizeibehörden auf, darüber zu wachen, die Kontravenienten zur Untersuchung zu  
 ziehen, und die Alten zur Bestrafung der Schuldigen einzureichen.

Ferner ist bei dem Handwerk der Papiermacher der sehr schädliche Mißbrauch ein-  
 geschlichen, daß wandernde Gesellen in den Papiermühlen mehrere Tage, ja oft  
 ganze Wochen einkehren, und frei zehren. Auch dies darf nicht gestattet werden,  
 und es werden daher die Inhaber von Papiermühlen angewiesen, dergleichen Ge-  
 sellen, wenn sie das hergebrachte Geschenk erhalten haben, nicht weiter zu beher-  
 bergen, sondern in die Wirtschaften zu verweisen, oder wenn diese zu entfernt  
 sind, ihnen doch nicht länger als eine Nacht den Aufenthalt in der Mühle zu gestat-  
 ten. Auch hierauf haben die Polizeibehörden zu halten.

Potsdam, den 28sten Januar 1817.

**No. 49.** Der Herr Finanzminister hat beschlossen, daß der in den Provinzen links der  
 Verbrauchs- Weser gewonnene inländische Alaun, in die Provinzen rechts dieses Flusses einge-  
 abgabe vom führt werden darf, und daß davon, in sofern die Versendung in verbleiteten Kollis  
 Alaun. und mit den vorgeschriebenen gedruckten Ursprungsbescheinigungen geschieht, nicht  
 2. a. 1198. mehr als von dem in den Provinzen rechts der Weser in die Städte eingehenden  
 Januar. inländischen Alaun, also nur die Verbrauchsabgabe von acht guten Groschen vom  
 Zentner erhoben werden soll; welches daher zur Nachricht und Achtung hierdurch  
 bekannt gemacht wird. Potsdam, den 29sten Januar 1817.















Dem Kurmärkischen Pupillensekretär und ehemaligen Ritterschaftskassalisten Fleischer ist die durch das Ableben des Mittelmärkischen Ritterschaftsrendanten Klermond erledigte Rendantenstelle ertheilt worden.

Der Leutnant Gräß vom 7ten Kurmärkischen Landwehr-Infanterie-Regiment ist als Chausseeeinnehmer bei Beelitz, der invalide Sergeant Rönig als Chausseeeinnehmer bei Euenersdorf, und der invalide Feuerwerker Werner als Chausseeeinnehmer bei Treuenbrietzen angestellt, auch der Militär-Supernumerarius Hallmann zum Thorschreiber in Brandenburg bestellt worden.

### V e r m i s c h t e   N a c h r i c h t e n .

Vorsichtsmaaßregeln beim Gebrauch der rhönernen Küchengeschirre.

Zur Vermeidung der nachtheiligen Wirkungen, welche möglicherweise aus dem Gebrauche emailirter eiserner und der gewöhnlichen rhönernen Küchengeschirre, wegen des in ihrer Glasur befindlichen Bleigehalts, für die menschliche Gesundheit entstehen können, dienen folgende Vorsichtsmaaßregeln:

- 1) muß das Aufbewahren und Erkalten saurer Speisen und Fettigkeiten in glasurten Gefäßen durchaus vermieden werden, weil durch Säuren und Fette der schädliche Bleikalk von der Oberfläche der Geschirre abgelöst wird;
- 2) neue emailirte eiserne und glasurte rhönerne Küchengeräthe müssen mit Wasser, welchem etwas Essig und Salz beige mischt worden, ein paar Stunden lang ausgekocht werden, um dadurch den etwa auf der Oberfläche haftenden Bleikalk wegzuschaffen;
- 3) um sich vollständig zu überzeugen, ob an einem so ausgekochten Geschirre kein Bleikalk mehr haftet, muß dasselbe nochmals mit bloßem Essig ausgekocht, und wenn dieser hiernächst mit Schwefelsäure oder mit einer Auflösung von Glaubersalz im Wasser ungetrübt bleibt, so kann man das Geschirr ohne Gefahr der Bleivergiftung gebrauchen.

### E h r e n v o l l e   A u s z e i c h n u n g .

Se. Majestät der König haben dem Untersförster Hentschel zu Melzow, Amts Gramzow, und dem Schullehrer Schädde zu Ruplsdorf bei Teltow, das allgemeine Ehrenzeichen zweiter Klasse zu verleihen geruht.

### J a h r m a r k t   i n   K ö n i g s b e r g   i n   d e r   N e u m a r k .

Der nach dem Kalender auf den 26sten Februar d. J. angesetzte Jahrmarkt in Königsberg in der Neumark ist, wegen des auf eben diesen Tag fallenden Jahrmarktes zu Bärwalde, auf den 26sten März d. J. verlegt worden, und wird am letztgedachten Tage auch der Blehmarkt daselbst abgehalten werden.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

6ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Nach einer von dem Dirigenten des Provinziallazareths zu Ordnungen unterm 5ten März 1814 ausgestellten Todtenschein soll der Landwehrmann David Ehlele, von der dritten Kompagnie des zweiten Bataillons der Prieegnitzschen Landwehr, angeblich aus Stenz Neuendorf in Schlesien gebürtig, im gedachten Lazareth verstorben sein.

Da nun aber dieser Ehlele nach den darüber erhaltenen Nachrichten so wenig aus der Provinz Schlesien, als aus dem zum Bezirk der Königl. Regierung zu Magdeburg gehörigen Orte Stendallisch Neuendorf gebürtig ist; so wird dies hiermit bekannt gemacht, damit die etwaigen Angehörigen des Ehlele sich wegen Ausbändlung dessen Todtenscheins an uns wenden können.

Den 16ten Januar 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

Der angeblich aus Westfalen gebürtige Trainсолдат Carl Möws, welcher als solcher im Feldzuge von 1814 beim Pferde depot Nr. 1. des ersten Armeekorps, und im Feldzuge von 1815 beim Pferde depot Nr. 3. des dritten Armeekorps gestanden hat, wird, da sein jetziger Aufenthaltsort nicht bekannt ist, hierdurch aufgefordert, sich binnen 4 Wochen zum Empfang der für ihn bestimmten Kriegsgeldmünze pro 1814, nebst Band und Befugnisschein, bei uns zu melden. Sollte einer Behörde der Aufenthalt bekannt sein, so wird darüber Anzeige erwartet.

Den 18ten Januar 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

Beiträge zur Unterstützung an Invalide in der Uckermark im Jahre 1816.

Der Abschluß, in Betref der durch den Kreisausschuß zur Unterstützung der Invaliden in der Uckermark im Jahre 1816 an invalide Landwehrmänner und Freiwillige, so wie an die Wittwen und Waisen Gebliebener verabreichten Unterstützungen, hat folgende Resultate ergeben.

Am Schlusse des Jahres 1815 befand sich in der durch freiwillige Beiträge gebildeten Unterstützungskasse der Uckermark ein Bestand von 1012 rthl. 22 gr. 7 pf.



Hierzu sind im verflossenen Jahre gekommen:

1) von dem Hrn. Major v. Hattorff in Stettin 21 rthl. 16 gr., 2) durch den Magistrat in Schwedt 55 rthl., 3) ein Ueberrest der von dem Kreis-Ausschusse zur Organisation der Landwehr, für verwundete und kranke Ufermärker, nach Berlin gesandten Gelder 21 rthl. 16 gr., 4) von der jüdischen Gemeinde zu Schwedt am Friedensfeste eingesammelt 9 rthl., 5) vom Herrn Förster Wahlstab zu Maglendorff 2 rthl., 6) Einnahme eines in Prenzlauplatz gegebenen Schauspiels 14 rthl., 7) vom Herrn Amtmann Kleck in Blankensee 1 rthl., 8) von der jüdischen Gemeinde in Prenzlauplatz am Friedensfeste eingesammelt 3 rthl. 7 gr., 9) durch den Herrn Prediger Hartmann in Karmzow in dessen Parochie eingesammelt 6 rthl. 4 gr., 10) Kollekte von den Gemeinden zu Glechow, Güstrow und Colm 7 rthl. 20 gr., 11) die Hälfte der Zinsen von 1000 rthl. Kapital, welche der Herr Banquier Friebe in Berlin hergegeben hat, 20 rthl., 12) vom Herrn Mühlenmeister Wolff in Brüssow 5 rthl., 13) durch den Magistrat in Joachimsthal eingesammelt 5 rthl. 1 gr. 7 pf., 14) von der Gemeinde zu Hindenburg bei Prenzlauplatz 3 rthl. 12 gr., 15) von der Gemeinde zu Beenz bei Prenzlauplatz 1 rthl. 8 gr., 16) vom Herrn Landesdirektor v. Arnim auf Neuensand 30 rthl., 17) vom Herrn Grafen v. Schwerin auf Wollffshagen 50 rthl., 18) vom Herrn Prediger Hecker in Blankenburg 3 rthl., 19) durch das Ufermärkische Kreis-Direktorium 33 rthl. 2 gr., 20) durch den Herrn Prediger Büchsel in Schönfeld in mehreren Kollekten gesammelt 17 rthl. 16 gr. 11  $\frac{1}{2}$  pf., 21) von dem Herrn Prediger Bollmann und der Gemeinde zu Güstrow 4 rthl. 6  $\frac{1}{2}$  pf., 22) von der Fr. Oberamtmann Karbe zu Neuendorf 30 rthl., 23) Ueberschuß von den Landwehr-Bekleidungsgebern 6 rthl. 16 gr., 24) für 120 Exemplare des vom Herrn Gebauer zum Besten der Hinterbliebenen gefallener Landwehrmänner herausgegebenen Kupferstichs 80 rthl., zusammen 1442 rthl. 21 gr. 1  $\frac{1}{2}$  pf.

Hiervon sind im verflossenen Jahre zwei und fünfzig Invaliden und Familien Obbliebenen, theils durch ein für allemal geleistete Zahlungen, theils durch fortlaufende monatliche Beihilfen, überhaupt mit 733 rthl. 2 pf. unterstützt, so daß zu gleichem Zwecke noch ein Bestand von 709 rthl. 20 gr. 11  $\frac{1}{2}$  pf. verblieben ist.

Wir sehen uns veranlaßt, dieses mit dankbarer Anerkennung des Verdienstes der mitwirkenden und bestragenden Personen und zum Beispiel für andere, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Den 16ten Januar 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

### W a r n u n g s a n z e i g e.

Die separirte Ehefrau des Pioniers Schmidt, Sophie geborne Braach, vom hiesigen Amteleß gebürtig, 25 Jahr alt, hat ihren anderthalbjährigen ehelichen Sohn am 10ten März d. J. ermordet. Sie ist durch zwei gleichlautende rechtskräftige Erkenntnisse unter Allerhöchster Bestätigung zu der Todesstrafe des Rades von unten herauf, und zur Schleifung bis zur Richtstätte verurtheilt, und ist diese Strafe auch heute hieselbst vollzogen worden.

Spannow, den 19ten December 1816. Königlich Preussisches Stadtgericht.

Des



## B e k a n n t m a c h u n g e n .

Am 20sten Januar c. ist die unberegelichte Henriette Sonate aus Storkow auf der Hälfte des Weges von Waltersdorf nach Königs-Wusterhausen von zweien ihr unbekannten Mannspersonen, von denen der eine, etwa 20 Jahr alt, mit leinenen Hosen, einer roth und blau gestreiften Bartjacke und Stiefeln, und der andere, etwage 30 Jahr alt, mit einem zerrissenen blauen Tuchrock bekleidet gewesen, angefallen und verwundet worden; auch hat man ihr folgende Gelder, Sachen und Effekten geraubt.

1) 24 Rthlr. Geld; 2) 4 Laubthaler; 3) eine Tasche von rothem Kattun mit weißen Lippeln, und ein Petschaft, worin ein Bäumchen; 4) einen neuen mit Franzen versehenen  $2\frac{1}{2}$  Elle breiten grün seidnen Umschlagetuch, mit einer gelben und weißen Kante; 5) 3 Stück blaue kattunene 2 Ellen breite Tücher mit einer grünen Quirlkante; 6) 3 Stück große Tücher, 2 Ellen breit, mit rothem Spiegel und gelber Kante; 7) 5 kleine rothwürfliche Tücher, mit schmaler weißer Kante; 8) ein Stück Kattun, gelblicher Farbe; 9) ein Stück weißen Kattun, mit rothen Lippeln, 16 Ellen lang; 10) einen Ballen rothgewürfelten Ueberzugzeugs von 30 Ellen; 11) sechs Stück schwarze seidene Tücher ohne Kante; 12) fünf Schnupftücher weiß und rothgestreift; 13) fünf bunte kattunene Tücher, à  $1\frac{1}{2}$  Elle, von weißem Grund mit rothen Blumen; 14) 5 Stück kleine kattunene Tücher von weißem Grund und rothen Blumen; 15) 5 Stück kleine seidene Tücher, roth und gelb gestreift; 16) 2 Ellen graues Tuch; 17) eine Elle. Diese und die Waaren sind mit dem Storkowschen Siegel (einen Storch enthaltend) versehen.

Ein jeder, welcher von den Thätern Nachricht ertheilen kann, oder welchem von den geraubten Sachen etwas zu Gesicht kömmt, wird aufgefordert, schleunige Anzeige davon an das unterzeichnete Gericht zu machen.

Königs-Wusterhausen, den 22sten Januar 1817.

Königl. Kurmärkisches Justizamt hieselbst.

Von den der hiesigen Kirche gehörigen Landungen sollen nach erfolgter Genehmigung Eines Königl. Hohen Ministerii des Innern und auf Befehl Eines Königl. Hochwürdigem Konsistorii der Provinz Pommern eine ganze Hufe, einundfunfzig halben und zwei viertel Hufen, jede in allen dreien hiesigen Feldern belegen, an den Meist-bietenden in Erbpacht gegeben, und dabei auch erwerbsfähige Fremden zugelassen werden.

Ein Termin dazu ist auf Mittwoch

den 26sten Februar k. J. Vormittags 9 Uhr

hieselbst zu Rathhause vor dem unterzeichneten Kommissarius angesetzt, wozu Bietungslustige hiermit eingeladen werden. Die Bedingungen sind täglich bei dem Kommissarius und bei dem Herrn Superintendenten Bellis hieselbst zu erfahren; im Allgemeinen aber wird zur Empfehlung der Sache bemerkt,

1) daß



1) daß der fließige Ufer fast durchgängig sehr guten Möggenboden, zum Theil auch Weizenboden enthält, 2) daß bei gehöriger Industrie Winterfutter nicht mangelt, 3) daß die Städte Stettin und Stargard fünf Meilen von hier entfernt sind, 4) daß Bau- und Brennholz, auch Torf, hier verhältnißmäßig wohlfeil, 5) daß Fremden hier selbst zum Ankauf nöthiger Wohn- und Wirtschaftsgelände billige Gelegenheit finden, 6) daß bei den Erbpachtsbedingungen auf Erleichterung der Erwerber möglichst Bedacht genommen worden.

Bahn, den 10ten Dezember 1816.

Der Stadtrichter Augustin, von Auftrags wegen.

---

Ich bin gesonnen, mein fließiges Acker, und Lehngut von 400 Morgen gutes Bruch und 100 Morgen hohen Acker, theilweise in Erbpacht auszugeben, und habe zu dem Ende die gedachten Grundstücke in Lose von 15, 20 bis 60 Morgen theilen lassen, und einen Auktionstermin auf den 7ten März d. J. von früh 9 Uhr an in meinem Hause hier selbst angesetzt, wozu ich hierdurch zahlungsfähige Liebhaber einlade. Ein Theil des Erbstandsgeldes kann auf jedem Etablissement zu 5 Prozent Zinsen stehen bleiben. Auch will ich Liebhaber die zum Gute gehörigen Wirtschaftsgelände billig zum Verkaufe stellen. Mit der Ausführung dieses Geschäfts habe ich den hier wohnenden Kommissionsrat Platorow beauftragt, bei welchem man die näheren Bedingungen erfahren kann; auch kann im gedachten Termin auf das Ganze geboten werden.

Lehngut Werblig bei Seelow, den 12ten Januar 1817.

Der Amtmann Bayer.

---

Ich bin nunmehr entschlossen, mein fließiges Freigut, zu welchem eine jetzt für 350 Rthlr. verpachtete Brau- und Brenneret und lebhaftes Krugnahrung gehört, mit dem ganzen Inventario, sehr guten Gebäuden, Aekern, großem Obstgarten und hinreichendem Heuschlag, unter den billigsten Bedingungen sogleich oder zu Ostern aus freier Hand zu verkaufen. Kaufliebhaber erhalten auf portofreie Anfragen von mir die nähere Beschreibung.

Massin bei Müstlin und Landsberg an der Warthe, den 20sten Januar 1817.

Der Gutsbesitzer Gerike.

---



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 7. —

Den 14ten Februar 1817.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das 2te Stück der diesjährigen allgemeinen Gesessammlung enthält:

- No. 393. Die Erklärung wegen Aufhebung des Abschusses und Abfahrtsgelbes mit dem Königreich Hanover. Vom 16ten September 1816,
- No. 394. mit dem Herzogthum Sachsen-Koburg. Vom 6ten Oktober,
- No. 395. mit dem Herzogthum Nassau. Vom 31sten Oktober,
- No. 396. mit dem Fürstenthum Waldeck. Vom 22sten Dezember,
- No. 397. mit dem Großherzogthum Sachsen-Weimar. Vom 23ten Dez., und
- No. 398. mit dem Herzogthum Anhalt-Deßau. Von demselben Tage.
- No. 399. Die Verordnung vom 13ten Januar 1817, betreffend die Todeserklärung derjenigen Militärpersonen, deren Tod in den letzten Kriegen wahrscheinlich erfolgt ist, aber nicht erwiesen werden kann, imgleichen die Befugniß der Ehefrauen der nicht zurückgekehrten Militärpersonen, auf Scheidung anzutragen.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Nachdem nunmehr höchsten Orts die Ernennung der Landräthe für die Kreise unsers Regierungsbezirks erfolgt ist, soll mit der Ausführung der neuen Kreiseinteilung, so wie solche durch die Bekanntmachungen vom 16ten März, 21sten Oktober und 24sten November v. J. (Amtsblatt für 1816. Seite 103 — 106, 341 und 376.) festgesetzt ist, vorgeschritten werden. Die Wirkungen dieser Einteilung beginnen zwar namentlich in Beziehung auf die Abgaben-, Kassen-, Rechnungs- und Tabellenangelegenheiten mit dem 1sten Januar dieses Jahres, so daß die von den Kreiskassen für das Jahr 1817 für einander bezogene Einnahmen und geleisteten Ausgaben, dergestalt gegenseitig überwiesen werden, daß jeder Kasse zufällt, was der Etat derselben vom 1sten Januar v. J. ab besagt, die örtliche Trennung selbst soll aber am 1sten April d. J. eintreten.

No. 61.  
Ausführung  
der neuen  
Kreiseinteilung.  
2. b. i. p. 385  
Februar.



Die Landräthe der verschiedenen Kreise sind:

- 1) im Niederbarnimschen Kreise der Landrath v. Pannwitz auf Schönfließ,
- 2) im Oberbarnimschen Kreise der jetzt ernannte Landrath Freiherr v. Bernzobere auf Hohenfinow,
- 3) im Teltow, Storkowschen Kreise der Landrath v. Hake auf Genshagen,
- 4) im Zauch, Belgischen Kreise der Landrath v. Nochow auf Goltzow,
- 5) für den Züerbogk, Luckenwaldeschen Kreis bleibt die endliche Entscheidung noch ausgesetzt, und wird nachträglich bekannt gemacht werden; bis dahin wird der Kreisdeputirte, Syndikus Meuß, als unser Kommissarius die landrathlichen Geschäfte in diesem Kreise von Züerbogk aus verwalten;
- 6) im Ost-Havelländischen Kreise der bisherige Interimistische, jetzt bestätigte Landrath Hauptmann v. Pleß auf Platom,
- 7) im West-Havelländischen Kreise der bisherige Interimistische jetzt bestätigte Landrath Geheime Rätegesrath von der Hagen auf Hohennauen,
- 8) im Ruppinischen Kreise der Landrath v. Zieten auf Wustrau,
- 9) in der Ost-Prignitz der jetzt ernannte Landrath, Rittmeister v. Rüdcher auf Lohme,
- 10) in der West-Prignitz der bisherige Interimistische, jetzt bestätigte Landrath v. Petersdorff auf Boos,
- 11) im Prenzlowschen Kreise der Landrath v. Winterfeldt auf Groß-Spiegelberg,
- 12) im Templinschen Kreise der jetzt ernannte Landrath v. Arnim auf Gerswalde,
- 13) im Uckermarkischen Kreise der bisherige Interimistische, jetzt bestätigte Landrath v. Wedell Parlow auf Greiffenberg,

Sämmtliche von 1 bis 4 und von 6 bis 13 genannte Landräthe werden auf ihren Gütern wohnen, und von diesen aus vom 1sten April d. J. an, die Geschäfte in ihrem neuen Wirkungskreise besorgen. Von diesem Zeitpunkt an haben sich die Unterbehörden und Eingefessenen unsers Regierungsbezirks in allen Angelegenheiten des landrathlichen Ressorts, jedoch mit Ausschluß der weiterhin ausgenommenen Gegenstände, an die genannten Landräthe und den ic. Meuß zu wenden, die Verfügungen derselben zu beachten, auch ihre laufenden Abgaben an die Kreis-Kassen ihrer Kreise zu entrichten, und etwaige Erhebungen von diesen zu gewärtigen.

Zu Kreisstädten, in denen sich die Kreis-Kassen befinden werden, sind bestimmt:

- |   |              |
|---|--------------|
| 1) im Niederbarnimschen Kreise          | Berlin,      |
| 2) im Oberbarnimschen Kreise            | Frenenwalde, |
| 3) im Teltow, Storkowschen Kreise       | Berlin,      |
| 4) im Zauch, Belgischen Kreise          | Potsdam,     |
| 5) im Züerbogk, Luckenwaldeschen Kreise | Züerbogk,    |
| 6) im Ost-Havelländischen Kreise        | Rauen,       |
| 7) im West-Havelländischen Kreise       | Brandenburg, |
| 8) im Ruppinischen Kreise               | Neu-Ruppin,  |
| 8) in der Ost-Prignitz                  | Wittstock,   |

10) in



- |                               |             |
|-------------------------------|-------------|
| 10) in der West-Preignitz     | Verleberg,  |
| 11) im Prenzlow'schen Kreise  | Prenzlow,   |
| 12) im Templinschen Kreise    | Templin,    |
| 13) im Angermündeschen Kreise | Angermünde. |

Sollte in einer oder der andern dieser Städte das erforderliche Lokal zum 1ten April d. J. nicht so weit hergestellt sein, daß die Kreiskasse schon in der Kreisstadt ihre Geschäfte anfangen könnte, so werden die Kreiseingefessenen über den einstweiligen Aufenthalt der Kasse besonders in Kenntniß gesetzt werden.

Ausgenommen von der Bearbeitung nach der neuen Kreiseinteilung bleiben in der Regel auch nach dem 1ten April die aus der Zeit vor dem 1ten Januar d. J. sich herschreibenden Rechnungen, Kassen- und Restangelegenheiten, ferner die allgemeinen Liquidations- und Abwickelungsgegenstände aus jener Periode, welche keine Trennung gestatten. Diese sollen von den landrätlichen Behörden in ihren alten Geschäftskreisen fortgesetzt und zu Ende geführt werden, mit denen daher in dieser Beziehung die zu andern oder neuen Kreisen übergehenden Kreiseingefessenen in der bisherigen Verbindung bleiben, welches auch rücksichtlich der Zahlungen aus jenem Zeitraum für die alten Kreiskassen gilt.

Namentlich werden daher die aus jener ältern Periode sich herschreibenden Angelegenheiten besorgt werden:

- a. in dem ganzen Umfange des bisherigen Ruppinschen Kreises, von dem Landrath v. Zieren und der Kreiskasse zu Neu-Ruppin,
- b. im bisherigen Ober-Barnimschen Kreise, von dem Landrath v. Bernegobre und der Kreiskasse zu Frenenwalde,
- c. in dem bisher zum Zauchschen Kreise gehörigen Ländchen Bärwalde, von dem Landrath v. Nochow und der Kreiskasse zu Potsdam,
- d. in der gesammten Preignitz, von dem Landrath v. Petersdorff und der Kreiskasse zu Verleberg,
- e. in der gesammten Uckermark, von dem Landrath v. Winterfelde, in Unterstützung des Landraths v. Wedell Parlow, und der Kreiskasse zu Prenzlow,
- f. im bisherigen Havelländischen Kreise, von dem Landrath v. d. Hagen und der Kreiskasse zu Brandenburg,
- g. im Ellen- und Löwenberg'schen Kreise, vom Landrath v. Plessen und der Kreiskasse zu Mauen,
- h. für den Luckenwalbeschen Kreis, und
- i. für den Storkowschen Kreis wird die nähere Bestimmung vorbehalten, und vor dem 1ten April erfolgen,
- k. der bisherige Niederbarnimsche und der Teltowsche Kreis sind, mit Ausschluß der zum Bezirk der Regierung zu Berlin übergegangenen Ortschaften, über deren Verhältnisse bereits in der Bekanntmachung vom 8ten März v. J. bestimmt ist, in ihrem ganzen Umfange geblieben, daher eine Trennung der Geschäfte bei ihnen nicht statt findet.



Die vorstehenden Bestimmungen werden hierdurch sämmtlichen Unterbeförden und Eingefessenen unsers Regierungsdepartements zur genauen Befolgung eröffnet.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß die für sich bestehende Polizeibehörde in Brandenburg seit dem 1ten Januar d. J. aufgehoben, daß dem Magistrat daselbst unter der Direktion des Ober-Burgemeisters Pfister und unter der obern Leitung des Landraths v. d. Hagen die dortige Polizeiverwaltung übertragen ist, und diese Stadt künftig einen Theil des Westhavelländischen Kreises ausmachen wird. Selbige tritt dadurch vom 1ten April d. J. ab ganz in dieselben Verhältnisse zu dem Landrath, wie die übrigen Städte des Kreises. Der dortige Magistrat hat sich hiernach zu achten, und die Verfügung vom 16ten März 1812 (Amtsblatt 1812 No. 153.) zu befolgen.

Potsdam, den 8ten Februar 1817.

No. 52. Mit Bezugnahme auf die heutige Verfügung, wegen der am 1ten April d. J. eintretenden Ausführung der neuen Kreiseinteilung, wird hierdurch bekannt gemacht, daß folgende Rendanten und Kontrolleure bei den verschiedenen Kreiskassen, theils in ihren bisherigen Aemtern bestätigt, theils neu ernannt sind.

Kreiskassen-  
Rendanten u.  
Kontrolleure:  
up. 2. b 385  
Februar.

- 1) Im Nieder-Barnimschen Kreise:
  - a. der Kreiskassen-Rendant, Kammerassessor Schulz,
  - b. der Kontrolleur ist noch nicht bestimmt und wird nachträglich benannt werden.
- 2) Im Ober-Barnimschen Kreise:
  - a. der Kreiskassen-Rendant Regella,
  - b. " " Kontrolleur Strubach.
- 3) Im Teltow, Storkowschen Kreise:
  - a. der Kreiskassen-Rendant, Hofrath Brandin,
  - b. " " Kontrolleur Seidel.
- 4) Im Zauch, Belgischen Kreise:
  - a. der Kreiskassen-Rendant Schumacher,
  - b. " " Kontrolleur Dippold.
- 5) Im Zückerbogl, Luckenwaldeschen Kreise:
  - a. der Kreiskassen-Rendant, Hauptmann Ravenstein,
  - b. " " Kontrolleur Kabisch.
- 6) Im Ost-Havelländischen Kreise:
  - a. der Kreiskassen-Rendant Bleiberg,
  - b. " " Kontrolleur Welke.
- 7) Im West-Havelländischen Kreise:
  - a. der Kreiskassen-Rendant ist noch nicht ernannt: bis zur weiteren Bestimmung wird der interimistische Havelländische Kreiskassen-Rendant, Kreissekretair Fickel, die Rendantur im genannten Kreise besorgen,
  - b. der Kreiskassen-Kontrolleur, Lieutenant Kletschke.

8) Im



3) Im Mupfinschen Kreise:

- a. der Kreisassen, Rentant Dannbauer,  
b. „ „ „ Kontrolleur Polenz.

g) In der West-Prinzipal:

- a. der Kreiskassen Rendant, Justizrath Lesser,  
b. „ „ „ „ Kontrolleur Jordan.

109. In der Ost-Preignig:

- a. der Kreisassen,endant, Rittmeister von Sprenger,  
b. „ „ „ Kontrolleur ist noch nicht ernannt, und wies zu seiner Zeit  
das Weitere verfügt werden.

1.1) Im Prenzlauschen Kreise:

- a. der Kreiskassen, Rendant Dertel,  
b. . . . . Kontrolleur Kupfe.

22) Im Templinschen Kreise:

- a. wegen des Rendanten wird zu seiner Zeit die Bekanntmachung erfolgen;  
b. der Kontrolleur Schwinzer.

13) Im Ungermündeschen Kreise wird die Befahntmachung des Kreisrathen, Rendanten und Kontrolleurs noch vorbehalten.

Die Kreiseingesessenen haben die von ihnen zu den Kreiskassen vom 1ten April d. J. ab zu bewirkenden Zahlungen, so wie die am 1ten April d. J. vorhandenen Rückstände aller Art nur mit Rücksicht auf die Organisationsbestimmungen vom heutigen Tage, an die vorgenannten Beamten, gegen gemeinschaftlich vom Rentanten und Kontrolleur ausgestellte Quittungen, zu leisten, und werden hierdurch namentlich die bisherigen Unter-Kreiseinnahmen der Prilegnis aufgehoben.

Notodam, den 8ten Februar 1817.

Der Durchschnittspreis von dem im Monate Januar d. J. auf dem Markte zu Berlin verkauften Getreide und Rauchs Futter hat in  $\frac{1}{2}$  Stel betragen:

1)	für den Scheffel Weizen	4	Rthlr.	18	Gr.	7	Pl.
2)	— — — Roggen	3	—	2	—	6	—
3)	— — — große Gerste	2	—	14	—	2	—
4)	— — — kleine Gerste	2	—	4	—	9	—
5)	— — — Hafer	1	—	12	—	1	—
6)	— — — Erbsen	2	—	16	—	8	—
7)	für den Zentner Heu	1	—	12	—	7	—
8)	— das Schock Stroh	8	—	9	—	—	—

Die Durchschnittspreise betrugen in  $\frac{1}{2}$ stel

für das Quart	Braunbier	1	Gr.	5	Nf.
— — —	Weißbier	1	—	8	—
— — —	Brantwein	5	—	5	—

Potsdam, den 6ten Februar 1817.

**No. 53.**

Getreide- und  
FORAGEPREISE  
PRO JANUAR  
1817.  
I. M. 674.  
SCHRAT.

9100



No 54.  
Zwangsliefer-  
ungen: Liqui-  
dationen.  
E. m. 2394.  
Januar.

### Nachstehende Bekanntmachung:

Nach dem §. 10. des Edikts vom 3ten Junius 1814, wegen Vergütung der Zwangslieferungen aus der Zeit vom 1sten Januar 1813. bis zum letzten Junius 1814 durch Lieferungsscheine, hat das deshalb vorgeschriebene Liquidations-Verfahren mit dem Monat März 1815. völlig beendet sein sollen. Der im Jahre 1815. ausgebrochene Krieg legte jedoch dem Geschäft unvorhergesehene Hindernisse in den Weg, auch erhielt dasselbe durch die Verordnung vom 1sten März 1815. eine größere Ausdehnung, und die Liquidation hat daher in das Jahr 1816. übertragen und in demselben fortgesetzt werden müssen. Hierdurch ist aber zum Besten der Liquidanten alles und mehr geschehen, als sie der allerhöchsten Bestimmung nach zu fordern berechtigt gewesen sind, und es ist daher, um die Ausfertigung der Lieferungsscheine selbst zum Schluß bringen zu können, die Bestimmung einer letzten Frist zur Einreichung der Liquidationen nöthig geworden. Dies ist durch eine an die Königliche Regierungen der äkern Provinzen erlassene, in deren Amtsblättern zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Verordnung vom 4ten Oktober vorigen Jahres geschehen, wonach die Liquidationen mit dem letzten Dezember des eben verflossenen Jahres bei den Kreis- und städtischen Behörden eingereicht sein sollen, diesen letztern aber zur Revision und Feststellung der Liquidationen noch eine Frist bis zum letzten März 1817. zugestanden worden ist, so daß mit Ende dieses Termins das ganze Liquidationsgeschäft Seltens der Kreis- und städtischen Behörden unwiederruflich geschlossen sein soll. Indem ich diese Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß bringe, mache ich zugleich fernerweit bekannt, daß von denselben unter keinen Umständen abgegangen, und daher den einzelnen Liquidanten die nachträgliche Einreichung von Liquidationen über Zwangslieferungen aus der zuvorgedachten Periode nicht weiter gestattet werden kann, vielmehr die noch etwa damit sich Meldenden überall, sowohl von den Provinzialbehörden, als Seltens des Finanzministeriums ohne weiteres werden zurückgewiesen werden.

Berlin, den 20sten Januar 1817.

Der Minister der Finanzen.

von Bülow.

bringen wir hiermit zur Kenntniß sämmtlicher Einwohner unseres Regierungsdepartements mit Bezug auf unsere frühere Bekanntmachung vom 8ten November vorigen Jahres im 47sten Stücke unseres vorjährigen Amtsblatts.

Potsdam, den 8ten Februar 1817.

No. 55.  
Realkautio-  
nen.  
2. h. 1740.  
Januar.

Es sind Fälle vorgekommen, in welchen die zu Kautionsleistungen verpflichteten Kassenbeamten u. gewünscht haben, baare Kaution leisten zu dürfen. Bei der Regierungs-Hauptkasse können dergleichen Kautionen, als den Grundfögen entgegen, nicht behalten werden. Um dagegen den Interessenten, deren ausdrücklicher



licher Wunsch es ist, Realkautionen leisten zu dürfen, dieses zu erleichtern, ist die Königl. Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft autorisirt worden, dergleichen baare Gelder zu übernehmen, und darüber kündigungsfähige Obligationen auszustellen, welche von uns ad Depositum genommen, und worüber den Kautionsleistern Rekognitionscheine ertheilt werden.

In der Regel sind in frühern Zeiten dergleichen Realkautionen zum Theil gar nicht, zum Theil nur mit geringen Prozenten verzinst worden. Zum Nutzen der Interessenten sollen diese Realkautionen aber durch die Haupt-Seehandlungskasse mit Vier vom Hundert pro anno verzinst werden, auch jedem Kautionspflichtigen gestattet sein, wenn er später es wünscht, das baare Geld auf die kündigungsfähige Obligationen zurückzunehmen, und dagegen die Kaution durch Staatspapiere oder auf eine andere vorschristsmäßige Art zu leisten.

Potsdam, den 31sten Januar 1817.

Die Unterstützungsgesuche der Aeltern von sieben Söhnen haben, der Ueber- sicht wegen, zusammengekommen verhandelt werden müssen, und es werden jetzt deshalb noch einige nähere allerhöchste Bestimmungen erwartet. Sobald diese erfolgen, werden die betreffenden Familien weiteren Bescheid erhalten.

Potsdam, den 4ten Februar 1817.

No. 56.  
Unterstützung  
der Aeltern  
von 7 Söhnen  
I. p. 317 I.  
Januar.

Da die Lungenseuche, welche in der Stadt Dranenburg im verflossenen Jahre herrschte, mit dem Anfange des Novembers gänzlich aufgehört hat, so ist die für Rindvieh, Heu, und Stroh verordnete Sperre der Stadt Dranenburg aufgehoben, und wird solches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 8ten Februar 1817.

No. 57.  
Aufhebung  
d. Sperre von  
Dranenburg.  
I. p. 679.  
Februar.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.

Sämmtliche Stadtgerichte und Magisträte im Departement des Kammergerichts werden hierdurch angewiesen, binnen 14 Tagen bei 2 Rthlr. Strafe bestimmt anzuzeigen:

- 1) was für jüdische Familienstiftungen in ihrem Bezirke vorhanden sind,
- 2) darüber mit den Judenältesten jeden Orts Rücksprache zu nehmen, und
- 3) vidimirte Abschriften der Stiftungsurkunden einzutuschen,

No. 5.  
Familienstiftungen der  
jüdischen  
Glaubendigen.  
Hessen.

Das







# Extra-Blatt

zum

7ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

## Stechbrief.

Es hat am 8ten Januar d. J. der im untenstehenden Signalement näher beschriebene fleißige Tuchsheerer-Gesell, Carl Gotthef Krüger, sich zu einer vor-No. 4. geblichen Reise nach Grünberg zu seinem Bruder, einen Reisepaß auf 14 Tage von uns ausstellen lassen, und ist hierauf von hier fortgegangen, ohne jedoch seiner hier zurückgelassenen kranken Ehefrau von einer Reise nach Grünberg etwas gesagt zu haben. Nach der bereits allhier eingelangten Nachricht ist derselbe gar nicht nach Grünberg gekommen, auch überhaupt nicht Willens, sich wieder hieher zu begeben. Da nun also ermittelten Krügers Absicht ist, seine kranke und schwangere Ehefrau nebst einem kleinen unentzogenen Kinde in ihrem Elende sitzen zu lassen, so ersuchen wir sämmtliche resp. Militär- und Zivilbehörden hierdurch dienstergebenst, genannten Krüger im Betretungsfall sogleich anhalten, und hieher nach Dahme transportiren zu lassen. Dahme, den 3ten Februar 1817.

Der Magistrat.

## Signalement.

Carl Gotthef Krüger, ist 21 Jahr alt, aus Cottbus gebürtig, mittler Statur, blaßen Gesichts, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, gewöhnlichen Mund, und Nase, und ist bei seiner Abreise von hier mit einem dunkelgrünen Tuchrocke, mit dergleichen Knöpfen versehen, bekleidet gewesen.

Am 20sten Januar c. ist die unverheirathete Henriette Sonate aus Storkow auf der Hälfte des Weges von Waltersdorf nach Königs-Wusterhausen von zweien ihr unbekannten Mannspersonen, von denen der eine, etwa 20 Jahr alt, mit leinenen Hosen, einer roth und blau gestreiften Warbjacke und Stiefeln, und der andere, etwa 30 Jahr alt, mit einem zertrassenen blauen Tuchrock bekleidet gewesen, angefallen und verwundet worden; auch hat man ihr folgende Gelder, Sachen und Effecten geraubt.

1) 24 Rthlr. Geld; 2) 4 Laubehaler; 3) eine Tasche von rothem Kattun mit weißen Pippeln, und ein Pörschaft, worin ein Bäumchen; 4) einen neuen mit Franzen versehenen 2½ Elle breiten grün seidenen Umschlageruch, mit einer gelben und weißen Kante; 5) 3 Stück blaue kattunene 2 Ellen breite Tücher mit einer grünen Quirlande; 6) 3 Stück große Tücher, 2 Ellen breit, mit rothem Spiegel und gelber Kante; 7) 5 kleine rothwürfeliche Tücher, mit schmaler weißer Kante; 8) ein Stück Kattun, gelblicher Farbe; 9) ein Stück weißen Kattun, mit rothen Pippeln, 16 Ellen lang; 10) einen Vollen rothgewürfelten Ueberzugzeugs von 50 Ellen; 11) sechs Stück schwarze seidene Tücher ohne Kante; 12) fünf Schnupftücher weiß und rothgestreift; 13) fünf bunte kattunene Tücher, à 1½ Elle, von weißem Grund



Grund mit rothen Blumen; 14) 5 Stück kleine kattunene Tücher von weißem Grund und rothen Blumen; 15) 6 Stück kleine seidene Tücher, roth und gelb gestreift; 16) 2 Ellen graues Tuch; 17) eine Elle. Diese und die Waaren sind mit dem Storkowschen Siegel (einen Storch enthaltend) versehen.

Ein jeder, welcher von den Thätern Nachricht erteilen kann, oder welchem von den geraubten Sachen etwas zu Gesicht kommt, wird aufgefordert, schleunige Anzeige davon an das unterzeichnete Gericht zu machen.

Königs, Wusterhausen, den 22sten Januar 1817.

Königl. Kurmärkisches Justizamt hieselbst.

### Th e e r o f e n a n l a g e n.

Im Königl. Dammendorfer Forstrevier des Amtes Friedland und im Königl. Groß, Särchenschen Forstrevier des Amtes Erbeles, im Herzogthum Sachsen, sollen zur Benützung der großen Vorräthe alter Kienstubben, zwei Thierofen angelegt, die Erbauung dieser Etablissements den Entrepreneurs aus eigenen Mitteln zu bestreiten überlassen, und denselben der Betrieb der Thierschwelereien auf 18 Jahr öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Bietungstermine hiezu sind im Königl. Forsthaufe zu Dammendorf, auf den 9ten Mai, und im Königl. Amte zu Erbeles

auf den 13ten Mai dieses Jahres Vormittags um 9 Uhr angesetzt.

Die Bedingungen, unter welchen die Anlegung dieser Thierschwelereien statt findet, können auf den Aemtern Friedland und Erbeles, bei den Königl. Forstbedienten zu Dammendorf und Groß, Särchen und bei dem Unterzeichneten eingeesehen, so wie auch die Reviere und Baustellen, welche die Königl. Forstbedienten anzeigen, zu jeder Zeit besehen werden.

Diesenigen, welche zu Anlegung und zum Betriebe dieser Etablissements geneigt und geeignet sind, werden aufgefordert, wenn sie sich zuvor von der Lokalkat unterrichtet haben, in den Terminen zu erscheinen, ihre Qualifikation nachzuweisen und ihre Gebote abzugeben.

Sorau, am 24sten Januar 1817.

Das Forstmeisterliche Offizium.

Die dem Fischer Christian Sorge junior gehörige, auf der Feldmark des Dorfes Güttele, auf der Kurmärkischen Seite der Oder, im Oberbruche nahe dem Dorfe Carlsblese belegene, aus ungefähr 90 Magdeburgischen Morgen bestehende total separirte Ackerwirtschaft, ist mit dem dazu gehörigen Inventario auf den Antrag der Gläubiger mit der Taxe der 4473 rthl. 2 gr. 11½ pf., und dem bereits in terminis den 6ten Junius 1814 gethanen Gebote der 9500 rthl. Kourant anderweit subhastirt, und ein Bietungstermin auf den 17ten April 1817 Vormittags um 10 Uhr im Justizamte zu Grünberg angesetzt worden, in welchem Termine der Zuschlag, wenn nicht besondere rechtliche Umstände es verhindern, unfehlbar erfolgen soll. Die Taxe kann täglich in unserer Registratur eingeesehen werden.

Amte Grünberg in der Neumark, den 4ten Februar 1817.

Königl. Preuß. Justizamt daselbst.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 8. —

Den 21sten Februar 1817.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das 3te Stück der diesjährigen allgemeinen Gesessammlung enthält:  
No. 400. Die Verordnung wegen des Königlichen Titels und Wappens. Vom  
9ten Januar 1817.

Es ist angefragt worden, ob zu Zessionen von Lieferungsscheinen über Summen von 50 Rthlr. und darüber ein Stempel zu lösen sei, und es ist darauf der Beschlus gefasst worden:

daß auch Zessionen von an sich stempelfreien Staatspapieren, dergleichen die Lieferungsscheine sind, wenn solche auf den Obligationen registriert worden, ohne Verwendung des sonst gesetzlichen Stempels statt haben, und so als zulässig angenommen werden können.

No. 58.  
Stempelfreiheit bei Zessionen von Lieferungsscheinen.  
2. a 3666.  
Januar.

Berlin, den 14ten Januar 1817.

Ministerium der Finanzen. Dritte Generalverwaltung.

Vorstehende Verfügung wird hierdurch zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 4ten Februar 1817.

Hieser ist das Schießpulver aus den überweserschen Königlichen Provinzen mit der Verbrauchsabgabe von  $8\frac{1}{2}$  Prozent belegt worden. Da jedoch die Provinzial-Regierung für einländisches Schießpulver eine geringere Abgabe vorschreiben, so ist von dem Herrn Finanzminister mittelst Reskripts vom 21sten v. M. bestimmt worden, daß die Gefälle davon auch lediglich nach diesen Tarifs erhoben werden sollen.

No 59.  
Schießpulver.  
2. a 828.  
Februar.



sollen, wenn nemlich das in den überweserschen Provlagen verfertigte Schießpulver mit den vorgeschriebenen Ursprungszertifikaten eingeführt wird. Dieses wird daher den betreffenden Akziseoffizianten zur Achtung, und dem Publikum zur Nachricht hierdurch bekannt gemacht.

Potsdam, den 13ten Februar 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

No. 5.  
Kirchensachen.

Um das mögliche Mißverständniß zu verhüten, als werde durch die bereits bekannt gemachte Bestimmung, „daß bei der Feler des jährlichen Kirchenfestes zum Andenken an die Verstorbenen, und am Charfreitage, das Altar schwarz behangen, und mit zwei brennenden Kerzen besetzt werden solle,“ das Anzünden der Lichter auf dem Altare ausschließlich auf die genannten beiden Tage beschränkt, wird hiermit, einer Verfügung des Königl. Höhen Ministeriums des Innern zu Folge, nachträglich bekannt gemacht, daß in denjenigen evangelischen Kirchen, in welchen bei jedem Gottesdienste oder an jedem hohen Kirchenfeste Altarlichter brennen, es bei diesem Gebrauche auch fernerhin zu lassen sei.

Berlin, den 11ten Februar 1817.

## Personalchronik.

Der Superintendent Litzmann in Lindow ist wegen seines Alters in Absicht der Superintendentur-Geschäfte in den Ruhestand versetzt, und der Oberprediger und Schulsinspektor Scharlau zu Gransee in dessen Stelle zum Superintendenten der beiden Dildesen Gransee und Lindow ernannt.

## Vermischte Nachrichten.

Der dem Einleger Johann Stäbke zu Weißglasshütte zum Handel mit Glas und Stielgut sub Nr. 381. unterm 2ten Juli 1812, und der dem Einwohner Johann Daniel Schumann zu Reclin zum Handel mit Vstruallen sub Nr. 3575 unterm 16ten Oktober 1816 ausgefertigte Hausirscheine, sind verloren gegangen, und werden hiermit zur Vermeidung des Mißbrauchs für ungültig erklärt, die Behörden aber, welchen diese Scheine zu Gesicht kommen mögten, zu deren Einsendung aufgefordert.

Den 10ten Februar 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam.

Zweite Abtheilung.

Be







































Extrahenten allein oder von beiden Theilen pro ratis die ihr schulbigen Gebühren, Stempel, Kopialen einzuziehen, und sie darf dem gebührenpflichtigen Debiten im Fall einer solchen vertragmäßigen Entlassung von Kostenbeiträgen nur überlassen, sich von seinen Mitkontrahenten seinen bezahlten Kostenantheil erstatten zu lassen.

Keine einzige fiskalische Station und keine Königl. Kasse kann durch eine andere in ihren angewiesenen Einnahmen beeinträchtigt werden, weil sie sonst den ihr obliegenden Verpflichtungen nicht genügen kann. Darum steht auch der Grundsatz fest, daß niemand gegen die Forderungen einer fiskalischen Kasse diejenigen Forderungen kompensiren kann, die er an eine andere zu machen hat.

Deshalb ist ausdrücklich verordnet, daß bei Veräußerungen von Domänen möglichst darauf gesehen werden soll, daß der Käufer Stempel und Kosten übernehme.

Wenn es Ew. Excellenz gefallen sollte, für diese und alle künftige Fälle bestimmte Normen mit des Herrn Finanzministers Grafen v. Bülow Excellenz zu verabreden, so nehmen wir uns die Freiheit, von dem Grundsatz der Billigkeit geleitet, folgende Vorschläge zu thun.

- 1) Bei der Abschließung von Kauf, und andern zweifeltigen Verträgen zwischen einer fiskalischen Behörde und einem Privatmanne, trägt in der Regel jeder Theil die Hälfte der Kosten, welche durch die Aufnahme, Bestätigung des Kontrakts, die Uebergabe der Sachen, und bei dem Hypothekenbuche durch Ab- und Zuschreibungen, Eintragungen des Besitztums oder andere Vermerke, an Gerichtsgebühren, Stempeln, Kopialen, Siegelungen, und Vorhengebühen, Porto oder andern baaren Auslagen entstehen.
- 2) Die der fiskalischen Behörde auf diese Art zur Last fallende Hälfte der Kosten bleibt außer Ansatz.
- 3) Findet sich die fiskalische Behörde veranlaßt, in einem solchen Vertrage sämtliche Kosten zu übernehmen, so entrichtet sie die der Regel nach dem Privatmanne zur Last fallende Kostenhälfte, ohne sich deshalb auf die ihr wegen der andern Hälfte zustehende Kostenfreiheit berufen zu dürfen.
- 4) Kontrakte zwischen zwei fiskalischen Behörden werden dagegen ganz kostenfrei bearbeitet.

Berlin, den 5ten Februar 1817.

#### No. 8.

Stempel-  
freiheit der  
Dienstab-  
lösung-Ver-  
handlungen.

Es wird hierdurch zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht, daß nach der Bestimmung des Herrn Justizministers vom 1sten d. M. alle Dienstablösungs-Verhandlungen und Kontrakte stempelfrei zu lassen sind, ohne Unterschied, ob die Ablösung gegen anderwerts Abtretung von Ackerland, oder aber gegen baare Vergeltung geschieht.

Berlin, den 10ten Februar 1817.

#### Personalchronik.

Der Kammergerichts-Referendarus v. Menz, welcher bisher interimistisch die Justiz in der Stadt Lychen verwaltet hat, ist nunmehr zum wirklichen Stadtschreiber daselbst bestellt worden.

Die











# Extra-Blatt

zum

9ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

## Be k a n n t m a c h u n g e n.

Der Schnellbergeselle Mathias Kubusch, aus Beuckwitz im Herzogthum Sachsen gebürtig, hat sein zu Hoyerswerda unter dem 2ten September 1812 ausgegebenes Wanderbuch zwischen hier und Beelitz angeblich am 18ten d. M. verlohren. Dies wird zur Vorbeugung eines Mißbrauchs hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Potsdam, den 20sten Februar 1817.

Königl. Polizeidirektor.

Flesche.

Der Invalide Michael Ologau hat angeblich seinen ihm unter dem 18ten August v. J. unter der Nummer 4051. ausgefertigten Hausirschein zum Handel mit Viktualien, Federvieh und Fellen, in der Gegend von Langerwisch verlohren. Es wird daher Jedermann, welcher diesen Hausirschein nachzuweisen vermag, hiermit aufgefordert, selbigen unverzüglich bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Potsdam, den 25sten Februar 1817.

Königl. Polizeidirektor.

Flesche.

Durch die Verfügung der Königl. Regierung zu Frankfurt an der Oder ist wegen Zusammentreffens mit andern Märkten der hiesige auf den 26sten Februar c. angesetzte Jahrmarkt auf den Dienstag als den 18ten März c. verlegt worden, der gestalt, daß den Tag vorher der große Pferdemarkt abgehalten werden wird.

Schönfließ, den 10ten Februar 1817.

Der Magistrat.

---

## T h e e r o f e n a n l a g e n.

Im Königl. Dammendorfer Forstrevier des Amtes Friedland und im Königl. Groß-Sächsischen Forstrevier des Amtes Triefel, im Herzogthum Sachsen, sollen zur Benutzung der großen Vorräthe alter Kienstubben, zwei Theerofen angelegt, die Erbauung dieser Etablissements den Entrepreneurs aus eignen Mitteln zu bestreiten überlassen, und denselben der Betrieb der Theerschmelereien auf 18 Jahr öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Bietungstermine hierzu sind im Königl. Forsthaufe zu Dammendorf, auf den 9ten Mai, und im Königl. Amte zu Triefel

auf den 13ten Mai dieses Jahres Vormittags um 9 Uhr angesetzt.

X 5

Die







Ich bin nunmehr entschlossen, mein hiesiges Freigut, zu welchem esne jetzt für 350 Rthlr. verpachtete Brau- und Brenneret und lebhaftes Krugnahrung gehört, mit dem ganzen Inventario, sehr guten Gebäuden, Aeckern, großem Obstgarten und hinreichendem Heuschlag, unter den billigsten Bedingungen sogleich oder zu Ostern aus freier Hand zu verkaufen. Kaufliebhaber erhalten auf portofreie Anfragen von mir die nähere Beschreibung.

Massin bei Küstrin und Landsberg an der Warthe, den 20sten Januar 1817.  
Der Gutsbesitzer Gericke.

---

### Beiträge zur Unterstützung invalider Felsjäger.

Zur Unterstützung der durch den Krieg völlig invalide gewordenen Felsjäger sind aus dem oberforstmeisterlichen Distrikte des Herrn Oberforstmeisters v. Schenk nachstehende Beiträge für das Jahr 1816. aufgekommey.

1) Von dem Herrn Oberforstmeister von Schenk 60 rthl.; 2) vom Herrn Forstmeister von Krebs zu Groß-Schönebeck 12 rthl.; 3) vom Herrn Oberförster von Kobillinski zu Böhrow 12 rthl.; 4) vom Herrn Heegemeister Schmidt zu Eramera pfuhl 6 rthl.; 5) vom Herrn Heegemeister Lutter zu Dachtow 12 rthl.; 6) vom Herrn Oberförster Muff zu Rütchenick 16 rthl.; 7) vom Herrn Wirschjäger Müller zu Theerofen 4 rthl.; 8) vom Herrn Oberförster Bartkow zu Mühlbeck 18 rthl. 18 gr.; 9) vom Herrn Unterförster Heering zu Elsenick 4 rthl.; 10) vom Herrn Holzauferseher Sotte zu Hermsdorf 1 rthl.; 11) vom Hrn. Revierjäger Stiegel auf dem Püttenschen Theerofen 1 rthl.; 12) vom Hrn. Revierjäger Bähr auf dem Püttenschen Theerofen 1 rthl.; 13) vom Hrn. Revierjäger Ziegler I. auf dem Zühlendorfer Theerofen 1 rthl.; 14) vom Hrn. Revierjäger Ziegler II. auf dem Zühlendorfer Theerofen 1 rthl.; 15) vom Hrn. Oberförster Fintelmann zu Tegel 12 rthl.; 16) vom Hrn. Oberförster Calow zu Körsig 6 rthl.; 17) vom Herrn Unterförster Kunstmann zu Steversdorfer Elslaake 2 rthl.; 18) vom Herrn Landjäger Amerlan zu Dranienburg 16 rthl.; 19) vom Herrn Heegemeister Anton zu Schmachtenhagen 4 rthl.; 20) vom Herrn Heegemeister Emme zu Pinnow 4 rthl.; 21) vom Herrn Heegemeister Wald zu Carnow 4 rthl.; 22) vom Herrn Oberjäger Seiler zu Neuholland 16 rthl.; 23) vom Herrn Oberförster und Jagdzeugmeister Schröder zu Grunewald 16 rthl.; 24) vom Herrn Oberförster Jacobi zu Königsdamm 12 rthl.; 25) vom Herrn Heegemeister Philipp zu Karpentisch 4 rthl.; 26) vom Herrn Unterförster Kühnemann zu Dalldorf 4 rthl.; 27) vom Herrn Oberjäger Schmidt zu Falkenhagen 16 rthl.; 28) vom Herrn Heegemeister Kürbeck zu Brieselang 6 rthl.; 29) vom Herrn Heegemeister Moldenhauer zu Jägerllß 6 rthl.; 30) vom Herrn Heegemeister Schlicht zu Nieder-Neuendorf 4 rthl.; 31) vom Herrn Oberförster Hugo zu Bornim 3 rthl.; 32) vom Herrn Unterförster Neuendorf zu Kramponitz 12 gr.; 33) vom Herrn Oberjäger Palm zu Nepporst 10 rthl. Gold; 34) vom Herrn Heegemeister Behrens zu Ruhlsdorf, 35) vom Herrn Heegemeister Westram zu Klosterfelde, 36) vom Herrn Unterförster Born zu Nepp-







— 71 —  
**Amts - Blatt**

der

**Königlichen Regierung zu Potsdam.**

— No. 10. —

Den 7ten März 1817.

**Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.**

Da des Königs Majestät, wie Eine Königl. Hochlöbliche Regierung aus dem ersten Stück der Gesetzsammlung von 1817 Nr. 389. gefälligst erschen wird, mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 19ten Dezember v. J. zu bestimmen geruhet haben, daß die unter dem 27ten Mai 1816 ergangene Allerhöchste Festsetzungen wegen Zahlung des Gnadenmonats an die Hinterbliebenen der Pensionaire, auch auf Militärpensionen und Wartegelder in Anwendung gebracht werden sollen, so ersuchen wir Eine Königl. Hochlöbliche Regierung hierdurch ergebenst, an die dortige Hauptkasse, und durch diese an die betreffende Acciseämter und zahlende Kassen das Erforderliche gefälligst zu erlassen, daß den Hinterbliebenen der Militärpensionaire, ohne Ausnahme, wozu also auch die für dieselbige Rechnung gehende Pensionen für Wittwen und Kinder, jedoch mit Ausnahme derer Wittwen, welche bis dahin, daß die Offizier-Wittwenklasse ihnen Zahlung leistet, aus dem Militär-Pensionsfonds Zahlung erhalten, so wie auch mit Ausnahme aller derjenigen Kinder, welchen bis zum 15ten Lebensjahre Behufs ihrer Erziehung eine Unterstützung ausgesetzt ist, und die kleineren Gnadengehälter für Invaliden gehören, der Gnadenmonat vom 1sten Juni 1816 an gerechnet gezahlt werde, und da diese Zahlungen noch in die Rechnung pro 1816 hingehören, so ersuchen wir Eine Königl. Hochlöbliche Regierung ergebenst, solche noch in den Schlußdesignationen für das Jahr 1816 mit aufzunehmen. Ausgenommen von dem Gnadenmonate sind jedoch diejenigen Invaliden, welche aus den Invalidenkompagnien und Invalidenhäusern mit Urlaubstraktament als Gnadengehalt entlassen sind, da deren Stelle bei den Kompagnien sogleich wieder besetzt wird, und da solches jedesmal unter der Assignation bemerkt ist, so werden die zahlenden Kassen hiernach zu verfahren haben. Noch wird hierbei bemerkt, daß wenn der verstorbene Pensionair wegen Schulden u. Abzüge gehabt

No. 66.  
Zahlung des  
Gnaden-  
monats an die  
Hinterblieben-  
en der  
Militär-  
pensionaire.  
1. m. 1001.  
Februar.



hat, solche mit dem Sterbemonat aufhören, der Gnadenmonat also voll an die hinterbliebenen Erben gezahlt wird.

Berlin, den 30sten Januar 1817.

Königlich Preussisches Departement für die Invaliden.

An

v. Schlieffen.

Eine Königl. Hochlöbl. Regierung zu Potsdam.

Nach obigen Bestimmungen haben die Spezialkassen, welche Zahlungen dieser Art für Rechnung der hiesigen Haupt-Regierungskasse zu leisten haben, zu verfahren, und die nähern Anweisungen der letztern zu befolgen, sich auch in zweifelhaften Fällen an selbige zu wenden.

Potsdam, den 23sten Februar 1817.

**No. 67.** Der Königl. Regierung wird zur Vermeldung besonderer Anfragen und zur Achtung in vorkommenden Fällen bekannt gemacht, daß die Begünstigung, welche nach dem Gesetze vom 3ten September 1814 den Freiwilligen zugesagt ist, und auf deren nähere Ausführung sich die Instruktion vom 19ten Mai v. J. bezieht, nicht streng bloß auf Studierende beschränkt werden darf, sondern auch auf alle Individuen Anwendung findet, welche den vorgeschriebenen Grad von wissenschaftlicher Ausbildung erhalten haben, wenn solche sich sonst auch einem andern beliebigen Stande widmen.

Einerlei der  
Freiwilligen  
in das stehen.  
de Heer.  
L. m. 2167.  
Februar.

Berlin, den 11ten Februar 1817.

Ministerium des Innern.

Erste Abtheilung.

An

die Königl. Regierung zu Potsdam.

Obliges Reskript wird hiermit in Verfolg der Instruktion vom 19ten Mai v. J. Amtsblatt Stück 41. Nr. 305. zur Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 25sten Februar 1817.

**No. 68.** Nachdem durch die Allerhöchste Kabinetsordre vom 17ten Juli v. J. (Gesetzsammlung vom Jahre 1816 Nr. 376) bestimmt worden ist, daß künftig ohne allen Unterschied der Fälle, jedem Ziviloffizianten, welcher den Heirathskonsens nachsucht, zur Pflicht gemacht werden soll, eine bestimmte Erklärung abzugeben, mit welcher Summe er seine künftige Gattin in die Wittwenkasse einkaufen wolle, und daß jedem Ziviloffizianten, welcher diese bestimmte Erklärung abzugeben unterläßt, der Heirathskonsens verweigert werden solle, so haben sämmtliche Ziviloffizianten im Departement der diesseitigen Regierung, welche den Heirathskonsens bei dem Ehepräsidenten derselben in Befolge der

Beitritt der  
Ziviloffizianten  
zur  
Allgemeinen  
Wittwen-  
Versorgungskasse  
aussteht.  
L. p. 1203.  
Januar.

Kas



Kabinettsordre vom 18ten Oktober 1800 und der spätern Bestimmungen nachzusehen verpflichtet sind, sich nach obiger gesetzlichen Vorschrift ganz genau zu achten. Diesem gemäß muß

- 1) das Gesuch um den Konsens zur Verheirathung die Verpflichtung zum Einkauf bei der Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt, mit bestimmter Bezeichnung des Betrags der, der künftigen Gattin zu versichernden Wittwenpension ausdrücken.
- 2) Jeder Offiziant muß sich zu einer, den künftigen Verhältnissen seiner Wittwe angemessenen Pension erklären, indem, wenn die Versicherungssumme der Pension berechnete zu geringe sein sollte, die Wittve auf Zuschüsse vom Staate durchaus keine Hoffnung hat.
- 3) In jenem Gesuche muß das Alter des Offizianten und seiner künftigen Gattin, mit Bezeichnung des Tags und Jahres der Geburt, bemerkt sein. Sodann hat
- 4) derselbe sogleich nach dem, der Verheirathung zunächst folgenden Rezeptions-terminus durch Einreichung einer beglaubten Abschrift des erhaltenen Rezeptions-scheins den wirklich erfolgten Beitritt nachzuweisen.
- 5) Wer dieser Verpflichtung (ad 4) nicht nachkommen sollte, dessen Besoldung würde zur Bestreitung des Einkaufsgeldes, der etwaigen Retardatzinsen und der laufenden Beträge, soweit es erforderlich ist, in Beschlag genommen, so wie die Beibringung der zur Aufnahme bei gedachter Anstalt erforderlichen Atteste durch die gesetzlichen Mittel vor demselben bewirkt werden müssen.
- 6) Rücksichtlich der Heirathskonsense der Geislichen und Schulbeamten wird in Befolge der an uns erlassenen Verfügung des Königl. Ministeriums des Innern vom 21sten Dezember v. J. nachstehende allerhöchste Kabinettsordre zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

Auf Ihren Antrag im Verichte vom 15ten d. M. genehmige Ich, daß die Vorschriften in Meiner Kabinettsordre vom 17ten Juli d. J.,

Inhalts welcher künftig jedem Ziviloffizianten, welcher den Heirathskonsens nachsucht, zur Pflicht gemacht werden soll, eine bestimmte Erklärung abzugeben, mit welcher Summe er seine künftige Gattin in die Wittwen-Kasse einkaufen wolle, und die von demselben zu entrichtenden Beträge durch Abzüge von dem Gehalte vermindert werden sollen,

auch auf die Geislichen und Schulbeamten, jedoch mit Ausschluß der niedern Kirchenbedienten und der Lehrer bei den Elementarschulen, angewandt werden.

Sollten die Beträge solchen Beamten in einem oder dem andern Falle wegen des geringen Betrages ihrer Amtseinkünfte zu schwer fallen: so bin Ich nicht abgeneigt, denselben dabei bis zur Verbesserung ihres Amtseinkommens, oder ihrer sonstigen Glücksstände, für den Betrag mäßiger, bei-























# T a b e l l e n

der

Antritts-Gelder und jährlichen Beyträge

für

Männer von 20 bis 60 Jahren,

welche

ihren Frauen von verschiedenem Alter

Eine Wittwen-Pension von 25 Reichs-Thalern

versichern wollen.

---

Zum Gebrauch derjenigen Interessenten, welche vom 1sten September 1796 an gerechnet,  
der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt beitreten.



**Z**ur Bequemlichkeit des Publici wird in Ansehung des Gebrauchs gegenwärtiger Tabellen hier wiederholet, daß ein jeder, der einer Frauensperson eine Pension von 25 Rthlr. versichern will, an Eintritts-Geld und jährlichem Beytrag genau dasjenige zahlet, was er in der Tabelle für sein Alter, neben dem Alter der Frauensperson, verzeichnet findet, und auf gleiche Art zu einer Pension von 12½ Rthlr., überall die Hälfte von diesen Sätzen zu erlegen ist.

Wer hingegen höhere Pensionen verlangt, zahlet diese resp. Summen so oft, als oft die Zahl 25 in der verlangten Pensions-Summe enthalten ist.

Es zahlet also z. E.

**Ein Mann von 30 Jahren für eine Frau von 25 Jahren**

Zu einer Pension von 50 Rthlr. an Eintritts-Geld zweimal 40 oder 80 Rthlr.

= jährl. Beytr. 2mal 1 Rtl. 12 Gr. od. 3 —

Zu einer Pension von 75 Rthlr. an Eintritts-Geld dreymal 40 oder 120 —

= jährl. Beytr. 3mal 1 Rtl. 12 Gr. od. 4 — 12 Gr.

Zu einer Pension von 100 Rthlr. an Eintritts-Geld viermal 40 oder 160 —

= jährl. Beytr. 4mal 1 Rtl. 12 Gr. od. 6 —

**Und ein Mann von 54 Jahren zahlet für eine Frau von 40 Jahren**

Zu einer Pension von 50 Rthlr. an Eintritts-Geld zweymal 44 oder 88 —

= jährl. Beytr. 2mal 6 Rtl. 8 Gr. od. 12 — 16 Gr.

Zu einer Pension von 75 Rthlr. an Eintritts-Geld dreymal 44 oder 132 —

= jährl. Beytr. 3mal 6 Rtl. 8 Gr. od. 19 —

Zu einer Pension von 100 Rthlr. an Eintritts-Geld viermal 44 oder 176 —

= jährl. Beytr. 4mal 6 Rtl. 8 Gr. od. 25 — 9 Gr.

und so ferner.

---



**Alter des Mannes 20 Jahr.    Alter des Mannes 21 Jahr.    Alter des Mannes 22 Jahr.**

Alter der Frau.	Antritts-Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts-Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts-Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
15 Jahr		1 12	15 Jahr		1 14	15 Jahr		1 16
16 —		1 02	16 —		1 12	16 —		1 14
17 —		1 12	17 —		1 12	17 —		1 12
18 —		1 12	18 —		1 12	18 —		1 12
19 —		1 12	19 —		1 12	19 —		1 12
20 —		1 12	20 —		1 12	20 —		1 12
21 —		1 12	21 —		1 12	21 —		1 12
22 —		1 12	22 —		1 12	22 —		1 12
23 —		1 12	23 —		1 12	23 —		1 12
24 —		1 12	24 —		1 12	24 —		1 12
25 —		1 12	25 —		1 12	25 —		1 12
26 —		1 12	26 —		1 12	26 —		1 12
27 —		1 12	27 —		1 12	27 —		1 12
28 —		1 12	28 —		1 12	28 —		1 12
29 —		1 12	29 —		1 12	29 —		1 12
30 —		1 12	30 —		1 12	30 —		1 12
31 —		1 12	31 —		1 12	31 —		1 12
32 —		1 12	32 —		1 12	32 —		1 12
33 —		1 12	33 —		1 12	33 —		1 12
34 —		1 12	34 —		1 12	34 —		1 12
35 —		1 12	35 —		1 12	35 —		1 12
36 —		1 12	36 —		1 12	36 —		1 12
37 —		1 12	37 —		1 12	37 —		1 12
38 —		1 12	38 —		1 12	38 —		1 12
39 —		1 12	39 —		1 12	39 —		1 12
40 —		1 12	40 —		1 12	40 —		1 12
41 —		1 12	41 —		1 12	41 —		1 12
42 —		1 12	42 —		1 12	42 —		1 12
43 —		1 12	43 —		1 12	43 —		1 12
44 —		1 12	44 —		1 12	44 —		1 12
45 —		1 12	45 —		1 12	45 —		1 12
46 —		1 12	46 —		1 12	46 —		1 12
47 —		1 12	47 —		1 12	47 —		1 12
48 —		1 12	48 —		1 12	48 —		1 12
49 —		1 12	49 —		1 12	49 —		1 12
50 —		1 12	50 —		1 12	50 —		1 12
51 —		1 12	51 —		1 12	51 —		1 12
52 —		1 12	52 —		1 12	52 —		1 12
53 —		1 12	53 —		1 12	53 —		1 12
54 —		1 12	54 —		1 12	54 —		1 12
55 —		1 12	55 —		1 12	55 —		1 12
56 —		1 12	56 —		1 12	56 —		1 12
57 —		1 12	57 —		1 12	57 —		1 12
58 —		1 12	58 —		1 12	58 —		1 12
59 —		1 12	59 —		1 12	59 —		1 12

**Fünftäg Reichthaler, wenn der Eintritt 5 Jahre und darüber verschoben wird.**  
**Wenig Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verhöhet wird.**

**Fünftäg Reichthaler, wenn der Eintritt 5 Jahre und darüber verschoben wird.**  
**Wenig Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verhöhet wird.**

**Fünftäg Reichthaler, wenn der Eintritt 5 Jahre und darüber verschoben wird.**  
**Wenig Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verhöhet wird.**



Alter des Mannes 23 Jahr.			Alter des Mannes 24 Jahr.			Alter des Mannes 25 Jahr.		
Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
15 Jahr	Gaußig Reichthalter, wenn der Eintritt 5 Jahre und darüber verschoben wird. Gaußig Reichthalter von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. versichert wird.	1 18	15 Jahr	Gaußig Reichthalter, wenn der Eintritt 5 Jahre und darüber verschoben wird. Gaußig Reichthalter von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. versichert wird.	1 21	15 Jahr	Gaußig Reichthalter, wenn der Eintritt 5 Jahre und darüber verschoben wird. Gaußig Reichthalter von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. versichert wird.	2 —
16 —		1 16	16 —		1 18	16 —		1 21
17 —		1 14	17 —		1 16	17 —		1 18
18 —		1 12	18 —		1 14	18 —		1 16
19 —		1 12	19 —		1 12	19 —		1 14
20 —		1 12	20 —		1 12	20 —		1 12
21 —		1 12	21 —		1 12	21 —		1 12
22 —		1 12	22 —		1 12	22 —		1 12
23 —		1 12	23 —		1 12	23 —		1 12
24 —		1 12	24 —		1 12	24 —		1 12
25 —		1 12	25 —		1 12	25 —		1 12
26 —		1 12	26 —		1 12	26 —		1 12
27 —		1 12	27 —		1 12	27 —		1 12
28 —		1 12	28 —		1 12	28 —		1 12
29 —		1 12	29 —		1 12	29 —		1 12
30 —		1 12	30 —		1 12	30 —		1 12
31 —		1 12	31 —		1 12	31 —		1 12
32 —		1 12	32 —		1 12	32 —		1 12
33 —		1 12	33 —		1 12	33 —		1 12
34 —		1 12	34 —		1 12	34 —		1 12
35 —		1 12	35 —		1 12	35 —		1 12
36 —		1 12	36 —		1 12	36 —		1 12
37 —		1 12	37 —		1 12	37 —		1 12
38 —		1 12	38 —		1 12	38 —		1 12
39 —		1 12	39 —		1 12	39 —		1 12
40 —		1 12	40 —		1 12	40 —		1 12
41 —		1 12	41 —		1 12	41 —		1 12
42 —		1 12	42 —		1 12	42 —		1 12
43 —		1 12	43 —		1 12	43 —		1 12
44 —		1 12	44 —		1 12	44 —		1 12
45 —		1 12	45 —		1 12	45 —		1 12
46 —		1 12	46 —		1 12	46 —		1 12
47 —		1 12	47 —		1 12	47 —		1 12
48 —		1 12	48 —		1 12	48 —		1 12
49 —		1 12	49 —		1 12	49 —		1 12
50 —		1 12	50 —		1 12	50 —		1 12
51 —		1 12	51 —		1 12	51 —		1 12
52 —		1 12	52 —		1 12	52 —		1 12
53 —		1 12	53 —		1 12	53 —		1 12
54 —		1 12	54 —		1 12	54 —		1 12
55 —		1 12	55 —		1 12	55 —		1 12
56 —		1 12	56 —		1 12	56 —		1 12
57 —		1 12	57 —		1 12	57 —		1 12
58 —		1 12	58 —		1 12	58 —		1 12
59 —		1 12	59 —		1 12	59 —		1 12



Alter des Mannes 26 Jahr.			Alter des Mannes 27 Jahr.			Alter des Mannes 28 Jahr.		
Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
15 Jahr		2 2	15 Jahr		2 4	15 Jahr		2 6
16 —		1 3	16 —		2 1	16 —		2 3
17 —		1 20	17 —		1 22	17 —		2 —
18 —		1 18	18 —		1 20	18 —		1 22
19 —		1 16	19 —		1 18	19 —		1 20
20 —		1 14	20 —		1 16	20 —		1 18
21 —		1 12	21 —		1 14	21 —		1 16
22 —		1 12	22 —		1 12	22 —		1 14
23 —		1 12	23 —		1 12	23 —		1 12
24 —		1 12	24 —		1 12	24 —		1 12
25 —		1 12	25 —		1 12	25 —		1 12
26 —		1 12	26 —		1 12	26 —		1 12
27 —		1 12	27 —		1 12	27 —		1 12
28 —		1 12	28 —		1 12	28 —		1 12
29 —		1 12	29 —		1 12	29 —		1 12
30 —		1 12	30 —		1 12	30 —		1 12
31 —		1 12	31 —		1 12	31 —		1 12
32 —		1 12	32 —		1 12	32 —		1 12
33 —		1 12	33 —		1 12	33 —		1 12
34 —		1 12	34 —		1 12	34 —		1 12
35 —		1 12	35 —		1 12	35 —		1 12
36 —		1 12	36 —		1 12	36 —		1 12
37 —		1 12	37 —		1 12	37 —		1 12
38 —		1 12	38 —		1 12	38 —		1 12
39 —		1 12	39 —		1 12	39 —		1 12
40 —		1 12	40 —		1 12	40 —		1 12
41 —		1 12	41 —		1 12	41 —		1 12
42 —		1 12	42 —		1 12	42 —		1 12
43 —		1 12	43 —		1 12	43 —		1 12
44 —		1 12	44 —		1 12	44 —		1 12
45 —		1 12	45 —		1 12	45 —		1 12
46 —		1 12	46 —		1 12	46 —		1 12
47 —		1 12	47 —		1 12	47 —		1 12
48 —		1 12	48 —		1 12	48 —		1 12
49 —		1 12	49 —		1 12	49 —		1 12
50 —		1 12	50 —		1 12	50 —		1 12
51 —		1 12	51 —		1 12	51 —		1 12
52 —		1 12	52 —		1 12	52 —		1 12
53 —		1 12	53 —		1 12	53 —		1 12
54 —		1 12	54 —		1 12	54 —		1 12
55 —		1 12	55 —		1 12	55 —		1 12
56 —		1 12	56 —		1 12	56 —		1 12
57 —		1 12	57 —		1 12	57 —		1 12
58 —		1 12	58 —		1 12	58 —		1 12
59 —		1 12	59 —		1 12	59 —		1 12

Funfzig Reichsthaler, wenn der Beiträger 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Zwanzig Reichsthaler, wenn der Beiträger 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Funfzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Funfzig Reichsthaler, wenn der Beiträger 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Zwanzig Reichsthaler.  
Funfzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Funfzig Reichsthaler, wenn der Beiträger 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Zwanzig Reichsthaler.  
Funfzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.



Alter des Mannes 29 Jahr.			Alter des Mannes 30 Jahr.			Alter des Mannes 31 Jahr.		
Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
15 Jahr		2 0	15 Jahr		2 12	15 Jahr		2 15
16 —		2 6	16 —		2 9	16 —		2 12
17 —		2 3	17 —		2 6	17 —		2 9
18 —		2 —	18 —		2 3	18 —		2 6
19 —		1 22	19 —		2 —	19 —		2 3
20 —		1 20	20 —		1 22	20 —		2 —
21 —		1 18	21 —		1 20	21 —		1 22
22 —		1 16	22 —		1 18	22 —		1 20
23 —		1 14	23 —		1 16	23 —		1 18
24 —		1 12	24 —		1 14	24 —		1 16
25 —		1 12	25 —		1 12	25 —		1 14
26 —		1 12	26 —		1 12	26 —		1 12
27 —		1 12	27 —		1 12	27 —		1 12
28 —		1 12	28 —		1 12	28 —		1 12
29 —		1 12	29 —		1 12	29 —		1 12
30 —		1 12	30 —		1 12	30 —		1 12
31 —		1 12	31 —		1 12	31 —		1 12
32 —		1 12	32 —		1 12	32 —		1 12
33 —		1 12	33 —		1 12	33 —		1 12
34 —		1 12	34 —		1 12	34 —		1 12
35 —		1 12	35 —		1 12	35 —		1 12
36 —		1 12	36 —		1 12	36 —		1 12
37 —		1 12	37 —		1 12	37 —		1 12
38 —		1 12	38 —		1 12	38 —		1 12
39 —		1 12	39 —		1 12	39 —		1 12
40 —		1 12	40 —		1 12	40 —		1 12
41 —		1 12	41 —		1 12	41 —		1 12
42 —		1 12	42 —		1 12	42 —		1 12
43 —		1 12	43 —		1 12	43 —		1 12
44 —		1 12	44 —		1 12	44 —		1 12
45 —		1 12	45 —		1 12	45 —		1 12
46 —		1 12	46 —		1 12	46 —		1 12
47 —		1 12	47 —		1 12	47 —		1 12
48 —		1 12	48 —		1 12	48 —		1 12
49 —		1 12	49 —		1 12	49 —		1 12
50 —		1 12	50 —		1 12	50 —		1 12
51 —		1 12	51 —		1 12	51 —		1 12
52 —		1 12	52 —		1 12	52 —		1 12
53 —		1 12	53 —		1 12	53 —		1 12
54 —		1 12	54 —		1 12	54 —		1 12
55 —		1 12	55 —		1 12	55 —		1 12
56 —		1 12	56 —		1 12	56 —		1 12
57 —		1 12	57 —		1 12	57 —		1 12
58 —		1 12	58 —		1 12	58 —		1 12
59 —		1 12	59 —		1 12	59 —		1 12

Fünftig Reichsthaler, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Fünftig Reichsthaler von jeder Pensions-Summe, welche über 500 Rthlr. versichert wird.

Fünftig Reichsthaler, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Fünftig Reichsthaler von jeder Pensions-Summe, welche über 500 Rthlr. versichert wird.

Fünftig Reichsthaler, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Fünftig Reichsthaler von jeder Pensions-Summe, welche über 500 Rthlr. versichert wird.



Alter des Mannes 32 Jahr.    Alter des Mannes 33 Jahr.    Alter des Mannes 34 Jahr.

Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
15 Jahr		2 18	15 Jahr		2 22	15 Jahr		3 2
16 —		2 15	16 —		2 19	16 —		2 23
17 —		2 12	17 —		2 16	17 —		2 20
18 —		2 9	18 —		2 13	18 —		2 17
19 —		2 6	19 —		2 10	19 —		2 14
20 —		2 3	20 —		2 7	20 —		2 11
21 —		2 —	21 —		2 4	21 —		2 8
22 —		1 22	22 —		2 1	22 —		2 5
23 —		1 20	23 —		1 22	23 —		2 2
24 —		1 18	24 —		1 20	24 —		—
25 —		1 16	25 —		1 18	25 —		1 21
26 —		1 14	26 —		1 16	26 —		1 18
27 —		1 12	27 —		1 14	27 —		1 16
28 —		1 12	28 —		1 12	28 —		1 14
29 —		1 12	29 —		1 12	29 —		1 12
30 —		1 12	30 —		1 12	30 —		1 12
31 —		1 12	31 —		1 12	31 —		1 12
32 —		1 12	32 —		1 12	32 —		1 12
33 —		1 12	33 —		1 12	33 —		1 12
34 —		1 12	34 —		1 12	34 —		1 12
35 —		1 12	35 —		1 12	35 —		1 12
36 —		1 12	36 —		1 12	36 —		1 12
37 —		1 12	37 —		1 12	37 —		1 12
38 —		1 12	38 —		1 12	38 —		1 12
39 —		1 12	39 —		1 12	39 —		1 12
40 —		1 11	40 —		1 12	40 —		1 12
41 —		1 12	41 —		1 12	41 —		1 12
42 —		1 12	42 —		1 12	42 —		1 12
43 —		1 12	43 —		1 12	43 —		1 12
44 —		1 12	44 —		1 12	44 —		1 12
45 —		1 12	45 —		1 12	45 —		1 12
46 —		1 12	46 —		1 12	46 —		1 12
47 —		1 12	47 —		1 12	47 —		1 12
48 —		1 12	48 —		1 12	48 —		1 12
49 —		1 12	49 —		1 12	49 —		1 12
50 —		1 12	50 —		1 12	50 —		1 12
51 —		1 12	51 —		1 12	51 —		1 12
52 —		1 12	52 —		1 12	52 —		1 12
53 —		1 12	53 —		1 12	53 —		1 12
54 —		1 12	54 —		1 12	54 —		1 12
55 —		1 12	55 —		1 12	55 —		1 12
56 —		1 12	56 —		1 12	56 —		1 12
57 —		1 12	57 —		1 12	57 —		1 12
58 —		1 12	58 —		1 12	58 —		1 12
59 —		1 12	59 —		1 12	59 —		1 12

Junfzig Reichsthaler, wenn der Beitrag 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Junfzig Reichsthaler von jeder Penfions, Summe, welche über 300 Rthlr. verschoben wird.

Wierzig Reichsthaler.

Junfzig Reichsthaler, wenn der Beitrag 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Junfzig Reichsthaler von jeder Penfions, Summe, welche über 300 Rthlr. verschoben wird.

Wierzig Reichsthaler.

Junfzig Reichsthaler, wenn der Beitrag 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Junfzig Reichsthaler von jeder Penfions, Summe, welche über 300 Rthlr. verschoben wird.

Wierzig Reichsthaler.







Alter des Mannes 38 Jahr.    Alter des Mannes 39 Jahr.    Alter des Mannes 40 Jahr.

Alter der Frau.	Anteils- Geld.	Jährlicher Vertrag. Mthr. Gr.	Alter der Frau.	Anteils- Geld.	Jährlicher Vertrag. Mthr. Gr.	Alter der Frau.	Anteils- Geld.	Jährlicher Vertrag. Mthr. Gr.
15 Jahr		3 18	15 Jahr		4 —	15 Jahr		4 6
16 —		3 15	16 —		3 21	16 —		4 3
17 —		3 12	17 —		3 18	17 —		4 —
18 —		3 10	18 —		3 16	18 —		3 22
19 —		3 8	19 —		3 14	19 —		3 20
20 —		3 6	20 —		3 12	20 —		3 18
21 —		3 3	21 —		3 9	21 —		3 15
22 —		3 —	22 —		3 6	22 —		3 12
23 —		2 21	23 —		3 3	23 —		3 9
24 —		2 18	24 —		3 —	24 —		3 6
25 —		2 15	25 —		2 22	25 —		3 4
26 —		2 13	26 —		2 19	26 —		3 1
27 —		2 10	27 —		2 16	27 —		2 22
28 —		2 7	28 —		2 13	28 —		2 19
29 —		2 5	29 —		2 11	29 —		2 17
30 —		2 3	30 —		2 9	30 —		2 15
31 —		2 —	31 —		2 6	31 —		2 12
32 —		1 21	32 —		2 3	32 —		2 9
33 —		1 18	33 —		2 —	33 —		2 6
34 —		1 15	34 —		1 21	34 —		2 3
35 —		1 12	35 —		1 18	35 —		2 —
36 —		1 10	36 —		1 15	36 —		1 22
37 —		1 8	37 —		1 12	37 —		1 19
38 —		1 5	38 —		1 9	38 —		1 17
39 —		1 3	39 —		1 6	39 —		1 15
40 —		1 —	40 —		1 3	40 —		1 12
41 —		1 21	41 —		1 —	41 —		1 9
42 —		1 18	42 —		1 21	42 —		1 6
43 —		1 15	43 —		1 18	43 —		1 3
44 —		1 12	44 —		1 15	44 —		1 —
45 —		1 10	45 —		1 12	45 —		1 22
46 —		1 8	46 —		1 9	46 —		1 19
47 —		1 5	47 —		1 6	47 —		1 17
48 —		1 3	48 —		1 3	48 —		1 15
49 —		1 —	49 —		1 —	49 —		1 12
50 —		1 21	50 —		1 21	50 —		1 9
51 —		1 18	51 —		1 18	51 —		1 6
52 —		1 15	52 —		1 15	52 —		1 3
53 —		1 12	53 —		1 12	53 —		1 —
54 —		1 10	54 —		1 9	54 —		1 22
55 —		1 8	55 —		1 6	55 —		1 19
56 —		1 5	56 —		1 3	56 —		1 17
57 —		1 3	57 —		1 —	57 —		1 15
58 —		1 —	58 —		1 21	58 —		1 12
59 —		1 21	59 —		1 18	59 —		1 9

Funfzig Reichthaler, wenn der Dienter 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Funfzig Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Mthr. verschoben wird.

Nierzig Reichthaler.

Funfzig Reichthaler, wenn der Dienter 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Funfzig Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Mthr. verschoben wird.

Nierzig Reichthaler.

Funfzig Reichthaler, wenn der Dienter 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Funfzig Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Mthr. verschoben wird.

Nierzig Reichthaler.



Alter des Mannes 41 Jahr.				Alter des Mannes 42 Jahr.				Alter des Mannes 43 Jahr.			
Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
15 Jahr		4 16	15 Jahr		5 3	15 Jahr		5 14			
16 —		4 14	16 —		5 —	16 —		5 12			
17 —		4 12	17 —		4 21	17 —		5 9			
18 —		4 9	18 —		4 18	18 —		5 6			
19 —		4 6	19 —		4 16	19 —		5 3			
20 —		4 3	20 —		4 14	20 —		5 —			
21 —		4 —	21 —		4 10	21 —		4 20			
22 —		3 21	22 —		4 6	22 —		4 16			
23 —		3 18	23 —		4 3	23 —		4 12			
24 —		3 15	24 —		4 —	24 —		4 9			
25 —		3 12	25 —		3 21	25 —		4 6			
26 —		3 9	26 —		3 17	26 —		4 2			
27 —		3 6	27 —		3 14	27 —		3 22			
28 —		3 3	28 —		3 11	28 —		3 18			
29 —		3 —	29 —		3 8	29 —		3 15			
30 —		2 22	30 —		3 5	30 —		3 12			
31 —		2 19	31 —		3 1	31 —		3 8			
32 —		2 16	32 —		2 21	32 —		3 4			
33 —		2 13	33 —		2 18	33 —		2 1			
34 —		2 10	34 —		2 15	34 —		2 20			
35 —		2 7	35 —		2 12	35 —		2 17			
36 —		2 3	36 —		2 8	36 —		2 13			
37 —		2 —	37 —		2 4	37 —		2 9			
38 —		2 —	38 —		2 —	38 —		2 6			
39 —		2 —	39 —		2 —	39 —		2 3			
40 —		2 —	40 —		2 —	40 —		2 —			
41 —		2 —	41 —		2 —	41 —		2 —			
42 —		2 —	42 —		2 —	42 —		2 —			
43 —		2 —	43 —		2 —	43 —		2 —			
44 —		2 —	44 —		2 —	44 —		2 —			
45 —		2 —	45 —		2 —	45 —		2 —			
46 —		2 —	46 —		2 —	46 —		2 —			
47 —		2 —	47 —		2 —	47 —		2 —			
48 —		2 —	48 —		2 —	48 —		2 —			
49 —		2 —	49 —		2 —	49 —		2 —			
50 —		2 —	50 —		2 —	50 —		2 —			
51 —		2 —	51 —		2 —	51 —		2 —			
52 —		2 —	52 —		2 —	52 —		2 —			
53 —		2 —	53 —		2 —	53 —		2 —			
54 —		2 —	54 —		2 —	54 —		2 —			
55 —		2 —	55 —		2 —	55 —		2 —			
56 —		2 —	56 —		2 —	56 —		2 —			
57 —		2 —	57 —		2 —	57 —		2 —			
58 —		2 —	58 —		2 —	58 —		2 —			
59 —		2 —	59 —		2 —	59 —		2 —			

Funfzig Reichsthaler, wenn der Beitrags 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Funfzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 200 Rthlr. verschert wird.

Nierzig Reichsthaler.

Funfzig Reichsthaler, wenn der Beitrags 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Funfzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 300 Rthlr. verschert wird.

Nierzig Reichsthaler.

Funfzig Reichsthaler, wenn der Beitrags 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Funfzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschert wird.

Nierzig Reichsthaler.







Alter des Mannes 37 Jahr.					Alter des Mannes 48 Jahr.					Alter des Mannes 49 Jahr.				
Alter des Frau.	Alter des Mann.	Jährlicher Beitrag Mk. u. Pf.	Alter des Frau.	Alter des Mann.	Jährlicher Beitrag Mk. u. Pf.	Alter des Frau.	Alter des Mann.	Jährlicher Beitrag Mk. u. Pf.	Alter des Frau.	Alter des Mann.	Jährlicher Beitrag Mk. u. Pf.	Alter des Frau.	Alter des Mann.	Jährlicher Beitrag Mk. u. Pf.
15 Jahr	15 Jahr	7 7	16 Jahr	16 Jahr	7 7	20 Jahr	20 Jahr	7 7	20 Jahr	20 Jahr	7 7	20 Jahr	20 Jahr	7 7
19	19	7 7	20	20	7 7	21	21	7 7	21	21	7 7	21	21	7 7
20	20	7 7	21	21	7 7	22	22	7 7	22	22	7 7	22	22	7 7
21	21	7 7	22	22	7 7	23	23	7 7	23	23	7 7	23	23	7 7
22	22	7 7	23	23	7 7	24	24	7 7	24	24	7 7	24	24	7 7
23	23	7 7	24	24	7 7	25	25	7 7	25	25	7 7	25	25	7 7
24	24	7 7	25	25	7 7	26	26	7 7	26	26	7 7	26	26	7 7
25	25	7 7	26	26	7 7	27	27	7 7	27	27	7 7	27	27	7 7
26	26	7 7	27	27	7 7	28	28	7 7	28	28	7 7	28	28	7 7
27	27	7 7	28	28	7 7	29	29	7 7	29	29	7 7	29	29	7 7
28	28	7 7	29	29	7 7	30	30	7 7	30	30	7 7	30	30	7 7
29	29	7 7	30	30	7 7	31	31	7 7	31	31	7 7	31	31	7 7
30	30	7 7	31	31	7 7	32	32	7 7	32	32	7 7	32	32	7 7
31	31	7 7	32	32	7 7	33	33	7 7	33	33	7 7	33	33	7 7
32	32	7 7	33	33	7 7	34	34	7 7	34	34	7 7	34	34	7 7
33	33	7 7	34	34	7 7	35	35	7 7	35	35	7 7	35	35	7 7
34	34	7 7	35	35	7 7	36	36	7 7	36	36	7 7	36	36	7 7
35	35	7 7	36	36	7 7	37	37	7 7	37	37	7 7	37	37	7 7
36	36	7 7	37	37	7 7	38	38	7 7	38	38	7 7	38	38	7 7
37	37	7 7	38	38	7 7	39	39	7 7	39	39	7 7	39	39	7 7
38	38	7 7	39	39	7 7	40	40	7 7	40	40	7 7	40	40	7 7
39	39	7 7	40	40	7 7	41	41	7 7	41	41	7 7	41	41	7 7
40	40	7 7	41	41	7 7	42	42	7 7	42	42	7 7	42	42	7 7
41	41	7 7	42	42	7 7	43	43	7 7	43	43	7 7	43	43	7 7
42	42	7 7	43	43	7 7	44	44	7 7	44	44	7 7	44	44	7 7
43	43	7 7	44	44	7 7	45	45	7 7	45	45	7 7	45	45	7 7
44	44	7 7	45	45	7 7	46	46	7 7	46	46	7 7	46	46	7 7
45	45	7 7	46	46	7 7	47	47	7 7	47	47	7 7	47	47	7 7
46	46	7 7	47	47	7 7	48	48	7 7	48	48	7 7	48	48	7 7
47	47	7 7	48	48	7 7	49	49	7 7	49	49	7 7	49	49	7 7
48	48	7 7	49	49	7 7	50	50	7 7	50	50	7 7	50	50	7 7
49	49	7 7	50	50	7 7	51	51	7 7	51	51	7 7	51	51	7 7
50	50	7 7	51	51	7 7	52	52	7 7	52	52	7 7	52	52	7 7
51	51	7 7	52	52	7 7	53	53	7 7	53	53	7 7	53	53	7 7
52	52	7 7	53	53	7 7	54	54	7 7	54	54	7 7	54	54	7 7
53	53	7 7	54	54	7 7	55	55	7 7	55	55	7 7	55	55	7 7
54	54	7 7	55	55	7 7	56	56	7 7	56	56	7 7	56	56	7 7
55	55	7 7	56	56	7 7	57	57	7 7	57	57	7 7	57	57	7 7
56	56	7 7	57	57	7 7	58	58	7 7	58	58	7 7	58	58	7 7
57	57	7 7	58	58	7 7	59	59	7 7	59	59	7 7	59	59	7 7
58	58	7 7	59	59	7 7	60	60	7 7	60	60	7 7	60	60	7 7
59	59	7 7	60	60	7 7	61	61	7 7	61	61	7 7	61	61	7 7
60	60	7 7	61	61	7 7	62	62	7 7	62	62	7 7	62	62	7 7
61	61	7 7	62	62	7 7	63	63	7 7	63	63	7 7	63	63	7 7
62	62	7 7	63	63	7 7	64	64	7 7	64	64	7 7	64	64	7 7
63	63	7 7	64	64	7 7	65	65	7 7	65	65	7 7	65	65	7 7
64	64	7 7	65	65	7 7	66	66	7 7	66	66	7 7	66	66	7 7
65	65	7 7	66	66	7 7	67	67	7 7	67	67	7 7	67	67	7 7
66	66	7 7	67	67	7 7	68	68	7 7	68	68	7 7	68	68	7 7
67	67	7 7	68	68	7 7	69	69	7 7	69	69	7 7	69	69	7 7
68	68	7 7	69	69	7 7	70	70	7 7	70	70	7 7	70	70	7 7
69	69	7 7	70	70	7 7	71	71	7 7	71	71	7 7	71	71	7 7
70	70	7 7	71	71	7 7	72	72	7 7	72	72	7 7	72	72	7 7
71	71	7 7	72	72	7 7	73	73	7 7	73	73	7 7	73	73	7 7
72	72	7 7	73	73	7 7	74	74	7 7	74	74	7 7	74	74	7 7
73	73	7 7	74	74	7 7	75	75	7 7	75	75	7 7	75	75	7 7
74	74	7 7	75	75	7 7	76	76	7 7	76	76	7 7	76	76	7 7
75	75	7 7	76	76	7 7	77	77	7 7	77	77	7 7	77	77	7 7
76	76	7 7	77	77	7 7	78	78	7 7	78	78	7 7	78	78	7 7
77	77	7 7	78	78	7 7	79	79	7 7	79	79	7 7	79	79	7 7
78	78	7 7	79	79	7 7	80	80	7 7	80	80	7 7	80	80	7 7
79	79	7 7	80	80	7 7	81	81	7 7	81	81	7 7	81	81	7 7
80	80	7 7	81	81	7 7	82	82	7 7	82	82	7 7	82	82	7 7
81	81	7 7	82	82	7 7	83	83	7 7	83	83	7 7	83	83	7 7
82	82	7 7	83	83	7 7	84	84	7 7	84	84	7 7	84	84	7 7
83	83	7 7	84	84	7 7	85	85	7 7	85	85	7 7	85	85	7 7
84	84	7 7	85	85	7 7	86	86	7 7	86	86	7 7	86	86	7 7
85	85	7 7	86	86	7 7	87	87	7 7	87	87	7 7	87	87	7 7
86	86	7 7	87	87	7 7	88	88	7 7	88	88	7 7	88	88	7 7
87	87	7 7	88	88	7 7	89	89	7 7	89	89	7 7	89	89	7 7
88	88	7 7	89	89	7 7	90	90	7 7	90	90	7 7	90	90	7 7
89	89	7 7	90	90	7 7	91	91	7 7	91	91	7 7	91	91	7 7
90	90	7 7	91	91	7 7	92	92	7 7	92	92	7 7	92	92	7 7
91	91	7 7	92	92	7 7	93	93	7 7	93	93	7 7	93	93	7 7
92	92	7 7	93	93	7 7	94	94	7 7	94	94	7 7	94	94	7 7
93	93	7 7	94	94	7 7	95	95	7 7	95	95	7 7	95	95	7 7
94	94	7 7	95	95	7 7	96	96	7 7	96	96	7 7	96	96	7 7
95	95	7 7	96	96	7 7	97	97	7 7	97	97	7 7	97	97	7 7
96	96	7 7	97	97	7 7	98	98	7 7	98	98	7 7	98	98	7 7
97	97	7 7	98	98	7 7	99	99	7 7	99	99	7 7	99	99	7 7
98	98	7 7	99	99	7 7	100	100	7 7	100	100	7 7	100	100	7 7
99	99	7 7	100	100	7 7									
100	100	7 7												

Beifügung Reichthaler, wenn der Mann 5 Jahre und darüber verstorben wird.  
Beifügung Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Thlr. verstorben wird.

Beifügung Reichthaler, wenn der Mann 5 Jahre und darüber verstorben wird.  
Beifügung Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Thlr. verstorben wird.

Beifügung Reichthaler, wenn der Mann 5 Jahre und darüber verstorben wird.  
Beifügung Reichthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Thlr. verstorben wird.



Alter des Mannes 50 Jahr. Alter des Mannes 51 Jahr. Alter des Mannes 52 Jahr.

Alter der Frau.	Eintritts-Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Eintritts-Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Eintritts-Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
26 Jahr		8 2	27 Jahr		8 9	28 Jahr		8 16
27 —		7 22	28 —		8 5	29 —		8 11
28 —		7 18	29 —		8 1	30 —		8 6
29 —		7 14	30 —		7 21	31 —		8 1
30 —		7 10	31 —		7 15	32 —		7 19
31 —		7 4	32 —		7 9	33 —		7 13
32 —		6 22	33 —		7 3	34 —		7 7
33 —		6 16	34 —		6 21	35 —		7 1
34 —		6 11	35 —		6 15	36 —		6 18
35 —		6 5	36 —		6 8	37 —		6 11
36 —		6 —	37 —		6 2	38 —		6 4
37 —		5 18	38 —		5 20	39 —		5 22
38 —		5 12	39 —		5 14	40 —		5 16
39 —		5 6	40 —		5 8	41 —		5 10
40 —		5 —	41 —		5 3	42 —		5 5
41 —		4 19	42 —		4 22	43 —		5 —
42 —		4 14	43 —		4 17	44 —		4 19
43 —		4 10	44 —		4 12	45 —		4 14
44 —		4 5	45 —		4 7	46 —		4 8
45 —		4 —	46 —		4 2	47 —		4 2
46 —		4 —	47 —		4 2	48 —		4 2
47 —		4 —	48 —		4 2	49 —		4 2
48 —		4 —	49 —		4 2	50 —		4 2
49 —		4 —	50 —		4 2	51 —		4 2
50 —		4 —	51 —		4 2	52 —		4 2
51 —		4 —	52 —		4 2	53 —		4 2
52 —		4 —	53 —		4 2	54 —		4 2
53 —		4 —	54 —		4 2	55 —		4 2
54 —		4 —	55 —		4 2	56 —		4 2
55 —		4 —	56 —		4 2	57 —		4 2
56 —		4 —	57 —		4 2	58 —		4 2
57 —		4 —	58 —		4 2	59 —		4 2
58 —		4 —	59 —		4 2	60 —		4 2
59 —		4 —	60 —		4 2	61 —		4 2
60 —		4 —	61 —		4 2	62 —		4 2
61 —		4 —	62 —		4 2	63 —		4 2
62 —		4 —	63 —		4 2	64 —		4 2
63 —		4 —	64 —		4 2	65 —		4 2
64 —		4 —	65 —		4 2	66 —		4 2
65 —		4 —	66 —		4 2	67 —		4 2
66 —		4 —	67 —		4 2	68 —		4 2
67 —		4 —	68 —		4 2	69 —		4 2
68 —		4 —	69 —		4 2	70 —		4 2
69 —		4 —	70 —		4 2	71 —		4 2
70 —		4 —	71 —		4 2	72 —		4 2

Fünftzig Reichsthaler, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Fünftzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Zwanzig Reichsthaler.

Fünftzig Reichsthaler, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Fünftzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Ein und Zwanzig Reichsthaler.

Fünftzig Reichsthaler, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Fünftzig Reichsthaler von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Zwei und Zwanzig Reichsthaler.



Alter des Mannes 53 Jahr.			Alter des Mannes 54 Jahr.			Alter des Mannes 55 Jahr.		
Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Antritts- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
29 Jahr		9 —	30 Jahr		9 6	36 Jahr		8 —
30 —		8 19	31 —		— 37			7 17
31 —		8 12	32 —		8 18			7 9
32 —		8 6	33 —		8 11			7 4
33 —		8 —	34 —		8 5			6 18
34 —		7 18	35 —		7 22			6 12
35 —		7 11	36 —		7 14			6 6
36 —		7 4	37 —		7 6			6 —
37 —		6 21	38 —		7 6			5 18
38 —		6 14	39 —		6 15			5 12
39 —		6 7	40 —		6 8			5 6
40 —		6 —	41 —		6 2			5 —
41 —		5 18	42 —		5 20			4 18
42 —		5 12	43 —		5 14			4 13
43 —		5 7	44 —		5 9			4 8
44 —		5 2	45 —		5 4			4 8
45 —		4 21	46 —		4 22			4 8
46 —		4 15	47 —		4 16			4 8
47 —		4 10	48 —		4 11			4 8
48 —		4 5	49 —		4 6			4 8
49 —		4 5	50 —		4 6			4 8
50 —		4 5	51 —		4 6			4 8
51 —		4 5	52 —		4 6			4 8
52 —		4 5	53 —		4 6			4 8
53 —		4 5	54 —		4 6			4 8
54 —		4 5	55 —		4 6			4 8
55 —		4 5	56 —		4 6			4 8
56 —		4 5	57 —		4 6			4 8
57 —		4 5	58 —		4 6			4 8
58 —		4 5	59 —		4 6			4 8
59 —		4 5	60 —		4 6			4 8
60 —		4 5	61 —		4 6			4 8
61 —		4 5	62 —		4 6			4 8
62 —		4 5	63 —		4 6			4 8
63 —		4 5	64 —		4 6			4 8
64 —		4 5	65 —		4 6			4 8
65 —		4 5	66 —		4 6			4 8
66 —		4 5	67 —		4 6			4 8
67 —		4 5	68 —		4 6			4 8
68 —		4 5	69 —		4 6			4 8
69 —		4 5	70 —		4 6			4 8
70 —		4 5	71 —		4 6			4 8
71 —		4 5	72 —		4 6			4 8
72 —		4 5	73 —		4 6			4 8
73 —		4 5	74 —		4 6			4 8

Einzig Reichthümer, wenn der Beitrag 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Einzig Reichthümer von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Doch und wenig Reichthümer.

Einzig Reichthümer, wenn der Beitrag 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Einzig Reichthümer von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Doch und wenig Reichthümer.

Einzig Reichthümer, wenn der Beitrag 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
Einzig Reichthümer von jeder Pension, Summe, welche über 500 Rthlr. verschoben wird.

Doch und wenig Reichthümer.



Alter des Mannes 56 Jahr.    Alter des Mannes 57 Jahr.    Alter des Mannes 58 Jahr.

Alter der Frau.	Anteils- Geld.	Jährlicher Vertrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Anteils- Geld.	Jährlicher Vertrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Anteils- Geld.	Jährlicher Vertrag. Rthlr. Gr.
37 Jahr		8    17	38 Jahr		9    10	39 Jahr		10    4
38 —		8    10	39 —		9    3	40 —		9    21
39 —		8    3	40 —		8    20	41 —		9    13
40 —		7    20	41 —		8    13	42 —		9    5
41 —		7    13	42 —		8    6	43 —		8    21
42 —		7    7	43 —		7    23	44 —		8    13
43 —		7    —	44 —		7    16	45 —		8    6
44 —		6    17	45 —		7    9	46 —		8    —
45 —		6    10	46 —		7    2	47 —		7    18
46 —		6    5	47 —		6    20	48 —		7    13
47 —		6    —	48 —		6    14	49 —		7    8
48 —		5    18	49 —		6    8	50 —		7    3
49 —		5    12	50 —		6    2	51 —		6    18
50 —		5    6	51 —		5    20	52 —		6    10
51 —		5    —	52 —		5    13	53 —		6    2
52 —		5    —	53 —		5    13	54 —		6    2
53 —		5    —	54 —		5    13	55 —		6    2
54 —		5    —	55 —		5    13	56 —		6    2
55 —		5    —	56 —		5    13	57 —		6    2
56 —		5    —	57 —		5    13	58 —		6    2
57 —		5    —	58 —		5    13	59 —		6    2
58 —		5    —	59 —		5    13	60 —		6    2
59 —		5    —	60 —		5    13	61 —		6    2
60 —		5    —	61 —		5    13	62 —		6    2
61 —		5    —	62 —		5    13	63 —		6    2
62 —		5    —	63 —		5    13	64 —		6    2
63 —		5    —	64 —		5    13	65 —		6    2
64 —		5    —	65 —		5    13	66 —		6    2
65 —		5    —	66 —		5    13	67 —		6    2
66 —		5    —	67 —		5    13	68 —		6    2
67 —		5    —	68 —		5    13	69 —		6    2
68 —		5    —	69 —		5    13	70 —		6    2
69 —		5    —	70 —		5    13	71 —		6    2
70 —		5    —	71 —		5    13	72 —		6    2
71 —		5    —	72 —		5    13	73 —		6    2
72 —		5    —	73 —		5    13	74 —		6    2
73 —		5    —	74 —		5    13	75 —		6    2
74 —		5    —	75 —		5    13	76 —		6    2
75 —		5    —	76 —		5    13	77 —		6    2
76 —		5    —	77 —		5    13	78 —		6    2
77 —		5    —	78 —		5    13	79 —		6    2
78 —		5    —	79 —		5    13	80 —		6    2
79 —		5    —	80 —		5    13	81 —		6    2
80 —		5    —	81 —		5    13	82 —		6    2
81 —		5    —	82 —		5    13	83 —		6    2

Sechs und Bierzig Reichthalen.  
 Fünftzig Reichthalen, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
 Fünftzig Reichthalen von jeder Pension. Summe, welche über 500 Rthlr. verschert wird.

Sieben und Bierzig Reichthalen.  
 Fünftzig Reichthalen, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
 Fünftzig Reichthalen von jeder Pension. Summe, welche über 500 Rthlr. verschert wird.

Acht und Bierzig Reichthalen.  
 Fünftzig Reichthalen, wenn der Rentier 5 Jahre und darüber verschoben wird.  
 Fünftzig Reichthalen von jeder Pension. Summe, welche über 500 Rthlr. verschert wird.



Alter des Mannes 59 Jahr.      Alter des Mannes 60 Jahr.

Alter der Frau.	Untritte- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.	Alter der Frau.	Untritte- Geld.	Jährlicher Beitrag. Rthlr. Gr.
40 Jahr		10 22	46 Jahr		9 22
41 —		10 14	47 —		9 16
42 —		10 6	48 —		9 11
43 —		9 22	49 —		9 6
44 —		9 14	50 —		9 —
45 —		9 5	51 —		8 14
46 —		8 23	52 —		8 4
47 —		8 17	53 —		7 18
48 —		8 12	54 —		7 8
49 —		8 6	55 —		6 22
50 —		8 —	56 —		6 22
51 —		7 16	57 —		6 22
52 —		7 7	58 —		6 22
53 —		6 22	59 —		6 22
54 —		6 13	60 —		6 22
55 —		6 13	61 —		6 22
56 —		6 13	62 —		6 22
57 —		6 13	63 —		6 22
58 —		6 13	64 —		6 22
59 —		6 13	65 —		6 22
60 —		6 13	66 —		6 22
61 —		6 13	67 —		6 22
62 —		6 13	68 —		6 22
63 —		6 13	69 —		6 22
64 —		6 13	70 —		6 22
65 —		6 13	71 —		6 22
66 —		6 13	72 —		6 22
67 —		6 13	73 —		6 22
68 —		6 13	74 —		6 22
69 —		6 13	75 —		6 22
70 —		6 13	76 —		6 22
71 —		6 13	77 —		6 22
72 —		6 13	78 —		6 22
73 —		6 13	79 —		6 22
74 —		6 13	80 —		6 22
75 —		6 13	81 —		6 22
76 —		6 13	82 —		6 22
77 —		6 13	83 —		6 22
78 —		6 13	84 —		6 22
79 —		6 13	85 —		6 22
80 —		6 13	86 —		6 22
81 —		6 13	87 —		6 22
82 —		6 13	88 —		6 22
83 —		6 13	89 —		6 22
84 —		6 13	90 —		6 22

Günstig Reichthümer von jeder Demons, Summe, welche über 300 Rthlr. verfährt wird.

Neun und Nierzig Reichthümer.

Günstig Reichthümer.







solche belegt gewesen sind, von dem Regiments-, oder Bataillonsarzt attestirt, erforderlich, ohne welche künftig durchaus keine Kosten dieser Art passiren werden. Es versteht sich hierbei von selbst, daß der Betrag des Quartiergeldes für diese Kranken nach Beilage B. pag. 10. des Regulativs hier zum Abzug kommen muß, wenn solches nicht bereits ad 1. bei den Servisnachweisungen für das Militär zur Abrechnung gebracht ist, welches Verfahren einfacher scheint. In diesem Falle muß aber in den von der Militärbehörde attestirten Nachweisungen die erforderliche Bemerkung gemacht werden.

Auf den Grund der vorbemerkten Nachweisungen sind nach Beilage B. pag. 13. des Regulativs, die Berechnungen der Heizungs- und Erleuchtungskosten, jede besonders anzulegen, und unter diesen die wirklich aufgewendeten Kosten, welche, im Falle sie mehr betragen, gehörig zu notiren sind, mit Beibringung der Justifikatorien nachzuweisen, welchemnächst wir über die wirklich aufgewendeten Kosten den weiteren Beschluß fassen werden. In Absicht der Bau- und übrigen Unterhaltungskosten der Lazarethe kann für jetzt noch keine feste Bestimmung gegeben werden, da die öfters veränderten Garnisonverhältnisse nicht gestatten, die Bestimmungen des Regulativs in ihrem ganzen Umfang zur Ausführung bringen zu lassen, und dieseshalb der höhere Beschluß noch vorbehalten ist. Den Magisträten ist aber bekannt, daß, höheren Bestimmungen zufolge, das Militär sich mit den vorhandenen Garnison-, Einrichtungen möglichst beßeßen muß, da ein fester Garnisonstand noch nicht eingetreten ist, und deshalb wird erwartet, daß die zu liquidirenden wirklich aufgewendeten Kosten nur das nothwendigste betreffen, und die mäßigsten Preise angenommen sind. Die Ausgaben an Lazarethkosten sind in der Ordnung zu liquidiren, wie solche die Beilage B. des Regulativs vorschreibt. Jeder Ausgabe müssen die erforderlichen Justifikatorien beigelegt, und solche rücksichtlich der für das Lazareth gelieferten Gegenstände von dem Militärarzt attestirt sein. Da wo die Kommunen die Vergütung erhalten, ist die Quittung der Kammerlei beizulegen, welches hiermit zugleich für die, Behufs der Wachen und andern Garnisonseinrichtungen gezahlten Vergütungen festgesetzt wird. In zweifelhaften Fällen oder bei auffallenden Unforderungen des Militärs besonders bei diesen Kosten, wird ein jeder Magistrat wohl thun, zuvor bei Zelten anzufragen, damit demselben die liquidirte Kosten nicht gesirhen werden.

Ad 3. Wachskosten. Diese sind in der Reihenfolge zu liquidiren, welche die Beilage C. des Servisregulativs vorschreibt. Das was vorher über die Bau- und Unterhaltungskosten der Lazarethe gesagt worden ist, gilt auch von den Wachen. Die Magisträte haben daher auch hier nach Inhalt der vore gemachten Bemerkung zu verfahren, und die vorkommenden, möglichst zu beschränkenden Ausgaben durch die von der Garnison zu attestirenden Justifikatorien nachzuweisen. Holz, Licht und Schreibmaterialien müssen nach den, sämmtlichen Magisträten bekannt gemachten Be-











Es wird daher in nachstehender Art berichtet, und zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Sämmtlichen Untergerichten im Departement des Kammergerichtes wird hierdurch zu ihrer Richtschnur bekannt gemacht, daß durch die Verfügung des Königl. Finanzministerli vom 3ten und des Königl. Justizministerli vom 12ten Januar d. J. nachstehende Bestimmungen über den Kostenpunkt bei Errichtung von Kauf- und andern zweiseitigen Verträgen mit fiskalischen Behörden genehmigt worden sind:

- 1) Bei der Abschließung von Kauf- und andern zweiseitigen Verträgen zwischen einer fiskalischen Behörde und einem Privatmanne trägt in der Regel jeder Theil die Hälfte der Kosten, welche durch die Aufnahme, Bestätigung des Kontrakts, die Uebergabe der Sachen, und bei dem Hypothekenbuche durch Ab- und Zuschreibungen, Eintragungen des Besitztums oder andre Vermerke, an Gerichtsgebühren, Stempeln, Kopialen, Siegelung, und Botengebühren, Porto oder anderen baaren Auslagen entstehen.
- 2) Die der fiskalischen Behörde auf diese Art zur Last fallende Hälfte der Kosten bleibt außer Ansaß.
- 3) Findet sich die fiskalische Behörde veranlaßt, in einem solchen Vertrage sämtliche Kosten zu übernehmen, so entrichtet sie die der Regel nach dem Privatmanne zur Last fallende Kostenhälfte, ohne sich deshalb auf die ihr wegen der andern Hälfte zustehende Kostenfreiheit berufen zu dürfen.
- 4) Kontrakte zwischen zwei fiskalischen Behörden werden dagegen ganz kostenfrei bearbeitet.

Berlin, den 3ten März 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorli der Provinz Brandenburg.

Des Königs Majestät haben durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 17ten Julius v. J. anzuordnen geruht,

No. 6.

daß künftig ohne allen Unterschied der Fälle, jedem Ziviloffizianten, welcher zu seiner Verheirathung den Konsens seiner vorgesetzten Behörde nachsucht, zur Pflicht gemacht werden soll, eine bestimmte Erklärung abzugeben, mit welcher Summe er seine künftige Gattin in die Wittwenkasse einkaufen wolle; und daß jedem Ziviloffizianten, welcher diese bestimmte Erklärung abzugeben unterläßt, der Heirathskonsens verweigert werden soll.

Beiträge der  
Geistlichen u.  
Schulbeam-  
ten zur Witt-  
wenkasse.

366



Ferner haben des Königs Majestät durch die Kabinettsordre vom 10ten Dezember v. J. zu bestimmen geruhet, daß jene Anordnung auch auf die Geistlichen und Schulbeamte, mit Ausschluß der niedern Kirchenbediente und der Lehrer bei den Elementarschulen, angewendet werden solle, und daß Allerhöchstdieselben, wenn die Beträge solchen Beamten, in einem oder dem andern Falle, wegen des geringen Betrages ihrer Amtseinkünfte, zu schwer fallen sollten, nicht abgeneigt wären, denselben dabel, bis zur Verbesserung ihres Amtseinkommens oder ihrer sonstigen Glücksstände, für den Betrag mäßiger bei der Wittwenanstalt zu versichernden Pensionen durch Zuschüsse aus den Staatskassen zu Hülfe zu kommen.

Dieserhalb ist als Grundsatz aufgestellt, daß für diejenigen sich zu verheirathenden Geistlichen und Schullehrer, welche noch nicht 400 Thaler Einkommen haben, die Beträge für eine der Wittve zu versichernde Pension von 100 Thalern aus Staatskassen auf so lange gezahlt, und dieserhalb von den Regierungspräsidenten die weiteren Anträge bei dem hohen Ministerium des Innern gemacht werden sollen, bis ihre Einnahme sich auf jenen Betrag erhöht.

Indem wir diese Königl. wohlthätige Anordnung hierdurch zur allgemeinen Kenntniß der Geistlichen und Schullehrer in der Provinz, elact an uns ergangenen Ministerialverfügung vom 21sten Dezember v. J. gemäß, bringen, bemerken wir zugleich, daß die Gesuche um Ertheilung des Heirathskonsenses bei dem Präsidenten der betreffenden Königl. Regierung angebracht und von diesem ertheilt werden sollen.

Berlin, den 19ten Januar 1817.

### V e r m i s c h t e   N a c h r i c h t e n .

Wegen Reparaturen an der Fürstenwalder Schleuse und den Schleusen des Friedrich, Wilhelms, Kanals wird eine Sperre derselben vom 1sten bis 16ten Junius d. J. eintreten.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra - Blatt

zum

10ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

## Jahrmärkte in Cremonen.

Dem Handelstreibenden Publikum wird hierdurch bekannt gemacht, daß der erste diesjährige Jahrmärkte in Cremonen nicht, wie in dem alphabetischen Verzeichniß der Märktischen Kalender steht, am Dienstage, sondern am Donnerstag nach Lärare abgehalten wird.

Den 24ten Februar 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

---

## Jahrmärkte in Dahme.

In dem Jahrmärkteverzeichnis der diesjährigen märktischen Kalender fehlen die Jahrmärkte der Stadt Dahme im Herzogthum Sachsen.

Zur Abhelfung dieses Mangels wird dem Handelstreibenden Publikum hierdurch bekannt gemacht, daß in der Stadt Dahme in diesem Jahre die Jahrmärkte auf einander folgen:

- 1) Dienstag nach Misericordias Domini.
- 2) Dienstag nach Vst.
- 3) Dienstag nach Martini.

Fällt Vst, Egidii und Martini Dienstags, so sind die Jahrmärkte an demselben Tage, die Viehmärkte aber am vorhergehenden Montag.

Den 24ten Februar 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

---

## Landesverweisungen.

Der Wagebond Johann Friedrich Krähenbring aus Lübeck gebürtig, ist wegen Verdachts eines Pferdebiebstahls mit sechsmonatlicher Zuchthausstrafe, der jüdische Lehrer Mendel Schabse, aus Reschaw in Gallizien gebürtig, wegen dringenden Verdachts einer Entwendung mit viermonatlicher, und der ehemalige Soldat Karl Hubert Wieland, welcher sich auch von Alten nannte, aus Prag gebürtig, wegen Passverfälschung mit dreimonatlicher Zuchthausstrafe belegt, und sind dieselben nach Ablauf der Strafzeit unter der Verwarnung, die Königl. Preussischen Staaten nicht wieder zu betreten, über die Landesgrenze gebracht worden.

## Signalements.

1) Der Krähenbring ist 60 Jahr alt, 5 Fuß 1 Zoll groß, hat braune Haare, hohe Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, eine gebogene Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, spitziges Kinn, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, und ist von mittlerer Statur.

2) Der



2) Der Schäßke ist 19 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat braune Haare, kurze Stirn, braune Augenbraunen, Augen von derselben Farbe, kleine Nase, gewöhnlichen Mund, breites Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist von mittlerer Statur und besonders daran kennbar, daß er keine Pockenarben und den Erind am Kopfe hat.

3) Der Wieland ist 42 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, bräunliche Augen, eine gerade und große Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, spitziges Kinn, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist von mittlerer Statur und an einer Narbe am rechten Arme kenntlich.

Den 24sten Februar 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

### B e g a n g e n e r   S t r a ß e n r a u b .

Den 26sten vor. Monats Abends um 7 Uhr ist der in dem Dorfe Elchstedt wohnhafte Butterhändler Lemm auf der Grenze zwischen diesem Dorfe und Behlitz angefallen, gefährlich verwundet, und seiner übrigen leer gewesenen Geldkassette und eines Kobers beraubt worden. Ueber die Person des Thäters hat der rddr. lich darniederliegende Lemm nur soviel auszusagen gewußt, daß derselbe ein kleiner junger Mensch, dem Anschein nach ein Soldat und mit einem grauen Mantel bekleidet gewesen.

Den 1sten März 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

### B e k a n n t m a c h u n g e n .

Der aus englischen Diensten verabschiedete Soldat Franz Müller aus Breslau, hat den in Magdeburg am 20sten d. M. erhaltenen, mit der Nr. 131. versehenen und ihm zur Rückkehr nach Breslau ertheilten Paß, so wie seinen von Harwich den 28sten Januar d. J. datirten englischen Abschied, angeblich auf dem Wege von hier nach Berlin verloren. Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, um dem Mißbrauch, der von den bezeichneten Papieren gemacht werden könnte, vorzubeugen.

Potsdam, den 26sten Februar 1817.

Königlicher Polizeidirektor.

Gieseke.

Auf Verordnung der Königl. Hochlöblichen Regierung zu Magdeburg soll die Benutzung der bei Genthin belegenen Königl. Holzstrecke auf sechs nach einander folgende Jahre von Michaelis d. J. ab verpachtet werden. Zu diesem Behuf ist ein Lizitationstermin auf

den 12ten April Vormittags 12 Uhr

auf hiesiger Gerichtsstube — wo auch jederzeit die Pachtbedingungen eingesehen werden können, angesetzt; welches Pachtlustigen mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß der Zuschlag erst nach erfolgter Genehmigung Einer Hochlöblichen Regierung erfolgen kann.

Genthin, den 25sten Februar 1817.

Königlich Preussisches Justizamt Altenplattow.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

No. 11.

Den 14ten März 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

In Verfolg der Bekanntmachung vom 22sten April v. J., wegen Einlösung der Russischen Bons, und mit Bezug auf die vorläufige Bekanntmachung vom 11ten v. M., wornach die zweite Verloosung dieser Bons durch die Königl. General-Lotteriedirektion am 15ten ejusdem angekündigt wurde, gereicht den Inhabern derselben hierdurch zur Nachricht, daß die Ziehung an jenem Tage statt gefunden hat, und dabei die in der anliegenden, besonders abgedruckten Liste bezeichneten Nummern herausgekommen sind.

No. 71.  
Einlösung  
der Russischen  
Bons.  
2. h. 1565.  
Februar.

Die Zahlung des Kapitals und fälligen Zinsenbetrags wird bei der Staats-Schuldentilgungs-Kasse hieselbst im Laufe des Monats Mai d. J. dergestalt geleistet werden, daß:

- |       |                           |                     |                        |
|-------|---------------------------|---------------------|------------------------|
| 1)    | die Nummern der Loose von | 1 bis 258 inkl. vom | 5ten bis 10ten Mai c., |
| 2)    | „ „ „ „                   | 259 „ 516 „         | 12ten „ 17ten „        |
| 3)    | „ „ „ „                   | 517 „ 773 „         | 19ten „ 24ten „        |
| u. 4) | „ „ „ „                   | 774 „ 1030 „        | 26ten „ 31ten „        |
- zur Einlösung kommen.

Bei Einlegung des Kapitals und Zinsenbetrags müssen wieder die, in der Bekanntmachung vom 19ten Juli v. J. (Berliner Zeitungen Nr. 88. und Intelligenzblatt Nr. 176. des Jahres 1816) enthaltenen Vorschriften genau befolgt werden.

Berlin, den 15ten Februar 1817.

Ministerium der Finanzen. Vierte Generalverwaltung.

Mit Bezug auf vorstehende Bekanntmachung benachrichtigen wir das Publikum, daß unsere Regierungskasse zur Annahme der, nach der als Beilage diesem Amts-Blattsstück beigefügten Ziehungsliste, zur Einlösung gelangenden Russischen Bons, und zum weiteren Verfahren in Gemäßheit der Bekanntmachung angewiesen worden ist.

Potsdam, den 2ten März 1817.



**No. 72.** In Verfolg der Bekanntmachung vom 8ten v. M. (Amtsblatt Nr. 51.)  
 Kreisstadt wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß nach einer höchsten Orts  
 der Ostpreng- ergangenen Verfügung Kriß statt Weststod zur Kreisstadt der Ostpreng  
 1. 2. 18. bestimmt ist, und daß sich daher vom 1sten April d. J. ab die Ostprengische  
 Kreisasse daselbst befinden wird. Potsdam, den 8ten März 1817.

**No. 73.** Die Herren Superintendenten und Schullnspektoren werden hierdurch aufges-  
 Schullehrer: fordert, über die in ihren Schulkreisen errichteten Schullehrer-Konferenzgesellschaften  
 Konferenzt- zwischen Ostern und Pfingsten d. J. Bericht zu erstatten, und in demsel-  
 schaften. ben besonders über den Erfolg der Konferenzen, sowohl in Hinsicht auf die Fort-  
 1. c. 474. schritte der Mitglieder in ihrer weitem Ausbildung, als in Hinsicht auf die Verbesse-  
 rung und Veredlung der Schulerziehung, bestimmte und gründliche Auskunft zu geben.

Als Beilagen bei diesem Berichte erwarten wir:

- 1) eine tabellarische Liste, in welcher die Vorsteher und Theilnehmer nament-  
 lich aufgeführt, und Ort und Zeit der Versammlungen und der Stistungstag  
 der Gesellschaft angegeben sind;
- 2) den Bericht der Vorsteher selbst, in welchen außer der summarischen  
 Nachweise der Verhandlungen der Gesellschaft und des dabei stattgehabten  
 Verfahrens, über den Fleiß und Eifer der einzelnen Theilnehmer nähere Aus-  
 kunft gegeben wird. Ein gleicher Bericht wird von allen denjenigen Predigern  
 erwartet, deren pflichtmäßige Sorge für die Verbesserung ihrer Schulen sich  
 in der bemerkten Hinsicht nur auf die Lehrer ihrer Pfarochien beschränkt hat;
- 3) ein Verzeichniß der in der Kreis-Schulbibliothek vorhandenen Schriften.

Diejenigen Herren Superintendenten und Schullnspektoren, in deren Diözesen  
 noch keine Schullehrer-Konferenzgesellschaften zu Stande gekommen sind, werden  
 aufgefordert, die dabei obwaltenden Hindernisse anzuzeigen, und über deren mög-  
 liche Entfernung Vorschläge zu thun. Potsdam, den 4ten März 1817.

**No. 74.** Es ist verschiedentlich bemerkt worden, daß die Akziseämter, der ihnen unterm  
 Invaliden- 30sten Mai 1810 zugewiesenen Instruktion, wegen der an invalide Unteroffiziere  
 Gnaden-Gr- und Soldaten vom 1sten Junius 1810 ab in der Kurmark zu zahlenden Gnaden-  
 haltsabfun- gehalte, entgegen, dergleichen Gnadengehalte verabreichen, ohne darauf zu sehen,  
 1. m. 712. daß die Empfänger mit einer gedruckten Anweisung von der betreffenden Behörde  
 Ostpre. wirklich versehen sind, und ohne die Vorschriften, namentlich des §. 4. und 7. der  
 gedachten Instruktion zu befolgen. Die Akziseämter werden daher zu deren genauen  
 Beachtung nochmals gemessenst angewiesen, widrigenfalls sie unausbleiblich in Ord-  
 nungsstrafe werden genommen werden. Potsdam, den 25ten Februar 1817.

**No 75.** Da mittelst Ministerialverfügung vom 11ten v. M. bestimmt worden, daß die  
 Schleusenauf- durch die Königlich Allerhöchste Verordnung vom 11ten Junius v. J., wegen Auf-  
 rags- Gelder. hebung der Binnenzölle, regulirten Schleusen-Aufzugsgelder in Silbergeld ent-  
 2. 2. 1908. richtet werden sollen, so wird solches dem Publikum und den betreffenden Erhebungs-  
 Behörde. behörden zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.  
 Potsdam, den 1sten März 1817.















No. 77.  
Getreide- und  
FORAGEPREISE  
pro Februar  
1817.  
1. m. 464.  
März.

Der Durchschnittspreis von dem im Monate Februar d. J. auf dem Markte zu Berlin verkauften Getreide und Rauchfutter hat in  $\frac{1}{2}$  Stel betragen:

1) für den Scheffel Weizen	4	12	4
2) — — — Roggen	2	23	7
3) — — — große Gerste	2	15	1
4) — — — kleine Gerste	2	5	6
5) — — — Hafer	1	13	1
6) — — — Erbsen	2	18	7
7) für den Zentner Heu	1	10	1
8) — das Schock Stroh	8	16	—

Die Durchschnittspreise betragen in $\frac{1}{2}$ Stel			
für das Quart Weißbier	1	8	M.
— — — Braunbier	1	5	—
— — — Brauntwein	5	5	—

Potsdam, den 5ten März 1817.

No. 78.  
Stempelfrei-  
heit d. Dienst-  
ablösungs-  
Verhandlung-  
gen.  
2. a. 86.  
Februar.

Mit Rücksicht auf die Instruktion zur Regulirung der gütsherrlichen und bürgerlichen Verhältnisse vom 17ten Oktober 1811, sollen alle Dienstablösungsverhandlungen und Kontrakte stempelfrei gelassen werden, ohne Unterschied, ob die Ablösung gegen anderwelts Abtretung oder gegen baare Vergeltung geschieht.

Berlin, den 14ten Januar 1817.

An  
die Königl. Regierung zu Potsdam.

Der Minister der Finanzen.  
v. Bülow.

Vorstehende Verfügung wird hierdurch zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 4ten März 1817.

### V e r m i s c h t e N a c h r i c h t e n.

#### W a r n u n g.

Am 18ten Januar d. J. früh Morgens fanden die Tuchmachergesell Habig-  
schen Eheleute zu Trebbin ihren 18 Wochen alten Säugling todt im Bette, und  
schwebten selbst mit ihren drei ältern Kindern durch die Eiskluft, welche durch zu  
zeitiges Verschließen der Zugklappe und Ofenthür in ihrem Wohnzimmer erzeugt  
worden war, in einem lebensgefährlichen Zustande. Der Vater, nebst den drei  
Kindern, wurde zwar durch die vom Kreisphysikus angeordneten Mittel gerettet, die  
Mutter aber starb am dritten Tage, ohne Sprache und Besinnung wieder erlangt  
zu haben.

Zur Warnung wird dieser Vorfall öffentlich bekannt gemacht.

**Druckfehler.** Im 10ten Stück des Amoblats muß pag. 96. Zeile 12 von oben motiviren  
statt notiren, pag. 97 Zeile 4 von unten eine Post statt einen Rest, und  
ebendasselbst Zeile 2 von unten (inser: die Monate) statt (inklusive der  
Monate) gelesen werden.

(Hierbei eine Beilage und ein Extrablatt.)







daher hiedurch dienstergebenst ersucht, dieselbe, wo sie betroffen wird, zu verhaften, und unter sicherer Begleitung entweder an die Königl. Polizeiprefectur zu Berlin, oder an uns abzuliefern zu lassen.

Beellitz, den 4ten März 1817.

Der Magistrat.

### S i g n a l e m e n t.

Die Caroline Leonhard ist 17 Jahr alt, kleiner untersehter Statur, hat blonde Haare, freie Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, kurze etwas breite Nase, gewöhnlichen Mund, rundes Kinn mit einem Grübchen, längliches Gesicht und gesunde Gesichtsfarbe; sie ist zugleich etwas pochenröthig und hat an dem kleinen Finger der rechten Hand eine Narbe.

---

Die dem Fischer Christian Sorge junior gehörige, auf der Feldmark des Dorfes Güstebiese, auf der Kurmärkischen Seite der Oder, im Oberbruche nahe dem Dorfe Carlshiese belegene, aus ungefähr 90 Magdeburgischen Morgen bestehende total separirte Ackerwirtschaft, ist mit dem dazu gehörigen Inventario auf den Antrag der Gläubiger mit der Taxe der 4473 rthl. 2 gr. 11½ pf., und dem bereits in termino den 6ten Junius 1814 gethanen Gebote der 9500 rthl. Courant anderweit subhastirt, und ein Versteigerungstermin auf den 17. April 1817. Vormittags um 10 Uhr im Justizamte zu Grüneberg angesetzt worden, in welchem Termine der Zuschlag, wenn nicht besondere rechtliche Umstände es verhindern, unfehlbar erfolgen soll. Die Taxe kann täglich in unserer Registratur eingesehen werden.

Amt Grüneberg in der Neumark, den 4ten Februar 1817.

Königl. Preuss. Justizamt daselbst.

---

Auf Verordnung der Königl. Hochlöblichen Regierung zu Magdeburg soll die Benutzung der bei Genthin belegenen Königl. Holzstrecke auf sechs nach einander folgende Jahre von Michaelis d. J. ab. verpachtet werden. Zu diesem Behuf ist ein Lizitationstermin auf

den 12ten April Vormittags 11 Uhr

auf hiesiger Gerichtsstube — wo auch jederzeit die Pachtbedingungen eingesehen werden können, angesetzt; welches Nachelustigen mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß der Zuschlag erst nach erfolgter Genehmigung Einer Hochlöblichen Regierung erfolgen kann.

Genthin, den 25ten Februar 1817.

Königlich Preussisches Justizamt Altenplattow.

---







Nummern der Russischen Wons.			Nummern der Russischen Wons.			Nummern der Russischen Wons.			Nummern der Russischen Wons.			Nummern der Russischen Wons.		
Loose			Loose			Loose			Loose			Loose		
231	64351	bis 64400	286	80201	bis 80250	342	98801	bis 98850	398	113451	bis 113500	454	133151	bis 133200
232	64401	— 64450	287	80251	— 80300	343	99251	— 99300	399	113601	— 113650	455	134051	— 134100
233	64551	— 64600	288	80851	— 80900	344	99301	— 99350	400	113651	— 113700	456	134201	— 134250
234	64601	— 64650	289	80951	— 81000	345	99601	— 99650	401	113751	— 113800	457	134801	— 134850
235	65351	— 65400	290	81151	— 81200	346	99751	— 99800	402	113901	— 113950	458	134851	— 134900
236	65651	— 65700	291	81301	— 81350	347	100051	— 100100	403	114751	— 114800	459	135001	— 135050
237	66201	— 66250	292	81451	— 81500	348	100101	— 100150	404	115051	— 115100	460	135201	— 135250
238	66501	— 66550	293	81701	— 81750	349	100201	— 100250	405	115251	— 115300	461	135251	— 135300
239	67001	— 67050	294	82201	— 82250	350	100451	— 100500	406	115301	— 115350	462	135501	— 135550
240	67201	— 67250	295	82401	— 82450	351	100501	— 100550	407	115401	— 115450	463	135551	— 135600
241	67301	— 67350	296	83051	— 83100	352	100651	— 100700	408	115551	— 115600	464	135601	— 135650
242	68101	— 68150	297	83651	— 83700	353	100851	— 100900	409	115601	— 115650	465	136201	— 136250
243	68201	— 68250	298	83801	— 83850	354	100951	— 101000	410	115751	— 115800	466	136251	— 136300
244	68251	— 68300	299	84151	— 84200	355	101301	— 101350	411	116801	— 116850	467	136301	— 136350
245	68401	— 68450	300	84901	— 84950	356	101951	— 102000	412	117051	— 117100	468	136501	— 136550
246	68851	— 68900	301	85001	— 85050	357	102151	— 102200	413	117301	— 117350	469	136801	— 136850
247	68901	— 68950	302	85351	— 85400	358	102301	— 102350	414	117851	— 117900	470	136901	— 136950
248	69801	— 69850	303	85401	— 85450	359	102401	— 102450	415	118101	— 118150	471	137151	— 137200
249	69851	— 69900	304	85851	— 85900	360	102851	— 102900	416	118951	— 119000	472	137201	— 137250
250	70051	— 70100	305	86501	— 86550	361	102901	— 102950	417	119001	— 119050	473	137601	— 137650
251	70101	— 70150	306	86551	— 86600	362	103401	— 103450	418	119051	— 119100	474	138101	— 138150
252	70151	— 70200	307	86901	— 86950	363	103451	— 103500	419	119101	— 119150	475	138801	— 138850
253	70301	— 70350	308	87001	— 87050	364	103651	— 103700	420	119801	— 119850	476	138901	— 138950
254	70551	— 70600	309	87251	— 87300	365	104501	— 104550	421	120101	— 120150	477	139551	— 139600
255	70601	— 70650	310	87851	— 87900	366	104601	— 104650	422	120451	— 120500	478	139901	— 139950
256	70751	— 70800	311	88251	— 88300	367	105101	— 105150	423	120751	— 120800	479	140051	— 140100
257	71101	— 71150	312	88451	— 88500	368	105401	— 105450	424	121151	— 121200	480	140151	— 140200
258	71701	— 71750	313	89251	— 89300	369	105551	— 105600	425	121201	— 121250	481	140201	— 140250
			314	89401	— 89450	370	106251	— 106300	426	122501	— 122550	482	140451	— 140500
259	71751	— 71800	315	89451	— 89500	371	106401	— 106450	427	123001	— 123050	483	141001	— 141050
260	71901	— 71950	316	89801	— 89850	372	106501	— 106550	428	123201	— 123250	484	141051	— 141100
261	71951	— 72000	317	90501	— 90550	373	107701	— 107750	429	123551	— 123600	485	141151	— 141200
262	72401	— 72450	318	91401	— 91450	374	107951	— 108000	430	123751	— 123800	486	141301	— 141350
263	73201	— 73250	319	91451	— 91500	375	108051	— 108100	431	123951	— 124000	487	142151	— 142200
264	73351	— 73400	320	91551	— 91600	376	108501	— 108550	432	124201	— 124250	488	142451	— 142500
265	73551	— 73600	321	91701	— 91750	377	108801	— 108850	433	124501	— 124550	489	142601	— 142650
266	73601	— 73650	322	92001	— 92050	378	108851	— 108900	434	124601	— 124650	490	142701	— 142750
267	73751	— 73800	323	93001	— 93050	379	109001	— 109050	435	125101	— 125150	491	142751	— 142800
268	74301	— 74350	324	93401	— 93450	380	109051	— 109100	436	125251	— 125300	492	143501	— 143550
269	74901	— 74950	325	94151	— 94200	381	109401	— 109450	437	125401	— 125450	493	143901	— 143950
270	74951	— 75000	326	94901	— 94950	382	109501	— 109550	438	125451	— 125500	494	144701	— 144750
271	75601	— 75650	327	94951	— 95000	383	109751	— 109800	439	125551	— 125600	495	145001	— 145050
272	75751	— 75800	328	95301	— 95350	384	109801	— 109850	440	125651	— 125700	496	145401	— 145450
273	75851	— 75900	329	96151	— 96200	385	109851	— 109900	441	126751	— 126800	497	145651	— 145700
274	76151	— 76200	330	96601	— 96650	386	110201	— 110250	442	126951	— 127000	498	145951	— 146000
275	76451	— 76500	331	96701	— 96750	387	110651	— 110700	443	127801	— 127850	499	146301	— 146350
276	76701	— 76750	332	97301	— 97350	388	110801	— 110850	444	128401	— 128450	500	146901	— 146950
277	76751	— 76800	333	97501	— 97550	389	110901	— 110950	445	128951	— 129000	501	147201	— 147250
278	77051	— 77100	334	97551	— 97600	390	110951	— 111000	446	129201	— 129250	502	147351	— 147400
279	77101	— 77150	335	97901	— 97950	391	111101	— 111150	447	129251	— 129300	503	147751	— 147800
280	77401	— 77450	336	97951	— 98000	392	111401	— 111450	448	129451	— 130000	504	148051	— 148100
281	77551	— 77600	337	98051	— 98100	393	111601	— 111650	449	131651	— 131700	505	148101	— 148150
282	77701	— 77750	338	98101	— 98150	394	111851	— 111900	450	132401	— 132350	506	148401	— 148450
283	77851	— 77900	339	98251	— 98300	395	112651	— 112700	451	132351	— 132400	507	148701	— 148750
284	78701	— 78750	340	98401	— 98450	396	113001	— 113050	452	132951	— 133000	508	149201	— 149250
285	79201	— 79250	341	98451	— 98500	397	113101	— 113150	453	133101	— 133150	509	149801	— 149850



Nummern der		Nummern der		Nummern der		Nummern der		Nummern der	
Loose	Russischen Bonds.	Loose	Russischen Bonds.	Loose	Russischen Bonds.	Loose	Russischen Bonds.	Loose	Russischen Bonds.
0	150201 bis 150250	565	167251 bis 167300	621	182201 bis 182250	677	201251 bis 201300	733	219701 bis 219750
1	150251 — 150300	566	167801 — 167850	622	182401 — 182450	678	201551 — 201600	734	220001 — 220050
2	150301 — 150350	567	167851 — 167900	623	182651 — 182700	679	201601 — 201650	735	220301 — 220350
3	150651 — 150700	568	167901 — 167950	624	183551 — 183600	680	201801 — 201850	736	221501 — 221550
4	150901 — 150950	569	168201 — 168250	625	184101 — 184150	681	201851 — 201900	737	221701 — 221750
5	151151 — 151200	570	168301 — 168350	626	184251 — 184300	682	202301 — 202350	738	222051 — 222100
6	151451 — 151500	571	168501 — 168550	627	184451 — 184500	683	202351 — 202400	739	222351 — 222400
7	151651 — 151700	572	168601 — 168650	628	184551 — 184600	684	202601 — 202650	740	223001 — 223050
8	152501 — 152550	573	168901 — 168950	629	185401 — 185450	685	203551 — 203600	741	223101 — 223150
9	152601 — 152650	574	168951 — 169000	630	185501 — 185550	686	204351 — 204400	742	223151 — 223200
10	152701 — 152750	575	169101 — 169150	631	185551 — 185600	687	204551 — 204600	743	223401 — 223450
11	153051 — 153100	576	169501 — 169550	632	185801 — 185850	688	205101 — 205150	744	223651 — 223700
12	153451 — 153500	577	169651 — 169700	633	186351 — 186400	689	205151 — 205200	745	223751 — 223800
13	153851 — 153900	578	169851 — 169900	634	186551 — 186600	690	205201 — 205250	746	223951 — 224000
14	153901 — 153950	579	170551 — 170600	635	187351 — 187400	691	205301 — 205350	747	224001 — 224050
15	154401 — 154450	580	170601 — 170650	636	187551 — 187600	692	205851 — 205900	748	224151 — 224200
16	154501 — 154550	581	171001 — 171050	637	187751 — 187800	693	206101 — 206150	749	224501 — 224550
17	154551 — 154600	582	171251 — 171300	638	187801 — 187850	694	206401 — 206450	750	224551 — 224600
18	154601 — 154650	583	171751 — 171800	639	187901 — 187950	695	206551 — 206600	751	224601 — 224650
19	154651 — 154700	584	171851 — 171900	640	188351 — 188400	696	206851 — 206900	752	224751 — 224800
20	154701 — 154750	585	172601 — 172650	641	189151 — 189200	697	207051 — 207100	753	225201 — 225250
21	154751 — 154800	586	173051 — 173100	642	189201 — 189250	698	207151 — 207200	754	225451 — 225500
22	154951 — 155000	587	173601 — 173650	643	189301 — 189350	699	207251 — 207300	755	225501 — 225550
23	155051 — 155100	588	173801 — 173850	644	189801 — 189850	700	207401 — 207450	756	225751 — 225800
24	155101 — 155150	589	173951 — 174000	645	189901 — 189950	701	207651 — 207700	757	226151 — 226200
25	155401 — 155450	590	174051 — 174100	646	190201 — 190250	702	208151 — 208200	758	226251 — 226300
26	155651 — 155700	591	174401 — 174450	647	190651 — 190700	703	208401 — 208450	759	226601 — 226650
27	155751 — 155800	592	174601 — 174650	648	191751 — 191800	704	208551 — 208600	760	226851 — 226900
28	156151 — 156200	593	174701 — 174750	649	192251 — 192300	705	208801 — 208850	761	227051 — 227100
29	156251 — 156300	594	175001 — 175050	650	192701 — 192750	706	208951 — 209000	762	227101 — 227150
30	156401 — 156450	595	175601 — 175650	651	193101 — 193150	707	209351 — 209400	763	227351 — 227400
31	156651 — 156700	596	175951 — 176000	652	193301 — 193350	708	210001 — 210050	764	227551 — 227600
32	157251 — 157300	597	176051 — 176100	653	193701 — 193750	709	210451 — 210500	765	228001 — 228050
33	158201 — 158250	598	176751 — 176800	654	193901 — 193950	710	210551 — 210600	766	228401 — 228450
34	158401 — 158450	599	176851 — 176900	655	194351 — 194400	711	210601 — 210650	767	228451 — 228500
35	158551 — 158600	600	177051 — 177100	656	194401 — 194450	712	210901 — 210950	768	228701 — 228750
36	158901 — 158950	601	177251 — 177300	657	194701 — 194750	713	211051 — 211100	769	229401 — 229450
37	159451 — 159500	602	177451 — 177500	658	194801 — 194850	714	211501 — 211550	770	230101 — 230150
38	159601 — 159650	603	177851 — 177900	659	195101 — 195150	715	211701 — 211750	771	230151 — 230200
39	160201 — 160250	604	178001 — 178050	660	195451 — 195500	716	211751 — 211800	772	230251 — 230300
40	160251 — 160300	605	178401 — 178450	661	195551 — 195600	717	211951 — 212000	773	230901 — 230950
41	160351 — 160400	606	178551 — 178600	662	195601 — 195650	718	212701 — 212750		
42	160801 — 160850	607	178901 — 178950	663	195651 — 195700	719	213151 — 213200	774	231101 — 231150
43	161051 — 161100	608	178951 — 179000	664	195751 — 195800	720	213801 — 213850	775	231201 — 231250
44	161401 — 161450	609	179101 — 179150	665	196201 — 196250	721	213851 — 213900	776	231301 — 231350
45	162401 — 162450	610	179301 — 179350	666	196601 — 196650	722	214551 — 214600	777	231401 — 231450
46	162551 — 162600	611	179401 — 179450	667	196851 — 196900	723	215501 — 215550	778	231551 — 231600
47	162901 — 162950	612	179951 — 180000	668	197051 — 197100	724	216101 — 216150	779	232401 — 232450
48	163101 — 163150	613	180101 — 180150	669	197901 — 197950	725	216351 — 216400	780	232851 — 232900
49	163201 — 163250	614	180801 — 180850	670	198451 — 198500	726	216451 — 216500	781	233301 — 233350
50	163401 — 163450	615	181401 — 181450	671	198801 — 198850	727	217051 — 217100	782	233701 — 233750
51	163851 — 163900	616	181501 — 181550	672	198951 — 199000	728	217601 — 217650	783	233951 — 234000
52	164451 — 164500	617	181651 — 181700	673	199501 — 199550	729	218501 — 218550	784	234151 — 234200
53	165101 — 165150	618	181701 — 181750	674	200101 — 200150	730	218651 — 218700	785	234401 — 234450
54	166501 — 166550	619	181851 — 181900	675	200901 — 200950	731	219301 — 219350	786	234451 — 234500
55	167101 — 167150	620	181951 — 182000	676	201101 — 201150	732	219651 — 219700	787	234551 — 234600







Nummern der Russischen Bond.	Loose	Nummern der Russischen Bond.	Loose	Nummern der Russischen Bond.	Loose	Nummern der Russischen Bond.	Loose	Nummern der Russischen Bond.	Loose
150201 bis 150250	565	167251 bis 167300	621	182201 bis 182250	677	201251 bis 201300	733	219701 bis 219750	
150251 — 150300	566	167801 — 167850	622	182401 — 182450	678	201551 — 201600	734	220001 — 220050	
150501 — 150550	567	167851 — 167900	623	182651 — 182700	679	201601 — 201650	735	220301 — 220350	
150651 — 150700	568	167901 — 167950	624	183551 — 183600	680	201801 — 201850	736	221501 — 221550	
150901 — 150950	569	168201 — 168250	625	184101 — 184150	681	201851 — 201900	737	221701 — 221750	
151151 — 151200	570	168301 — 168350	626	184251 — 184300	682	202301 — 202350	738	222051 — 222100	
151451 — 151500	571	168501 — 168550	627	184451 — 184500	683	202351 — 202400	739	222351 — 222400	
	572	168601 — 168650	628	184551 — 184600	684	202601 — 202650	740	223001 — 223050	
151651 — 151700	573	168901 — 168950	629	184701 — 184750	685	203551 — 203600	741	223101 — 223150	
152501 — 152550	574	168951 — 169000	630	185501 — 185550	686	204351 — 204400	742	223151 — 223200	
152601 — 152650	575	169101 — 169150	631	185551 — 185600	687	204551 — 204600	743	223401 — 223450	
152701 — 152750	576	169501 — 169550	632	185801 — 185850	688	205101 — 205150	744	223651 — 223700	
153051 — 153100	577	169651 — 169700	633	186351 — 186400	689	205151 — 205200	745	223751 — 223800	
153451 — 153500	578	169851 — 169900	634	186551 — 186600	690	205201 — 205250	746	223951 — 224000	
153851 — 153900	579	170551 — 170600	635	187351 — 187400	691	205301 — 205350	747	224001 — 224050	
153901 — 153950	580	170601 — 170650	636	187551 — 187600	692	205851 — 205900	748	224151 — 224200	
154401 — 154450	581	171001 — 171050	637	187751 — 187800	693	206101 — 206150	749	224501 — 224550	
154501 — 154550	582	171251 — 171300	638	187801 — 187850	694	206401 — 206450	750	224551 — 224600	
154551 — 154600	583	171751 — 171800	639	187901 — 187950	695	206551 — 206600	751	224601 — 224650	
154601 — 154650	584	171851 — 171900	640	188351 — 188400	696	206851 — 206900	752	224751 — 224800	
154651 — 154700	585	172601 — 172650	641	189151 — 189200	697	207051 — 207100	753	225201 — 225250	
154701 — 154750	586	173051 — 173100	642	189201 — 189250	698	207151 — 207200	754	225451 — 225500	
154951 — 155000	587	173601 — 173650	643	189301 — 189350	699	207251 — 207300	755	225501 — 225550	
155051 — 155100	588	173801 — 173850	644	189801 — 189850	700	207401 — 207450	756	225751 — 225800	
155101 — 155150	589	173951 — 174000	645	189901 — 189950	701	207651 — 207700	757	226151 — 226200	
155401 — 155450	590	174051 — 174100	646	190201 — 190250	702	208151 — 208200	758	226251 — 226300	
155651 — 155700	591	174401 — 174450	647	190651 — 190700	703	208401 — 208450	759	226601 — 226650	
155751 — 155800	592	174601 — 174650	648	191751 — 191800	704	208551 — 208600	760	226851 — 226900	
156151 — 156200	593	174701 — 174750	649	192251 — 192300	705	208801 — 208850	761	227051 — 227100	
156251 — 156300	594	175001 — 175050	650	192701 — 192750	706	208951 — 209000	762	227101 — 227150	
156401 — 156450	595	175601 — 175650	651	193101 — 193150	707	209351 — 209400	763	227351 — 227400	
156651 — 156700	596	175951 — 176000	652	193301 — 193350	708	210001 — 210050	764	227551 — 227600	
157251 — 157300	597	176051 — 176100	653	193701 — 193750	709	210451 — 210500	765	228001 — 228050	
158201 — 158250	598	176751 — 176800	654	193901 — 193950	710	210551 — 210600	766	228401 — 228450	
158401 — 158450	599	176851 — 176900	655	194351 — 194400	711	210601 — 210650	767	228451 — 228500	
158551 — 158600	600	177051 — 177100	656	194401 — 194450	712	210901 — 210950	768	228701 — 228750	
158901 — 158950	601	177251 — 177300	657	194701 — 194750	713	211051 — 211100	769	229401 — 229450	
159451 — 159500	602	177451 — 177500	658	194801 — 194850	714	211501 — 211550	770	230101 — 230150	
159601 — 159650	603	177851 — 177900	659	195101 — 195150	715	211701 — 211750	771	230151 — 230200	
160201 — 160250	604	178001 — 178050	660	195451 — 195500	716	211751 — 211800	772	230251 — 230300	
160251 — 160300	605	178401 — 178450	661	195551 — 195600	717	211951 — 212000	773	230901 — 230950	
160351 — 160400	606	178551 — 178600	662	195601 — 195650	718	212701 — 212750			
160801 — 160850	607	178901 — 178950	663	195651 — 195700	719	213151 — 213200	774	231101 — 231150	
161051 — 161100	608	178951 — 179000	664	195751 — 195800	720	213801 — 213850	775	231201 — 231250	
161801 — 161850	609	179101 — 179150	665	196201 — 196250	721	213851 — 213900	776	231301 — 231350	
162401 — 162450	610	179301 — 179350	666	196601 — 196650	722	214551 — 214600	777	231401 — 231450	
162551 — 162600	611	179401 — 179450	667	196851 — 196900	723	215501 — 215550	778	231551 — 231600	
162901 — 162950	612	179951 — 180000	668	197051 — 197100	724	216101 — 216150	779	232401 — 232450	
163101 — 163150	613	180101 — 180150	669	197901 — 197950	725	216351 — 216400	780	232851 — 232900	
163201 — 163250	614	180801 — 180850	670	198451 — 198500	726	216451 — 216500	781	233301 — 233350	
163401 — 163450	615	181401 — 181450	671	198801 — 198850	727	217051 — 217100	782	233701 — 233750	
163851 — 163900	616	181501 — 181550	672	198951 — 199000	728	217601 — 217650	783	233951 — 234000	
164451 — 164500	617	181651 — 181700	673	199501 — 199550	729	218401 — 218450	784	234151 — 234200	
165101 — 165150	618	181701 — 181750	674	200101 — 200150	730	218651 — 218700	785	234401 — 234450	
166501 — 166550	619	181851 — 181900	675	200901 — 200950	731	219301 — 219350	786	234451 — 234500	
167101 — 167150	620	181951 — 182000	676	201101 — 201150	732	219651 — 219700	787	234551 — 234600	







# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

---

— No. 12. —

---

Den 21sten März 1817.

---

## Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 4te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

- No. 401. Die Verordnung, betreffend das rechtliche Verhältniß der vormaligen Kontribuirten zu ihren Stellvertretern in den Rheinprovinzen. Vom 31sten Januar 1817.
- No. 402. Die Allerhöchste Deklaration des Allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. 20. §. 1298 et seq., die auf Hazardspiele gesetzte Strafe betreffend. Vom 8ten Februar 1817.
- No. 403. Die Erklärung wegen Aufhebung des Abschusses und Abfahrtszuges zwischen Preußen und Baiern; und
- No. 404. zwischen Preußen und dem Herzogthum Oldenburg. Vom 12ten desselben Monats.
- No. 405. Die Allerhöchste Deklaration des Allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. 8. §§. 958 und 1093 et seq., daß auch der Indossator seinem Wechselverkäufer im exekutiven Prozesse verhaftet ist, und die Zahlungsverbindlichkeit bei Datowechseln betreffend. Vom 16ten desselben Monats.
- No. 406. Die Allerhöchste Kabinettsordre vom 23ten, betreffend den durch Rechtsurtheile verurtheilten Verlust von Kriegsdenkmünzen, welche den vertragsmäßig aus andern Diensten übernommenen Militärpersonen von ihren bisherigen Landesherren verlichen worden.
- No. 407. Die Allerhöchste Deklaration des Allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. 20 §. 191 et seq. wegen Bestrafung der in die hiesigen Lande wieder zurückkehrenden, über die Grenze gebrachten fremden Landstreicher. Vom 28sten desselben Monats.

Das diesjährige 5te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

- No. 408. Die Verordnung vom 9ten Februar 1817, betreffend die Justizverwaltung im Großherzogthum Posen.



**No. 79.** Um den mannichfachen Beschwerden über das bisher angenommene Verhältniß der eingehenden gesalzenen und grünen Häute zu den trockenen Häuten, bei Entrichtung des Ersatzzolles abzuhelfen, ist von dem Herrn Finanzminister dieses Verhältniß wie fünf zu zwei festgesetzt worden, so daß 5 Zentner gesalzene oder grüne Häute gleich 2 Zentnern trockener Häute zu versteuern sind. Zur Vermeidung der Bruchtheile soll aber der Ersatzzoll von 1. Zentner gesalzene und grüne Häute beim Durchgange 9 gr. 6 pf., beim Verbleib im Lande 5 gr. betragen; jedoch ist strenge darauf zu sehen, daß nicht trockene Häute zu diesen niedern Sätzen versteuert werden. Dieses wird daher zur Nachricht und Achtung hiedurch bekannt gemacht.

Potsdam, den 1sten März 1817.

**No. 80.** In Verfolg der Bekanntmachung vom 24ten Dezember pr., das Verfahren bei Streitigkeiten zwischen Reisenden und Handwerkern betreffend, (Amtsblatt pro 1817. pag. 10.) ist von den Königlichen Ministerien der Justiz, Finanzen und Polizei unterm 4ten v. M. folgendes nachträglich bestimmt worden.

- ad 1.** Damit nicht durch das Ausbleiben des in Anspruch genommenen Theils das polizeiliche Verfahren vereitelt werde, so ist eine Bekanntmachung an den Vorgesetzten dahin nöthig: daß bei seinem Ausbleiben noch Maßgabe des petiti das Resolut werde abgefaßt, und mit der Abschätzung des streitigen Gegenstandes in contumaciam vorgingangen werden.
- ad 2.** Wenn von keiner der Parteien die Provokation auf rechtliches Gehör angemeldet wird, so steht der Polizeibehörde das Recht und die Pflicht der Exekution ohne weitere Ankündigungsfrist zu.
- ad 3.** Die Bestimmung der Höhe der Kautionssumme für die Mehrforderung hängt von dem Arbitrio der Polizeibehörde ab.

Welches hiedurch zur Nachachtung bekannt gemacht wird.

Potsdam, den 4ten März 1817.

**No. 81.** Mit Bezug auf die im diesjährigen Amtsblatte Stück 7 sub No. 51. enthaltene Verfügung vom 8ten v. M., die Ausführung der neuen Kreiseintheilung betreffend, wird hiedurch bekannt gemacht, daß der bisherige Kreisdeputirte Egidius Neuß zum Landrath im Jüterbogk-Luckenwaldischen Kreise von Seiner Königl. Majestät unter den von den Ständen vorgeschlagenen Personen ausgewählt und ernannt worden ist.

Potsdam, den 15ten März 1817.

**No. 82.** Im Verfolg der im 7ten Stück des diesjährigen Amtsblattes sub No. 52. enthaltenen Verfügung vom 8ten v. M. wird hiedurch bekannt gemacht, daß nachfolgende Rendanten und Kontrolleure bei den verschiedenen Kreiskassen im hiesigen Regierungsbezirk ernannt sind, und zwar:

im Niederbarnimschen Kreise, zum Kreiskassenkontrollleur der Lieutenant Kunze;  
im Westhavelländischen Kreise, zum Kreiskassenrendanten der bisherige interimsische Kreisrendant, Kreissekretär Glückel;  
in der Ostpreignitz, der Kreiskassenkontrollleur Lukas;  
im Templinschen Kreise, zum Kreiskassenrendanten der Lieutenant Bode I.;

mit



im Angermündschen Kreise, zum Kreiskassen-Rendanten der Lieutenant Büge;  
zum Kreiskassenkontrollleur der freiwillige Jäger Richter;  
wonach sich daher die Kreiseingesessenen in Betreff der von ihnen zu den resp. Kreiskassen zu leistenden Zahlungen mit Rücksicht auf die obige Verfügung zu achten haben. Potsdam, den 15ten März 1817.

Zur Bewirkung der durchaus dringend nochwendigen Bauten an den Kirchen-, Pfarr- und Küstergebäuden Königl. Patronats für das Jahr 1818 werden die Herren Prediger aufgefordert, ein Verzeichniß dieser Bauten den betreffenden Königl. Domänen- und Rentämtern zur weiteren Beförderung an die Departementsträße der Königl. Regierung bei deren diesjährigen, in einigen Tagen beginnenden Bauberathung unverzüglich einzuhandigen. Gegenstände, die nicht angezeigt werden, bleiben für das Jahr 1818 unberücksichtigt. Potsdam, den 18ten März 1817.

No. 83.  
Kirchen-,  
Pfarr- und  
Küstergebäuden  
Königlichen  
Patronats.  
1. c. 1954.  
Wdn.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.

Den sämmtlichen Untergerichten im Departement des Königl. Kammergerichts wird das Schreiben der vortren Abtheilung des Königl. Ministerii des Innern vom 1ten Dezember v. J. an die Königl. Regierung in Berlin und die darin bezogene Allerhöchste Kabinettsordre vom 5ten April 1804, welche wörtlich folgendermaßen lauten:

No. 10.  
Aufnahme der  
Gemüths-  
kranken in die  
Charitée.

Die Königl. Regierung wird auf den Bericht vom 18ten v. M. wegen des bisher beobachteten Verfahrens bei Aufnahme der Gemüthskranken in die Charitée veranlaßt, die Verfügung zu treffen,

- 1) daß künftighin keine Aufnahme eines angeblichen Gemüthskranken in die Charitée anders erfolge, als entweder auf Requisition der Gerichte und vormundschaftlichen Kollegien, oder des Polizeipräsident, welches letztere besonders zu instruiert ist, bei Veranlassung solcher Requisitionen mit der möglichsten Vorsicht zu verfahren. Spezielle Anweisungen können der Polizeibehörde hierbei nicht gegeben werden, sondern es muß dies ihrem vernünftigen Arbitrio überlassen bleiben. In der Regel wird sie jedoch nicht ohne vorherige Rücksprache mit dem Physikus, oder doch einem andern zuverlässigen Arzte, die Requisition erlassen können. Auf bloße Privatrequisitionen, selbst auf die eines Vaters oder Ehemannes, kann die Aufnahme von den Vorgesetzten der Anstalt niemals gestattet werden, so wie denn auch dem Armendirektorio selbst nicht weiter hierunter die Offizila der Polizeibehörde überlassen werden können.
- 2) Hat die Königl. Regierung darauf zu halten, daß diejenigen, welche zur Charitée abgeliefert werden, nicht sogleich zu den übrigen Gemüthskranken gebracht, sondern so lange unter besonderer Aufsicht gestellt werden, bis die Charitéeärzte von dem Dasein und der Art der angeblichen Gemüthskrankheit sich durch eigene Beobachtung Ueberzeugung verschafft haben.
- 3) Eben so muß die Königl. Regierung mit Strenge darauf halten, daß der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 5ten April 1804 überall nachgekommen, und demgemäß sofort nach der Aufnahme der Gemüthskranken dem kompetenten Gerichte davon Nachricht gegeben werde. Rückzüglich der jetzt in der Charitée

ber



besindlichen Gemüthskranken ist dies auch, falls es noch nicht geschehen sein sollte, sogleich nachzuholen, und würde daher auch eventualiter dem Kammergerichte Abschrift dieser Kabinetsordre mitzutheilen sein. Die Bestimmung, binnen welcher Zeit die Blödsinnigkeitserklärung erfolgen müsse, ist lediglich den Gerichten zu überlassen. Sollten wider Verhoffen diese Maassregeln in der Erfahrung künftig noch nicht ausreichend befunden werden, so wird sich in der Folge Gelegenheit ergeben, durch allgemeine Gesetze den etwaigen Mängeln abzuhelfen. Berlin, den 11ten December 1816.

Ministerium des Innern.

Vierte Abtheilung.

An die hiesige Königl. Regierung.

Meine lieben Staatsminister Graf v. d. Schulenburg und v. Massow. Aus der jetzt im Druck erschienenen Nachricht von dem Zustande des Krankenhauses der Charitée im Jahre 1803 habe Ich gesehen, daß die Zahl der in diesem Institute aufgenommenen Gemüthskranken, welche bereits im verfloffenen Jahre sehr zugenommen hatte, wieder ansehnlich gestiegen ist. Wiewohl nun der Verfasser dieser Nachricht, Geheimrath Hufeland, sich vorbehalten hat, über die Ursachen der Zunahme dieser Krankheitsklasse, die er in einigen herrschenden Fehlern der jetzigen physischen und geistigen Lebensart der Menschen setzt, sich noch besonders auszulassen, so kann Ich doch schon jetzt die Besorgniß nicht unterdrücken, ob auch wohl, in jedem Falle der Aufnahme eines Gemüthskranken, der Zustand desselben nach Vorschrift der Gesetze gerichtlich untersucht und bestimmt werde. Die proviso- rische Aufnahme eines, noch nicht gerichtlich dafür erklärten Gemüthskranken, darf zwar nicht um dieser Form willen ausgeübt werden, aber die gesetzliche Sicherheit und Freiheit der Person erfordert, daß gleich nach der Aufnahme dem kompetenten Gerichte davon Anzeige geschehe, damit dasselbe nach Vorschrift der Gesetze die sorgfältige Untersuchung verfügen und darüber erkennen könne, weil unter keinem Vorwande irgend ein Gemüthskranker, der nicht durch gerichtliches Erkenntniß dafür erklärt ist, in den zu deren Aufnahme bestimmten Anstalten behalten werden muß. Ich trage Euch demnach auf, bei dem Krankenhause der Charitée in Gemäß- heit dessen die erforderliche Verfügung zu treffen, und verbleibe Euer wohlaffek- tionirter König. Potsdam, den 5ten April 1804.

An die

Friedrich Wilhelm.

Staatsminister Graf v. d. Schulenburg und v. Massow.

zur Nachricht und Beachtung hierdurch bekannt gemacht.

Berlin, den 6ten Februar 1817.

### Personalchronik.

Der Akzisekassen, Kontrolleur Baak zu Freienwalde und der bläserige Rentant Neuenborff bei der Kurmärkischen Provinzial-Verpflegungskasse sind zu Buchhal- tern bei der hiesigen Regierung, Hauptkasse ernannt worden.

Im 7ten Stück des diesjährigen Amtsblattes sind die in dem Potsdamschen Regierungsbezirk ernannten Kreissekretaire bekannt gemacht. Nachträglich wird bemerkt, daß im Zückerboge, Luckenwaldeschen Kreise der Leutnant Exleben zum Kreissekretair ernannt ist.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

12ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Um das Andenken derjenigen aus dem blesseitigen Reglerungsdepartement gebürtigen Vaterlandsverteidiger zu ehren, welche in Verfolg ihres rühmlichen Benehmens vor dem Feinde das eiserne Kreuz erhalten haben, oder auf dem Felde der Ehre geblieben, oder an ihren Wunden gestorben sind, werden deren Namen, nach den darüber von den Herren Regimentskommandeurs erhaltenen Nachweisungen, wie folgt, bekannt gemacht. Den 6ten März 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

## V e r z e i c h n i s s

derjenigen Individuen, welche in den Feldzügen von 1813 bis 1815 als Vaterlandsverteidiger in Verfolg ihres rühmlichen Benehmens vor dem Feinde geblieben, oder durch das eiserne Kreuz ausgezeichnet worden.

- 1) Fried. Bader, Musketier im 26. Inf. Reg., aus Baruth, bei Namur am 20. Juni 1815 blessirt und kurz darauf im Lazareth gestorben.
- 2) Aug. Kühne, Musketier im 26. Inf. Reg., aus Liebenwalde, erhielt wegen Auszeichnung bei Bestürmung einer franz. Batterie das eiserne Kreuz 2. Klasse.
- 3) Christ. Lohmann, Musketier im 19. Linien-Inf. Reg., aus Staffelde, den 16. Junius 1815 bei Ligny geblieben.
- 4) Fried. Flehe, Unteroffizier im 19. Linien-Inf. Reg., aus Klosterfelde, erhielt bei Ligny den 16. Juni 1815 das eiserne Kreuz.
- 5) Willh. Hornemann, Musketier im 19. Linien-Inf. Reg., aus Wustermark, erhielt bei Ligny den 16. Juni 1815 das eiserne Kreuz.
- 6) Aug. Klune, Musketier im 19. Linien-Inf. Reg., aus Döbritz, erhielt bei Ligny den 16. Juni 1815 das eiserne Kreuz.
- 7) Willh. Krüger, Musketier im 19. Linien-Inf. Reg., aus Buschow, den 16. Juni 1815 bei Ligny geblieben, wäre zum eisernen Kreuz vorgeschlagen, wenn er nicht auf dem Felde der Ehre geblieben wäre.
- 8) Karl Küster, Unteroffizier im Brandenb. Hus. Reg., aus Kyritz, erhielt durch braves Benehmen in der Schlacht bei Bauguen das eiserne Kreuz.
- 9) Fried. Gänsewig, Musketier im 31. Inf. Reg., aus Wilsnack, an seinen den 24. Juni zu Löben erhaltenen Wunden gestorben.
- 10) Karl Nadalphy, Feldwebel im 31. Inf. Reg., aus Potsdam, erhielt wegen großer Bravour in der Schlacht bei Vavres das eiserne Kreuz.
- 11) Jakob Fick, Wehrmann im 3. Pomm. Landwehr-Inf. Reg., aus Brandenburg, bei der Einnahme von Wittenberg geblieben.



- 12) Gottfr. Kühne, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Liebenwalde, erhält das eiserne Kreuz 2. Klasse wegen Auszeichnung in der Schlacht an der Kahlbach.
- 13) Ehrst. Becker, Unteroffizier im Brandenb. Ußl. Reg., aus Mithlow, desgl. in der Schlacht von Laon 1814.
- 14) Aug. Fischer, Gefreiter im Brandenb. Ußl. Reg., aus Brandenburg, desgl. wegen Auszeichnung in der Schlacht an der Kahlbach.
- 15) Friedr. Luck, Unteroffizier im Brandenb. Ußl. Reg., aus Gdrß bei Brandenburg, desgl. wegen Auszeichnung im Gefechte bei Manteuffl am 20. Juni 1815.
- 16) Karl Engelhardt, Quartiermeister im Brandenb. Ußl. Reg., aus Neu-Ruppin, den 26. Aug. 1813 in der Schlacht an der Kahlbach geblieben.
- 17) Louis Reuter, Unteroffizier im Brandenb. Ußl. Reg., aus Charlottenburg, geblieben den 2. Juli 1815 bei Issy unweit Paris.
- 18) Friedr. Junknittel, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Charlottenburg, blieb den 26. Aug. 1813 an der Kahlbach.
- 19) Lub. Kromming, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Havelberg, blieb den 14. Oktober 1813 bei Leipzig.
- 20) Friedr. Burgemeister, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Ganderich bei Tempeln, den 2. November 1813 in Weichersbach gestorben.
- 21) Friedr. Kühne, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Wendenberg in der Provinz, den 20. Dezember 1813 in Erfeld am Nervenfieber gestorben.
- 22) Friedr. Nußbaum, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Kloster Zinna bei Luckenwalde, den 18. August 1813 bei Lauterfeiffenau im Gefecht geblieben.
- 23) Lub. Thau, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Kehn bei Mauen, den 23. August 1813 bei Goldberg geblieben.
- 24) Friedr. Döring, Ußl im Brandenb. Ußl. Reg., aus Wusterhausen, den 7. Februar 1814 bei Epernay geblieben.
- 25) Joh. Mullsch, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Fürstenwalde, den 7. Februar 1814 bei Epernay geblieben.
- 26) Gottl. Alschm, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Rathenow, den 25. Januar 1814 in Nancy gestorben.
- 27) Aug. Klumann, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Rathenow, in Frankreich geblieben 1814.
- 28) Karl Barße, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Rott in der Uckermark, den 16. Juni 1815 bei Fleurus geblieben.
- 29) Wlth. Friesse, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Zehdenick in der Uckermark, den 16. Juni 1815 bei Fleurus geblieben.
- 30) Friedr. Hoch, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Treuenbriesen im Zauche-schen Kreise, den 16. Juni 1815 bei Fleurus geblieben.
- 31) Joh. Altschke, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Wriezen im Oberbarnimschen Kreise, den 16. Juni 1815 bei Fleurus geblieben.

32) Friedr.



- 32) Friedr. Bassian, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Schönfeld bei Beelitz im Zauche, und Luckenwalbeschen Kr., den 16. Juni 1815 bei Fleurus geblieben.
- 33) Gottf. Götsch, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Tlehrow bei Eremmen im Ellen- und Edwenbergischen Kreise, den 16. Juni 1815 bei Fleurus geblieben.
- 34) Daniel Bartell, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Breitsch bei Pasewalk, erhielt wegen Auszeichnung in der Schlacht bei Paris im Juli 1815 das eiserne Kreuz 2. Klasse.
- 35) Friedr. Scheinbach, Unteroffizier im Brandenb. Ußl. Reg., aus Schönfeld bei Berson in der Uckermark, an seinen erhaltenen Wunden zu Frankfurt an der Oder gestorben.
- 36) Joh. Mielanger, Unteroffizier im Brandenb. Ußl. Reg., aus Hammelspring bei Templin im Oberbarnimschen Kreise, bei Hochkirch 1814 erschossen.
- 37) Fr. Albarth, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Wriezen an der Oder, bei Goldberg am 23. August 1813 geblieben.
- 38) Christ. Gudenstein, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Rosenow bei Prenzlom, bei Goldberg den 23. August 1813 geblieben.
- 39) Friedr. Ohlmin, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Mittenwalde bei Prenzlom, bei Fleurus den 16. Juni 1815 geblieben.
- 40) Christ. Karstädt, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Güstow bei Prenzlom, bei Fleurus den 16. Juni 1815 geblieben.
- 41) Karl Lehmann, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Hindenburg bei Templin, bei Jauer 1813 erschossen.
- 42) Gottfr. Neels, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Suckow bei Prenzlom, bei Chateau Thierry 1814 geblieben.
- 43) Friedr. Hoffeger, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Wolletz bei Angermünde, zu Lemberg an seinen Wunden gestorben.
- 44) Gottfr. Mieland, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Elauhagen bei Templin; die Art seines Todes ist nicht bestimmt.
- 45) Joh. Knaak, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Moschow bei Verleberg in der Prignitz, erhielt für die Affaire bei La Chaussee 1814 das eiserne Kreuz 2. Kl.
- 46) Friedr. Brandt, Wachmeister im Brandenb. Ußl. Reg., aus Havelberg in der Prignitz, erhielt für die Schlacht bei Leipzig 1813 das eiserne Kreuz 2. Klasse.
- 47) Karl Brandt, Gefreuter im Brandenb. Ußl. Reg., aus Havelberg in der Prignitz, erhielt für die Schlacht bei Leipzig 1813 das eiserne Kreuz 2. Klasse.
- 48) Christ. Freyer, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Grube bei Verleberg, bei der Ratzbach den 26. August 1813 geblieben.
- 49) Joh. Otto, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Krüssow bei Prigwall, bei Goldberg den 23. August 1813 geblieben.
- 50) Christ. Wegener, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Verleberg, bei Reichenbach den 11. September 1813 geblieben.
- 51) Christ. Hildebrand, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Draven bei Anrich, bei Goldberg den 23. August 1813 tödtlich blessirt.

32) Thom.



- 52) Thom. Nickel, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Ruhlsant bei Perleberg, bei Lauterfelsschau den 18. August 1813 tödtlich blessirt.
- 53) Marß Reimar, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Gollschow bei Perleberg, bei Leipzig den 16. Oktober 1813 geblieben.
- 54) Ehrst. Schröder, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Wolfspagen bei Perleberg, bei Löwenberg den 21. August 1813 geblieben.
- 55) Joh. Tesch, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Woltersdorf bei Wittstock, zu Halle im Lazareth gestorben.
- 56) Willh. Wollgast, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Pierow bei Perleberg, bei Jauer den 26. August 1813 geblieben.
- 57) Adam Zachow, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Wittstock, bei Goldberg den 23. August 1813 geblieben.
- 58) Ludwig Neumann, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Krempfer bei Perleberg, bei Epernay den 7. Oktober 1814 geblieben.
- 59) Mich. Ruß, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Kleinow bei Perleberg, bei Pleurus den 16. Juni 1815 geblieben.
- 60) Willh. Krüger, Ußlan im Brandenb. Ußl. Reg., aus Henze bei Perleberg, bei Jauer den 26. August 1813 geblieben.
- 61) Ehrst. Beck, Feldwebel im 1. Schles. Inf. Reg., aus Neustadt, Eberswalde, erhielt für die Schlacht bei Bautzen das eiserne Kreuz.
- 62) Gustav v. Holzendorff, freiw. Jäger im 4. Kür. Reg., aus Vietmannsdorff bei Templin, erhielt für das Gefecht bei Saalmünster das eiserne Kreuz.
- 63) Lub. Klühow, Wachmeister im 4. Kür. Reg., aus Wittstock, erhielt für die Schlacht von Lützen den 2. Mai 1813 das eiserne Kreuz 2. Klasse, und für das Gefecht von Libertwolkow den 14. Oktober 1813 das eiserne Kreuz 1. Klasse.
- 64) Karl Heiden, Unteroffizier im 4. Kür. Reg., aus Zehdenick, erhielt für die Schlacht bei Lützen den 2. Mai 1813 das eiserne Kreuz.
- 65) Friedr. Ringwald, Unteroffizier im 4. Kür. Reg., aus Wittstock, erhielt für den Ueberfall von Thionville den 30. Januar 1814 das eiserne Kreuz.
- 66) Friedr. Schröder, Gefreiter im 4. Kür. Reg., aus Wittstock, erhielt für die Schlacht bei Leipzig den 14. Oktober 1813 das eiserne Kreuz.
- 67) Geor. Rogge, Kürassier im 4. Kür. Reg., aus Wusterhausen, ist in der Schlacht geblieben, erhielt für die Schlacht von Lützen den 2. Mai 1813 das eiserne Kr.
- 68) Joh. Pops, Kürassier im 4. Kür. Reg., aus Pierow bei Perleberg, ist in der Schlacht geblieben, erhielt für die Schlacht bei Leipzig den 14. Oktober 1813 das eiserne Kreuz.
- 69) Friedr. Hübner, Kürassier im Kür. Reg. Großfürst Konstantin, aus Jessow bei Wusterhausen, bei Groß. Görschen geblieben.
- 70) Ehrst. Noack, Kürassier im Kür. Reg. Großfürst Konstantin, aus Schönwalde bei Jossen, bei Groß. Görschen geblieben.
- 71) Peter Wenengräber, Kürassier im Kür. Reg. Großfürst Konstantin, aus Talschau im Rupplinschen Kreise, bei Litz geblieben.







- 93) Joh. Etkhoff, Jäger im Ostpr. Jäg. Bat., aus Owelesow (NB. ist nicht bekannt), erhielt den 30. November 1813 bei Arnheim das eiserne Kreuz.
- 94) Heint. Pachtowski, Jäger im Ostpr. Jäg. Bat., aus Speerenwalde bei Prenzlau, erhielt den 30. November 1813 bei Arnheim das eiserne Kreuz.
- 95) Ludwig v. Blankenburg, Jäger im Ostpr. Jäg. Bat., aus Brandenburg, erhielt den 4. September 1813 bei Hochkirch das eiserne Kreuz.
- 96) Karl Winkowski, Jäger im Ostpr. Jäg. Bat., aus Klein-Ellenitz bei Potsdam, erhielt den 28. März 1814 bei Eren das eiserne Kreuz.
- 97) Fried. Grumbach, Jäger im Ostpr. Jäg. Bat., aus Tiefensee bei Werneuchen im Oberbarnimschen Kreise, erhielt den 16. Oktober 1813 bei Leipzig das eiserne Kreuz.
- 98) Joh. Aug. Luffert, Oberjäger im Ostpr. Jäg. Bat., aus Beelitz, erhielt den 30. November 1813 bei Arnheim das eiserne Kreuz.
- 99) J. H. Krüger, Oberjäger im 1. Bat. des 2. Linien Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Eremmen, erhielt den 11. Januar 1814 bei Hoogstraten das eiserne Kreuz.
- 100) Wilh. Wolter, Oberjäger im 1. Bat. des 2. Linien Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Potsdam, erhielt den 18. Juni 1815 bei La Belle Alliance das eiserne Kreuz.
- 101) Fried. Wilh. Brügel, Jäger im 1. Bat. des 2. Linien Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Brandenburg, den 19. Oktober 1813 beim Sturm auf Leipzig tödlich verwundet.
- 102) Wilh. Köhl, Jäger im 1. Bat. des 2. Linien Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Brandenburg, den 16. Juni 1815 bei Egnen geblieben.
- 103) Gottf. Prott, Musketier im 2. Bat. des 2. Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Baumgarten in der Mark, den 16. Juni 1815 bei Egnen geblieben, hatte den 3. Sept. 1813 in dem Gefecht bei Thiesen das eiserne Kreuz erhalten.
- 104) Fried. Zäpernick, Eskadron im 2. Bat. des 2. Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Potsdam, erhielt den 11. Jan. 1814 bei Hoogstraten das eiserne Kreuz.
- 105) Gottf. Haack, Unteroffizier im 2. Bat. des 2. Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Blindow Stolpeschen Kreises, erhielt den 10. Juni 1815 bei Egnen das eiserne Kreuz.
- 106) Joh. Otto, Musketier im 2. Bat. des 2. Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Prenzlau, den 3. April 1813 bei Beßlitz tödlich verwundet.
- 107) Wilh. Nickel, Musketier im 2. Bat. des 2. Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Blankenburg im Oberbarnimschen Kr., blieb den 19. Okt. 1813 bei Leipzig.
- 108) Ehr. Miellitz, Musketier im 2. Bat. des 2. Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Woltersdorf im Niederbarnimschen Kreise, blieb den 7. März 1814 in dem Gefecht bei Schweebheim.
- 109) Ehr. Gröhl, Musketier im 2. Bat. des 2. Inf. Reg. Kronprinz von Preußen, aus Melbow bei Prenzlau, bei Schweebheim den 7. März 1814 tödlich verwundet.







- 126) Joseph Schiller, Wachtmeister im 9. Inf. Reg., aus Potsdam, erhielt bei Eulm das eiserne Kreuz.
- 127) Joh. Gottl. Schnelder, Jäger im v. Lühowschen Freikorps, aus Neu-Rupin, erhielt bei Lauenburg den 18. August 1813 das eiserne Kreuz.
- 128) Christ. Trapp, Gruerwerker in der 3. Artilleriebrigade, aus Dreven bei Kyritz, erhielt bei Belle Alliance das eiserne Kreuz.
- 129) Joh. Fried. Schulz, Kanonier in der 3. Artilleriebrigade, aus Verleberg in der Prignitz, erhielt wegen Auszeichnung bei der Belagerung von Wittenberg 1813 und 1814 das eiserne Kreuz.
- 130) Fried. Kleist, Unteroffizier im 6. Ostpr. Landw. Reg., aus Potsdam, erhielt bei der Schlacht von Dennewitz das eiserne Kreuz.
- 131) Fried. Finkelden, Unteroffizier im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Rehendorf im Niederbarnimischen Kreise, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 132) Fried. Seegebarch, Unteroffizier im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Stolzengrün im Niederbarnimischen Kreise, blieb am 15. Juni 1815 bei Vigny.
- 133) Fried. Krause, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Saringen im Havellande, starb im Lazareth zu Brandenburg an seinen bei Hagelsberg erhaltenen Wunden.
- 134) August Gäbert, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Rathenow im Havellande, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 135) Michel Döring, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Staden im Havellande, blieb am 18. Juni 1815 bei Belle Alliance.
- 136) Fried. Settekorn, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Lunow in der Uckermark, blieb am 27. August 1813 bei Hagelsberg.
- 137) Georg Zahn, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Höfensinow im Oberbarnimischen Kreise, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 138) Joh. Mädel, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Amalienhof im Oberbarnimischen Kreise, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 139) Christ. Schlöske, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Messingwerk im Oberbarnimischen Kreise, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 140) Fried. Lipke, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Dannenberg im Oberbarnimischen Kreise, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 141) Michel Hübner, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Freyenwalde, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 142) Fried. Hübner, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Freyenwalde, blieb am 30. März 1814 bei Wesel.
- 143) Martin Fiedge, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Freyenwalde, blieb am 19. Juni 1815 bei Belle Alliance.
- 144) Fried. Schmidt, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Potsdam, an seinen bei Wesel den 30. März 1814 erhaltenen Wunden gestorben.
- 145) Gottf. Tornow, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Birkenwerder im Niederbarnimischen Kreise, blieb am 18. Juni 1815 bei Belle Alliance.

146) Christ.



- 146) Ehrst. Glup, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Teschenborff bei Zehdenick, blieb am 18. Juni 1815 bei Belle Alliance.
- 147) Karl Albrecht, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Dranienburg, blieb am 18. Juni 1815 bei Belle Alliance.
- 148) Gottl. Nolas, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Friedrichshagen im Niederbarnimschen Kreise, an seinen bei Wesel den 30. März 1814 erhaltenen Wunden zu Münster gestorben.
- 149) Fried. Jörnstein, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Bollersdorff im Niederbarnimschen Kreise, blieb den 16. Juni 1815 bei Ligny.
- 150) Andreas Klingert, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Friedrichshagen im Niederbarnimschen Kreise, blieb am 19. Juni 1815 bei Belle Alliance.
- 151) Fried. Wegener, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Landsberg im Niederbarnimschen Kreise, blieb den 30. März 1814 bei Wesel.
- 152) Fried. Strage, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Lehling im Niederbarnimschen Kreise, blieb den 30. März 1814 bei Wesel.
- 153) Karl Erdmann, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Zerpenschleuse im Niederbarnimschen Kreise, blieb den 30. März 1814 bei Wesel.
- 154) Joh. Krow, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Liebenwalde im Niederbarnimschen Kreise, an seinen bei Wesel den 30. März 1814 erhaltenen Wunden zu Münster gestorben.
- 155) Michel Krone, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., von der Kappe im Niederbarnimschen Kreise, an seinen bei Wesel den 30. März 1814 erhaltenen Wunden zu Münster gestorben.
- 156) Karl Schulz, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Liebenwalde im Niederbarnimschen Kreise, blieb am 16. Juni 1815 bei Ligny.
- 157) Fried. Kunter, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Friedrichshagen im Niederbarnimschen Kreise, blieb am 16. Juni 1815 bei Ligny.
- 158) Ludwig Müller, Gemeiner im 3. Kurm. Landw. Inf. Reg., aus Buch im Niederbarnimschen Kreise, an seinen bei Belle Alliance am 19. Juni 1815 erhaltenen Wunden zu Löwen gestorben.
- 159) Ehrst. Buh, Unteroffizier im 3. Kurm. Landw. Kav. Reg., aus Hammer im Niederbarnimschen Kreise, blieb bei Talenwarleben am 14. Oktober 1813.
- 160) Gottl. Elsholz, Wehrreuter im 3. Kurm. Landw. Kav. Reg., aus Grünberg in der Uckermark, blieb bei Talenwarleben am 14. Oktober 1813.
- 161) Fried. Marzahn, Wehrreuter im 3. Kurm. Landw. Kav. Reg., aus Neu-Trebbin im Oberbarnimschen Kreise, blieb am 27. August 1813 bei Hagelsberg.
- 162) Fried. Bulle, Wehrreuter im 3. Kurm. Landw. Kav. Reg., aus Joachimsthal im Niederbarnimschen Kreise, blieb am 27. August 1813 bei Hagelsberg.
- 163) Gottl. Eichstädt, Wehrreuter im 3. Kurm. Landw. Kav. Reg., aus Groß-Schönbeck im Niederbarnimschen Kr., blieb am 27. Aug. 1813 bei Hagelsberg.



Nachbenannte beiden Vagabonden sind im Monat Februar c. wegen Bettelns über die Grenze geschafft worden.

- 1) Wilhelm Christopf Schmidt ein Apothekergehülfe, aus Rübbersbattel im Hannoverschen gebürtig, 52 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat braune Augen, braunen und Bart, runde Stirn, blaue Augen, breite Nase, mittel Mund, ovales Kinn, faltiges Gesicht, gelbliche Gesichtsfarbe und ist von Statur bager.
- 2) Christian Heinrich Engelhardt ein Dienstknecht, aus Roggeurin im Mecklenburgschen gebürtig, 42 Jahr alt, 5 Fuß groß, hat blonde Haare, freie Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, etwas starke Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, ovales Kinn und Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, kleine Statur und eine Schnarbe auf der rechten Wacke. Den 4ten März 1817.  
Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Der Kaufmann J. G. Ueberfeld zu Frankfurt am Main hat sich unterfangen, Frankfurter Klassenlotterieloos an hiesige hohe Staatsbeamten auf eine höchst zudringliche Art zu übersenden. Wahrscheinlich sind von demselben dergleichen Zusendungen auch in die übrigen Theile des Reichs geschickt. Die unterzeichnete Direktion nimmt daher Veranlassung, jedermann vor dem zudringlichen Ueberfeld zu warnen, und darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Königliche Allerhöchste Verordnung vom 7ten Dezember 1816 nicht allein das Spielen in fremden Lotterien mit einer Strafe von 200 Thalern für jedes Loos und Erliegung der Einsatzgelder verpönt ist, wovon der diesfällige Anzeiger jedesmal die Hälfte erhält; sondern daß auch alle diejenigen mit gleicher Strafe belegt werden sollen, welche die ihnen zugesendeten auswärtigen Lotterieloos nicht innerhalb 24 Stunden nach deren Empfang, ihren Ortspolizeibehörden zur Vernichtung abliefern. Letztere werden dienlich ersucht, zur Erreichung des erwähnten Königlichen Allerhöchsten Willens ihres Orts möglichst mitzuwirken, auch die unterzeichnete Direktion von jeder bei ihnen geschehenen Ablieferung und Vernichtung fremder Lotterieloos, unter gefälliger Angabe der betreffenden Lotterie, in Kenntniß zu setzen, damit auch von hier aus gegen dergleichen auswärtige Lotterieunternehmer die weiter nöthigen Sicherstellungsmaasregeln genommen werden können. Berlin, den 18ten Februar 1817.

Königlich Preussische General-Lotteriedirection.

Scherzer.

Hennich.

Auf Verordnung der Königl. Hochlöblichen Regierung zu Magdeburg soll die Benutzung der bei Genthin belegenen Königlichen Holzstrecke auf sechs nach einander folgende Jahre von Michaelis d. J. ab verpachtet werden. Zu diesem Behuf ist ein Licitationstermin auf

den 12ten April Vormittags 11 Uhr

auf hiesiger Gerichtsstube — wo auch jederzeit die Pachbedingungen elugesehen werden können — angesetzt; welches Pachlustigen mit dem Bemerken bekannt gemacht wird,



wird, daß der Zuschlag erst nach erfolgter Genehmigung Einer Hochlöblichen Regierung erfolgen kann.

Genßlin, den 25ten Februar 1817.

Königlich Preussisches Justizamt Altenplawow.

Auf Verordnung der Königl. Hochlöbl. Regierung zu Frankfurt an der Oder soll der Sachsenborffter Kirchenacker, bestehend in 59 Morgen 86 □ Ruthen in Erbpacht ausgethan werden, und ist zur Anhörung der Gebote ein peremptorischer Termin

auf den 9ten April d. J. Vormittags 11 Uhr

im Amte Sachsenborff anberaumt. Der Anschlag ist auf 3 Winepel 5 Scheffel 14 Meßen Roggen Erbkanon ausgefallen, und ist im Amte Sachsenborff das Weitere hierüber zu erfahren.

Dies, und daß der Zuschlag von Approbation Einer Königl. Hochlöbl. Regierung abhängt, wird hierdurch Bierungslustigen bekannt gemacht.

Eüßtrin, den 5ten März 1817.

Königl. Preuß. Justizamt Sachsenborff.

#### A v e r t i s s e m e n t.

Es soll auf Verfügung der Hochlöblichen Regierung zu Potsdam, die Belziger Amtsziegelei, nebst den dazu gehörigen Gebäuden, Pertinenzien und Inventariestücken, wie solche untenstehend spezifizirt sind, an die Meistbietenden verkauft werden.

Kaufslustige werden daher eingeladen, in dem auf

den achzehnten April d. J.

anberaumten peremptorischen Bierungstermine im hiesigen Königl. Amtshause zu erscheinen und ihre Gebote zu thun, worauf unter Vorbehalt der höhern Genehmigung und unter der Bedingung, daß der Käufer zur Sicherheit seines Gebots gleich bei der Lizitation eine dem Kaufquantum angemessene Kaution stellen muß, der Zuschlag an den Meistbietenden erfolgen wird.

Belzig, den 7ten März 1817.

Königl. Justiz- und Domainenbeamter.

Konfignation der zur Belziger Amtsziegelei gehörigen Gebäude, Pertinenzien und Inventariestücke.

Zur Belziger Amtsziegelei gehören:

- 1) ein Wohnhaus 18 Ellen lang 13 Ellen breit,
- 2) die Torckenscheune, 72½ Elle lang, 10 Ellen breit mit 60 Stück Läden,
- 3) der Brennofen, in dem jedesmal 32 bis 35000 Stück Dach- und Mauersteine gesetzt werden können,
- 4) ein Garten, dessen Flächeninhalt 123 □ Ruthen 45 □ Fuß beträgt, der an der Seite mit Disträumen bepflanzt ist und einen ziemlich guten Boden hat,

5) sol-



- 5) folgende Inventarsstücke: 2 Rumkarren, eine Schippe, zwei Mauersteinformen, zwei alte Spaten, zwei neue große Wasserfässer, eine Steinform von Holz, zwei neue Wassereimer, ein Wasserträger oder Ziehschwengel, ein neuer und ein alter Arbeitersich, eine Schrotacke, eine defekte holzerne Feuerspritze, zwei ganz neue Steinkarren und gegen 5800 alte und 1124 Stück neue Dachziegelbretter.

Uebrigens hat Käufer der Ziegelei das Recht, aus einem gleich hinter der Trockenscheune befindlichen Teich das zur Ziegelei nöthige Wasser zu entnehmen, denselben zu besetzen und zu benutzen.

---

Am 16ten April d. J. Vormittags 9 Uhr und den folgenden Tagen sollen in der Wohnung des hiesigen jüdischen Kaufmanns Carl Wolff die zu dessen Konkursmasse gehörigen Ellen-, Kurze- und Materialwaaren, Ladensensilien, Silberzeug, Betten, Kleidungsstücke, Meubles, Hausgeräth und 2 Wagen öffentlich an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung in Courant verkauft werden, wozu wir Kaufsüchtige einladen.

Trebbin, den 8ten März 1817.

Königl. Preuß. Stadtgericht.

---

### A u s b i e t u n g

der Windmühle zu Klein Machnow zum Verkaufe.

Die zur Konkursmasse des Mühlenmeisters Christian Friedrich Blerhals gehörige, auf dem Rittergute Klein Machnow, Teltowschen Kreises, stehende, dem Besitzer auf Erbzinsrechte verlehene Bodmwindmühle mit Wohnhause, Ställe, Garten, großer und kleiner Wiese, und Brückenzolle, wird mit der gerichtlichen Taxe auf 2574 rthlr. 12 gr. zum freien Kaufe hierdurch gestellt, und werden alle diejenigen, welche solche zu besitzen fähig und annehmlich zu bezahlen vermögend sind, hierdurch aufgefordert, sich am 22sten Februar 1817 hieselbst in der Wohnung des Gerichtshalters, Justizraths Decker No. 2. am Wilhelmsplatze, am 21sten April und am 23ten Junius 1817, zu melden, und ihr Gebot abzugeben.

Diese beiden letztern Termine stehen an ordentlicher Gerichtsstätte im Hofe zu Klein Machnow jedesmal Vormittags 11 Uhr an.

In dem dritten Termine wird das Verkaufsgeschäfte abgeschlossen, nach Ablauf desselben fernere Gebote nicht mehr angenommen werden, es müßten denn besondere Umstände solche noch zulassen, vielmehr hat der Meistbietende des Zuschlages zu gewärtigen.

Die Taxe, die Kaufbedingungen und der Erbzinsvertrag sind hier in der Registratur, bei dem Kurator Herrn Justizkommissarius Ströpel, und beim Schulzen zu Strahnsdorf einzusehn.

Potsdam, den 7ten November 1816.

v. Hasefsche Patrimonialgerichte über Machnow und Strahnsdorf.

---







nung, daß die Justizbehörden die, auf ihre Verfügung über die Grenze zu transportirenden Verbrecher jedesmal an die Polizeibehörde zur Vollstreckung des Transportes abliefern. Die Polizeibehörden müssen aber auch bei andern Verbrechern die Transportrequisitionen der Justizbehörden in der hier vorgeschriebenen Art erfüllen.

§. 3. 3. Transportstraßen.

Die Königl. Regierungen haben, jede in ihrem Departement, resp. unter Rücksprache mit den benachbarten Regierungen, zum Transporte der Verbrecher und Vagabonden baldmöglichst eigene Etappenstraßen resp. anzuordnen, oder, wo sie bereits vorhanden, zu revidiren. Diese Transportstraßen sind so viel, als möglich, mit den Militärstraßen zu vereinigen, und über Orte zu leiten, in welchen Gendarmesquads oder Garnisonen sich befinden, und die zu Transportstationen überaus sich eignen.

§. 4. 4. Transportstationen.

Auf den Transportstraßen sind in angemessenen Entfernungen von drei bis vier Meilen Transportstationen zu bestimmen und einzurichten, und dazu möglichst Städte und Aemter, oder große Dörfer, so viel thunlich Orte, in welchen Garnisonen oder Gendarmestationen sind, zu wählen.

Die Königl. Regierungen werden verfügen, daß zu jeder Zeit auf den Transportstationen hinlängliche Vorkehr zur sichern Bewachung, Aufbewahrung, und Fortschaffung der Transportaten, mithin sowohl die nöthige Militär-, oder Zivilbewachung, als angemessene Gefängnisse und, in Gemäßheit des Direktorialreskripts vom 12ten März 1805 (Jahrbücher der Preussischen Gesetzgebung, Heft XIV. Abschnitt III. No. III.), hinreichende Schließgeräthschaften vorhanden sind.

§. 5. 5. Öffentliche Bekanntmachung derselben.

Sowohl die Transportstraßen, als die Transportstationen, sind in jedem Regierungsdepartement öffentlich und zugleich den benachbarten Regierungen bekannt zu machen.

§. 6. 6. Richtung der Transporte.

Jeder Transport geschieht nur auf der angeordneten Transportstraße; sie muß genau gehalten, und Nebenwege nicht eingeschlagen werden.

Die Transporte von den, an der Transportstraße nicht liegenden Orten müssen, unter Beobachtung der übrigen Vorschriften dieser Instruktion, auf die nächste Transportstation gerichtet werden, falls der Bestimmungsort nicht näher, wie diese ist, als in welchem Fall sie, unter Beobachtung der übrigen Bestimmungen der gegenwärtigen Instruktion, unmittelbar auf derselben erfolgen.

§. 7. 7. Wechsel des Transports.

Jeder Transport geht von einer Transportstation zur andern (§. 4.), und wird nur auf derselben die Begleitung gewechselt, in Aufsehung der militärischen Bedeckung entscheidet jedoch die ihr gegebene Anweisung.

Den Polizeibehörden bleibt indessen unbenommen, nach Maßgabe der Ver-



hältnisse ein für allemal, oder in einzelnen Fällen anzuordnen, daß die Transporte begleitung nicht von Station zu Station, sondern von Ort zu Ort wechseln soll; der Transportführer (§. 11.) muß jedoch so viel als möglich nur an Stationsörtern gewechselt werden.

Ausnahmen vom Wechseln des Transportes an einem Etappenorte finden Statt, wenn

- 1) der Transportat an einem, zwischen den Stationen liegenden Orte abgeliefert werden soll, oder
- 2) Unglücksfälle die Fortsetzung des Transportes bis zur nächsten Station nicht gestatten, als in welchem Falle die Obrigkeit des Ortes, an welchem die Verhinderung sich äußert, in die Stelle und Verbindlichkeiten der Obrigkeit des nicht erreichten Stationsortes tritt, und, gleich derselben, für die sichere Bewachung und Fortschaffung des Transportaten bis zum obgedachten Stationsorte sorgen, und die Transportkosten resp. erstatten und vorschließen (§. 14.) muß.

#### §. 8. 8. Anzahl der Transportaten.

Die Anzahl der, auf den nämlichen Transport zugleich zu gebenden Individuen hängt von dem, alle eintretende Verhältnisse genau berücksichtigenden Ermessen der absendenden Behörde ab.

Sie hat auch darauf zu sehen, daß gefährliche Transportaten, die gemeinschaftlich Verbrechen begangen haben, oder herumgestreift und mit einander genau bekannt sind, entweder auf besondern Transporten, oder auf dem nämlichen Transporte mit erhöhter Vorsicht transportirt werden.

Wenn nicht besondere Verhältnisse eine Ausnahme begründen; so müssen an jedem Orte die Transportaten in der Ordnung, wie sie angekommen sind, weiter befördert werden.

#### §. 9. 9. Transportarten.

Die Transporte erfolgen auf folgenden Arten:

##### I. auf der ordentlichen Post.

Dies ist nur ausnahmsweise bei besonderer Veranlassung der Verhältnisse zulässig und erfordert einen eigenen Begleiter; die näheren Vorschriften müssen in einzelnen Fällen nach Maassgabe derselben bestimmt werden.

##### II. auf einem oder mehreren Wagen.

Der Wagentransport ist nur zulässig,

- 1) bei besonders gefährlichen Verbrechern, welche allemal auf Wagen zu transportiren und, nach Befinden, an denselben anzuschließen oder anzubinden sind;
- 2) bei Transportaten, welche, nach dem ärztlichen Gutachten (§. 16.), wegen Krankheit oder Schwächlichkeit ohne Nachtheil der Gesundheit nicht zu Fuß transportirt werden können;
- 3) wenn schwache Greise oder mehrere kleine Kinder transportirt werden;

( 2

4) wenn



- 4) wenn Personen höheren Standes transportirt werden, wobei überdem auch in Ansehung der Gattung des Wagens auf den Stand Rücksicht zu nehmen ist;
- 5) wenn wegen besonders schlechter Witterung oder unterwegs eintretener Unglücksfälle die Station ohne Wagen nicht würde erreicht werden können und Verhältnisse das, §. 7. Nr. 2. gedachte, Auskunftsmittel nicht gestatten.
- 6) wenn der Fußtransport wegen Wilderschüchtheit der Transportaten mit Sicherheit nicht fortgesetzt werden kann, und Verstärkung der Begleiter (§. 11.) nicht hinreichende Sicherheit gewährt;
- 7) wenn der Transportat unterwegs so erkrankt, daß er ohne Nachtheil seiner Gesundheit zu Fuß nicht weiter gebracht werden kann; und
- 8) wenn die Verhältnisse überhaupt einen schleunigen Transport erfordern.

In den Fällen 1. 2. 3. 4. und 8. muß die absendende Behörde den Wagen transport gleich anordnen, in den Fällen 5. 6. und 7. aber der Transportführer unterwegs die Fuhre annehmen, und ihn hierbei von jeder Obrigkeit, besonders aber von den Schulzen schleunigste Hülfe geleistet, in dem einen, wie in dem andern Falle aber auf die möglichst wohlfeile Anschaffung der Fuhre Bedacht genommen werden.

III. zu Pferde; dieser Reittransport ist nur ausnahmsweise in seltenen, dazu geeigneten, Fällen nicht anders, als mit besonderer Sorgfalt zulässig.

IV. zu Fuß; der Fußtransport ist bei bloßen Vagabonden und minder gefährlichen Verbrechern Regel, und findet allemal statt, wenn keine der vorgedachten Transportarten zulässig ist.

#### §. 10. 10. Militair, oder Ziviltransport.

Der Transport ist, nachdem er von der Gendarmerie und anderm Militair, oder von den Gemeinden geführt wird, Militair, oder Zivil- und Communaltransport.

I. Der Militairtransport ist in folgenden Fällen erforderlich.

- 1) Mörder, Brandstifter, Räuber, gefährliche Diebe, Betrüger oder ähnliche, die öffentliche Sicherheit beunruhigende, gefährliche Verbrecher, sind in Gemäßheit der Allerhöchsten Kabinetsordre vom 3ten December 1804 (Jahrbücher der Preussischen Gesetzgebung, Heft XLV., Abschnitt III. Nr. 111.) und der, auf deren Grund erlassenen Direktorialreskripte vom 18ten desselben Monats (Ediktensammlung vom Jahre 1804 Nr. 63.) und vom 15ten Januar 1805 (Jahrbücher a. a. O.) nicht anders, als militairisch, mithin, nach Vorschrift des §. 81. des Gendarmerieediktes vom 30sten Juli 1812, von der Königl. Gendarmerie, oder, wenn diese in genügsamer Anzahl nicht vorhanden sein sollte, von dem dazu requirirten Militair zu transportiren.

Die absendende Behörde oder die der Stationsörter hat deshalb die nöthigen Requisitionen zu erlassen; wenn solche Verbrecher von einer unbekannter







Der Transportführer muß nicht allein für die Erhaltung der bestimmten Anzahl während des Transportes sorgen, mithin, wenn einer der Begleiter an der Fortsetzung desselben unterwegs behindert werden sollte, an dessen Stelle am nächsten Orte einen andern requiriren, sondern er ist auch schuldig, während des Transportes an jedem Orte eine Verstärkung der Mannschaft in allen den Fällen zu requiriren, in welchen ihm gestattet sein würde, einen Wagen anzuschaffen (§. 9. Nr. 11.)

Zu Transporteurs müssen nur treue, zuverlässige, unerschrockene, handfeste und gewandte Männer genommen, mithin

- 1) Weiber;
  - 2) Männer über 60 Jahre alt;
  - 3) junge Leute unter 18 Jahren;
  - 4) schwache und unbeholfene Menschen, und
  - 5) Menschen von zweideutigem, üblen Rufe
- durchaus davon ausgeschlossen und dies auch bei etwaigen Stellvertretern beobachtet werden.

Es wird den Regierungen überlassen, auf den Transportstationen eine angemessene Anzahl solcher qualifizirter Personen auszumitteln, und gegen Entbindung von andern persönlichen Gemeindediensten oder andere angemessene Vergütung ein für allemal zu Transporteurs zu bestimmen.

Die absendende und resp. Stationsbehörde bestellt aus den Transporteurs einen zum Führer des Transportes, dessen Anordnungen die übrigen Folge zu leisten haben, und welchem die Transportkosten und Transportdokumente (§. 19. bis 21.) anzuvertrauen sind.

Ob und wie die einzelnen Transportaten den einzelnen Transporteurs zur besondern Bewachung anzuvertrauen sind, hängt von der Bestimmung der Behörde ab.

In dazu geeigneten Fällen kann die absendende Behörde überdem den Transport unter die Leitung eines Voligei, oder andern Beamten stellen, oder dem Transport einen Begleiter zu Pferde begeben.

Die Begleiter müssen nach der Gefährlichkeit und Anzahl der Transportaten und den übrigen Verhältnissen, mit Waffen, auf jeden Fall aber mit tüchtigen Knüppeln, so wie mit Schloßgeschloßren oder Stricken versehen sein, um davon nöthigenfalls Gebrauch zu machen; es müssen wenigstens so viele Transporteurs mit Waffen versehen sein, als Individuen transportirt werden.

#### §. 12. 12. Transportkosten.

Zu den Transportkosten gehören alle diejenigen Kosten, welche durch den Transport und die Verpflegung und die Bewachung auf demselben verursacht worden, mithin

- 1) die Verpflegungsgegelber des Transportaten auf dem Transporte;
- 2) die Postgebühren, und Wagen, oder Pferdemiethen in den Fällen der Zulässigkeit dieser Transportmittel (§. 9.);
- 3) die Vergütung für das Militär bei Militärtransporten (§. 10.);
- 4) die







Es hängt hierbei von ihrer Wahl ab, ob sie

1. die Transportkosten für den ganzen Transport auslegen, und von der Behörde des Bestimmungsortes wahrnehmen,

oder ob

11. sie diese Kosten nur bis zur nächsten Transportstation (§. 4.) vorschleßen will.

Im

ad 1. ersteren Falle, der sich bei kurzen Transporten innerhalb Landes empfiehlt, muß der Betrag der Transportkosten dem Transportführer zur genauen Berechnung mitgegeben werden und ist, dringende unerwartete Fälle abgerechnet, kein Zwischenort zu Auslagen verbunden.

Im

ad 11. zweiten Falle muß die absendende Behörde aber die, bis zur nächstfolgenden Transportetappe (§. 4.) erforderlichen Kosten vorschleßen, auf dem Transportzettel einzeln aufführen, und solchergestalt bei der nächstfolgenden Transportstation liquidiren, diese aber bei der Ablieferung des Transportaten die liquidirten, und unterweges etwa erwachsenen fernern Kosten der abliefernden Behörde sofort durch die zurückgehenden Transportanten erstatten; demnachst aber mit dem fortgehenden Transporte diese Kosten, und die, denselben hinzuzufügenden Kosten des Transportes von ihr bis zur nächstfolgenden Station vorschleßen, und von dieser auf eben diese Art wieder erheben. Dies Verfahren wird auf dem ganzen Transporte bis zum Bestimmungsorte beobachtet, von deren Obrigkeit die, auf dem ganzen Transporte erwachsenen, und solchergestalt von der letzten Stationsbehörde vorgeschossenen Kosten der letztgedachten Behörde erstattet werden.

Wenn die Kosten dem Regierungsfonds zur Last fallen (§. 13.); so liquidirt die letzte Stationsbehörde diese Kosten bei der absendenden Behörde und diese, unter Beilegung des Transportzettels, unmittelbar, oder durch die Kreisbehörde, bei der ihr vorgesetzte Regierung.

Jede Stations-, oder an deren Stelle tretende andere Behörde (§. 7.), so wie die annehmende Behörde muß diese Kostenersatzung und Auslage sofort und unweigerlich beschaffen, und die dagegen etwa habenden Erinnerungen bei der Behörde besonders anbringen.

Die Erstattung der vorgeschossenen Kosten von der folgenden oder von der Bestimmungsbehörde erfolgt aber nur denn, wenn der Transportat wirklich geliefert ist, fällt mithin weg, wenn derselbe auf dem Transport entsprungen sein sollte (§. 32.).

### §. 15. 13. Verfahren beim Transporte.

#### a. Feststellung des Bestimmungsortes.

Die absendende Behörde muß vor Anordnung des Transportes den Ort, nach welchem der Transportande gefählich abzuliefern ist, feststellen.

Bei



Bei den, von einer Justizbehörde zum Transporte abgegebenen Indivibuen (§. 2.) entscheidet hierüber deren Bestimmung; in andern Fällen ist, wenn der Bestimmungsort nicht zuverlässig aus den Akten hervorgeht oder die Angabe des Transportaten nicht sonst unzweifelhaft ist, zunächst durch Kommunikation mit der Behörde des Ortes, wohin der Transportande nach dessen Angabe zu bringen sein würde, auszumitteln, ob diese Behörde zu seiner Annahme bereit oder schuldig ist.

§. 16. b. Ausmittelung des Gesundheitszustandes des Transportanden.

Da der Transport auf den Gesundheitszustand des Transportanden keinen nachtheiligen Einfluß haben darf; so ist bei kranken oder schwachen Personen durch ärztliches Gutachten vorgängig festzustellen, daß der Transport ohne Nachtheil für die Gesundheit erfolgen könne und insbesondere, daß dies bei dem Fußtransport der Fall sei (§. 9.).

§. 17. c. Bekleidung desselben.

Die abliefernde Behörde muß vor dem Transport dafür sorgen, daß der Transportande, so weit es zur Sicherung gegen die Kälte und zur Vorbeugung eines öffentlichen Aergernisses erforderlich ist, nothdürftig, jedoch möglichst wohlfeil, bekleidet werde, widrigenfalls die Gendarmerie oder das Militär den Transport nicht übernehmen, oder die nächste Stationsbehörde dies nachholen muß.

§. 18. d. Anweisung der Transporteurs.

Die Behörden müssen die Transporteurs nach Beschaffenheit mündlich oder schriftlich über diejenigen Vorsichtsmaßregeln genau anweisen, welche, nach Maassgabe der Gefährlichkeit und anderer Verhältnisse der Transportaten, zu beobachten sind, insbesondere müssen den Gendarmen und dem Militär die zu transportirenden Individuen nach ihrer grössern oder geringern Gefährlichkeit bezeichnet werden, damit sich darnach in Ansehung der, zum Transporte zu commandirenden Subjekte gerichtet werden könne.

§. 19. e. Transportzettel.

Dem Transporte und insbesondere dem Transportführer wird ein Transportzettel mitgegeben, in welchem

- 1) das vollständige Signalement, und
- 2) die Bekleidung des Transportanden,
- 3) die Ursache des Transportes,
- 4) die Transportstrasse, und insbesondere der nächste Stationsort und die Behörde, an welche der Transportat dort abgeliefert ist,
- 5) der Bestimmungsort,
- 6) die Anzahl und Namen der Transporteurs und des Transportführers,
- 7) die Art des Transportes in Beziehung auf die Transportmittel (§. 9.), ob der Transportat gefesselt oder ungefesselt geführt wird, u. dgl.
- 8) die, den Transporteurs zur Ablieferung mitgegebenen Effekten und Papiere;
- 9) die Bestimmungen wegen der Transportkosten, deren Betrag, Erstattung u. s. w.
- 10) die, wegen des Transportes gegebenen, besonderen Anweisungen (§. 18.), und
- 11) Tag und Stunde des Abganges des Transportes, genau zu bemerken sind.



Der Transportzettel ist

- 1) für jeden der Transportaten, in sofern sie verschiedene Bestimmungsorte haben, besonders auszufertigen, und
- 2) nicht bloß mit der Unterschrift, sondern auch mit dem Siegel der absendenden Behörde zu versehen.

§. 20. f. Signalementsexemplare.

Außerdem erhält der Transportführer noch das vollständige Signalement der Person und der Kleidung der Transportaten, und zwar eines jeden derselben besonders und in duplo, um dadurch im Entweichungs-falle die Verfolgung zu erleichtern (§. 24.).

§. 21. g. Andere Papiere und Effecten.

Der Führer des Transportes bekommt ferner

- 1) einen Paß, in sofern er nöthig ist;
- 2) Abschrift des Schreibens, wodurch die Obrigkeit des Bestimmungsortes ihre Verbindlichkeit zur Annahme des Transportanden anerkannt hat;
- 3) das Schreiben der absendenden Behörde an die des Bestimmungsortes, mit den etwa mitzugebenden Akten, in sofern letztere dem Transport überhaupt anzuvertrauen und nicht lieber auf der Post abzusenden sind;
- 4) die dem Transportanden abgenommenen Gelder, Effecten und Papiere.

§. 22. h. Sicherheitsmaaßregeln.

Vor dem Abgange des Transportes sind die, in Ansehung der sicheren Führung desselben nöthigen, Maaßregeln zu nehmen und anzuordnen.

Gefährliche, starke widerspenstige Verbrecher und Vagabonden müssen in der Regel gebunden oder gefesselt transportirt werden. Die Transportantenführer müssen sich hierbei genau an die Bestimmung der absendenden oder Stationsbehörden halten, und sind nur berechtigt, hiervon abzugehen, wenn

- 1) der Transportat unterwegs die Flucht versuchen, oder sonst sich widerspenstig bezeigen sollte,
- 2) die einbrechende Dunkelheit die Besorgniß der Flucht verstärken mögte,
- 3) einer der Begleiter behindert sein sollte, den Transport fortzusetzen, und nicht gleich ersetzt werden kann, und
- 4) überhaupt unerwartete Ereignisse, z. B. Bruch des Wagens u. dgl. dies zur Sicherung des Transportes nothwendig machen.

Jeder Transportat ist, ehe er an den Transport abgeliefert wird, in dessen Gegenwart auf das genaueste zu visitiren; alle Instrumente, welche die Flucht erleichtern, und alle Dokumente, welche ihm darauf nützlich sein können, sind ihm nebst allem baaren Gelde abzunehmen und dem Führer mitzugeben.

Mördern, Räubern und Dieben, oder andern groben Verbrechern und gefährlichen Landstreichern, welche entwer schon früher auf Transporten entsprungen sind, oder besondere Gefahr der Entweichung begründen, kann nach Ermessen der absendenden Behörde, mit Berücksichtigung der Gesundheit, das Haupthaar ganz oder auf eine besonders in die Augen fallende Art abgeschoren werden. Die



Die absendende Behörde hat, so viel als möglich, die des Bestimmungsortes und der nächsten Stationsörter vom Abgange des Transportes noch vorher zu benachrichtigen.

§. 23. i. Führung des Transportes.

Der Transport ist ununterbrochen, und ohne Rücksicht auf Sonn- und Festtage fortzusetzen, und möglichst so einzurichten, daß die Stationsörter noch vor Einbruch der Dunkelheit erreicht werden.

Sollten unerwartete Umstände dies hindern, so bleibt dem Führer überlassen, entweder an einem Zwischenorte zu übernachten, oder den Transport durch Verstärkung der Begleitung (§. 11.) oder Fesselung (§. 22.) zu sichern, oder einen Wagen zu nehmen (§. 10.); im ersteren Falle muß jedoch der Transportat an die Ortsobrigkeit abgeliefert und in Ansehung der Bewachung nach Vorschrift des §. 27. verfahren werden.

§. 24. k. Betragen der Begleiter auf dem Transporte.

Die Transporteure müssen auf dem Transporte überhaupt nach dieser, und der ihnen gegebenen näheren Instruktion, und den Weisungen des Transportführers sich genau richten, und insonderheit auf die Transportaten und deren Benehmen ununterbrochen die strengste Aufmerksamkeit haben, und letztere besonders in Wäldern oder andern gefährlichen Gegenden verdoppeln und darin, so wie in allen Verhältnissen, welche die Flucht erleichtern können, die bekannten Sicherheitsmaaßregeln anwenden.

Die Transporteure müssen mit den Transportaten nicht über ihre Verbrechen, und die Beschaffenheit der Gegend, worin sie sind, sprechen, ihnen nicht gestatten, hierüber unter einander, oder überhaupt mit unbekannten Menschen auf der Landstraße sich zu unterhalten; Transportaten, welche mit einander bekannt sind, müssen auf dem Transporte möglichst getrennt werden; die Begleiter dürfen von den Transportanden nicht das geringste kaufen, oder eintauschen, oder zum Geschenke annehmen; wer zu Wagen transportirt wird, darf ohne dringende Veranlassung nicht herabsteigen, und muß dann besonders scharf bewacht, und, nach Bewandniß, gefesselt oder an einem Stricke geführt werden; den Transporteuren ist strenge verboten, auf dem Transporte zu schlafen; ohne Erlaubniß des Führers darf kein Begleiter sich vom Transporte entfernen; der Transport darf, außer Fällen der Noth, nur zu den gewöhnlichen Mahlzeiten in Wirthshäuser eintreten, und dann muß nach Verhältnissen der Transportat auf das strengste bewacht, und auf angemessene Art geschlossen oder gebunden werden.

Wenn einer der Transportaten die Flucht versucht oder entspringt, so ist Gewalt zu gebrauchen, um ihn daran zu verhindern, oder wieder zu ergreifen; er ist alsdann zu binden oder zu fesseln, auch nöthigenfalls am nächsten Orte ein Wagen zum weitem Transport zu nehmen. Wenn einer entsprungen ist, so muß die Aufsicht auf die übrigen verschärft und sie allenfalls gebunden und alle Vorkehrungen genommen werden, um den Flüchtling wieder zu erhalten, entweder durch sofortiges







Wenn ein Transportat entsprungen ist, so muß darüber bei der nächsten Stationsbehörde eine Untersuchung angestellt, und die Akten demnächst der Behörde, deren Transportanden der Transportat entwichen ist, zum weiteren Verfahren (§. 32.) übersandt werden.

Die, zum Transporte gehörigen Gelder, Papiere und andere Effekten werden der Stationsbehörde abgeliefert.

Dieselbe erstattet, in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 14. die, bis dahin aufgelaufenen Transportkosten der nächsten Stationsbehörde gegen Quittung des Transportführers, und liquidirt sie auf die obgedachte Art der nach ihr folgenden Behörde.

Sie giebt endlich dem Transportführer über die Ablieferung der Transportaten, Akten, Gelder und Effekten einen Empfangschein, und bemerkt auf demselben die Stunde der Ankunft und Abfertigung.

#### §. 27. n. Bewachung.

Die Stationsbehörde muß für die sichere und angemessene Bewachung des Transportaten Sorge tragen; sie geschieht in Gemäßheit des Direktorialreskripts vom 12ten März 1805 in den Nachquartieren, der Regel nach, in den Zivilgefängnissen, in Garnisonstädten erforderlichenfalls mit Konkurrenz des Militärs, in unbequartierten Orten aber auf die dort übliche Art der Bewachung der Gefangenen.

Gefährliche Verbrecher sind aber in Kriminalgefängnissen aufzubewahren.

#### §. 28. o. Weiterer Transport.

Jede Stationsbehörde muß den Transportaten ehealldigst weiter befördern, und dabei das bisher angeführte Verfahren, so weit es sich nicht auf die erste Behörde beschränkt, von Station zu Station befolgt werden.

In Ansehung der Zeit der weiteren Absendung ist zwar auf die Gesundheit der Transportaten, die Menge derselben und andere Verhältnisse zu sehen; möglichste Beschleunigung derselben muß indessen die Regel sein.

#### §. 29. p. Ablieferung am Bestimmungsorte.

Der Transportat wird mit den Geldern, Papieren und Effekten am Bestimmungsorte an diejenige Behörde abgeliefert, welche zu seiner Annahme verbunden ist, oder an diejenigen, welche sie zur Empfangnahme des Transportaten an der Grenze oder sonst, entgegen geschickt haben sollte.

Ueber die richtige Ablieferung des Transportaten wird auf dem Transportzettel quittirt, und in Ansehung der Erstattung der Transportkosten in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 14. verfahren.

#### §. 30. 14. Allgemeine Bestimmungen.

##### a. Befolgung der Requisition der Transporte.

Die Transporte müssen allenfalls von jedermann, besonders aber von den Obrigkeiten und Schulzen, mit gehöriger Achtung aufgenommen, die Requisitionen des Transportführers mit Willfährigkeit und Schnelligkeit erfüllt, und überhaupt den Transporten allenthalben Hülfe und Beistand schleunigst geleistet werden.

Die



Die Transportbegleiter müssen dagegen sich beschelben betragen, und zu keinen gegründeten Beschwerden Veranlassung geben, widrigenfalls aber ernstlich bestraft werden.

§. 31. b. Transport Unwessungen.

Die Regierungen haben zu veranlassen, daß die Transporteurs mit genauen Vorschriften über das, auf Transporten zu beobachtende, Verfahren versehen und damit bekannt gemacht werden.

§. 32. c. Bestrafung der Nachlässigkeiten und Vergehen.

Diese und die im §. 31. gedachten und übrigen Instruktionen müssen mit der größten Pünktlichkeit und auf das strengste befolgt werden; die geringste Vernachlässigung der darin enthaltenen Vorschriften ist mit angemessener Strafe zu beahnden, und bei grober Nachlässigkeit, Begünstigung und Kollusionsfällen krimi- nalrechtlich zu verfahren.

Neben den, hienach gesetzlich entweder administatorisch oder kriminalrechtlich zu erkennenden Strafen verlieren diejenigen Transporteurs, welche einen Transportaten auf dem Transporte haben entspringen lassen, wenn ihnen auch nur der allergeringste Grad von Fahrlässigkeit zur Last fällt, die etwa statt habenden Transportgebühren und müssen die, auf die Wiedererhaltung des entsprungenen Transportaten verwandten Kosten, Prämien u. s. w. tragen, auch, dem Befinden nach, ihrer Obrigkeit die von derselben verlegten, ihr aber nicht wieder zu erstattenden (§. 14.) Transportkosten ersetzen; überdem sind nachlässige Transporteurs von fernern Transporten auszuschließen, und auf ihre Kosten durch zuverlässige Stellvertreter zu ersetzen.

Obrigkeiten, welche unfähige oder nachlässige Transporteurs stellen, sind mit angemessenen Ordnungsstrafen zu belegen, und, dem Befinden nach, strenger zu bestrafen und in die, durch die Entweichung entstandenen Schäden und Kosten zu verurtheilen.

§. 33. d. Transportkontrolle.

Den Landräthen und Kreisbehörden liegt ob, die ihnen untergeordneten städtischen Amts- und Dorfbehörden, so wie die Schulzen in Beziehung auf die Transporte genau zu kontrolliren und die, dabel bemerkten, Vernachlässigungen und Pflichtwidrigkeiten ohne alle Nachsicht entweder selbst zu rügen, oder der vorgesetzten Regierung zum Zweck der Bestrafung anzuzeigen, widrigenfalls sie selbst sich verantwortlich machen.

Auch die Regierungen haben hierbei mit Strenge unnachlässiglich zu verfahren, und mit dem Schlusse eines jeden Vierteljahres zum Polizeiministerium ein Verzeichniß der, in ihrem Departement auf Transporten entsprungenen Verbrecher, Landstreichler und Arrestanten einzureichen, und auf demselben die Behörden, und die Transporteurs, die dabel nachlässig gewesen, und die gegen beide verhängten Strafen zu bemerken, diese Bemerkung aber in den folgenden Verzeichnissen nachzuholen, wenn die Strafe am Schlusse des Quartals noch nicht hat erkannt werden können.







sammten Betrag von der Inspektion des Land-Armenhauses gegen Ablieferung sämmtlicher Ausrüstungen einzulegt.

- 2) Für diejenigen polizeilich angeordneten Transporte, welche aus einer Provinz in die andere oder nach dem Auslande gehen, werden folgende Transportstraßen und Stationsörter bestimmt.

A. Von und über Berlin gehende:

- a. Berlin, Alt-Landsberg nach Müncheberg, und von da über Cüstrin oder Frankfurt nach Schlesien, Posen und Preussen.
- b. Berlin, Bernau, Neustadt, Eberswalde, Angermünde, Schwedt nach Bapa, auch über Garz nach Stettin.
- c. Berlin, Oranienburg, Zehdenick, Templin, Prenzlau, nach Pasewalk in Pommern, auch von Zehdenick nach Fürstenberg in Mecklenburg.
- d. Berlin, Böhlow, Seehausen, Rheinsberg, Wittstock nach Mecklenburg, auch von Seehausen über Kyritz, Perleberg, Lenzen nach Hamburg und Mecklenburg.
- e. Berlin, Potsdam, Brandenburg nach dem Magdeburgschen Regierungsdepartement.
- f. Berlin, Potsdam, Beelitz, Treuenbrietzen nach dem Merseburgschen Regierungsdepartement, auch den Anhaltischen Landen.
- g. Berlin, Mittenwalde, Baruth, Dahme, nach dem Merseburgschen oder Luckau.
- h. Berlin, Königs-Wusterhausen, Storkow, Beeskow, oder von Königs-Wusterhausen über Buchholz nach Lübben.

B. Nicht über Berlin gehende:

- a. von Stettin über Luckau, Prenzlau, Templin, Zehdenick, Lindow, Seehausen, Nauen, Brandenburg nach dem Magdeburgschen Regierungsdepartement, und umgekehrt nach Pommern.
- b. Lenzen, Perleberg, Kyritz, Neu-Ruppin, Lindow, Zehdenick, Templin, Prenzlau nach Pommern; ferner von Zehdenick, Joachimsthal, Angermünde, Schwedt, nach Pommern und Preussen.
- c. In eben der Art von Kyritz nach Havelberg, und von dort nach der Altmark.
- d. Wittstock, Rheinsberg, Seehausen, Nauen, Potsdam, Beelitz, Treuenbrietzen nach dem Merseburgschen Regierungsdepartement, und umgekehrt nach Mecklenburg.
- e. Prenzlau, Templin, Zehdenick, Oranienburg, Spandau, Potsdam, Beelitz, Treuenbrietzen nach dem Merseburgschen Regierungsdepartement, oder umgekehrt nach Mecklenburg und Pommern.

Die genannten Orte sind zugleich Transportstationen. Auch sind die sub B. angegebenen Straßen, welche nicht über Berlin führen, so viel als möglich, besonders bei gleichzeitigem Andrang vieler Transporte, zu benutzen, um die Stadt



Stadt Berlin nicht unnöthig mit Transporten zu überladen. Die Königl. Regierung zu Frankfurt hat die Städte Müncheberg, Beeskow, Luckau und Lübben, die Königl. Regierung zu Stettin die Städte Bahn, Garz und Pasewalk zu Stationsörtern an der Grenze unsers Departements bestimmt.

Von den Regierungen zu Merseburg und Magdeburg werden dieselben noch besonders bekannt gemacht werden.

In Fällen, wo zu dergleichen Transporten Wagen nöthig sind, müssen diese von den in polizeilichen Angelegenheiten nach §. 37. Tit. 7. Th. II. des Allg. Landrechts zum Kommunalvorspann verpflichteten Gemeinen unentgeltlich gestellt werden.

3) Obige Generallinstruktion gilt nur für die von den Polizeibehörden angeordneten Transporte. In Betreff derer, welche die Justizbehörden verfügen, bleibt es bei der bisherigen Einrichtung, so lange nicht die vorgesetzten Behörden gemeinschaftlich anderweltige Anordnungen treffen.

4) Die Herren Landräthe und Polizeidirektoren haben dem §. 33. der Instruktion zufolge, vierteljährig eine Nachweisung der entsprungenen Transportaten einzureichen, und für das letzte Quartal des Jahres 1816 dieses binnen 8 Tagen unfehlbar nachzuholen.

Nach den obigen Verfügungen werden auch die Formulare zu den Transporten passen abgeändert, und den Behörden die nöthigen Exemplare zugefertigt werden.

Potsdam, den 28ten Februar 1817.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Kabinettsordre vom 7ten Februar d. J. Hinsichts der Anwendung des sogenannten thierischen Magnetismus bei der Krankenbehandlung zu bestimmen geruht, daß:

- 1) um Mißbrauch zu verhüten, nur den gesetzlich approbirten Aerzten erlaubt sein soll, magnetische Kuren vorzunehmen,
- 2) diejenigen Aerzte, welche sich mit der Anwendung des thierischen Magnetismus abgeben, verpflichtet sein sollen, jedes Vierteljahr ihren vorgesetzten Behörden über den Verlauf der behandelten Krankheiten und über die Beobachtung der dabei vorgekommenen Thatsachen genaue Berichte abzustatten.

Hiernach haben die Herren Kreis- und Stadtpfysici darauf zu achten, daß die Anwendung des thierischen Magnetismus nicht von dazu unbefugten Personen unternommen werde, von den Aerzten aber, welche die magnetischen Kuren versuchen, über dieselben genaue Tagebücher geführt, und ihnen zur weiteren Beförderung anhero nebst ihren Gutachten, eingereicht werden.

Die ersten Berichte deshalb werden zum ersten April dieses Jahres erwartet.

Potsdam, den 10ten März 1817.

No. 86.

Thierischer  
Magnetis-  
mus.

I. p. 2937.  
Februar.

Nach der Bestimmung des Königl. Ministerii des Innern vom 28ten Januar d. J. sind die gerichtlichen Wundärzte und Kreischirurgen von Amtswegen verpflichtet, zur Verrichtung der Obduktionen folgende Sektionsinstrumente in guter und tadelloser Beschaffenheit stets eigenthümlich zu besitzen:

No. 86.

Obduktions-  
instrumente.

I. p. 142.  
März.



- 4 bis 6 Scalpelle — davon 2 mit gerader — die übrigen mit häuchlicher Schneide,  
 1 Scheermesser,  
 2 starke Knorpelmesser, davon eines zweischneibig ist,  
 2 Pinzetten,  
 1 Pinzette mit einem Haken verbunden,  
 2 einfache Haken,  
 1 Doppelhaken,  
 2 Scheeren, eine gerade, die vorne ein Knöpfchen hat, oder ohne Knöpfchen nicht  
 spitzig sondern abgerundet ist, dann eine krumme oder Richtersche,  
 1 Tubulus,  
 2 Sonden,  
 1 Säge,  
 1 Meißel mit Schlägel,  
 6 krumme Nadeln von verschiedener Größe,  
 1 Festerzirkel,  
 1 Zollstab.

Eben so müssen die Physiker zu gleichem Zweck

- 1 Zollstab,  
 1 ajustirtes Mensurirgefäß,  
 1 ajustirte Waage mit 10 Pfund Gewichten haben.

Sämmtliche Kreis- und Stadtphysik, Kreis- und gerichtlichen Wund-  
 ärzte haben sich aufs genaueste hiernach zu achten.

Potsdam, den 14ten März 1817.

No. 87.

Kupfer- und Messingwa-  
 ren.

2. 2. 1297.

März.

Da fremdes Kupfer und fremder Messing in den überelbischen Provinzen,

im Magdeburgischen,  
 im Halberstädtischen,  
 in der Altmark,  
 im Saalkreise,  
 im Mannsfeldischen und  
 in der Provinz Quedlinburg,

eben der Verbrauchsabgabe unterworfen sind, welche davon dießseits der Elbe erlegt  
 werden muß: so sollen die daraus in gedachten Provinzen verfertigten Waaren,  
 wenn sie dießseits mit gehörig ausgestellten Paßsirscheinen eingehen, keiner ferneren  
 Abgabe unterworfen werden.

Dieses wird daher dem Publikum und den betreffenden Offizianten, letzteren  
 zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Potsdam, den 18ten März 1817.

No. 88.

Gebühren bei  
 genehmigten  
 Holzverkauf-  
 sen.

2. b. 1681.

JANUAR

Den Forstämtern wird, mit Bezug auf die bereits an die Forstmeister unterma-  
 6ten November v. J. erlassene Verfügung eröffnet: daß die Ministerial-Kanzlei,  
 gebühren für die Approbation eines Holzverkaufes, welche nach der Bekanntmachung  
 vom



Vom 23ten April 1815 (Amtsblatt von 1815 16tes Stück Nr. 161.) von jedem Thaler des Holzwerthes,

- a. bei dem Eichen-, und Buchen-, Nuß-, Bau- und Brennholze mit zwei Pfennigen und
- b. bei dem Kiefern-, Bicken-, und Eichen-, Nuß-, Bau- und Brennholze mit einem Pfennig von den Käufern einzulegen sind, der Bestimmung des Königl. Finanzministeriums gemäß, nicht weiter erhoben werden sollen, und wir die Stempel-, Expeditons-, und Schreibgebühren nach den in jedem einzelnen Fall liquidirten Sätzen von den Käufern einzulegen lassen werden.

Potsdam, den 20ten März 1817.

Durch eine aus dem Königl. Finanzministerium unter dem 28ten Februar d. J. ergangene Verfügung ist bestimmt worden, daß den dürftigen Familien oder noch in Frankreich stehenden Soldaten, für den Winter 181 $\frac{1}{2}$  überhaupt eine halbe Klafter Kiefernklößen, Brennholz aus Königl. Forsten frei verabreicht werden soll.

No. 89.  
Brennholzunterstützung.  
Im 2b 1451  
März.

Sämmtlichen Forstämtern, desgleichen den Herren Landräthen und sämmtlichen Ortsbehörden im Departement der Regierung, wird solches zur Nachricht und Achtung mit der Aufforderung bekannt gemacht, hierbei im Allgemeinen in eben der Art zu verfahren, wie solches bei Bewilligung der Brennholzunterstützung für den Winter 181 $\frac{1}{2}$  durch die Verfügungen

vom 10ten September 1815 Amtsblatt von 1815, 37stes Stück,  
11ten November 1815 „ „ 45stes „  
11ten Dezember 1815 „ „ 60stes „

vorgeschrieben worden ist. Potsdam, den 20ten März 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

Des Königs Majestät haben auf die Vorschläge der Allerhöchst angeordneten geistlichen Kommission und den darauf erstatteten Bericht des Staatsministeriums, in Betreff der Verbesserung des protestantischen Kirchenwesens, Allerhöchste Bestimmungen zu erlassen geruhet, von denen vorläufig nachstehende, vorzüglich die Kirchenverfassung betreffende, zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden:

No. 7.  
Kirchenverfassung.

- 1) soll da, wo solches noch nicht Statt findet, in jedem Kirchspiele ein Presbyterium oder Kirchenkollegium aus dem Geistlichen und dem Patron bei Patronatskirchen, auch einigen Gemeindegliedern bestellt werden, welche das Wohl und die Gerechtsame der Kirche wahrzunehmen haben.
- 2) Die protestantische Geistlichkeit jedes Superintendentensprengels soll unter dem Vorstehe des Superintendenten eine Kreissynode bilden. Wenn die Geistlichen beider protestantischen Konfessionen sich in eine Synode vereinigen, so wird solches Er. Majestät dem Könige zum Wohlgefallen gereichen, jedoch sollen sie hiezu keinesweges gezwungen werden.

Die Bestimmung dieser Synoden ist Beförderung fortzuschreitender Ausbildung der Geistlichkeit und eines würdigen Betragens derselben, weshalb ihnen



ihnen auch die Handhabung der Disziplin über Geistliche und Kandidaten des Predigtamtes durch Ermahnung, Zurechtweisung, und, wo dieses nicht genügt, Anzeige an die geistliche Behörde zustehen soll; ferner Berathung der innern Angelegenheiten der Kirche zur Erhaltung der Einigkeit in der Lehre und Liturgie, desgleichen die Aufsicht auf die Ausbildung der Kandidaten und auf die Volksschulen, und insbesondere auf den Religionsunterricht in allen Schulen. Aenderungen, welche die Kreissynoden in den innern Angelegenheiten der Kirche nach ihrer Berathung für nöthig erachten, müssen durch die Superintendenten

3) in die Provinzialsynode zur Prüfung gebracht werden, welche in jeder Provinz aus sämmtlichen Superintendenten, unter dem Vorstehe eines Generalsuperintendenten, gebildet werden, und sich, nachdem es nöthig ist, ein- oder zweimal im Jahre versammeln und die innern Angelegenheiten der Kirche der ganzen Provinz berathen soll. Ihre Beschlüsse sollen dem Konsistorium der Provinz vorgelegt, von diesem geprüft, und mit dessen Gutachten dem Königl. Ministerium des Innern eingesendet werden.

Eine noch zu erwartende Synodalordnung wird die weitem und speciellern Bestimmungen, in Betreff der zu bildenden Presbyterien und Synoden, festsetzen.

- 4) In Betreff der äußern Lage der Geistlichen soll wenigstens der Zustand derselben, wie solcher im Jahre 1806 gewesen, mit denen ihnen damals zugestanden Immunitäten wieder hergestellt, und es sollen ihnen die seitdem auferlegten Lasten wieder abgenommen werden, worüber, so wie über die allgemeine Abschaffung des Beichtgeldes und die Entschädigung der Geistlichen dafür noch die besondern Bestimmungen ergehen werden.
- 5) Um alle diese Vorberestungen eines bessern Zustandes der evangelischen Kirche zu einem festen und großen Ziele zu führen, soll nach Verlauf von 5 Jahren über die Vorschläge der Kreis- und Provinzialsynoden zur Verbesserung des Kirchenwesens eine Generalsynode hier in der Residenz zusammenberufen, und es sollen deren Beschlüsse Sr. Majestät Allerhöchst Selbst vorgelegt werden.

Berlin, den 14ten März 1817.

### Personalchronik.

Der Oberprediger M. Rall zu Wolkenberg ist an die Stelle des emeritirten Superintendenten Kietze zum Superintendenten der Pfarze Friedeberg ernannt worden.

Der invalide Unteroffizier Kolwes ist zum Chauffeeinnehmer bei Brandenburg auf der Chauffee nach Plau, der invalide Feldwebel Kühne zum Thorschreiber in Spandau, und der invalide Landwehrmann Gahrmarter zum Thorschreiber in Plauen bestellt worden.

Der blasperige Gendarme Dommert ist bei dem Stadtgericht zu Prenzlau als Muntius angestellt worden.

(Hierbei ein Extrablatt.)







2) die Antrittsgelder an sämmtliche bis einschließlic den 78sten Termin, den 1sten Oktober 1814, ausgeschiedene Interessenten unter nachstehenden Rezeptionsnummern:

85, 200, 247, 279, 376, 382, 426, 472, 483, 505, 528, 548, 555, 564, 631, 677, 700, 705, 780, 811, 864, 867, 891, 895, 902, 939, 947, 953, 974, 1013, 1096, 1113, 1148, 1221, 1269, 1303, 1312, 1330, 1406, 1434, 1453, 1468, 1476, 1533, 1554, 1601, 1606, 1634, 1638, 1643, 1654, 1693, 1716, 1782, 1788, 1794, 1800, 1804, 1806, 1902, 1922, 1932, 2053, 2070, 2097, 2109, 2130, 2144, 2151, 2154, 2163, 2224, 2299, 2307, 2323, 2338, 2341, 2352, 2363, 2369, 2376, 2399, 2413, 2486, 2500, 2540, 2546, 2551, 2573, 2575, 2682, 2633, 2637, 2670, 2762, 2766, 2773, 2779, 2827, 2855, 2878, 2905, 2909, 2939, 2953, 2962, 3039, 3084, 3089, 3101, 3124, 3141, 3143, 3188, 3194, 3196, 3208, 3229, 3259, 3263, 3278, 3337, 3391, 3399, 3431, 3436, 3439, 3457, 3476, 3481, 3483, 3484, 3515, 3522, 3525, 3527, 3555, 3591, 3605, 3608, 3646, 3662, 3675, 3706, 3712, 3724, 3729, 3740, 3776, 3794, 3817, 3837, 3847, 3854, 3859, 3882, 3949, 3957, 3962, 3966, 4013, 4025, 4035, 4060, 4087, 4113, 4118, 4140, 4219, 4230, 4253, 4266, 4348, 4382, 4396, 4408, 4409, 4423, 4434, 4461, 4505, 4555, 4567, 4572, 4581, 4584, 4600, 4620, 4642, 4674, 4741, 4758, 4772, 4803, 4808, 4912, 4942, 4949, 4950, 4963, 4965, 4987, 5044, 5059, 5064, 5103, 5123, 5164, 5168, 5198, 5214, 5339, 5396, 5410, 5436, 5458, 5485, 5512, 5513, 5522, 5631, 5672, 5673, 5688, 5715, 5749, 5751, 5776, 5833, 5899, 5911, 5914, 5936, 5942, 5995, 6045, 6058, 6075, 6078, 6103, 6155, 6180, 6219, 6235, 6246, 6331, 6461, 6571, 6577, 6616, 6787, 6816, 6862, 6891, 6907, 6930, 6943, 7036, 7049, 7067, 7142, 7184, 7185, 7237, 7315, 7351, 7450, 7501, 7579, 7620, 7671, 7819, 7877, 7919, 7925, 7989, 8016, 8048, 8059, 8070, 8197, 8289, 8340, 8346, 8417, 8557, 8582, 8678, 8769, 8770, 8839, 8848, 8952, 8959, 9002, 9090, 9123, 9140, 9152, 9164, 9224, 9264, 9302, 9310, 9316, 9328, 9346, 9374, 9516, 9549, 9676, 9682, 9693, 9767, 9767, 9773, 9778, 9786, 9835, 9840, 9939, 9945, 9952, 10072, 10110, 10114, 10176, 10204, 10261, 10262, 10303, 10380, 10529, 10575, 10659,

auszahlen lassen wird.

Die Zahlung der Pensionen nimmt mit dem 3ten April dieses Jahres und die der Antrittsgelder mit dem 1sten März dieses Jahres auf der General-Wittwen-Kasse (Mollenmarkt Nr. 3.) ihren Anfang, woselbst jedoch nicht länger als bis Ende April dieses Jahres täglich Vormittags von 9 bis 1 Uhr, die Pensionen gegen vorschristsmäßig, nicht früher als am 1sten April dieses Jahres ausgestellte, mit der Wittwennummer bezeichnete, gerichtlich beglaubigte und mit dem gesetzlichen Wechselstempel versehene Quittungen; die Antrittsgelder aber gegen Zurückgabe der von vollständig legitimirten Interessenten gerichtlich quittirten Rezeptionscheine, in Empfang genommen werden können.

Denjenigen Wittwen, welche ihre Pensionen einzeln durch die Post zugesandt erhalten wollen, wird hiermit bekannt gemacht, daß wegen der außerordentlich vermeh-

me-







Es hat bisher 600 Rthlr. Gold und 1100 Rthlr. Rourant an jährlicher Pacht getragen.

Das Gut Wentorff grenzt daran, liegt unweit der Elbe, ist separirt und enthält:

147 Morgen 44 □ Ruthen	kultivirten Acker,
66 — 3 —	Wiesen,
78 — 126 —	Welde,
4 — — —	Gärten,

auf Eumloser Feldmark:

8 Morgen 8 □ Ruthen Acker im Gemenge mit dem der Gemeinde Eumlosen, in der Elbe:

48 Morgen 42 □ Ruthen	Acker,
55 — 26 —	Wiesen,
257 — 138 —	Grundhütung,
1 — 76 —	Gärten.

Es hat an jährlicher Pacht bisher 200 Rthlr. Gold und 450 Rthlr. Rourant getragen.

Zur Abgabe der Gebote ist ein Termin auf

den 10ten April d. J. Vormittags 10 Uhr

in Gadow angesetzt, wozu Pachtlustige eingeladen werden, mit der Bekanntmachung, daß die Pachtbedingungen und die Ertragsanschläge beider Güter, sowohl bei dem Königl. Major Herrn v. Wisamowiz auf Gadow, als auch bei Unterzeichnetem können eingesehen werden. Dom Havelberg, den 8ten März 1817.

Der Exekutor testamenti des Königl. Generalfeldmarschalls Hrn. v. Müllendorff,  
Domrichter Ruplmeyer.

---

Die jetzt der pfeiligen Stadt gehörigen ehemaligen Direktor Stengelschen Grundstücke, bestehend in einer Groß- und einer Kleinbürgerstelle, nebst sämmtlichen damit verbundenen privativen Koppeln, Wiesen, gemeinschaftlichem Hütungsrechte und sonstigen Gerechtsamen, sollen am 28sten April d. J. Vormittags auf dem Rathhause hieselbst an den Meistbietenden verkauft werden.

Mauen, den 17ten März 1817.

Der Magistrat.

---

### B e k a n n t m a c h u n g.

Es ist mir von der höchsten Staatsbehörde ein Patent über das ausschließliche Recht, nach meiner Erfindung Linen auf Papier mittelst einer Maschine zu pressen, vom 17ten Februar dieses Jahres an auf fünf nacheinander folgende Jahre, für die Bezirke der Regierungen von Berlin und Potsdam gültig, verliehen worden. — Ich mache dieses nach Vorschrift des Publikandums vom 14ten Oktober 1815. hierdurch öffentlich bekannt.

Berlin, den 6ten März 1817.

Der Buchbinder und Lederwaaren-Fabrikant  
Karl Kühn, breite Straße No. 25.

---



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 14. —

Den 4ten April 1817.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 6te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

No. 409. Die Verordnung vom 24sten Dezember 1816, die Verwaltung der den Gemeinen und öffentlichen Anstalten gehörigen Forsten in den Provinzen Sachsen, Westphalen, Elbe, Berg und Niederrhein betreffend.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Es ist eine abermalige Zinsenzahlung auf die Lieferungsscheine angeordnet.

Dem gemäß wird die Staatsschulden-Zinsungskasse in der Zeit vom ersten bis letzten Mai d. J. die Zahlung der fälligen Zinsen vom ersten Januar bis letzten Dezember 1816 auf die noch nicht eingelöseten in erster Hand befindlichen Lieferungsscheine, in eben der Art als früherhin leisten, weshalb auf die Bekanntmachungen vom 22sten Dezember 1816. und 23sten Januar v. J. Bezug genommen wird.

Zu der gegenwärtigen Zinsenzahlung gelangen alle jene noch in erster Hand befindlichen Scheine, welche in der Zeit bis letzten Junius 1816. ausgefertigt sind, und zwar in der Art, daß auf die Scheine, deren Ausfertigung bis letzten Dezember 1816. erfolgt ist, die Zinsen vom 1sten Januar bis letzten Dezember 1816., auf die aber, welche vom 1sten Januar bis letztem Junius 1816. ausgefertigt sind, die Zinsen vom ersten Julius bis letztem Dezember 1816. gezahlt werden.

Die Zahlung dieser Zinsen geschieht bei der gedachten Kasse in den Vormittagsstunden und kann nur auf Vorzeigung des Lieferungsscheins, worauf die Zahlung vermerkt werden muß, gegen Quittung erfolgen.

Zu den Lieferungsscheinen der ersten Hand werden auch solche gerechnet, die den Erben des ersten Inhabers zugehören, oder den Mitgliedern der Kommunen, welche solche Scheine für ihre Gesamtforderungen empfangen und den einzelnen Mitgliedern bei der Auseinandersetzung zugetheilt haben, vorausgesetzt, daß darüber die gehörige Bescheinigung auf den Lieferungsscheinen selbst, oder außerdem vorhanden ist.

Hierbei wird zugleich aus jenen frühern Bekanntmachungen in Erinnerung gebracht, daß Lieferungsscheine unter fünf und zwanzig Thaler keine Zinsen geben,

No. 90.  
Zinszahlung  
von Liefer-  
ungsscheinen  
2. b. 1036.  
Wdh.



welches auch bei den Lieferungsscheinen zu höhern Summen auf den Theil des Kapitalsbetrags, der nicht 25 Rthlr erreicht, Anwendung findet.

Um vorzüglich den in entfernten Provinzen wohnenden Inhabern die Einziehung der Zinsen zu erleichtern, ist wieder die Einrichtung getroffen, daß die Reglerungs-Hauptkassen, jedoch ebenfalls nicht anders als gegen Vorlegung des Lieferungsscheins und gegen Quittung Zahlung leisten, und zwar gleichmäßig in der Zeit vom 1sten bis letzten Mai dieses Jahres.

Es kann sich also jeder dieser Inhaber an die ihm zunächst befindliche Reglerungs-Hauptkasse dieserhalb wenden.

Dagegen ist es durchaus nicht zulässig, daß Lieferungsscheine an die Staatsschulden-Erlöskasse eingesandt werden, um von ihr den Zinsbetrag zu erhalten; die Kasse wird und muß vielmehr dergleichen etwaige Anträge ablehnen.

Berlin, den 12ten März 1817.

Ministerium der Finanzen.

Vierte Generalverwaltung.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiedurch zur Kenntniß des Publikums gebracht, mit dem Eröffnen, daß die Inhaber dieser Lieferungsscheine die Zinsen entweder persönlich oder durch einen mit gehöriger Legitimation versehenen Bevollmächtigten bei unserer Hauptkasse erheben müssen, und daß keine Zahlung erfolgen wird, wenn die Lieferungsscheine unter der Adresse an die Reglerungskasse eingesandt werden.

Potsdam, den 21sten März 1817.

No. 91.  
Kirchen-  
bücher.  
J. c. 878.  
März.

Mit Bezug auf die pag. 166. des vorjährigen Amtsblatts erlassene Verfügung vom 20sten April v. J. wird hiedurch bekannt gemacht, daß die zu A. a. daselbst gedachten gedruckten Tabellen zu den Kirchenbüchern jetzt bei dem Erbpächter der Realschulbuchhandlung in Berlin Herrn Reimer, das Buch zu 24 Bogen gerechnet, zu Einem Thaler Silbergeld  $\frac{1}{2}$  zu haben sind. Rabatt von Seiten des Herrn Reimer findet nicht mehr statt. Die noch vorhandenen Tabellen müssen die Herren Prediger jedoch zuvor noch verbrauchen.

Potsdam, den 16ten März 1817.

No. 92.  
Kirchen- und  
Hauskollekte.  
J. c. 1481.  
März.

Das Königl. Ministerium des Innern hat zum Neubau des Schulhauses in Fürstenseide eine protestantische Kirchen- und Hauskollekte in der Provinz Brandenburg, bei den außerordentlichen Unglücksfällen, welche diesen Ort in der Nähe von Küstrin, sowohl durch ausgestandene Kriegerdrangsale als durch erlittenen Brand im Jahre 1814 betroffen haben, bewilligt.

Mit Bezug auf die Seite 172, 173, 246 und 247 des vorjährigen Amtsblatts befindliche Verfügungen vom 20sten April und 9ten Julius v. J. werden die landrätshlichen Behörden und Magisträte unsers Reglerungsdepartements aufgefordert, die Hauskollekte, die Superintendenten und Prediger hingegen die Kirchenkollekte zu veranlassen, und den Ertrag an die künftige Kommunal- und Institutenskasse mittelst vollständigen Lieferzettels zu übersenden.

Potsdam, den 21sten März 1817.







Vorstehende Bekanntmachung wird zur Nachachtung sämmtlicher betreffenden Behörden in den zum kaiserlichen Regierungsbezirk gehörigen Landestheilen des Herzogthums Sachsen, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 17ten März 1817.

No. 96.  
Baumschulen.  
I. p. 2381.  
März.

Das 10te Stück des Amtsblatts für 1815 Seite 62 bis 67. zeigt die Nothwendigkeit der Anlage von Baumschulen Behufs der Bepflanzung der Wege, und aus den auf die Verfügung Nr. 28. des Amtsblatts vom Jahre 1816 erstatteten Berichten geht hervor, daß damit in einzelnen Kreisen mit vorzüglichem Eifer vorgegangen worden ist. Sämmtlichen Ortsobrigkeiten wird diese Angelegenheit hierdurch in Erinnerung gebracht, und sie haben den Landräthen bis zum 15ten April d. J. anzuzeigen, in welcher Größe, nach □ Ruthen gerechnet, die Baumschule angelegt ist, was zur Kultur derselben geschehen, insbesondere ob der Boden, wie es nothwendig, ragelt, und mit wie vielen Bäumen und von welcher Art solche bepflanzt worden ist. Zum 1sten Mal d. J. haben die Herren Landräthe die hienaus zu entwerfende Uebersicht uns einzureichen.

Potsdam, den 18ten März 1817.

No. 97.  
Wegebesserungen.  
I. p. 2381.  
März.

Sämmtlichen Ortsobrigkeiten wird bei der fortdauernden feuchten Witterung eine geschärfte Aufsicht auf die öffentlichen Wege hiermit zur Pflicht gemacht, und die Vorschrift des allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. 20. §. 771., woselbst es heißt: Wenn jemand die ihm obliegende Unterhaltung öffentlicher Wege, Brücken u. s. w. vernachlässigt, und die an ihn ergangene Aufforderung fruchtlos gewesen ist, so soll die Obrigkeit die nöthigen Reparaturen von Amtswegen veranstalten, die Kosten aber von ihm durch Exekution betreiben lassen.

Hierdurch in Erinnerung gebracht.

Auch wird erwartet, daß mit dem Eintritt des Frühjahrs, als der schicklichsten Zeit der Wegebesserung, mit Regulirung und Bepflanzung der öffentlichen Wege fortgefahren werden wird; und die Herren Landräthe werden aufgefordert, die einzelnen Obrigkeiten hierin möglichst zu unterstützen.

Potsdam, den 18ten März 1817.

#### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichtes.

No. 11.  
Vermögens-  
Beschlag-  
nahme des  
Deserteurs.

Sämmtliche Untergerichte in dem vormals sächsisch gewesenen Theile unseres Departements werden hierdurch angewiesen, in Desertionsfällen zum Militärdienst eingestellter Individuen, auf die ihnen von den Regimentern ertheilte Nachricht, sofort das Erforderliche wegen der Vermögensbeschlagnahme des Deserteurs zu verfügen, und daß solches geschehen, den betreffenden Regimentern jedesmal anzuzeigen.

Berlin, den 13ten März 1817.

No. 12.  
Etat der  
Untergerichte.  
Salarien.  
lassen.

Des Herrn Justizministers v. Richters Excellenz haben verordnet, daß die zur Bestärkung gelangenden Etats der Untergerichte, Salarienlisten für das Jahr 1817 sofort angesetzt werden sollen.

Zur







## Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

**No. 8.** Da mehrere Superintendenten und einzelne geistliche Ministerien unserer, durch Nachweisung der getauften Juden, die Amtsblätter der drei Königl. Regierungen der Provinz, bekannt gemachten Verfügung vom 24ten Januar c. noch nicht genügt und die Nachweisung der seit dem 1ten März 1812 getauften Juden nicht bei uns eingebracht, oder wenigstens, daß solche Tausen nicht vorgefallen sind, nicht angezeigt haben, so fordern wir die Säumigen hiermit auf, jene Verfügung ganz unfehlbar binnen spätestens 14 Tagen zu erledigen, widrigenfalls sie durch Ordnungsstrafen dazu angehalten werden sollen.  
Berlin, den 27ten März 1817.

**No. 9.** Diejenigen Geistlichen und Lehrer der Provinz Brandenburg, welche das Lehr- und Erziehungs-Institut des Herrn Doktors Plamann hieselbst mit seinen Einrichtungen und den, diesen zum Grunde liegenden Prinzipien näher kennen zu lernen wünschen, werden, auf Veranstaltung des Königl. Ministerii des Inneren, die zu dessen Benützung nöthige Anleitung vom dem Vorsteher durch Anschauung, Vorträge und Uebung erhalten; die hierzu bestimmte regelmäßige Zeit ist, für den Sommer der Raum von sechs Wochen, von Pfingsten d. J. abwärts, und für den Winter vom 1ten November an bis gegen Weihnachten. Alle welche Theil zu nehmen wünschen, haben uns, sofern sie den ersten Kursus benützen wollen, ihre Namen und Wohnörter sogleich anzugeben und demnächst weitere Anweisung zu gewärtigen; für den Winterkursus erwarten wir die Anmeldungen in der ersten Hälfte des Oktobers. Wer außer dieser Zeit sich meldet, muß sich mit dem Besuch der Lehrstunden und dem Bewohnen der Konferenzen begnügen.  
Berlin, den 27ten März 1817.

## Personalchronik.

Der vormalige Pächter Knauff zu Havelberg ist als Königl. Oekonomiekommissarius angestellt, und der Invalide Feldwebel Detert zum Assistenten bei der Kommunal- und Institutenkasse der hiesigen Regierung bestellt worden.

## Vermischte Nachrichten.

### Belobigung.

Der Schulze Plath und die Gemeine zu Alt-Glosow im Ruppinschen Kreise haben bei der ihnen am 10ten Dezember v. J. in dem benachbarten Dorfe Burow gelungenen Wiederergriffung des aus der Festung Stettin entsprungenen Uchtmann nicht nur Umsicht, sondern auch einen rühmlichen Eifer für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit an den Tag gelegt.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra - Blatt

zum

14ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Es wird hierdurch vorläufig zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß wahrscheinlich binnen kurzem ein Termin wird anberaumt werden:

- 1) zur Verpachtung der Vornstädtischen Amtsvorwerke Vornstädt und Virschheide, nebst der dazu gehörigen Brau- und Brenneret, nach einem neuen, mit Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse angefertigten Anschläge;
- 2) zur gemeinschaftlichen Verpachtung des Vorwerks Vornstädt und der oben gedachten Pertinenzien mit dem Vorwerke Vornim, Amts Potsdam;
- 3) zum Verkauf oder zur Vererbpachtung des zuletzt gedachten Vorwerks Vornim, Amts-Potsdam,

wobei die Auswahl der verpachtenden Behörde darüber, welchem von den Geboten sie den Vorzug zu geben für gut findet, vorbehalten werden wird. Das Nähere wird nächstens bekannt gemacht werden. Den 14ten März 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

Die unweit Wriezen nahe an der Oder liegenden Königlichen Zollgebäude zu Hohensaaten mit den dazu gehörigen Grundstücken sollen dem Meistbietenden verkauft werden, und es ist dazu bei der Unannehmbarkeit des ersten Gebots ein anderer Bietungstermin auf den 30sten Mai d. J. Morgens 10 Uhr vor dem Steuer-rath Fromm im Zollgebäude zu Hohensaaten selbst angesetzt worden. Daselbst sind die Taxen der Gebäude, welche auf 4933 Rthlr. 21 Gr. abgeschätzt sind, und die Taxen der Grundstücke einzusehen, so wie auch die Verkaufsbedingungen zu erfahren. Kauflustige, welche vorher die Grundstücke in Augenschein nehmen wollen, haben sich bei dem Zollrendanten Brees daselbst zu melden.

Den 26sten März 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

## S t r e c k b r i e f.

Der aus Walle bei Altona gebürtige, hierinnen signalisirte Müllergeselle Johann Ludwig Bock, welcher wegen Vagabondirens von Goldin aus in seine Heimath gesandt wurde, ist heute auf dem Transporte von hier nach Templin seinem Begleiter in der Kavelheide entsprungen. Er soll eine maserne Schnupftabacksdose bei sich führen, in welcher ein Saltenspiel angebracht ist, das einen beliebten Walzer spielt. Vielleicht verräth er sich mit dieser Dose.

Wenn irgend jemand im Lande diesen Vagabonden antreffen sollte, so ersuchen wir um dessen Herfundung gegen Erstattung der Kosten.

Neu-Ungermünde, den 19ten März 1817. Bürgermeister und Rath.

## S t i g n a l e m e n t.

Der Müllergeselle Johann Ludwig Bock ist 30 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, hat blonde Haare, erhobene Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, starke Nase, erhobenen Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, frische Gesichtsfarbe, und ist von starker Statur.

B a u.

No. 6.



## B a u h o l z , V e r k a u f .

Auf höhere Verfügung sollen 60 Stück kieferne Sageblöcke, zu 24 Fuß lang, und 100 Stück kiefern Stark-Bauholz in der Königl. Zossenschen Forst, wor selbst diese Hölzer größtentheils schon gestämmt und auf Unterlagen gebracht sind, meistbietend verkauft werden. Der Versteigerungstermin ist auf den 16ten April d. J. Vormittags 10 Uhr zu Zossen im Geschäftszimmer des Rentamts daselbst angesetzt, wozu Kauflustige eingeladen werden. Wer das Holz vorher besehen will, wende sich an den Landjäger Berend zu Kummerdorsdorf.

Zossen, am 16ten März 1817.

Königliches Forstamt Zossen.

### A v e r t i s s e m e n t .

Anbefohlenemassen sollen in den hiesigen Amtswaldungen, und zwar:

den 10ten April a. c.

auf Brucker Halbe 123 Stück kieferne Sageblöcke, 1 Klafter buchen Klobenholz,  $\frac{1}{2}$  Klafter buchen Knüppelholz,  $8\frac{1}{2}$  Klafter eichen Klobenholz,  $13\frac{1}{2}$  Klafter eichen Mangholz, 5 Klafter eichen Knüppelholz,  $9\frac{1}{2}$  Klafter eichen Stubbenholz,  $61\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Klobenholz,  $332\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Mangholz,  $28\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Knüppelholz,  $133\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Stubbenholz;

den 11ten April a. c.

auf Dippmannsdorfer Halbe 720 Stück kieferne Sageblöcke, 300 Klafter kiefern Klobenholz, 100 Klafter kiefern Mangholz, 30 Klafter kiefern Knüppelholz;

den 12ten April a. c.

auf Klepzig, Niemegker Revier, und zwar

1) im Werder vor Niemegk,

1 eichener und 118 Stück kieferne Sageblöcke, 16 Klafter eichen Kloben- und  $19\frac{1}{2}$  Klafter eichen Knüppelholz;

2) im Haagen,

15 Stück kieferne Sageblöcke, 2 Klafter eichen Klobenholz, 23 Klafter eichen Mangholz, 5 Klafter eichen Knüppelholz,  $5\frac{1}{2}$  Klafter birkten Mangholz, 2 Klafter kiefern Klobenholz,  $29\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Mangholz,  $\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Knüppelholz, und  $5\frac{1}{2}$  Klafter espen Mangholz;

3) im Mühdorfer Halbe,

103 Stück kieferne Sageblöcke, 4 Klafter eichen Klobenholz,  $\frac{1}{2}$  Klafter eichen Mangholz,  $1\frac{1}{2}$  Klafter eichen Knüppelholz,  $4\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Klobenholz, 74 Klafter kiefern Mangholz, und  $4\frac{1}{2}$  Klafter kiefern Knüppelholz in kleinen Partien an den Meistbietenden gegen gleich baar zu leistende Bezahlung verkauft werden. Solches und daß sich Kauflustige an den bestimmten Tagen in dem Forsthaufe zu Dippmannsdorf und in dem Gasthose zur grünen Linde in Niemegk, einzufinden haben, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Das Holz kann täglich in Augenschein genommen werden.

Belpzig, am 28sten März 1817.

Königliches Preussisches Forstamt daselbst.







**No. 99.** Einer Bestimmung des Königl. Polizeiministeriums zufolge, soll künftighin in den Pässen der Müllergesellen bemerkt werden „ob der Wandernde ein Wind- oder Wassermüller ist; welches sämmtlichen Polizeibehörden unserer Regierung, bezirks zur Achtung hiermit eröffnet wird. Potsdam, den 22sten März 1817.

**No. 100.** Die in der Verfügung vom 31sten Mai 1814. (Amtsblatt 1814. Nr. 187.) dem dem Auslande zunächst gelegenen Polizeibehörden ertheilte Authorisation zur Ausfüllung von Eingangspass, Blanquets wird, auf erfolgte Genehmigung des Königl. Polizeiministeriums, hienit dahin ausgedehnt, daß die dort benannten Behörden auch andere Reisende, als Künstler und Handwerksgesellen, mit dergleichen ausgefüllten Eingangspass, Blanquets versehen können.

**No. 100.**  
Eingangspass.  
r. p. 2235.  
März.

An die Stelle der zu dem Frankfurter Regierungsdepartement übergegangenen Polizeibehörden zu Frankfurt und Beeskow treten die von Dahme und Belgig. Uebrigens dürfen die nach Satz 6 der erwähnten Verfügung vom 31sten März 1814. erforderlichen Verzeichnisse der ausgefertigten Eingangspässe künftighin nicht mehr eingebracht werden. Potsdam, den 26sten März 1817.

**No. 101.** Auf Ihre Anzeig vom 6ten November v. J. will ich die in den Departements der Merseburger und Liegnitzer Regierungen bereits geschehene Publikation des Vorfluchtsedikts vom 15ten November 1811. hienit genehmigen, auch geschehen lassen, daß damit in den übrigen von Sachsen abgetretenen Landestheilen verfahren werde. Berlin, den 6ten Januar 1817.

**No. 101.**  
Vorfluchts-  
edikt.  
I. p. 1151.  
März.

An Friedrich Wilhelm.  
die Staatsminister v. Kirchhausen und v. Schuckmann.

Selne Königl. Majestät haben auf den Antrag der unterzeichneten Ministerien vermittelst der oben abgedruckten Kabinettsordre vom 6ten v. M. zu genehmigen geruht, daß mit Publikation des Vorfluchtsedikts vom 15ten November 1811. in den von Sachsen abgetretenen Landestheilen verfahren werde. Die Königl. Regierung hat daher die Publikation in den zu Ihrem Departement gehörigen vormals sächsischen Distrikten zu veranlassen. Berlin, den 24sten Januar 1817.

Der Justizminister. Der Minister des Innern.  
An v. Kirchhausen. v. Schuckmann.  
die Königl. Regierung zu Potsdam.

Vorstehende Bestimmung wird zur Befolgung der Vorschriften des Edikts vom 15ten November 1811. in den zum hiesigen Bezirk gehörigen Theilen des Herzogthums Sachsen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 2ten April 1817.

**No. 102.**  
Brennmaterialien für  
Potsdam.  
2b 1m 75.  
Januar.

Es ist beschloffen worden, vom 1sten April 1818. ab die Versorgung der hiesigen Einwohner mit dem nöthigen Brennmaterial, ganz allein der Privatindustrie zu überlassen, und den, bisher in Hinsicht auf die unbedeutenden Holzbestände der hiesigen



gen Holzhändler, noch hier ausnahmsweise gestatteten Verkauf des Brennholzes vom hiesigen publicen Holzhofe, von jenem Zeitpunkt ab, gänzlich einzustellen, und letztern eingehen zu lassen, daher sodann auf diese bisher stattgefundene Unterstützung für das hiesige Publikum nicht weiter zu rechnen ist.

Den hiesigen Einwohnern wird solches bekannt gemacht, um in Zeiten die nöthigen Vorkehrungen wegen ihres Feuerungsbedarfs zu treffen, und haben diejenigen, welche den Holzhandel zur Versorgung der Stadt betreiben wollen, hierunter die möglichste Erleichterung und Unterstützung zu gewärtigen; insbesondere wird dafür gesorgt werden, daß in Zeiten die Ablagen an schiffbaren Strömen und Kanälen mit Brennholz aus Königl.ichen Forsten besetzt werden, und den Holzhändlern schon in diesem Sommer und Herbst Gelegenheit verschafft werde, Holzankäufe von den Ablagen zu machen.

Volläufig wird bemerkt, daß der jährliche Bedarf für die hiesigen Einwohner, mit Ausschluß des Holzes für die hiesige Garnison und die Deputanten, für dessen Beschaffung besonders gesorgt werden wird, nach einer Durchschnittsberechnung seither ohngefähr jährlich 2600 bis 2700 Haufen betragen hat.

Potsdam, den 21sten März 1817.

Der Herr Finanzminister hat mittelst Verfügung vom 28sten Februar d. J. auf unsern Antrag genehmiget, daß den Wittwen und Kindern der im Kampfe gegen Frankreich gebliebenen Soldaten und Landwehrmänner, die für des Jahr 1816 bewilligte Befreiung von der Personensteuer, auch für das laufende Jahr 1817. mit Bezug auf die Verfügung vom 20sten Januar 1815. (Amtsblatt v. J. 1815. Nr. 56.) unter nachstehenden Modalitäten ertheilt werden kann:

- a. daß kein Unterschied zu machen ist, ob der Mann vor dem Feinde geblieben oder an einer Krankheit verstorben ist, wobei die Pachtknechte und Trainsoldaten den Kombattanten gleich zu achten sind;
- b. die Wittwen, bis sie sich wieder verheirathen, oder bis zu ihrem Tode, jedoch unter der Beschränkung der nachgewiesenen und attestirten Bedürftigkeit, und unter eben dieser Beschränkung
- c. die Kinder, es mögen Ganz- oder Halbwaisen sein, bis sie sich gegen Lohn vermietzen, auf alle Fälle aber nur bis zum zurückgelegten 14ten Jahre, ausgenommen, wenn sie Krüppel oder schwachsinzig sind, diese Befreiung von der Personensteuer genießen sollen.

Hiernach haben sich die Erhebungsbehörden, mit Rücksicht auf die diesbezüglich erlassenen frühern Bestimmungen, gehörig zu achten. Potsdam, den 3ten April 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

Es ist durch wiederholte Verfügungen der ehemaligen obern geistlichen Behörden, namentlich durch die Oberkonsistorialreskripte vom 1sten Oktober 1761. und 12ten März 1774., aus erheblichen Gründen festgesetzt worden:

„daß

No. 103.  
Personen-  
steuer.  
2. b. 1564.  
März.

No. 10.  
Erlaubniß  
zum Predigen.



„daß jeder studiosus theologiae, sobald er die Universität verlassen hat, spätestens nach einem Jahre, wenn es nicht eher sein kann, die Erlaubniß predigen zu können, bei der geistlichen Provinzialbehörde nachsuchen, und daß, bevor er diese Erlaubniß vorzeigen kann, kein Prediger, bei „5 Rthl. Strafe ihm zu predigen verstaten soll.“

Da diese Verfügung bis jetzt nicht aufgehoben worden, und kein Grund zu ihrer Aufhebung Statt findet, so wird dieselbe aufs neue in Erinnerung gebracht, weil in der Zukunft auf die Befolgung derselben mit der erforderlichen Genauigkeit gehalten werden soll. Berlin, den 2ten April 1817.

### Personalchronik.

Der Aktise, und Zolleinnehmer Horschelmann in Jossen ist zum Aktiseenthemer in Rachenow, der Aktise, und Zolleinnehmer Mecklenburg in Buchholz zum Aktise, und Zolleinnehmer in Jossen, und der Steuerkontrollleur Bismark in Berlin zum Aktise, und Zolleinnehmer in Buchholz bestellt worden.

Predigtamts-  
kandidaten.

Der Kandidat der Theologie und Kollaborator bei dem Friedrich-Werderschen Gymnasium in Berlin, Wichmann, so wie der Kandidat der Theologie Lehnert in Berlin, sind nach bestandener Prüfung für wahlfähig zum Predigtamte erklärt worden.

### Vermischte Nachrichten.

Im Januar d. J. fiel die 17jährige Tochter des Böttchers Köbbling auf dem damals noch zugefrorenen kleinen See bei Brüssow in eine Fischerlume. Der 16jährige Sohn des Böttchers Schloß, Wilhelm Schloß, welcher dies in einiger Entfernung bemerkte, eilte hinzu, zog die Unglückliche, welche besinnungslos schon versinken wollte, aus dem Wasser und brachte sie unter vielen Anstrengungen zu ihren Eltern. Ihre Rettung ist bios der Eurschlossenheit und dem umsichtsvollen Benehmen des jungen Schloß zu verdanken.

### Etablissemens-Benennungen.

Im Angermündschen Kreise hat

- 1) die in der Klepeschen Forst am sogenannten breiten Feen im Jahre 1801. aufgebauete,  $\frac{1}{2}$  Meile nördlich von Oberberg, nahe bei dem Vorwerde Peelitz belegene Königliche Unterförsterei, den Namen Breitenfeen,
- 2) die in derselben Forst am sogenannten Melenpfluß,  $\frac{1}{4}$  Meile von der Stadt Oberberg, ganz nahe bei dem Amte Neuendorf belegene Königliche Unterförsterei den Namen Melenpfluß,
- 3) das von dem Oberförster Bartkow im Jahre 1811 erbaute,  $\frac{1}{2}$  Meile nördlich von Klepe und  $\frac{1}{2}$  Meile westlich von Oberberg belegene Vorwerk den Namen Charlottenthal erhalten.

(Hierbei ein Extrablatt.)







Am 3ten März ist zwischen dem Dorfe Toppel und der Kolonie Dahlen nahe am Ufer der Havel ein neugeborenes Kind männlichen Geschlechts gefunden worden, welches nach der angestellten Untersuchung gelebt hat und wahrscheinlich durch einen Stich in der Brust ermordet und in der Nacht vom 2ten zum 3ten März dahin gelegt ist. Wir ersuchen alle diejenigen, welchen Umstände, die zur Entdeckung des Thäters führen könnten, bekannt sind, selbige uns anzuzeigen, namentlich alle Polizeibehörden, auf Weibspersonen, die der Schwangerschaft und heimlicher Geburt verdächtig sein könnten, näher Acht geben, und wenn sich ein gegründeter Verdacht ergäbe, selbige gegen Erstattung der Kosten in den Fällen, wo es nach Vorschrift der Kriminalordnung zulässig, an uns abliefern zu lassen.

Dom, Havelberg, den 13ten März 1817.

#### Königliches Preussisches Domgericht.

Ein in Magdeburg wegen mangelnder Legitimation aufgegriffener, unten näher signalisirter Mousquetier vom 1sten Brandenburgschen Infanterieregiment, Namens Gottfried Zind, ist nach Berlin auf den Transport gegeben, und zwischen hier und Rauen in der Gegend von Grönungen seinem Führer entsprungen. Alle Behörden werden daher dienstergebenst ersucht, den Zind im Betretungsfalle fest nehmen, und ihn an die Königl. Hochlöbliche Commendantur in Berlin abliefern zu lassen.

Rathenow, den 30sten März 1817.

#### Der Magistrat.

#### Signallement.

Der Mousquetier Gottfried Zind ist 24 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat schwarze Haare, dergleichen Augenbraunen, kleinen und gräulichen Bart, runde Stirn, graue Augen, mehr als mittler Nase, gewöhnlichen Mund, volles Kinn, volles Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, und keine besondre Zeichen.

#### Avertissement.

Es soll auf Verfügung der Hochlöblichen Regierung zu Potsdam, die Belziger Amtsziegelscheune, nebst den dazu gehörigen Gebäuden, Pertinenzien und Inventarstücken, wie solche untenstehend spezifizirt sind, an die Meistbietenden verkauft werden.

Kauflustige werden daher eingeladen, in dem auf

den achtzehnten April d. J.

anberaumten peremptorischen Bietungstermine im hiesigen Königl. Amtshause zu erscheinen und ihre Gebote zu thun, worauf unter Vorbehalt der höhern Genehmigung und unter der Bedingung, daß der Käufer zur Sicherheit seines Gebots gleich bei der Lizitation eine dem Kaufquantum angemessene Kaution stellen muß, der Zuschlag an den Meistbietenden erfolgen wird.

Belzig, den 7ten März 1817.

Königl. Justiz- und Domänenbeamter.

Konfignation der zur Belziger Amtsziegelscheune gehörigen Gebäude, Pertinenzien und Inventarstücke.

Zur







8 Morgen 8 □ Ruthen Acker im Gemenge mit dem der Gemeinde Cumlosen,  
in der Gölge:

48 Morgen 42 □ Ruthen Acker,	
55 — 26 — Wiesen,	
257 — 133 — Grundpflanzung,	
1 — 76 — Gärten.	

Es hat an jährlicher Pacht bisher 200 Rthlr. Gold und 450 Rthlr. Courant  
getragen.

Zur Abgabe der Gebote ist ein Termin auf

den 19ten April d. J. Vormittags 10 Uhr

in Gadow angesetzt, wozu Pachtlustige eingeladen werden, mit der Bekanntmachung,  
daß die Pachtbedingungen und die Ertragsanschläge beider Güter, sowohl bei dem  
Königl. Major Herrn v. Wilamowitz auf Gadow, als auch bei Unterzeichnetem  
können eingesehen werden.

Dem Havelberg, den 8ten März 1817.

Der Exekutor testamenti des Königl. Generalfeldmarschalls Hrn. v. Müllendorff,  
Domrichter Kuhlmeier.

Die jetzt der hiesigen Stadt gehörigen ehemaligen Direktor Stengelschen  
Grundstücke, bestehend in einer Groß- und einer Kleinbürgerstelle, nebst sämmtlichen  
damit verbundenen privaten Koppeln, Wiesen, gemeinschaftlichem Hütungsrechte  
und sonstigen Gerechtsamen, sollen am 28sten April d. J. Vormittags auf dem  
Rathhause hieselbst an den Meistbietenden verkauft werden.

Mauen, den 17ten März 1817.

Der Magistrat.

Am dritten Mai d. J. früh 11 Uhr soll zu Rathhause hieselbst das bei der  
Stadt belegene Schützenhaus nebst Stallung, Garten und Bleichplatz, auf 6  
Jahre, nemlich vom 1sten März 1818 bis dahin 1823, dem geeigneten Meistbie-  
tenden verpachtet werden, und sind die Bedingungen bei dem Unterzeichneten ein-  
zusehen.

Treuenbrühen, den 29sten März 1817.

Der Bürgermeister Haebertlein.

Von der höchsten Staatsbehörde ist mir ein Patent über das ausschließliche  
Recht, wasserdichte Hüte nach der von mir erfundenen Methode zu verfertigen,  
ertheilt worden. Dieses Patent ist vom 17ten Februar c. ab, auf 6 Jahre für die  
Regierungsbezirke von Berlin, Potsdam, Frankfurt an der Oder und Stettin gül-  
tig, und die Verfahrungsart, so wie die danach angefertigten Proben, sind in den  
ersten Tagen des Novembers 1816 beim hohen Finanzministerium niedergelegt. —  
Ich mache dieses hiedurch vorschriftsmäßig öffentlich bekannt.

Berlin, den 7ten März 1817. — Ferdinand Lütke, Hutfabrikant.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 16. —

Den 18ten April 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Des Königs Majestät haben durch eine Kabinettsverfügung vom 25ten v. M. zu bestimmen geruhet, daß es bei dem Etaten im ganzen Staate angeordneten allgemeinen Buß- und Bettage am Mittwoch nach Jubilate auch im Herzogthum Sachsen sein Bewenden haben soll. No. 104.  
Buß- und  
Betttag.  
I. c. 610.  
April.

Den betreffenden Behörden wird dies zu ihrer Nachricht und Achtung bekannt gemacht. Potsdam, den 8ten April 1817.

Nachstehende Bestimmung der Königl. Ministerien der Finanzen und des Innern vom 27sten Februar d. J. No. 105.  
Immunitäten  
der Geistlichen  
und  
Schullehrer.  
I. c. 1500.  
März.

Nachdem des Königs Majestät über die Ausführung der Kabinettsordres vom 13ten September 1815 und 11ten März 1816, durch welche die Wiederherstellung der Geistlichen in die bis zum Jahre 1806 genossenen Immunitäten befohlen worden, die nähere Bestimmungen mittelst einer, unterm 10ten v. M. an des Herrn Staatskanzlers, Fürsten v. Hardenberg Durchlaucht, Allergnädigst erlassenen Kabinettsordre zu ertheilen, und solche zugleich auf die Schullehrer auszudehnen geruhet haben, so wird der Königl. Regierung von den desfallsigen Allerhöchsten Bestellungen vorerst folgendes bekannt gemacht.

- 1) Die Geistlichen sollen fernerhin von der Theilnahme an allen Kommunallasten in Ansehung ihrer Amtseinkünfte und Amtswohnungen befreit sein.
- 2) Dieses soll namentlich auch auf die Vorspannleistung mit dem Zugvieh, welches zur Bewirthschaftung der Dienstgrundstücke gehalten wird, in eben dem Maße wie vor dem Jahre 1806 Anwendung finden.
- 3) Die Befreiung der Geistlichen von den Kommunallasten soll sich auf diejenigen Leistungen erstrecken, welche in Folge des Krieges von den Kommunal- und Provinzialbehörden noch etwa ausgesprochen werden dürfen.



- 4) In denjenigen Provinzen, in denen die Grundsätze des Edikts vom 28. Oktober 1810 wegen der Konsumtionssteuer ausgeführt werden, sollen
  - a. die Geistlichen, ihre Familien und ihre Gesinde von der Personensteuer frei sein. Dagegen soll
  - b. die Konsumtionssteuer zwar von ihnen bezahlt, ihnen solche jedoch nach Sätzen, welche sich dem wirklichen Betrage der Steuer so genau als möglich annähern, und von Zeit zu Zeit zum Behuf der Abänderung nach dem jedesmaligen Zustande revidirt werden müssen, aus der Konsumtionssteuer-Kasse vollständig vergütet werden.
- 5) In den mit der Monarchie wieder vereinigten Provinzen, in welchen seit der Trennung durch die vormalige Regierung eine Besteuerung der Grundstücke der Geistlichkeit eingeführt worden, soll solche, so weit es noch nicht geschehen ist, unverzüglich aufhören, auch den Geistlichen, die nach dem 1ten März 1816 die Steuer zu bezahlen noch verpflichtet worden sind, solche erstattet werden.
- 6) Ueberall, wo Personen- und Konsumtionssteuer in den wieder vereinten und in den neu erworbenen Provinzen bis jetzt statt gefunden haben, soll die Bestimmung unter Nr. 4. gleichfalls eintreten.
- 6) Was wegen der Geistlichen angeordnet ist, soll auch den Schullehrern zu Statten kommen.

Hiernach hat die Königl. Regierung die vorstehenden von des Königs Majestät definitiv ausgesprochenen Bestimmungen unverzüglich zum Vollzug zu bringen, danach die nöthigen Verfügungen vorläufig sofort überall zu erlassen, und über die strikte Ausführung dieser allergnädigsten Verordnung zu wachen.

Berlin, den 27sten Februar 1817.

Finanzministerium.

Ministerium des Innern.

An

v. Bülow.

v. Schuckmann.

die Königl. Regierung zu Potsdam.

wird Hierdurch zur genauesten Befolgung bekannt gemacht, mit dem Bemerken, daß die Steuerbehörden zu Nr. 4. b. besondere Anweisungen zu erwarten haben, welche gleichfalls zur Kenntniß der betreffenden Geistlichen und Schullehrer zu seiner Zeit gebracht werden sollen.

Potsdam, den 9ten April 1817.

No 106.

Stallferis.

I. m 637.

Am.

Der Königl. Regierung wird zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht, daß, wenn gleich den Kapitäns der Infanterie und der Fußartillerie, wenn sie sich ein Pferd halten, Eine Ration allerhöchsten Orts bewilligt worden, diese Verbesserung doch keine Ausdehnung auf die Gewährung des Stallferbises in sich greift und dergleichen Anträge von der Hand zu weisen sind.

Berlin, den 28sten März 1817.

Ministerium des Innern.

Erste Abtheilung.

An

die Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach



















# Extra-Blatt

zum

16ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Nach einem uns durch das Königl. hohe Kriegsministerium zugekommenen Todesschein der Hospitälverwaltung zu Buzbach ist im dortigen Lazareth der Soldat Christian Bahlendorf von der vierten Kompagnie des ersten Bataillons vom Leib-Infanterie-Regimente, 33 Jahr alt, angeblich aus Bukko in der Mittelmark gebürtig, am 10ten Januar 1814. gestorben. Da nun nach den diesbezüglich veranlasseten Rückfragen, der Geburtsort des Bahlendorf nicht auszumitteln ist, so wird dem Publikum dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, daß die etwaigen Angehörigen des Verstorbenen sich unter Vorbringung gültiger Beweismittel wegen Aushändigung des Todesscheins an uns wenden mögen.

Den 6ten April 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

Nach Anzeige des Königl. Inquisitorats zu Münster schwebt bei demselben eine Untersuchung gegen mehrere Genossen einer großen Räuberbande, von welcher die dortige Gegend bis zum September 1815 beunruhigt worden, ohne daß die Befreiung der übrigen bis jetzt möglich gewesen. Es ist demselben indeß nunmehr gelungen, von einigen der noch nicht Verhafteten nähere Nachrichten einzuziehen, auf deren Grund die nachstehende Beschreibung entworfen worden.

1. Ein Jude Namens Salomon Glasberg gehört zu den Anführern der Bande, ist wahrscheinlich der nämliche, welcher in dem Verzeichnisse von Räubern und Dieben von dem Herrn Justizrath Christensen sub No. 210 unter dem Namen Salomon Haag bezeichnet steht.

Er wohnte mit seiner Frau und Kindern zu Borgholzhausen, einem Grenzort im Ravensberg'schen, trieb in dortiger Gegend einen Hausirhandel mit optischen Waaren, und verschwand im September 1815 mit seiner Familie, als zu Neuenkirchen einige Mitglieder der Bande ergriffen wurden. Unter seinen Räubgefährten führte er den Namen Sälmen Borgholz.

Dieser Jude hat den Namen Glasberg zur französischen Zeit angenommen; er ist ungefähr 50 Jahr alt, mittlerer dicker Statur, hatte ehemals blonde, jetzt graue Haare und Augenbraunen, länglich gebogene Nase, etwas breiten Mund, runde Gesichtsbildung, rundes Kinn, und kaut gern Tabak.

2. Dessen Sohn Ansel ist ungefähr von der Größe seines Vaters, 24 bis 25 Jahr alt, hat blondes Haar, längliche grade Nase, kleinen Mund, blonden Backen.



Backenbart, rundes Kinn mit einer Grube, runde Gesichtsbildung, ist schlank von Wuchs, und hat blasser kränkliche Farbe.

3. Isaak Moses gehört zu den Anführern. Er wohnte einige Zeit zu Willbadessen, und verzog von da nach dem Raube zu Ibbenbüren. Seine Ehefrau, die Erster Samuel wurde im Oktober 1815 mit zwei Gefährten von ihm, Namens Norden Lion aus Schildebe, und Israel Salomon Reiss aus Wolfenbüttel, zu Deul am Rhein verhaftet, er aber wußte sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen. Er war im Besitz eines Reisepasses, ausgestellt zu Haag am 31sten Oktober 1815, in welchem er den Namen Abraham Eady führte, als er späterhin unter diesem Namen zu Gorkum in Holland verhaftet wurde; auf seinem Transport von Gorkum hieher entsprang dieser gefährliche Verbrecher dem Landsturm in der Gegend von Münster im M. i des vorigen Jahres. Er ist auch unter dem Namen Mause Nudel und Moses Hobb bekannt, zeichnet sich nach allen Beschreibungen durch seine große Dicke und gebogene Nase aus, ist 30 Jahr alt, über 5½ Fuß groß, und giebt Frankfurt oder Amsterdam abwechselnd für seinen Wohnort aus. Die Nachrichten über die Farbe seiner Haare sind nicht übereinstimmend; nach einigen soll er schwarze, nach andern glaubwürdigen blonde oder braune Haare haben.

4. Peter Joseph Mauert gehört zu den Anführern. Er ist seiner Angabe nach gebürtig aus Burgtelnsfurt, und wohnhaft zu Lillenthal im Hannoverschen, Christ, 37 Jahr alt, groß von Statur, hat blonde Haare und Augenbraunen, bedeckte Stirn, blaue Augen, mittelmäßigen Mund, gewöhnliche Nase, rundes Kinn, längliche Gesichtsbildung, gesunde Farbe und keine besondere Kennzeichen. Unter seinen Gefährten führt er den Namen Joseph Lillenthal. Nachdem der Jäger Grelshaus zu Rothensuffeln in der Nacht vom 6ten März 1815 von der Bande überfallen war, wurde er am 1sten April desselben Jahres zu Bielefeld verhaftet; er erhielt am 20sten April seine Entlassung, als gegen ihn keine hinreichende Beweismittel gesammelt werden konnten. Er hat auch an den Raubdiebstählen wider die Eheleute Arlinghoff im Kirchspiel Dolberg, und wider die Eheleute Hantelmann zu Ibbenbüren in den Nächten vom 3ten und 7ten September 1815 als Anführer Theil genommen.

Bei seiner am 20sten April 1815 erfolgten Entlassung wurde ihm sein Reisepaß d. d. Lillenthal, den 30ten November 1814 zurückgegeben. Er führte damals eine Weibsperson Namens Johanne Ebele aus Nordrupping in Schweden bei sich. Diese ist 25 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat blonde Haare und Augenbraunen, hohe Stirn, blaue Augen, platte Nase, breiten Mund, lange Gesichtsbildung und gesunde Farbe. Sie war mit einem Reisepaß d. d. Lugde, den 18ten März 1815 versehen, welcher ihr bei der Entlassung am 20sten April 1815 zurückgegeben ist.

5. Christian Lührs, Gefährte des Peter Joseph Mauert, 36 Jahr alt, katholischer Religion, aus Wismar gebürtig; er wurde mit dem Mauert zu Bielefeld verhaftet, und gleichzeitig mit ihm entlassen. Sein Reisepaß, -der ihm bei











Jemand über diesen Denatus oder dessen Herkommen diese oder jene Auskunft geben können, der wird ersucht, solches dem Endesunterschiedenen anzuzeigen.

Erlesack bei Behrbein, den 9ten April 1817.

Der Stadtrichter Mannde als Justitiarius zu Pessin.

Die jetzt der Plesigen Stadt gehörigen ehemaligen Direktor Stengelschen Grundstücke, bestehend in einer Groß- und einer Kleinbürgerstelle, nebst sämmtlichen damit verbundenen privaten Koppeln, Wiesen, gemeinschaftlichem Hütungsrechte und sonstigen Gerechtsamen, sollen am 28sten April d. J. Vormittags auf dem Rathhause hieselbst an den Meistbietenden verkauft werden.

Mauen, den 17ten März 1817.

Der Magistrat.

Am dritten Mai d. J. früh 11 Uhr soll zu Rathhause hieselbst das bei der Stadt belegene Schützenhaus nebst Stallung, Garten und Bleichplatz, auf 6 Jahre, nemlich vom 1sten März 1818 bis dahin 1823, dem geeigneten Meistbietenden verpachtet werden, und sind die Bedingungen bei dem Unterzeichneten einzusehen.

Treuenbriesen, den 29sten März 1817.

Der Bürgermeister Haebertlein.

#### Vererbpahtung.

Von dem im Landsbergischen Kreise in der Neumark, zwischen Landsberg und Goldin belegenen Landgute, die Tornowsche Glashütte, sollen der größte Theil des besten Ackers und eben so viel vorzüglich schöne Wiesen, in Kaveln von 5, 10 bis 60 Morgen, ferner einige und zwanzig Familienhäuser, so wie die Brau- und Brenneret nebst Kognatbrung, unter den vortheilhaftesten Bedingungen aus freier Hand in Erbpacht ausgethan werden.

Hierzu hat der unterzeichnete Besitzer dieses Landguts einen Bietungstermin auf den 10ten Juni d. J.

In dem herrschaftlichen Wohnhause daselbst angesetzt, und ladet zahlungsfähige Kauflustige ein, sich in diesem Termin einzufinden, ihr Gehor abzugeben, und bei der Annehmbarkeit desselben den Zuschlag und die Abschließung des Kaufkontraktes zu gewärtigen; wobei ihnen noch zur Nachricht dient, daß die Zahlung des Einkaufsgeldes baar in Courant oder in Staatspapieren nach dem Cours am Tage des Zuschlags, und zwar das eine Drittel bei der Lizitation, das andere zu Weihnachten 1817, und das letzte Drittel am 1sten Oktober 1818 geleistet werden muß, und daß die übrigen und näheren Bedingungen sowohl auf dem Gute, als auch bei dem Kommissionsair Platon in Werbig bei Seelow eingesehen werden können.

Tornowsche Glashütte, den 7ten April 1817.

Martini.

Der



Der Dienstknecht Gottfried Findert, gebürtig aus Zechin im Oberbruche, welcher seit dem Juli 1806, wo er von seinem damaligen Aufenthaltsorte Ortelsburg verschollen, von seinem Leben und Aufenthalte nichts hat hören lassen, wird auf den Antrag seiner Ehefrau Eve Marie geborne Liesegang, und seiner Geschwister der verehelichten Kolonist Zeidler zu Lehmannsdöfel, Louise geborne Findert, und des Kolonisten Johann Gottlieb Findert aus Beaulieu bei Sonnenburg hierdurch öffentlich vorgeladen, sich bis den 24sten August 1817 Vormittags um 11 Uhr auf dem Amte Wollup zu melden, und von seinem Aufenthalt Nachricht zu geben, widrigenfalls er durch Urtheil und Recht für todt erklärt, und sein Nachlaß unter seine Erben vertheilt werden soll.

Eüßtrin, den 7ten Oktober 1816.

Königliches Preussisches Justizamt Wollup,

---

### A u s b i e t u n g

der Windmühle zu Klein Machnow zum Verkaufe.

Die zur Konkursmasse des Mühlenmeisters Christian Friedrich Blerhals gehörige, auf dem Rittergute Klein Machnow, Teltow'schen Kreises, stehende, dem Besitzer auf Erbzinsrechte verleiheue Bodmwindmühle mit Wohnhause, Ställe, Garten, großer und kleiner Wiese, und Brückenzolle, wird mit der gerichtlichen Taxe auf 2574 rthlr. 12 gr. zum freien Kaufe hierdurch gestellt, und werden alle diejenigen, welche solche zu besitzen fähig und annehmlich zu bezahlen vermögend sind, hierdurch aufgefordert, sich am 22sten Februar 1817 hieselbst in der Wohnung des Gerichtshalters, Justizraths Decker No. 2. am Wilhelmsplatze, am 21sten April und am 23sten Junius 1817, zu melden, und ihr Gebot abzugeben.

Diese beiden letztern Termine stehen an ordentlicher Gerichtsstätte im Hofe zu Klein Machnow jedesmal Vormittags 11 Uhr an.

In dem dritten Termine wird das Verkaufsgeschäfte abgeschlossen, nach Ablauf desselben fernere Gebote nicht mehr angenommen werden, es müßten denn besondere Umstände solche noch zulassen, vielmehr hat der Meistbietende des Zuschlages zu gewärtigen.

Die Taxe, die Kaufbedingungen und der Erbzinsvertrag sind hier in der Negistratur, bei dem Kurator Herrn Justizkommissarius Stöpel, und beim Schulzen zu Strahnsdorf einzusehn.

Potsdam, den 7ten November 1816.

v. Hadesche Patrimonialgerichte über Machnow und Strahnsdorf.

---



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 17. —

Den 25ten April 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Um der Gefahr vorzubeugen, welche durch Unvorsichtigkeit beim Transport des Arsenicks entstehen kann, ist von Seiten des Königl. Finanzministeriums an die sämtlichen inländischen Arsenickwerke die erneuerte Anweisung ergangen, dieses Gift nur in starken, besonders dazu auszumählenden Fässern zu verpacken, deren Fugen inwendig mit derber Leinwand durch einen aus schwarzem Mehl und Aschlerlein gekochten Kleister dicht verklebt sein müssen. Auch ist festgestellt worden, daß jedem Faße eine eigene, für jedes Jahr laufende Nummer eingebrannt, diese in gedruckte besondere Scheine eingerückt, letztere von dem Fuhrmanne, welcher den Arsenick auf der Hütte ladet, unterschrieben und bei dem Bergamte aufbewahrt werden sollen.

No. 116.  
Arsenicktransport.  
1. p. 2637.  
März.

Den Fuhrleuten, Expediturs und Lagerhaltern aber wird auf Veranlassung des Königl. Polizeiministeriums zur Pflicht gemacht, wenn unterwegs oder bei der Umladung Reisen von den mit Arsenick gefüllten Fässern abspringen, oder sich als schadhast zeigen, sofort tüchtige an ihre Stelle legen zu lassen; auch muß auf dem Frachtbriese der gefährliche Inhalt der Fässer bemerkt, und ihnen selbst eine äußere Bezeichnung, daß Arsenick in ihnen befindlich, gegeben werden.

Die Polizeibehörden und besonders die Grenzollämter unsers Departements, letztere wegen des aus den ausländischen Hüttenwerken kommenden Arsenicks, werden angewiesen, auf die Befolgung dieser Anordnung ein wachsames Auge zu haben.

Potsdam, den 27ten März 1817.

Nach der Bekanntmachung vom 9ten April v. J. im Amtsblatt Jahrgang 1816 pag. 165. No. 149. blieb aus der letzten Brandentschädigungs-Erdebeben-Verordnung der Prediger ein Vorschuß von 10 rthl. 7 pf.

Nach der Bekanntmachung vom 6ten September 1815 im Amtsblatt dieses Jahrgangs pag. 263. No. 326. sind für den Prediger Weber zu Hobeck von

No. 117.  
Mobilien-  
Brandentschä-  
digungs-Verord-  
nung der Pres-  
diger.  
1. c. 1344  
November.



755 Mitglieder à 4 gr., eingegangen: . . . . . 125 rthl. 20 gr. — pf.

Hierzu noch vom Prediger Stumme zu Hindenburg der  
in Rest gewesene Beitrag der vakant gewesenen Predigerstelle  
der deutsch-reformirten Gemeinde zu Prenzlau zu der Branden-  
schädigungs-Kollekte für die Prediger Hecker und Alberti  
zu Joachimsthal

— 19 —

Ferner sind nach der Bekanntmachung vom 4ten April 1816  
im vorjährigen Amtsblatt pag. 166. No. 149. ausgeschrieben  
worden:

für den Prediger Schulz zu Klein-Beeren	100 rthl.
und für den Prediger Schmidt zu Werneuchen	200 „
	<u>300 rthl.</u>

und zwar von jeden Mitgliede 10 gr., worauf von

764 Interessenten	318 „ 8 „ — „
-------------------	---------------

und überhaupt eingegangen sind	444 rthl. 23 gr. — pf.
--------------------------------	------------------------

Davon sind gezahlt worden:

dem Prediger Weber zu Hobeck	100 rthl.
„ „ Schulz zu Klein-Beeren	100 „
„ „ Schmidt zu Werneuchen	200 „

Hierzu der obige Vorschuss von 10 „ — gr. 7 pf.

410 „ — „ 7 „

Sind Bestand verblieben	34 rthl. 22 gr. 5 pf.
-------------------------	-----------------------

Es haben nun als Interessenten der Prediger-Brandenschädigungs-Sozietät  
aufs neue zu fordern:

- 1) der Prediger Bauerhorst zu Kries, Superintendentur Canbau, welcher vor-  
gerhan, daß er bei dem am 4ten Julius v. J. daselbst stattgefundenen großen Brande  
über die Hälfte seines Mobiliarvermögens verlohren hat, 400 rthl.
- 2) der Pred. Hülsen zu Premnitz, wegen des am 15. Aug.  
v. J. erfolgten Brandschadens, bei welchem derselbe ebenfalls  
über die Hälfte seines Mobiliarvermögens verlohren hat 400 „

überhaupt 800 rthl.

Wenn hierzu der oben verbliebene Bestand der	34 rthl. 22 gr. 5 pf.
--	-----------------------

verwendet wird, so bleiben noch aufzubringen	765 rthl. 1 gr. 7 pf.
--	-----------------------

Nach den in der Bekanntmachung vom 30sten Julius v. J. pag. 16. des  
Amtsblatts, Jahrgang 1816, enthaltenen Grundsätzen tragen die alten Sozietätsver-  
bündeten, mit Ausschluß der ehemaligen Sächsischen, zu der zu 1 mit 400 rthl.  
zu gewöhnlichen Entschädigung bei.

Hierauf wird der Bestand von	34 rthl. 22 gr. 5 pf.
------------------------------	-----------------------

angerechnet, und bleiben von den nach der letzten abgelegten  
Rechnung vorhandenen 763 Mitgliedern zu den noch erforderlichen 365 rthl. 1 gr. 7 pf.  
einf. Groschen sechs Pfennige von einem jeden Einzelnen aufzubringen.

Don







vermögens verloren, welches aber erst neuerlich in Antrag gebracht und vollständig nachgewiesen hat	100 rthl. — gr. — pf.
b. der reformirte Schullehrer Emanuel Köppen zu Neu-Tornow, und	
c. der lutherische Schullehrer Christian Ulrich daselbst, welche beide erwiesenermaßen bei dem am 1sten Februar 1816 dort entstandenen Brande über die Hälfte ihres Mobilienvermögens verloren haben, jeder 100 rthl., mithin beide	200 „ — „ — „
endlich d. der Kantor Behrens zu Altes, welcher am 4ten Julius 1816 bei dem dortigen Brande unter der Hälfte seines Mobilienvermögens verloren hat	50 „ — „ — „
wonach also im Ganzen	350 rthl. — gr. — pf.
aufzubringen sind.	

Da diese Brandschäden sich vor dem 1sten August 1816 ereignet haben, so müssen nach dem Publikandum vom 30sten Junius v. J. Amtsblatt 1816 pag. 216. die 1455 Mitglieder des alten Vereins, mit Ausschluß der ehemaligen Sächsischen, zu der aufzubringenden Entschädigung der . . . 350 rthl. — gr. — pf. wovon jedoch der Bestand der . . . 36 „ 20 „ 5 „ abgeht, und nur . . . 313 rthl. 3 gr. 7 pf. bleiben, ein jedes fünf Groschen zwei Pfennige beitragen.

Die Herren Superintenden ten, mit Einschluß der Herren Landsuperintenden ten in Berlin, haben diese Beträge daher einzuziehen, und in der gewöhnlichen Art binnen 8 Wochen an die hiesige Komunkasse zu berichtigten.

Potsdam, den 19ten April 1817.

No. 119.  
Zinszahlung  
aus der 1½  
Million Thaler  
Anleihe.  
a. b. 789.  
April.

Mit Bezug auf die letzte Bekanntmachung vom 18ten Dezember 1816. die damals angeordnete Berichtigung der Zinsen von den noch in Zirkulation befindlichen Interimsscheinen der Anleihe von 1½ Million Thaler aus dem Edikt vom 12ten Februar 1810. betreffend, wird hierdurch anderweit zur Kenntniß gebracht, daß gegenwärtig auch die Zahlung der Zinsen auf dergleichen Interimsscheine für das Jahr vom 1sten Januar bis letzten Dezember 1816. wie bisher, sowohl bei der Hauptseehandlungskasse hieselbst, als auch bei den Kassen der Bankofomroirs zu Breslau und Königsberg in Preußen gegen Quittung und Präsentation der Originalscheine, worauf die geschehene Zinsenzahlung abgeschrieben werden muß, baar geleistet werden wird.

Künftig werden die benannten drei Kassen die Zinsen auf die nur noch in geringer Anzahl vorhandenen Interimsscheine bis zur erfolgten Zurückzahlung der Kapitalien jährlich ununterbrochen, und zwar nach dem 1sten Januar, gegen Präsentation der Scheine, fortlaufend zahlen. Berlin, den 20ten März 1817.

Der Minister der Finanzen.

Vorstehendes Publikandum wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.  
Potsdam, den 18ten April 1817.







# Geschenke an das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Neu-Ruppin.

Der Herr Landrath v. Zietzen auf Wustrau hat am 21sten December d. und 7ten Februar d. J. in sechs Kisten mittlerer Größe die Naturalien-, Kunst- und Instrumentensammlung des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Neu-Ruppin auf eine höchst patriotische Weise vermehrt. Das Geschenk enthält:

A. an Naturalien, außer einer nicht unbedeutenden Anzahl von Muscheln und Schnecken, viele gesiegelte und ungesiegelte Thon- und Erdbarten, Kalk-, Fluß- und Feldspathe, Marmor-, Schiefer-, Kiesel-, Gips-, Tropf- und Adlersteine, einschließ- lich einiger Edelsteine, mehrere salzige Fossilien und Inflammabilien, Silber-, Kupfer-, Eisen- und Bleierze, Krystallfractionen, und besonders viele Versteinerungen, z. E. Ichthyolithen, Ammoniten, Nautiliten, Ecdyolithen, (von diesen besonders Turbiniten, Strombiliten und Nerolithen,) Conchiten, Echiniten, Schraubensteine, Phytolithen, Bibulolithen, Dendeliten, Lithomiten u. s. w., ohne der vielen Topfen und Fisch- roggensteine zu gedenken;

B. an Kunstfachen

- a. allerlei mechanische Seltenheiten aus Glas, Porzellan und Muscheln verfertigt;
- b. mehrere zum physikalischen und mathematischen Apparate gehörige Gegenstände, z. E. drei Brennpiegel, von denen der eine metallent ist, zwei konvexe Spiegel, zwei Brenngläser, ein Thermometer, zwei Magnete, vier Mikmata, einige Vergrößerungs- und Vermehrungsgläser, einige aus Krystallglas geschliffene mathematische Körper, einen Erd- und einen Himmelsglobus mittler Größe.

Dieses Geschenk, wofür wir dem Herrn Geber unsern Dank hierdurch bezeugen, ist eine glückliche Vorbedeutung Hinsichtlich des Antheils, den die Bewohner der Provinz an dem Wiederaufblühen unserer gelehrten Schulen nehmen, welche durch Seiner Königl. Majestät Gnade neuerdings so freigebig ausgestattet sind.

Den 12ten April 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam.

Erste Abtheilung.

## Empfehlung des Kühnau'schen Choralbuchs.

Nachdem die erste, aus zwei Bänden bestehende Auflage des Kühnau'schen Choralbuchs seit langer Zeit gänzlich vergriffen war, hat Herr Johann Friedrich Wilhelm Kühnau, Organist an der hiesigen Dreifaltigkeitskirche, eine neue Auflage in Einem Bande veranstaltet, und jetzt herausgegeben, welche, außer der Reinheit in der Harmonie, sich durch bequemes Format, gutes Papier, sauberen Druck und wohlfeilen Preis auszeichnet. Wir achten es für Pflicht, auf dieses Choralbuch aufmerksam zu machen, und dasselbe sowohl für Kirchen und Schulen, als zum häuslichen Gebrauch zu empfehlen. Es ist beim Herausgeber, Kronenstraße Nr. 5. in Berlin für zwei Thaler zu haben.

(Hierbei ein Extrablatt, ingleichen das chronologische Register der im Anteblatte für die Monate Januar, Februar und März 1817. enthaltenen Verordnungen und Bekanntmachungen.)



# Extra-Blatt

zum

17ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam;

## Stechbriefe

Die separirte Wendland aus Brandenburg ist von dem unterzeichneten Patrimonialgerichte wegen Diebstahls inhaftirt worden. Sie hat Gelegenheit gefunden, heute Abend 9 Uhr zu entspringen. Bei ihrer Entweichung ist sie mit einem samtsen Kamisot, einem rotzgestreiften, halb leinenen, halb baumwollenen Rocke, einer weiß sandpeltinen Mütze, mit einem schwarz seidenen Kopftuche umwunden, einem blau gedruckten leinenen Halstuch, wollenen Strümpfen und alten ledernen Pantoffeln, bekleidet gewesen.

No. 9.

Sie ist Biergig und mehrere Jahre alt, langer pageter Statur, hat blondes Haar, graue Augen, längliches Gesicht, lange Nase, spitzes Kinn.

Alle resp. Militär- und Zivilbehörden werden ergebenst ersucht, die Wendland im Betretungsfall zu arrestiren und gegen Erstattung der Kosten an uns abliefern zu lassen.

Beellh, den 11ten April 1817.

Adellh v. Kochowske Patrimonialgerichte über Relagne 16.

Der verabschiedete Landwehrmann und Schiffer Karl Friedrich Münster, wegen großen Hausdiebstahls, Betrugs, und verbotenen Hazardspiels bereits verurtheilt, hat sich in der vergangenen Nacht aus dem hiesigen Kriminalgefängnis gebrochen; daher alle Gerichts- und Polizeibehörden dienstlichst ersucht werden, diesen gefährlichen Verbrecher, sobald er habhaft wird, sofort zu verhaften, und gegen Erstattung der Kosten unter sicherer Bedeckung an uns abliefern zu lassen, die wir zu allen Gegenständen so bereit als willig sind.

No. 10.

Krüh, den 19ten April 1817.

Königl. Preuß. Stadgericht.

## Bezeichnung.

Karl Friedrich Münster, 20 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll 3 Strich groß, von gesunder Gesichtsfarbe, mit schwarzem Haar, blauen Augen, gewöhnlicher Nase, Mund und Kinn und einem steifen Zeigefinger an der linken Hand. Bekleidet war er mit einem blau rudenen Ueberrock mit gelber Knöpfen, rothen Luchweste, blauen Luchhosen und schwarzen Stiefeln.

## Bekanntmachungen.

Der mittelst Steckbrief vom 27ten März c. verfolgte Landwehrmann Christian Strache ist wiederum eingebracht.

Doerberg, den 12ten April 1817.

Königl. Preuß. Stadgericht.

Am







**Amts-Blatt**  
der  
**Königlichen Regierung zu Potsdam.**

— No. 18. —

Den 2ten Mai 1817.

**Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.**

Der Königl. Regierung wird in Verfolg der frühern Verfügungen zur Nachricht eröffnet, daß auf diesseitige Veranlassung sämmtliche kommandirende Herren Generale durch den Herrn Kriegsminister benachrichtigt sind, daß die den nicht in den Garnisonorten der Väter befindlichen Soldatenfamilien bisher gewährten Servis- und Brodbenefizien, der frühern Bestimmung gemäß, mit dem 1ten Mai c. ein Ende nehmen, und davon nur die Witverheiratheten, und diejenigen, deren Familienväter beim Armeekorps in Frankreich stehen, ausgenommen sind.

No. 120.  
Servis- und  
Brodbenefi-  
zien der  
Soldaten-  
familien.  
I. m. 2433.  
April.

Die Königl. Regierung hat hiernach zu verfahren.

Berlin, den 1sten April 1817.

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

An die Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach obigen Vorschriften haben die Behörden pünktlich zu verfahren.

Potsdam, den 22. April 1817.

Nach einer Allerhöchsten Bestimmung vom 31sten v. M. sollen von jetzt an junge Leute aus andern Orten, welche die hiesige Universität besuchen wollen, oder sonst in wissenschaftlicher Ausbildung begriffen sind, als Freiwillige bei dem Garde-Schützenbataillon und Garde-Jägerbataillon auf Ein Jahr zur Lösung ihrer Verbindlichkeit zum Dienst im stehenden Heere nur noch in sofern aufgenommen werden, als bis bei selbigen die Erledigung von Stellen eintreft.

No. 121.  
Freiwillige  
im Garde-  
Schützen-  
bataillon u.  
I. m. 2439.  
April.

Demnach ist es nothwendig, daß alle junge Leute der genannten Kategorie, bevor sie persönlich hieher kommen, bei den beiden Bataillonen Erkundigung einlegen, ob sie eintreten können, um für den Fall des Mangels an Platz zu verhüten, daß sie die Reise nach Berlin vergeblich unternehmen.

Berlin, den 1sten April 1817.

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

An die Königl. Regierung zu Potsdam.



Nach obigen Bestimmungen haben sich diejenigen, welche ihrer Verpflichtung zum Militärdienst in der bemerkten Art genügen wollen, so wie deren Angehörigen und Vormünder zu achten. Potsdam den 26sten April 1817.

No. 122.  
Holz und  
Wildpret  
Entwendun-  
gen.  
2 b 781.  
April

Zur Verhütung und Begegnung der Entwendung von Holz und Wildpret aus Staatsforsten und Jagden haben bisher in der Kurmark folgende Jagd- und forstpolizeiliche Maaßregeln statt gefunden.

- 1) Die Schnelbmüller, ihre Mühlen mögen unter Aemtern, Rittergütern oder Städten belegen sein, dürfen keinen Block zum Schnelden annehmen, wenn derselbe nicht mit einem Anschlagsszeichen versehen ist, und der Ueberbringer nicht durch ein glaubhaftes Attest des Königl. Forstbedienten, wenn der Block aus der Königl. Forst entnommen ist, oder des Privat-Waldbesizers, wenn er aus einer Privatforst deklarirt wird, die Unverdächtigkeit des Besizers nachweist.
- 2) Die Schnelbmüller sollen hierauf verurtheilt werden; wenn aber dennoch Blöcke ohne Anschlag und Attest angenommen werden, so soll die Konfiskation der Blöcke erfolgen, und der Kontravenient für jeden Block mit einer Geldstrafe von 50 Thlr. und Erlegung von 5 Thlr. für den Denunzianten belegt werden. (Holz-, Mast- und Jagdordnung vom 20sten Mai 1720 Tit. XVIII. §. 3., und Amtsblatt der Kurmärkschen Regierung do 1816 pag. 97.)
- 3) Es dürfen weder Bau-, Nutz- und Brennholz, noch Holzstößen oder Wildpret in die Städte zu den Thoren eingelassen werden, wenn sich der Einbringer nicht durch ein glaubwürdiges Attest als rechtmäßiger Besizer jener Gegenstände ausweist. Dergleichen Atteste müssen:
  - a. die Menge und die Gattung des Holzes, der Köhlen und des Wildprets, und zwar erstere mit Buchstaben ausgedrückt, enthalten; sie müssen
  - b. wenn jene Gegenstände aus Königl. Forsten eingeführt werden, von dem betreffenden Königl. Revier-Forstbedienten,
  - c. aus adelichen Forsten, von dem Gutsbesizer oder dem Gerichtshalter,
  - d. aus Stadtförsten, vom Magistrat der Stadt, und
  - e. aus andern Privatforsten, von der Ortsobrigkeit ausgestellt, und mit dem Amtssiegel der ausstellenden Behörde bedruckt sein,
 und sind die sämmtlichen Thor- und Akziseoffizianten verpflichtet, die bezeichneten Gegenstände ohne diese Atteste anzuhalten, und nicht einzulassen.
- 4) Die Atteste müssen von den Akzise- und Thoroffizianten genau geprüft werden; werden sie unverdächtig und richtig befunden, so wird das eingebrachte Quantum und der Tag des Einbringens darauf jedesmal mit Buchstaben unentgeltlich vergestalt bemerkt, daß sie nicht noch einmal gebraucht werden können, und werden dieselben sodann den Einbringern zur Legitimation des Verkaufs zurückgegeben.
- 5) Finden sich Unrichtigkeiten in den Attesten, oder werden sie falsch befunden, oder versucht es jemand, ohne ein Attest einzuschleichen, so wird das Eingebachte in Beschlag genommen, und der Vorgang der Ortspolizeibehörde zur











# Extra-Blatt

zum  
ersten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Nach den bei uns eingegangenen Todtenscheinen ist:

- 1) der Musketier Friedrich Mause vom 3ten Landwehr-Infanterie-Regimente, angeblich aus Eckern gebürtig, am 18ten Julius 1815 zu Lütisch,
- 2) der Musketier Gottlieb Paul vom 2ten Westpreussischen Infanterie-Regimente, angeblich aus Groß-Krüschen gebürtig, am 23ten August 1815 zu Namut, und
- 3) der Musketier Christian Heinze vom 19ten Infanterie-Regimente, angeblich aus Neuendorf ohne nähere Bezeichnung der Lage desselben, am 28ten Julius 1815 zu Lütisch

gestorben.

Da die beiden erstgenannten Orte nicht im Bezirke der Königl. Regierung liegen, wobei es doch wahrscheinlich wird, daß in dem Falle zu 2 das Dorf Großen Kreuz zwischen hier und Brandenburg gemeint ist, hingegen zehn verschiedene Dörfer im hiesigen Regierungs-Departement den Namen Neuendorf führen, so werden alle diejenigen, welche unbezweifelte Auskunft über die gedachten Personen geben können, aufgefordert, bei uns deshalb Anzeige zu machen, und die Beweise darüber beizubringen. Die Todtenscheine sollen dann verabsfolgt werden.

Den 18ten April 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

## W a g a b o n d e n.

Die nachstehend näher bezeichneten Wagabonden, Gottlob Augustin, ein angeblicher Fuhrknecht aus Dresden, und Anton Schuchardt, ein Schnelbergeselle aus Immershausen, sind, ersterer wegen zwecklosen Herumtreibens ohne alle Subsistenzmittel, letzterer wegen Bettelstreichs angehalten und über die Grenze gebracht worden.

## P e r s o n b e s c h r e i b u n g.

1) Der 12. Augustin ist 47 Jahr alt, mittler Größe, hat braune Haare, runde Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, mittlere Nase und Mund, blonden Bart, Kinn und Gesicht oval, gesunde Gesichtsfarbe und ein schweres Gehör.

2) Der 12. Schuchardt ist 43 Jahr alt, 6 Fuß 3 Zoll groß, hat röthlich blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, graue Augen, spitze Nase, breiten Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist mittler Statur und besonders daran kennlich, daß er an der rechten Wacke eine Schußnarbe hat, ihm auch am Mittelfinger der linken Hand ein Glied fehlt.

Den 22ten April 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---















# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 19. —

Den 9ten Mai 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

**N**achstehende Allerhöchste Kabinettsordre vom 16ten Januar d. J.

Um die Lage der Hebammen auf dem Lande, welche bisher zum Theil sehr drückend war, und ein Haupthinderniß gewesen ist, daß sich jetzt so wenig fähige Frauen zum Unterricht und Dienst einer Hebamme haben berechtigen lassen, möglichst zu verbessern, bestimme Ich auf Ihren Bericht vom 18ten Oktober v. J. folgendes.

No. 125.  
Unterstützun-  
gen der Heba-  
ammen für  
das platt-  
Land.  
I. 908.  
April

- 1) Es sollen von jetzt an, wie bereits in Ostpreußen geschieht, von jeder Trauung und Kindtaufe resp. 3 gGr. und  $1\frac{1}{2}$  gGr. durch die Gessilschen erhoben, und diese Beträge zur Unterstützung der Landhebammen verwendet werden.
- 2) Jede von der Behörde approbirte Hebamme, so lange sie ihrer Stelle nicht verlustig wird, soll von allen Personalleistungen und persönl. direkten Abgaben, sowohl Kommunal- als grundherrlichen und Königl. befreit werden, und nur, wenn sie etwa ein Grundstück besitzt, die darauf haftenden Abgaben zu leisten schuldig sein.
- 3) Jeder Landhebamme an solchen Orten, wo nur Eine nöthig ist, soll ein Bezirk angewiesen werden, in welchem ihr auch von Geburten, zu denen nicht sie, sondern etwa eine benachbarte Hebamme berufen wird, von den Eltern des Kindes der in der Medizinaltaxe bestimmte niedrigste Gebührensatz bezahlt werden muß.

Hiernach haben Sie die weiteren Verfügungen zu treffen.

Berlin, den 16ten Januar 1817.

An

Friedrich Wilhelm.

die Staatsminister der Finanzen und des Innern

Graf v. Bülow und v. Schuckmann.

wird hierdurch zur Befolgung mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß die zu 1. zu erhebenden Gelder von Trauungen und Kindtaufen, zufolge der Bestimmungen



des Königl. Ministerii des Innern vom 28ten Januar und 1sten April d. J. in der Art verwendet werden sollen, daß davon in jedem Kreise einer jeden der zehn ärmsten unterrichteten und approbirten Landhebammen ein Stump von 10 Tbl. jährlich bewilligt werde, und daß die Hebung nicht nur auf dem platten Lande, sondern auch in den Städten statt finden soll.

Die Herren Landräthe haben mit Zuziehung der Herren Kreisphysiker einen Entwurf zu fertigen, wie der Kreis mit Rücksicht auf die jetzt vorhandene Zahl der Landhebammen in möglichst gleiche, nach der Familienzahl der Einwohner zu berechnende Bezirke einzutheilen sei, und den Entwurf binnen 4 Wochen zu unserer Genehmigung einzureichen. Der Entwurf muß in tabellarischer Form folgende Rubriken enthalten:

- 1) Namen des Kreises, 2) Namen der Hebamme und deren Wohnort,
- 3) Namen der Dörfer und Derschaften, welche zu ihrem Bezirk geschlagen werden sollen, und 4) bei jedem Dorfe und Orte die Zahl der darin wohnenden Familien.

Unter den Landhebammen sind nicht nur diejenigen zu verstehen, welche wirklich in einem Dorfe wohnen, sondern auch diejenigen, welche zwar in einer Stadt wohnen, aber ihre Praxis vorzüglich auf dem Lande treiben.

Die Ortspfarren haben über die Hebungen bei Trauungen und Kindtaufen ein Register zu führen, welches sie am letzten Junius und letzten Dezember jeden Jahres abschließen, und mit den erhobenen Beiträgen an die Superintendenten abliefern. Die Letztern fertigen daraus eine Hauptnachweisung, und übersenden diese Hauptnachweisung mit dem Gelbbetrage an die Kommunal- und Insultenkasse der hiesigen Königl. Regierung, zeigen aber gleichzeitig mittelst kurzen Berichts, unter Beifügung der Spezialnachweisungen der Ortspfarren und einer Abschrift der Hauptnachweisung, die erfolgte Absendung an. Die französisch-reformirten Prediger und katholischen Pfarrer senden den erhobenen Betrag mit der Spezialnachweisung unmittelbar zur gedachten Kasse ein, und zeigen gleichzeitig der Regierung die Absendung des Betrages an. Die Berichte und Gelder müssen in den ersten 3 Wochen des Monats Juli und Januar eingehehen.

Derjenigen Frauen, welche zu einer andern Hebamme als der, welche eigentlich für den Bezirk bestimmt ist, ein größeres Vertrauen haben, bleibt unbenommen, sich des Bestandes der erstern zu bedienen. Die Bezirkshebamme ist aber in solchen Fällen berechtigt, die üblichen Gebühren zu fordern, welche, im Falle nicht durch Lokalbeschränkungen ein anderer Satz bestimmt ist, zufolge der neuen revidirten Taxe für Medizinalpersonen vom 21sten Juni 1815 zwölf Groschen Kourant beträgt. Bei notorisch Armen hat sich jedoch die Bezirkshebamme der Forderung zu enthalten.

Yoröbam, den 19ten April 1817.







No. 128.  
Verkehr mit  
rohen Häuten  
aus dem  
Sächsischen.  
2. d. 1815.  
April.

Nach der Bestimmung d. d. Dresden den 2ten Januar 1800 ruht auf der Ausfuhr der rohen Häute aus dem Herzogthum Sachsen zur Zeit noch eine Abgabe von resp. 3 Gr., 2 Gr. und 1 Gr. für das Stück, nach Maaßgabe der Größe, welche Abgabe also bisher auch von den Häuten erhoben werden mußte, die von dort in die übrigen inländischen Provinzen giengen.

Durch ein Reskript des Herrn Finanzministers vom 20sten März d. J. ist festgesetzt:

daß die erwähnte Exportationsabgabe von den rohen Häuten im Herzogthum Sachsen fortan nicht weiter erhoben werden soll, wenn letztere nach einer der andern inländischen Provinzen bestimmt sind, sondern daß selbige nur noch für das Verkehr in das Ausland statt finden soll.

Dagegen soll aber auch aus allen andern inländischen Provinzen nach dem Herzogthum Sachsen ein gleich freier Verkehr in Ansehung der rohen Häute statt finden, und dem gemäß also weder ein bisher bestandenes etwaniges Ausfuhrverbot der rohen Häute, noch die ausländische Exportationsabgabe der  $8\frac{1}{2}$  Prozent von den Schaaffellen, oder sonstige Ausgangsabgabe von rohen Fellen, hinsichtlich des Herzogthums Sachsen weiter mehr zur Anwendung und resp. Erhebung kommen, und mithin überall ein Unterschied zwischen dem Herzogthum Sachsen und den übrigen Provinzen nicht mehr statt haben. Es muß jedoch hierbei besonders darauf geachtet werden, daß dieses nur zwischen dem Einländer frey gegebene Verkehr nicht das zu gemißbraucht werde, die noch bestehenden Ausfuhrverbote zu umgehen, und daß daher auch die Herzoglich Sächsischen Steuerbehörden besonders darauf aufmerksam sein müssen, daß aus den ausländischen Provinzen in das Herzogthum Sachsen nicht rohe Leder in der Absicht gebracht werden, um solche von dort aus hiernächst gegen die bestehende Abgabe ins Ausland zu exportiren.

Wenn sich ein solcher Verkehr bilden sollte, so ist von den Herzoglich Sächsischen Ämtern, und Staatsämtern hiervon ungeäumte Anzeige zu machen.

Potsdam, den 25ten April 1817.

No. 129.  
Hausiren.  
2. d. 1761.  
Gebühr.

Es wird hierdurch zur Vorbeugung mehrerer Zweifel bekannt gemacht, daß die von uns ertheilten Hausirschelne zum Handel mit Schnitzwaaren und mit kurzen Waaren aller Art, in den zum hiesigen Regierungsdepartement geschlagenen sächsischen Landestheilen bis auf weitere Verrückung nicht gültig sind.

Sämmtliche Behörden und die Hausirer haben sich hiernach zu achten.

Potsdam, den 29sten April 1817.

No. 130.  
Kartoffelver-  
mehrung.  
2. d. 3124.  
April.

Nachstehende Artikel aus Stück 16. des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Aachen:

### K a r r o f f e l p f l a n z u n g.

Obgleich mehreren Landwirthen des hiesigen Regierungsbezirks aus Erfah-  
rung bekannt sein wird, daß die Kartoffelpflanzung eben so gut durch die Schaa-  
ren,



ten, als durch die Frucht selbst bewirkt werden kann; so ist bei dem jetzigen großen Mangel an Saatkartoffeln doch sehr zu wünschen, daß das dabei zu beobachtende Verfahren nicht nur allgemein bekannt, sondern auch überall gehörig befolgt werde.

Wir finden uns daher veranlaßt, über das Verfahren hierunter Folgendes zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Die zu dem häuslichen Gebrauche bestimmten Kartoffeln werden dergestalt abgeschält, daß die Keime an den Schalen bleiben, welche dann bis zur künftigen Pflanzung an irgend einem luftigen Ort im Keller, wo sie vor Frost und Fäulniß sicher sind, etwas dünn auseinander gelegt werden müssen, wo nächst die Pflanzung zu seiner Zeit verhältnißmäßig eben so gut, als mit den wirklichen Kartoffeln vorgenommen wird.

Nachen, den 3ten April 1817.

Königliche Preussische Regierung. Erste Abtheilung.

### Verfahren um von wenigen Kartoffeln eine reiche Erndte zu erhalten.

Daß Kartoffeln, nach den Augen zerschnitten, sich fortpflanzen, ist bekannt. Daß Kartoffelkeime, allein gesetzt, die nemlichen Dienste thun, wenn man sie setzt, als wenn die Kartoffeln, aus denen sie entsprossen sind, noch mit ihnen zusammen hängen, ist ebenfalls bekannt.

Zugzwischen erfordert diese letzte Methode vorzüglich gutes lockeres Land, und sehr passende Witterung, wenn sie guten Erfolg haben soll.

Folgendes Verfahren aber ist sehr wenig bekannt, und möchte bei dem außerordentlichen Mangel an Saatkartoffeln in diesem Jahre sehr zu empfehlen sein.

Man macht eine viereckige Grube, ungefähr eine halbe Klafter tief, unten und oben gleich weit, von beliebiger Größe, den Grund belegt man mit guter Gartenerde, einen Fuß hoch, und auf diese legt man die Kartoffeln, eine an die andere, so daß sie den ganzen Grund des Loches einnehmen. Nun bedeckt man diese Kartoffeln mit guter Erde, welche mit völlig gefaultem Dünger vermischt wird, und wartet ab, bis sie aufgehen. Ist dieses geschehen, so bedeckt man die hervorgekommenen Pflanzen abermals mit guter vorbezeichnetener Erde, und wartet wiederum, bis sie auch diese Erdschicht durchdrungen haben, um dann eine neue Lage Erde darauf zu häufen. So fährt man fort, bis die Grube völlig wieder ausgefüllt ist, und überläßt die Pflanzung der Natur, bis zur Erndte Zeit, nur muß man, bei allzutrockener Witterung mit starkem Begießen zu Hülfe kommen.

Der Ertrag übersteigt oft dergestalt alle Erwartung, daß die Grube von unten bis oben schichtweise mit Kartoffeln und Erde angefüllt ist, und eine mittelmäßige Pflanzgrube dieser Art oft viele Tugren liefert.

Bei







Schon im April 1781 entstand auf einem Schiffe im Hafen zu Kronstadt, auf dem in fünf Tagen weder Feuer noch Licht gewesen, Brand in der seit mehreren Stunden verschlossenen Kajüte. Beim Öffnen der Thüre fand man ein darin liegendes Segeltuch glühen und Funken streuen. Alle Nachforschungen zur Entdeckung, wie das Feuer dahin gekommen, waren durchaus vergeblich, und da man vermuthen mußte, daß der in der Kajüte aufbewahrte, mit Oel befeuchtete und in Segeltuch eingewickelte Klebteufel sich selbst entzündet habe, so wurde auf demselben Schiffe ein Versuch mit denselben Materialien angestellt, die, wie zuvor zusammengepackt, sich wieder von selbst entzündeten. Außer diesem ließ die Admiralität durch den Professor Georgi noch 39 Versuche anstellen, bei denen das Verhältniß des Oels und Klebteufels abgeändert wurde, und die beinahe sämmtlich denselben Erfolg hatten.

Im Jahre 1815 unternahm Herr Pfarrer Sommer in Königsberg ähnliche Versuche, die um so belehrender sind, als Herr Sommer auf die Umstände und die Erscheinungen dabei viel Aufmerksamkeit wandte. Mehrere Ellen grobe Leinwand wurden mit Leinöl stark angefeuchtet, und am 28ten Juni 1815 Mittags auf dem Dache in der Sonne ausgebreitet, und zugleich einige Ellen wollener Zelese nebst Stroh der Sonnenwärme ausgesetzt. Als nach einer Stunde das Thermometer, unter der Leinwand angebracht, 52° Reaumur zeigte, wurde zuerst die Leinwand, dann darüber der Flanell schnell zusammengewickelt, mit dem warmen Zelese umwunden, vermittelst eines Bindfadens schnell zusammengeschnürt, in einen kupfernen Kessel in das warme Stroh gepackt, und mit einem Federkissen bedeckt. Bei einer Lufttemperatur von 20° Reaumur im Zimmer nahm die Hitze in diesem Bette immer mehr zu, und am folgenden Mittage loderte beim Zutritt der Luft das schon sengende Stroh mit heller Flamme auf. Im Bette war ein Loch bis tief in die Federn eingebrannt, und der Flanell nebst der Leinwand glühte. Nachdem es 3 Stunden gebrannt hatte, wurde es mit Wasser unter starkem Prasseln gelöscht. Am 25ten August 1815 wurden Sägeespäne von Tannenholz mit Werg, geschnittenem Stroh und Bast vermischt, mit Leinöl getränkt, und an der Sonne erwärmt. Als diese Mischung Mittags 35° Wärme zeigte, schüttete Herr Sommer sie in einen erwärmten baumwollenen Sack, umwickelte diesen mit einer, gleichfalls erwärmten wollenen Decke, und umgab sie in dem kupfernen Kessel mit Stroh, worin er ein Federkissen gelegt wurde. Abends spürte man schon brennlichen Geruch, und als am andern Mittage das Federkissen, welches eingebrannt war, gelüftet wurde, stieg ein starker Dampf auf, das Stroh schlug in Flammen aus, und die Späne glühten oben sehr stark. Diese Glut wurde nach  $\frac{1}{2}$  Stunde mit Wasser abgelenkt, alles in den Garten geworfen, und kam, nachdem die Sonne am folgenden Tag darauf geschienen, bei einer Lufttemperatur von 19° von neuem Brand.

Diesen Versuchen zu Folge scheint hauptsächlich die Verbindung einer öligen Substanz mit andern brennbaren Dingen, die Selbstentzündung zu begünstigen. Da.



Daher erlöst sich, wie die Tuchbetekter wissen, die mit Fett eingeschmierte Wolle bis zum Brennen. Bei Professor Georgis Versuchen entzündeten sich mit Hanföl und Talg begossene und erwärmte Kupphaare.

Da sich auch bei dem Rösten organischer Stoffe ein brennliches Del entblendet, so erklärte es sich, warum nach den Versuchen des Chemiker Rude in Kassel braun geröstete Roggenkleie sich von selbst entzündet, und weshalb im Juli 1794 in Berlin Feuer aus sorgloser Aufbewahrung der gebrannten Zichorienwurzel entstand. Georgi bemerkte, daß gerösteteres Roggenmehl schneller als die Kleie im Glühen überging, sehr wahrscheinlich, weil im erstern sich mehr emphysematisches Del bildet.

Außerdem bemerkte er, daß Weizenmehl, Gerstengröße, Erbsen, Bohnen, Sagespäne, selbst der schwach gebrannte Kaffee, nachdem er gemahlen und aufs neue geröstet worden, sich entzündeten.

In Königsberg entzündete sich braun gebranntes Getreide, welches nach den großen Bränden in den Jahren 1764 und 1811 den Armen wohlfeil verkauft war, an mehreren Orten von selbst. Aber auch ohne Zutritt klarer Materien kann bei den Gährungen die Wärme so sehr erhöht werden, daß, wie bei feuchtem zusammengehauftem Heu, Mist, und dergleichen, wirkliche Entzündung entsteht, zumal wenn heiße Witterung sie begünstigt.

Zur Selbstentzündung ist es auch noch erforderlich, daß die fettigen oder öligen und erlösten Substanzen ziemlich fest zusammen gepackt oder übereinander gerollt werden.

So erlöst sich festgeschlagener Mist, besonders von Pferden, ferner Heu, welches durch Masse dichter zusammengefunken ist, überhaupt aufgedhäufte frische Vegetabilien, bis zum Verbrennen.

Auf diese Art sind wahrscheinlich mehrere große Brände entstanden.

Der Brand einer Sillerbahn in St. Petersburg rührte wahrscheinlich vom Zusammenbrechen eines durch Del verunreinigten Hauses zu Lauen, so wie das in einem Pelzgewölbe daselbst entstandene Feuer von Wachstapeten her, die den Tag zuvor stark zusammengerollt hingelegt waren.

Bei allen vom Professor Georgi und Pfarrer Sommer angestellten Versuchen war es zur Selbstentzündung durchaus erforderlich, die, in gedachter Art gemengten Substanzen sowohl, als die gerösteten Materien fest in Leinwand einzubinden. Zutritt der äußern Luft scheint zu der Entstehung der Glut keinesweges nöthig, vielmehr entwickelte sich die Glut immer ganz in der Mitte des Ballens, da wo keine Luft hinkommen konnte.

Alle diese Umstände fanden bei mehreren neuerlichen Selbstentzündungen in Königsberg statt. Am 2ten Juli 1816 entzündete sich daselbst auf der Holzweise, dicht am Strome, zurückgelassenes Stroh und Moos, worauf die kurz zuvor ver-



ladenen Delfässer gelegen hatten. Das Feuer wurde gelöscht, und nichts desto weniger brachen dieselben Materialien am folgenden Tage Nachmittags wieder in heller Flamme aus. Dasselbe geschah am 4. en Juli 1815 beinahe unter denselben Umständen auf dem geräumigen Vorhofe einer Seifenfabrik, wo ebenfalls Stroß und Moos, welches beim Abladen der Delfässer zurückgelassen war, und drei Tage hindurch ruhig gelegen hatte, nach vorhergegangenen starken Rauche mit Flamme aufbrannte. Bei der genauern, vom Herrn Medizinalrath Hagen angestellten Untersuchung, welcher Brandörter zeigte sich, daß weder Nachlässigkeit noch Bosheit den mindesten Antheil an der Entstehung des Feuers gehabt haben konnte. Das Moos und Stroß war aber durch die Delfässer fest zusammengepreßt, und der Mittagsplze von 25 — 28° Reaumur ausgesetzt gewesen.

Am 30sten Juli 1814 Abends brach auf dem Alschhofe zu Königsberg Feuer aus. Eine Menge Bastmatten waren daselbst bis 10 Uhr Vormittags in der stärksten Sonnenplze beim Oelmessen gebraucht, und dabel ganz mit Del durchzogen worden, hatten eine Stunde lang in dem Schöpfe den Sonnenstrahlen ausgesetzt gelegen, waren dann auf einem Haufen Aufkehrische 2 Fuß hoch aufgehäuft, und bis nach 1 Uhr Mittags von der Sonne beschienen, wo die Temperatur 40° erreichte. Auch hier war die Selbstentzündung nicht zu bezweifeln.

Am 14ten August desselben Jahres entzündete sich daselbst, ebenfalls in der heftigen Sonnenplze ein Sack, worin die in der Delbaracke mit dem Oele beschäftigten Arbeitsleute ihre Schürzen, Kleider, und die zum Spunden der Delfässer gebrauchte Leinwand fest eingestopft hatten.

Derselbe Fall ereignete sich wieder am 31sten August 1814 bei einer Temperatur, welche in der Sonne 38° Reaumur erreichte.

Ueberhaupt aber ergiebt sich aus diesen und andern Fällen, wie leicht Selbstentzündungen entstehen können, und wie vieler Vorsicht es bedarf, bei der Bearbeitung solcher Materialien, die mit öligen oder fetten Substanzen gemengt, übergossen, oder getränkt werden, wie z. E. der mit Del getränkten Wolle, ferner Hinsichts der mit Del verunreinigten Kleidungsstücke, Matten u. s. w., der schmutzigen Kleider der Ritzgelehrer, vielleichte auch der frisch gekehrten und auf dem Verdeck der Sonne ausgesetzten Segel. Selbst bei der Bereitung der gekochten Oele in Apotheken, wobei frische Pflanzentheile mit fetten Oelen so lange siedend erhalten werden, bis alle Wässrigkeit verdampft ist, hat man mehrmals bemerkt, daß der durch Pressen vom Del abgesonderte Rückstand sich von selbst entzündete.

Nicht weniger beweisen jene Erfahrungen die Nothwendigkeit der Vorsicht bei dem Aufbewahren gerösteter vegetabilischer und thierischer Materialien, wie z. E. Hinsichts der gerösteten Kleie, welche der Landmann oft äußerlich bei Viehrankenheiten braucht, ferner beim Malzbarren u. s. w.



Um in Ölmagazinen und überhaupt an Orten, wo Oel und Fettigkeit leicht verstreuet und vergossen wird, den Grad der Wärme, bei welcher Selbstentzündung zu besorgen ist, zu bestimmen, rath in Ermangelung eines Thermometers Herr Pfarrer Sommer an, zwei irdene Teller, wovon der eine etwas kleiner, der andere etwas Schöpsfentalg enthalte, hinzustellen. Beim Thermometerstande von 30 Graden schmilzt das erste, und hier ist schon Gefahr der Entzündung. Sobald aber das Schöpsfentalg auch fließend wird, ist die Gefahr schon so groß, daß man alle Sorgfalt zur Verhütung einer Selbstentzündung nöthig hat. Am besten ist es zu diesem Behuf, die mit Oel oder Fettigkeiten beschmutzten oder gerösteten Materien, besonders wenn sie stark erwärmt sind, oder die Luft sehr heiß ist, nicht fest zusammenzupacken, oder dicht übereinander zu legen und zu wickeln, sondern sie locker ausgebreitet der Luft auszusetzen, welche sie abkühlt, und der innern Erhitzung widersteht.

Durch zweckmäßige Regulirung öffentlicher Wege im Teltowischen Kreise haben sich unter Anleitung des Bauinspektor Eitelwein ausgezeichnet:

- 1) der Gutsbesitzer Menten zu Königs-Wusterhausen. Derselbe hat von dort aus bis zur Zauchenschen Grenze, auf der großen Straße über Buchholz nach Sachsen, den Weg gerade gelegt, theils mit hochstämmigen Bäumen, theils mit Weiden bepflanzt, an einigen Stellen zur Erhöhung des Weges zu beiden Seiten große Gräben aufwerfen und die daraus erhaltene Erde in die Mitte des Weges werfen, auch zur Kommunikation dieser Gräben durch den Weg eine neue vorschriftsmäßig mit Geländer versehene Brücke anlegen lassen.
- 2) Die Gemelne zu Schenkendorf, Amtes Königs-Wusterhausen. Dieselbe hat den Weg zwischen dem Dorfe und der Alkenwalder Grenze, statt des alten sich durch ihre Feldmark hin und herschlängelnden Weges in gerader Linie über die Ackerstücke gelegt und mit Bäumen bepflanzt.

Seit dem Anfange dieses Jahres erscheint zu Marienwerder eine Monatschrift unter dem Titel:

Allgemeines Polizei-Archiv für Preußen,

welches den polizeilichen Behörden des Potsdamschen Regierungsbezirks mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß der Registrator Schmidt im Polizeiministerio den Debit derselben besorgt.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra - Blatt

zum

19ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Das zum Amte Alt. Landsberg gehörige Vorwerk Neuenhagen, soll auf 14 Jahre von Trinitatis 1817. bis dahin 1831. in Zelpacht ausgethan werden, und ist zur Abgabe der desfalligen Gebote ein Termin auf den 22sten d. M. Vormittags um 11 Uhr vor dem Regierungsrath von Lübow auf dem hiesigen Regierungsgebäude angesetzt worden.

Die Pachtlustige, welche sich vor, oder in dem Termine in Hinsicht ihrer Qualifikation zur Führung einer Landwirthschaft, und darüber, daß sie ein hinreichendes disponibles Vermögen zur Uebernahme der Pachtung besitzen, vor dem ernannten Kommissario ausweisen müssen, können von jetzt an die Pachtbedingungen auf dem Amte Alt. Landsberg, so wie auch bei dem Registrator Werner hieselbst einsehen.

Den 3ten Mai 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

---

Das Königl. Kammergut zu Annaburg mit 150 Acker à 300 □ Ruthen ardenbares Feldes, 314 Acker 136 □ Ruthen zwei- und einschüriger Wiesen, 2 Acker 221 □ Ruthen 54 □ Fuß Gärten, Teich, und wilder Fischerei, Brauerei, Brantweltaubrennerei und starker Viehzucht, auch hieslänglicher Hutung, soll von Johannis d. J. an, an den Meistbietenden, bis auf Genehmigung des Königl. hohen Finanzministeriums zu Berlin, verpachtet werden, und es ist dazu

der siebengehnte Mai d. J.

als Exkursionstermin angesetzt worden. Pachtlustige können den neugefertigten Pachtantrags-Anschlag, so wie die allgemeinen und besondern Pachtbedingungen in der Domänenregistratur der Königl. Regierung vor dem Exkursionstermin einsehen. Am Tage der Exkursion selbst aber geschehen die Verhandlungen in dem Geschäftsbureau der Königl. Regierung.

Merseburg, den 12ten April 1817.

Königl. Preuss. Regierung.

Zweite Abtheilung.

---

## Landesverweisung.

Der nachstehend näher bezeichnete jüdische Handelsmann Hersch Lenzner, aus Bregenn in Polen gebürtig, ist, nach dreimonatlicher wegen Diebstahls erlittener Zuchthausstrafe, mit der Verwarnung, die Königl. Preussischen Staaten nicht wieder zu betreten, über die Grenze gebracht worden.

Der



### **P e r s o n s b e s c h r e i b u n g .**

Der 1c. Lenzer ist 22 Jahr alt, 6 Fuß 9 Zoll groß, hat schwarze Haare, runde Seiten, schwarze Augenbraunen, schwarze Augen, große und gebogene Nase, gewöhnlichen Mund, schwarzen Bart, gespaltenes Kinn, längliches Gesicht und gesunde Gesichtsfarbe. Er ist großer Statur, gut gewachsen, übrigens ohne besondere Kennzeichen. Den 23sten April 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam.

Erste Abtheilung.

### **S t e c k b r i e f .**

No. 11.

Die unverhehlchte Schneider aus Hohenwalde bei Landsberg an der Warthe gebürtig, und dort wohnhaft, ist der Theilnahme eines in der Nacht vom 17ten zum 18ten April im Dorfe Sternebeck bei Wriezen a. d. Oder verübten gewaltsamen Diebstahls dringend verdächtig, weshalb alle resp. Zivil- und Militärbehörden dienst- ergebens ersucht werden, dieselbe, wo sie sich betreten läßt, sofort zu arrestiren, und gegen Erstattung der Kosten an uns abzuliefern.

Wriezen, den 29sten April 1817.

Frelherrlich von Kardsteinischen Gerichte zu Sternebeck.

### **S i g n a l e m e n t .**

Die unverhehlchte Schneider ist 32 Jahr alt, mittler Größe, hat blondbraune Haare und Augenbraunen, blaue Augen, spitze Nase, gewöhnlichen Mund, ein ovales Gesicht, und ist besonders an einer Narbe in der Backe und an geblähter Gesichtsfarbe zu erkennen. Am 24sten März c. hat die 1c. Schneider zu Wriezen einen Paß, unterm 18ten c. in Bernau ausgestellt, produziert, und visiren lassen. Das Visa des Passes ist nach Seelow gerichtet gewesen, und hat der Paß die ausdrückliche Anweisung enthalten, daß Inhaberin sich unverzüglich in gerader Richtung, bei Vermeidung der Arrestirung, nach ihrem Wohnorte zurückbegeben müsse.

### **A v e r t i s s e m e n t .**

Zum Verkauf des Seibelschen Kolonistengutes zu Mangelsdorf, welches 1335 thlr. gewürdigt worden, ist der letzte Bietungstermin auf den 21sten Mai d. J. Vormittags um 10 Uhr in der hiesigen Gerichtsstube angesetzt, und soll dieses Gut in diesem Termin, falls nicht hierbei vorkommende rechtliche Umstände ein Anderes notwendig machen sollten, dem Meistbietenden zugeschlagen werden. Auch sind die unbekannten Realprätendenten durch das affigirte Patent und durch die Intelligenzblätter aufgefordert worden, ihre etwaigen Ansprüche spätestens in diesem letzten Termin geltend zu machen.

Justizamt Königsdorf, den 30sten April 1817.



# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Potsdam

No. 20.

Den 16ten Mai 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Die bevorstehende Vermählungen der Prinzessin Charlotte von Preussen, Tochter Seiner Majestät des Königs, und der Prinzessin Friederike von Preussen, Nichte Seiner Majestät des Königs, haben zu der Frage Anlaß gegeben, ob die bei Vermählungen von Prinzessinnen des Königl. Hauses herkömmlichen Prinzessinnen-Steuern ausgeschrieben werden sollen.

No. 131.  
Erlaß der  
Prinzessin-  
nensteuer.  
I. p 953.  
April.

Seine Majestät der König haben darauf, aus Gnade und Milde, jedoch ohne Konsequenz für die Zukunft, und ohne Allerhöchst Ihren Nachfolgern in der Krone dadurch etwas zu vergeben, zu beschließen geruhet, Allerhöchst Ihre Lande und getreue Unterthanen für diesesmal mit solchem Beitrag zu verschonen, in der allergnädigsten Zuversicht, daß sie dieses neue Merkmal der landesväterlichen Huld mit Dank erkennen werden.

Indem ich die Königl. Regierung hiervon in Kenntniß setze, beauftrage ich dieselbe, die Bekanntmachung dieses Allerhöchsten Beschlusses in ihrem Departement zu veranlassen.

Berlin, den 6ten April 1817.

Am

v. Hardenberg.

die Königl. Regierung zu Potsdam.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Fürsten Staatskanzlers Durchlaucht wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 7ten Mai 1817.

Des Königs Majestät haben in Folge der Organisation der Provinzialbehörden zu resolviren geruhet, auch der Oberrechnungs-Revisionsbehörde eine der jetzigen Ausdehnung der Monarchie angemessene, mit den allgemeinen Organisationsgrundsätzen übereinstimmende Einrichtung zu geben, und deshalb mittelst einer unterm

No. 132.  
Organisation  
der Königl.  
Ober-Rech-  
nungskammer.  
2 b 1853.  
März.

X 1

13ten



2ten März v. J. an des Herrn Staatskanzlers Durchlaucht erlassenen Kabinettsordre den Wirkungskreis und die Verfassung der Königl. Oberrechnungskammer anderweit angeordnet.

Auf den Grund derselben wird nun der Königl. Regierung folgendes bekannt gemacht:

1) Die Königl. Oberrechnungskammer ist in zwei Abtheilungen eingetheilt, dergestalt, daß bei der ersten alle aus den Provinzen Brandenburg, Schlesien, Pommern, Preußen und Posen, und bei der zweiten alle aus den Provinzen Sachsen, Westphalen und am Rhein herrührende, zum Ressort der Oberrechnungskammer gehörigen Geschäfte bearbeitet werden.

2) Jede dieser Abtheilungen soll unter der Benennung:

„Königl. Oberrechnungskammer I. Abtheilung oder II. Abtheilung.“

für sich bestehen, und eine ganz gleiche Befugniß haben.

3) In allen zu den speziellen Geschäften beider Abtheilungen gehörenden Angelegenheiten vollzieht jeder Präsident für sich die nöthigen Ausfertigungen.

Dagegen tritt bei allgemeinen Grundsätzen und generellen Bestimmungen eine gemeinschaftliche Berathung und Vollziehung ein.

4) Für die erste Abtheilung ist der bisherige Präsident Herr v. Schlabenborf als solcher bestätigt, für die zweite Abtheilung aber der Herr Geheimrath v. Beguelin zum Präsidenten ernannt worden.

5) Die Oberrechnungskammer ist wie bisher unmittelbar dem Herrn Staatskanzler untergeordnet.

6) Das Rechnungswesen aller und jeder Staatsfonds, und solcher daraus bestehenden öffentlichen Anstalten, bei welchen die Zuschüsse aus Staatskassen die alleinige oder Haupteinnahme ausmachen, wird ohne Ausnahme der Revision der Oberrechnungskammer unterworfen; auch sollen ferner alle Administrationsetats, von welchen die Rechnungen zur Oberrechnungskammer gelangen, derselben mit vorgelegt werden.

Die Oberrechnungskammer erhält diese Etats durch das Ministerium der Finanzen, welchem solche ohne alle Ausnahme durch die Chefs der verschiedenen Landesadministrationen im Entwurf zugesandt werden, revidirt selbige, theilt denselben die statt gefundene Erinnerungen bei der Rückgabe zur weiteren Beanlassung mit, und sieht ferner bei Revision der Rechnungen darauf, daß die Erinnerungen gegen die Etats erledigt worden sind.

7) Dagegen haben sich des Herrn Staatskanzlers Durchlaucht nachträglich im Allgemeinen mit der Königl. Oberrechnungskammer darüber einverstanden erklärt, daß die Etats und Rechnungen derjenigen Institute und Kassen, welche nicht für Rechnung des Staats, oder mit dessen Gewährleistung administriert werden, nicht zur Prüfung der Königl. Oberrechnungskammer gehören.

Darunter werden nach der Erklärung der letztern solche Institute und Kassen verstanden, welche

a. durch







Das Patengeschenk von 50 Thalern wird dem siebenten Sohne bewilligt, der seit dem 26sten April v. J., oder in den ehemals sächsischen Distrikten seit Erhebung der Einkünfte durch die bliesseitigen Staatskassen, aus einer Ehe, ohne das zwischenkunft von Töchtern, geboren worden. Potsdam, den 29sten April 1817.

No. 134.  
Aufhebung  
der Sperre  
in Telt.  
I. p. 3575;  
April.

Da die Lungenseuche unter dem Rindvieh zu Teltz im Teltowschen Kreisse gänzlich aufgehört hat, so ist die in gedachtem Orte veranstaltete Sperre für das Rindvieh und Viehfutter aufgehoben. Potsdam, den 5ten Mai 1817.

No. 135.  
Aufhebung  
der Sperre  
in Mittenwalde.  
I. p. 69;  
Mai.

Da die Lungenseuche unter dem Rindvieh, welche in Mittenwalde geherrscht hat, gänzlich geillgt ist, so wird solches hierdurch, Befuß des wieder gestatteten freien Viehverkehrs der Stadt, zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Potsdam, den 5ten Mai 1817.

No. 136.  
Fundamente  
unter hölzernen Gebäuden.  
2. b. 355;  
April.

Nach Vorschrift des Generalprivilegts des Zimmergewerks in der Kur- und Mark Brandenburg vom 5ten Mai 1734. darf kein Zimmermeister

- 1) bei schwerer Verantwortung zu einem hölzernen Gebäude die Schwellen strecken, noch weniger dasselbe richten, bevor das Fundament aufgeführt worden ist,
- 2) bei 4 Thaler Strafe, wovon  $\frac{1}{3}$  zur Kammerel,  $\frac{1}{3}$  zur Stadt-Armenskasse, und  $\frac{1}{3}$  zur Gewerkslade fließt, die Schwellen niedriger über der Erde als  $1\frac{1}{2}$  Fuß im Lichten (d. h. bis zur Unterkante der Schwelle gemessen) strecken.

Diese gesetzlichen Bestimmungen werden hierdurch in Erinnerung gebracht, und sind als allgemeine baupolizeiliche Anordnungen auch von unzüfzigen Meistern zu befolgen.

Von den Strafen, in welche letztere verfallen mögen, ist  $\frac{1}{3}$  als Polizeistrafe anzusehen, und wird als solche eingezogen werden; die übrigen  $\frac{2}{3}$  werden, wenn der Meister in einer Stadt wohnt, bestimmungsmäßig zu gleichen Theilen unter die Kammerel und Armenkasse vertheilt, wohnt er aber auf dem platten Lande, so fließen dieselben nach Th. II. Tit. 19. §. 28. des Allgemeinen Landrechts in die Orts-Armenskasse.

Die Herren Landräthe, Polizeidirektoren und Ortsobrigkeiten haben sich hienach zu achten. Es versteht sich jedoch von selbst, daß es in den zum Herzogthum Sachsen gehörigen Landbesitzellen vorläufig bei den dort geltenden Vorschriften verbleibt.

Potsdam, den 7ten Mai 1817.



# Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.

Durch die Allerhöchste Verordnung vom 15ten November pr., wegen Einfüh- No. 19.  
 rung des Allgemeinen Landrechts in die mit dem Preussischen Staate vereinigt- Deposital-  
wesen.  
 ten vormals Sächsischen Districte, ist §. 20. in Hinsicht der Depositalgeschäfte die  
 genaue Befolgung der Depositalordnung vom 15ten December 1783. vom 1sten März  
 d. J. an sämmtlichen Gerichten zur Pflicht gemacht worden.

Darüberhinaus zur Kenntniß gekommen, daß solches noch nicht überall bei den  
 Patrimonialgerichten in dem zum Departement des Kammergerichts geschlagenen  
 Bezirke geschehen ist, die Befolgung jener Anweisung aber nicht länger ausgesetzt  
 bleiben darf, so wird sämmtlichen Patrimonialgerichten des Districte, mit Einschluß  
 des Gräflich Solmschen Justizamts Baruth beider Umhelle, hierdurch zur Pflicht  
 gemacht, binnen sechs Wochen anzuzeigen, auf welche Weise die Einrichtung des  
 Depositalwesens nach Vorschrift der Depositalordnung Tit. 3. §. 27. seq. p. 139.  
 getroffen, und insbesondere

- a. wo das Depositorium befindlich, und ob das Geläß gegen Einbruch und Feu-  
 ergefährde gesichert ist,
- b. ob ein vorschriftsmäßiger Depositalkasten und die vorgeschriebenen Deposital-  
 bücher angeschafft, und
- c. welchen Personen die Verwaltung des Depositorii übertragen worden ist.

Zugleich wird, damit die Gerichte sich mit dem Einwande: daß ihnen die  
 Vorschriften der Depositalordnung nicht bekannt seien, nicht schützen können, dens-  
 selben eröffnet:

daß solche in der Deckerschen Hofbuchdruckerei hieselbst für den Preis von  
 10 gr. zu erhalten ist.

Berlin, den 24sten April 1817.

Die sämmtlichen Untergerichte im Departement des Kammergerichts werden No. 20.  
 hierdurch aufgefordert, die Kosten des Drucks des Verzeichnisses der für die Zeit Ediktalita-  
tionen.  
 vom 1sten October bis zum letzten December 1816. bei ihnen erlassenen Ediktalge-  
 tationen an die Kammergerichtssalarienkasse zu zahlen.

Die Namen der einzelnen Sachen, in welchen die Kosten entstanden sind,  
 werden die Untergerichte durch Extrakte aus obigem Verzeichnisse ersenen, welche  
 ihnen von der Kammergerichts Salarienkasse zugefertigt werden sollen.

Berlin, den 24sten April 1817.

Sämmtlichen Untergerichten im Departement des Kammergerichts wird hier No. 21.  
 durch bekannt gemacht, daß das nachstehende Schreiben des Königl. Generallieute- Ediktalita-  
tionen.  
 nants Herrn von Zieten-Ergelenz an das Kammergericht vom 14ten April d. J.

An

das Königl. Preussl. Hochstbl. Kammergericht.

Ein



Ein Königl. Hochlöbliches Kammergericht benachrichtigt ich ergebenst, daß ich die Vertheilung der mit dem gefälligen Schreiben vom 20sten März, und eingegangen den 13ten April d. J., übersandten 160 Exemplare von dem sechsten Verzeichnisse der seit dem 1sten Januar bis zum letzten Februar 1817. erlassenen Ediktalstationen, bei meinem unterhabenden Armeekorps heute veranlaßt habe.

Sedan, den 14ten April 1817.

Königl. Preuß. Generallieutenant und kommandirender General des Armeekorps in Frankreich. von Zieten.

am 29sten v. M. hier eingegangen ist, wodurch die erfolgte Insinuation der darin bezeichneten Ediktalstationen an das Königl. Armeekorps in Frankreich nachgewiesen wird, mit der Anweisung: in den in jener Liste aufgenommenen rechtlichen Angelegenheiten nunmehr das Hierauf Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, den 1sten Mai 1817.

### Personalchronik.

Der bisherige Regierungsassessor von Stülpnagel ist von des Königs Maj. zum Regierungsrath bei der hiesigen Regierung ernannt worden.

Der bisherige Stadtgerichts-Auskultator Hen ist bei dem Königl. Kammergericht als Referendarlus angestellt worden.

### Vermischte Nachrichten.

#### Erledigte Pfründphysikate.

Die noch erledigten Physikate des Angermünder und Zauch-Belziger Kreises können dazu qualifizirten Aerzten übertragen werden, und sind die Gesuche deshalb hier einzureichen.

Hauptsächlich wird bei der Besetzung dieser Stellen auf solche Aerzte Rücksicht genommen werden, welche während der letzten Kriegesjahre in Königl. Feldlazarethen gedient haben, vorausgesetzt, daß dieselben zuvor ihre Fähigkeit zur Verwaltung eines Physikats nachweisen. Den 6ten Mai 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

#### Sperre des Lychener Kanals.

Wegen Reparatur der Himmelfortiger Schleuse im Lychener Kanal wird dieser Kanal im Monat August d. J. gesperrt werden.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra - Blatt

zum  
20sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Der Herr Graf von Schwerin zu Puck im Anklam'schen Kreise, ist schon seit längerer Zeit für die Beförderung wahrer auf Gottesfurcht und Vaterlands-  
liebe gegründeter Volksbildung unter den Bewohnern seiner Güter Puck, Schwe-  
rinburg, Bussfen, Bolbeckow, Grubenow und Edwillb thätig. Insbesondere  
sucht er durch die Verbesserung der Schulen auf Jung und Alt wohlthätig zu wir-  
ken, und eine im Mai v. J. mit 150 versammelten Schulkindern aus seinen Gü-  
tern angestellte öffentliche Prüfung gab erfreuliche Beweise von den Fortschritten  
des Unterrichtes, bei welchem auch die Einführung der Turnübungen nicht ver-  
gessen worden ist.

Um auf die Bildung der Landbewohner in einem weiten Kreise durch Ver-  
breitung zweckmäßiger Volkschriften wirken zu können, hat sich der Herr Graf  
von Schwerin jetzt entschlossen, ein Monatsblatt für den Landmann her-  
auszugeben, dessen Plan und Bestimmung er selbst in einem Umlaufschreiben an  
die Gutbesitzer, Prediger und Pächter seiner Nachbarschaft mit folgenden Wor-  
ten anlegt:

„Nur noch in den Köpfen sehr kleinherziger, selbstsüchtiger Menschen kann  
„der Gedanke Raum finden: es sei nicht gut, daß der gemeine Mann aufge-  
„klärt werde, das Allgemeine gewinne dabel, wenn er dumm und dadurch ganz  
„abhängig von den Gebildeten bleibe. — Ich kann nicht glauben, daß der  
„Egoismus noch so viele verblende, daß sie nicht sehen, was doch so klar vor  
„Augen liegt, nicht sehen, daß die Menschen in allen Ständen einen Schritt  
„vornwärts gethan haben, und daß es eben so leicht ist, einen Mühlstein bergs-  
„auf zu rollen, als den Zeltgeist aufzuhalten, der unsichtbar aber sicher forts-  
„schreitet. — Aufgeklärt wird der Bauer und der Tagelöhner also über viele  
„Dinge, die ihm sonst ganz dunkel waren, eben so gewiß werden, als es dem  
„Edelmann und dem Bürger gelungen ist, sich aus den Fesseln der Dumm-  
„heit und des Aberglaubens loszuwickeln.

„Mögen alle, die es mit dem Menschengeschlechte gut meinen und berufen  
„sind, dazu beizutragen, daß es besser werde auf Erden, meine Ansicht theilen,  
„dann dürfte ich hoffen, daß man mich nicht verkennen wird, wenn ich mich  
„bestrebe, dahin zu wirken, daß die Aufklärung, die der gemeine  
„Mann gewinnt, eine gute Richtung nehme, und von rechter  
„Art sei. Verbunden zu gleichem Zwecke mit einigen würdigen Männern  
„in meiner Nähe, will ich es versuchen, ob es mir gelingen möge, dem Land-  
„mann in einer kleinen Zeitschrift, von der alle Monat ein Bogen erscheinen soll,  
„einige Kenntnisse beizubringen, durch welche die Liebe zu Gott, zu seinem  
„Fürsten und zum lieben deutschen Vaterlande in ihm genährt und gestärkt  
„werde. Wenn die Gebildeten in diesem ersten Versuche für sich keine Na-  
„hung finden, und Stoff und Form ihnen unschmackhaft erscheint, so bitte ich sie,  
„daran



„daran zu denken, daß ich bloß für den Landmann schreibe, und daß es meine  
 „Abacht ist, ihm solche Nahrung zu reichen, die er verdauen kann. Glauben  
 „aber diejenigen, so Gelegenheft haben, auf den gemeinen Mann zu wirken,  
 „daß es gut sein könne, wenn er, und vor allem auch die Jugend, dergleichen  
 „lese, was sie fester knüpft an Gott und König und das deutsche Land, so  
 „werde ich es sehr dankbar erkennen, wenn sie mein Werk liebreud fördern  
 „wollen. — Ich mache bei meinem Beginnen keinen Anspruch auf irdischen  
 „Vorteil; streue ich nur hin und wieder ein gutes Saamentorn in ein empfäng-  
 „nisches Herz, so bin ich hinreichend belohnt.

„Den ganzen Jahrgang, d. h. 12 Bogen, werde ich für 8 Gr. Pr. Kont.  
 „liefern. Sollte ich so viel Absatz finden, daß ich mehr einnehme, als die  
 „Kosten für Druck und Papier betragen, so bestimme ich den Ueberschuß zur  
 „Unterstützung derjenigen Dorfschullehrer in der Anklam-, Uckermünd- und  
 „Treprowschen Synode, die nach der Meinung der Herren Superintendenten  
 „der Unterstützung nicht nur am bedürftigsten sind, sondern die eine solche auch  
 „am meisten durch Treue und Fleiß in ihrem Amte verdienen.

„Ich ersuche die Herren Gutsbesitzer, Prediger und Pächter, mir anzuzeigen,  
 „auf welche Weise es Ihnen gelungen ist, mein Werk zu fördern, und wie  
 „viel Exemplare Sie für Ihren Wirkungskreis verlangen.“

Die beiden ersten Bogen für die Monate Januar und Februar enthalten Ge-  
 spräche zwischen einem Landwirthmann und Bauer über die bedeutendsten Ereignisse  
 der neuesten Zeit, in einem so einfach treuerzlig und fromm belehrenden Tone,  
 daß sie den Landleuten unserer Provinz eine ihrer Fassungskraft und ihren Bedürf-  
 nissen angemessene Unterhaltung gewähren und ihren Kenntnißkreis erweitern werden,  
 ohne die Wurzel aller Volksbildung, Gottesfurcht und Vaterlandsliebe zu unter-  
 graben. — Sehr gern bringe ich dieses gemeinnützliche Unternehmen zur öffent-  
 lichen Kenntniß, und wünsche dem Vaterlande recht viele Mitbürger, welche die  
 ihnen von Gott verliehene Kraft und Mittel mit eben so redlichem Eifer zur För-  
 derung des allgemeinen Wohls gebrauchen. Stettin, den 20sten März 1817.

Der Königliche wirkliche Geheimrath und Oberpräsident von Pommern.

S a d.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Auf dem Gute Gühlen bei Lindow im Ruppinischen Kreise sollen

- 1) drei Buidnerhäuser, von denen jedes 3 Morgen Garten und Wiesewachs, im-  
 gleichen die Weidestheil auf 1 Kuh hat, nebst Zubehör, an den Meistbietern  
 den verkauft, und
- 2) eine Windmahlmühle mit Oelstampfen und Pressen, eine Handgrümmühle,  
 Stöber, und Graupentrand, nebst Haus und Ställen, mit 15 Morgen Acker,  
 Garten und Wiesen, so wie der Weidestheil auf 2 Kühe 10. zusammen ent-  
 weder gleichfalls meistbietend verkauft, oder von Neuem verpachtet werden.

Hierzu hat der Unterschriftene einen Bietungstermin auf den 26sten Juni  
 d. J. angesetzt, wozu zahlungsfähige Kauflustige hierdurch eingeladen werden, mit dem  
 Bemerkten, daß der einen der ad 1. gedachten Buidnerstellen, auf Verlangen, auch eine  
 Schmiede beigelegt werden kann. Gühlen bei Lindow, den 19ten April 1817.

Der Gutsbesitzer Theodor an.



# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 21. —

Den 23sten Mai 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Ungeachtet die spezielle Instruktion, betreffend den Geschäftsgang bei den General- No 137.  
Kommissionen zur Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und Revisions-  
den Revisionskollegien, noch von Seiner Königl. Majestät erwartet wird, so Kollegium zur  
machen es doch mehrere zur Entscheidung in zweiter Instanz vorliegende Prozesse Regulirung  
dringend nöthig, die nach dem Edikte wegen Regulirung der gutherrlichen und der gutherr-  
bäuerlichen Verhältnisse vom 14ten September 1811. und dessen Deklaration vom lichen und  
29sten Mai v. J. zu konstituierenden Revisionskollegien ohne Verzug zu versammeln. Verhältnisse  
für die Pro-  
vinz Brand-  
enburg. i. p. 2181.  
April.

Die Königl. Ministerien der Justiz, der Finanzen und des Innern haben sich daher unterm 22sten März c. veranlaßt gefunden, für die Provinz Brandenburg das Revisionskollegium in Berlin zusammentreten zu lassen, und zum Dirigenten desselben bestimmt

den Herrn Geheimen Justiz- und Kammergerichtsrath Müller,  
und zu Mitgliedern

a. von der Justiz:

den Herrn Geheimen Justiz- und Kammergerichtsrath v. Grevenitz und  
den Herrn Kammergerichtsrath Kienitz,

b. von der Regierung:

die Herren Regierungsräthe Friederici und Steber zu Berlin.

Das Revisionskollegium wird das Lokal zu seiner Versammlung in dem Re-  
gierungskollegienhause zu Berlin angewiesen erhalten. Das gedachte Kollegium  
ist nur ein Spruchkollegium in zweiter Instanz und hat mit der Erörterung und  
Instruktion der Sache nichts zu thun, vielmehr kompetirt solche lediglich der Gene-  
ralkommission, welche auch in erster Instanz entscheidet. An die Generalkommission  
schickt das Revisionskollegium auch die ausgefertigten Erkenntnisse zur Publikation  
und Vollziehung zurück.



Das Revisionskollegium wird sich eines Siegels bedienen, in welchem das kleinere Königl. Wappen befindlich ist, mit der Umschrift:

„Königliches Preussisches Revisionskollegium der Provinz Brandenburg.“

Diese uns unterm 2ten April d. J. durch das Königl. Ministerium der Finanzen und des Innern mitgetheilten Bestimmungen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 7ten Mai 1817.

No. 138.

Listen von den  
vorgefallenen  
Verbrechen,  
I. p. 2144.  
April.

Sämmtlichen Herren Landräthen unsers Regierungsbezirks wird hierdurch bekannt gemacht, daß es in Zukunft der Einreichung von Quartallisten der vorgefallenen Verbrechen nicht bedarf. Dagegen werden dieselben hiermit aufgefordert, die jährlichen Listen bei Vermeldung von 5 rthlr. Strafe so abzusenden, daß solche spätestens Mitte Januar jedes Jahres hier eingeßen, und empfehlen wir ihnen bei deren Abfassung die möglichste Vollständigkeit.

Potsdam, den 6ten Mai 1817.

No. 139.

Nachweisung  
der Magis-  
tratsmitglie-  
der.  
I. p. 3552.  
April.

Sämmtlichen Magisträten des Potsdamschen Regierungsbezirks wird hierdurch aufgegeben, binnen 14 Tagen eine Nachweisung aller besoldeten und unbesoldeten Magistratsmitglieder, nach dem untenstehenden Schema, einzureichen.

Potsdam, den 10ten Mai 1817.

Nachweisung der sämmtlichen Magistratsmitglieder in N. N.

Nummer.	Vor- und zunahmen.	Alter	Ist angestellt als	Datum der Bestä- tigung.	Zeitraum von wo und bis wohin die Dienstzeit gehet.	Bezieht		Summa.	Bemerkungen.
		Jahr				Gehalt	Emolu- mente		
						tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	tl. gr. pf.	
									Hier müssen die vormaligen Verhältnisse, etwanige Ne- benposten und Gewerbe ange- geben, auch die vorher in Gelde angesetzten Emolumente verzeichnet werden.

Bon



Von dem Königl. Polizeiministerium ist bestimmt worden, daß zum öffent-  
lichen Glücks-Würfel und Döpfenspiel keine Konzessionen weiter ausgegeben oder er-  
neuert werden, eben so wenig aber auch von den Ortsbehörden ihrer Seite dazu  
Erlaubniß erteilt werden soll. Es ist jedoch nachgelassen, daß das mit einem klei-  
nen Handel von Viktualien und andern Waaren in Verbindung stehende Würfel-  
spiel, in sofern solches zu den unschuldigen Volksvergnügungen gehört, insbesondere  
auf Schützenplätzen auch ferner statt finden kann.

No. 140.  
Konzessionen  
zum Glücks-  
Würfel etc.  
Spiel.  
I. P. 35792  
April.

Sämmtliche Ortspolizeibehörden haben sich hiernach zu achten.  
Potsdam, den 8ten Mai 1817.

Durch die von dem vormaligen Königl. Preussischen Generalgouvernement  
des Herzogthums Sachsen zu Merseburg unterm 1ten März v. J. hinausgegebene  
gedruckte Bekanntmachung der Königl. Preuss. und Königl. Sächsischen resp. Aus-  
gleichungs- und Friedensvollziehungs-Kommissionen vom 23ten Februar v. J., sind  
zwar sämmtliche Obrigkeitlichen der vormalig Sächsischen Provinzen angewiesen worden,  
die in ihren Gerichtsbezirken bis mit dem 31ten März v. J., als dem Tage der Auf-  
lösung des bis dahin für beide Sächsische Landesheile gemeinschaftlich bestandenen  
Brandversicherungs-Sozietätsverbandes, vorgekommenen Mobiliar- und Immobilien-  
brandschäden spätestens bis zum Ende des Monats Mai 1816. bei der resp. Preus-  
sischen und Sächsischen Behörde anzumelden, die erwartigen Monita auf diese An-  
zeigen aber binnen 14 Tagen zu beantworten. Da indeß auch nach der Zeit mehrere  
dergleichen Anzeigen eingegangen und montirt, auch frühere oder spätere Monita  
unverletzt geblieben sind, so haben sich die gedachten resp. Ausgleichungs- und Frie-  
densvollziehungs-Kommissionen zu der uns dato eröffneten Uebereinkunft bewogen  
gefunden:

No. 141.  
Anzeigen über  
vorgekommenen  
Brandschäden.  
I. P. 1380  
Mai.

daß nicht nur alle bis zum 30ten April d. J. angezeigte, vor dem 1ten  
April v. J. entstandene Mobiliar- und Immobilienbrandschäden annoch be-  
rücksichtigt werden sollen, sondern daß auch die in jener Bekanntmachung  
vom 23ten Februar v. J. bestimmte Präklusivfrist in Ansehung der durch  
interlokutorische Resolutionen in Brandschädensachen veranlaßten anderwei-  
ten Berichte bis zum Schluß des Monats Juni d. J. verlängert sein soll.

Indem wir uns beeilen, diese Uebereinkunft hierdurch zur Kenntniß sämmtlicher  
betreffenden Behörden zu bringen, fordern wir diejenigen von ihnen, welche noch auf  
Monita oder sogenannte interlokutorische Resolutionen der Königl. Sächsischen Brand-  
versicherungskommission an uns zu berichten haben, hiermit auf, diese verlängerte Frist  
auf das genaueste innezuhalten, widrigenfalls aber zu gewarten, daß auf spätere  
Eingaben nunmehr durchaus keine Rücksicht genommen, und der den Interessenten  
durch das Versäumniß zugezogene Schaden, nach Maaßgabe des schon in der Be-



Kanntmachung vom 23ten Februar v. J. enthaltenen, auf §. 8. des Sächsischen Mandats vom 4ten November 1786. gegründeten Präjudiz, ohne Gestattung prozeßualischer Weislaustigkeiten von den sämmtigen Obrigkeiten betrieben werden wird. Merseburg, den 8ten Mai 1817.

Königl. Preuss. Feuersozietäts-Direktorialdeputation des Herzogthums Sachsen.  
v. Schönb erg.

Vorstehende Bekanntmachung wird sämmtlichen betreffenden Behörden in dem, zum hiesigen Regierungsbezirke gehörigen Theile des Herzogthums Sachsen hierdurch zur Kenntniß und Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 14ten Mai 1817.

No. 142.

Stadichronik.

1. p. 1714.  
April.

Die Verfügung vom 6ten August 1813. (Amtsblatt für 1813. No. 241.) in Betreff der von den Magisträten zu veranlassenden Anfertigung zweckmäßiger, auf den schon verflossenen Zeitraum des laufenden Jahrhunderts zurückzuführender Städte-Chroniken, wird hierdurch in Erinnerung gebracht, und den Magisträten aufgegeben, jener Verfügung, insofern es noch nicht geschehen sein sollte, unverzüglich nachzukommen. Die Mitglieder unsers Kollegiums und die Landräthe werden sich bei ihren Bereisungen der Städte, von der Befolgung dieser Aufforderung Ueberzeugung verschaffen, wozu wir die Landräthe hierdurch ausdrücklich beauftragen.

Potsdam, den 14ten Mai 1817.

No. 143.

Erinhalte ver-  
trag bei Reisen

der Offizian-  
ten.

2. h. 1231.  
April.

Durch ein Reskript der Königl. Ministerien der Finanzen und des Innern vom 1sten v. M. ist das Regulativ vom 28ten Februar v. J., wegen Vergütung der Diäten und Reisekosten für kommissarische Geschäfte in Königl. Diensten, gelegentlich, in Betreff der zur Extrapost nicht berechtigten Subalternoffizianten, welche mit der ordinären Post reisen sollen, dahin näher bestimmt worden:

daß dergleichen Offizianten auf die Erfrühgelder an den Postkassen, an den Schirmmeister und andere, bei Reisen mit der ordinären Post übliche Anforderungen, 2 gr. pro Meile oder 4 gr. für die Station zu 2 Meilen gerechnet, zu liquidiren berechtigt sein sollen, und eben so denselben die Liquidation der erweislichen Ueberschacht als einer baaren Auslage gestattet wird.

Potsdam, den 7ten Mai 1817.

No. 144.

Neue Holz-  
taxe für die

Kurmark.

2. h. 1305.  
April.

Wegen Anwendung der unterm 8ten Januar 1815 festgestellten, im Amts-  
blatte vom Jahre 1815 unter No. 236. bekannt gemachten neuen Holztaxe für die Kurmark, sind mittelst Verfügung des Königl. Finanzministeriums vom 3ten März v. J. folgende Bestimmungen erlassen:

1) die



- 1) die fleckigen Bauhölzer von 36 bis 40 Fuß Länge 9 bis 10 Zoll im Durchmesser am Topfende, welche nach der Taxe weder zum Mittel-, noch starken Bauholze gehören, müssen kubisch und nach der Taxe für das starke Bauholz berechnet werden;
- 2) bei den fernen Sageblöcken und Wellen von 24 Fuß Länge muß bloß die Brauchbarkeit entscheiden, ob sie zu der Taxe für die Sageblöcke oder zu der für die Wellen verkauft werden sollen;
- 3) die Faszeln sind, nach der Maas- und Gewichtordnung vom 16ten Mai v. J., nach Klaftern zu 108 Kubikfuß abzugeben; die Bindweiden nach Schocken. Die Forstämter und Baubedienten haben sich hiernach zu achten.

Potsdam, den 9ten Mai 1817.

### **Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlich-Kammergerichtes.**

Sämmtliche Untergerichte im Departement des Kammergerichtes werden hierdurch angewiesen, die Termine in den Ediktalvorladungen weiter, als bisher geschehen, hinauszurücken, damit sie zeitig genug bei den Königl. Preuss. Armee- und in Frankreich bekannt werden.

**No. 22.**

Termine in den Ediktalvorladungen.

Berlin, den 2ten Mai 1817.

Die Untergerichte im Departement des Kammergerichtes haben zum 1sten Juli c. die Erbchaftsstempel-Tabellen vom 1sten September bis ult. Dezember 1816, nebst Todtenlisten und Nachtragstabellen früher zu erledigen gebliebener Erbfälle, die Untergerichte des Departements im Herzogthum Sachsen aber zu derselben Zeit die Erbchaftsstempel-Tabellen und Todtenlisten, den Zeitraum vom 1sten Juli bis letzten Dezember 1816 enthaltend, einzureichen. Sie werden sämmtlich zur Befolgung der Anweisung vom 19ten September und deren Berichtigung vom 4ten November 1816 No. 45. und 47. der Amtsblätter der Regierung zu Potsdam angewiesen, und insbesondere darauf aufmerksam gemacht: daß bei Supplications früherer Tabellen, das Königl. Finanzministerium das Moutum im Allgemeinen gemacht hat,

**No. 23.**

Erbchaftsstempel-Tabellen.

daß mehrere Gerichte das vorgeschriebene Schema zu den Tabellen, des Procentsatzes wegen, nicht gebrauchen.

Etc



Sie werden daher hiermit aufgefordert, sich bei Anlegung der Tabellen genau nach den in gedachter Anweisung vorgeschriebenen Schemas zu richten.

Berlin, den 17ten Mai 1817.

---

### Personalchronik.

Die Kreiskassen-Debitantenstelle im Güterbogl.-Ludenwalbeschen Kreise ist dem invaliden Lieutenant Rehfeld ertheilt worden.

---

### Vermischte Nachrichten.

#### Ehrenvolle Auszeichnung.

Des Königs Majestät haben dem Oberförster Koellner zu Graffenbrück, Amte Blesenthal, bei der am 1sten Mai d. J. vollendeten 50jährigen Dienstzeit das allgemeine Ehrenzeichen Erster Klasse, als ein Anerkennniß seiner Berufstreue zu theilen geruhet.

---

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum  
21sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

In Bezeugung auf die vorläufige Bekanntmachung vom 14ten März c., die künftige Benützung der Vorwerke Bornim, Amts Potsdam, und Bornstädt, Amts Bornstädt betreffend, wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß für jetzt die öffentlichen Lizitationen wegen Veräußerung des erstern Vorwerks oder Verpachtung beider Vorwerke nicht Statt finden wird, sondern daß nach höherer Anordnung die Verzelepachtung beider Vorwerke, nebst dem Nebenvorwerk Pfirschscheide und der Brauerei und Brennerei zu Bornstädt von Teinitzts c. an auf 20 Jahre aus freier Hand eingeleitet werden soll. Diejenigen, welche auf diese Pachtung einzugehen beabsichtigen, können sich mit ihren Anträgen bis spätestens den 7ten Junius c., diesen Tag einschließend, bei dem Regierungsrath v. Lüchow hieselbst persönlich melden, müssen aber, ehe mit ihnen verhandelt werden kann, demselben gültige Beweise über ihre Qualifikation zur Führung einer Landwirthschaft von bedeutendem Umfange, so wie über den Besitz eines zur Uebernehmung der Pachtung hinlänglichen disponiblen Vermögens beibringen.

Den 14ten Mai 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

---

## S t e c k b r i e f.

Der nachstehend näher bezeichnete Wirthschafter August Wolter, aus Odelsin der Uckermark gebürtig, hat sich der wegen Veruntreuungen gegen seinen Dienstherrn und Durchstechereien zu eröffnenden Untersuchung durch die Flucht entzogen. No. 12.

Alle betreffenden Behörden werden daher hierdurch ersucht, den Wolter im Verretungsfall zu arrestiren, und gegen Erstattung der Kosten an das unterzeichnete Justizamt nach Prenzlaw, oder aber an das Königl. Domainenamt Brüssow abzuliefern.

Prenzlaw, den 9ten Mai 1817.

Königl. Preuß. Justizamt Brüssow.

## S i g n a l e m e n t.

August Wolter ist 20 Jahr alt, von mittler untersehter Statur, hat braunes Haar, schwachen Backenbart, rundes volles Gesicht, spitzes Kinn, gebogene Nase, blaue Augen, von der Sonne verbrannte Gesichtsfarbe, kleinen Mund, bedeckte Stirn.

Bekleidet war derselbe mit einem dunkelblauen Ueberrock, hellgrauen Reithosen, Stiefeln mit Anschraubesporen und einem runden Hut.

Er reist auf einem ihm selbst zugehörigen 6jährigen Schweißfuchs mit weißen Mähnen und Blesse.

---

Diejenigen, welche an die drei Bataillons des ehemaligen 9ten Reserve-, jetzt 21sten Infanterieregimentes Gratifikationen, Traktaments und andere Forderungen har







# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Potsdam.

---

— No. 22. —

---

Den 30ten Mai 1817.

---

## Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 8te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:  
die Durchmarsch- und Etappenconventionen

No. 412. mit dem Königreich Hannover;

• 413. „ „ Großherzogthum Sachsen-Weimar;

• 414. „ „ Herzogthum Sachsen-Gotha;

• 415. „ „ Großherzogthum Hessen; und

• 416. „ „ Herzogthum Nassau.

No. 417. Die Verordnung, wegen Gültigkeit der Entscheidungen Königl. Sächsischer Gerichtshöfe in den, mit den Preussischen Staaten vereinigten, ehemals Sächsischen Provinzen. Vom 20ten März 1817.

No. 418. Die allerhöchste Kabinettsordre vom 31ten desselben Monats, daß der im Herzogthum Sachsen geleistete Huldigungsseid auch als Lehnseid angesehen werden soll.

No. 419. Die Deklaration vom 5ten April 1817., betreffend die Vorrechte der in Berlin anwesenden kommandirenden Generale und Oberpräsidenten zum Staatsrath.

No. 420. Die Erklärung, wegen des Freijugigkeitsvertrags zwischen Preußen und Sachsen-Hildburghausen. Vom 3ten Mai 1817.

---

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Es werden jetzt sehr häufig gehörig legitimirte wandernde Gesellen in die Landarmenhäuser eingebracht, welche dadurch zum Betteln gezwungen worden, daß sie an Orten, wo sie keine Arbeit finden, weder aus der Gewerkslade der Zunft, noch aus der Ortsarmenkasse einiges Zehrgehl erhalten haben. Die Inspektionen der er-

No. 145.

Zehrgehl wandernder Gesellen.

I. P. 434.  
April.



wähnten Anstalten haben bei Einlieferung wandernder Gesellen darauf genau zu achten. Die Magistrate hingegen werden angewiesen, die Ortsarmenbehörden und die Zünfte hierunter an ihre Pflicht zu erinnern, und dahin zu sehen, daß nach der Verfassung und den Umständen jeden Orts, der wandernde Geselle, wenn er keine Arbeit findet, aus der Gewerks- oder wenn dieses nicht sein kann, aus der Ortsarmenkasse, den nöthigen Zehrpennig erhalte, weil gegentheils in ferner vorkommenden Fällen die Kosten für verhaftete Handwerksgefallen ihnen zur Last fallen werden.

Potsdam, den 11ten April 1817.

No. 146.

Zeitungs-  
berichte.

T. 2. 3121.  
April.

Sämmtliche Kreisbehörden, Polizeidirektorien, Steuerräthe und Magistrate in den großen Städten werden hierdurch an genaue Befolgung der, wegen Anfertigung der Zeitungsberichte erlassenen Verfügung vom 6ten Januar 1812. (Amtsblatt 1812. No. 21.) erinnert und aufgefordert, sich insbesondere über Handel und Gewerbe vollständiger als bisher zu äußern, und ihre Berichte in den bestimmten Terminen pünktlich zu erstatten.

Potsdam, den 19ten Mai 1817.

No. 147.

Doktoren der  
Medizin.

T. p. 2219.  
Mai.

Zukünftige sollen diejenigen Kandidaten, welche in Doctorem medicinae promoviren wollen, dazu nur unter folgenden Bedingungen zugelassen werden: daß sie

- 1) auf Universitäten wenigstens 3 Jahr Medizin studirt,
- 2) die mündliche Prüfung vor einer medizinischen Landesfakultät in lateinischer Sprache bestanden,
- 3) ihre Inauguraldissertation selbst verfaßt, oder
- 4) wenn dieses wegen des abgehandelten eine tiefere Gelehrsamkeit erheischenden Gegenstandes nicht wohl zu fordern ist, solche wenigstens in lateinischer Sprache verfaßt haben.

Was aber die auf ausländischen Universitäten promovirten Doktoren der Medizin betrifft, so sind solche, wenn sie sich nicht darüber ausweisen können, daß ihre Promotion auf eine gleiche, für die inländischen Doktoren der Medizin vorgeschriebene Weise geschehen ist, verpflichtet, sich auf einer inländischen Universität nostrifiziren zu lassen. Rücksichtlich der Kandidaten aber, welche, ohne den Doktorgrad erlangt zu haben, die Rechte eines praktischen Arztes in den Königl. Landen erhalten und deshalb zu den Staatsprüfungen zugelassen werden wollen, ist bestimmt, daß sie sich darüber zuvörderst durch Atteste ausweisen müssen, daß sie nicht nur die Medizin, sondern auch die Chirurgie durch Unterricht und praktisch erlernt haben; ferner daß sie ihr Gesuch um Zulassung zu den Staatsprüfungen — welche so lange bis eine neue Prüfungsordnung für Medizinalpersonen erschienen sein wird, in der Verrichtung des anatomischen, chirurgischen und klinischen Kursus, so wie er für die Militärärzte, die für die Armee kursiren, vorgeschrieben ist, und in dem öffentlichen Examen vor der Ober-Examinationskommission bestehen — bei dem Königl.







so gehalten werden solle, als schon in den isolirt liegenden Festungen Gräbenitz und Spandau geschieht. Dem zufolge üben die Kommandanturgerichte sowohl zu Mainz als zu Luxemburg, die Ziviljurisdiktion über die sämmtlichen diesseitigen Militärpersonen und Beamten dieser Bundesfestungen aus, jedoch unter Aufsicht der, gedachten Bundesfestungen, zunächst gelegenen Königl. Ober-Landesgerichte, für jetzt aber, und bis solche eingerichtet sein werden, unter Aufsicht der Königl. Ober-Landesgerichtskommission zu Elbe, an welche Behörde auch die Appellationen gegen die Erkenntnisse der Kommandanturgerichte gehen, die mithin, was die Angelegenheiten der Ziviljurisdiktion betrifft, lediglich als Zivilgerichte zu betrachten sind, und in dieser Hinsicht auch die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit auszuüben haben. Ein Königl. Hochlöbl. Generalkommando ermangelt mir nicht, hiervon zur gefälligen Bekanntmachung des Weiteren ergebenst in Kenntniß zu setzen.

Berlin, den 26sten Juni 1816.

Das Militär-Justizdepartement.

v. Kirchseisen. v. Boyen.

An

Ein Königl. Hochlöbl. Generalkommando  
am Niederrhein zu Coblenz.

### Zweite Beilage.

Der Königl. Ober-Landesgerichtskommission wird auf die Anfragen im Be-  
richte vom 7ten v. M.

betreffend die den Kommandanturgerichten in den Bundesfestungen Mainz  
und Luxemburg über die daselbst befindlichen Militärpersonen und Beamten  
übertragene Ausübung der Ziviljurisdiktion,

im Einverständniß mit dem Herrn Kriegesminister folgendes eröffnet. Was

ad 1. die auf die Militärpersonen in den gedachten Festungen anzuwendenden Ge-  
setze betrifft; so leidet es kein Bedenken, daß, da das in jenen Festungen  
stehende Preussische Militär dem berrigen Zivilgouvernement nicht unter-  
worfen ist, und in dieser Rücksicht als ein im Auslande stehendes Militär  
angesehen werden muß, nicht die dort geltenden, sondern die Preussischen Ge-  
setze anzuwenden sind, wobei es denn die Sache der Einwohner der genannten  
Städte ist, sich, wenn sie sich mit Preuss. Militärpersonen in Verträge oder  
andere Geschäfte einlassen wollen, mit den darüber sprechenden Vorschriften  
der Preuss. Gesetze bekannt zu machen.

ad 2. Ist den Kommandanturgerichten auch die Regulirung etwaniger Vormund-  
schaften, soweit von den ersten zur Sicherheit des Vermögens und zum Besten  
des Kuranden zu erlassenden Verfügungen die Rede ist, überlassen. Die  
fernere Einleitung und Fortsetzung gehört vor die Königl. Ober-Landesge-  
richtskommission, in sofern sie sich nicht veranlaßt findet, in einzelnen Fällen  
aus besonderen Gründen den Kommandanturgerichten die Bearbeitung der  
Vormundschaft zu delegiren.

ad







durch Schenkung von Prämien an Gelde und guten Büchern an Schulkinder aus. Der Patron zu Pinno Herr v. Diringshofen legte der dortigen Schulstelle einen Kamp Land bei und zahlte auf seine Lebenszeit 9 Thaler jährlicher Grundpächte zur Unterstützung armer Schulkinder. Herr v. Diringshofen auf Passow zahlte aus dem von Diringshofenschen Fideikommissfonds jährlich 10 rthl. und aus eigenen Mitteln 5 rthl. an die dortige Schule zur Deckung des Schulgelbes für arme Kinder. Derselbe giebt auch 3 Klafter Holz zur Heizung der Schule aus seiner Forst. Zu Jagow schenkte der Herr von Holzendorf der Kirche eine schwarz sammtne gold durchwirkte Kanzeldecke. Der Erbpächter Hoffmann, der Lehnsschulze Krüger und der Mühlennmeister Kressel zu Prieros schenkten der dortigen Kirche zum Andenken an den 18ten Oktober 1813. einen schwarzen manschesternen, mit weißen Frangen besetzten Kanzelbehang, und der Lehnsschulze, Gutsbesitzer Andrücke am Friedensfeste eine reich mit Gold gestickte Fahne. Das Sängerkhor zu Tschow erhielt von der Fräulein Priorinn v. Grävenitz zu Hellgengrabe ein Geschenk von 10 rthl. Auch schenkte dieselbe der Kirche zu Tschow eine Altar-, und Kanzeldecke von himmelblauem Tuche mit goldgelben Frangen. Die Eheanwese, Fräulein v. Platen aus Zepdenitz, machte eben dieser Kirche zwei große modern gearbeitete zinnerne Altarleuchter mit Wachskerzen, imgleichen eine messingene Oblatenschachtel zum Geschenk. Zu Nieder-Flnow schenkte der Braueigen Johann Blocksdorf der Schule 4 Thaler zur Anschaffung der erforderlichen Lehrapparatsstücke. Zu Lindow schenkten zwei Bürger der Schule die große Gießfeldsche Karte von Deutschland, und eine ungenannte Wollhüterinn die große Kortsche Karte von Europa und ein Alphabet deutscher und lateinischer Vorschriften; sämmtliche Stücke sind auf Leinwand und Papp aufgezogen. Zu Sommerfelde schenkte die Gemelne der Kirche am Friedensfeste einen messingenen achtsärmigen Kronenleuchter und der Garnwebermeister Kubasch die erforderlichen Wachskerzen. Letzterer erklärte, auch in Zukunft auf seine Lebenszeit die erforderlichen Lichter darzustellen. Zu Wellensee ließ der Eheanwesenehmer Lenz die Altarbekleidung mit drei doppelten silbernen Treffen versehen. Zu Heltersdorf schenkten Prediger und Gemelne am Todtenfeste eine neue Altarbekleidung und einen krystallinen Kronleuchter. Zu Groß-Schönebeck bekleidete die Gemelne am Todtenfeste die Kanzel mit schwarzem Tuche, welches die Jungfrau Wolkenberg mit einer schönen silbernen Stickerei verzierte. Die beiden Gedächtnisrafseln der gebliebenen Vaterlandsverteidiger verzierte der Landjäger Wartenberg mit vergoldeten eisernen Kronen, so wie die Jungfrau Wartenberg die auf Kosten der Kirche angeschaffte Altarbekleidung mit einer Stickerei in Silber. Der Orisschule schenkte der Forstmeister v. Krebs die große Karte von Europa. Zu Flebentha schenkte die verehelichte Walther zum Ankauf von Schulbüchern einen Thaler. Die Ehefrau des Schulzen Krehl zu Behlin bei Kyritz machte der dortigen Kirche am Charfreitage eine Altardecke von weißem Mouffelin zum Geschenk. Der Kirche in Wernuchen schenkte der dasige Mühlennmeister Liepner eine schwarze manschesterne, mit silbernen Frangen und einer Stickerei verzierte Kanzelpuldecke.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum  
22sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Alle Nachforschungen durch die betreffenden Herren Gesslischen ungeachtet hat es nicht gelingen wollen, den in dem uns darüber zugekommenen Todtenschein angegebenen Ort Wehrow als den Geburtsort des von der 4ten Kompagnie des 12ten Reserve-Regiments im Lazareth zu Halle gestorbenen Musketiers Friedrich Boehme zu ermitteln.

Wenn daher Jemand über diesen ic. Boehme zuverlässige Auskunft geben kann, so hat er unter Beifügung der desfalligen Beweismittel sich an uns zu wenden.

Den 14ten Mai 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam.

Erste Abtheilung.

## St e c k b r i e f.

Es werden alle resp. Militär- und Zivilbehörden hierdurch ersucht, den unten näher bezeichneten Gerichtsdiener Hansteln, welcher sich verschiedener Veruntreuungen und Unterschlagungen von einkassirten Geldern als Exekutor verdächtig gemacht, und sich am 7ten d. M. heimlich von hier entfernt hat, im Betretungsfall arrestiren, und an uns abliefern zu lassen.

No. 13.

Prenzlau, den 13ten Mai 1817.

Königl. Preuss. Stadtgericht.

## S i g n a l e m e n t.

Der Gerichtsdiener August Hansteln ist angeblich aus Corbus gebürtig, 29 Jahr alt, 5 Fuß 7 bis 8 Zoll groß, hat dunkelbraune Haare, runde Stirn, schwärzliche Augenbraunen, blaue Augen, und eine gesunde Gesichtsfarbe.

Bei seiner Entweichung war er mit einem dunkelgrünen Tuchnen Ueberrock, dergleichen Weste, grauen Beinkleidern, glatten Stiefeln, einem rothbunten Halstuch und runden Huth bekleidet. Er trägt den russischen St. Georgenorden und die gewöhnliche Kriegermedaille.

Uebrigens hat derselbe vorher im Regiment Garde du Corps, zuletzt im Jahre 1815 aber, als Unteroffizier bei der Staatswache des Herrn Generals Grafen v. Tauenzien-Wittenberg Erzellenz gedient.

## A v e r t i s s e m e n t.

Nachdem zur Vererbpachtung des Kalkbrennereietablissemments zu Pöhlow von Johannis dieses Jahres ab, und zwar allein gegen einen zu bleibenden Kanon und ein Erbstandsgeld, ein einziger peremptorischer Bietungstermin auf

den 10ten Juni c.

anberaumt worden ist, so werden alle und jede Nachelustige hierdurch eingeladen, gedachten Tages Vormittags 10 Uhr sich auf dem Amtshofe in Pöhlow vor uns  
eins



einzufinden, ihre Gebote abzugeben, und demnächst die Abschließung des Pacht-  
kontrakts nach erfolgter Genehmigung von Seiten des Königl. Ober. Bergamtes zu  
gewärtigen.

Prenzlau, den 30sten April 1817.

Königl. Preuss. Justizamt Gramzow.

### A u s b i e t u n g

der Windmühle zu Klein Machnow zum Verkaufe.

Die zur Konkursmasse des Mühlenmeisters Christian Friedrich Bierhals  
gehörige, auf dem Rittergute Klein Machnow, Teltow'schen Kreises, stehende, dem  
Besitzer auf Erbzinsrechte verleiheue Bodmühlmühle mit Wohnhause, Ställe, Gar-  
ten, großer und kleiner Wiese, und Brückenzolle, wird mit der gerichtlichen Taxe  
auf 2574 rthlr. 12 gr. zum feilen Kaufe hierdurch gestellt, und werden alle diejenigen,  
welche solche zu besitzen fähig und annehmlich zu bezahlen vermögend sind, hierdurch  
aufgefordert, sich am 22sten Februar 1817 hieselbst in der Wohnung des Gerichts-  
halters, Justizraths Decker No. 2. am Wilhelmsplatze, am 21sten April und am  
23sten Junius 1817, zu melden, und ihr Gebot abzugeben.

Diese beiden letztern Termine stehen an ordentlicher Gerichtsstätte im Hofe zu  
Klein Machnow jedesmal Vormittags 11 Uhr an.

In dem dritten Termine wird das Verkaufsgeschäfte abgeschlossen, nach Ablauf  
desselben fernere Gebote nicht mehr angenommen werden, es müßten denn besondere  
Umstände solche noch zulassen, vielmehr hat der Meistbietende des Zuschlages zu  
gewärtigen.

Die Taxe, die Kaufbedingungen und der Erbzinsvertrag sind hier in der  
Registratur, bei dem Kurator Herrn Justizkommissarius Stöpel, und beim Schulzen  
zu Stahnsdorf einzusehn.

Potsdam, den 7ten November 1816.

v. Hachse v. Patrimonialgerichte über Machnow und Stahnsdorf.

Der Dienstknecht Gottfried Findert, gebürtig aus Zechin im Oberbruche,  
welcher seit dem Juli 1806, wo er von seinem damaligen Aufenthaltsorte Ortweig  
verschollen, von seinem Leben und Aufenthalte nichts hat hören lassen, wird auf  
den Antrag seiner Ehefrau Eve Marie geborne Liesegang, und seiner Geschw-  
ster der verehelichten Kolonist Zeldler zu Lehmannshöfel, Louise geborne Fin-  
dert, und des Kolonisten Johann Gottlieb Findert aus Beaulieu bei Com-  
neuburg hierdurch öffentlich vorgeladen, sich bis den 24sten August 1817 Vormittags  
um 11 Uhr auf dem Amte Wollup zu melden, und von seinem Aufenthalte Nach-  
richt zu geben, widrigenfalls er durch Urteil und Recht für todt erklärt, und sein  
Nachlaß unter seine Erben vertheilt werden soll.

Eüßeln, den 7ten Oktober 1816.

Königliches Preussisches Justizamt Wollup.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 23. —

Den 6ten Juni 1817.

## Allgemeine Gesesammlung.

Das diesjährige 9te Stück der allgemeinen Gesesammlung enthält:

No. 421. Die Kartellkonvention zwischen Preußen und Sachsen.  
Vom 18ten April 1817.

No. 422. Die Erklärung wegen Aufhebung des Abschusses und Abfahrtsgelbes  
zwischen sämmtlichen Königl. Preussischen und Königl. Sächsischen  
Landen. Vom 17ten Mai 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Der Königl. Regierung wird zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht,  
daß nach der von dem unterzeichneten Ministerio mit dem Königl. Kriegesmini-  
sterio getroffenen Bestimmung denjenigen Freiwilligen, welche auf eigene Wahl  
mit einjähriger Dienstzeit eingetreten sind, nachgelassen werden kann, zu einem an-  
dern Regimente überzutreten, wenn dasjenige, bei welchem sie dienen, in eine andere  
Provinz verlegt wird, in sofern nämlich ihre individuelle Lage es besonders noth-  
wendig macht, zu einem in der Provinz verbleibenden oder eintückenden Regiment  
überzugehen.

Diese Erlaubniß kann jedoch nicht auf die Ersahmannschaften ausgedehnt werden,  
sondern es müssen selbige bei dem Regiment verbleiben, dem sie zugetheilt sind,  
wenn gleich solches nach entfernten Provinzen verlegt werden sollte. Die Königl.  
Regierung hat dafür zu sorgen, daß diese Bestimmung, welche für das Interesse der  
Freiwilligen sehr wichtig und günstig ist, zur allgemeinen Kenntniß, und in vorkom-  
menden Fällen zur Ausführung komme. Berlin, den 8ten April 1817.

An Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

Die Königl. Regierung zu Potsdam.

Obige Bestimmung wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 28sten Mai 1817.

No. 149.  
Freiwillige  
im Militair.  
1. m. 2748.  
Mai.



No. 160.

Berlinsche  
Feuerversi-  
cherungs-  
Anstalt.  
I. p. 3063.  
Walt.

Da es jetzt weder thunlich noch rathsam gewesen ist, an die Stelle des, seiner äußeren Mangelhaftigkeit wegen, seit dem 1ten April 1816 im Herzogthum Sachsen suspendirten Sächsischen Mobiliar-Brandversicherungs-Instituts, eine andere solche Provinzialanstalt zu setzen, so beehren wir uns, die vorrathigen Theilnehmer dieses Instituts auf nachstehendes uns eben zugekommenes Avertissement der Berlinschen Feuerversicherungs-Anstalt aufmerksam zu machen, glauben jedoch dabei zu Vermeidung aller möglichen Misverständnisse bemerken zu müssen, daß, so sehr wir auch die Theilnahme der Bewohner des Herzogthums Sachsen an dieser Anstalt in Rücksicht des Mobiliarvermögens billigen, doch diejenigen, welche daran auch in Rücksicht des Immobilienvermögens Antheil nehmen möchten, deshalb der Verbindlichkeit, bei dem hiesigen Immobilien-Brandversicherungs-Institute zu bleiben, keinesweges entlediget werden können.

Merseburg, den 15ten Mai 1817.

Königl. Preuß. Feuer-Sozietäts-Direktorialdeputation des Herzogthums Sachsen.  
Bekanntmachung

v. Schönb erg.

den Beitritt zur Berlinschen Feuerversi-  
cherungs-Anstalt betreffend.

### V e r s i c h e r u n g   g e g e n   F e u e r s g e f a h r .

Die Berlinsche Feuerversicherungs-Anstalt, auf einem ursprünglichen Fonds von 850000 Thaler Preuß. Courant begründet, übernimmt im In- und Auslande auf alle Gegenstände, ausgenommen Dokumente und baar Geld, die Versicherung gegen Feuergefahr.

Wer bei dieser Anstalt versichern lassen will, muß angeben: was und für welche Summe, wo und auf welche Dauer versichert werden soll, wie das Gebäude, worin die zu versichernden Gegenstände sich befinden, gebauet und gedeckt ist, und ob darin oder in der nächsten Umgebung Geschäfte betriebet werden, welche die Gefahr vermehren.

Bei der Versicherung auf die Gebäude selbst ist eine Beschreibung und Taxation eines jeden Gebäudes von Sachverständigen und nach Anleitung des Plans §. 2. Art. 5, erforderlich, und Anzeig zu machen, ob und für welche Summe das Gebäude bereits anderwärts versichert ist.

Bei Versicherungen auf Waaren, Fabrikate, Fabrikgeräthschaften, Vorräthe auf Landgütern, als Getreide, Stroh, Heu, Blei ic. muß die Gattung der Gegenstände näher bezeichnet, und falls sie in mehreren Gebäuden liegen, die Summe angegeben werden, welche in jedem Gebäude besonders versichert werden soll. Leicht Feuer fangende Waaren in größern Quantitäten können in keinem Falle verschwiegen werden. Bei der Aufgabe zur Versicherung auf Mobilien ist es gut, folgende Eintheilung zu machen:

auf



auf Mobilien und Handgeräthe	Preuß. Courant Thaler
• Kleider, Wäsche, Betten u.	—
• Porzellan und Glas	—
• Silbergeräthe	—
• Pretiosen und Juwelen	—
• gedruckte Bücher	—
• physikalische oder andere Instrumente	—

**Preuß. Courant Thaler**

Gegenstände der Liebhaberei, Kostbarkeiten und Seltenheiten müssen speziell angegeben versichert werden.

Die ganze Prämie wird voraus bezahlt. Wer auf fünf Jahre versichern läßt, bezahlt nur Prämie für vier Jahre, und genießt die Versicherung im fünften Jahre unentgeltlich.

Die Prämie ist wenig und billig, wird nach der gebräuchlichen Beurtheilung des Risikos berechnet, weshalb die genaue Prämie erst nach Ansicht der Aufgabe bestimmt werden kann.

Im Fall eines Unglücks geschieht der Ersatz des wirklichen Verlustes nach den Bedingungen der Berlinschen Feuerversicherungs-Anstalt, prompt und nach liberalen Grundsätzen. Feuer Schäden, durch Blitztrahl verursacht, werden ebenfalls vergütet.

Die Versicherung geschieht in flugendem Preuß. Courant nach dem Münzfuß vom Jahre 1764, in welchem Gelde auch die Prämie bezahltigt oder berechnet werden muß.

Diesem, welche ihr Eigenthum gegen Feuergefahr versichern wollen, kön nen die Aufträge zur Versicherung an ihren Bekannten in Berlin, oder in Ermangelung dessen, direkte an die Berlinsche Feuerversicherungs-Anstalt einsenden.

Berlin im Mai 1817.

J. H. Böse,  
in Vollmacht der Berlinschen Feuerversicherungs-  
Anstalt.

Vorstehende Bekanntmachung wird in dem, zum Bezirke der Regierung zu Potsdam gehörenden Idelle des Herzogthums Sachsen Merd durch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 27sten Mai 1817.



No. 151.

Wertstempel  
bei Schwän-  
gerungspro-  
zessen.

2. a. 713;  
Mai,

Um die Verschiedenheit der Ansicht zu heben, welche Rücksichts der Anwendung des Wertstempels in Schwängerungsprozessen obwaltet, ist von dem Herrn Finanzminister durch die Verfügung vom 21sten April d. J. festgesetzt worden:

dass dergleichen Prozesse nur dann dem bestimmten Wertstempel von Fünf Thalern unterworfen werden können, wenn sich ihr Gegenstand nicht schätzen lässt, also wenn über die Vaterschaft mit ihren daraus hervorgehenden Folgen gestritten wird.

Ist dagegen bei der Klage blos von einer Entschädigung aus dem Beischlafe oder von Alimentern die Rede, und der Gegenstand also in Gelde bestimmt, so soll sich der Wertstempel nach dessen Betrage richten, und danach in Anwendung gebracht werden.

Diese Bestimmung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Potsdam, den 26sten Mai 1817.

### V e r m i s c h t e N a c h r i c h t e n .

#### B e l o b u n g e n .

Die Stadt Templin hat bei der neuen Kreisorganisation zum Geschäftslokal für den Landrath des Templinschen Kreises und für die Kreisasse ein zu diesem Zwecke erkauftes Haus ohne alle Entschädigung hergegeben, und der Behörde ausserdem die zur bestimmungsmässigen Benutzung des Hauses erforderlichen neu angefertigten, auf 336 Thaler 14 Gr. 6 pf. abgeschätzten Utenzilien unentgeltlich übereignet.

Es wird diese rühmliche gemeinnützige Handlung, mit öffentlicher Anerkennung der Verdienstlichkeit, hierdurch zur Kenntniss des Publikums gebracht.

Die Stadt Eremmen hat im Verlaufe des vorigen Jahres bedeutende Ausbesserungen in dem dortigen Schulgebäude aus ihren Mitteln vorgenommen, auch durch Anstellung einer Lehrerin für den Unterricht der kleinern Mädchen, während des Winters, für die Verbesserung der dortigen Schule gesorgt.

#### Karlspost von Kyritz nach Wittstock.

Vom 1sten Juni d. J. an wird eine Karlspost Sonntags und Mittwochs Vormittags, gleich nach Ankunft der Berliner Reitpost, von Kyritz nach Wittstock abgehen, gegen Mittag daselbst eintreffen, und Abends 6 Uhr von dort zurückkehren, wodurch nunmehr beiden Städten eine unmittelbare Postverbindung verschafft worden.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum  
23sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Der aus Kopenhagen gebürtige Tischlergeselle Christian Ludwig Kamstrup, welcher sich eines Hausdiebstahls schuldig gemacht, ist nach Erleidung einer körperlichen Züchtigung von 20 Peitschenhieben mit der Verwarnung über die Grenze gebracht, die Preussischen Staaten bei Vermeldung einer zweijährigen Zuchthausstrafe nicht wieder zu betreten.

## P e r s o n s b e s c h r e i b u n g.

Der ic. Kamstrup ist 34 Jahr alt, kleiner Statur, hat braune Haare, hellere Augenbraunen und Bart, braune Augen, ovales Gesicht und gesunde Gesichtsfarbe.

Den 18ten Mai 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

In der Straf- und Besserungsanstalt zu Spandow sind mehrere Personen vorhanden, die wegen gut. n Betragens und Thätigkeit zu allerlei häuslichen und ländlichen Arbeiten emittiren werden können. Nähere Nachricht kann man von der Administration der gedachten Anstalt erhalten.

Den 18ten Mai 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

Der von uns durch Steckbriefe verfolgte Wirtschaftsinспекtor August Wolter ist bereits ergriffen und wieder eingebracht worden.

Prenzlau, den 25sten Mai 1817.

Königl. Preuss. Justizamt Brüssow.

---

## A v e r t i s s e m e n t.

Nachdem zur Vererbpachtung des Kalkbrennereistablissemments zu Pöhlow von Johannis dieses Jahres ab, und zwar allein gegen einen zu bleibenden Kanton und ein Erbstandsgeld, ein einziger peremptorischer Bietungstermin auf

den 10ten Juni c.

anberaumt worden ist, so werden alle und jede Nachzulassige hierdurch eingeladen, gedachten Tages Vormittags 10 Uhr sich auf dem Amtshofe in Pöhlow vor uns einzufinden, ihre Geborthe abzugeben, und demnächst die Abschließung des Pachtkontrakts nach erfolgter Genehmigung von Seiten des Königl. Ober-Bergamts zu gewärtigen.

Prenzlau, den 30sten April 1817.

Königl. Preuss. Justizamt Gramzow.

---

## B e k a n n t m a c h u n g.

Auf dem Gute Gühlen bei Ludow im Rupplinschen Kreise sollen

- 1) drei Bädnerhäuser, von denen jedes 3 Morgen Garten und Wiesenwachs, im gleichen die Wiesenfreiheit auf 1 Kuh hat, nebst Zubehör, an den Meistbietenden verkauft, und
- 2) eine



2) eine Windmahlmühle mit Oelstampfen und Pressen, eine Handgrüdmühle, Erdbber, und Graupenrand, nebst Haus und Ställen, mit 15 Morgen Acker, Gärten und Wiesen, so wie der Selbstfreiheit auf 2 Rube 12. zusammen entweder gleichfalls meistbietend verkauft, oder von Neuem verpachtet werden.

Hierzu hat der Unterschriebene einen Bietungstermin auf den 26sten Juni d. J. angesetzt, wozu zahlungsfähige Kauflustige hierdurch eingeladen werden, mit dem Bemerkten, daß der einen der ad I. gedachten Bänderstellen, auf Verlangen, auch eine Schmiede beigelegt werden kann. Güpten bei Lindom, den 19ten April 1817.

Der Gutsbesitzer Ebeder an.

Veränderung wegen sollen hier selbst in der lebhaftesten Gegend der Oberstraße zwei neben einander belegene Häuser mit vier schönen Wiesen und Gärten und vollständigem Brau- und Brennereigeräth, zusammen oder einzeln in dem in meiner Wohnung auf den 23sten Juni d. J. angesetzten Termin an den Meistbietenden verkauft werden. Ich ersuche Kauflustige hierdurch um Abgabe ihrer Gebote und Lähn bei deren Unnehmlichkeit der Abschluß des Kontraktes, auch die Uebergabe gleich erfolgen. In dem einem Hause ist bisher Brau- und Brennerei stark betrieben; es eignet sich auch vorzüglich zu einer Destilliranstalt, die hier noch nicht vorhanden. Das zweite Haus ist zum Betriebe einer jeden Profession geeignet. Nähere Auskunft giebt in Berlin der Kaufmann Herr Reimann Schlossplatz No. 11, in Frankfurt an der Oder der Gastwirth Herr Junk im goldenen Löwen, in Cüstern der Hofgerichtsaffessor Herr Köppler, in Landsberg an der Warthe Herr Justizkommissarius Köselet, und der Unterzeichnete.

Wreszen an der Oder, den 18ten Mai 1817.

Der Justizkommissarius Woltemas.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Es ist mir von Einem Königl. hohen Ministerio der Finanzen und des Handels ein Patent über das ausschließliche Recht zur Anfertigung und zum Gebrauch eines von mir erfundenen Stosswerks zum Ausschneiden der Musterpappen bei der Weberet mittelst der Jacquard'schen Stuhlvorrichtung, für Berlin und die ganze Kurmark gültig, vom 15ten April an, auf die nächsten 6 nach einander folgende Jahre erteilt worden. Das Modell und die Beschreibung der Maschine sind zu den Akten des hohen Finanzministerii gegeben. Ich mache dieses vorschreibsmäßig hierdurch öffentlich bekannt. Berlin, den 26sten April 1817.

Quere, Dresdener Straße No. 26.

Von der höchsten Staatsbehörde ist mir ein Patent über das ausschließliche Recht, die von Herrn Brünell erfundene Methode, die Krelesäge zum Schnellen der Journiere zu benutzen, einzuführen und auszuüben, auf den Zeitraum von sechs Jahren, nämlich vom 24sten April d. J. ab, für die Provinz Brandenburg erteilt worden. Die Zeichnung und Beschreibung der Journierschneldemaschine ist zu den Akten eines hohen Finanzministeriums niedergelegt. Ich mache dieses hiemit vorschreibsmäßig öffentlich bekannt. Berlin, den 6ten Mai 1817.

Heinrich Lindemann.



# **3hufte und letzte Berechnung**

der für die freiwilligen Vaterlandsvertheidiger vom 1sten Juli 1814. bis 15ten April 1817  
als der Schluß dieser Rechnung, einkommenden und ausgegebenen Gelder.

	Thlr. Gr. Pf.		
Die Einnahme betrug laut geschehener Bekanntmachung vom 30sten Juni 1814. siehe Extrablatt des 30sten Stück des Amtsblatts der Königl. Kurmärkischen Regierung . . . . .	46880	14	6
<b>Dazu sind einkommen:</b>			
Von den Kaufleuten Köppen und Schier, die denselben bei ihrer Zuchrechnung befestigten . . . . .	2	—	—
An fälligen Zinsen von Staats-Schuldscheinen sind eingezogen Litt. C. No. 5339 . . . . . 2 Thlr. = D. No. 3572 . . . . . 2 =	4	—	—
Von der Haupt-Eehandlungskasse, die Zinsen auf einen Altzettelkassen-Schein, d. d. den 9ten April 1810. aus Treuenbriegen, über 20 Thlr. Gold, von der 1 1/2 Million Anleihe mit . . . . . 2 Thlr. 17 Gr. — Pf. in 1/2 Friedrichsd'or verwechselt in 21stel . . . . . 2 = 16 = 6 = in Münzfourent . . . . . — = 5 = — =	2	21	6
An fälligen Zinsen von Staats-Schuldscheinen sind eingezogen: Litt. U. No. 18059 . . . . . — Thlr. 12 Gr. = B. = 15042 . . . . . — = 12 = = C. = 15042 . . . . . 2 = — = = D. = 15042 . . . . . 2 = — =	5	—	—
Von der Frau Gräfin v. Dohern zu Chinnow in Pommern, von der General- Domainen-Veräußerungskasse eingegangen . . . . .	6	4	10
In der Auktion für verkaufte Ringe, welche bei dieser letzten Rechnung vereinnahmet sub No. 412 1 goldener Ring verkauft . . . . . 2 Thlr. 16 Gr. = = 413 2 goldene Ringe . . . . . 2 = — = = = 422 2 „ „ „ „ . . . . . 3 = 17 = = = 429 3 „ „ „ „ . . . . . 3 = 19 = = = 430 1 „ „ „ „ . . . . . 3 = 12 = = = 433 1 „ „ „ „ . . . . . 2 = 1 =	17	17	—
Von dem Herrn Hofrath Brandin, die von dem Herrn Prediger Ulrich in Teu- pitz an denselben eingesandten . . . . .	1	2	—
Die laut Verordnung eines Königl. Hohen Kriegsministeriums im Bestande vor- handenen eisernen Ringe wiederum verkauft . . . . .	1	6	—
Die laut Auktionsprotokoll vom 12ten Januar 1815. für das zur Bekleidung der freiwilligen Jäger noch übrig gebliebene Tuch, welches verkauft worden mit 82 Thlr. 21 Gr. 6 Pf . . . . .	82	21	6
Hiervon ab die Auktionskosten . . . . . 2 = 1 = — =	80	20	6
Aus der Lebuschen Kreiskasse, die als Bestand beim Abschluß der Rechnung über die für die freiwilligen Jäger daselbst einkommenden Beiträge, laut Ordre des Königl. Kriegsministeriums, 4ten Departements vom 12ten April . . . . .	63	23	6
<b>Summa der baaren Einnahme</b> . . . . .	47065	13	10
<b>und in Staats- und Kommunalpapieren aller Art, wie in Tresorscheinen, zusammen</b> . . . . .	2804	1	10
<b>Summa der ganzen Einnahme</b> . . . . .	49869	15	8

Die







# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 24. —

Den 13ten Juni 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Von dem Königl. Ministerium des Innern sind über die Geschäfte, welche die besoldeten öffentlichen Aerzte und Wundärzte von Amtswegen unentgeltlich auszuführen haben, und in welchen Fällen denselben diese Amtsverrichtungen bezahlt werden, unterm 8ten Oktober v. J. nähere Bestimmungen ertheilt. Dessen zu Folge ist es eine allgemeine und besonders auch bei Kriminalfällen bisher angewandte Regel, daß ein besoldeter Offiziant für die in seinem Wohnorte vorgenommenen Offizialgeschäfte keine Diäten liquidiren kann, als welche bloß als eine Entschädigung für den durch die Entfernung von der Heimat erwachsenden größeren Aufwand zu achten sind. Die Frage:

welche Geschäfte ein besoldeter Physikus und Chirurgus von Amtswegen vorzunehmen hat,

ist übrigens in der Medizinaltaxe vom 21sten Juni 1815, welche bloß die Höhe der Gebührensätze, in soweit sie überhaupt zu bezahlen sind, bestimmt, gar nicht entschieden. Indessen können Gebühren in der Regel nur von vermögenden Privatpersonen, die solche veranlassen, nicht aber aus öffentlichen Fonds, mit Einschluß der Kommunalfonds und der Privat-Jurisdiktionsfonds, an besoldete Offizianten bezahlt werden. In den Fällen aber, wo den Privatpersonen nach Vorschrift der Gesetze von den Gerichten Befreiung von Stempel und Sporeln zugestanden werden muß, können auch die besoldeten Physiker und besoldeten gerichtlichen Wundärzte von denselben keine Gebühren verlangen, noch sich deswegen an die vorgeordneten öffentlichen Kassen regressiren. Sollten aber dergleichen Amtsgeschäfte Reisen nöthig machen, so müssen die subsidialisch für die Untersuchungskosten verpflichteten Kassen allerdings in diesen Armensachen die Diäten und sonstigen baaren Auslagen, wozin insbesondere die Fuhrkosten zu rechnen sind, vergüten. Auch die bei Ausübung ihrer Funktionen in loco erwelflich verwendeten baaren Auslagen, z. E. auf chemische Untersuchungen verwendete Kosten u. s. w. müssen erstattet werden.

Unbesoldeten Aerzten müssen jedoch auch in Armensachen jedesmal die in der Medizinaltaxe V. sub 2, 3, 4 und 5. normirten Sätze aus dem zur Tragung der Unter-

No. 162.

Remuneration der Gesundheitsbeamten.

I. 2. 3076, Januar,







Da die von Sr. Majestät dem Könige befohlene topographische Vermessung in der Kurmark dem Major v. Decker, im Herzogthum Sachsen den Kapltains v. Rau und v. Westin, und mehreren sie begleitenden Offizieren und Ingenieuren, geographen übertragen worden, zur Ausführung dieses gemeinnützigen und wissenschaftlichen Unternehmens aber die Mitwirkung der Grundeigenhümer und Einsassen, so wie der Prediger, auch der Landesverwaltungs- Behörden und Offizianten in der Kurmark und im Herzogthum Sachsen erfordert wird, so erwarte ich, daß die genannten Personen diese Allerhöchste Absicht kräftig und eifrigst unterstützen werden.

Die dem Major v. Decker, den Kapltains v. Rau und v. Westin und seinen Gehälfen zu gewährenden Hülfsleistungen bestehen vorzüglich in Folgendem:

- 1) bei Besichtigung der Gegenden auf Verlangen Führer, welche jene Gegenden genau kennen und wohl unterrichtet sind, gegen Quittung zu stellen;
- 2) bei Messung der erforderlichen Hülfslinien die nöthigen Kettenzieher gegen eine gleich nach der Arbeit zu leistende Bezahlung von 6 Groschen täglich herzugeben.
- 3) Wenn der Major v. Decker, die Kapltains v. Rau und v. Westin und ihre Gehälfen für nöthig erachten sollten, sich zu ihrem Fortkommen Fuhrwerk zu mieten, so werden die betreffenden Ortsobrigkeiten hierdurch angewiesen: ihnen gegen billige gleich baar zu berichtende Bezahlung das erforderliche Fuhrwerk zu verschaffen, überhaupt auch mit der möglichsten Bereitwilligkeit für ihr schnelles und sicheres Fortkommen zu sorgen.
- 4) Das nöthige Holz zu den Visirstrangen, welches überdies nicht bedeutend sein kann, ist von den Forstbedienten aus den Königl. Forsten unentgeltlich gegen Quittung zu verabfolgen; wenn solche aber so entfernt liegen sollten, daß dadurch Zeit verloren geht, so ist das nöthige Holz von den Grundeigenhümern aus ihren Privatgehölzen vorschussweise gegen Quittung zu liefern, wogegen sie solches aus den benachbarten Forsten wiedererstattet erhalten sollen.

Die zur Ansahrt dieser Strangen nöthige Fuhr wird von den Ortschaften geleistet, und nach billiger Uebereinkunft sogleich bezahlt.

- 5) Werden die Beamten, besonders Forst- und Baubediente und Ortsobrigkeiten, die sich im Besiz von Charten und Aufnahmen solcher Gegenden befinden, welche das zu vermessende Terrain in sich faßt, hierdurch angewiesen, dieselben dem Major v. Decker und den Kapltains v. Rau und v. Westin zur Einsicht und nöthigen Kopirung mitzutheilen, wobei sie den zur Aufnahme kommandirten Offizieren die erforderliche Notizen zur Anfertigung genauer stat. statistischer Bemerkungen so ausführlich als möglich, zu erschellen haben.
- 6) Da übrigens der Major v. Decker, so wie die Kapltains v. Rau und v. Westin und ihre Gehälfen in Gasthäusern oft gar nicht unterkommen möchten, oder wenigstens dort die ihrem Auftrags- und Zeichnungsgeschäfte nöthige Ruhe und Stcherheit, welche ihre Arbeit und die Aufbewahrung ihrer Instrumente erfordern, nicht haben würden, so sind selbige gegen Vorzeigung dieser offenen Ordre, mit freiem Quartier zu versehen.



Ueberhaupt erwarte ich, daß Ihnen alle andere Hülfsleistungen, welche Sie zur Beförderung und Erleichterung Ihres Auftrages bedürfen, gewährt werden, und hege noch insbesondere zu den Grundbesitzern, Predigern u. d. das Vertrauen, daß Sie mit Ihrer gewohnten Bereitwilligkeit auch diesmal der Allerhöchsten Königl. Absicht entsprechen, und dadurch zur Erreichung jenes nützlichen Zwecks beitragen werden. Berlin, den 28ten März 1817.

E. Fürst v. Hardenberg.

Gleiche offene Ordre ist auch dem Herrn Kapitän v. Desfeld ausgehändigt worden, welcher zu trigonometrischen Vermessungen an der Elbe angewiesen und dem Herr Lieutenant Aschmann als Gehülfe zugegeben worden.

Sämmtliche Landräthe, Magistrate, Domainenbeamte, Forst- und Baubehörden, so wie alle Ortsobrigkeiten und Grundeigenthümer werden hierdurch von den Ihnen durch die vorgedachten offenen Ordres auferlegten Verpflichtungen unterrichtet, und fordern wir sonst jedermann hierdurch auf, dieses gemeinnützige Unternehmen möglichst zu befördern. Potsdam, den 26ten Mai 1817.

No. 154. Der Durchschnittspreis von dem im Monate April d. J. auf dem Markte zu Berlin verkauften Getreide und Rauchs Futter hat in  $\frac{1}{2}$  Stel betragen:

Getreide- und  
Futragepreise  
pro April  
1817.  
I. m. 487.  
Juni.

1) für den Scheffel Weizen	4	Thlr.	8	Gr.	—	Pf.
2) — — — Roggen	2	—	12	—	11	—
3) — — — große Gerste	2	—	3	—	1	—
4) — — — kleine Gerste	1	—	16	—	5	—
5) — — — Hafer	1	—	11	—	1	—
6) für den Zentner Heu	1	—	4	—	1	—
7) — das Schock Stroh	8	—	22	—	—	—

Die Durchschnittspreise betrugen in  $\frac{1}{2}$  Stel

für das Quart Weißbier	1	Gr.	8	Pf.
— — — Braunkier	1	—	5	—
— — — Brantwein	5	—	2	—

Potsdam, den 5ten Juni 1817.

No. 155. Der Durchschnittspreis von dem im Monat Mai d. J. auf dem Markte zu Berlin verkauften Getreide und Rauchs Futter hat in  $\frac{1}{2}$  Stel betragen:

Getreide- und  
Futragepreise  
pro Mai  
1817.  
I. m. 486.  
Juni.

1) für den Scheffel Weizen	4	Thaler	13	Gr.	8	Pf.
2) — — — Roggen	2	—	16	—	11	—
3) — — — große Gerste	2	—	8	—	11	—
4) — — — kleine Gerste	1	—	19	—	5	—
5) — — — Hafer	1	—	10	—	11	—
6) — — Zentner Heu	1	—	4	—	8	—
7) — das Schock Stroh	8	—	21	—	4	—

Die Durchschnittspreise betrugen in  $\frac{1}{2}$  Stel

für das Quart Weißbier	1	Gr.	8	Pf.
— — — Braunkier	1	—	5	—
— — — Brantwein	4	—	7	—

Potsdam, den 5ten Juni 1817.

Die



Die während der Feldzüge von 1813, 1814 und 1815 bei dem Königl. Ministerium des Innern eingegangenen Todtenlisten der in den Lazarethen und Quartieren verstorbenen Militärpersonen sind, unter Zustimmung des Herrn Kriegsministers, sämmtlich dem Herrn General. Staatschirurgus Dr. Sörcke in Berlin übergeben worden, weil bei demselben bisher die meisten Nachfragen noch nicht zurückgekehrter Militärpersonen geschehen sind. Dies wird in Gemäßheit einer Verfügung des gedachten Königl. Ministerii vom 5ten v. M. zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und haben diejenigen, welche eine solche Anfrage nach ihren Angehörigen für nöthig finden sollten, sich deshalb an den Herrn General. Staatschirurgus Dr. Sörcke zu wenden. Potsdam, den 2ten Juni 1817.

No. 156.  
Verstorbene  
Militärper-  
sonen.  
I. p. 1317.  
Mai.

Da die Lungenkrankheit unter dem Rindvieh zu Liebenwalde seit dem 1. December v. J. gänzlich aufgehört hat, so ist die daselbst statt gefundene Viehsperre aufgehoben. Potsdam, den 3ten Juni 1817.

No. 157.  
Aufgehobene  
Viehsperre.  
I. p. 3068.  
Mai.

Durch die Verordnung vom 28ten März 1816 Amtsblatt pag. 129. ist festgesetzt worden, daß, um bei dem großen Verkehr mit durchgehenden Messwaaren die Revisionen und die damit verknüpften Belästigungen zu vermeiden, statt der Sätze des Ersatzzolltarifs von 5 Thaler und  $1\frac{1}{2}$  Thaler für den Zentner Manufaktur- und Fabrikwaaren, wenn sie in der Richtung von Süden und Westen nach Norden und Osten, unmittelbar auf der Ase durchgehen, ein Durchschnittssatz von 3 Thaler pro Zentner angewendet werden soll.

No. 158.  
Durchgangs-  
verkehr mit  
Messwaaren.  
2. a. 2781.  
Mai.

Da sich der Fall ereignet hat, daß diese Bestimmung dahin ausgedeutet worden ist, als seien in dem Durchschnittssatze von 3 Thaler pro Zentner nur diejenigen Waaren begriffen, welche bis dahin einer Abgabe von 5 Thaler und  $1\frac{1}{2}$  Thaler pro Zentner bei ihrem Durchgange unterworfen waren, daß dagegen alle diejenigen Waaren, welche vor Eingang des gedachten Restripts nach geringeren Sätzen als von  $1\frac{1}{2}$  Thaler pro Zentner behandelt wurden, von dem Durchschnittssatze à 3 Thaler ausgeschlossen, und auf solche auch fernerhin nur die geringeren Sätze angewendet werden müßten, so hat der Herr Finanzminister sich veranlaßt gefunden, gedachte Verordnung unterm 4ten d. M. näher dahin zu beklaren,

daß von allen in der bestimmten Zeit und Richtung durchgehenden Leipziger Messgütern, ohne Unterschied 3 Thaler pro Zentner zu entrichten sind; denn der Zweck, die Revision der durchgehenden Waaren zu vermeiden, würde verfehlt werden, wenn verschiedene Durchfuhrsätze statt finden sollten, und es ist der Sinn der Verordnung ausdrücklich dahin gegangen, während der bestimmten Zeit alle durchgehende Güter, auch diejenigen, die sonst mit geringern Sätzen belegt sind, mit dem Durchschnittssatze zu betreffen, und keinen Unterschied statt finden zu lassen. Potsdam, den 27ten Mai 1817.

Da durch die Maas- und Gewichtsordnung vom 16ten Mai v. J. bestimmt war, den ist, daß alles Brennholz künftig nach Klaftern zu 108 Kubikfuß berechnet werden soll, und dadurch das bisher üblich gewesene Hausenmaaß abgeschafft ist, so sollen

No. 159.  
Maas beim  
Brennholze.  
nach 2. b. 1794.  
April.



nach einer unterm 25sten Februar c. aus dem Königl. Finanzministerium ergangenen Verfügung, künftig die Vleserungskosten für das zum Verkauf auf den Ablagen bestimmte Holz nicht weiter nach Haufen, sondern nach Klästern bedungen, dasselbe auf den Ablagen nicht in Haufen, sondern in Klästern, wo es der Raum erfordert, in  $1\frac{1}{2}$  Klafter Höhe aufgesetzt werden, und der Verkauf nicht nach Haufen, sondern nach Klästern geschehen. Nur in Ansehung des Holzes, welches sich bereits auf den Ablagen befindet, und noch zum diesjährigen Verkauf und zur diesjährigen Verschiffung dahin kommt, soll es bei dem Haufenmaasse verbleiben, welches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Vorstadt, den 25sten Mai 1817.

No. 160.  
Ausführung  
der Königl.  
Bauten und  
Aufbewah-  
rung der Bau-  
anschläge.  
2. v. 1682.  
Januar.

Um den Weitläufigkeiten zu begegnen, welche daraus entstehen, daß den Bauinspektoren sehr oft unvollständige oder unleserliche Abschriften der Bauanschläge Behufs der Abnahme ausgeführter Baue vorgelegt werden, ist es für nöthig erachtet worden, die Anordnung zu treffen,

daß die urschriftlichen Anschläge und Zeichnungen zu den im Werke begriffenen Domainen-, Forst-, Akzise-, Zoll-, Kirchen-, Pfarr- und Schulbauten, so wie zu den Strom-, Kanal-, Brücken- und Wegebauten bei dem betreffenden Land- oder Wasserbaubeamten aufbewahrt, von denselben bei der Bauabnahme zum Grunde gelegt, und mit der Abnahmeverhandlung bei uns eingereicht werden.

Die Domainen-, Forst-, Akzise- und Zollämter und übrigen Behörden haben daher, wenn sie mit Besorgung der Vollziehung von Bauentreprise, Kontrakten beauftragt werden, dergleichen Anschläge und Zeichnungen nicht, wie bisher, mit dem vollzogenen Kontraktsexemplar zurückzureichen, sondern, nachdem der Entrepreneur Abschrift davon genommen, solche brevi manu dem respektierenden Baubeamten zuzusenden.

Bei dieser Veranlassung werden die genannten Behörden, die bei den Bauausführungen theilhaftigen Miethbraucher und Aufseher der Gebäude und die Bauentrepreneurs darauf aufmerksam gemacht:

- 1) daß es unstatthaft ist, sich in technischen Angelegenheiten, welche die Ausführung eines bereits genehmigten Baues betreffen, als z. B. wegen nothwendig oder zweckmäßig scheinender Abweichung von dem Anschlage in der Bauart, der Einrichtung und der Wahl anderer als der vorgeschriebenen Materialien, oder wegen der durch besondere Umstände herbeigeführten Nothwendigkeit einer Nachveranschlagung, sogleich unmittelbar an uns zu wenden, sondern daß die dahin gerichteten Anträge oder Vorschläge ohne Ausnahme zuerst bei dem Bauinspektor des Bezirks mündlich oder schriftlich angebracht werden müssen, der dieselben zu prüfen, und nach Anleitung der deshalb erhaltenen Instruktion das weiter Erforderliche zu veranlassen hat;
- 2) daß hiernach auf jede Einwendung, welche bei Uebertragung der Entreprise von dem Entrepreneur gegen die Sätze des Anschlags oder gegen etwaige Bedingungen des Kontrakts über das technische Verfahren bei der Ausführung des







Eine, kürzlich unter dem Titel:

Der Werth der kultivirten Schaafpockenimpfung, bestimmt nach zahlreichen Impfversuchen vom Dr. Müller zu Witzlg, herausgegeben mit einer Vorrede vom Regierungsrath Dr. Kauch, nebst zwei kolorirten Kupfertafeln. Leipzig und Züllichau in der Doremannschen Buchhandlung 1817

erschienene Druckschrift verdient den Oekonomen und Thierärzten zur weiteren Belehrung empfohlen zu werden.

Folgendes sind die Hauptresultate der darin mitgetheilten Versuche und Erfahrungen.

- 1) Es erzeugt sich durch fortgesetzte Impfung der Schaafpocken, nicht wie Dessina behauptet hat, ein Impfstoff, welcher einen im Verhältniß zu der Menge ununterbrochener Impfungen immer gelindern, ohne allgemeine Zufälle begleiteten Verlauf der Schaafpocken bewirkt.
- 2) Die Impfung der Schaafpocken durch kultivirten, d. h. in einer nicht unterbrochenen Reihe von Impfungen fortgepflanzten, ächten Impfstoff schützt gegen jede nachherige, sowohl künstliche als natürliche Ansteckung, und die vielfältige Fortpflanzung des Impfstoffes ändert seine vollkommene Tauglichkeit zur Schutzimpfung nicht.
- 3) Die Anwendung des ächten kultivirten Impfstoffes. (gleichviel ob von 1ster oder 10ter Propagation) besitzet vor dem aus den natürlichen Pocken genommenen nur den Vorzug, daß das mit der Krankheit der natürlichen Schaafpocken etwa verbundene bödsartige Fieber vermieden wird.
- 4) Nur frischer, dünner, wie reines Wasser heller Impfstoff, sowohl aus natürlichen Pocken, als aus Impfpusteln genommen, hat bei der Impfung schützende Kraft; eiterartiger, trüber ic. erzeugt eine falsche nicht schützende Impfpustel. Die Bildung dieses wasserhellen Impfstoffes erfolgt gewöhnlich am 11ten Tage. Seine wasserhelle Beschaffenheit dauert ungefähr 72 Stunden; er ist aber am tauglichsten zur Impfung in den ersten 48 Stunden.
- 5) Nur die Stelle am innern unbehaarten Theile des Schwefes, etwa 3 Zoll vom After entfernt, ist als die beste zur Impfung zu wählen.
- 6) Einige Schaaf, welche nie die Schaafpocken gehabt haben, zeigten keine Empfänglichkeit für das Kontagium, weder durch natürliche Ansteckung, noch durch mehrmals wiederholte Impfung.
- 7) Aechte Impfpusteln bekommen die Schaaf nur einmal; da sie hingegen die durch unmächten, eiterartigen Impfstoff erzeugten falschen Blattern so oft bekommen, als sie damit geimpft werden.
- 8) Der ächte Impfstoff darf nicht alt sein, und muß bei der Aufbewahrung vor der Fäulniß geschützt werden; auch muß er von Schaafen genommen sein, bei welchen die Pocken keinen bödsartigen Charakter angenommen hatten.
- 9) Gleichmäßige Wärme befördert das Gelingen der Impfung und den guten Verlauf der Krankheit.
- 10) Bei geimpften Schaafen kommen außer der Impfpustel nur selten an andern Theilen des Körpers Schaafblattern zum Vorschein.

(Hierbei ein Extrablatt.)



















# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 25. —

Den 20ten Juni 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Das Königl. Ministerium des Innern hat festgesetzt, daß den Superintenden-  
ten nach abgelegten Jahresrechnungen der Kirchenkassen, von dem für ein Jahr  
verbleibendem Bestande jeder Kasse, und zwar von 1 bis 5 Thaler acht Groschen;  
von 5 bis 10 Thaler sechszehn Groschen; von 10 bis 20 Thaler, Ein Thaler; und,  
wenn über 20 Thaler im Bestande bleiben, jährlich zwei Thaler gezahlt werden,  
daß aber eine Kirche, die weniger als Einen Thaler Bestand bei Ablegung der  
Jahresrechnung hat, von dieser Abgabe für das Rechnungsjahr freigesprochen wer-  
den soll.

No. 161.  
Remunera-  
tion der  
Superinten-  
den.  
I. c. 3034.  
Mai.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, damit von Seiten der  
Patronen und Kirchenvorstände den Superintendenden hiernach die Gebühren ver-  
abreicht werden.

Potsdam, den 4ten Juni 1817.

Wenn die nach der Verfügung No. 230. des Amtsblatts vom J. 1815. in  
Duplo einzureichenden Situationspläne, Bedufs der Nachsichung der Konsense zu  
Mühlenanlagen, die Erfordernisse des dritten für das statistische Bureau bestimmten  
Planes enthalten, so ist die Einreichung dieses dritten Planes entbehrlich.

No. 162.  
Mühlen-  
anlagen.  
I. p. 815

Potsdam, den 7ten Juni 1817.

Zur Vergütung der bei der vereinigten Kur- und Neumärkischen Städte-  
Feuersozietät in dem verflossenen Sozietätsjahre 1817 vorgefallenen und einiger  
frühern, erst jetzt zur Liquidation gekommenen Brandschäden, wird hiermit ein neues  
Aus Schreiben erlassen, und der Beitrag auf drei Groschen von jedem Hundert der  
Versicherungssumme festgesetzt.

No. 163.  
Feuerkassen-  
gelder = Aus-  
schreiben bei  
der Kur- und  
Neumärk-  
schen Städte-  
Feuersozietät.  
I. p. 3027.  
Mai.

Die Haupt-Versicherungssumme des Katasters von 1817 ist 36,089,800 Thaler,  
wovon nach obigem Beitrage 45112 Thaler 6 Gr. einkommen müssen. Hierzu  
tragen bei:

X 1

No.











Hiervon kommen zur Vergütung:

A. für den hiesigen Regierungsbezirk.

In Angermünde.

- |   |    |    |    |     |   |     |
|---|----|----|----|-----|---|-----|
| 1) Schaden durch den am 9ten April 1815 im Hause der verwitweten Frau Postmeisterin v. Horn entstandenen Schornsteinbrand | 40 | 18 | 3  | gr. | 4 | pf. |
| 2) Schaden am Hause des Gastwirths Denzer durch das am 12ten Mai 1816 entstandene Feuer                                   | 85 | +  | 20 | +   | 8 | +   |

Bernau.

- |  |     |   |    |   |   |   |
|--|-----|---|----|---|---|---|
| 3) Schaden durch das am 29sten December 1814 im Seltengebäude des Bäckermeisters Heyde ausgebrochene Feuer | 333 | + | 12 | + | 3 | + |
|--|-----|---|----|---|---|---|

Beelitz.

- |  |     |   |    |   |   |   |
|--|-----|---|----|---|---|---|
| 4) Für die am 7ten Februar 1817 abgebrannte Scheune des Ackerbürgers Michael Gerike                    | 200 | + | —  | + | — | + |
| 5) Schaden durch das am 31sten Oktober 1816 in einem Stalle des Gastwirths Regendant entstandene Feuer | 747 | + | 14 | + | 7 | + |

Biesenitz.

- |  |    |   |   |   |   |   |
|--|----|---|---|---|---|---|
| 6) Für das am 6ten November 1813 abgebrannte Haus des Arbeitmann Koffe | 95 | + | — | + | — | + |
|--|----|---|---|---|---|---|

Perleberg.

- |  |     |   |   |   |   |   |
|--|-----|---|---|---|---|---|
| 7) Schaden durch das in der Nacht vom 1ten zum 12ten November 1816 in der Zichorienfabrik des Kaufmanns Schulz entstandene Feuer | 392 | + | 3 | + | 6 | + |
|--|-----|---|---|---|---|---|

Prenzlau.

- |   |    |   |    |   |   |   |
|---|----|---|----|---|---|---|
| 8) Schaden durch das im Räucherhause des Fischers Fischer am 5ten August 1816 entstandene Feuer | 55 | + | 19 | + | 6 | + |
|---|----|---|----|---|---|---|

Neu-Ruppin.

- |   |     |   |    |   |   |   |
|---|-----|---|----|---|---|---|
| 9) Schaden durch den Brand am 13ten Februar 1816 im Schneider Schafschens Hause | 40  | + | 13 | + | 2 | + |
| 10) Schaden durch den Brand am 2ten April 1816 im Hause des Tuchmachers Jabel   | 42  | + | 5  | + | 7 | + |
| 11) Schaden durch den Brand am 1sten Oktober 1816 beim Schmirde Diermar         | 830 | + | 18 | + | 2 | + |

Spanndow.

- |   |     |   |    |   |   |   |
|---|-----|---|----|---|---|---|
| 12) Schaden durch den Mühlenbrand am 13ten Juni 1816 an den benachbarten Gebäuden, Gezeugen und Feuerinstrumenten | 488 | + | 15 | + | 8 | + |
|---|-----|---|----|---|---|---|

B. für den Bezirk der Regierung zu Frankfurt a. d. Ober.

Arnswalde.

- 13) Nachträglich liquiderter Schaden, welcher bei dem Scheunenbrand vor dem Mühlenthor am 22sten De-

Latus. 3352 18/2. 6 gr. 5 pf.  
Trans-







	Transport	24423 rthlr. — gr. 8 pf.
	<b>S e e l o w.</b>	
25)	Schaden durch den Brand am 16. und 17. Juli 1816	5650 , — , — ,
26)	Desgleichen durch denselben Brand am Stallgebäude des Schußmachers Henze	18 , — , — ,
27)	Nachträglich liquidirter Schaden an dem Stallgebäude des Akerbürgers Schilling durch den Brand am 15ten Juli 1813	160 , 18 , 5 ,
	<b>S c h ö n f e l d.</b>	
28)	Für die am 14ten Dezember 1816 abgebrannte Windmühle nebst gangbarem Zeuge des Mühlenmeh- lers Ludemann	1200 , — , — ,
	<b>S o l d a n.</b>	
29)	Schaden durch das am 16ten Oktober 1816 im Stalle des Stellmachers Friedrich ausgebrochene Feuer	811 , 1 , 9 ,
	<b>S o m m e r f e l d.</b>	
30)	Schaden durch das am 20sten Mai 1816 in der Schönfelder Vorstadt durch Blitzstrahl entstandene Feuer	892 , 2 , 6 ,
31)	Kosten wegen der bei diesem Brande beschädigten Göppenschen Spilke	3 , 11 , 6 ,
	<b>F e r n e r;</b>	
32)	Jährlicher Beitrag der Feuersozialitäts-Kasse zu den Ver- waltungskosten der Instituten und Kommunkassen für das Jahr 1817	
1)	der Königl. Regierung zu Potsdam	500 , — , — ,
2)	Frankfurt a. d. O.	300 , — , — ,
	<b>Summa überhaupt</b>	33958 rthlr. 10 gr. 10 pf.
	Hierzu die Rezepturgebühren von	902 , 5 , 11 ,
	<b>macht zusammen</b>	34,860 rthlr. 16 gr. 9 pf.
	Ausgeschrieben sind	45112 rthlr. 6 gr. — pf.
	dazu Bestand nach der Be- kannmachung vom 8. Juli 1816 (Amtsblatt für 1816 Nr. 229.)	1401 , — , 4 ,
	und ein Ersparniß von den auf das 1ste und 2te Quar- tal 181½ für Gransee aus- geschrieben 574 rthlr. 8 gr. 2 pf. mit	1 , 22 , 10 ,
	<b>Summa</b>	46,515 , 5 , 2 ,
	<b>Es bleibt mithin ein Bestand von</b>	11,654 rthlr. 12 gr. 5 pf. welch.







Numéro courant  
du Registre  
de la Juridiction;  
Nro.

**PRINCIPAUTÉ DE NEUCHÂTEL.**

**CERTIFICAT D'ORIGINE ET DE FABRICATION.**

Du

181

**L**e soussigné Fabricant d'horlogerie, demeurant dans la Juridiction de  
déclare, pour tenir lieu de serment, que les marchandises ci-après spécifiées sont des produits  
de sa propre manufacture, et qu'elles sont destinées pour

Dénomination des Marchandises.	Prix des Marchan- dises.	Nombre des Colis ou Caisses.	Marques et Numéros des Colis ou Caisses.	Poids des Colis ou Caisses.	Nombre des Plombs mis à chaque Colis.	Destination et Désignation de la route à suivre, ainsi que de lieu de charge.
	Rthlr. gg			Quin- tal. de Berlin.	Bi- vre	

Signature du Manufacturier-Expéditeur.

*Le Maire soussigné, déclare véritable la signature ci-dessus du Manufacturier-Expéditeur,*

**Le Maire** soussigné certifie que la déclaration ci-dessus est d'accord avec le contenu d  
colli , et que le plombage n'a eu lieu qu'après vérification. le 181

*Nous, dans la Principauté de Neuchâtel en Suisse; — établis par Sa Majesté le Roi de Prusse,  
Mr. Certifions véritable la signature ci-dessus de  
et que pleine et entière foi est ajoutée aux actes par  
lui expédiés en cette qualité. Donné au Château de Neuchâtel, le*

*Par ordre de  
Le Secrétaire du Conseil-d'Etat,  
Fr. Aug. de Montmolin.*

**NB.** Le présent certificat n'est valable qu'autant

- 1° qu'il accompagnera la marchandise;
- 2° que la route qu'il indique sera suivie;
- 3° que la marchandise sera parfaitement conforme;
- 4° que l'arrivée de la marchandise s'effectuera dans le terme de trois mois, si elle est rendue à  
Berlin, et d'un mois de plus pour chaque centaine de lieues qu'elle a à parcourir au-delà  
de Berlin;
- 5° que le plombage des collis demeurera intact: ce qui n'empêche pas un second plombage dans  
les pays où ils transitent;
- 6° que le certificat sera visé aux bureaux de péage situés sur la route.







Die Bestellung der Pferde geschieht nur von denen, welche nach Beschaffenheit ihrer Besitzungen Pferde halten müssen; andern Personen darf deshalb nichts abgefordert werden.

§. VI. Den Gerichtspersonen, welche den Gerichtstag abzuwarten haben, liegt ob, an diesen Tagen alle vom Land- und Stadgericht zum Gerichtstag verwiesenen Geschäfte abzumachen; außerdem aber müssen folgende Geschäfte am Gerichtstage, ohne vorherige Anweisung des Land- und Stadgerichts, vorgenommen werden:

- 1) ein jeder, welcher Gesuche beim Land- und Stadgerichte zu Belgig anzubringen hat, und sich mit diesen am Gerichtstage meldet, muß entweder vom Richter oder Aktuar zum Protokoll vernommen werden.
- 2) Alle Klagen in Zivl- und Injurienfachen, welche von einem Einwohner Brück's gegen einen andern Einwohner von Brück angestellt werden, müssen, insofern sie nicht schon vollständig eingereicht werden, aufgenommen, und ohne weitere Rücksicht beim Land- und Stadgerichte vom Gerichtskommissario spruchreif instruiert werden. Kommt es in diesen Sachen auf die Abjuration von Personen an, welche außerhalb des Gerichtsbezirks des Land- und Stadgerichts wohnen, oder sind Requisitionen zu erlassen, so müssen die deshalb zu erlassenden expedirten Verfügungen vom Land- und Stadgericht angegeben werden.
- 3) In allen Bagatellsachen, in Besitzstreitigkeiten, in Arrest- Pfändungs, Beschwade- und geringen Injurienfachen, muß der Richter, welcher den Gerichtstag abzuhalten hat, gleich nach geschlossener Instruktion, (insofern die Sache nicht besonders verwickelt ist,) das Erkenntniß sofort abfassen, und noch am Gerichtstage publiziren; oder kommt es in einer dieser Sachen auf Regulirung eines Interimistici an, dieses feststellen. Die Ausfertigungen der Erkenntnisse und Resolutionen, erhalten die Parteien von Belgig aus übersandt.
- 4) Alle Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, deren Aufnahme die Theilnehmer beim Gerichtstage in Antrag bringen, muß der Richter aufnehmen; besonders wird bemerkt, daß er mit dem Aktuar zur Auf- und Annahme der Testamente aller Personen, welche in der Stadt Brück wohnen, oder sich beim Gerichtstage melden, ohne weiteren Auftrag berechtigt ist.
- 5) Wenn sich ein Sterbefall in Brück ereignet, welcher eine Siegelung nöthig macht, so muß der Richter, insofern er am Gerichtstage von demselben Kenntniß erhält, ohne weitere Anfrage diese veranlassen.
- 6) Wenn sich ein Kriminalfall in der Stadt Brück zuträgt, so ist der Richter, wenn der Fall nicht schon zur Kognition des Land- und Stadgerichts gekommen ist, und dies die Untersuchung einem andern Mitgliede übertragen hat, berechtigt und verpflichtet, bei seiner Anwesenheit in Brück das Corpus delicti festzustellen, und in den sich dazu eignenden Fällen, den Thäter, oder den, der der That verdächtig ist, zu arretilren.

Berlin, den 27ten Mai 1817.







- 6) Bei allen zur Untersuchung und Bestrafung des Zivilgerichts gehörigen Vergehen der Landwehrmänner wird nach Vorschrift der allgemeinen Strafgesetze, jedoch mit Rücksicht auf die in den Kriegsartikeln bestimmten Arten der Strafen erkannt.

Die Zivilgerichte können nicht

- a. auf Geld,
- b. auf Gefängnis, und
- c. auf Festungsstrafe

erkennen, und bei den letztern beiden Strafarten auch auf körperliche Züchtigung, in sofern solche durch die Kriegsartikel für gewisse Vergehen bestimmt ist, und mit dem strengen Arrest und der Festungsstrafe gleichzeitig eröffnet wird. In diesem Fall muß aber der Landwehrmann durch das Erkenntnis des Zivilgerichts vorher in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt worden sein, weil ohne diese Versetzung die körperliche Züchtigung nicht Statt findet.

- 7) Ist auf Geldstrafe erkannt worden, so kann solche gegen den Landwehrmann ohne weiteres vollstreckt werden.

Den erkannten Arrest kann derselbe in einem jeden bürgerlichen Gefängnis seiner Heimath oder eines benachbarten Orts erleiden, jedoch nicht in einem solchen, welches bloß zur Aufbewahrung eigentlicher Verbrecher, als Diebe, Betrüger und dergleichen bestimmt ist.

- 8) Die Kosten der Bewachung und des Unterhaltes des Arrestanten, so wie alle solche bei Untersuchungen gegen Landwehrmänner vorfallenden baaren Auslagen, fallen beim Unvermögen des Angeeschuldigten, oder, bei dessen gänzlicher Freisprechung, demjenigen zur Last, welchem die subsidiarische Verpflichtung zur Uebernehmung der Untersuchungskosten überhaupt obliegt.

- 9) Auch auf Zuchthausstrafe sind die Zivilgerichte zu erkennen befugt. Ist aber darauf oder auf Festungsstrafe wirklich erkannt worden, so erleidet der Landwehrmann diese Strafe entweder als strengen Arrest in dem nächsten Militärgefängnis, oder als Festungsstrafe bei einer Straffektion. Die erkannte Strafe wird daher durch das Militärgericht in eine der zulässigen Strafarten verwandelt.

Bei einem Unteroffizier tritt entweder statt des strengen Arrestes ein verlängelter mittlerer Arrest ein, oder der Verbrecher wird nach Vorschrift der Kriegsartikel degradirt.

In allen Fällen, in welchen auf Zuchthaus oder Festungsstrafe erkannt worden, wird also der verurtheilte Landwehrmann zur Vollziehung der Strafe an das nächste Militärgefängnis abgeliefert.

- 10) Die Verpflegung während der Arrestzeit geschieht auch hier auf Kosten des Verurtheilten oder desjenigen, der dazu subsidiarisch verpflichtet ist.

- 11) Sobald die Festungsstrafe über Ein Jahr dauert, kann der Verbrecher auch aus der Landwehr entfernt werden.

Dieses geschieht indessen von Selten des Militärgerichts.

- 12) Eine zuerkannte körperliche Züchtigung darf niemals öffentlich Statt finden, und wird von Kapitul oder Kommandant der Kompagnie dem Feldwebel oder einem



einem Unteroffizier zur Vollziehung aufgetragen. Auf eine andere Art darf solche nie vollstreckt werden.

- 13) Wenn ein beurlaubter Wehrmann sich im Gesinde, oder Hofedienst der Grundherrschaft faul, unordentlich oder widerspenstig bezeugt, so steht der Herrschaft das Recht zu, ohne Zuziehung des Gerichtes denselben mit 24stündiger bis dreitägiger Gefängnißstrafe zu belegen. In Absicht des Gefängnisses, worin die Strafe vollstreckt werden soll, tritt die Vorschrift sub No. 7. ein. Wegen Bestrafung angefassener Wirthe, in sofern sie sich im Dienste vergehen, hat es bei den Bestimmungen des §. 232. und f. Tit. 7. Theil 2. des Allgemeinen Landrechts sein Bewenden.

In Beziehung auf die Festung

ad No. 10. wird noch bemerkt, daß die Kosten der Verpflegung des Verurtheilten während der von den Militärbehörden zu bewirkenden Vollstreckung der Strafe, in sofern der Verurtheilte selbst, oder dessen gesetzlich dazu verpflichtete Verwandte diese Kosten herzugeben nicht im Stande sind, von den Militärbehörden beschafft werden, und den Dominien und Städten nicht zur Last fallen können.

Den Gerichten liegt aber ob, in allen Fällen, in welchen der Verurtheilte oder dessen Verwandte die Kosten der Verpflegung während der Vollstreckung der Strafe zu zahlen im Stande sind, dafür zu sorgen, daß diese Kosten an diejenige Militärbehörde, welche die Strafe zu vollstrecken hat, auf die Dauer der Arrestzeit, oder bei Strafen, die länger als drei Monate dauern, alle Vierteljahr regelmäßig voraus bezahlt werden.

Der Betrag dieser Verpflegungskosten beläuft sich bei solchen Individen, die zur Erledigung der Festungsstrafarbeit in Straffestimonen eingetheilt sind, auf 3 Thaler 6 Gr. für einen Monat; bei denjenigen Individen dagegen, welche mit bloßer Arreststrafe in den Militärgefängnissen belegt werden, auf 2 Gr. täglich.

Auch ist jederzeit dahin zu sehen, daß die Verurtheilten nicht ohne die nöthige und auf die Dauer der Strafzeit ausreichende Kleidungsstücke an die Militärbehörde abgeliefert werden.

Vorstehende sämmtliche Bestimmungen finden auf die zur Kriegesreserve gehörende Soldaten und auf die Trainsoldaten ebenfalls Anwendung, mit dem Unterschiede, daß diese Soldaten, als Truppenthelle des stehenden Heeres, in Gemäßheit der Verordnungen vom 11ten Dezember 1802. und 21sten Februar 1811. von Untersuchungskosten frei sind.

Das Königl. Kammergericht hat sich hiernach in vorkommenden Fällen zu achten und die Untergerichte dem gemäß anzuweisen.

Berlin, den 6ten Mai 1817.

Der Justizminister.

v. Kirchhausen.

An das Königl. Kammergericht.

zu ihrer Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Berlin, den 29ten Mai 1817.

Das



No. 27.  
Land- und  
Stadtgericht  
zu Jüterbogk.

Das Land- und Stadtgericht zu Jüterbogk, aus der Stadt und dem Amte Jüterbogk bestehend, hat seine Wirksamkeit angetreten, und es sind dabei folgende Offizianten angestellt worden.

- 1) als Land- und Stadtgerichtsdirektor, der bisherige Stadtrichter Doktor Carl Christian Heffter.
- 2) als Land- und Stadtgerichtsaffessor, der bisherige Stadtschreiber Benjamin Gottlieb Franke.
- 3) als Aktuar der Premierlieutenant außer Diensten und vormalige Kammergerichtes-Auskultator Johann Friedrich Zannasch.
- 4) als Ingrossator, Depositair, und Salarientassenrendant, der gewesene freiwillige Jäger Franz Fourblé.
- 5) als Registrator und Kontrolleur, der Sekondelieutenant außer Diensten, Carl Wehrhan.
- 6) als erster Kanzlist, der bisherige Kanzlist bei dem Justizamte Jüterbogk, Ernst Christoph Wolfgang Hasselbarth.
- 7) als zweiter Kopist, der gewesene freiwillige Jäger Carl Ludwig Blumenberg.

Berlin, den 2ten Juni 1817.

No. 28.  
Land- und  
Stadtgericht  
zu Dahme.

Das Land- und Stadtgericht zu Dahme, aus der Stadt und dem Amte Dahme und der Dorfschaft Nieder-Seefeld, Amtes Senba, bestehend, ist in Wirksamkeit getreten, und es sind dabei folgende Offizianten angestellt worden.

- 1) als Land- und Stadtgerichtsdirektor, der bisherige Amtmann Samuel Wilhelm Mirus.
- 2) als Land- und Staatsgerichtsaffessor, der bisherige Assessor beim Stadtgerichte zu Luckenwalde, Gottlob Conrad Christoph Hartmann.
- 3) als Aktuar und Depositairrendant, der gewesene Domänenamtsaktuar zu Zinna, Johann Daniel Pfnauschnier.
- 4) als Registrator und Salarientassenrendant, der Friedrich August Hoffmeister.
- 5) als 1ster Kanzlist und Salarientassenkontrollleur, der Friedrich Schulze.
- 6) als 2ter Kanzlist, der Carl Friedrich Samuel Carus.

Berlin, den 2ten Juni 1817.

### Personalchronik.

Dem Obermedizinalrath Cosmar ist die von ihm nachgesuchte Entlassung von den bei dem Königl. Kammergerichte bekleideten Ämtern als Justizkommissarius und Notarius bewilligt worden.

### Vermischte Nachrichten.

Schleusen, Sperre.

Die Woltersdorffsche Schiffahrtsschleuse im Kaltfließ bei Rüdersdorf wird wegen notwendiger Reparatur vom 18ten August bis zum 7ten September d. J. gesperrt werden.

(Hierbei ein Extrablatt.)







Kauflustige können sich daher am obbemerkten Tage Vormittags früh 8 Uhr an hiesiger Rentamtsstelle einfinden, und der Exhitation gewärtig sein. Uebrigens wird das zum Verkauf gestellte Getreide auf höchstens 6 Meilen weit versahren.

Dapme, den 9ten Juni 1817.

Königliches Preussisches Rentamt allda.

Veränderung wegen sollen hieselbst in der lebhaftesten Gegend der Oberstraße zwei neben einander belegene Häuser mit vier schönen Wiesen und Gärten und vollständigem Brau- und Brennereigeräth, zusammen oder einzeln in dem in meiner Wohnung auf den 23ten Juni d. J. angesetzten Termin an den Meistbietenden verkauft werden. Ich ersuche Kauflustige hierdurch um Abgabe ihrer Gebote, und kann bei deren Unnehmlichkeit der Abschluß des Kontrakts, auch die Uebergabe gleich erfolgen. In dem einem Hause ist blecher Brau- und Brenneret stark betrieblen; es eignet sich auch vorzüglich zu einer Destilliranstalt, die hier noch nicht vorhanden. Das zweite Haus ist zum Betriebe einer jeden Profession geeignet. Nähere Auskunft giebt in Berlin der Kaufmann Herr Reimann Schloßplatz No. 11, in Frankfurt an der Oder der Gastwirth Herr Junk im goldenen Löwen, in Custrin der Hofgerichtsaffessor Herr Köhler, in Landsberg an der Warthe Herr Justizkommissarius Adsele, und der Unterzeichnete.

Wresen an der Oder, den 18ten Mai 1817.

Der Justizkommissarius Woltemas.

### Patent-Bekanntmachung.

Es ist mir mit Genehmigung Seiner Majestät des Königs von Einem Königl. Hohen Ministerio der Finanzen und des Handels, ein Patent über den von mir erfundenen, aus verschiedenen Maschinestücken und Theilen bestehenden Apparat, wovon die Modelle zu den Akten eines Hohen Ministeriums beigelegt worden, zur eigenrthümlichen Methode der Anfertigung lackirter Cigarettsbecher erteilt worden, dergestalt, daß nur ich, von diesem Ganzen, als auch von den einzelnen Theilen und Stücken dieses Apparats zu diesem Behuf in Berlin und dem östlichen Theile der Monarchie auf sechs Jahre vom 1ten Mai 1817. mich zu bedienen, das ausschließliche Recht haben soll. Dem Befehle gemäß verfehle ich nicht, solches einem geehrten Publikum hierdurch bekannt zu machen.

Berlin, den 24ten Mai 1817.

N. Oppenheim, Inhaber einer Lackfabrik.  
Adlerstraße No. 6.







Erstere haben nach den Bekanntmachungen im Amtsblatt vom 29sten August 1815. Stück 35. No. 316. und vom 20sten Oktober 1816. Stück 44. No. 335. ihre Anträge an die Kreisbehörden, die aus hiesiger Stadt an den Polizeidirektor Fläche zu richten, und das dort Vorgesetzte zu beobachten.

Uebrigens können nicht eher wieder Entlassungen bewirkt werden, als bis eine neue Aushebung von Ersahmannschaften für das stehende Heer angeordnet wird. Dieser Zeitpunkt und der Tag, an welchem die Nachweisungen der zu entlassenden Leute an uns eingereicht werden sollen, wird den Behörden bekannt gemacht werden.

Die bis dahin eingehende Entlassungsgesuche haben selbige zu affirmiren, und nur das zur Begründung derselben Erforderliche zu ermitteln und beibringen zu lassen, damit die Einreichung der Nachweisungen unverzüglich erfolgen kann, wenn wir den Termin bestimmt haben werden. Potsdam, den 13ten Juni 1817.

No. 168.  
Fortkommen  
der Militärs-  
Revisions-  
kommissarien  
bei Dienstreis-  
sen.

1. m. 1507.  
Juni.

Es sind verschiedene Fälle vorgekommen, wo die zu den Militärrevisions-Geschäften beauftragten Offiziere und Militärpersonen auf den Grund einer Befugung des Königl. Generalkommandos in Brandenburg und Pommern vom 2ten Mai v. J. zu den Reisen bis an die Grenzen der Kreise sich der Extrapost bedienen und die Erstattung der Kosten dafür von den Kreisbehörden, auch zum Fortkommen im Innern der Kreise Vorspannfuhren verlangt haben. Dies hat veranlaßt, daß wir sowohl deshalb als wegen des Fortkommens derjenigen Mitglieder der Revisionskommissionen, welche kein eigenes Gespann zu ihren Dienstreisen halten, sich also der ordinären oder der Extrapost zu diesen Reisen bedienen müssen, beim Königl. Ministerio des Innern auf nähere Bestimmungen angetragen haben. Diese sind mittelst Rescripts vom 6ten v. M. dahin erfolgt:

„daß die zu den Militär-Revisionskommissionen Behufs der Auswahl der Ersahmannschaften kommandirten Offiziere sich wegen aller mit dem Geschäfte verbundenen Kosten, auch denen des Transports lediglich an die betreffenden Militärbehörden zu wenden haben, Vorspann aber zu dieser Geschäftsführung nach der allgemeinen gesetzlichen Anordnung nicht bewilligt werden kann.

Es befiehlt daher lediglich bei den Bestimmungen des Königl. Ministerii des Innern vom 2ten April v. J. (Bekanntmachung vom 14ten desselben Monats Amtsblatt Stück 16. No. 124.) sowohl hinsichtlich der Offiziere und anderen Militärpersonen, als der Mitglieder der Militärrevisions-Kommissionen dahin sein zu lassen, daß selbigen in keinem Falle Vorspann verabfolgt wird, sondern sie die Reisen in diesen Angelegenheiten gleich allen übrigen nach den allgemeinen Vorschriften verrichten müssen, um so mehr, als der Vorbehalt in der gedruckten Zirkularverordnung vom 3ten Januar 1811.

„daß der bei Kantonsrevisionen innerhalb des Kantonsbezirks erforderliche Vorspann von den Unterthanen gestellt, und mit 6 Gr. für das Pferd auf die Meile bezahlt werden solle“

von dem Edikt wegen Aufhebung des Vorspanns vom 28sten Oktober 1810 (Gesetzsammlung Stück 4. Nr. 7.) abweicht. Potsdam, den 17ten Juni 1817.

Gämnit



Sämmtliche Magisträte werden daran erinnert, daß die Servisliquibattionen für das Quartal April, Mai und Juni c. längstens bis zum 8ten des künftigen Monats hier eingereicht, und bis dahin die bis ult. Juni c. verbleibenden Servisüberschüsse an die hiesige Provinzial-Serviskasse eingesandt sein müssen. Da bei den dringenden von derselben zu leistenden Zahlungen eine längere Nachsicht nicht gewährt werden kann, so wird gegen die säumigen Behörden mit aller Strenge verfahren werden. Mehrere derselben haben die Vorschrift vom 10ten Dezember v. J. (Amtsblatt Stück 52. No. 387.) nicht pünktlich befolgt. Sollten die Ueberschüsse pro Juli und folgende Monate abgeschickt werden (nicht am 25ten jeden Monats), so wird unnachlässiglich am 5ten des nächsten folgenden Monats die exekutorische Vertreibung der gesammten Beträge verfügt werden.

No 169.  
Servisliqui-  
battionen pro  
2tes Quartal  
1817.  
I. m. 2204.  
Juni.

Potsdam, den 20sten Juni 1817.

Zufolge einer Bestimmung des Königlichen Ministerii des Innern vom 2ten d. M. müssen die Juden gleich den Christen die nach No. 123. des diesjährigen Amtsblatts mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 16ten Januar d. J. angeordnete Abgabe von einer Trauung mit 3 Gr. und von einer Geburt mit  $1\frac{1}{2}$  Gr. zahlen, da sie eben so wie Christen an der Verbesserung des Hebammenwesens Theil nehmen.

No. 170.  
Unterstützung  
der Hebammen  
für das  
platte Land  
I. p. 907.  
Juni.

Die Hebung der Abgabe von den Juden erfolgt von denjenigen Behörden, welche die nach No. 377. Seite 349. des Amtsblatts vom Jahre 1812. vorgeschriebenen Verzeichnisse der Geburten und Trauungen der Juden führen, also auf dem platten Lande von den Landräthen und in den Städten von den Magisträten, mit Ausnahme der Stadt Potsdam, woselbst der Polizeidirektor die Verzeichnisse führt, mithin auf die Abgabe zu erheben hat.

Die Landräthe, der Polizeidirektor zu Potsdam und die Magisträte haben daher ein besonderes Register über die bei Geburten mit  $1\frac{1}{2}$  Gr. und Trauungen der Juden mit 3 Gr. zu erhebende Abgabe zu halten, solches am letzten Juni und letzten Dezember eines jeden Jahres abzuschließen und mit dem Geldbetrage in den ersten 8 Tagen des Juli und Januar jeden Jahres unserer Kommunal- und Inspektorenkasse einzusenden, uns aber gleichzeitig von dem eingesandten Betrage Anzeige zu machen. Potsdam, den 12ten Juni 1817.

Bis zur endlichen Wiederbesetzung der durch den Tod des Landrentmeisters Espeut bei der hiesigen Reglerungs-Hauptkasse erledigten ersten Nebantenstelle ist die einstweilige Verwaltung derselben dem Hauptkontrollleur, Hauptmann v. Legat, neben seinen bisherigen Geschäften übertragen worden, und es werden daher einstweilen die Quittungen über die an die Kasse geleisteten Zahlungen blos von dem ic. v. Legat und dem betreffenden Buchhalter ausgestellt werden, welches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

No 171.  
Regierung's  
Hauptkasse.  
2. b. 1311.  
Juni.

Potsdam, den 24sten Juni 1817.



No. 29.  
Fälle, in  
welchen kein  
richterliches  
Verfahren  
eintritt.

## Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlich-Kammergerichts.

Auf den Antrag der Königlich-Königlichen Regierung zu Potsdam werden den Untergerichten im Departement des Kammergerichts die vorzüglichsten Fälle, in welchen das richterliche Verfahren ausgeschlossen bleibt, wiederholt in Erinnerung gebracht:

Es gehören dazu:

I. die allgemeinen, über Gegenstände der Regierungsverwaltung ergangenen Verordnungen, über deren Anwendung kein Rechtsstreit zulässig ist.

Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialpolizei- und Finanzbehörden, vom 26sten Dezember 1808 §. 36. (Juristische Monatschrift Band 7. Seite 339.)

II. Alle wirklichen Majestäts- und Hoheitsrechte. Es kann daher namentlich,

1) wenn aus überwiegenden Gründen für das gemeine Wohl Privilegien, sie nicht durch lästige Beiträge erworben worden sein oder nicht, von Seiten des Staats aufgehoben werden,

2) wenn der Staat von seinem Rechte, jemanden des gemeinen Bestens wegen zum Verkauf seines Eigenthums anzuhalten, Gebrauch macht, als bei Anlegung und Verbreiterung öffentlicher Landstraßen, eines schiffbaren Kanals, oder Flußbettes, bei Anlegung von Festungswerken, ferner von Gruben, Stollen, Halben und Wegen, auch Gebäuden über der Erde Bedarfs des Bergbaues, den Besitzern der betreffenden Grundstücke, oder bei entstandenem Getreidemangel, den Besitzern von Getreidevorräthen

über die Frage, ob der Fall der Nothwendigkeit vorhanden sei, kein Prozeß zugelassen, sondern es darf nur die Entschädigung des Berechtigten im Wege Rechts verordnet werden.

Allgemeines Landrecht Einleitung §. 70 und 71.; Theil I. Tit. XI. §. 4 bis 10.; Theil II. Tit. VII. §. 11. und Tit. XVI. §. 109.

Verordnung vom 26sten Dezember 1808. §. 36.

Insbondere gehört dahin auch der Fall, wenn die den Bergbau treibenden Gewerke, des Grundes und Bodens zur Abfuhr der Mineralien und zu den Niederlageplätzen nothwendig bedürfen; als in welchem Falle über die Frage, ob der Weg oder die Niederlage unentbehrlich und folglich der Eigenthümer des dazu erforderlichen Bodens zu dessen Abtretung verpflichtet sei? kein Prozeß statt finden, diese Frage vielmehr von der Regierung und dem Oberbergamt der Provinz mit Vorbehalt der Berufung auf die denselben vorgesetzten Behörden entschieden werden soll.

Deklaration vom 27sten Oktober 1804. Neues Archiv Band 3. Seite 315.

III. Die Verbindlichkeit zur Entrichtung allgemeiner Anlagen und Abgaben, denen sämmtliche Einwohner des Staats, oder alle Mitglieder einer gewissen Klasse derselben nach der Landesverfassung unterworfen sind, es wäre denn, daß jemand aus besondern Gründen die Befreiung von einer solchen Abgabe erlangt zu haben, oder bei Bestimmung seines Antheils über die Gebühr belastet zu sein behauptete.

III.







V. Die exekutorischen Maaßregeln der Regierungen, welche dieselben nach Anweisung der §. 42 und 48. der Verordnung vom 26sten December 1808 in den, in diesen Gesetzentwürfen bestimmten Fällen verordnet haben

Gegen solche Maaßregeln sind alle Possessorienklagen unzulässig, und es muß auch im Fall einer dagegen angestellten Possessorienklage dabei so lange verbleiben, bis die Sache in petitorio völlig entschieden ist, wenn nicht die Regierung selbst eine Abänderung nöthig finden sollte.

Verordnung vom 26sten December 1808 §. 42.

Reskript vom 23sten August 1814 (v. Kamphs Jahrbücher B. 3. S. 258.)

Namentlich gilt dieser Grundsatz auch bei Kirchen, und Pfarrbauten in Rücksicht des Betrages zu denselben, welcher von den geistlichen Obern während eines über die Verblüßlichkeit und die Höhe des Betrages entstandenen Prozesses festgesetzt, und durch Exekution eingezogen werden kann.

Allgemeines Landrecht Theil II. Tit. XI. §. 759. und 790.

Reskript vom 28sten Februar 1805 (Juristische Monatsschrift Band 4. Seite 303.)

Als Ausnahme von dieser Regel muß jedoch Fiskus auch die Rückstände, welche er vermöge allgemeiner Anlagen zu fordern hat, durch seine Beamten im Wege Rechts einfordern, sobald es dabei auf ein Verzugsrecht gegen einen Dritten ankommt, welcher Fall z. B. bei Sequestrationen und bei der Beschlagnahme von Eurserevenüen in Hinsicht der Rückstände öffentlicher Ausgaben eintritt.

Reskript des Justizministers vom 12ten Juli 1814 (v. Kamphs Jahrbücher Band 3. Seite 260.) Allgemeines Landrecht Theil II. Tit. XIV. §. 83.

VI. Die von Seiten der ritterschaftlichen Kreditdirektion geschehene Festsetzung der, von den Pächtern und Administratoren der unter ritterschaftlicher Sequestration stehenden Güter gelegten Pacht und Verwaltungsrechnungen, so wie die Verfügung derselben zur, nöthigenfalls, exekutorischen Einziehung der Pacht, und Administrationsrückstände, gegen welche keine Berufung auf rechtliches Verfahren, sondern nur eine Beschwerde bei der Haupt, Ritterschaftsdirektion statt findet.

Ritterschaftliches Kreditreglement vom 15ten Juli 1777. §. 234 und 242. (N. C. C. M. Band 17. Seite 679.)

VII. In den Angelegenheiten, welche die Disziplin der sämtlichen Offizianten des Reglerungsapparates betreffen, findet kein Rekurs an die Landesjustizkollegien statt, also namentlich nicht gegen Ordnungsstrafen, welche die Regierungen gegen solche Offizianten festsetzen, auch nicht gegen Dienstsuspenditionen, welche sie verhängen.

Verordnung vom 26sten December 1808. §. 46.

VIII. Gleichmäßig findet gegen eine, wegen Polizeikontravention von der Polizeibehörde festgesetzte Strafe, die eine mäßige körperliche Züchtigung, 14tägiges Gefängniß oder Strafarbeit von dieser Dauer, oder fünf Thaler Geldbusse nicht übersteigt, die Berufung auf rechtliches Gehör nicht statt, sondern nur eine Beschwerde bei der höhern Polizeibehörde.

An







Gesetz wegen des Wasserstaues bei Mühlen und Verschöpfung der Vorfluth vom 16ten November 1811. §. 5. (Gesetzsammlung Jahrgang 1811 Seite 352.)

- 4) Gegen die Bestimmung der Polizeibehörde über die Frage, wenn und wie der, dem die Unterhaltung eines Grabens oder Wasserabzuges obliegt, die Räumung desselben bewirken soll. Ebendasselbst §. 10.
- 5) Gegen die mit Vorbehalt der Berufung auf die Entscheidung der höhern Polizeibehörde den Provinzial- und Polizeibehörden zustehende Festsetzung darüber, ob bei einer beabsichtigten Entwässerung die Ablassung des Wassers überhaupt statt finden kann, und unter welchen Modalitäten sie auszuführen sei. Ebendasselbst §. 18 und 19.
- 6) Gegen die Entscheidungen der in solchen Fällen zur Bestimmung der Entschädigung des einen Theils und zur Vollziehung der Entwässerung selbst zu bestellenden Schlichter. Ebendasselbst §. 23. und 24.
- 7) Gegen die, der Landes- und Polizeibehörde gebührende Bestimmung, durch welche der Ausfall, den ein Zwangs- und Bannberechtigter durch die Aufhebung des Zwangs- und Bannrechtes erlitten hat, und der Betrag der vom Staat dafür zu gewährenden Entschädigung festgesetzt wird.

Edikt wegen der Mühlengerichtigkeit ic. vom 28sten Oktober 1810. §. 3. (Gesetzsammlung von 1810. Seite 95.)

- 8) Gegen die Verfügung der Landes- und Polizeibehörde, wodurch der Bau oder die Veränderung einer Mühle, so wie die Erlaubniß zum Betriebe einer Brauerei und Brantweinbrennerei versagt wird. Ebendasselbst §. 8.
- 9) Gegen die, dem allgemeinen Polizeidepartement vorbehaltene Festsetzung der Entschädigung, welche die Besitzer der bisher schon an einem Orte bestandenen Apotheken zu fordern haben, wenn die Anlegung einer neuen in demselben genehmigt wird.

Verordnung wegen Anlegung neuer Apotheken vom 24sten Oktober 1811. (Gesetzsammlung von 1811. Seite 359.)

- 10) Gegen die der Regierung zukommende Bestimmung der Entschädigung für die im Hypothekenbuche eingetragenen, nicht mit einem Grundstücke in Verbindung stehenden Gewerbeberechtigungen.

Edikt über die Einführung der allgemeinen Gewerbebesteuer vom 2ten November 1810. §. 17. (Gesetzsammlung von 1810. Seite 79.)

- 11) Gegen die Entscheidungen der Regierung über die bei ihr angebrachten, die Höhe oder Unrichtigkeit der angelegten Gewerbebesteuer betreffenden Beschwerden. Ebendasselbst §. 24.
- 12) Gegen die von der Regierung bestätigten Taxen der Magistrate über den Werth einer abzulösenden Realgewerbs-Vererechtigung, so wie gegen die Bestimmung derselben, daß die Ablösung der Vererechtigung selbst erfolgen solle, wenn dafür der



der volle Tarifverhältniß geboten wird, dagegen so wenig dem Inhaber, als den erwerbenden Gläubigern ein Widerspruchsrecht zusteht.

Gesetz vom 7ten September 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe §. 34., 43. und 44. (Gesetzsammlung Jahrgang 1811. S. 263.)

- 13) Gegen die der Polizeibehörde gebührende Entscheidung über die wegen der Grenzen einer Gewerbeberechtigung entstandenen Zweifel. Ebendasselbst §. 58.
- 14) Gegen die Verfügung der Regierung, durch welche einem Regierungs-Offizianten die Genehmigung zur Treibung eines gewissen Gewerbes versagt wird. Ebendasselbst §. 81.
- 15) Gegen die, mit Vorbehalt des Rekurses an die obere Polizeibehörde, der örtlichen Polizeibehörde zustehende Bestimmung darüber, ob dem, welcher eines von den im §. 131. des Gesetzes vom 7ten September 1811 benannten Gewerben anfangen oder von einem andern übernehmen will, das dazu erforderliche Zeugniß, daß ihm der Betrieb dieses Gewerbes erlaubt worden, zu erteilen oder zu versagen sei. Ebendasselbst §. 135.

16) In Gefindesachen:

- a. gegen die der Lokal-Polizeibehörde mit Vorbehalt des Rekurses an die Regierung zustehende Festsetzung der Strafen in den Fällen der §. 12., 17. und 20., 31., 51. und 168. der Gefindeordnung vom 18ten November 1810.
- b. gegen die von Seiten der Polizeibehörde erfolgte Festsetzung der Strafe des Gefindes wegen Beleidigungen der Herrschaften, wenn diese Strafe 14tägiges Gefängniß oder 5 Thaler Geldbusse nicht übersteigt;
- c. gegen die der Polizeibehörde zustehende Entscheidung wegen der Exzesse und Koste, in den Fällen der §. 37. und 38. der Gefindeordnung;
- d. gegen die Bestimmung der Polizeibehörde in den ausschließlich zu ihrer Kognition gehörigen Fällen der §. 10., 13., 173. und 176. der Gefindeordnung.

Verfügung des Justizministers und Polizeidepartements vom 17. April 1812.

- 17) Gegen den Ausspruch der Kreiscommission zur Regulirung der Gehaltsentfchädigungen der ehemaligen Süd-, Neuost- und Westpreussischen, auch Neuschlesischen Beamten, gegen welchen nur der Rekurs an den Herrn Staatskanzler statt findet.

Kabinettsordre vom 30sten Dezember 1815. §. 11.

- 18) Gegen die der Generalkommission zur Liquidirung und Regulirung des Provinzial- und Kommunal-Kriegeschulden-Wesens, jetzt dem Ministerio des Innern gebührende Entscheidung über die streitigen Ansprüche an eine Provinz, einen Kreis oder eine Kommune, sowohl wegen der durch den Krieg zwischen Preußen und Frankreich vom Jahre 1806 bis zum 1sten November 1808 (als dem Termine, der für die Dauer des Kriegszustandes angenommen worden ist) entstandenen Schulden, als auch wegen der Provinzial- und Kommunal-Kriegeschulden, welche seitdem durch die Kriegsverhältnisse der Jahre 1812 bis 1815 verursacht worden sind.



Sollten jedoch wegen solcher Schulden schon vor der Publikation der Instruktion vom 9ten Juli 1812 und resp. der Verordnung vom 3ten Januar 1816 Klagen angenommen und eingeleitet worden sein, so findet, wenn die Parteien es verlangen, die Fortsetzung des Prozesses bis zur rechtskräftigen Entscheidung statt.

Instruktion vom 9ten Juli 1812. §. 7.

(Gesetzsammlung Jahrgang 1812. Seite 156.)

Verordnung vom 3ten Januar 1816.

(Gesetzsammlung Jahrgang 1816. Seite 4.)

19) Gegen die den bestellten Generalkommissarien übertragene Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse überhaupt, so wie insbesondere gegen die ihnen mit Vorbehalt der Appellation an das Revisionskollegium zustehende Entscheidung

a. über die Qualität der Höfe, ob sie nemlich Adergüter oder Dienstherabstufungsstücke sind, und ob das Gesetz wegen Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse nach den in demselben bestimmten Grundsätzen auf sie Anwendung findet,

b. über das Rechtsverhältniß, ob nemlich die bäuerliche Pflanzung eigenthümlich, erblich oder nicht erblich besessen wird, in Bezug auf die gedachte Regulirung,

c. darüber, ob die für die Verlesung des Eigenthums und für die Aufhebung der Dienste von den bäuerlichen Besitzern zu leistende Entschädigung in Land oder Kornrente zu gewähren sei,

d. in dem Falle, wenn einer von beiden Theilen behauptet, daß die durch das Gesetz bestimmte Normalentschädigung zu hoch oder zu niedrig sei; darüber, ob eine spezielle Ausmilderung der gedachten Entschädigung geschehen, oder ob es bei der Normalentschädigung verbleiben soll, und wenn die spezielle Ausmilderung für nöthig erachtet worden ist, auch über die gegenseitigen Leistungen, welche auf den Betrag der Entschädigung Einfluß haben,

e. über den Betrag der Rente und über wirtschaftliche Gegenstände, endlich

f. über die streitig werdenden wirtschaftlichen Gegenstände auch in dem Falle, wenn bei Gelegenheit der Auseinandersetzung unter den Interessenten selbst, oder mit einem Dritten eine Gemeinheitstheilung erfolgt, oder wenn eine Veräußerung der Grundstücke solcher Eigenthümer oder Pächter, die an der Auseinandersetzung keinen Theil haben, deshalb geschehen muß, weil diese Grundstücke zwischen dem, von den bäuerlichen Besitzern abzutretenden Lande liegen.

Edikt vom 14ten September 1811, die Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend.

(Gesetzsammlung Jahrgang 1811. Seite 281.)

Deklaration dieses Edikts vom 29ten Mai 1816.

(Gesetzsammlung Jahrgang 1816. Seite 154.)



20) Gegen die Bestimmung der zur Regulirung der Auseinandersehung mit dem Dienstinsassen angeordneten Kommission über den Betrag der auf verpachteten Gütern vom Pächter zur Vermehrung des Inventarkl wirtschaftlich zu verwendenden und von dem Gutsheeren zu verzinsenden Summe, gegen welche nur der Rekurs an die Generalkommission statt findet.

Deklaration vom 29sten Mai 1816.

XII. Diejenigen Fälle, in welchen auch in solchen Angelegenheiten, die lediglich zur Kognition der Gerichtsbehörden gehören, aus besondern Gründen ein Prozeß nicht eingeleitet werden darf, sind bei den einzelnen Materien im Allgemeinen Landrechte und in der Allgemeinen Gerichtsordnung benannt. Ausserdem sind besonders noch unzulässig:

1) Klagen gegen öffentliche Beamte aus den, von denselben Namens des Staats geschlossenen Kontrakten über Lieferungen von Armeebedarfsassen.

Verordnung vom 20sten Juli 1813.

(Gesetzsammlung Jahrgang 1813. Seite 101.)

2) Alle Klagen aus solchen Verträgen, welche die gesetzlich gegebene Gewerbefreiheit beschränken, und nach Publikation der Verordnung vom 2ten November 1810 geschlossen worden sind.

Kabinettsordre vom 19ten April 1813.

(Gesetzsammlung Jahrgang 1813. Seite 69.)

Dahin sind auch solche nach Publikation der Verordnung vom 2ten November 1810 geschlossenen Verträge zu rechnen, durch welche sich Jemand dem Mühlen-, Bier und Branntweinzwange für seine Person und Lebensdauer oder seine Grundstücke dergestalt für immer von Neuem unterwirft, daß in Fällen der Kontravention wider die nehangeknüpften Zwangsbannverhältnisse der Berechtigte sein Interesse, oder die festgesetzte Konventionalstrafe im Wege Rechte & fordern dürfe.

Reskript des Justizministers vom 29sten Juli 1814.

(v. Kamphs Jahrbücher Band 4. Seite 196.)

Auch gehört dahin namentlich ein Vertrag, durch welchen Jemand sich verpflichtet, den Bedarf an Getränken zu seiner eigenen Konsumtion aus einer bestimmten Schenkstätte zu nehmen.

Gesetz über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe vom 7ten September 1811. §. 69.

(Gesetzsammlung Jahrgang 1811. Seite 263.)

3) Alle Klagen aus solchen Verträgen, durch welche Jemand gegen Ueberlassung eines Vortheils sich verbindlich macht, bei einer Subhastation oder Auktion nicht mitzubieten, so wie auch aus solchen Verträgen, nach welchen mehrere, durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsträger, auf Auktionen oder bei Subhastationen Sachen kaufen, um sie wieder zu verkaufen.

Verordnung vom 14ten Juli 1797. (C. L. M. de 1797. Nr. 65.)

4) Alle



- 4) Alle Klagen auswärtiger Behörden wider das Feld-Kriegskommissariat und die dazu gehörigen Kassen, welche aus dem früheren französischen Kriege hergeleitet werden.

Kabinettsordre vom 4ten Februar und Reskript vom 11ten Februar 1799.  
(N. C. C. M. de 1799. Nr. 17. Seite 2202.)

- 5) Wenn wüste Feldmarken unter landesherrlicher Genehmigung wieder angebaut und mit Unterthanen besetzt worden sind, so sollen wegen älterer Hütungs- oder anderer Ansprüche benachbarter Dorfschaften keine prozeßualische Einleitungen statt finden, in sofern nicht dazu auf vorherige Anfrage landesherrliche Zustimmung erteilt worden.

Anhang zum Allgemeinen Landrecht §. 59.

Zirkulare vom 4ten August 1800. (Neues Archiv Band. 1. Seite 265.,  
N. C. C. M. de 1800. Nr. 45. Seite 1999.)

- 6) Blödsinnige Klagen, sowohl gegen Militärpersonen wegen Erfases der durch ihre Schuld, oder wegen unterlassener Benachrichtigung der Zivilbehörde von der Absicht zu kapituliren oder abzuweichen, verloren gegangenen Militäreffekten, Kassenbestände und Vorräthe, als gegen Zivilpersonen in Absicht der unterlassenen Fortschaffung von Militäreffekten, Kassenbeständen und andern Staats-eigenthums sollen eingestellt, und die Untersuchungen dieser Art niedergeschlagen werden.

Kabinettsordre vom 29sten April 1811.

(Juristische Monatschrift Band 10. Seite 485.)

- 7) Klagen, deren Fundament nahe oder entfernt aus den in frühern Zeiten beobachtet gewesenen Kontinentalsysteme herrührt.

Berlin, am 27sten Mai 1817.

### Personalechronik.

Der Oekonom Danz zu Neustadt an der Dosse ist als Oekonomiekommissarius angestellt, und der erledigte Forstdienst des Heegemeisters Ostwald zu Grünau bei Ebnick dem Revierförster Lauffer zu Cornely-Münster bei Achen, mit Beibehaltung seines bisherigen Prädikats: Förster, übertragen worden.

Todesfälle.

Der hiesige Regierungsrath, Geheimrath v. Werbeck, desgleichen der Hauptrendant der Regierungskasse, Landrentmeister Espeut, und der als Kalkulator beim Kollegium angestellte Forstsekretair Schulze sind gestorben.

### Vermischte Nachrichten.

#### Namensveränderung.

Dem nördlich von der Stadt Potsdam belegenen sogenannten Judenberge ist der Name Pfingstberg beigelegt worden.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

26sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Es ist in dem Dorfe Ottmarschen der Herrschaft Plüneberg der Einwohner Ludwig Johann Philipp Ferdinand Kunstmann, in seinem unverheiratheten Stande, den 17ten April d. J. gestorben, und seine nicht unbedeutende Verlassenschaft unter gerichtliche Verfügung genommen, welches seinen bis jetzt unbekannten Intestaterben hierdurch bekannt gemacht wird.

Ottmarschen, den 23sten April 1817.

Johannes Reber, Vogt daselbst.

Da die Erben des in vorstehender, in Nr. 68. des Hamburger Korrespondenten aufgenommenen Bekanntmachung bezeichneten Erblassers aus der Gegend von Frankfurt an der Oder oder Freienwalde gebürtig sein sollen, so werden letztere von Seiten des unterzeichneten Ministerii auf den Inhalt der gedachten Bekanntmachung noch besonders aufmerksam gemacht.

Berlin, den 8ten Juni 1817.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

v. Jordan.

## Stechbriefe.

Der unten näher bezeichnete, auf weitere Ordre entlassene Kanonier und Schuhmachergeselle Gottfried Günther, hat sich am 13ten d. M. von hier heimlich entfernt, nachdem er sich der Entwendung mehrerer Kleidungsstücke dringend verdächtig gemacht, und ein auf den Schuhmachergesellen Ferdinand Müller lautendes, in Magdeburg unter dem 29sten Mai c. ausgestelltes Wandaerattest mitgenommen, welches er um so mehr zu seinem Fortkommen benutzen dürfte, als er mit dem Müller ziemlich gleiche Größe und Gestalt hat.

Die Ortsobrigkeiten ersuche ich, auf den Günther zu achten, denselben betreffenden Falls zu verhaften, und mit denen bei sich habenden Effekten an mich abliefern zu lassen.

Potsdam, den 16ten Juni 1817.

Königlicher Polizeidirektor hiesiger Residenz. Flesche.

## Signalement.

Alter 28 Jahr, Größe 6 Fuß, Haare dunkelbraun, Stirn bedeckt, Augen braunen dunkelbraun, Augen graublau, Nase ziemlich groß, Mund gewöhnlich, Bart schwarzbraun, Kinn und Gesicht oval, Gesichtsfarbe brünett, Statur unterseht.

Der am 14ten d. M. von Dahme zur Ablieferung im hiesigen Landarmenhaus abgeführte Wagobonde und Wachsstockfabrikant August Tempkin, welcher unten näher beschrieben, im Jahre 1811. bereits hier inhaftet gewesen, eigentlich August Baunack heißt, und am 9ten Dezember 1811 mit seiner Begleiterin Dorothee

No. 16.

No. 17.







zu leisten vermögen, und die Güter nach ihrer Qualität zu befehen fähig sind, ist und vorgeladen, sich in dem

auf den 26sten August, auf den 28sten October und auf den  
30sten December a. c.

auf hiesiger Amtsgerichtsstube anbetrauten Bietungstermine, wovon der Letztere per  
remtorisch ist, einzufinden, ihre Gebote zu thun, und zu gewärtigen, daß dem Meiste  
bietenden mit Konsens der Gläubiger der Zuschlag erteilt werden soll.

Auf Nachgebote wird nicht weiter reflectirt werden, falls nicht besondere Um  
stände ein Anders nothwendig machen, und kann die gerichtliche Taxe der Güter,  
welche dem proclama beigefügt ist, täglich in unserer Registratur und bei dem  
Justizakvarius Metzsch eingesehen werden.

Urkundlich ist vorstehendes proclama subhastationis unter unserm Innsiegel  
und Unterschrift expedirt.

So geschehen Beeskow, den 22sten Mai 1817.

Königl. Preuß. Justizamt.

Stöckverkauf auf der Königl. Stammschäferei zu Frankensfelde.

Am Dienstage den 8ten Juli sollen aus der Königl. Stammschäferei zu Frank  
ensfelde ohngefähr 75 Stück ältere und jüngere Stöckre meistbietend verkauft wer  
den. Es sind dies diejenigen, die für die Regierungsdepartements der Kurmark,  
der Neumark und Vorpommern bestimmt sind; jedoch werden Gebote darauf von  
allen Eingefessenen der Königl. Preuß. Staaten angenommen. Sie sind aus dem  
Racen Moncen, Roubouillet, Murat, Morell, Ralmahon und Chanteloup.

Berlin, den 12ten Juni 1817.

Der Oberaufseher der Königl. Stammschäfereien.

E b ä r.

Bei dem allgemein gefühlten Werth einer, auf die Bedürfnisse der administ  
rativen Staatsbedienten berechneten Zeitschrift, hat des Herrn Fürsten Staatskancellers  
Durchlaucht mich autorisirt:

### A n n a l e n

der Preussischen innern Staatsverwaltung  
herauszugeben. Die innere Einrichtung wird die, welche den, von mir redigirten  
Jahrbüchern der Gesetzgebung zu Grunde liegt, und die innere Staatsver  
waltung der Preussischen Monarchie, mit Ausschluß der Justiz und der rein mili  
tairischen Angelegenheiten, die öffentliche Verwaltung anderer Staaten, und die Be  
förderung der wissenschaftlichen Kultur der Staatsverwaltung, Gegenstände dieser,  
mehr für den praktischen Geschäftsmann, als den Gelehrten von Fach bestimmten  
Annalen sein.

Sie werden daher in folgende drei Hauptabtheilungen zerfallen:

#### I. Gesetzgebung und zwar

##### A. einheimische, welche enthalten wird:

- 1) die, von des Herrn Staatskancellers Durchlaucht und den verschiedenen Mi  
nisterien erlassenen Circulare und andere allgemeine administrative Vor  
schriften;
- 2) die,







# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 27. —

Den 4ten Juli 1817.

### Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 10te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

- No. 423. Die Durchmarsch- und Etappenkonvention, gegenseitig abgeschlossen zwischen Preussen und Kurhessen. Vom 9ten Mai 1817.; ratifizirt am 16ten desselben Monats und Jahres.
- No. 424. Die Erklärung wegen Ausdehnung der zwischen der Königlich-Preussischen und Gr. Herzoglich-Mecklenburg-Strellischen Regierung bestehenden Freizügigkeit, Uebereinkunft auf sämmtliche gegenseitige Lande. Vom 17ten Mai 1817.
- No. 425. Berichtigung eines Druckfehlers, in Beziehung auf die Verordnung vom 31sten Januar d. J., betreffend das rechtliche Verhältniß der vor- maligen Kontribulanten zu ihren Stellvertretern in den Rheinprovinzen. Vom 29sten Mai 1817.
- No. 426. Die Verordnung wegen Zurückgabe der diesseits deponirten Nachsteuer- beträge an die Interessenten in den Königl. Baderschen Landen. Vom 3ten Juni 1817.
- No. 427. Generalpardon für diejenigen Preussischen Unterthanen, welche aus den mit der Monarchie theils wiederum vereinigten, theils neu erworbenen Provinzen ausgetreten sind. Vom 20sten Juni 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach dem, auf den Grund der Kabinettsordre vom 12 Juni 1816 nunmehr hõ- hern Orts festgesetzten Forstorganisationsplan für das Potsdamsche Regierungsde- partement, sind die sämmtlichen Forsten desselben in nachfolgende zwölf Forstinspekto- ren eingetheilt. Jede derselben besteht nach der Lokallität aus mehreren Revierförste- reien, und sind die diesen Forstinspektionen und Forstrevierverwaltungen vorgesezten Forstbediente gleichfalls nachstehend ernannt.

No. 172.  
Neue Forst-  
organisation.

L. Für











diesen Sammlungen zugleich die etwaigen Ansprüche der Kreisassen mit Bezeichnung der letzten, in der Sache ergangenen Verfügungen anmelden, und wird hierdurch die Bestimmung in der Rezularverfügung vom 12ten d. M. (Nr. 3235. April) in Gemäßheit anderweitiger in der Sache ergangenen höhern Bestimmungen erläutert. Potsdam, den 26sten Juni 1817.

No. 175.  
Öffentliche  
Danksa-  
gen.  
I. p. 2330.  
April.

Die Kabinettsordre vom 24sten Mai 1811, welche verbletet, öffentliche Dank-  
sagungen der Truppen und Einwohner bei Garnisonsveränderungen über ihr gegen-  
seitiges gutes Vernehmen, in die Zeitungen oder andere öffentliche Blätter einzur-  
ücken, wird sämmtlichen Polizeibehörden hierdurch in Erinnerung gebracht, um  
auf deren Befolgung zu halten.  
Potsdam, den 7ten Juni 1817.

No. 176.  
Schuttdienste  
der Einlieger  
und Miether  
auf dem plati-  
ren Lande.  
I. p. 1594.  
Juni.

Mehrere Anfragen ergeben, daß darüber noch Zweifel obwalten,  
in wie fern die früher an mehreren Orten observanzmäßig bestandenen  
Dienste der Einlieger und Mietherleute auf dem platten Lande von der Guts-  
herrschaft noch gefordert werden können.  
Die im Amtsblatte vom Jahre 1811 pag. 77. wiederholt zur öffentlichen  
Kenntniß gebrachte Königl. Verordnung vom 24sten Oktober 1810 erläutert die  
Vorschriften des Edikts vom 9ten Oktober 1807, rücksichtlich der bei der Aufhebung  
der Erbunterthänigkeit wegfallenden oder forsdauernden gutsherrlichen Rechte, und  
verweist daher ausdrücklich auf das für Schlesien ergangene Publikandum vom  
8ten April 1809 (v. Kamphs Jahrbücher für die Preussische Gesetzgebung Band III.  
pag. 199.) wonach  
das Recht, von den sogenannten Schutzhanserthanen, außer dem, als Bei-  
hülfe zu den Lasten der Gerichtsbarkelt zu zahlenden, observanzmäßigen  
Schutzgelde, noch besondere Schuttdienste zu fordern, oder zu verlangen,  
daß dieselben der Gutsheerrschaft vorzugsmäßig dienen,  
ausdrücklich als ein Ausfluß der persönlichen Erbunterthänigkeit, und als gänzlich  
aufhörend bezeichnet wird.  
Diese Vorschriften sind daher von den betreffenden Behörden gehörig zu beach-  
ten, wie denn solche auch in den Domalnengütern bereits nach der Bekanntmachung  
vom 19ten Februar, c. (diesjähriges Amtsblatt pag. 98) zur Anwendung gekom-  
men sind. Potsdam, den 12ten Juni 1817.

No. 177.  
Portofreiheit  
der Kollektoren-  
gelder.  
I. p. 2502.  
Mai.

Nachstehende Allerhöchste Kabinettsordre:  
Ich habe auf Ihren Antrag vom 29sten v. M. den von den Provinzial-  
behörden für Kirchen und Schulen oder zu andern milden Zwecken auszu-  
schrel.







Gedachte Räte, insgleichen die bei den Generalkommissariaten angestellten Oberkommissarien und rechtsverständigen Beisitzer sollen auch, nach vorgängiger Prüfung von der Ober-Examinationskommission, bei Besetzung der Rathsstellen in den Regierungen berücksichtigt, und die erstern in vorkommenden Fällen vorzugsweise als Landräthe angestellt werden.

Potsdam, den 17ten Juni 1817.

No. 179. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß die auf dem Lande entstehenden Feuerbrünste oft dadurch verbreitet werden, daß die Räume zwischen den Gebäuden mit Schuppen und Schweinebuckten oder auch mit Brennholz besetzt sind, so werden die Landräthe hierdurch angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß diese Gegenstände so viel als irgend möglich aufs schnellste entfernt und hinter die Höfe gebracht werden um die ehemaligen Zwischenräume wieder herzustellen, und den Dorfstraßen die ursprüngliche Breite derselben wieder zu verschaffen.

Herstellung der Räume zwischen Gebäuden auf dem Lande.  
I. p. 1181.  
Mai.

Die Obrigkeiten werden zu ihrem eigenen Besten diese heilsame Maaßregel möglichst unterstützen.

Potsdam, den 18ten Juni 1817.

No. 180. Da das kgl. Postamt den Debit des Amtsblatts besorgt; so haben sich diejenigen, welche solches zu erhalten wünschen, dieserhalb sowohl, als wegen etwa fehlender einzelner Stücke an gedachtes Postamt, und nicht, wie oftmals geschieht, an uns zu wenden.

Amtsblatts-Debit.  
I. p. 2176.  
Juni.

Potsdam, den 19ten Juni 1817.

No. 181. Da nach mehrfachen Klagen die Wanderungen der, größtentheils ausländischen, sogenannten Freiknechte wegen der gewöhnlich noch in ihrer Begleitung befindlichen Personen, nicht allein für die Scharfrichterellen sehr lästig, sondern auch der öffentlichen Sicherheit nachtheilig sind, so wird

Wandern der Freiknechte.  
I. p. 21830.  
Juni.

- 1) den Grenzpolizeibehörden hiermit aufgegeben: diejenigen ausländischen Freiknechte, aus deren Pässe sich ergibt, daß sie das Wandern nur als Gelegenheit zum Herumziehen gebrauchen, gar nicht über die Gränze zu lassen, und auf jeden Fall die Familien solcher Freiknechte, die nicht nachweisen, daß sie bereits ein fixes Unterkommen im Lande haben, zurückzuweisen, auch haben
- 2) die Polizeibehörden bei Ausstellung der Wanderpässe für die inländischen Freiknechte diese nur für ihre Person, nicht aber zugleich für deren Familien auszustellen.

Potsdam, den 20sten Juni 1817.

No. 182. Mit Bezug auf Nr. 336. des Amtsblatts vom Jahre 1813 wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Reetablissemenspläne von dem Landrathe unter Zustimmung der Interessenten und der Ortsobrigkeit entworfen, und nebst der Erklärung der Interessenten über den Plan, von dem Landrathe eingereicht werden müssen.

Anweisung von Baustellen.  
I. p. 2614.  
Juni.

Da über jede neue Baustelle auf dem platten Lande zur Genehmigung berichtet werden muß, so versteht sich von selbst, daß die Ortsobrigkeiten auch in dem

jes







- 4) daß die polizeilichen Vorschriften, die beim gefallenen Blech in Rücksicht auf Verhütung von Seuchen oder in Hinsicht der öffentlichen Reinlichkeit angeordnet, und den Abdeckern vorgeschrieben sind, auch in der Regel von den Einwohnern zu befolgen sind, die gefallenes Blech nicht von Abdeckern abledern lassen.

Potsdam, den 26sten Juni 1817

**No. 184.** Da in Gemäßheit einer Ministerialbestimmung vom 6ten dieses der Wollausfuhrimpost von 4 Gr. pro Stein, soweit es die Theilbarkeit der Goldmünzen gestattet, ganz in Golde erhoben werden soll; so wird solches dem Publikum und den uns untergeordneten Abgabenbehörden hierdurch zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht. **Potsdam, den 24sten Juni 1817.**

**No. 185** Nach einer Bestimmung des Herrn Finanzministers vom 16ten v. M. soll auf allen Punkten, wo ein Eingang von der Elbe Statt findet, von den nach der Kurmark gehenden Gütern der Eingangs Zoll nach dem Tarif vom 21sten Juni 1816. erhoben, auch von den Elbzollämtern in Lenzen und Wittzenberge dieser Eingangs Zoll von jetzt an von den daselbst zur Ausladung kommenden Gütern, als Vorzoll für Havelberg eingefordert werden, welches hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. **Potsdam, den 27sten Juni 1817.**

**Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Kammergerichts.**

**No. 30.** Sämmtliche Untergerichte im Departement des Kammergerichts werden hierdurch aufgefordert, die Druckkosten des 6ten Verzeichnisses der für die Zeit vom 1sten Januar bis zum letzten Februar d. J. bei ihnen erlassenen Ediktaljudikationen an die Kammergerichts-Salarienkasse zu zahlen. Die Namen der einzelnen Sachen, in welchen die Kosten entstanden sind, werden die Untergerichte durch Extrakte aus obigem Verzeichnisse ersehen, welche ihnen von der Kammergerichts-Salarienkasse zugefertigt werden sollen. **Berlin, den 27sten Mai 1817.**

**No. 31.** Das Land- und Stadtgericht zu Belgig ist nunmehr in Wirksamkeit getreten, und sind dabei folgende Offizianten angestellt worden:

- 1) als Land- und Stadtgerichtsdirektor der bisherige Justizamtmann August Carl Ludwig Gurbler,
- 2) als erster Assessor der bisherige Kammergerichts-Referendarus Johann Gabriel Richter,
- 3) als zweiter Assessor der Amts Rath und bisherige Advokat Johann Gottlob Geruß,
- 4) als erster Aktuar der Johann Christian Gottfried Frenkel,
- 5) als zweiter Aktuar und Ingrossator der bisherige Stadtschreiber zu Brück, Johann August Schulz,
- 6) als dritter Aktuar der Christian Heinrich Kirchner,

7) als



- 7) als Depositär und Salarkassen-Rendant der Johann Andreas Wiese,
  - 8) als Registraturassistent der Karl Gottlob Winkler,
  - 9) als erster Kanzellist der Christoph Friedrich Erdmer,
  - 10) als zweiter Kanzellist der Karl Friedrich Henrich, und
  - 11) als dritter Kanzellist der bisherige Kammergerichts-Kanzelassistent Wilhelm Wesenberg.
- Berlin, den 27sten Mai 1817.

Nach der in den Rheinprovinzen noch bestehenden französischen Gerichts- und No. 32.  
Justizverfassung werden Urtheile und Mandate der Gerichte mit der exekutivischen Ausfertigung  
Klausel versehen ausgefertigt, und auf Anrufen der Partheien durch die Gerichte- und Ausbän-  
dekutoren (huissiers) ohne Konkurrenz des Gerichts zur Vollziehung gebracht. digung der  
Erkenntnisse  
gegen Ein-  
wohner der  
Rheinprovin-  
zen.

In Gemäßheit dieser Verfassung sind in den Fällen, in welchen bei den Gerich-  
ten in den altpreussischen Provinzen gegen einen Einwohner in den Rheinprovinzen  
etwas rechtskräftig erstritten ist, Ausfertigungen der Erkenntnisse ohne Gründe, Rheinprovin-  
zen.  
unter dem Insignel und der Unterschrift des Gerichts, und unter Beifügung einer  
Klausel, welche das Urtheil für rechtskräftig und vollstreckbar erklärt, zu veranlassen,  
und der obliegenden Partheil auszuhändigen. Dies wird sämmtlichen Untergerich-  
ten im Departement des Kammergerichts zur Richtschnur eröffnet.

Berlin, den 19ten Juni 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

Die Segnungen, welche Gottes Vorsehung den Völkern durch die Kirchenrefor- No. 11.  
mation zugewandt hat, sind so groß und wichtig, daß es für heilige Pflicht erkannt  
werden muß, den in diesem Jahre eintretenden Sekulartag des ersten Anfangs die-  
ses im frommen Gottvertrauen begonnenen und durch den göttlichen Beistand herr-  
lich gelungenen Werks eben so, wie solches vor Zweihundert und vor hundert Jah-  
ren geschehen ist, als ein hohes Fest der evangelischen Kirche mit Dank und Lob-  
preisung Gottes feierlich zu begen.

In Erwägung dessen hat des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Kabinetts-  
ordre vom 7ten Februar d. J. die gottesdienstliche Feier des dritten Reformations-  
Jubiläums in den Kirchen und Gemälden beider evangelischen Konfessionen der  
Monarchie anzuordnen geruhet, und soll solche in allen Provinzen des Staats ohne  
Unterschied völlig gleichmäßig statt haben. Ueber die Art dieser Feier ist von Seiner  
Majestät folgendes festgesetzt worden:

- 1) das Fest soll am Vorabend, Donnerstags den 30sten Oktober d. J., bei Sonnenuntergang mit allen Glocken eingeläutet werden;
- 2) der Haupttag des Festes, Freitag der 31ste Oktober c., soll Vor- und Nach-  
mittags gottesdienstlich gefeiert, der Gottesdienst nach einer besonders vorge-  
schriebenen Liturgie gehalten, und dabei ein besonders vorgeschriebenes Gebet ge-  
sprochen werden. Jedem Prediger ist unter sechs bezeichneten Bibeltexten die

Wahl



- Wahl überlassen, welcher er bei seinem Kanzelvortrag zum Grunde legen will;
- 3) am zweiten Tage der Feler, Sonnabends den 1ten November, soll wiederum Vormittags in allen evangelischen Kirchen Gottesdienst sein, zu welchem die Schuljugend des Orts oder der Pfarochie in feierlicher Prozeßion in die Kirche zu führen, und, in Bezug auf den Gegenstand des Festes, eine Schulpredigt zu halten ist, um dadurch dem aufblühenden Geschlechte Anlaß und Stoff zu erwecklichen Erinnerungen für das ganze Leben zu geben;
- 4) die Anordnung der zu veranstaltenden akademischen und Schulfestlichkeiten bleibt den Universitäten und Gymnasien selbst überlassen.

Indem wir nun hiermit die Anordnung des gedachten wichtigen Festes zur allgemeinen Kenntniß bringen, fordern wir zugleich alle Ortsobrigkeiten und Patrone auf, zu demjenigen, was ihrer Seits zur würdigen Feler des Festes geschehen kann, willig und bereit die Hand zu bletzen. Berlin, den 7ten Junius 1817.

### Personalehronik.

Der vormalige Generalsekretair v. Tenspolde aus Münster ist als Affessor beim hiesigen Regierungskollegium angestellt worden.

Der Supernumerarius Bode l. ist zum Aktschauffeher in Preßherbe, der invalide Feldwebel Wilharm zum Thorschreiber und Mühlen-Waagemeister in Lenzen, und der Invalide Nestler zum Thorbisitor in Potsdam bestellt worden.

### Vermischte Nachrichten.

Die Gemeinde zu Wilmersdorf bei Preßwolk hat um den dortigen Kirchhof eine regelmäßige und schöne Mauer von Feldsteinen, 44 Ruthen lang 4½ Fuß hoch ziehen, und die Eingänge mit Spalten versehen lassen. Desgleichen haben die einzelnen Mitglieder dieser Gemeinde, seit dem Wiederaufbau des im Jahre 1811. abgebrannten Dorfes zusammen 664 Ruthen 4 Fuß hohe Mauern von Feldsteinen errichtet. Dieses Unternehmen gereicht dem Schulzen Kaping daselbst, der sich auch sonst durch Ordnungsliebe ausgezeichnet, so wie der Gemeinde um somehr zum Lobe, als dasselbe aus völlig freiem Antriebe vollführt wurde, und die wenigen Mitglieder der Gemeinde durch wiederholte Feuersbrünste bedeutend gelitten haben.

Druckfehler. Im 26sten Stück des Amtsblatts pag. 213. Zeile 8 und 9. von oben muß gelesen werden: „Sollten die Ueberschüsse pro Juli und folgende Monate nicht am 25ten jeden Monats abgeschickt werden;“ statt „Sollten die Ueberschüsse pro Juli und folgende Monate abgeschickt werden (nicht am 25ten jeden Monats.)“

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

27sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Da die dem verabschiedeten Soldaten Andreas Zülch unterm 2ten und 11ten Oktober 1815. ertheilte und hernach angeblich verloren gegangene General-Konzession zum Hausirhandel mit Pseppfen, Parffern und Strickgarn nicht wieder zum Vorschein gekommen, und nunmehr dem Zülch eine neue Hausirkonzession ertheilt worden ist: so wird die verloren gegangene hierdurch für ungültig erklärt.

Den 14ten Juni 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

## V a g a b o n d e n.

Die nachstehend näher bezeichneten Vagabonden, Balthasar König, ein Webergesell, aus Wattenwist in der Schwelt gebürtig, die unverheirathete Johanne Christiane Blümlein, aus Altenburg, und der Schneidergesell Johann Friedrich Frese, aus Neuenkirchen im Mecklenburgschen, sind wegen Bettelrei angehalten und über die Grenze geschafft worden.

## P e r s o n a l b e s c h r e i b u n g.

1. Der ic. König ist 28 Jahr alt, 6 Fuß groß, hat braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, mittlere Nase und Mund, braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist mittlerer Statur, und hat keine besondere Abzeichen.

2. Die Blümlein ist 22 Jahr alt, unter 5 Fuß groß, hat schwarzbraune Haare, runde Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, grade Nase, gewöhnlichen Mund, rundes Kinn und Gesichtsfarbe, und keine besondere Zeichen.

3. Der Frese ist 27 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, hat blondes Haar, runde Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, spitze Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, spitzes Kinn, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist von mittlerer Statur, und hat keine besondere Abzeichen. Den 10ten Juni 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

Die vormaligen Trainsoldaten von der Paraskolonne Nummer 14, Ludwig Elebert und Friedrich Böhl, aus Knyß, deren Aufenthalt bis jetzt nicht auszuforschen gewesen, werden hierdurch aufgefordert, die für sie bestimmte Medaille für Nichtkombattanten bei dem Herrn Landrath v. Kröcher zu Köhne bei Knyß in der Preignitz in Empfang zu nehmen. Den 16ten Juni 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.



Die Armen, Ludwig Köppen, Johann Peter, und Johann Gottfried Sandler, eigentlich Kien dt, welche unten näher beschrieben sind, haben Gelegenheit gefunden, heute Mittag aus hiesiger Anstalt heimlich zu entweichen.

Sämmtliche resp. Civil- und Militärbehörden werden hiermit Dienstergebenst ersucht, auf diese Flüchtlinge genau aufzupassen, solche im Betretungsfalle anzuhalten und gegen Erstattung der Kosten an uns abliefern zu lassen.

Brandenburg, den 23ten Juni 1817.

Königliche Inspektion des Landarmen- und Invalidenhauses.

### S i g n a l e m e n t.

Ludwig Köppen, ein ehemaliger Soldat, aus Wilsnack gehörig, ist 24 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, robuster Statur, hat blondes Haar, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, gerade Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, und eine Hiebnahe am rechten Unterarm.

Johann Peter, ein Matrose, angeblich aus Hamburg gebürtig, ist 29 Jahr alt, 5 Fuß 2½ Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, gerade Nase, kleinen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht, blasser Gesichtsfarbe, und ist schwächerer Konstitution.

Johann Gottfried Sandler, eigentlich Kien dt, aus Leipzig gebürtig, ein Korbmacher, ist 22 Jahr alt, 5 Fuß 5½ Zoll groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, braune Augen, gewöhnliche Nase und Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist von robuster Statur und großer Haltung.

Sämmtliche Flüchtlinge waren bei ihrer Entweichung ohne Kopfbedeckung und gleichmäßig mit einer grauen Tuchjacke, 1 Paar grauleinernen Hosen, 1 Paar wollenen Strümpfen, 1 Paar Pantoffeln und einem Hemde bekleidet.

Dem Bauer Daniel Zander zu Gantzkow ist in der Nacht vom 3ten bis 4ten d. M. aus der dortigen Nachtweide eine schwarze Stute, 4 Fuß 10 Zoll hoch, 8 Jahr alt und mit einem Stern vor dem Kopfe, ohne andere weitere Abzeichen, entwendet worden.

Wir ersuchen jeden, der den Thäter anzeigen oder Nachricht geben kann, wo dies gestohlene Pferd ist, uns hiervon in Kenntniß zu setzen.

Wusterhausen a. d. Dosse, den 8ten Juni 18 7.

v. Mosen'schen Gerichte zu Gantzkow.

Kleynene Rundhölzer, wobel viele zu Mühlenwellen, Ruten und dergleichen tauglich, □ Balken, Bohlen, Bretter und Latten von verschiedenen Stärken, und in Längen von 12 bis 24 Fuß (über 24 und bis 40 Fuß lang auf besondere Bestellung) sind in bedeutenden Quantitäten, birchene, eiserne 3 zöllige, eichene und forsbüchene 4 zöllige Bohlen aber nur in kleinern Partien, jeder Zeit zu haben auf dem Königl. Schneidemühlen-Etablissement bei Küstrin.

L o r n o w.



## Pestalozzische Schriften.

Im 60sten Stück der Hamburger Zeitung kündigt der ehrwürdige Pestalozzi zu Iffern in der Schweiz eine neue Ausgabe seiner sämmtlichen Werke auf Subskription an. Diese wird in drei Lieferungen erscheinen. — Die erste Lieferung wird folgende Schriften enthalten: 1) Lienhard und Gertrud, ein Volksbuch. 2) Christoph und Else, ein Anhang zu dem vorhergenannten. — Die zweite Lieferung folgende: 1) Fabel. 2) Meine Nachforschungen über den Gang der Natur in der Entwicklung des menschlichen Geschlechts. 3) Ueber Gesetzgebung und Kindermord. 4) An den Ernst, die Unschuld und den Edelmut meines Zeitalters. 5) Auszüge aus dem schweizerischen Wochenblatte und andere Aufsätze aus den letzten zwei Jahrzehenden des vorigen Jahrhunderts. — Die dritte Lieferung folgende: 1) Fortsetzung der eben erwähnten Aufsätze aus dem jetzigen Jahrhundert. 2) Wie Gertrud ihre Kinder lehrt. 3) Ansichten über Armenbildung und Armenversorgung. 4) Meine neue Ansichten über Erziehung und das Eigene meiner vorgeschlagenen Erziehungswelse. 5) Gedrängte und bestimmte Darlegung der Erziehungs- und Unterrichtsmittel, welche sich in meiner Anstalt als gut und ausführbar bewährt haben. —

Die Subskription bleibt bis zu Ende Oktober d. J. offen. Die sämmtlichen Werke werden etwa 12 bis 13 Bände betragen, jeder Band zu ungefähr 25 Bogen. Der Subskriptionspreis für jeder Band ist Ein Thaler sächsisch. Späterhin wird der Preis um wenigstens ein Viertel höher gesetzt werden. Wer auf 20 oder mehrere Exemplare eines einzelnen Buchs oder Bandes für Schulen subskribirt, erhält den Band für 18 Gr. Späterhin werden weder einzelne Bände noch einzelne Lieferungen ausgegeben.

Für Landschullehrer dürfte sich vorzüglich das Werk: Lienhard und Gertrud, eignen. Diejenigen, welche auf sämmtliche Werke oder auf ein einzelnes Werk subskribiren wollen, können sich in frankirten Briefen an den Unterzeichneten wenden, der sich ein Vergnügen daraus macht, ihre Bestellungen zu besorgen und dadurch zur Verbreitung der Schriften des würdigen Pestalozzi, so wie zur Erreichung seiner edlen Absicht, eine Armenschule in seinem Geiste und nach seinen Ansichten zu gründen, mitzuwirken. Potsdam, den 14ten Juni 1817.

W. v. Türk, Reglerungs- und Schulrath.

## A n k ü n d i g u n g

die Allgemeine Ediktensammlung betreffend.

Auf hohen Befehl mache ich hierdurch bekannt, daß die in den Jahren 1751 bis 1806 unter dem Titel:

Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium  
erschienene Ediktensammlung nebst dazu gehörigem Repertorium im Preise herab  
gesetzt sind. Es wird daher denen, die binnen Jahresfrist sich in frankirten Briefen  
direkte an mich wenden, ein komplettes Exemplar, welches bloß 79 Thlr. 18 Gr.  
kostete, für 33 Thlr. 13 Gr. 8 Pf. überlassen werden. Die einzelnen Jahrgänge  
von



von 1751 bis 1786 werden, soweit dies der Vorrath erlaubt, für  $\frac{1}{2}$ , die von 1787 bis 1806 aber für  $\frac{1}{3}$  der unten angeführten Preise abgelassen.

Auch sind noch komplette Exemplare des

Corpus Const. March.

oder sogenannten alten Mylius, welcher in 6 Bänden und 4 Kontinuationen alle alte Verordnungen etc. bis zum Jahre 1750 enthält, bei mir für die herabgesetzten Preise von 15 Thaler zu haben.

Berlin, den 18ten Juni 1817.

S i n t,

Sakror der Königl. Akademie der Wissenschaften.

Bisherige Preise der einzelnen Jahrgänge der Einkommenssammlungen.

1751 — 1764 jeder Jahrg.	—	181. 12gr.,	1786				—	12
1765	1	16	1787				3	—
1766	1	4	1788				1	16
1767 u. 1768 a	—	20	1789				1	8
1769	1	20	1790				1	4
1770	1	22	1791				1	16
1771	—	18	1792				1	12
1772	1	12	1793				1	20
1773	4	16	1794				1	16
1774	1	20	1795				1	4
1775	1	8	1796				2	12
1776	—	16	1797				1	16
1777	1	12	1798				2	—
1778	—	12	1799 u. 1800 a				1	16
1779	—	18	Repertorium de annis 1751					
1780	1	18	bis 1800				4	—
1781	1	8	1801				2	—
1782	2	8	1802				2	4
1783	1	12	1803				2	16
1784	—	12	1804				2	14
1785	—	20	1805 u. 1806 a				2	—

### B e k a n n t m a c h u n g.

Es ist mir von der höchsten Staatsbehörde ein Patent über das ausschließliche Recht nach der mir eigenthümlichen Methode, Masken aus Leder zu fertigen und zu lackiren, auf Fünf Jahre, vom 20sten Mai d. J. an, und für den ganzen östlichen Theil der Monarchie gültig, erteilt worden. — Die Beschreibung meines Verfahrens und Proben dieses Fabrikats sind zu den Akten des hohen Finanzministeriums niedergelegt. — Ich mache dieses hierdurch vorschriftsmäßig bekannt.

Berlin, den 3ten Juni 1817.

Joh. Bapt. Dotti,

Lederlackir-Fabrikant, Mohrenstraße Nr. 34.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 28. —

Den 1ten Julius 1817.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 11te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

No. 428. Die Erklärung wegen gegenseitiger Aufhebung des Abschoßes und Abfahrts-  
geldes zwischen der Königlich-Preussischen und der Königlich-Niederländi-  
schen Regierung. Vom 3ten Junius 1817.

No. 429. Das allgemeine Pafseidikt für die Preussische Monarchie. Vom 22sten Ju-  
nius 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Das Königl. Ministerium des Innern, hat zur Wiederherstellung der Pfarr- No. 186:  
und Schulgebäude in Rathstod bei Custrin, da die Paredianen wegen der erlittenen Haas- und  
harten Kriegsdrangsale, solche aus eigenen Mitteln zu bewirken außer Stande sind, Kirchenbau-  
eine allgemeine evangelische Haus- und Kirchenkollekte bewilligt. te für Rath-  
stod.

Mit Bezug auf die, Seite 172., 173., 246. und 247. des vorjährigen Amts- I. c. 1353.  
blatts befindlichen Verfügungen vom 20sten April und 9ten Julius v. J., werden die Julius.  
landrätlichen Behörden und Magisträte unsers Regierungsbezirks daher aufgefordert,  
die Hauskollekte, die Superintendenten und Prediger hingegen, die Kirchenkollekte zu  
veranlassen, und den Ertrag an die hiesige Insituten- und Kommunalkasse mittelst  
vollständigen Lieferzettels, unter der Rubrik: „herreschaftliche Brand-Kollektengelder“,  
einzusenden. Potsdam, den 30sten Junius 1817.

Nachstehende höhern Orts mitgetheilte Anweisung derjenigen Sätze, nach welchen No. 187.  
die, im Regulariv vom 28sten Februar v. J. nicht ausdrücklich genannten Beamten Diäten und  
der Finanzbehörden, die Diäten und Reisekostensätze zu empfangen haben, wird hier Reisekosten-  
durch zu deren Kenntniß gebracht. Potsdam, den 30sten Junius 1817. sätze Ednigl.  
Dissilanten.

11 1

11 1. 2. 2144.  
Mat.







Sind nach dem Regulaſſo  
vom 28ſten Februar 1816  
gleich geſtellt:

Anmerkungen.

den Polizeiinſpektoren.

den Regierungsräthen.  
den Bauinſpektoren.

dem Kreiſſekretair.

den Regierungskanzliſten

den Regierungskanzliſten  
den Kanzleidienern.

den Bauinſpektoren  
den Regierungskanzliſten



**Dieselben erhalten eine Vergütung**

**Bezeichnung der Beamten.**

an Diensten täglich	auf Extra- post- pferde	an Wagen- merbe täglich	an Post- Sta- tions- geld auf Meilen	an Trink- geldern pro Meile
rthr. gr.	Anzahl	rthr. gr.	rthr. gr.	rthr. gr.

11	Vote, bei der Münzdirection, Lotterie, Seehandlung, Bank, Bureau, Amt-, Forst- und Postamtskanzlei Hierher gehören auch alle Ritz- und Landreuter, Kanzlei- und Kassendiener, Kreisdragooner &c.																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																														
----	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--



Sind nach dem Regulativ  
vom 28ten Februar 1816  
gleich gestellt:

Anmerkungen.

den Kanzleidienern und Boten, bei den Regie-  
rungen . . . . .

den Regierungskanzlisten . . . . .

den Regierungskanzlisten . . . . .

dem Regier. Buchhalter; die Reisekosten wie  
die Bureauadjunkten bei der Regierung.  
den Polizeinspektoren . . . . .

den Regierungskanzlisten . . . . .

wie ad 14.  
den Regierungskanzlisten . . . . .

den Dirig. eines Subalt. Bureau im Min.  
den Bauinspektoren . . . . .

den Bauinspektoren . . . . .

den Regierungskanzlisten . . . . .

den Kreisfiskulatoren und Regierungskalku-  
latur-Assistenten.







<p>Ende nach dem Regulativ vom 28ten Februar 1816 gleichgestellt:</p>	<p>bestimmte Anmerkungen</p>
<p>den Regierungskanzlisten den Regierungsboten den Regierungsbirektoren den Dirigenten eines Subalternenbureauß der Ministerien den Regierungsräthen den Dirigenten der Subalternenbureauß den Regierungskanzlisten den Bauinspektoren den Dirig. eines Subalt. Bur. d. d. Regier. den Regierungsfreudarien den Polizeiinspektoren den Regierungskanzlisten wie ad 14. den Assistenten der Regier. Expedienten.</p>	







Sind nach dem Regulativ  
vom 28sten Februar 1816  
gleich gestellt:

Anmerkungen.

den Regierungs-Kalkulaturassistenten.

Deßgleichen.

den Baupinspektoren.

den Regierungsboten.

den Baupinspektoren.

den Richterämtern und Assessoren.

den Regierungskanzlisten.

den Regierungsboten.

den Baupinspektoren

den Regierungskanzlisten

= " = " Boten

den Regierungskanzlisten

den Regierungsboten

den Regierungskanzlisten

den Regierungsboten

den Kreissekretarien

den Regierungskanzlisten

den Domainenbeamten.

den Regierungskanzlisten

= " = " Boten.

den Kreis-Steuerämtern

den Baupinspektoren







Sind nach dem Regulaſio  
vom 28ſten Februar 1816  
gleich geſtellt:

Anmerkungen

den Dirigenten eines Subalt. Bureau.

den Bauiſpектoren

den Kreiſſecretarien

den Polizeiſpектoren

den Regierungskanzliſten

den Domainenbeamten.

den Regierungskanzliſten

den Domainenbeamten







Sind nach dem Regulative  
vom 28ten Februar 1816  
gleich gestellt:

Anmerkungen:

den Regierungskanzlisten

wie ad 14.

den Kreissekretären

den Regierungskanzlisten

den Bauinspektoren

den Regierungskanzlisten

den Bauinspektoren

den Ministerialrathen

den Dirigenten eines Sudalterren Bureau des  
Ministerii.

den Bauinspektoren

den Regierungskanzlisten



Bezeichnung der Beamten.		Dieselben erhalten eine Vergütung									
		an Diäten täglich	auf Extra- post- pferde	an Wagen- miethe täglich	an Post- Sta- tion- geld auf 2 Meilen	an Trink- geldern pro Meile					
No.		rflr. gr.	Anzahl	rflr. gr.	rflr. gr.	rflr. gr.					
59	Münzmeister, . . . . .	2	—	3	—	12	—	6	—	4	
60	" Stammarbeiter . . . . .	—	12	Reisegelder mit der ord. Post oder Weisengeb. bei Fußreisen . . . . .							
61	" Barbein, . . . . .	1	12	2	—	8	—	4	—	4	
	General- . . . . .	2	—	3	—	12	—	6	—	4	
62	Oberbrenner, } bei der Porzellanmanufaktur	1	—	Reisegelder mit der ord. Post . . . . .							
63	" Dreher, }	3	—	3	—	12	—	6	—	4	
64	" Forstmeister, . . . . .										
65	Registrator, bei der Bank, Lotterie, General-Münz- und General-Schneidungs-Direktion " " Salz: " " Porzellanmanufaktur . . . . . " dem Schiffahrtswesen . . . . . " den Salz-Expeditionsmagazinen . . . . . " Berg-, Hütten- und Salzämtern	1	8	2	—	8	—	4	—	4	
66	Rendant, des Schiffahrtskomtoir zu Berl.: Deposital- und Sportel- der Porzellanmanufaktur. " Berg-, Hütten- und Salzämter " General-Staats-, Hof- und Zivil-Aus- gabenkasse " Bank, Schneidung, Lotterie, Gene- ral-Salzdirektion und der Haupt- münze . . . . .	1	—	Reisegelder mit der ord. Post . . . . .							
		1	12	2	—	8	—	4	—	4	
		1	—	Reisegelder mit der ord. Post . . . . .							
		3	—	3	—	12	—	6	—	4	
		2	—	3	—	12	—	6	—	4	
		1	12	2	—	8	—	4	—	4	
67	Rentmeister, . . . . .										
68	Revisor, Berg-, Hütten- oder Salzamt- . . . . .	1	—	Reisegelder mit der ord. Post . . . . .							
69	Salzknacht, }	—	12	Dergl. oder Weisengeld. bei Fußreisen . . . . .							
70	" wärter, }	—	16	Reisegelder mit der ord. Post . . . . .							
71	Schichtmeister . . . . .	—	12	Dergl. oder Weisengelder . . . . .							
72	Schmelzer . . . . .	—	16	Reisegelder mit der ord. Post . . . . .							
	Ober- . . . . .	—	12	Dergl. oder Weisengelder . . . . .							
73	Schlackenmeister . . . . .										



Sind nach dem Regulativ  
vom 28sten Februar 1816  
gleich gestellt:

Unerkungen

den Regierungsräthen.

den Regierungsboten.

den Bauinspektoren.

den Regierungsräthen.

den Regierungs-Kalkulaturassistenten.

wie ad 14.

den Regierungs-Kalkulaturassistenten.

den Dirigenten eines Subalternbüreau.

den Regierungs-Kalkulaturassistenten.

wie ad 64.

den Regierungsräthen.

den Dirigenten eines Subalternbüreau.

den Regierungs-Kalkulaturassistenten.

den Regierungsboten.

den Regierungskanzlisten.

den Regierungsboten.

den Regierungskanzlisten.

den Regierungsboten.







Sind nach dem Regulativ  
vom 28ten Februar 1816  
gleich gestellt:

**A n m e r k u n g e n .**

den Regierungs-Kanzlisten 8 :

den Regierungs-Boten :

den Kreis-Kalkulatoren 30 :

den Regierungs-Boten.  
den Regierungs-Kanzlisten.

Desgleichen . . . :

den Regierungs-Boten . . . :

den Regierungs-Boten . . . :

den Regierungs-Kanzlisten.

den Regierungs-Kalkulaturassistenten.

den Regierungs-Boten.  
= Kanzlisten.

{ den Dirigenten d. Subaltern-Büreau,

{ den Polizei-Inspektoren . . . :

den Regierungs-Kanzlisten.



No.	Bezeichnung der Beamten.	Dieselben erhalten eine Vergütung.				
		an Diäten täglich	auf Extra- post- pferde.	an Wagen- miethe täglich.	an Post- Sta- tions- geld auf 2 Meilen	an Trink- geldern pro Meile.
		rthlr. gr.	Anzahl.	rthlr. gr.	rthlr. gr.	rthlr. gr.
85	Wissitor, bei der indirekten Abgabenparthie . . . . .	—	12	Dergl. oder Meilengeb. bei Fußreisen		
86	Vorspannbesteller, . . . . .	—	12	Desgleichen		
87	Vorsteher, des Haupt-Waarenlagers bei der Porzellan- Manufaktur . . . . .	2	—	3	—	12
88	Paagemeister, Mühlen- b. d. indirekten Abgaben = Parthie Pachhofs = . . . . .	—		—	6	—
89	Wald- oder Haideläufer . . . . .	—	12	Reisegelder mit der ordin. Post .		
90	Wein-Wisierer . . . . .	—	16	Dergl. od. Meilengeb. bei Fußreisen		
91	Werkmeister, bei der Münze . . . . .	—	16	Reisegelder mit der ordin. Post .		
	= dem Berg-, Hütten- und Salzweesen . . . . .	—	12	Dergl. od. Meilengeb. bei Fußreisen.		
92	Brakker . . . . .	—	12			

No. 188.

Verheirathung  
und Anstehen-  
zung der  
Militär-  
pflichtigen.

1. III. 1876.

Juni.

Ob es gleich schon zur öffentlichen Kenntniß gebracht ist, daß durch Verheirathung oder selbstständige Treibung eines Gewerbes ein Individuum, welches der Militärpflicht noch nicht in der vorgeschriebenen Art genügt hat, und sich noch im gesetzlich dienstpflchtigen Alter befindet, keinen Anspruch auf Befreiung von der Einstellung erlangt, so wird doch diese Bestimmung, in Gemäßheit eines Reskripts des Königl. Ministerii des Innern vom 3ten d. M. hiermit in Erinnerung gebracht, und sämmtliche landrätthliche Behörden des hiesigen Regierungsbezirks werden hierdurch angewiesen, darauf zu halten, daß dergleichen Leute des dienstpflchtigen Alters von gedachter Bestimmung gehörig belehrt, und besonders darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie für den Fall der Einstellung in das stehende Heer für die Unterhaltung ihrer Familie Sorge zu tragen haben, ohne deshalb besondere Unterstützung durch das Militärverhältniß zu genießen.

Potsdam, den 30sten Juni 1817.

Gind



Sind nach dem Regulativ  
vom 28ten Februar 1816  
gleich gestellt:

**A n m e r k u n g e n .**

den Regierungs-Boten  
Desgleichen.

den Regierungs-Mitgliedern.

den Regierungs-Kanzlisten

den Regierungs-Boten

den Regierungs-Kanzlisten

den Regierungs-Boten

Zu Verhütung des Mißbrauchs mit dem schwarzen Salze, welches auf den Königl. Salzwerken theils von den Landwirthen zur Schaafzucht, theils von den Glashütten und Seifensiedern angekauft wird, ist von dem Königl. Ministerio der Finanzen unterm 12ten d. M. verordnet worden, daß der Verkauf von den Salzwerken an Spekulanten, zum weitern Vertrieb in die diesseits der Elbe belegenen Provinzen überall nicht statt finden, und daß die zum Ankauf des schwarzen Salzes wirklich geeigneten Landwirthe, Glasfabrikanten und Seifensieder sich deshalb bei den betreffenden Salzämtern zuvor durch Atteste ihrer Magisträte oder sonstigen kompetenten Behörden darüber ausweisen sollen, daß sie der verlangten Quantität schwarzen Salzes zum Betrieb ihrer Gewerbe wirklich bedürftig sind, gleichwie dergleichen Atteste auch schon ehemals zu Erlangung des grauen Salzes überall in Gebrauch gestanden haben.

No. 189.  
Debit des  
schwarzen  
Salzes.  
2. z. 1730.  
Juni.

Potsdam, den 30sten Juni 1817.



**No. 190.** Um vorgekommenen Zweifeln über die Beachtung der Lehrlinge eines Gewer-  
 btreibenden, bei Ermessung des Umfanges seines Verk. des Refuhs seiner Heranziehung  
 2. a 71. zur Gewerbesteuer, für die Zukunft vorzubeugen, ist von dem Herrn Finanzmini-  
 ster unterm 12ten v. M. b-stimmt worden,  
 daß dergleichen Lehrlinge im ersten Lehrjahre nicht zu rechnen sind, von da  
 an aber, ohne Rücksicht auf ihre Geschicklichkeit, als G-hülfen bei Fest-  
 setzung der Gewerbesteuer ihres Lehrherren mitgezählt werden sollen.  
 Die mit der Erhebung der Gewerbesteuer beauftragten Behörden haben sich hier-  
 nach zu achten. Vorsdam, den 3ten Juli 1817.

**No. 191.** Mit Bezug auf die in den Berliner Zeitungen und dem Berliner Intelligenz-  
 blatte enthaltene Bekanntmachung vom 23ten v. M.,  
 2. b. 1580. die Zahlung der Zinsen auf die, mit Ende Juni d. J. fällig werdenden 5ten  
 Juni. Koupons der Staatsschuldsscheine für das halbe Jahr vom 1sten Januar bis  
 ult. Juni c., so wie der noch nicht präsentirten frühern Koupons in den beis-  
 den Monaten Juli und August betreffend,  
 werden sämmtliche und untergeordnete Kassen hie mit angewiesen, die gedachten fäl-  
 ligen Koupons, so wie die aus den frühern Zahlungsterminen vom 1sten Januar 1812  
 bis ult. Dezember 1816., auf die zu entrichtenden Abgaben in Zahlung anzunehmen,  
 auch solche baar einzulösen, welches letztere aber nur während des Zahlungstermins  
 vom 1sten Juli bis ult. August c. geschehen kann.  
 Sollte eine oder die andere Kasse zufällig außer Stande sein, die Koupons im  
 Augenblick der Präsentation einzulösen, so dürfen doch die Präsentanten wegen des  
 augenblicklichen Mangels auf keinen Fall ganz zurückgewiesen werden; vielmehr ist  
 denselben die möglichst kürzeste Zeit bekannt zu machen, binnen welcher die Kasse die  
 zur Einlösung der angemeldeten Koupons nöthige Summe gesammelt haben kann,  
 und die Präsentanten sodann auf Realisation bestimmt rechnen können.  
 Auf alle Fälle aber wird den Präsentanten der Koupons anbeimggegeben, wenn  
 sie die Sammlung der nöthigen Summen nicht abwarten wollen, sich mit diesen  
 Koupons an die Hauptkasse zu wenden. Vorsdam, den 1sten Juli 1817.

### Personalchronik.

Die Kammergerichts-Referendarien Mörs und Buge sind als Assessoren,  
 und zwar ersterer beim Ober-Landesgericht zu Breslau, und letzterer beim Ober-  
 Landesgericht zu Marienwerder angestellt worden.

Der vormalige Bize-Aktuarlus Nusque beim Justizamte zu Torgau ist  
 als Referendarius bei dem Königl. Kammergericht angestellt.

Der bisherige Stadt-Baurath Friedrich Hieselbst ist zum Baupinspektor im  
 hiesigen Regierungs-Departement ernannt worden.

(Hierbei ein Extrablatt.)















Die zum Nachlaß des hieselbst verstorbenen Bürgers Friedrich Ludwig Lenz gehörige, hieselbst vor dem Berliner Thore gelegene, im Hypothekencuch Vol. IV. pag. 379. verzeichnete und auf 236 Thaler 16 Gr. gerichtlich gewürdigte Wiese soll Theilungshalber in termino peremptorio

den 25ten Juli c. Vormittags 10 Uhr hier in Beellß öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, und werden Kauf- lustige vorgeladen, sich in gedachtem Termine einzufinden, ihr Gebot abzugeben, und zu gewärtigen, daß dem Meistbietenden das Grundstück, wenn es erhebliche rechtliche Ursachen nicht hindern, zugeschlagen werden wird.

Beellß, den 21sten Januar 1817.

Königliches Preussisches Stadtgericht.

Das von der Hiesigen Stadt vermöge des Verkaufsrechts wieder erworbene, nahe an der Frankfurter und Berliner Landstraße, an der Ober 1/2 Meile von Küstrin belegene Kämmerersvorwerk, der Hirschjäger genannt, welches 424 Morgen gutes Bruchland, Wiesen, und außerdem 32 Morgen Wiesen im Vorlande enthält, soll nach einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, der besseren Benutzung wegen, entweder im Ganzen oder Theilweise zu circa 260 und 164, oder zu 6, 20, 30 bis 60 Magdeburgischen Morgen anderweit gegen einen jährlichen Canon und ein Erbstandsgeld vererbpachtet werden. Hiezu sind die Bietungstermine auf den 9ten und 10ten September d. J. Vormittags 9 Uhr an Ort und Stelle auf dem gedachten Vorwerk angesetzt worden.

Erbpachtelustige, welche das Erbstandsgeld zur Hälfte beim Zuschlage, und die andere Hälfte auf Weihnachten 1818. baar zu erlegen vermögend sind, werden daher eingeladen, in diesem Termin zu erscheinen, und haben die Meistbietenden den Zuschlag nach vorher eingeholter Genehmigung der Stadtverordneten zu gewärtigen.

Die näheren Bedingungen können übrigens jederzeit bei dem Magistrat eingesehen, auch auf Verlangen abschriftlich mitgetheilt werden.

Küstrin, den 22sten Mai 1817.

Der Magistrat.

Klebhene Rundhölzer, wobei viele zu Mühlenwellen, Ruten und dergleichen tauglich, □ Balken, Bohlen, Bretter und Latten von verschiedenen Stärken, und in Längen von 12 bis 24 Fuß (über 24 und bis 40 Fuß lang auf besondere Bestellung) sind in bedeutenden Quantitäten, birchene, eichene 3 zöllige, eichene und rothbuche 4 zöllige Bohlen aber nur in kleinern Parthien, jeder Zeit zu haben auf dem Königl. Schnelldemühlen-Etablissement bei Küstrin.

Kernow.







Generalpardon

No. 194. für diejenigen Preussischen Unterthanen, welche aus den mit der Monarchie, theils  
Generalpar- wiederum vereinigten, theils neu erworbenen Provinzen ausgetreten sind.  
don.

J. m. 615.  
Juli.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen etc.

Nach den Berichten der Landesbehörden haben sich aus den mit unserer Mo-  
narchie theils wiederum vereinigten, theils neu erworbenen Provinzen, sowohl vor  
Unserer Besitznahme, als auch während Unseres Besizes, verschiedene Einwohner  
entfernt und außer Landes begeben, von denen manche durch das, unter ihren  
vormaligen Regierungen eingeführte Militär-Konstriptions-system, manche in der  
Absicht, sich dem Unserm Staate gesellig zu leistenden Kriegsdienste, manche auch  
durch leichte Vergehungen und aus Furcht vor der vermittelten Strafe verlehrt  
worden sind, ihr Vaterland zu verlassen.

Diesen Unsern Unterthanen, in sofern sie nicht bereits in der allgemeinen Ver-  
gnadigung wegen leichter Vergehungen vom 13ten September 1815 oder im Ge-  
neralpardon vom 7ten Januar 1816 begriffen sind, doch mit ausdrücklicher Aus-  
schließung derer, welche bei Unserm Heere bereits wirklich eingestellt und zur Fahne  
verleibet waren, sichern Wir hierdurch, in Erwartung, daß sie forsch in ihrem Vater-  
lande mit pflichtmäßiger Treue anhangen werden, und mit der ausdrücklichen Ver-  
ordnung, daß sie binnen zweien Monaten vom Tage der Bekanntmachung dieser  
Verordnung an, spätestens bis zum 20ten September d. J. zurückkehren, Verzei-  
hung und Vergnadigung zu, und wollen, daß allen denjenigen, welche aus sämmtlichen  
seit dem Jahre 1813 und bis jetzt zu Unserer Monarchie wieder erlangten und neu  
erworbenen Ländern, Gebieten und Dorschaften, unerlaubter Weise und ohne recht-  
mäßige Ursache, entweder um sich dem Kriegsdienste zu entziehen, oder um leichter,  
mit höchstens einjährigem Verlaß der Zerkelt gesellig zu verbüßenden Vergehun-  
gen willen, oder aus welchem andern Grunde es wolle, aus dem Lande gegangen  
sind, die gesellige Strafe, selbst wenn sie schon durch richterliches Erkenntnis fest-  
steht, erlassen, und sie durch diesen Generalpardon in den Stand getreuer Unter-  
thanen hergestellt sein sollen, in sofern sie binnen der oben gesetzten Frist bei der  
Orisobrigkeit sich stellen.

Diejenigen, die sich in dieser ihnen vergabnten Frist nicht wieder einfanden,  
sollen auf Vergnadigung keinen Anspruch, vielmehr im Verretungsfall strenge Abur-  
theilung nach den Gesetzen zu gewärtigen haben.

Diejenigen, welche schon wirklich bei dem Heere eingestellt waren, und ihre  
Fahne melneidig verlassen haben, können zwar auf die Vergnadigung keinen Anspruch  
machen, haben jedoch bei freiwilliger Rückkehr die Milderung der geselligen Strafe  
zu hoffen.

Gegenwärtige Verordnung soll durch den Druck und auf sonst geordneten  
Wege zur allgemeinen Kenntniss gebracht werden.

Wir.



Urkundlich unter Unserer höchst eigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königl. Inseel.

So geschehen und gegeben zu Berlin, den 20ten Juni 1817.

(L. S.)

(gef.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg.

Verstehender Generalpardon wird zur Nachachtung hiermit bekannt gemacht.  
Potsdam, den 8ten Juli 1817.

Das Königl. Ministerium des Innern hat genehmigt, daß vor der Hand alle Jahr, zum Besten der in den letzten Kriegen invalide gewordenen Krieger, und zur Unterstützung der Wittwen und Waisen gebliebener Vaterlandsvertheidiger, bei der Feier der drei Gedächtnistage der Schlachten von Leipzig, Paris und Belle alliance in den Kirchen eine allgemeine Kollekte, statt des Klingengebeutes, umganges, veranstaltet werden soll.

No. 195.

Kollekte.

I. p. 438.

Juni.

Die Herren Prediger haben den Ertrag der Kollekte mittelst gewöhnlicher Pseferzetteln, unter der Rubrik: Herrsch. Kollektengelder für Wittwen und Waisen der im Kriege Gebliebenen, gleich nach der Einsammlung abzuschicken.

Die Herren Superintendenten haben den Hauptertrag unter der nemlichen Rubrik wie gewöhnlich an die Kommunal- und Insultenkasse abzusenden.

Da die Gedächtnisseiern der Schlachten bei Paris und Belle alliance nach Bekanntwerdung dieser Bestimmung in diesen Jahren bereits abgehalten sein werden, so sind die für die Feier dieser Tage bewilligten Kollekten, am ersten Sonntage im Monat August und am ersten Sonntage im Monat September, nachträglich zu veranstalten.  
Potsdam, den 23ten Juni 1817.

Da die Lungenseuche unter dem Rindvieh zu Kyritz seit dem 15ten April d. J. gänzlich aufgehört hat, so wird die daselbst bestandene Sperre für Rindvieh und Rauchfutter wieder aufgehoben.  
Potsdam, den 8ten Juli 1817.

No. 196.

Aufgehobene

Niedersperre.

I. p. 3068.

Juni.

Einer Verfügung des Königl. Polizeiministeriums vom 26ten Juni d. J. zufolge werden die den Transport von Vagabonden anordnenden Polizeibehörden hiermit angewiesen:

No. 197.

Strafandro-

hung für auß-

ländische Va-

gabonden.

I. p. 689.

Juli.

- 1) den zur Fortschaffung aus dem Lande bestimmten ausländischen Vagabonden die Rückkehr in den Staat bei Festungsstrafe zu verbieten,
- 2) in Ansehung der Strafe in Gemäßheit resp. des allgemeinen Landrechts Th. II. Tit. 20. §. 191. und der allerhöchsten Kabinetserdre an das Königl. Staatsministerium vom 28ten Februar d. J. für die erste Rückkehr eine zweijährige Festungs- oder Zuchthausstrafe, für den Fall der zweiten Rückkehr aber jebr-jährige Festungsstrafe, und endlich für die dritte Rückkehr lebenswärtige Festungsstrafe den auswärtigen Landstreichern anzukündigen, und

2 X

3) diese



- 3) diese Strafandrohung zu Protokoll und auch im Transportzettel zu hinterlegen, damit sie allenfalls von der letzten einheimischen Polizeibehörde wiederholt werden könne.
- 4) Gegen solche Verfügungen der Polizeibehörden steht den Vagabonden nur der Weg der Beschwerde bei der unmittelbar vorgesetzten Polizeibehörde frei, als worüber die Vagabonden in den Fällen, wo sie sich bei den Verfügungen ad 1 bis 3 nicht berufen wollen, zu bedeuten sind.

Potsdam, den 11ten Juli 1817.

No. 198.

Russisches  
Haupt-Ein-  
gangsollamt.  
2. a. 101.  
Juli.

Nach einer Kaiserlich Russischen Ukase vom 10ten Mai d. J. ist das Kaiserlich Russische Zollamt Volangen zur Einfuhr aller in dem Russischen Zolltarife vom vorigen Jahre zu Lande einzuführen erlaubten Waaren eröffnet worden.

Dieses wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Potsdam, den 4ten Juli 1817.

No. 199.

Verzeichnisse  
der Debiten,  
welche dem  
Fiskus schul-  
den.

2. b. 1319.

Mai.

Sämmtliche Gerichtsbehörden in dem zum dieselbigen Regierungsbezirk gehö-  
rigen Theile des Herzogthums Sachsen werden hiermit aufgetordert, auf den Grund  
der bei ihnen befindlichen Gerichtes, Handels, und Konsensbücher ein vollständiges  
Verzeichniß derjenigen Debiten, welche dem Fiskus schulden, mit Angabe des  
Wohnortes des Schuldners, des schuldigen Kapitals, der versicherten Zinsen, der  
Zeit der Auffündigung und Zinszahlung und des Ortes, wo das Schulddokument  
sich befindet, anzufertigen und binnen 4 Wochen von Ansicht gegenwärtiger Ver-  
ordnung an gerechnet, bei uns einzureichen, oder, wenn dergleichen fiskalische  
Aktioforderungen sich nicht ergeben, dies gleichmäßig anzuzeigen.

Potsdam, den 13ten Juli 1817.

**Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.**

No. 33.

Ediktation:  
nen.

Sämmtlichen Untergerichten im Departement des Kammergerichts wird hier-  
durch bekannt gemacht, daß das nachstehende Schreiben des Königl. Generallieute-  
nants Herrn v. Zietzen Excellenz an das Kammergericht vom 16ten Juni d. J.

An

an Königl. Hochlöbl. Kammergericht zu Berlin.

Ein Königl. Hochlöbliches Kammergericht benachrichtige ich auf das gefäl-  
lige Schreiben vom 22sten v. M. ganz ergebenst: daß ich die mitgesandten  
150 Exemplare von der Liste der in den Monaten März und April c. er-  
lassenen Ediktationen bei dem meltem Kommando anvertrauten Armees-  
korps habe vertheilen lassen.

Sedan, den 16ten Juni 1817.

Königl. Preussischer Generallieutenant und Commandirender General des  
Armeekorps in Frankreich.

v. Zietzen.

am



am 17ten Juli d. J. hier eingegangen ist, wodurch die verfügte Insinuation der darin bezeichneten Ediktalvorladungen an das Königl. Armeekorps in Frankreich nachgewiesen wird, mit der Anweisung, in den in der Liste für die Monate März und April d. J. aufgenommenen rechtlichen Angelegenheiten nunmehr das hierauf Erforderliche zu veranlassen. Berlin, den 3ten Juli 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

Sämmtlichen Herren Superintendenten und Predigern der Provinz Brandenburg machen wir hiermit bekannt, daß wir den 24ten September als Termin festgesetzt haben, an welchem für dieses Jahr die ersten Kreissynoden ihren Anfang nehmen sollen. Berlin, den 10ten Julius 1817.

No. 12.  
Anfang der  
Kreissynoden.

Sämmtlichen Herren Superintendenten und Predigern der Provinz Brandenburg tragen wir hiermit auf, die für jede Gemeinde Allerhöchst angeordneten Presbyterien, da, wo dergleichen noch nicht vorhanden sein sollten, sofort und ohne die Eröffnung der diesjährigen ersten Kreissynode abzuwarten, in Gemeinschaft mit den Patronen der Kirchen einzurichten. Berlin, den 10ten Juli 1817.

No. 13.  
Einrichtung  
der Presbyterien.

### Personalchronik.

Der bei dem Konsistorium der Provinz Brandenburg angestellte Konsistorialassessor und hiesige Prediger Ritschl ist mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 21sten Juni c. zum Konsistorialrath bei gedachtem Konsistorium ernannt.

Die Oberprediger Dehne in Fürstenberg, Fabricius in Kalau, Rutscher in Luckau und Meuser in Spremberg sind zu Superintendenten der Diöcesen Euben Kalau, Luckau und Spremberg, Hohenwerde ernannt worden.

Der Herr Gustav von Künßberg ist als Referendarius beim hiesigen Reglerungskollegium, und der bisherige Stadtrichter Auskultator von Wedell als Referendarius beim Königl. Kammergericht angestellt worden.

Der Akzisekassen-Kontrollleur Eichhorn zu Schwedt ist zum Akzisekassen-Rendanten in Templin, und der vormalige Feldwebel Schlegel zum Kontrollleur in Schwedt ernannt worden.

Der Prediger Eckoldt ist zum Prediger in Linthe, und der Kandidat Lehmann zum Prediger in Falkenberg ernannt; der Brigade-Prediger Mann ist als Superintendent und Oberprediger in Strausberg, der Rektor Lach in Wittenberge zum Prediger in Bendisch, der Rektor Korbka zu Kyritz als Prediger in Uenze, und der Kandidat Henze als Prediger in Garlin bestätigt.

Der Seminarist Willeke ist zum Schull. in Alt. Bustrów, der Schull. Klauke zu Martinsmühle zum Küster und Schull. in Michel, der Schull. Kettig zu Kienitz zum Küster und Schull. in Kowitz, der Interimistische Schull. Fasbender zu



zu Heinersdorf zum wirklichen Schull. daselbst, der Schull. Müller zu Klein-  
 Ollentke zum Schull. in Martinsmühle, der Lehrer Thienemann zum ersten Kol-  
 laborator, der Seminarist Pahe zum Oberlehrer, der Lehrer Brück zum Un-  
 terlehrer am Gymnasium zu Potsdam, der Schull. Witzbold zum Schull. in Damme,  
 der Schull. Schulze zum Schull. in Ollentke, der Schneidermeister Dralle zum  
 Schull. in Woltersdorf, und der Kandidat Moritz zum Rektor in Liebenwalde er-  
 nannt; der interimistische Schull. Stegemann als wirklicher Schull. zu Mauen,  
 und der Küster Horvath als Küster und Schull. daselbst, der Kantor Sauer zu  
 Lübe als Küster und Lehrer an der Heiligen Geistkirche zu Potsdam, der interimis-  
 tische Schull. Sprung als wirklicher Schull. zu Kleinow, der Küster Schulze zu  
 Ranke als Küster und Schull. zu Prennden, und der Seminarist Schönfeld als  
 Schull. in Althierfelde bestätigt.

**Todesfälle.**

Verstorben sind der Diakonus Belling zu Neustadt Eberswalde, die Küster und  
 Schullehrer Fuchs zu Belten, Superintendentur Spandow, Schulze zu Ringen-  
 walde, Superintendentur Wriezen, Fischer zu Wulckow, Superintendentur Krich,  
 Bensch zu Mansfeld, Superintendentur Pätzsch, Bahrts zu Stolzenhagen, Super-  
 intendentur Angermünde, der Schullehrer Lehmann zu Burow, Superintendentur  
 Rehdenke, und der Küster Emeritus Bork zu Breddin, Superintendentur Dom-  
 habelberg.

## Vermischte Nachrichten.

### Jahrmärkte in Mittenwalde.

Der in dem diesjährigen Kalender auf den 25ten Juli angezeigte Jahrmärkte  
 zu Mittenwalde ist zum Besten des handeltreibenden Publikums auf den Dienstag  
 nach Laurentii, den 12ten August, verlegt worden. Den Tag zuvor ist Viehmarkt.

### Beobachtung.

Bei dem am 20sten Mai d. J. in der Gegend von Wriezen eingetretenen Wol-  
 kenbruche hat der Kürschmide Fudrow aus Wriezen auf dem Wege von Euerse-  
 dorf nach Ringenwalde ein Mädchen mit eigener Lebensgefahr aus der Wasserflut  
 gerettet.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

29sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach einem uns zugekommenen Todtenschein ist der bei der 10ten Kompanie des 6ten Kurmärkischen Landwehr-Infanterie-Regiments gestandene Wehrmann: Johann Rogge, 22 Jahr 6 Monat alt, angeblich aus Krähnitz bei Wusterhausen an der Dosse gebürtig, am 21sten Juni 1815. im Hauptfeldlazareth No. 3. zu Edoen gestorben. Da bei Wusterhausen an der Dosse kein Ort Krähnitz liegt, und da nach deshals angestellten Untersuchungen der Rogge nicht aus Krähnitz bei Edoen gebürtig ist; so können seine erkrankten Angehörigen, gegen Vorbringung gültiger Beweismittel, sich wegen Ausbändigung des Todtenscheins an uns wenden.

Den 6ten Juli 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

Der Johann Ransch zu Templin hat den ihm unterm 22sten April 1814 erteilten Hausfischein Nr. 2393 zum Handel mit Holzwaaren, angeblich auf dem Wege zwischen Liebenwalde und dem Dorfe Holland verloren.

Es wird daher jedermann, welcher diesen Hausfischein etwa gefunden und an sich genommen hat, aufgefordert, solchen binnen 8 Tagen an den Landrath v. Arnim zu Templin abzugeben.

Den 2ten Juli 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Zweite Abtheilung.

## S t e l l b e r i e f

Die unten näher signallirte geschiedene Johanne Christiane Dorothee Müller, geborne Dreßler, aus Jöbbike bei Jreburg, welche wegen verübten Diebstahls auf Requisition des Königl. Polizeidirektorats zu Halle in Berlin verhaftet worden, und von dort nach Halle gebracht werden sollen, ist am 28sten d. M. auf dem Wege von hier nach Rosmitz im Dorfe Großmarzahn dem Transporteur entsprungen. Eämmtliche resp. Militär- und Polizeibehörden werden daher dienstvergebenst ersucht, diese junge Frauenperson, wo sie betroffen wird, zu verhaften, und unter sicherer Begleitung andern abliefern zu lassen. Stadt Neimegt im Königl. Preuss. Herzogthum Sachsen, den 30sten Juni 1817.

Die Polizeibehörde daselbst.

## S i g n a l e m e n t

Die geschiedene Müller, geborne Dreßler, ist 17 Jahr alt, 5 Fuß groß, hat blondes Haar, eine hohe Stirn, blonde Augenbraunen, graue Augen, eine mittelmäßige Nase, kleinen Mund, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, und im Gesichte einige kleine Leberflecke, ist von mittler Statur und mit einem grün-







# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 30. —

Den 26sten Juli 1817.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Die im Herbst 1813 fast gleichzeitig in mehreren Dörfern der selben Gerschow-  
schen, des Glesarschen, Havelländischen, Zauch, und Luckenwaldischen und des Zel-  
tower, auch in einem Theile des Ellen, und Löwenbergischen, Niederbarnimschen,  
Lebusischen und Bees, und Storkowschen Kreises heftig ausgebrochene und glück-  
lich gedämpfte Viehseuche hat nach der darüber von der Kommunal, und Insituten,  
Kasse, in Uebereinstimmung mit den desfalls gelegten und richtig gefundenen Spezial-  
rechnungen der Herren Landräthe, und der als Stellvertreter derselben bestellten  
Herren Kommissarien, abgelegten und richtig befundenen Hauptrechnung folgende Kos-  
ten verursacht, als:

No. 209.  
Viehseuche:  
Dämpfungs-  
kosten.  
I. p. 1112:  
April,

- |   |                       |
|---|-----------------------|
| 1) an Entschädigung für das zur Unterdrückung der Seuche als seuchekrank ver-<br>dächtige getödtete, und für das in den errichteten Quarantaineanstalten gefallene<br>Vieh, nach den durch das Publikandum vom 30sten November 1813. pag.<br>504 — 543 des Amtsblatts vom Jahre 1813 bestimmten taxmäßigen Sätzen | 53326 fl. 4 gr. 6 pf. |
| 2) an Diäten  | 3358 , 13 , 10 ,      |
| 3) an Nebenkosten für Revisoren, Viehbeschauer, Scharf-<br>richter und dergleichen  | 457 , 4 , 8 ,         |
| 4) an Fußlohn der Herren Kommissarien   | 675 , 22 , 2 ,        |
| 5) an außerordentlichen Ausgaben für Porto, Emballage<br>der versandten Gelder und dergleichen  | 329 , 12 , 3 ,        |

Summa 58147 fl. 9 gr. 6 pf.

X 1

Zur



Zur Bestreitung dieser Kosten betrug die Einnahme

- a. an allen, zur Kommunal-Kasse übernommenen, und auf  $\frac{1}{2}$  reduzierten Beständen der Regierungskasse von den zur Unterdrückung der in den früheren Jahren zu verschiedenen Zeiten geherrschten Viehseuchen aufgetragenen Beträgen 3906 fl. 3 gr. 1 pf.  
 b. an alten Resten 23 , — , 8 ,  
 c. an neuen Beträgen auf die Ausschreiben vom

N	Kreise und Städte.	7ten Nov. 1813.			20sten Juli 1814.			25ten Nov. 1815.			Summa.		
		thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.
1	aus der Uckermark mit	1074	11	4	5038	16	—	1026	—	—	7139	3	4
2	= = Priegnitz =	1245	5	4	4878	2	—	1116	—	—	7239	7	4
3	= dem Havelland =	823	6	4	3654	16	—	782	—	—	5259	22	4
4	Ost- u. Löwenbergischen	253	20	8	1327	8	—	292	—	—	1873	4	8
5	aus dem Ruppinschen =	687	—	8	3640	14	—	741	—	—	5068	14	8
6	= = Oberbarnimischen	352	4	4	2092	18	—	393	—	—	2837	22	4
7	= = Niederbarnimischen	488	23	4	2233	22	—	450	—	—	3171	21	4
8	= = Teltowischen mit	356	3	8	1779	—	—	385	—	—	2520	3	8
—	= = dito =	—	—	—	18	4	—	—	—	—	18	4	—
9	= = Leduisschen =	541	23	4	2509	14	—	527	—	—	3578	13	4
10	Zauch- u. Luckenwaldischen	577	5	4	2493	—	—	470	—	—	3340	5	4
11	Beetz- u. Etorkowschen	388	11	8	2284	18	—	390	—	—	3063	5	8
12	a. d. 1sten Jerichowschen	110	8	10	871	—	—	187	—	—	1168	8	10
13	a. d. 2ten dito	266	16	3	2084	4	—	449	—	—	2799	20	3
14	aus dem Ziefarschen mit	51	16	—	391	14	—	108	—	—	551	6	—
15	aus der Stadt Berlin	99	23	—	476	8	—	99	—	—	675	7	—
16	= = = Potsdam	20	14	—	102	18	—	22	—	—	145	8	—
17	= = = Brandenburg	22	18	8	121	8	—	21	—	—	165	—	8
18	= = = Frankfurt	36	14	8	194	8	—	42	—	—	272	22	8
Summa		7397	11	—	35991	22	—	7500	—	—	50889	9	5

- d. an Zuschüssen aus Königl. Fonds für die Diäten und Futterkosten der Herren Kommissarien und dergleichen,  
 e. an einigen extraordinären Einnahmen und alten Beständen, gelbten, von den früheren Kommissarien nach abgelegter Rechnung eingegangen

312 , 6 , — ,

Summa 59448 fl. 13 gr. 2 pf.

Nach Abzug der umstehend angegebenen Kosten von 58147 , 9 , 5 ,

ist demnach ein Bestand von 1301 fl. 3 gr. 9 pf.

verblieben, worauf hiernächst jedoch noch für nachträgliche Kosten 13 , 6 , — ,

angewiesen sind, und daher nur ein reiner Bestand von 1287 fl. 21 gr. 9 pf. verbleibt. Hiervon werden 1000 thlr. einbar für den Fonds belegt, und mit den übrigen 287 thlr. 21 gr. 9 pf. bei der Kommunal- und Institutencasse aufbewahrt, um bei etwaigen ähnlichen Unglücksfällen verwandt zu werden.

Potsdam, den 7ten Juli 1817.

Da



Da seit einiger Zeit die Bestimmung, nach welcher auswärtige Kranke, deren Aufnahme in die hiesige Charité gewünscht wird, nicht eher aus ihrem Wohnorte hieher gesandt werden sollen, als bis deren Verwandte oder die Ortsobrigkeiten auf ihre diesfällige Anfragen von uns benachrichtigt worden, daß die Aufnahme statt finden könne, nicht gehörig beobachtet wird, und daraus mancherlei Verlegenheiten entstanden sind; so finden wir uns hiedurch veranlaßt, solche in Erinnerung zu bringen, und kann in einzelnen Fällen von dieser Bestimmung um so weniger abgegangen werden, als die hiesige Charité schon seit langer Zeit mit Kranken überfüllt ist, und insbesondere der Aufnahme wahn- oder blödsinniger Personen mehrere Ausmittelungen vorangehen müssen.

No. 201.  
Aufnahme in  
die Charité.  
I. p. 546.  
Juli.

Es wird daher ein jeder, der auswärtige Kranke, ohne die vorerwähnte Benachrichtigung abzuwarten, der hiesigen Charitéanstalt zugeschiekt, es sich selbst belzumessen haben, wenn sie nicht angenommen werden.

Berlin, den 26sten Juni 1817.

Königliche Regierung zu Berlin. Erste Abtheilung.

Vorstehendes wird auf Ersuchen der Königlichen Regierung zu Berlin zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Es versteht sich jedoch, daß das Recht der Provinz, die Aufnahme übler Kranken in die Charité gegen Bezahlung eines mäßigen Verpflegungssahes zu verlangen, und das Recht der Stadt Potsdam auf deren unentgeltliche Aufnahme hierunter nicht geändert werden.

Potsdam, den 11ten Juli 1817.

Wir haben bereits mehrere Magisträte angewiesen, die während der Kriegs- unruhen angeordneten Wachdienste zur Erleichterung der Bürger in den Städten wieder aufzuheben, und nur diejenigen beizubehalten, welche die besondern Lokalverhältnisse nöthig machen sollten. In denjenigen Städten, wo dieses noch nicht geschehen ist, haben die Magisträte auf gleiche Art zu verfahren. Uebrigens sind zu be- gleichen Diensten, falls sie fortbauern müssen, so wie zu persönlichen Diensten überhaupt, nach §. 45. der Städteordnung vorzugewelse die Bürger verpflichtet, und es hängt von den in jeder Stadt, unter Zuziehung der Stadtverordneten und nach den jedesmaligen Ortsverhältnissen getroffenen Einrichtung ab, in wie fern außer den Mitgliedern der Bürgerkompagnien auch andere Bürger zu diesen Diensten persönlich oder durch Beliräge angezogen werden sollen.

No. 202.  
Bürger-  
Wachdienste.  
I. p. 232.  
Juni.

Potsdam, den 12ten Juli 1817.

Da die Mitwirkung des Königl. Brennholz-Magazins zur Versorgung des hiesigen Publikums mit Brennholz, vom 1sten April k. J. ab aufhöret, so ist, um den Holzhändlern, welche die Absicht haben, hier den Handel mit Brennholz zur Versorgung der hiesigen Einwohner zu betreiben, Gelegenheit zu verschaffen, ihre Brennholzbestände aufzusehen, beschloffen worden, auf den Barnisonshof vor dem hiesigen Berliner Thore die in der Absicht heranzuschaffenden Hölzer gegen ein sehr geringes Stättegeld aufzunehmen, welches auf Einen Groschen für die Klafter festgesetzt ist, mit der Bestimmung, daß solches für das, länger als ein Jahr stehende Holz,

No. 203.  
Brennholz  
für Potsdam.  
2. b. 299.  
Juni.



Holz, von Jahr zu Jahr erneuert werden muß. Diejenigen Holzhändler und hiesigen Gewerbetreibenden Bürger, welche von gedachtem Platz zu dem in Rede stehenden Zweck Gebrauch machen wollen, haben sich in Zeltten bei dem Holzverwalter Große hieselbst, welcher die Aufsicht auf den Platz und auf die dort auszustellenden Hölzer führen, und das Strättegeld erheben wird, zu melden, und mit demselben das Erforderliche wegen des benutzigten Raums zu verabreden.

Wiesdam, den 16ten Juli 1817.

### **Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichtes.**

No. 34.  
Criminalia

Die öfters von den Untergerichten im Departement des Königl. Kammergerichtes nicht beachteten Vorschriften der Kriminalordnung §. 261.,

nach welcher gleich nach der ersten Vernehmung dem vorgesezten Obergerichte von dem Namen des Angeschuldigten, dem Gegenstande der Untersuchung, und der etwa vorher schon von dem Angeschuldigten begangenen Verbrechen Anzeige gemacht werden,

und §. 432.

wonach bei Verbrechen, deren Strafe in körperlicher Züchtigung besteht, der Richter die Fähigkeit des Angeschuldigten, selbige zu erdulden, feststellen soll, werden hierdurch zur genauesten Befolgung in Erinnerung gebracht, auch die Untergerichte zugleich angewiesen, bei Untersuchungen gegen beurlaubte oder entlassene Personen des stehenden Heeres oder der Landwehr genau auszumitteln, in welcher Art die Beurlaubung oder Entlassung geschehen ist, und den darüber von den Militärbehörden erteilten Entlassungsschein zu den Untersuchungsakten zu bringen.

Berlin, den 3ten Juli 1817.

### **Personalchronik.**

Der bisherige Kammergerichts-Referendarius Schulz ist zum Affessor bei dem Königl. Ober-Landesgericht zu Eßlin ernannt worden. Die Stadtgerichtsauskultoren Busse und Theden sind als Referendarien bei dem Königl. Kammergericht angestellt worden.

Der Kandidat der Mathematik Albert Magnus Hagelstein ist zum Feldmesser im hiesigen Regierungsdepartement bestellt, und der vormalige Grenzüberspäher Heinrich als leitender Grenzüberspäher bei der 2ten Preussischen Grenzübrigade in Weststettin wieder angestellt worden.

### **Vermischte Nachrichten.**

Die Gemeinde zu Bergholz, Amts Lötzen, im Preussischen Kreis, hat sich unter Leitung des Amtraths Sanger und ihres Schulzen in Besserung, Geraderlegung und Bepflanzung der auf ihrer Feldmark belegenen Wege rühmlichst ausgezeichnet, welches zu ihrer Belobung und zur Nachachtung anderer Gemeinden, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

30sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Plan

zur Sechs und Dreißigsten Königl. Preussischen Klassen-Lotterie  
von 65000 Loosen zu 25 Thaler Einsatz in Gelde, mit 22000 in 5 Klassen vertheilten  
Gewinnen und 10000 Freilosen.

Erste Klasse zu 25 Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.	Zweite Klasse zu 5 Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.	Dritte Klasse zu 5 Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.
1 Gewinn zu 1500 Thlr.	1500	1 Gewinn zu 2500 Thlr.	2500	1 Gewinn zu 3000 Thlr.	3000
2 Gewinne = 750 —	1500	2 Gewinne = 1000 —	2000	2 Gewinne = 1200 —	2400
3 — = 400 —	1200	3 — = 500 —	1500	3 — = 700 —	2100
4 — = 200 —	800	4 — = 300 —	1200	4 — = 400 —	1600
5 — = 100 —	500	5 — = 150 —	750	5 — = 200 —	1000
10 — = 50 —	500	10 — = 60 —	600	10 — = 70 —	700
25 — = 40 —	1000	25 — = 50 —	1250	25 — = 60 —	1500
50 — = 35 —	1750	50 — = 45 —	2250	50 — = 50 —	2500
100 — = 30 —	3000	100 — = 40 —	4000	100 — = 45 —	4500
200 — = 25 —	5000	200 — = 30 —	6000	200 — = 40 —	8000
300 — = 20 —	6000	300 — = 25 —	7500	300 — = 30 —	9000
300 — = 15 —	4500	1300 — = 20 —	26000	300 — = 25 —	57500
1000 Freilose zu 5 —	5000	2000 Freilose zu 5 —	10000	3000 Freilose zu 5 —	15000
1000 Gewinne u 1000 Freilose.	32250	2000 Gewinne u. 2000 Freilose.	65550	3000 Gewinne u. 3000 Freilose.	108800

Vierte Klasse zu 5 Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.	Fünfte Klasse zu 7½ Thlr. Einsatz.	Betrag Thlr.
1 Gewinn zu 4000 Thlr.	4000	1 Gewinn zu 100000 Thlr.	100000
2 Gewinne = 1500 —	3000	1 — = 50000 —	50000
3 — = 800 —	2400	1 — = 30000 —	30000
4 — = 500 —	2000	1 — = 20000 —	20000
5 — = 300 —	1500	1 — = 15000 —	15000
10 — = 100 —	1000	1 — = 10000 —	10000
25 — = 80 —	2000	2 Gewinne = 8000 —	16000
50 — = 70 —	3500	3 — = 6000 —	18000
100 — = 60 —	6000	4 — = 5000 —	20000
200 — = 50 —	10000	5 — = 4000 —	20000
300 — = 40 —	12000	10 — = 3000 —	30000
3300 — = 30 —	99000	20 — = 2000 —	40000
4000 Freilose zu 7½ —	30000	100 — = 1000 —	100000
12½ vom Hundert von sämtlichen Freilosen . . . . .	7500	200 — = 500 —	100000
		300 — = 200 —	60000
		1000 — = 100 —	100000
		2000 — = 50 —	100000
		3000 — = 40 —	120000
		5350 — = 30 —	160500
4000 Gewinne und 4000 Freilose.	183000	12000 Gewinne . . . . .	1109500







Transport 319 Thaler.

20) die Gemeine zu Schönsfeld

5

21) „ „ „ Rörzlehn

1

Die ganze Einnahme beträgt demnach

325 Thaler.

Mit dankbarer Anerkennung des Verdienstes der mitwirkenden und bestragenden Personen und zum Beispiel der Nachahmung für andere, bringen wir dieses hierdurch zur allgemeinen Kenntniß. Den 16ten Juli 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

### S t e c k b r i e f.

Der unten näher bezeichnete Topfbinder und Viktualienhändler Joachim Michael Schulze, welcher in Fleckengarten bei Havelberg bis jetzt gewohnt, ist dringend verdächtig, daß er an einem zu Berlin gewaltsam verübten Diebstahl Theil genommen hat. Er hat sich der gegen ihn einzuleitenden Untersuchung durch die Flucht entzogen, und werden daher alle resp. Zivil- und Militärbehörden ersucht, den ic. Schulze, im Betretungsfall arretiren und an den Justizarius, Stadtschlichter Gericke, gegen Erstattung der Kosten abliefern zu lassen.

No. 22.

Wasserhausen an der Dosse, den 11ten Juli 1817.

Gräflich von Königsmarksche Gerichte zu Berlin.

### S i g n a l e m e n t.

Der Topfbinder und Viktualienhändler Joachim Michael Schulze ist etwa 43 Jahr alt, 6 Fuß 3 Zoll groß, hat hellbraune Haare, eine bedeckte Stirn, hellbraune Augenbraunen, blaue Augen, eine spitze Nase, ovales Gesicht, und ist insbesondere daran kennlich, daß er einen steifen Zeigefinger an der linken Hand hat.

Bei seiner Entweichung war er mit einer kurzen blauen Jacke, grauen leinenen Beinkleidern und mit einem runden Hute bekleidet.

Auf Verfügung der Hochöbl. Königl. Preuss. Regierung zu Frankfurt an der Oder sollen in dem zur hiesigen Inspektion gehörigen Rebler Grünhaus, im Amte Fürstenwalde, Dreihundert Stück tieferne Brettklöcher von verschiedener Stärke und Länge messbletend verkauft werden.

Der zwanzigste August d. J. ist zur Versteigerung bestimmt.

An diesem Tage werden die Gebote in dem Forsthaufe Grünhaus erwartet werden.

Der Oberförster Herr Wagner daselbst wird auf Verlangen vorher nähere Auskunft geben.

Dobellugt im Herzogthum Sachsen, den 28ten Juni 1817.

Der Kriegs Rath Voß.

### S c h m i e d e , V e r p a c h t u n g.

Die Schmiede auf dem Königl. Schmelzwerk Etablissement bei Cüstria, in welcher die Schmiedearbeiten für dasselbe vorzugsweise für eine jährliche, nicht unbedeutende, Entschädigungssumme gefertigt werden müssen, soll, nebst dem dazu gehörigen Handwerkszeuge und Utensilien, den 18ten August d. J. Vormittags 10 Uhr, anderweitig an den Mindestfordernden verpachtet werden.

Pacht.



Pächter und fähige werden eingeladen, sich an diesem Tage hieselbst einzufinden, und können die nähern nicht unborthellhaften Bedingungen zuvor bei dem Unterzeichneten erfahren.

Ist die Forderung und der Pächter annehmlich, so kann derselbe des Zuschlags gewärtig sein, und die Schlichte sogleich in Besch nehmen.

Königl. Schneidemühle bei Cüsteln, den 7ten Juli 1817.

T o r n o w.

Die in dem hieser gehörigen Dorfe Platkow belegene Wassermühle soll mit denjenigen Perkenzen, welche der jeztige Pächter derselben mit in Pacht hat, auf 4 Jahre von Michaelis d. J. an angerechnet, am 8ten September Vormittags um 10 Uhr auf der Gerichtsstube zu Gussow meißelbierend verpachtet werden. Die Pachtbedingungen können bei dem Rentamann Herrn Hase zu Gussow eingelesen werden.

Wriezen a. d. Oder, den 11ten Juli 1817.

Königl. Schönburgsche Gerichte über Gussow.

Ich mache hierdurch vorschriftsmäßig öffentlich bekannt, daß ich am 11ten Juni huj. a. von Einem Königl. Hofen-Fluqueministerium mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät des Königs auf die nächstfolgenden acht Jahre, und für den Umfang der ganzen Monarchie ein Patent erhalten habe, über das ausschließliche Recht, ein von mir erfundenes Instrument (Dlastimeter) allein anzufertigen, indem ich zugleich bemerke, daß die nöthigen Notizen darüber bei den Akten des genannten Ministerii niedergelegt sind. Dieses Dlastimeter mißt nicht allein die Höhen und Entfernungen aus einem Standpunkte, sondern führt auch die trigonometrische Rechnung sogleich selber aus, wodurch es bei seiner leicht transportablen Form für die gesammte Meßkunde vielfache Vortheile in sich verbindet. Ueber die besondere Brauchbarkeit desselben zu militairischen Zwecken hat bereits Ein Königl. Hofes Kriegsministerium günstigst entschieden. Im Militairwochenblatt No. 47. Jahrgang 1817. findet sich eine Beurtheilung, und eine nähere Beschreibung desselben in meiner Schrift: Dlastimeter u. Berlin bei Mittler 1817.

Ueber die sehr nützliche Anwendung des Dlastimeters auf das Forstwesen und die Feldmessung werde ich mich nächstens öffentlich aussprechen. Herr Mechanikus Winkler zu Berlin, Friedrichsstraße No. 71., ist bereits von mir zur Anfertigung der militairischen Instrumente beauftragt, und unter folgenden Preisen eine Pränumeration dafür eröffnet:

- a. ein Dlastimeter von dauerhafter Paplermasse mit lakirten Skalen und messingenen Fassungen, 5 und 6 Thlr. Courant,
- b. ein Dlastimeter von gezogenen Messingröhren mit schon gravirten Skalen 23 Thlr. Courant.

Mit portofreien Briefen und Gelbern bitte ich, sich entweder an mich selbst oder an den beauftragten Herrn Mechanikus zu wenden.

Akten an der Elbe ohnweit Magdeburg, den 28sten Juni 1817.

Dr. Elard Romershausen.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

---

— No. 31. —

---

Den 1sten August 1817.

---

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Auf Verwendung des Königl. Finanzministeriums ist den Kautionsgelbern, No. 204.  
mit welchen nach der Bekanntmachung im Amtsblatte von diesem Jahre Stück Portofreiheit  
7. No. 55. die zu Kautionsleistungen verpflichteten Kassen, Beamten ihre Kautions der Kautions-  
baar leisten, bei Einsendung derselben von der Regier. Hauptkasse an die See, gelber.  
handlung nunmehr auch die Portofreiheit von dem Königl. General-Postamte zuges. 2. b. 1584.  
standen worden, welches hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Juli.

Potsdam, den 18ten Juli 1817.

---

Die zur Unterstützung der Landhebammen von Kindtaufen und Trauungen ein- No. 205.  
zuhebenden Abgaben sind, zufolge einer Bestimmung des Königl. Ministerii des Beiträge für  
Innern vom 1sten d. M., unter der Rubrik: Kollektengelder, zu versenden. Landhebammen.  
I. p. 2096.

Potsdam, den 21sten Juli 1817.

---

Da die Lungenseuche in dem Dorfe Gröbden, Jüterbockschen Kreises, ganz No. 206.  
lich aufgehört hat, und seit dem 15ten März c. kein Stück Alindvieh daselbst mehr Aufgehoben  
erkrankt ist, so ist die für gedachten Ort und dessen Feldmark Hinsichts des Kind, Viehseuche.  
viehes angeordnet gewesene Sperre aufgehoben. I. p. 1959.  
Juli.

Potsdam, den 21sten Juli 1817.

---



**No. 207.** Da die Lungenfeuche in Wusterhausen an der Dosse aufgehört hat, und seit dem 1ten April c. kein Stück Rindvieh daselbst mehr erkrankt ist, so ist die für gedachten Ort und dessen Feldmark hinsichtlich des Rindviehes angeordnet gewesene Sperre aufgehoben.

**P. 1775.**  
Juli.

Potsdam, den 22sten Juli 1817.

**No. 208.** Wegen der in dem Dorfe Brederelche, Amte Zehdenitz, entstandenen Lungenfeuche darf kein Rindvieh über die Feldmark dieses Orts gebracht werden, und muß aller Verkehr mit Rindvieh daselbst bis zur weiteren Verfügung aufhören.

**P. 1957.**  
Juli.

Potsdam, den 22sten Juli 1817.

**No. 209.** Nach einer Verfügung des Königl. Finanzministeriums vom 17ten v. M. soll das aus den überelbischen Provinzen mit Begleitscheinen eingehende, daselbst aus fremdem Bleie verfertigte Schroot mit 22 Gr. pro Zentner, gleich wie das fremde Blei, zur Konsumtionssteuerung gezogen, davon aber kein Ersatzzoll erhoben werden, weil selbiger davon links der Elbe nach eben dem Satze erlegt wird, welcher dlesselbst vom fremden Bleie zur Erhebung kommt.

**Schrooter-  
steuerung.**  
**P. 1319.**  
Juli.

Die Waisämter haben sich daher hiernach zu achten.

Potsdam, den 18ten Juli 1817.

**No. 210.** Es ist vom Herrn Finanzminister beschlossen worden, die in der Stadt Erfurt verfertigten Metallknöpfe bei dem Eingange in die Provinzen rechts der Elbe, gleich den Metall- und Messingwaaren aus den überweserschen Provinzen, dann zu handeln zu lassen, wenn solche mit Passierzetteln über die einländische Fabrikation direkt vom Fabrikationsorte Erfurt, und in verbleteten Kollie eingegeben. In diesem Fall sind sie also nach den im Ergänzungsartikl vom 19ten Januar 1814. für die überweserschen Metall- und Messingwaaren bestimmten Abgabensätzen, und zwar durchgängig mit 4 Prozent zur Besteuerung zu stehen. Es versteht sich von selbst, daß davon kein Ersatzzoll zu erheben ist.

**Verfertigung  
von Metall-  
knöpfen.**  
**P. 1613.**  
Juli.

Dieses wird daher zur Achtung hierdurch bekannt gemacht.

Potsdam, den 21sten Juli 1817.

**No. 211.** Mittelsk Rescripts des Königl. Finanzministeriums vom 26ten v. M. ist festgesetzt worden, daß von dem Herzoglich Sächsischen leinen Garne, bei dem Eingange in die übrigen Provinzen des Reichs, keine Abgabe gefordert, sondern dasselbe vom Zoll und der Akzise frei sein soll, wenn, wie sich von selbst versteht, dasselbe mit dem vorschrittsmäßigen, den Ursprung becheinigenden Zertifikate versehen ist.

**Freiung von  
Herzoglich  
Sächsischen  
leinen Garn.**  
**P. 1607.**  
Juli.

Dieses wird daher zur Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 22sten Juli 1817.















Die Loose à 6 Thlr. Pr. Courant, vertheilt und versendet vom Unterzeichneten und der Maurerschen Buchhandlung in Berlin, sind von heute an, durch alle Königl. bestellte Lotterieleute, ferner durch alle Königl. Postämter und alle Buchhandlungen zu haben. Die Ziehung geschieht im Laufe des Monats August 1817, im gewöhnlichen Lotterie-Ziehungsaal, unter Anordnung der Königl. General-Lotteriedirektion, welche auch den Druck und die Bekanntmachung der Gewinnliste veranstalten wird, und die Auslieferung der Gewinne durch oben genannte Maurersche Buchhandlung in Berlin, gleich nach Erscheinung der Gewinnliste, dem Plane und den bestehenden Lotteriegesezen gemäß.

Berlin, den 18ten Februar 1817.

J. W. Gubig,

Professor der Königl. Akademie der Künste.

Auf den Grund des Allerhöchsten Kabinettsbefehls vom 10ten November 1816 und der hohen ministeriellen Verfügung vom 27ten desselben Monats, wird die unterzeichnete Direktion an dem vorstehenden Auspielungsplan in so weit Theil nehmen, daß die Ziehung und öffentliche Bekanntmachung der Gewinne unter ihrer Leitung zu seiner Zeit erfolgen soll; welches wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen; wobei sämmtliche bestellte Lotterieleute aufgefordert werden, sich nicht allein dem Verkauf der Loose dieser Bücherauspielung zu unterziehen, sondern auch zur Erreichung des vorliegenden lobenswerthen Zweckes möglichst beizutragen.

Berlin, den 18ten Februar 1817.

Königl. Preussische General Lotteriedirektion.  
Schetzer. Hentrich.

Der Jude Joseph Levi aus Warschau ist wegen zwecklosen Herumtreibens im Lande über die Grenze geschafft worden.

#### P e r s o n a l b e s c h r e i b u n g.

Alter 20 Jahr, Größe 5 Fuß 4 Zoll, Haare braun, gewölbte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, lange spitzige Nase, mittelmäßigen Mund, blonden und wenig Bart, etwas gespaltenes Kinn, ovales Gesicht, blaße Gesichtsfarbe, mittlerer Statur.

Den 15ten Juli 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

#### S t r e c k b r i e f.

No. 23.

Der Dienstknecht Johann Haase, welcher sich auch Romanus oder Wirtze nennt, ist in der Nacht vom 6ten zum 7ten d. M., nachdem er ein Mädchen geschwängert hat, heimlich aus dem Dienst entlaufen; daher alle resp. Behörden dienstergebenst ersucht werden, denselben, wo er sich betreffen läßt, arrestiren und nach Löwenberg bei Gransee zurückbringen zu lassen.

Erremmen, am 14ten Juli 1817.

Die v. Arnstädtschen Gerichte zu Löwenberg.

Per











# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 32. —

Den 8ten August 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Sämmtliche unter unserm Ressort stehende Kassen werden hierdurch angewiesen, No. 212.  
die Zahlungslisten oder Quittungen über die auf Anweisung der Regierungskasse, Haupt- Militair-  
kasse geleisteten Militärzahlungen, sie bestehen, worin sie wollen, als Gehälter, Pen- Zahlungen.  
sionen ic., bei Vermeldung einer Strafe von 1 Thaler so an die Regierungskasse 1m2b.2868  
einzusenden, daß sie spätestens am 3ten oder 4ten eines jeden Monats bei derselben Juli.  
eingegangen sein müssen.

Potsdam, den 31sten Juli 1817.

Von dem Direktorium des Potsdamschen großen Militär-Waisenhauses zu No. 213.  
Berlin, sind unterm 10ten v. M. rücksichtlich der Qualifikation und der Erforder- Aufnahme  
nisse zur Aufnahme verwaiseter Soldatenkinder in die gedachte Anstalt, oder zu von Waisen.  
deren Unterstützung aus dem Fonds derselben, folgende grundsätzliche Bestimmungen 1. p. 1804.  
uns mitgetheilt worden, welche auf dessen Ersuchen hierdurch besonders den Land- Juli.  
räthen und Magistraten zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht werden. Zur  
Aufnahme in das Militär-Waisenhaus sind nach Maassgabe des Allerhöchst voll-  
zogenen Regulativs vom 20sten März 1792. nur ganz elternlose Soldatenkinder  
beiderlei Geschlechts von 6 bis incl. 12 Jahren, welche vollkommen gesund, und  
ohne alle Gebrechen sein müssen, geeignet. So lange der Raum der Anstalt und  
deren Fonds es gestatten, werden aber auch Halbweisen, und unter diesen vorzugs-  
weise solche Kinder berücksichtigt, deren Väter in den letzten Kriegen geblieben, oder  
in einem Feldlazarethe verstorben sind. Die Reception geschieht in 4 Terminen,  
nämlich am 1sten Januar, 1sten April, 1sten Juli, und 1sten Oktober jeden Jah-  
res. — Es muß daher der Antrag um Aufnahme zwei Monate oder wenigstens  
sechs



sechs Wochen vor dem nächsten Rezeptionstermin beim Direktorium gemacht, und mit folgenden Attesten justifizirt werden:

- 1) mit dem Todtenscheine des Vaters oder auch der Mutter, wenn diese ebenfalls nicht mehr am Leben sein sollte,
- 2) mit einem Dürftigkeitsatteste,
- 3) mit dem Tauffcheine der Kinder, und
- 4) mit einem, von einem approbirten Arzte ausgefertigten Gesundheitscheine, in welchem jedoch ausdrücklich zu bemerken ist: ob jedes Kind vollkommen gesund, und ohne alle körperliche Gebrechen sei oder nicht, und ob es schon die natürlichen oder Schutzblattern gehabt oder nicht.

Hier nächst werden, soweit die Kräfte und die Fonds des Instituts es gestatten, auf verwaisete Soldatenkinder nach den Umständen bis zum rezeptionsfähigen Alter von 6 Jahren, oder bis zum zurückgelegten 13ten Jahre Pflegegelder oder Unterstützungen ausser dem Hause gezahlt. Dieses Benefizium genießen solche Kinder, denen vollkommen Ansprüche auf Reception zustehen, und deren Vormünder, weil sie zu ihrer Erziehung anderwette Gelegenheit haben, die Geldunterstützung vorzuziehen, so wie auch diejenigen, welche theils wegen ihres Alters, theils wegen körperlicher Gebrechen, und theils wegen ermangelnden Abgangs in der Anstalt, entweder gar nicht oder doch nicht in den nächsten Rezeptionsterminen aufgenommen werden können.

Die Pflegegelder oder Unterstützungen, welche nach Maassgabe des Bedürfnisses und mit Rücksicht auf die vorhandenen Mittel nach verschiedenen Sätzen angewiesen werden, sind jedoch ihrer Natur nach nur für das laufende Bedürfnis bestimmt, und es können solche daher auf eine verfllossene Zeit nicht bezahlt werden.

Auch ist es Bedingung, daß dergleichen Kindern die Schutzblattern eingeimpft werden, wenn sie nicht bereits die natürlichen überstanden haben, oder schon früher vakziniert worden sind.

Die Anträge auf Pflegegelder müssen also:

- 1) mit dem Todtenscheine des Vaters oder auch der Mutter,
- 2) mit einem Dürftigkeitsatteste,
- 3) mit einem Tauffcheine der Kinder, und
- 4) mit einer ärztlichen Bescheinigung, daß die Kinder entweder die natürlichen oder die Schutzblattern bereits gehabt haben, begründet werden.

Uebrigens sind nur die Anträge wegen Reception und Bewilligung von Geldunterstützungen bei dem bemeldeten Direktorium in Berlin zu machen, die weitere Korrespondenzen in Betreff der Auszahlung der von ersterem schon bewilligten Pflegegelder aber mit der Administration des Militär-Waisenhauses in Potsdam zu führen.

Potsdam, den 26sten Juli 1817.



Der Herr Finanzminister hat mittelst Verfügung vom 14ten d. M. bestimmt, daß die Deckerde, womit die Zuckerbotten in den Raffinerien beschwert werden, gleich dem Thon, frei vom Ersatzoll bleiben soll; welches daher zur Achtung bekannt gemacht wird. Potsdam, den 28sten Juli 1817.

No. 214.  
Befreiung  
der Deckerde  
vom Ersatzoll;  
2. a. 2238,  
Juli.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlichen Kammergerichtes.

Das Kammergericht hat verschiedentlich zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß mehrere Untergerichte:

No. 35.

Aufnahme  
unbedingter  
Erbschafts-  
erklärungen etc.

- 1) bei der Aufnahme unbedingter Erbschaftserklärungen die Vorschriften des §. 414. Tit. 9. Theil I. des allgemeinen Landrechts unbeachtet lassen, wonach die Erklärung, eine Erbschaft ohne Vorbehalt annehmen zu wollen, eine deutliche Entsagung der Rechtswohlthat des Inventarkl. enthalten muß. Jede Entsagung, Erlaß oder Verzichtsleistung fordert allemal eine ausdrückliche Willenserklärung, und setzt, zumal bei Frauenpersonen, oder andern der Rechte unkundigen, und in den Geschäften des bürgerlichen Lebens unerfahrenen Personen, eine Belehrung über den Umfang der Rechte voraus, denen entsagt werden soll. Die unterbliebene Befolgung dieser Vorschriften erzeugt Ungewissheiten, welchen bei eifriger Aufmerksamkeit vorgebeugt werden kann. Es ist die Pflicht jedes Richters, bei seinen Amtshandlungen mit Vorsicht und pünktlicher Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zu verfahren, und dadurch die Parteien vor Schaden zu hüten.
- 2) Bei der Aufnahme von Spezialvollmachten zur Einziehung ausstehender Forderungen wird selten darauf Rücksicht genommen, daß der Bevollmächtigte sehr häufig nicht von dem Schuldner, sondern von einem Dritten Zahlung erhält. In sofern mit der Forderung Hypotheken, Pfand-, oder Rechte aus Bürgschaften verbunden sind, kann die Uebertragung derselben auf den Dritten nur durch eine Zession erfolgen.

§. 47. und folgende. Tit. 16. Theil I. des allgemeinen Landrechts.

Es ist in diesem Falle erforderlich, daß der Bevollmächtigte ausdrücklich authorisirt sein muß, Rechte zu übertragen, weil hierzu nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht notwendig ist.

§. 103. Tit. 13. Th. I. des allg. Landrechts. Reskript vom 19. Oktober 1809.

Wenn von einer Hypothekenforderung die Rede ist, kann aus der Authorisation des Bevollmächtigten zur Zession für den Machtgeber kein Nachtheil entstehen, weil in diesem Falle die Erklärungsverbindlichkeit des Zedenten nur auf die Verität der Forderung beschränkt wird, die Bonität derselben aber nicht vertreten zu werden braucht. Bei andern nichthypothekarischen Forderungen kann dagegen aus der Zession ein Nachtheil für den Machtgeber erwachsen, wenn sie nicht ausdrücklich ohne Ersklon geleistet wird.



Die Untergerichte haben bei der Aufnahme von Spezialvollmachten zur Einziehung ausstehender Forderungen den Fall der Zessionsleistung zu berücksichtigen, unter Vorhaltung der rechtlichen Folgen den Machtgeber jederzeit zu befragen, ob der Bevollmächtigte auch hierzu beauftragt sein soll, und die Erklärung darüber im Instrumente auszudrücken, damit es hiernächst beim Hypothekenverkehr keiner weiteren Rückfrage bedarf, der Umfang der Rechte eines Bevollmächtigten vielmehr klar und bestimmt aus seiner Vollmacht hervorgeht.

Berlin, am 21sten Juli 1817.

No. 36.

Geschlechtskuratel etc. im Herzogthum Sachsen.

- Von dem Königl. Land- und Stadtgericht zu Bützow ist angefragt worden:
- 1) ob die in den vormals Sächsischen Provinzen übliche Geschlechtskuratel durch die Einführung des allgemeinen Landrechts aufgehoben worden, und
  - 2) ob die gesetzliche Erbfolge in allen seit dem 1sten März d. J. entstehenden Erbfällen nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts, oder vorzugewisse nach den Provinzialgesetzen und Gewohnheiten zu beurtheilen und zu entscheiden ist?

Das Patent wegen Einführung des allgemeinen Landrechts in die, mit den Preuß. Staaten vereinigten, ehemals Sächsischen Provinzen und Distrikte vom 15ten November 1816 hat im §. 2. den allgemeinen Grundsatz aufgestellt, daß das allgemeine Landrecht mit den nachher erfolgten gesetzlichen Bestimmungen an die Stelle der bisher zur Anwendung gekommenen allgemeinen Landes- und der subsidiarischen Gesetze tritt.

Das gemeine Sachsenrecht, d. i. der Inbegriff aller derjenigen Gesetze und Gewohnheiten, welche in den gesammten Königl. Sächsischen Staaten allgemein gültige Verbindlichkeiten erzeugten, ist dadurch in den nunmehrigen Preuß. Provinzen und Distrikten aufgehoben worden. Insofern daher die Geschlechtskuratel in dem gemeinen Sachsenrechte gegründet ist, hat sie aufgehört, dergestalt, daß die Vorschriften des allgemeinen Landrechts §. 24. Tit. I. Theil I. und der allgemeinen Ver. Ordn. §. 16 — 23. und §. 25. Tit. I. Proz. Ordn., ohne Rücksicht auf die §. 24. und 26. — 29. derselben verordneten Einschränkungen, zur Anwendung kommen. Sollte sich dagegen die Geschlechtskuratel an einzelnen Orten auf Gesetze gründen, welchen die Eigenschaft von Provinzialgesetzen, d. i. von solchen Gesetzen, welche blos für einen einzelnen Distrikt oder einen einzelnen Ort gegeben worden, beigemohnt, so dauert sie nach dem §. 3. des gedachten Patents mit den vorhin erwähnten Einschränkungen fort. Zur vollständigen Uebersicht dieser etwaigen Provinzialgesetze werden die Gerichtsbehörden der vormals Sächsischen, jetzt zum Departement des Königl. Kammergerichts geschlagenen Ortschaften angewiesen, binnen 14 Tagen anzugeben, ob und was für Provinzialgesetze über diesen Gegenstand bei denselben vorhanden sind.

Die



Die zweite Anfrage erhält durch die speziellen Vorschriften des §. 9. und 10. jenes Patents ihre Erledigung. Es ist hierin mit bestimmten Worten verordnet, daß die seit dem 1sten März 1817. entstehenden Erbfälle, wenn der Erblasser keine rechtsgültige Abänderungen gemacht hat, nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts zu beurtheilen und zu entscheiden sind. Diese spezielle Vorschrift ändert für diesen Fall den im §. 3. aufgestellten allgemeinen Grundsatz ab. Eine Ausnahme hiervon findet nur bei Fideikommissstiftungen und bei Lehnseinfassungen statt. Diese sind nach Provinzialgesetzen und Gewohnheiten zu beurtheilen, bei diesen sowie in Lehnssachen überhaupt verbleibt es bei den bisherigen Gesetzen und Verfassungen, bis darüber nähere Vorschriften ertheilt werden. Die statutarischen und auf Herkommen beruhenden Erbrechte der Gräde und des Heergeräths sind jedoch schon durch die Verordnung des ehemaligen Generalgouvernements von Sachsen vom 24sten Mai 1814. aufgehoben, und es ist diese Aufhebung ausdrücklich bestätigt worden. Es kann daher auch bei Fideikommissstiftungen oder Lehnseinfassungen davon nicht weiter die Rede sein. Diese von des Herrn Justizministers Excellenz genehmigte Auslegung des Patents vom 15ten November 1816. wird hierdurch zur Erledigung erwanziger Bedenken öffentlich bekannt gemacht.

Berlin, den 21sten Juli 1817.

Da die schon früher verordnete Einreichung deutlicher Abschriften der von den Physizis und andern Medizinalpersonen erstatteten Obduktionsberichte und Gutachten bei der kompetenten Regierung ihren Zweck gänzlich verfehlt, wenn dieselbe erst nach der Reposition der Akten oder Aburteilung der Sache erfolgt, so werden sämmtliche Untergerichte im Bezirk des Kammergerichts hierdurch angewiesen, bei vorfallenden Obduktionen und andern wichtigen medizinisch gerichtlichen Untersuchungen, von den dieselben betreffenden ärztlichen Berichten und Gutachten gleich nach deren Eingange ungesäumt Abschrift bei der kompetenten Regierung einzureichen.

Berlin, den 25sten Juli 1817.

No. 37.  
Einreichung  
der Obduktions-  
berichte.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

Nachdem mißfällig bemerkt worden, daß sich Geistliche in den öffentlichen Anzeigen, in welchen die Namen derer bekannt gemacht werden, die an Sonn- und Festtagen predigen sollen, zuweilen die Titel beilegen, welche sie nur in außerkirchlichen Verhältnissen führen, so wird dieses hiermit untersagt, und haben die Herren Superintendenten und Prediger die Küster anzuweisen, daß für die sogenannten Kirchenzeittel nur Benennungen gewählt werden, welche mit geistlichen oder theologischen Aemtern und Würden überhaupt in unmittelbarer Verbindung stehen.

Berlin, den 31sten Juli 1817.

No. 14.  
Benennung  
der Geistlichen in den  
Kirchen-  
zetteln.

Ver.



## Personalehronik.

Der Regierungreferendaris Schmidt ist nach überstandnem großen Examen als Assessor beim hiesigen Regierungskollegium angestellt worden.

Der bisherige Kammergerichtreferendaris Heinhmann ist zum Kammergerichts-Assessor ernannt, und in derselben Eigenschaft an das Oberlandesgericht zu Breslau versetzt worden.

Der bisherige Kammergerichts-Referendaris Gelpke ist zum Assessor beim Oberlandesgericht in Marktenwerder ernannt worden.

## Vermischte Nachrichten.

Es sind in diesem Frühjahr längs der im vergangenen Jahre angefertigten  $3\frac{1}{2}$  Meile langen Chaussee von Michendorf bis Treuenbriesen von den angrenzenden Dorfgemeinen, unter sehr zweckmäßiger Leitung des Amtsraths Kühne zu Alt-Langerwisch, nicht nur alle Sandfelder auf ihren Feldmarken gedeckt und mit Kienäpfeln besäet, sondern auch fast alle Wege, welche von der Chaussee abgehen und solche durchschneiden, gerade gelegt und mit Bäumen bepflanzt worden. Auf diese Weise sind  $226\frac{1}{2}$  Morgen Sandland in Forstkultur gesetzt worden, ohne daß den Gemeinen mehr denn 13 Wispel Kienäpfel und 50 Pfund Kiensaamen zu Hülfe haben gegeben werden dürfen. An Bäumen sind 2347 Stück verschiedener Art von ihnen längs der obbemerkten Allee gepflanzt worden.

Bei Ausführung dieser Anlagen haben sich besonders ausgezeichnet: die Gemeinde zu Buchholz und insbesondere der dortige Gerichtschöppe Hagen, die Gemeinde zu Elsholz unter ihrem Schulzen Heese, ganz vorzüglich aber der dortige Gerichtschöppe Schulze, die Gemeinde zu Niebel und insbesondere der dortige Schulze Hagen; ferner verdienen die Gemeinen zu Brachwitz, Wittbriesen, Seddin und Michendorf eine gleiche Anerkennung ihrer vorzüglichen Thätigkeit.

Die Anlagen stehen im schönsten Wachsthum, und sind der beifälligen Zufriedenheit Sr. Majestät des Königs, mittelst einer aus Lößlich an die Königl. Regierung deshalb erlassenen Allerhöchsten Kabinettsordre vom 29ten Juni d. J. gewürdigt worden.

Solches wird hiermit zur Belobung der sich rühmlichst ausgezeichneten Gemeinen zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

(Hierbei ein Extrablatt, ingleichen das chronologische Register der im Amtsblatte für die Monate April, Mai und Juni 1817 erschienenen Verordnungen und Bekanntmachungen.)







die von der General-Lotteriedirektion angenommenen Einnehmer nach, die überdies mit einer Bestallung, Geschäftsanweisung und einem Loos-Schilde mit der Aufschrift: Königl. Preuss. kleine Staats-Lotterieleihnahme, versehen und verpflichtet sind, diese mit dem Siegelstempel der General-Lotteriedirektion bezeichneten Gegenstände ihren Spielern auf Erfordern vorzulegen, jedem derselben einen Plan unentgeltlich, auch auf Verlangen einen gedruckten, zum Gebrauch für die Spieler bestimmten Auszug der Einnehmer-Geschäftsanweisung gegen zwei Groschen zu überlassen. Die Lotteriebehörde haftet den Spielern für die aus dem Lotterie-Einnehmer-Geschäfte entspringenden Handlungen der bestellten Einnehmer, die wiederum für ihre Untereinnehmer verantwortlich sind, welche letztere sich aber des obgedachten Schildes nicht bedienen dürfen, und sich überall als Untereinnehmer ankündigen müssen. Begründete Beschwerden gegen die bestellten Einnehmer, sie mögen diese selbst, oder ihre Untereinnehmer betreffen, wird die General-Lotteriedirektion aufs schnellste abstellen.

**Einrichtung  
der Loose.**

§. 3. Sowohl die ganzen als halben Loose von No. 1 bis 50000 sind mit den Namensstempeln der Mitglieder der General-Lotterie-Direktion, und überdies mit dem Siegelstempel der letztern bezeichnet, und müssen von den betreffenden bestellten Einnehmern eigenhändig unterschrieben sein, wenn solche von der Behörde als gültig anerkannt werden sollen.

Die Ausfertigung aller andern hier nicht bezeichneten Antheilloose, sie mögen Namen und Gestalt haben, wie sie wollen, ist den Einnehmern bei der in ihrer Geschäftsanweisung bezeichneten Strafe verboten, und die Spieler werden vor dergleichen Loose wohlmeinend gewarnt, da schlechterdings darauf keine Zahlung der betreffenden Gewinne erfolgen kann.

**Einsatzgelber  
und Schreib-  
gebühren.**

§. 4. Der Einsatz für ein ganzes Loos beträgt 2 Rthlr. und für ein halbes Loos 1 Rthlr. Kurant, ohne die Schreibgebühren für den Einnehmer, welche für ein ganzes Loos 2 Gr., und für ein halbes Loos 1 Gr. betragen, und, so wie der Einsatz, auf jedem Loose vollständig abgedruckt sind.

**Ziehung.**

§. 5. Die Ziehung der Loose und ihrer Gewinne geschieht in eben der Art wie früher bei der kleinen Gelb-Lotterie, und zwar, so wie die Nachsehung und Mischung der Loose und Gewinnzettel, öffentlich in dem dazu eigens bestimmten Lotterieziehungs-saal, unter Aufsicht und Mitwirkung besonders dazu ernannter Königl. Kommissarien und vereideter Protokollführer.

Der Tag der Ziehung dieser Lotterie ist in den betreffenden Loose bemerkt.

**Gewinnlisten.**

§. 6. Sogleich nach geschehener Ziehung werden gedruckte, mit dem Siegelstempel der General-Lotteriedirektion, und mit den Namensstempeln ihrer Mitglieder versehene Gewinnlisten sowohl sämtlichen Einnehmern, als ihren Orts-, Polizeibehörden, zur öffentlichen Auslegung übermacht. Hinsichts der größeren Gewinne bis 100 Rthlr. einschliesslich, soll auch eine besondere Bekanntmachung in den hiesigen öffentlichen Blättern Statt finden.

**Auszahlung  
der Gewinne  
und Abzüge  
von denselben**

§. 7. Die Auszahlung der Gewinne erfolgt in Kurant binnen 4 Wochen nach Bekanntmachung der Gewinnliste, gegen Aushändigung der Gewinnscheine, an die betreffenden Einnehmer, und zwar bis zu den Wohnorten der letzteren postfrei



















# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

No. 33.

Den 15ten August 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

In Verfolg der im vorjährlgen Amtsblatte unter No. 245. befindlichen Bekanntmachung vom 24ten Juli v. J. wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die veranstaltete neue Auflage der beiden Jahrgänge von 1811 und 1812. des hiesigen Amtsblatts gegenwärtig vollendet ist, und befugte Amtsblätter, mit Einschluß der Register, nunmehr für den Preis von 15 gr. für jeden Jahrgang, bei dem hiesigen Postamte zu erhalten sind.

Potsdam, den 29ten Juli 1817.

No. 215.  
Neue Auflage  
des Amts-  
blatts de  
1811. und  
1812.  
I. p. 2951.  
Juli.

Das Ueberhandnehmen der Bettel der Handwerksgefallen veranlaßt uns, folgende gesetzliche Vorschriften des Landarmenreglements in Erinnerung zu bringen.

Wer bettelt, das heißt, öffentlich in oder außerhalb der Wohnungen um milde Gaben anspricht, wird in das Arbeitshaus des Distrikts abgeliefert. Dies gilt ebenfalls von den Handwerksburschen, insbesondere auch dann, wenn sie sich das sogenannte Fechten auf der Straße erlauben.

Wer einen Bettler duldet, soll deshalb jedesmal in 2 Thaler Geld, oder verhältnismäßige Geldstrafe; Krüger, Schenk, und Gastwirthe, oder andere zur guten Polizei besonders Verpflichtete sollen in die doppelte; Magistrate, Guts-eigenthümer oder ihre Stellvertreter in die vierfache Geldstrafe genommen werden.

Die Herren Räte, alle Ortsbehörden, die Forstbediente und Gensdarmen haben nach Vorschrift des §. 40. des obgedachten Reglements, auf die Befolgung dieser Vorschriften vorzüglich und streng zu halten. Die Grenz-Polizeibehörden haben die Handwerksgefallen beim Eintritt in das hiesige Departement deshalb besonders zu warnen, und sie aufmerksam zu machen, daß sie auf keine andere, als die nach den Ortsvorschriften herkömmliche und in der Verfassung begründete Unter-

No. 216.  
Bettel der  
Handwerk-  
gefallen.  
I p. 2. 1963.  
Juli.



Rückung zu rechnen haben. Auch müssen die Grenzpolizeibehörden, so lange das Edict über die Wanderbücher noch nicht erschienen ist, die Handwerksburschen mit Ein- und Durchgangspässen versehen, und nicht, wie es bisher häufig geschehen, gestatten, daß dieselben ohne Pässe ihre Reisen im hiesigen Departement fortsetzen.

Potsdam, den 31sten Juli 1817.

No. 217. Der Durchschnittspreis von dem im Monat Juli d. J. auf dem Markte zu  
Getreide und  
Touragepreise  
pro Juli  
1817.  
I. m. 431.  
August.

Der Durchschnittspreis von dem im Monat Juli d. J. auf dem Markte zu  
Berlin verkauften Getreide und Rauchs Futter hat in  $\frac{1}{2}$  Stel betragen:

1) für den Scheffel Weizen	4	Thaler	13	Gr.	9	Pf.
2) — — — Roggen	2	—	13	—	10	—
3) — — — große Gerste	2	—	2	—	—	—
4) — — — kleine Gerste	1	—	17	—	1	—
5) — — — Hafer	1	—	12	—	9	—
6) — — Zentner Heu	1	—	3	—	8	—
7) — das Schock Stroh	8	—	12	—	—	—

Die Durchschnittspreise betragen in  $\frac{1}{2}$  Stel

für das Quart Weißbier	1	Gr.	8	Pf.
— — — Braunkbier	1	—	5	—
— — — Brantwein	5	—	2	—

Potsdam, den 9ten August 1817.

No. 218. In Verfolg der Verfügung vom 30sten März 1814., (Amtsblatt pro 1814.  
Gewerbsbetrie- No. 108.) den Gewerbsbetrieb auf westphälische Patente betreffend, wird hierdurch  
trieb.  
näher bekannt gemacht:

2. 2. 166.  
August.

daß alle Bewohner der Preussischen Provinzen jenseits der Elbe, ohne Unterschied, ob sie zum vormaligen Königreich Westphalen oder zu einer andern Provinz gehören, welche durch Patente, oder wo solche nicht gebräuchlich sind, durch Atteste ihrer Regierungen glaubhaft nachweisen, daß sie dort ihres Gewerbes wegen besteuert werden, auf den Grund dieser Patente oder Atteste in Gemäßheit einer Bestimmung des Herrn Finanzministers vom 16ten v. M. ihr Gewerbe in dem ganzen Umfange der Monarchie stehend betreiben dürfen, und daß dieser Fall auch umgekehrt bei den Bewohnern der Preussischen Provinzen, diesseits der Elbe rücksichtlich ihres Gewerbsbetriebes in den jenseitigen Provinzen eintrete.

Für den Hausirhandel ist aber außer dem Gewerbschulne oder Patente oder Atteste, noch die besondere Genehmigung derjenigen Regierung, in deren Bezirke das Gewerbe hausirend betrieben werden soll, erforderlich, und solche jedesmal dem Befehl vom 7ten September 1811. §. 140. gemäß nachzuholen.

Potsdam, den 7ten August 1817.



### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königlich-Kammergerichts.

Sämmtliche Untergerichte im Departement des Königl. Kammergerichts werden hierdurch aufgefordert, die Kosten des Drucks des 7ten Verzeichnisses der vom 1sten März bis zum letzten April 1817 bei ihnen erlassenen Ediktalvorladungen an die Kammergerichts-Salarkasse zu zahlen. No. 38.  
Ediktalita-  
tionen.

Die Namen der einzelnen Sachen, in welchen die Kosten entstanden sind, werden die Untergerichte durch Extrakte aus dem oben genannten Verzeichnisse ersenden, welche ihnen von der Kammergerichts-Salarkasse zugefertigt werden sollen.

Berlin, den 31sten Juli 1817.

### P e r s o n a l c h r o n i k.

Dem Lieutenant **B e h m** ist bei Verwaltung des ihm ertheilten Revierförsterdienstes zu Böghow, das Präbikat als Oberförster bewilligt worden.

Der Militär supernumerarius **F i s c h e r** ist zum Thorvisitator in Potsdam, und der invalide Gardefergeant **K r a n o f f s k y** zum Baumschleifer an der langen Brücke ebenbaselbst bestellt worden.

Der bisherige Kammergerichts-Kanzlist **W e i ß m a n n** ist auf sein Ansuchen seines Dienstes mit einer Pension entlassen worden.

### V e r m i s c h t e N a c h r i c h t e n.

#### U e b e r s i c h t

von den im Herbst 1816 und im Frühjahr 1817 auf den Wollmärkten zu Berlin, Breslau und Landsberg an der Warthe statt gehabten Umsätzen und von den für die verschiedenen Sorten Wolle bezahlten Preisen.

#### I. In Berlin

wurden 1) verkauft im Frühjahr 1817. 60041½ schwere Stein

2) die Preise waren

für veredelte Wolle 16 Thlr. 16 Gr. bis 37 Thlr. für den schweren Stein

    mittlere       ,   8   ,   12   ,   ,   18   ,   12 Gr.

    ordinäre     ,   6   ,   —   ,   ,   8   ,   12   ,

#### II. In Breslau

wurden 1) verkauft a. im Herbst 1816. 50897 schwere Stein

                  b. im Frühjahr 1817. 90922       ,       ,

2) die Preise waren für den schweren Stein

    a. im Herbst 1816.

    für extrafeine Wolle 19 bis 24 Thlr.

    feine               ,   16   ,   18   ,

    mittlere         ,   14   ,   16   ,

    geringste       ,   10   ,   12   ,

    b. im Frühjahr 1817.

    .   .   28 bis 30 Thlr.

    .   .   18   ,   20   ,

    .   .   12   ,   14   ,

    .   .   9   ,   11   ,

#### III. In



III. In Landsberg an der Warthe			
wurden 1) verkauft	a. im Oktober 1816.	10772 schwere Stein	
	b. im Juni 1817.	17609	
2) die Preise waren für den schweren Stein			
	a. im Herbst 1816.		b. im Frühsahr 1817.
für ganz veredelte	18 Thlr. 12 Gr.		20 bis 24 Thlr.
halb veredelte	13 Thlr. bis 13 Thlr. 12 Gr.		11 " 14 "
ordinaire	8 Thlr. 12 Gr. bis 9 Thlr. 12 Gr.		7 " 10 "

### Sperre der Marienthalschen Schleuse.

Wegen einer vorzunehmenden Reparatur wird die Marienthalsche Schleuse im Wehrowkanal vom 15ten August bis zum 15ten Oktober d. J. gesperrt sein.

### Geschenke an Kirchen und Schulen.

Nachbenannten Kirchen sind bei verschiedenen Gelegenheiten folgende Geschenke gemacht worden. A. Der Kirche zu Rudow: 1) von der Gemeinde ein Kronleuchter; 2) vom Mühlentmüller Brand, bei der vorjährigen Todtenfeier der Vaterlandsvertheidiger, eine schwarze Tuchdecke mit weißen Frangen, worin unter einem silbernen Kreuze die in Silber gestickte Inschrift: Friede Gottes den Entschlafenen! befindlich ist; 3) von der Predigerfrau eine weiße Kanzelpuldecke mit einem schwarzen Kreuze; 4) vom Kaufmann Karl Lange in Berlin ein gläserner Kronleuchter. — B. Der Kirche zu Schönfeld: 1) vom Königl. Domklichen Direktorium zwei moderne innerne Altarleuchter; 2) von der Gemeinde die dazu gehörigen Kerzen in fortwährender Ersetzung; 3) von dem jetzigen Gutsbesitzer, Theaterkassen-Reendanten Jacobi, ein scharlachrother Tuchbehang für die Kanzel und das Kanzelpult; 4) von dem ehemaligen Gutsbesitzer Werner eine weiße Altardecke; 5) von der Gemeinde eine Altardecke von violetttem Atlas mit seidenen Frangen; 6) von dem Bauer Solberg eine gleiche Kanzelpuldecke mit der in Silber gestickten Inschrift: dem wackeren J. Leiden! — C. Der Kirche zu Selchow: 1) vom Gutsbesitzer Schneider, dem Prediger und der Gemeinde eine hellblaue Atlasdecke auf dem Altar und den Altarleihen, so wie auf dem Kanzelpult, desgleichen eine weiße Decke; 2) vom Kaufmann Karl Lange in Berlin ein gläserner Kronleuchter. — D. Der Kirche zu Wasmannsdorff: 1) vom Amtmann Aldebusch in Dipensee eine weiße Taufsteindecke mit grünen Frangen; 2) von der verstorbenen Amtmann Bamühl in Dipensee eine weiße Altardecke. Auch haben der Gutsbesitzer und die Gemeinde zu Selchow dem dortigen Schullehrer für jetzt und die künftigen Zeiten aus freien Stücken zwei Morgen Land und eine Wiese von einer kleinen Fuhre Heu ausgelegt. —

(Hierbei ein Extrablatt.)







Der mittelst Steckbriefes vom 13ten Mai d. J. verfolgte Gerichtsflener August Hauslein hat sich wiederum unterm 8ten d. M. hieselbst eingefunden.  
Prenzlau, den 9ten Juli 1817.

Königliches Preussisches Stadgericht.

Der mittelst Steckbriefes vom 11ten Juli d. J. verfolgte Topfblinder Joachim Michael Schulze (Amtsblatt 30.) ist gegenwärtig gefänglich eingezogen.  
Wusterhausen an der Dosse, den 8ten August 1817.

Gräflich von Königsmark'sche Gerichte zu Berlin.

In der Nacht vom 5ten zum 6ten d. M. sind von der Weide zu Sieversdorf hiesigen Amtes zwei Pferde:

- 1) eine hellbraune Stute mit Stern und Schulp und an der linken Lende mit S. D. gebrannt, 9 Jahr alt, 5 Fuß groß, dem Bauer Caspar Dräger gehörig,
- 2) ein hellbrauner Wallach mit Bleß, 6 Jahr alt, 4 Fuß 10 — 11 Zoll groß, dem Bauer Christian Bogmann gehörig, gestohlen worden.

Es wird daher ein jeder vor dem Ankauf dieser Pferde gewarnt, und zugleich ersucht, im Fall ihm dieselben zu Gesicht kommen sollten, sie anhalten und gegen Erstattung der Kosten hieher abliefern zu lassen.

Dreß, den 7ten August 1817.

Königl. Preuss. Amt Neustadt an der Dosse.

Im Auftrag der Wittwe des hieselbst verstorbenen Kammerraths Möldechen werde ich deren hieselbst und zu Mehria im Oberbruche belegenen Grundstücke meistbietend verkaufen, wozu ein Termin auf den 5ten September d. J. Vormittags um 10 Uhr in dem dazu gehörigen Wohnhause zu Wilezen angesetzt worden, und Kauflustige hiermit eingeladen werden.

Die hier belegenen Grundstücke bestehen

- a. aus einem hart an der Stadt vor 12 Jahren ganz massiv erbaueten großen Wohnhause, mit einem dabel befindlichen zur Ackerwirthschaft eingerichteten Gehöfte von 2 Scheunen, Ochsen-, Kuh-, Pferde-, Federvieh- und Holzställen, Schweinekoben, Wagenremisen, einem Waschhause, einem Wohnhause für das Gesinde und einem Taubenhause, welche sämmtliche Gebäude von gesprengten Feldsteinen gleichfalls vor 12 Jahren ganz massiv erbauet sind, und wird das Ganze von einem großen Garten und ehemaligen Weinberge auf 3 Seiten umgeben, wogegen es mit der vierten Seite hart an der Straße nach Berlin liegt;
- b. aus mehreren auf der hiesigen Feldmark belegenen Ackerstücken und Wiesen, welche zusammen einen ungefähren Flächeninhalt von 90 bis 100 Morgen enthalten;
- c. aus







Der Burghof zu Wittenberge, bestehend in einem großen Wohn-, einem Wirtschaftshause, in mehreren Ställen und in drei Obst- und Gemüsegärten — allenfalls auch noch in mehreren Gebäuden und Grundstücken — und zum angenehmen Wohnsitz einer Familie eingerichtet, auch zur Anlegung einer Fabrik geeignet, soll mit den Gutsfreizeiten und frei von allen Abgaben und Lasten, den 30sten August d. J., Vormittags elf Uhr, auf der Gerichtsstube daselbst meistbietend verkauft werden.

Wittenberge, den 28sten Juli 1817.

Der Magistrat.

---

### A v e r t i s s e m e n t.

Auf höhere Anordnung soll der beim Königl. Rentamte zu Belgig vorräthige Roggen, an circa

60 Wispel Belgiger Maas,

in ganzen Wispeln, gegen sofortige halb in Reurant und halb in Tresorscheinen oder gestempelten Kassenscheinen, zu leistende Bezahlung an den Meistbietenden öffentlich verkauft werden. Als Lizitationstermin wird der

22ste August d. J.

festgesetzt, und das unterzeichnete Rentamt ladet nunmehr alle Kaufliebhaber ein, an dem bestimmten Tage Vormittags um 9 Uhr im Expeditionslokal des Rentamts sich einzufinden, wo denn die Lizitation sofort ihren Anfang nehmen und der Zuschlag an den Meistbietenden erfolgen wird. Der zum Verkauf gestellte Roggen ist übrigens sehr gut konservirt, gänzlich tabellos, und kann auf 6 Meilen weit gegen eine kleine Remuneration von 3 Gr. 8 Pf. pro 12 Scheffel, bis Potsdam, Brandenburg, Pöhlau, Coswig, Wittenberg, Elster und Zerbst von den Amtsanführern verfahren werden.

Belzig, am 5ten August 1817.

Das Königl. Rentamt daselbst.

---

### Rumpfsches Handbuch über die Stempelgesetze.

Der bei der Königl. Regierung zu Berlin angestellte expedirende Sekretär Rumpf hat vor kurzem ein vollständiges Handbuch über die Stempelgesetze für die Preussische Monarchie, in dem Hannschen Verlage daselbst herausgegeben, welchem Tabellen über sämmtliche Stempelarten nebst einem alphabetischen Sachregister beigefügt sind.

---

Ich zeige hiermit ergebenst an, daß ich alle Verschäftsflechter Arbeit in Stahl, Messing und Silber verfertige. Indem ich mich dem hochgeehrten Publikum empfehle, verspreche ich zugleich billige Preise und prompte Bedienung.

Landenberg an der Warthe, den 14ten Juli 1817.

M. W. Laffaly, Graveur and Wappenflechter.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 34. —

Den 22sten August 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

**Zu dem im November d. J. anfangenden Hebammenunterrichte im Berlin haben** **No. 219.**  
sich diejenigen Frauen, welche denselben benützen wollen, zuvor bei dem gegenwärtig **Hebammen-**  
angestellten Hebammenlehrer Doktor Haul in Berlin zu melden; und demselben vor- **unterricht in**  
zulegen **Berlin.**

- 1) ein Zeugniß des betreffenden Kreises, oder Stadtphysici, daß sie zur Erlernung **I. p. 270.**  
der Hebammenkunst geschickt sind, **August.**
- 2) das Zeugniß ihres Vaters über ihren unsadelhaften Lebenswandel,
- 3) die Zusicherung des Landraths oder der Orts-Polizeibehörde, daß sie nach  
erhaltenem Fähigkeitszeugnisse als Hebammen angeeignet werden sollen.

Diejenigen Personen, welche sich zu spät melden sollten, können für dieses Jahr nicht angenommen werden. Diejenigen, welche schwachhörig, gebrechlich, krank, oder zu alt sind, nicht fertig lesen können, oder die zur Fassung des Unterrichtes nöthigen Geistesfähigkeiten nicht besitzen, müssen zurückgewiesen werden.

Potsdam, den 10ten August 1817.

Der Herr Vollzeimnister hat eine Nachweisung der Besoldungen von den **No. 220.**  
sämmtlichen städtischen Offizianten verlangt. **Besoldungen**

Die sämmtlichen Magistrate werden daher hierdurch aufgefordert, diese Nach- **der städtischen**  
weisung Hinsichts der bei denselben vorhandenen Offizianten dieser Klasse einzurei- **Offizianten.**  
chen. Die Magistratsmitglieder bleiben hiervon ausgeschlossen, da sie schon in den **I. p. 3085.**  
frühern, durch die Bekanntmachung vom 10. Mai c. (Amtsblatt Stück 21. Nr. 139.) **Juni,**  
erforderten Nachweisungen verzeichnet sind.

Potsdam, den 14ten August 1817.



No. 221.  
Prämie für  
ausgelebte  
Lautstimmte.  
2.2.1.C.493.  
August.

In Gemäßheit einer allerhöchsten Kabinettsordre vom 16ten Juni d. J. soll denjenigen Künstlern und Handwerkern, welche einen Lautstimmten als Lehrling annehmen und auslehren, eine Prämie von fünfzig Thalern gezahlt werden.

Die Auszahlung dieser Prämie ist in vorkommenden Fällen bei uns nachzusuchen.

Potsdam, den 14ten August 1817.

### Geschenke an Kirchen und Schulen.

Die Gemeinden zu Schönermark und Traas beschenkten ihre Kirchen mit schwarzen Altarbehängen; die Gemeinde zu Sonnenberg kaufte für ihre Kirche eine neue Glocke; die Kirche zu Baumgarten erhielt vom Kossäthen Pleßow eine weiße baumwollene Altardecke, die Kirche zu Lindow von zweien Freundinnen einen Armleuchter von englischem Zinn und eine schwarze Altardecke, desgleichen von der Domina des Stifts daselbst, Fräulein v. Lichnowska, zum Gebrauch am Charfreitage und bei der Todtenfeier einen schwarzen Altarbehang zum Geschenk. Die Gemeinde in Keller verehrte ihrer Kirche einen Kronleuchter und eine schwarze Altardecke; die Gemeinde in Herzberg schenkte der dasigen Kirche am Friedensfeste eine Krone von englischem Zinn mit 12 Wachskerzen, und bei der Todtenfeier eine schwarze Altardecke, nebst einem Behang des Kanzelpulks. Vom Bauer Joachim Krause erhielt die Schule im letztern Orte eine eiserne Uhr. Den Kirchen zu Rüttenitz, Schönerberg und Linde wurden von den Gemeinden schwarze Altardecken, so wie der Schule in Zühlen vom dortigen Schulvorsteher Kelsch 18 auf Pappe geklebte Vorschriften zum Geschenk gemacht. Die Wittwe Kreften beschenkte die Kirche in Gräben mit einer schwarzen Altardecke, und die Gemeinde zu Menz die dasige Kirche mit einem schwarzen Altarbehang mit silbernen Frangen, und einer schwarzen Altardecke mit silbernen Treffen. Die Kirche zu Seebeck erhielt von einzelnen Gemeinmitgliedern an Geschenken: einen Taufstein mit einem Behang von schwarzem Tuche mit weißen Besatz, eine schwarze Altardecke, einen Klingbeutel von schwarzem Sammet mit weißen Frangen, und einen weißbaumwollenen Kanzelbehang, desgleichen die Kirche zu Strubensee ebenfalls von mehreren Gliedern ihrer Gemeinde einen schwarzen Altar- und Kanzelbehang, und ein Gesangbuch, zum Gebrauch für den Prediger bestimmt, und endlich die Kirche zu Rönnebeck von verschiedenen Gemeinmitgliedern einen Altarbehang, eine Decke für den Taufstein, mehrere Tücher, Wachelichte u. s. w. —

Die Gemeinden zu Warnow, Redenzien und Plunow haben sich schon seit vielen Jahren beflusst, zum Besten und zur Verschönerung ihrer Kirchen freiwillige Beiträge zu spenden, und namentlich bisher jedergest die Ausgabe für die erforderlichen Wachkerzen aus eigenen Mitteln bestreiten. Besonders hat sich die Gemeinde zu Redenzien in den letzten Jahren durch freiwillige Gaben an baarem Gelde ausgezeichnet, auch im laufenden Jahre ihrer Kirche eine weiße Altardecke von Damast zum Geschenk gemacht. Außerdem verehrte noch der dortige Kirchenvorsteher Hedt der Kirche eine rote Decke für Altar und Kanzel. —

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

34sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

## Stechbriefe.

**Die** unten näher signallirten Gebrüder David und Friedrich Feder, aus **No. 26.**  
Sadow in der Mypriegniz gebürtig, welche wegen großen Verdachts der Theilnahme  
an einem Pferdebstahl auf unsere Verfügung eingezogen worden, sind in der  
Nacht vom 3ten zum 4ten d. M. aus dem hiesigen Kriminalgefängnisse entwichen.

Sämmtliche resp. Militär- und Polizeibehörden werden hiermit ganz ergebenst  
ersucht, auf diese gefährliche Flüchtlinge genau zu vigiliren, solche im Vertrags-  
fall anzuhalten, und gegen Erstattung der Kosten an uns abliefern zu lassen.

Wlitsch, den 6ten August 1817.

Der Magistrat.

## Signalement.

David Feder ist 19 Jahr alt, 5 Fuß 4 Zoll groß, hat braunes abgeschnitt-  
enes Haar, braune Augenbraunen, eine freie Stirn, blaue Augen, kleine Nase,  
gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rades Kinn, rundes Gesicht, gesunde Ge-  
sichtsfarbe; sein Kopf ist rund und klein.

Friedrich Feder ist 23 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, hat braunes abges-  
chnittenes Haar, braune Augenbraunen, eine freie Stirn, blau Augen, gewöhnliche  
Nase und Mund, langes Kinn, ovales Gesicht, ist blasser Gesichtsfarbe, und von  
hagerer Statur.

Bei ihrer Entweichung waren dieselben bekleidet: der David Feder mit ei-  
ner blautuchnen Jacke, roth und gelbbunter manchesternen Weste, langen blautuchnen  
Hosen, übrigens aber ohne Hemde, Hut, Stiefeln oder Schuhe, und der  
Friedrich Feder mit einem runden Hut, einem blautuchnen Ueberrock, einer  
roth, und gelbbunten manchesternen Weste, mit blauen Tuchhosen und wollenen  
Strümpfen, sonst ohne Hemde, Schuhe und Stiefeln.

Der beim hiesigen Fressmacher Ludecke in Dienst gestandene Ochsenknecht **No. 27.**  
Johann Christian Otto und der Tuchmacherlehrling Johann Christian  
Anack, welche wegen begangenen Diebstahls zur Untersuchung und gefänglichen  
Haft gezogen worden, haben in der Nacht vom 3ten zum 4ten August Gelegenheit  
gefunden, in Gemeinschaft mit den beiden, vom hiesigen Magistrat gefänglich ein-  
gezogenen Gebrüdern Feder, mittelst Ausbruch aus dem hiesigen Kriminalgefängnis  
zu entfliehen. Es werden daher alle resp. Militär- und Polizeibehörden unter Ent-  
scheidung zu ähnlichen Gegendiensten geziemend ersucht, auf diese, unten näher be-  
zeichneten Verbrecher vigiliren, sie im Vertragsfalle arretilren, und auf unsere Ko-  
sten an uns abliefern zu lassen.

Wlitsch, den 8ten August 1817.

Königliches Preussisches Stadtgericht hier selbst.

Elg.



### Signallement.

Der Otto ist etwa 4½ Fuß groß, schlank gewachsen, hat blondes abgeschnittenes Haar, dergleichen Augenbrauen, rundes munteres Gesicht und blaue Augen. Seine Kleidung ist ein schwarzseidener Halstuch, ein alter grautuchener Ueberrock, eine gelbe Zeugweste und ein Paar kurzleiderne Beinkleider.

Der Knack ist ohngefähr 4½ Fuß groß, hat schwarzbraunes Haar und Augenbraunen, rundes gesundes Gesicht, braune Augen und schiefen Mund. Er trug eine grautuchene Jacke, lange weiße leinene Hosen, leinenen Halstuch und Weste.

Beide gehen barfuß, und tragen kein Hemde.

No. 28.

Der in Berman unweit Wilezen wohnhaft gewesene Tagelöhner Friedrich Wleland oder Wellaand ist eines am 27sten Mal d. J. in Schulzenborn verübten Diebstahls sehr verdächtig, daher sämmtliche Zivil- und Militärbehörden hiermit ersucht werden, denselben, wo er sich betreten läßt, zu arrestiren, und uns solches be-  
hufs seiner Abholung anzuzeigen.

Wilezen, den 11ten August 1817.

Von Pfuelsche Berichte zu Schulzenborn.

### Personbeschreibung.

Der Wleland ist 26 bis 28 Jahre alt, 5 Fuß 5 Zoll ungefähr groß, von starker Constitution, rothen frischen und glatten Gesichts, hat blondbraune Haare, blaue Augen, etwas gebogene Nase. Er ist wahrscheinlich bekleidet mit einem blau-  
tuchenen Bauerrock, runden schwarzen Hute mit schwarzen Bande eingefast und grün-  
lich grauen Hosen, welche Kleidungsstücke sämmtlich gut und beinahe neu sind.

No. 29.

Der hierunter näher signallirte Gottlob Stuck hat Gelegenheit gefunden, auf dem Transport von hier nach Baruth, in der Heide ohnweit Märzdorf, seinen Führern zu entspringen. Alle resp. Vollziehbehörden werden daher ergebenst ersucht, denselben, wo er sich betreffen läßt, zu verhaften und unter sicherer Eskorte an uns abzuliefern.

Züterbogk, am 12ten August 1817.

Der Magistrat.

### Signallement.

Der Gottlob Stuck ist 22 Jahr alt, 5 Fuß 9 Zoll groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, graue Augen, lange Nase, rundes Kinn, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, und übrigens eine schlanke Statur.

Auf dem Lüprowschen Bauerngute zu Söllentzlin sollen am 10ten September d. J. Vormittags 10 Uhr 34 Eichen auf dem Stamm, welche auf 392 Tplr. 6 Gr. taxirt sind, öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Wilsnack, den 27sten Juli 1817.

Das von Salbernsche Vericht zu Klein-Leppin.



# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 35. —

Den 29sten August 1817.

### Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 12te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

No. 430. Die Verordnung vom 20sten Juni 1817, wegen Organisation der General-Kommissionen und der Revisions-Kollegien zur Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, insgleichen wegen des Geschäftsbetriebes bei diesen Behörden.

Das diesjährige 13te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält die Verordnung vom 1sten August 1817. unter

No. 431. wegen Einführung des Vierundzwanzigjährigen statt des bisherigen Einundzwanzigjährigen Majoritätsalterstermins im Fürstenthume Erfurt und Amte Wandersleben;

No. 432. über die in dem vormaligen Herzogthum Warschau gegen Preussische Unterthanen ergangenen Kontumacialerkenntnisse;

No. 433. über die Entrichtung u. Einziehung des Gerichtsstempels in Prozeßten, und

No. 434. betreffend die Verschuldung der Lehen und Fideikomnisse, wegen der aus den vergangenen Kriegen herrührenden Schäden und Lasten.

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Des Königs Majestät haben mittelst Kabinettsordre vom 2ten Januar c. die Brigadiers der Artillerie den Regimentskommandeurs gleich zu stellen geruhet.

Der Königl. Regierung wird dies bekannt gemacht, um sich hiernach in Ansehung der Zahlung des Servises an diese Brigadiers zu achten.

Berlin, den 29sten Juli 1817.

An

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung

die Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach obiger Bestimmung haben die Behörden die Zahlung des Servises vom 1sten d. M. ab zu leisten.

Potsdam, den 16ten August 1817.

No. 222.

Servis für die Brigadiers der Artillerie.

I. m. 1185.  
August.



No. 223.

Militair-  
pflichtigkeit  
der jüdischen  
Staatsbür-  
ger.

I. m. 2069.  
August.

Der Königl. Regierung wird hierdurch zur Nachsicht und Achtung eröffnet, daß die jüdischen Einwohner, welche das Staatsbürger-Recht besitzen, der Militairpflichtigkeit gleich allen andern Preussischen Staatsbürgern unterworfen sind.

Berlin, den 12ten August 1817.

An

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

die Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach obiger Bestimmung haben sich die Behörden und jüdischen Einwohner zu achten.  
Potsdam, den 21sten August 1817.

No. 224.

Transport der  
Verbrecher u.  
Wagabonden.  
I. p. 440.  
August.

Wenn gleich die General-Transportinstruktion vom 16ten September 1816 und die, in deren Gemäßheit und zu deren Ausführung von den Königl. Regierungen erlassenen Verfügungen im Transportwesen, die darin früher statt gehabtten Mißbräuche abgestellt, und an deren Stelle Ordnung und Festigkeit des Verfahrens eingeführt, und mithin ihren Zweck schon gegenwärtig ziemlich vollständig erreicht haben; so sind doch zur näheren Erläuterung der General-Transportinstruktion nachstehende Bestimmungen für nothwendig erachtet worden.

§. I.

Zu §. 1.

Da hin und wieder darüber, ob durch die General-Transportinstruktion vom 16ten September 1816 das in einigen Provinzen der Monarchie ehemals üblich gewesene Schubverfahren in Ansehung der Verbrecher und Wagabonden aufgehoben worden, Zweifel entstanden ist; so wird hiermit ausdrücklich bestimmt, daß dies Schubverfahren allerdings aufgehoben, und beim Transport von Verbrechern und Wagabonden nur das unterm 16. September v. J. angeordnete Verfahren statt hat.

§. II.

Zu §. 1.

Es ist bemerkt worden, daß hin und wieder die Behörden die Wagabonden-transporte unnöthigerweise vervielfachen, und auf denselben Individuen geben, die für die öffentliche Sicherheit nicht gefährlich, ja nicht einmal verdächtig sind, sondern welchen nur leichte polizeiliche Vergehen, z. B. einmaliges Betteln, oder nur unerhebliche, keinen Verdacht begründende Mängel im Passe und in dessen Visirung zur Last fallen. Es bedarf, um dergleichen Individuen in ihre Heimath zurückzuschaffen, nicht immer des Transportes, sondern es kann oft dieser Zweck durch Ertheilung eines Passes erreicht werden, in welchem dem Inhaber eine ganz spezielle Reiseroute vorgeschrieben, und die Polizeibehörden, so wie die Gendarmen er sucht werden, ihn, wenn er sich außerhalb derselben sollte betreten lassen, in Gemäßheit des §. 38. der General-Passinstruktion vom 12ten d. M. anzuhalten und als verdächtig zu behandeln.

Die Polizeibehörden haben daher hierauf genau zu achten, und in den Fällen, in welchen nach den Verhältnissen des Menschen, der Nähe seiner Heimath, des Grades seiner Zurückschickung in dieselbe, oder nach andern Umständen, die Rück-  
sens



senbung mittelst Passes oder bloßer Weisung genügt, und eben so sicher ist, einen Transport nicht anzuordnen. Vollziehbehörden, welche offenbar unnöthige und überflüssige Transporte anordnen, sind für die dadurch entstandenen Kosten verantwortlich.

§. III.

Zu §. 6.

Es ist ferner darüber Zweifel entstanden, ob bei dem Transport eines ausländischen Wagabonden der nächste und geradeste Transportweg nach der Entfernung des Arrestungsortes von der nächsten Grenze des Landes, wohin der Wagonde gebracht werden soll, oder nach der Entfernung des Arrestungsortes von dem eigentlichen Geburtsorte des Transportanden zu berechnen sei, und wird daher zur Vorbeugung fernerer Zweifel hiermit bestimmt, daß dabei nicht so sehr auf den eigentlichen Geburtsort des Transportanden, als vielmehr auf die Nähe der Grenze des Landes, welchem derselbe angehört und wohin er gebracht werden soll, Rücksicht zu nehmen, mithin der Transportande an die, dem Arrestungsorte zunächst gelegene Vollziehbehörde des Auslandes, welchem er angehört, abzuliefern, und derselben der weitere Transport nach seinem Geburtsorte zu überlassen ist.

§. IV.

Zu §. 9. No. II.

Die Vollziehbehörden verfahren bei Bewilligung des Wagentransports nicht immer mit der erforderlichen Vorsicht in Ausmittelung der Nothwendigkeit desselben. Sie werden daher wiederholentlich erinnert, hierbei in Gemäßheit der Vorschrift der Generalinstruktion vom 16ten September 1816 §. 9. No. II. genau zu verfahren; insonderheit ist es unzulässig, wegen einer, den Transportanden vor dem Transporte, oder auf demselben überfallenden geringen oder durch ärztliche Behandlung bald zu hebenden Unpäßlichkeit, den Wagentransport anzuordnen, es muß vielmehr solchenfalls, wenn nicht Gefahr im Verzuge des Transports vorhanden ist, bis zur Herstellung des vor oder auf dem Transporte Erkrankten dem Transporte Abstand gegeben werden, und sind die Vollziehbehörden für die durch Vernachlässigung dieser Vorschrift verursachten Kosten verantwortlich.

§. V.

Zu §. 11.

Wenn es gleich in Ansehung der Stärke der Begleitung bei der Bestimmung des §. 11. verbleiben muß, so ist doch beim Transport eines Individuums, welches kein besonderer Verdacht eines Verbrechens trifft, und das nicht zu den eigentlichen und gefährlichen Landstreichern gehört, sondern nur wegen Mangels an Legitimation transportirt wird, vorzüglich bei nicht ausgezeichnete Körperstärke und Gewandtheit, nach den von der Vollziehbehörde zu beurtheilenden nähern Verhältnissen ein tüchtiger, handfester und mit den vorschristsmäßigen Verwundungsmitteln versehener Begleiter hinreichend.



§. VI.

Zu §. 12 und 13.

Zu den zu erstattenden Kosten gehören jedoch nicht diejenigen, welche nach der Verfassung einer jeden Provinz, von den Kommunen als Kommunallast unentgeltlich geleistet werden müssen, und finden insbesondere Meßgeld und andere Vergütung der, vermöge Kommunal-Dienstpflicht gestellten Transporteurs nur in denjenigen Reglerungsbezirken statt, in welchen nach der Provinzialverfassung ihre Staatshaftigkeit von der Königl. Regierung ausdrücklich ausgesprochen und öffentlich bekannt gemacht ist.

§. VII.

Zu §. 13. und 14.

Die Polizeibehörden müssen die Transportkosten schneller, als bisher oft geschehen ist, sich gegenseitig erstatten, und die gegen deren Ansatz etwa habenden Erklärungen nachher ausmachen.

Den Königl. Regierungen wird nachgegeben, denjenigen Polizeibehörden, welche dergleichen Auslagen oft treffen, und deren Verhältnisse bedeutende Vorschüsse nicht gestatten, aus dem allgemeinen Polizeifonds ihres Departements eiserne Vorschüsse zu bewilligen, auf deren Einziehung jedoch strenge und sorgfältig Bedacht zu nehmen ist.

Den Königl. Regierungen wird empfohlen, die in Ansehung der Kosten-erstattung von Seiten der auswärtigen Behörden oft noch vorhandene Hindernisse, durch Kommunikation und Rücksprache mit denselben, oder auf andere angemessene Art zu beseitigen.

Zum §. 14. der General-Transportinstruktion wird nachgelassen, daß bei den durch mehrere Reglerungsdepartements auf Kosten des Reglerungsfonds gehenden Transporten, die letzte Etappe eines jeden Reglerungsdepartements bei der ihr vorgesetzten Regierung die in deren Departement erwachsenen Kosten liquidirt; das Original des Transportzettels muß jedoch weiter gesandt, und der Regierung nur in beglaubter Abschrift vorgelegt werden.

§. VIII.

Zu §. 15.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß auf die Ausmittelung der Heimath der Bagabonden die gehörige Aufmerksamkeit keinesweges allenthalben verwandt, sondern deshalb der bloßen Angabe des Transportanden selbst oft zu viel Glauben beigemessen, und dadurch eine Reihe ganz unnöthiger Transporte veranlaßt worden.

Die absendenden Behörden werden daher gemessenst angewiesen, hierauf mehr Aufmerksamkeit zu richten, die Absendung der Bagabonden nach ihrer angeblichen Heimath, nicht bloß auf deren eigene Angabe, sondern wenn dieselbe nicht durch andere Gründe und die Verhältnisse des vorliegenden Falles unterstützt ist, nur nach vorgängiger Ermittlung der Wahrheit, und nöthigenfalls deshalb bei der Empfangsbehörde angestellter Erkundigung zu verfügen.

Den



Den Transportanten ist hierbei nach Anweisung der allgemeinen Rekrutalordnung §. 275. und 292. und der allgemeinen Gerichtsordnung Ehl. 1. Tit. 23. §. 52. No. 4. zu eröffnen, daß sie bei Vermeidung nachdrücklicher Züchtigung aller unwahren Angaben über ihre Heimath sich sorgfältig zu enthalten haben, und die dennoch von ihnen begangenen Lügen sind von der Polizeibehörde des Ortes, wo sie auf den Grund ihres falschen Vorgebens abgeliefert worden, polizeimäßig zu bestrafen, als zu welchem Ende die Absendungsbehörde das Protokoll, zu welchem der Wagonbonde verwarnet worden, dem Transportzettel mit beizulegen hat.

Wegen eines unrichtig geleiteten Transportes darf jedoch unter inländischen Behörden die Rücksendung des Transportaten an die absendende Behörde nicht verfügt werden, sondern dem Transporte muß vielmehr von der Behörde, welcher der Wagonbonde zugesandt ist, allenfalls nach vorausgegangener Rücksprache mit der absendenden, eine angemessenere Richtung gegeben, und nöthigenfalls das von der absendenden Behörde begangene Versehen deren vorgesetzten Behörde angezeigt werden; nur die, der absendenden Behörde zunächst liegende Behörde kann einen, offenbar unrichtig geleiteten Transport derselben zurücksenden oder darüber mit der letztern Rücksprache nehmen, und bis zur Vereinigung der Meinungen den Transportanten bei sich behalten. Das Hin- und Herschicken der Transportaten ist möglichst zu vermeiden, sondern vielmehr ein etwaniger Anstand, unter Festhaltung des Transportaten, unter den Behörden selbst, oder durch Entscheidung der kompetenten höhern Behörde zu beseitigen.

Wenn auswärtige Behörden Wagonbenden, welche behaupten, in den Preussischen Staaten einheimisch zu sein, oder in benachbarten Ländern zu Hause zu gehören, zur resp. Annahme oder zum weiteren Transport an einheimische Polizeibehörden abliefern, so müssen letztere auf die Feststellung des Bestimmungsortes um so mehr die größte Aufmerksamkeit richten, als die Erfahrung hinreichend bewiesen hat, daß von Seiten mancher auswärtiger Behörden hierunter keinesweges mit der erforderlichen Genauigkeit verfahren, sondern den Angaben der Wagonbenden zu sehr geglaubt, und daher eine Menge von Wagonbenden in die Preussischen Staaten transportirt worden, die denselben ganz fremde sind.

Den Polizeibehörden liegt daher ob, vor Annahme eines an sie von auswärts durch Transport abgelieferten Wagonbenden in der obgedachten Art genau zu ermitteln, ob derselbe den Preussischen Staaten angehört, und zu dessen Ablieferung in dieselben hinreichender Grund vorhanden ist, und ist hierbei insbesondere dem Transportanten die oben erwähnte Bedeutung über die Folgen unwahrer Angaben zu Protokoll zu machen.

Erglebe sich hierbei, daß die, von einer auswärtigen Behörde eingeleitete Transportirung, in die Preussischen Staaten entweder durch Mißverständnis oder durch unwahre Angabe des Transportaten veranlaßt ist, oder daß letzterer zu denselben ge-







Signalementsblanquets zu versehen; sie müssen mit dem, auf dem Transportzettel enthaltenen Signalement, sowohl in den Rubriken, als in deren Ausfüllung übereinstimmen.

§. XII.

Zu §. 26.

Den Transportaten ist ohne Genehmigung einer Polizeibehörde auf dem Transport kein Briefwechsel zu gestatten.

§. XIII.

Zu §. 27.

In Gemäßheit des Zirkulars des Polizeiministerii vom 31sten Januar d. J. sollen die, mit Transportaten auf Transport gegebenen Kinder, auf demselben nicht mit in Gefängnisse abgeliefert, sondern während der gefänglichen Verwahrung ihrer Eltern oder andern Angehörigen auf andere angemessene Art am Orte untergebracht werden; Im Fall jedoch, daß Mütter mit noch an der Brust liegenden Kindern transportirt werden, können die Polizeibehörden, nach den eintretenden Verhältnissen, und wenn dem Säugling die Entziehung der gewohnten mütterlichen Sorgfalt und Nahrung nachtheiliger, als der Mitaufenthalt im Gefängnisse sein sollte, hiervon eine Ausnahme machen; sie müssen aber allemal strenge darauf sehen, daß der Mutter entweder ein anderer Bewachtungsort, als ein Gefängniß, oder, wenn dies ganz unzulässig sein sollte, eine gesunde Gefängnißstube angewiesen werde. Nach gleichen Grundsätzen ist in Ansehung kranker Kinder zu verfahren.

§. XIV.

Zu §. 33.

Zur Beförderung der Transportkontrolle und zur bessern Uebersicht der nähern Verhältnisse der vorgefallenen Transporte, über welche nachher oft mit Sicherheit keine Auskunft mehr zu erhalten ist, muß jede Polizeibehörde nach dem, unter II. anliegenden Formular ein Transportjournal halten.

Die Königl. Regierung veranlasse ich, dieses Erläuterungsreskript bald mög. lichst in Ihrem Departement zu publiziren, zur Ausführung zu bringen, und deshalb die Ihr untergeordneten Behörden mit der etwa noch erforderlichen nähern Vorschreift zu versehen.

Berlin, den 23sten Jull 1817.

Königliches Polizeiministerium.

In Abwesenheit des Herrn Polizeiministers Durchlaucht.  
v. Kämpf.

An  
die Königl. Regierung zu Potsdam.

Trans.











Die Polizeibehörden unsers Departements haben sich nach den vorstehenden Bestimmungen und folgenden nähern Vorschriften zu achten.

1. Zu §. VII.

Eiserne Vorschüße können nur dann bewilligt werden, wenn eine Behörde es nach §. 14. vorseht, in der Regel die Kosten für den ganzen Transport vorzuschleßen.

2. Zu §. VIII.

Wenn ausländische Behörden Bagabonden an einheimische Polizeibehörden abliefern, aus dem Transportzettel oder der demselben beigefügten Verhandlung aber nicht zu erschen ist, daß die absendende Behörde auf irgend eine Art die Richtigkeit der Angaben des Transportaten ermittelt hat, so ist die Annahme abzulehnen, wenn derselbe auch wirklich seine frühere Aussage wiederholen möchte.

3. Zu §. IX., X. und XI.

Den Herren Landräthen wird aufgetragen, eine angemessene Anzahl von Transportzetteln und Signalen zu drucken zu lassen und an die Polizeibehörden ihrer Kreise zu verschicken, wobei denselben überlassen wird, die auf den Transportzetteln abdruckende Instruktion für die Transporteure, jedoch in gedrängter Kürze und mit möglichster Rücksicht auf die Fassungskraft des gemeinen Mannes zu entwerfen.

Potsdam, den 18ten August 1817.

## V e r m i s c h t e N a c h r i c h t e n .

### B e l o b u n g .

Der Zimmergeselle Wilhelm Runge hat sich nicht nur beim vorjährigen Brande zu Klein-Sperrenwalde, sondern auch bei dem am 26sten Mai d. J. statt gehaltenen Brande zu Berckholz im Templiner Kreise, durch Entschlossenheit und thätige Hülfsleistung rühmlichst ausgezeichnet, und dadurch die weitere Verbreitung des Feuers verhindert.

### V e r m ä c h t n i s s a n d i e S t a d t E r e m m e n .

Auf Verlangen der Erben der verstorbenen Kommissionsrätin Oefel zu Erermen wird die unter vorstehender Rubrique pag. 156. des diesjährigen Amtsblatts enthaltene Bekanntmachung dahin berichtigt: daß das Geschenk der 800 Thlr. nicht von der Kommissionsrätin Oefel, sondern von einem Geber, der unbekannt bleiben will, herrührt.

Aussagen glaubwürdiger Männer, und die allgemeine Sage in Erermen sind Veranlassung gewesen, die ic. Oefel als Geberin obigen Geschenks zu bezeichnen.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

35sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

## S t e c k b r i e f.

Der unten signallirte Müllergeselle Friedrich Helfermann ist, wegen begangenen Diebstahls von 6 Mandel Roggengarben auf dem Stendelschen Felde, hier verhaftet und heute früh auf den Transport nach Greifenberg in der Uckermark an den Herrn Justiciarius Riem gegeben worden; derselbe ist aber seinen Begleitern in der Heinerederschen Felde entsprungen. Da nun an der Wiederhabhaftwerdung des Helfermann sehr viel gelegen ist, so werden alle Militair- und Zivilobrigkeiten hierdurch dienstergebenst erachtet, auf diesen Dieb möglichst vglücken, und denselben im Verretungsfall gegen Erstattung der Kosten gefesselt an uns hierher senden zu lassen.

Schwedt, den 19ten August 1817.

Der Magistrat.

## S i g n a l e m e n t.

Der Helfermann ist ungefähr 36 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, von blasser gelblicher Gesichtsfarbe, und hat eine etwas lange Nase und braune Augen. Er ist bekleidet mit einem dunkelgrautuchnen Ueberrock mit verguldeten Knöpfen, einem schwarzseidenen Halstuch, grauen Marquin-Hosen, runden Hüh und Stiefeln.

Von dem Königl. Preuss. Justizamt Beeskow soll das zu Bornow hiesigen Ams besiegene, der Wittwe Blume gehörige Lehn- und Pfarrbotalgut, welches nach der aufgenommenen Taxe 6181 Thaler 22 Gr. 11 Pf. abgeschätzt worden, Schuldenhalber öffentlich an den Meist- und Bestbliebenden verkauft werden. Es werden daher hiermit gedachte Grundstücke nebst Zubehör ad hastam und zu jedermanns fellen Verkauf gestellt, und alle und jede Kauflustige, welche annehmlische Zahlungen zu leisten vermögen, und die Güter nach ihrer Qualität zu besitzen fähig sind, hietz und vorgeladen, sich in dem

auf den 26sten August, auf den 28sten October und auf den 30sten Dezember a. c.

auf hiesiger Amtsgerichtsstube anberaumten Bietungstermine, wovon der Letztere peremptorisch ist, einzufinden, ihre Gebote zu thun, und zu gewärtigen, daß dem Meistbliebenden mit Konsens der Gläubiger der Zuschlag ertheilt werden soll.

Auf Nachgebote wird nicht weiter reflectirt werden, falls nicht besondere Umstände ein Anders nothwendig machen, und kann die gerichtliche Taxe der Güter, welche dem proclama beigefügt ist, täuschlich in unserer Registratur und bei dem Justizamtsrath Mettsch eingesehen werden.

No. 30.







# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

No. 36.

Den 5ten September 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach der uns von dem Königl. Konfistorium der Provinz Brandenburg zu Berlin zugekommenen Benachrichtigung hat das Königl. Ministerium des Innern, auf den Antrag der Königl. Regierung in Frankfurt an der Oder vom 16ten Jun. d. J., zur Wiederherstellung der im Monat April 1813 abgebrannten Kirche und des Schulhauses zu Merdorf, Amtes Dobbrugg, eine allgem. evan. gell. Kirchenkollekte bewilligt.

No. 225.  
Kirchenkollekte.  
I. c. 126.  
August.

Die Herren Superintenden und Prediger unsers Regierungsdepartements werden daher, mit Bezug auf die Verfügungen im vorjährigen Amtsblatte, Seite 172 und 173 vom 20sten April v. J. und Seite 246 und 247 vom 9ten Juli v. J. aufgefordert, die Kirchenkollekte zu veranstalten und den Ertrag an die hiesige Kommunal- und Institutencasse zu senden. Potsdam, den 22sten August 1817.

Damit diejenigen Militärpersonen des fechtenden Standes, welche nach den bisherigen Verordnungen von dem Besiz der Kriegsdenkmünze ausgeschlossen waren, weil sie nicht in Gefechten thätig gewesen sind, die aber an den Anstrengungen des Krieges dennoch Theil genommen haben, sich nicht unverschuldet in dem Anerkenntnis ihrer Pflichterfüllung gegen ihre Waffengefährten zurückgesetzt sehen mögen, habe ich beschlossen, allen Truppenteilen und Militärpersonen des fechtenden Standes, welche in den Feldzügen von 1813 bis 1815, durch erhaltene Aufträge oder andere rechtfertigende Veranlassungen, von der Theilnahme an Gefechten abgehalten worden sind, und vorwurfsfrei gedient haben, die für Nichtkombattanten bestimmte zweite Kriegsdenkmünze als ein äußeres Zeichen ihrer Theilnahme an dem Befreiungskriege zu bewilligen. Um aber bei Beurtheilung dlesfälliger Ansprüche alle Willkür zu entfernen, bestimme ich als Grundsatz:

No. 226.  
Kriegsdenkmünzen.  
I. m. 3121.  
Juli.

- 1) daß zum Besiz dieser 2ten Kriegsdenkmünze für das Jahr 1813 nur diejenigen Truppenteile sich qualifiziren, welche mindestens bis über die Elbe gekommen sind;

2) zum







**S c h e m a I L**

No.	Namen der Dörfer, wo Arzneiwaaren- Handlungen bestehen.	Namen, Vornamen, Religion und Alter ihrer Besitzer.	Ob, wenn und wo die Besitzer vereidet sind.	Ob die Handlungen vorschriftsmä- ßig, und wenn sie das letzte Mal visitirt worden sind.	Ob der Arzneiwaaren- Handel aus- schließlich, oder zugleich mit anderen Waaren Han- del getrieben wird.	Bemerkungen.

Da die Schaafpocken in einigen Gegenden des hiesigen Reglerungsdepartements sich wieder zeigen, so werden mit Bezugnahme auf die Verfügungen vom 6. Sep-  
tember 1814 und 23ten September 1816, die Landwirthe von neuem aufgefordert,  
dem von dieser Seuche zu befürchtenden Verluste durch die Impfung vorzubeugen,  
und bei dieser die Bekanntmachungen im Amtsblatte vom 23ten September 1814  
und 3ten Dezember 1816 zu berücksichtigen.

**No. 228.**  
Schaafpocken  
Impfung.  
I. p. 2176;  
August.

Als einen neuen Beweis für den großen Nutzen der Schaafpocken-Impfung  
führen wir, nach einer Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Bromberg  
an, daß in ihrem Departement im Jahre 1816 von 20,327 Schaafen, welche  
geimpft wurden, 19,032 die Pocken bekamen, und von diesen nur 686 Stück kre-  
phten, dahingegen von 46,150 mit den natürlichen Schaafpocken angesteckten nur  
39,170 genasen, und 6,980 krepihten. Hier war also bei den geimpften Schaafen  
das Verhältniß der krepihten zu den genesenen wie 1 zu 26 $\frac{3}{4}$ , bei den natürlich  
angesteckten aber wie 1 zu 5 $\frac{2}{3}$ , mithin das Verhältniß der nach der Impfung  
krepihten Schaafe zu den nach der natürlichen Ansteckung gefallenem fast  
wie 1 zu 6., ein Verhältniß, welches gewiß noch mehr zu Gunsten der Impfung  
ausgefallen wäre, wenn die Seuche selbst nicht so gutartig, und andererseits die  
Behandlung der Impflinge zweckmäßiger und sorgfältiger gewesen wäre.

Potsdam, den 22ten August 1817.

Wegen der in Zehlendorf, Niederbarnimschen Kreises, unter dem Alindvleh  
ausgebrochenen Lungenseuche darf bis weiter kein Alindvleh von Liebenwalde nach  
Berlin über Stolzenhagen getrieben werden, sondern muß über Klosterfelde gehen,  
indem der Stolzenhagener Weg der Zehlendorfer Feldmark zu nahe ist.

**No. 229.**  
Ausgebroche-  
ne Lungen-  
seuche.  
I. p. 2217.  
August.

Potsdam, den 22ten August 1817.

Der















# Extra - Blatt

zum

36sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Der von dem Christlan Nölte zu Carvesee, angeblich auf dem Wege zwischen Platon und Plaun verlorne Gewerbschein für das Jahr 1817. No. 21149. zum Bleiwallenhandel, wird hierdurch für ungültig erklärt.

Den 16ten August 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam.

Zweite Uebellung.

## Stechbriefe.

Ein Bäckergefell Karl Gottlob Franke, 25 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, aus dem Volgelande, mit abgeschnittenen blonden Haaren, ohne Hut, einer hochdeutschen Aussprache, bekleidet mit einem alten blautuchenen Rocke, so hinterwärts mit schwarzer Leinwand gefüttert, mit einer alten kartunenen Weste, einem dergleichen rothbunten Halstuch, langen weißen leinenen Hosen, barfuß ohne Schuhe und Strümpfe, ist als arretirter Dieb aus dem Gefängniß gebrochen. Wir ersuchen Jedem, denselben, wo er sich betreten läßt, zum Arrest zu bringen, und ihn gegen Erstattung der Kosten an uns auszuliefern.

No. 31.

Itlesack bei Zepherstein, den 21sten August 1817.

Gräflich v. Bredowsche Gericht zu Gödn bei Itlesack.

In der Nacht zum 21sten d. M. sind mittelst Einbruchs entwendet worden:

No. 32

- 1) 150 bis 200 Thaler in verschiedenen Silbermünzsorten,
- 2) eine grüne Geldbörse ohne Abzeichen mit drei  $\frac{1}{2}$  Stücken und einiger Münze.

- 3) eine hellblaue Osnaburg Frauenzimmer Schürze mit Herrenhuter Band besetzt.

Ein Unbekannter, etwa 24 bis 26 Jahr alt, mittler Größe, mit blondem Haar, etwas blasser Gesichtsfarbe und schüchternem Wesen, der mit einem blauen, an dem einen Armel schadhaften Leibrocke, ausgebleichten Manufakturhosen und Halbstiefeln bekleidet war, sich für einen Maurergefellen ausgab, in Lorgau und zuletzt in Berlin gearbeitet haben und aus Dresden gebürtig sein wollte, nach Verübung der That aber unsicher wurde, hat sich dieses gewaltsamen Diebstahls bringend verdächtig gemacht, weshalb alle Militär- und Zivilbehörden ersucht werden, auf den bezeichneten Verdächtigen zu wachen, ihn im Betretungsfalle sofort anzuhalten, und mit allen etwa bei sich habenden Geldern und Sachen unter sicherem Geleite anhero zu senden.

Vom







# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 37. —

Den 12ten September 1817.

### Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 14te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:  
No. 435. Die Kartellkonvention zwischen Preußen und Rußland, abgeschlossen am 25ten Mai, und ratifizirt am 8ten August 1816, und die dazugehörigen Additionalartikel vom 5ten April, ratifizirt am 16ten April 1817.  
24. März

### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königl. Regierung zu Potsdam.

Im Auftrage Eurer Königl. Hochlöbl. zur Ausgleichung mit dem Königreich Sachsen verordneten Kommission wird nachstehende...

No. 231.  
I. m. 2397.  
August.

#### K o n v e n t i o n

über die Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, und Central-, Steuer-, Angelegenheiten.

Zu endlicher Ausgleichung sämmtlicher, in Hinsicht der Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, und Central-, Steuer-, Angelegenheiten, hervorgekommenen Anstände, haben sich beide, mit dem Vollzug des Wiener Friedenstrakts vom 18ten Mai 1816, beauftragte Königl. Kommissionen, unter Mitwirkung des Oesterreichischen Kaiserlichen Vermittelungs-Kommissärs, Freiherrn v. Gärner, nach gepflogenem Einvernehmen mit den hierzu erwählten Sächsischen Deputirten folgendermaßen vereinigt.

#### §. 1.

Als allgemeiner aktiver und passiver Abschätzung-Maassstab wird, nach desfalls angestellten möglichst genauen kalkulatorischen Untersuchungen, angenommen, daß bei der Veräquationsanstalt, Preußen mit

Überhundert und Zehn Eintausend Thellen,

X 1

Sachs



Sachsen mit

Fünfhundert und Neunzig Eintausend Thellen;

hingegen bei der Zentral-Steuer-Anstalt, Sachsen mit

Fünfhundert Drei und Vierzig und einem halben Eintausend Thelle,  
und Preußen mit

Vierhundert Sechs und Fünfzig und einem halben Eintausend Thelle  
zu konkurriren habe.

§. 2.

Da eine genaue Erörterung und Berechnung der, in beiden Landestheilen annoch rückständigen, aus Kriegsprästationen oder aus, rücksichtlich derselben, geschlossenen Kontrakten und Afforden, herrührenden Forderungen nur nach sehr langwierigen, mit kaum zu besiegenden Schwierigkeiten, verbundenen Liquidationen möglich werden würde, so ist man übereingekommen, besagte Rückstände nicht nach dem, im vorigen §., bemerkten Maassstab unter beiden Landestheilen abzutheilen, sondern einen Durchschnitt eintreten zu lassen.

§. 3.

Dieser Durchschnitt wird hinsichtlich der, nicht auf Kontrakten oder Afforden beruhenden, hier in Frage stehenden Forderungen so gemacht, daß jeder Landestheil die Berichtigung der, seinen Untertanen für die auf sie gefallenen Kriegsprästationen, gebührenden und zur Befriedigung geeigneten Entschädigungen übernimmt, ohne daß hierüber weitere Abrechnungen zwischen den beiden Landestheilen stattfinden.

Der Ort, von welchem die Leistung geschehen ist, bestimmt den Landestheil, welcher die Entschädigung zu bewirken hat, wenn auch derjenige, durch welchen sie geschehen ist, und welcher nun die Vergütung zu fordern hat, seinen Aufenthalt verändert haben sollte.

§. 4.

Sobiel hingegen die aus Kontrakten oder Afforden erwähnter Art herrührenden Rückstände anlangt; so werden diese ebenfalls ohne weitere Abrechnung unter den Landestheilen, von demjenigen Landestheil übernommen, in welchem die kontrahirende Behörde ihren Sitz hatte. Der Ort, wohin die kontrakt- oder affordmäßige Leistung zu geschehen hatte, kommt dabei so wenig, als die Person des Unternehmers in Betrachtung.

Hiernach fallen die, von den Etappenbehörden der getheilten Kreise, kontrahirten Schulden, demjenigen Landestheil zur Last, in welchem sich der Ort der Etappe befindet. Nur die Lazarethschulden sind nach dem Ort zu beurtheilen, wo sich das Lazareth befand, für welches sie kontrahirt wurden. Sie fallen dem Landestheil zur Last, in welchem sich das Lazareth befunden hat.

§. 5.

In Folge approximativer Berechnung der Anforderungen der Untertanen beider Landestheile, hat man sich vereinigt, dem Staatsschatz für die, in den vorher-



gegebenen §§. ausgebrückte generelle Uebernahme, die in den §§. 30 und 31 hiernächst näher bezeichneten Vortheile einzuräumen.

## §. 6.

Die von vorigen Veräquations-, Lieferungs-, Aequivalent-, Gelber-, und Zentral-Steuer-, Ausschreiben noch herrührenden Reste, bezieht jeder Landesherr gleichmäßig ohne weitere Nachrechnung mit dem andern Landesherrn. Sogleich nach Vollziehung dieser Konvention werden einem, von der Königlich Preussischen Kommission zur Ausgleichung mit dem Königreich Sachsen, zu benennenden Königlich Preussischen Beamten, alle erforderlichen Repartitionen, Bücher und Rechnungen vorgelegt werden, um eine vollständige Nachweisung der im Herzogthum ausstehenden Reste besagter Art fertigen zu können.

## §. 7.

Die Abtheilung der in der Veräquations-, Lieferungs-, Aequivalent-, Gelber-, und Zentral-Steuer-Kasse befindlichen Geld- und Akzisebestände (worunter jedoch die, in dem vorigen §., und die, in dem §. 13 weiter vorkommenden Posten nicht begriffen werden), geschieht bei den zwei zuerst genannten Kassen, nach einem, mit dem 5ten Juni 1815, und bei der dritten, nämlich der Zentral-Steuer-Kasse, nach einem, mit dem Tag, an welchem die Abtheilung vorgenommen wird, zu machenden Rechnungsabschluß. Bei der Veräquationskasse wird der im §. 1. festgesetzte Veräquations-Maßstab, und bei der Lieferungs-, Aequivalent-, Gelber-, und Zentral-Steuer-Kasse, der eben allort bestimmte Zentral-Steuer-Maßstab befolgt.

Unter die Bestände der Veräquations-Kasse wird auch die, vermöge Königl. Sächsischen Generalis d. d. 6ten November 1807 §. 5. der Landeskommission untergeordnete Hilfskasse gerechnet.

## §. 8.

Alle diese Berechnungen geschehen durch eine gemeinschaftlich subdelegirte, und unverzüglich zusammenzusetzende Kommission, welcher alle, zu ihrer Arbeit nöthigen, oder sie erleichternden Bücher und Rechnungen nebst ihren Belägen, auf jedesmaliges Verlangen, im Original mitzutheilen sind.

## §. 9.

Noch vor Abtheilung der Kassenbestände, wird von der subdelegirten Kommission untersucht werden, ob die Zahlungen, welche in Gemäßheit der, vor dem 5ten Juni 1815 geschehenen Anweisungen, aus der Veräquations-, und Zentral-Steuer-Kasse zu leisten, und zu welchen die Zahlungsmittel an besagte Kassen gelangt waren, wirklich erfolgt sind. Sollten Posten dieser Art noch unberichtigtet sein, und die für dieselben bestimmten Zahlungsmittel sich noch in der Kasse vorfinden; so ist die Zahlung aus diesen Mitteln sogleich zu bewirken. Wenn hingegen die, für dergleichen unberichtigtet gebliebene Posten bestimmt gewesen, und in die Kassen gekommenen Zahlungsmittel, zwar am 5ten Juni 1815 noch darin vorhanden waren, es jetzt aber nicht mehr sind; so übernimmt Sachsen die Haftung für dieselben, und wird für diejenigen unter diesen Posten, welche in das Herzogthum



zu entrichten waren, der Königlich Preussischen Regierung die Vergütung in Zentral-Steuer-Obligationen leisten.

§. 10.

Besagte subd. legirte Kommission wird ihr Augenmerk auch dahin richten, daß die, aus der Haupt-Zentralsteuer-Kasse für solche Zentralsteuer-Beträge, welche in der Folge erlassen worden sind, bereits hinausgegebenen, und etwa noch nicht wieder zurückgelieferten Zentralsteuer-Obligationen, sogleich in die Hauptkasse zurückverschafft werden, um mit in die Theilung zu kommen. In soweit dieses nicht sogleich möglich sein sollte, werden dergleichen noch ausstehende Obligationen bei dem Kassenabschluß zwar mit gerechnet, jedoch wird bei der Vertheilung dafür gesorgt, daß jeder Regierung die in ihrem Landestheil ausstehenden zugewiesen werden.

§. 11.

Bei Berechnung des Zentralsteuer-Kassen-Bestandes wird die dem Kontribuer Kreis, mit

Acht und Dreißig Tausend, Zweihundert und Vier und Achtzig Thaler  
Zwölf Groschen

auferlegte Quote außer Ansatz gelassen, und die Zuziehung dieses Kreises als nicht geschehen betrachtet.

§. 12.

Die von der Peräquations- und Zentralsteuer-Kasse verpfändeten Staatspapiere, und deren dabel befindlich gewesene Koupons, bleiben derjenigen Regierung, welcher, kraft gegenwärtiger Konvention, die Tilgung der Schuld zur Last fällt, für die jene Staatspapiere verpfändet wurden. Die nach dem 5ten Juni 1815 zahlbar gewordenen, noch unerhobenen, und die künftig verfallenden Koupons dieser Papiere werden, in sofern sie sich nicht bereits bei den Obligationen befinden, derjenigen Regierung ausgeliefert, welcher sie, obiger Bestimmung nach, zufallen.

§. 13.

Von denen, aus der Finanz-Hauptkasse in die Zentralsteuer-Kasse gestossenen landschaftlichen sogenannten Reichenbachschen Obligationen, wird der am 5ten Juni 1815 noch vorhanden gewesene,

Vierhundert, Zwei und Fünfzig Tausend, Sechshundert Thaler  
betragende Ueberrest, nicht zu dem Kassenbestand gerechnet, sondern in der Art abgetheilt, daß der Königl. Preussischen Regierung, vergleichsweise,

Zwei und Siebenzig Tausend Thaler,  
nebst Zinsen, jedoch nur vom 5ten Juni 1816 an, davon überlassen werden. Die übrigen

Dreihundert und Achtzig Tausend Sechshundert Thaler,  
nebst denen, nicht auf vorerwähnte Art, an Preußen überlassenen Koupons und Zinsen der ganzen Summe, in so weit letztere nicht etwa bereits für die Zentral-Steuer-Kasse erhoben, und die Beträge dieser erhobenen Klassen, entweder in dem Kas-



Kassenbestand derselben befindlich, oder von ihr verwendet worden sind, fallen an die Königlich Sächsische Finanz-Hauptkasse zurück. Die noch in dem Kassenbestand befindlichen erhobenen Zinsen kommen mit demselben in die Theilung. Rückwärts ist derer, welche von der Central-Steuer-Kasse bereits verwendet sind, hat es bleibe sein Verbleiben.

Folgt der, über die Auseinandersetzung der Verhältnisse der Fürstenschulen getroffenen Uebereinkunft, sind von den hier an Preußen überlassenen Reichensbach'schen Obligationen,

Sieben und Fünfzig Tausend Fünfhundert Thaler, nebst den, seit Johannis 1817 darauf haftenden Zinsen, als Universal-Quantum, wegen wegfallender Pforraltcher Freistellen bestimmt, und werden von der Königl. Sächsischen Regierung, vermöge der Konvention wegen der Leistungen, von obigen 72,000 Thalern zurückbehalten werden.

§. 14.

Alle weiteren, aus Königlich Sächsischen Kassen, in die Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, oder Central-Steuer-Kassen, oder aus einer derselben in die Königl. Sächsischen Kassen gekommenen Vorschüsse, werden gänzlich gegeneinander aufgehoben und außer Ansatz gelassen, so daß in Ansehung derselben keine Vergütung, Gegenrechnung oder Zahlung zu geschehen hat. Das Nämliche hat in Ansehung aller andern etwaigen Forderungen und Ansprüche statt, welche Königl. Sächsische Kassen an die Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder- und Central-Steuer-Kassen, oder letztere drei Kassen an die erstern haben könnten. Unter die hier gegenseitig aufgehobenen Forderungen und Ansprüche gehören insbesondere auch alle diejenigen, welche für die, der Veräquationskasse zu gut gekommenen Vorräthe aus Magazinen und Lieferungen, so wie Hinsichts der, aus der Veräquationskasse bewirkten Verpflegung des Königlich Sächsischen Militärs in dem Königreich und Herzogthum, gemacht worden sind, und werden könnten.

§. 15.

Eben so kommt das, was in die Veräquationskasse aus der Centralsteuer-Kasse geflossen ist, in keine weitere Berechnung, und es wird überhaupt das Aktiv- und Passivverhältniß unter der Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, und Central-Steuer-Kasse, als ganz ausgeglichen betrachtet.

§. 16.

Dahingegen wird das Aktiv- und Passivverhältniß zwischen den letztgenannten drei Kassen und solchen Kassen, welche keine Königl. sind, keinesweges aufgehoben, aber an die Stelle der bisher, für beide Landescheile bestandenen, allgemeinen Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder- und Centralsteuer-Kassen, treten bleibe nunmehr die abgesonderten Veräquationskassen jeden Landescheils, in folgenden Art:

- a) Jede dieser abgesonderten Veräquationskassen wird die Schuldnerin der Forderungen, welche den nicht Königl. Kassen ihres Landescheils, an die bis-

her



- berige allgemeine Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, und Zentral-Steuer-, Kasse zustehen; dagegen aber auch
- b) die Gläubigerin aller der Posten, welche nicht Königl. Kassen ihres Landes, theils, den bisherigen Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, und Zentral-, Steuer-, Kassen, schuldeten.
  - c) Ist die Kasse eines getheilten Kreises Gläubigerin der bisherigen Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, oder Zentral-, Steuer-, Kasse, so übernimmt jede abgesonderte Veräquationskasse von einer solchen Forderung denjenigen Betrag, der hieran ihrem Theil des Kreises zusteht.
  - d) In eben dieser Art theilen sich die abgesonderten Veräquationskassen in die Forderungen, welche die bisherigen Veräquations-, Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, und Zentral-, Steuer-, Kassen, an Kassen getheilter Kreise zu machen hätten.

## §. 17.

Durch die Bestimmungen des vorhergehenden §. wird das Aktiv- und Passiv-Verhältniß zwischen der bisherigen allgemeinen Veräquations-, und Zentral-, Steuer-, Kasse einerseits, und der Steuer-, Kreditkasse andererseits, nicht berührt, und bleibt folglich unverändert. Diefemnach werden die

Einmalhundert Tausend Thaler, welche die Veräquationskasse aus einem, von den Gebrüdern Reichenbach im Jahre 1813 empfangenen, auf Anordnung des Generalgouvernements, im Jahre 1814 der Steuer-, Kreditkasse an Zahlungsstatt zugerechneten Vorschuß schuldet, bei der Veräquationskasse, nach dem im §. 1. bestimmten Veräquations-, Schlüssel, beiden Theilen als passivum zur Last geschrieben, bei der Steuer-, Kreditkasse hingegen als activum mit zur Theilung gebracht.

## §. 18.

Die am 5ten Juni 1815. vorhanden gewesenen Naturalbestände gehen mit dem Ort, wo sie befindlich waren, an jeden Landestheil, ohne weitere Abrechnung über. Eben so bezieht die Veräquationskasse jeden Landestheils die in selbigem ausstehenden Reste auf Naturallieferungen.

## §. 19.

Die Forderungen der Veräquations-, und Zentral-, Steuer-, Kasse an die Königl. Preussische Regierung werden gänzlich niedergeschlagen. Insbesondere wird Königl. Sächsischer Selts, auf das Behrensche Depositem von

Vierhundert Sechs und Fünfzig Tausend Achthundert Drei und Zwanzig Thaler Zwanzig Groschen;

dagegen aber auch Preussischer Selts, auf die, aus Preussischen Fonds, an die Zentral-, Steuer-, Kasse gekommenen

Zweihundert Tausend Thaler,

und auf die, von Selten der Berlin. Bank, an besagte Kasse gestellte Rückstands-, Forderung von

Zwei



**Zweihundert Vier und Zwanzig Tausend Thaler**

verzichtet. Das von dem Handlungshaus Gebrüder Behrens in Berlin, über dieses Depositum ausgefertigte Originaldokument, wird unmittelbar nach Vollziehung dieser Konvention, der Königlich Preussischen Kommission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen ausgeliefert werden.

§. 20.

Das ganze Land betreffende Forderungen der Veräquations-, oder Zentral-, Steuer-, Kasse an andere Staaten, werden von beiden Regierungen gemeinschaftlich bestritten, und das darauf Eingehende nach dem Zentral-, Steuer-, Maassstab getheilt. Einzelne, ungetheilte Distrikte betreffende Forderungen dieser Art wird jede Regierung für ihren Distrikt einzubringen suchen.

Wenn die Forderungen hingegen getheilte Distrikte betreffen: so werden sich zwar beide Regierungen für die Einbringung verwenden, aber das Eingehende nach dem Verhältniß theilen, nach welchem das, jeder von ihnen zugefallene Stück des getheilten Distrikts, zu einer Zentral-, Steuer-, Quote des ganzen Distrikts beizutragen hatte. Sollte bei einer oder andern Forderung, jede der beiden Regierungen, ihre Ansprüche für sich allein geltend machen wollen, und lassen sich die Beweisurkunden nicht zweckmäßig und nach richtigem Verhältniß theilen; so verpflichtet sich diejenige Regierung, in deren Besitz sie sich befinden, der andern beglaubte Abschriften davon zu stellen.

Forderungen, welche auswärtige Regierungen, in eigenem Namen, an die bisherige allgemeine Veräquationskasse, oder an die bisherige allgemeine Zentral-, Steuer-, Kasse, oder an die Lieferungs-, Äquivalent-, Gelder-, Kasse stellen könnten, werden von den beiden hier kontrahirenden Königlich Regierungen gemeinschaftlich vertreten werden. Insofern eine solche Forderung wirklich gegen eine der vorgenannten Kassen geltend gemacht würde, hat die Bezahlung nach dem, §. 1. ausgedrückten Verhältniß gemeinschaftlich zu geschehen.

§. 21.

Die Bestimmungen des vorhergehenden §. sind insbesondere auch auf die Forderungen des ganzen Landes an Frankreich, mit Ausnahme der bereits abgethanen Forderungen, für den, durch die Rückmärsche französischer Kriegsgefangenen, dem Lande verursachten Aufwand, worüber sich beide pazifizirende Staaten besonders mit dem Vicomte de Brugges verglichen haben, anzuwenden; sie haben aber nicht in Ansehung der Privatforderungen an diesen Staat, für welche sich etwa eine oder die andere Regierung verwenden möchte, zu gelten. Hätte die bisherige Veräquations-, oder Zentral-, Steuer-, Kasse für eine solche Privatforderung in subsidium zu haften gehabt: so übernehmen die nun abgesonderten Veräquationskassen, dergleichen Verbindlichkeiten, jede in ihrem Landeshefte, ohne dieserhalb gegenseitig Vergütung zu verlangen.

§. 22.

Die, beiden Landesheften gemeinschaftlich zustehenden Forderungen an Frankreich, sind durch eine subdelegirte Kommission gemeinschaftlich, aus den betreffenden Akten und Liquidationen zu erheben.

Auch



Nach ist so viel möglich, gleich die Rate eines jeden Landescheßs zu berechnen, und wegen der schon eingezogenen, oder noch nicht vertheilten Gelder, jeder Landescheß nach dem §. 20. ausgedrückten Maassstab zu befriedigen; Hinsichts der Forderungen aber, wo die Rate jeden Landescheßs nicht gleich ermittelt werden kann, die Berechnung den beiderseitigen Liquidations-Kommissionen zu Paris nach dem oben erwähnten Maassstab vorzubehalten.

§. 23.

Die Bestände der Kreis-, Deputations-, und Provinzial-, Deputations-, Kassen, in den ungetheilten Kreisen, fallen dem Landescheß, worin sie gelegen sind, ohne weitere Nachrechnung zu.

§. 24.

Diese Kreis-Kassen-Bestände in den getheilten Kreisen und Provinzen, werden von den beiderseitigen Kreisdeputirten gemeinschaftlich, nach einem, mit dem 5. Juni 1815, zu machenden Abschluß berechnet, und nach dem Verhältniß abgetheilt, in welchem der, jeder Regierung zugefallene Theil des Kreises, zu einer Central-Steuer, Quote des ganzen Kreises beizutragen hatte.

Unter die auf diese Art zu erörternde Kassen gehören auch die Spannkassen, welche jedoch nach dem Betrags-Verhältniß getheilt werden.

§. 25.

Bei besagter Untersuchung des Kreis-Kassen-Bestandes in den getheilten Kreisen werden die beiderseitigen Kreis-Deputirte ausmitteln, ob sämmtliche Ortschaften des Kreises die ihnen für das Zwangsanlehen gebührenden Centralsteuer-Obligationen erhalten haben, damit, wenn dieses nicht geschehen sein sollte, die nöthige Vorsorge für diese Ortschaften getroffen werden könne.

§. 26.

Ueberhaupt werden die beiderseitigen Provinzial-, und Kreis-Deputirte, vor Abtheilung des Kassenbestandes untersuchen, ob die Zahlungen, wozu die Kreis- und Provinzial-Kassen die Zahlungsmittel erhalten haben, wirklich geleistet sind, und wenn sich solche Posten unberichtigt und die Zahlungsmittel noch in der Kasse finden sollten, die ungesäumte Zahlung zu bewirken. Sollten die für dergleichen noch unberichtigte Posten bestimmten, und in die Kreis-, oder Provinzial-Kasse gestossenen Zahlungsmittel nicht mehr in der Kasse vorhanden sein; so übernimmt Sachsen die Haftung für besagte Posten, insofern sie aus einer, bei dem Königreich verbliebenen Kreis-, oder Provinzial-Kasse, an Unterthanen des Herzogthums zu zahlen waren, und wird der Königlich Preussischen Regierung den Betrag derselben in Centralsteuer-Obligationen vergüten. Sind hingegen gedachte Posten aus einer an das Herzogthum gekommenen Kreis-, oder Provinzial-Kasse, welche die Zahlungsmittel dazu erhalten hatte, an Unterthanen des Königreichs zu zahlen; so wird auch die Haftung und Vergütung, in ganz gleicher Art von Preußen übernommen.

§. 27.



## §. 27.

Gleichergestalt werden die belberseitigen ständischen Kreis, Deputirten gemeinschaftlich erheben, wie viel als Quote des Zwangsbarlehns, und wie viel zu den Regiekosten im Kreise oder der Provinz, bei den verschiedenen Ausschreiben, nach dem Zentralsteuerfuß aufzubringen gewesen ist, damit bei Abtheilung des Kassenbestandes jedem Theil seine Rate an dem Ueberschuß der Regiekosten angewiesen werden könne.

## §. 28.

Beide Königl. Regierungen verpflichten sich gegenseitig, ihre Kreis, und Provinzial, Kassen zu pünktlicher Berichtigung der Forderungen anzuhalten, welche etwa Kreis, und Provinzial, Kassen des andern Landes theils an erstere Kassen und nicht an die Veräquations, Kasse ihres Landes, vermöge der §. §. 2. 3. 4. und 16., supra zu stellen haben. Um alle Zweifel, Anstände und Weiterungen, welche über die etwa hervorkommenden Forderungen dieser Art, ihre Liquidität, die Kasse, aus welcher sie zu berichtigen sind, und die Zahlungsart entstehen könnten, möglichst schnell und billig zu beseitigen, wird unmittelbar nach Abschluß dieser Konvention, jede der beiden Königl. Regierungen von den Provinzial, und Kreis, Kassen ihres Landes theils umständlich belegte Ausweise der Forderungen, welche sie an Provinzial, oder Kreis, Kassen des andern Landes theils stellen zu können vermehren, abfordern, und man wird sich, sobald diese Präensionen sämmtlich näher bekannt sind, über alle zugleich zu vereinigen suchen, und sich überdies bemühen, die Forderungen, so weit sie in der Summe zusammentreffen, gegen einander so auszugleichen, daß jeder Provinzial, oder Kreis, Kasse ihre Befriedigung, so weit möglich, aus einer Kasse des Landes theils, zu dem sie gehört, angewiesen wird.

## §. 29.

So viel die Abtheilung der auf den Kredit der Veräquations, und Zentralsteuer, Anstalten kontrahirten drei Klassen von Schulden, nämlich: der Zentralsteuer, Obligationen, der Landes, Kommissionscheine, und der Kompensationscheine anlangt, hat man sich, um die künftigen Verhältnisse dieser Schulden, zum Besten der Gläubiger und beider Königl. Regierungen, zu vereinfachen, dahin vereinigt, daß Preußen andurch sämmtliche Zentralsteuer, Obligationen im Betrag von

Drei Millionen, Zweihundert Fünf und Achtzig Tausend, Acht, hundert Thalern,

Sachsen hingegen sämmtliche Landes, Kommissionscheine im Betrag von

Sebenhundert Tausend Thalern,

so wie sämmtliche Kompensationscheine, wovon ohngefähr noch ein Betrag von

Sebenhundert Sechs und Achtzig Thalern

im Umlauf ist, zur alleinigen Vertretung und Zahlung übernimmt.

Zu gänzlicher Veruhigung der Besitzer von Zentralsteuer, Obligationen und von Landes, Kommissionscheinen verpflichtet sich die Königl. Preussische Regierung, rücksichtlich der ersteren, und die Königl. Sächsische Regierung, rücksichtlich der letztern, die nöthigen Fonds zu künftiger Verzinsung und sukzessiver Rückzahlung auszumitteln, und vor Ablauf eines Jahres den solchergestalt festgesetzten



Zahlungsplan und den zu derselben Ausführung bestimmten Fonds öffentlich bekannt zu machen. Die Reihenfolge, in welcher die Obligationen jeder Gattung helingezahlt werden, wird jede Reglerung nach ihren Nummern durch das Loos bestimmen, und dann gleichmäßig fund machen lassen.

§. 30.

Da dem Herzogthum bei dieser Abtheilung mehr Schulden überwiesen sind, als ihm, bei einer nach dem festgesetzten Theilungs-Maafstäben vorgenommenen Berechnung, zukommen würden; so ist man ferner etwag geworden, daß dagegen dem Königreich von den unter dem Namen der Reichenbachschen Obligationen bekannten Steuer, Kredit, Schulden, bei künftiger Abtheilung dieser Schuldenklasse, ein verhältnißmäßiger Mehrbetrag zur Last bleiben soll.

Um zugleich dem Herzogthum die ihm, vermöge des §. 5., supra zu gewährende Entschädigung zu leisten, wird gedachter Betrag andurch auf

• Eine Million Fünfhundert Fünf und Achtzig Tausend Fünfhundert Thaler festgesetzt, und bei der, über die Abtheilung der sämmtlichen Reichenbachschen Obligationen künftig zu machenden Berechnung, dergestalt mit in Ansaß gebracht, daß dem Herzogthum von der ganzen Summe besagter Obligationen, um

Eine Million Fünfhundert Fünf und Achtzig Tausend Fünfhundert Thaler weniger zur Last fallen, als es nach dem annoch festzusetzenden Abtheilungs-Maafstab, von denselben zu übernehmen hätte.

§. 31.

Unter den auf eben bemerkte Art von Preußen übernommenen 3,285,800 Thalern Zentralsteuer, Schulden befindet sich ein Betrag von

Drei und Zwanzig Tausend Vierhundert Thaler

solcher Obligationen, welche erst nach dem 5. Juni 1815 gänzlich vollzogen, aber von den Königlich Preussischen Behörden nicht mehr in die allgemeine Zentralsteuer-Kasse gelegt worden sind, folglich zu Befriedigung der Gläubiger, für welche man sie, als ihre Kreation beschloffen wurde, bestimmt hatte, von der allgemeinen Zentralsteuer nicht verwendet werden konnten. Eines Theils, um langwierige Erörterungen hierüber zu vermeiden, andern Theils aber auch, in Rücksicht der im §. 5. enthaltenen Bestimmungen, werden besagte über 23400 Thaler lautende Obligationen der Disposition der Königl. Preuss. Regierung ohne weitere Nachrechnung dergestalt überlassen, daß dieselbe sie ausschließend zu Befriedigung ihrer Unterthanen verwenden kann. Bei Berechnung und Abtheilung der Zentralsteuer-Kassenbestände bleiben diese 23400 Thaler ganz außer Ansaß.

Sollten etwag oder alle Gläubiger, zu deren Befriedigung besagte Obligationen über 23400 Thaler bei ihrer Kreation bestimmt waren, bereits aus andern Zahlungsmitteln der Zentralsteuer-Kasse befriedigt worden sein, so hat es hiebei kein Verwenden. In soweit aber ihre Befriedigung in dieser Art noch nicht geschehen ist, hat sie nach denen im §. 3. und 4. enthaltenen Bestimmungen zu geschehen.

§. 32.

Mit der Berechnung und Vertheilung der Peräquations-, Pflanzungs-, Nequivalenzgelder, und Zentralsteuer-Kasse wird auch die Ausgleichung wegen der seit dem



dem 5. Juni 1815 verfallenen und bezahlten oder etwa noch unberichtigten Zinsen von den Landes-, Kommissionscheinen und Zentralsteuer-Obligationen vorgenommen, und dabei zum Grunde gelegt, daß an Zentralsteuer-Obligationen von dem Königreich

Eine Million Siebenhundert Fünf und Achtzig Tausend Achthundert Thaler,  
von dem Herzogthum

Eine Million Fünfhundert Tausend Thaler;  
Hingegen an Landes-, Kommissionscheinen, von dem Königreich

Fünfhundert Tausend Thaler,  
und von dem Herzogthum

Zweihundert Tausend Thaler

zu verzinsen gewesen wären. Zeigt sich bei dieser Berechnung, daß von einer der Königl. Regierungen mehr Zinsen bezahlt worden sind, als ihr hiernach zur Last fallen, so wird die Vergütung des zu viel bezahlten bei der Abtheilung der oben genannten Klassen geschehen, und wofür der Bestand derselben dazu nicht hinreichen sollte, binnen sechs Wochen nach dem Rechnungsabschluß, von der andern Regierung ohnfehlbar geleistet werden. Von dem Tage an, womit diese Zinsberechnung abgeschlossen wird, übernimmt Preußen die alleinige Verzinsung sämmtlicher Zentralsteuer-Obligationen, und Sachsen die alleinige Verzinsung sämmtlicher Landes-, Kommissionscheine. Zugleich macht sich aber auch Sachsen verbindlich, von eben diesem Tage an bis zu dem Zeitpunkt, wo die endliche Uebereinkunft wegen der Steuer-, Kredit-, Schulden-, Abtheilung abgeschlossen werden wird, außer dem Theil dieser Schulden, den es indessen schon provisorisch verzinst, auch noch die Verzinsung von

Einer Million Fünfhundert Fünf und Achtzig Tausend Fünfhundert Thalern sogenannter Reichenbachscher Obligationen, welche unter den, von der Königl. Preuss. Regierung bisher verzinsten Steuer-, Kredit-schulden begriffen waren, zu übernehmen.

### §. 33.

Beide Königl. Regierungen machen sich andurch gegenseitig verbindlich, den Zins- und Münzfuß der Zentral-, Steuer-, Obligationen und Landes-, Kommissionscheine nie herabzusetzen, und überhaupt für die Sicherstellung und baldige Heimzahlung derselben, so wie für Emporbringung und Aufrechterhaltung ihres Credits, alle Sorgfalt anzuwenden, um besagten Obligationen, mit denen, nach dem nämlichen Fuß verzinslichen sogenannten Reichenbachschen Obligationen, möglichst gleichen Werth zu verschaffen. Zu diesem Ende werden den Besitzern der Zentral-, Steuer-, Obligationen, von der Königl. Preussischen Regierung, und den Besitzern der Landes-, Kommissionscheine, von der Königl. Sächsischen Regierung, diejenigen Vorrechte und Vorrechte andurch eingeräumt, welche jede dieser Königl. Regierungen, in ihrem Gebiete, mit dem Besitz der, am meisten begünstigten Sächsischen Staatspapiere verbinden wird oder verbunden hat. Die Zinsen werden an den bisher gewöhnlichen Orten, nämlich so viel die Zentral-, Steuer-, Obligationen betrifft, zu Leipzig, und so viel die Landes-, Kommissions-, Scheine anlangt, zu Dresden oder auch zu Leipzig entrichtet, und die Kapitalszahlungen zu seiner Zeit ebenfalls selbst geleistet werden.



§. 34.

Ueberhaupt wird zwischen beiden Königl. Regierungen unabwieslich festgesetzt, daß keine derselben, in der Behandlung der Obligationen, Besitzer, irgend einen Unterschied zwischen denen, welche Unterthanen ihres oder des andern Landes, theiltes sind, jemals eintreten lassen wird. Eben diese Gleichheit in der Behandlung der beiderseitigen Unterthanen wird jede Regierung auch in dem Fall genau beobachten, wenn Unterthanen der andern Regierung, an eine der Kassen, von welchen gegenwärtige Konvention handelt, Forderungen zu machen hätte. Sollten in beiden Landes, theilen Forderungen von Unterthanen, aus dem andern Landtheil angemeldet werden; so wird man, in sofern diese Forderungen einander in quali et quanto gleich gestellt werden können, sich dahin auszugleichen suchen, daß jede Regierung die Befriedigung ihrer, mit solchen Ansprüchen auftretenden Unterthanen übernimmt.

§. 35.

Sobald die vermöge gegenwärtiger Konvention annoch vorzunehmenden gemeinschaftlichen Berechnungen abgeschlossen sind, werden die sämmtlichen, auf das Herzogthum ausschließlicly Befug nehmenden, die Peräquations, Lieferungs, Aequivalent, Gelder, und Zentralsteuer, Angelegenheiten, betreffenden Akten, Kataster, Rechnungen, Bücher und wie immer gearteten Litteralien, von der Kriegsverwaltungs-Kammer und allen andern Königl. Sächsischen Behörden, bei welchen sie sich verwahrt befinden, unverzüglich und ohne Ausnahme, an die Königl. Preussische Kommission zur Ausgleichung mit dem Königreich Sachsen ausgeliefert werden. Die Liquidationen aus dem Herzogthum und Beläge derselben, welche unter vorgebachten Papieren befindlich sind, werden den Königl. Preussischen Behörden, gleich nach Vollziehung dieser Konvention, jedoch unter der Bedingung ausgemittelt, daß sie sogleich wieder mitzutheilen sind, falls man ihrer bei den eben erwähnten Berechnungen bedürfen sollte. Von den gemeinschaftlichen Papieren der oben bezeichneten Art werden, auf Verlangen, beglaubte Abschriften erstellt werden.

§. 36.

Wenn sich etwa in Händen einer der Königl. Regierungen Kautionen oder Depositen befinden sollten, welche rücksichtlich der Peräquations, Lieferungs, Aequivalent, Gelder, oder Zentralsteuer, Anstalten erlegt worden sind, und nunmehr in den andern Landtheil gehören, so werden solche mit denen, in dem vorhergehenden §. bemerkten Akten und Papieren, zugleich übergeben werden.

§. 37.

Auf die Oberlausitz ist zwar die Verfügung des §. 28 dieser Konvention anwendbar. Im übrigen wird sie von diesem Abkommen, so weit dasselbe die Auseinandersetzung zwischen beiden Königl. Regierungen betrifft, ausgeschlossen, und ein solches der ständischen Deputation dieser Provinz, mit Vorbehalt der Genehmigung beider Königl. Kommissionen, zu entwerfen, überlassen, jedoch hier festgestellt, daß alles, was die Oberlausitz aus der gemeinschaftlichen Peräquations, Lieferungs, Aequivalent, Gelder, oder Zentralsteuer, Anstalt erhalten hat, als wahrer, nicht zu ersetzender Zuschuß betrachtet, und dagegen besagter Provinz kein Anspruch an die gemeinschaftliche Peräquations, und Zentralsteuer, Anstalt zustehen soll. Hierdurch wird jedoch

der



der Ausgleichung der selben Antheile der Oberlausitz mit den übrigen Provinzen und Kreisen desjenigen Landesheils, wozu jeder Antheil von der Oberlausitz gehört, keineswegs vorgegriffen.

§. 38.

Unmittelbar nach Abschluß dieser Konvention werden Königlich Preussischer und Königlich Sächsischer Seits, die nöthigen Verfügungen an die Deputationen der getheilten Kreise und Provinzen erlassen werden, damit den beiderseitigen ständischen Deputirten dieser Kreise und Provinzen, die Einsicht aller zu Auseinandersetzung der Verhältnisse besagter Kreise und Provinzen erforderlichen und dienlichen Bücher, Rechnungen und Akten, auf jedesmaliges Verlangen, ohne Schwierigkeit gestattet werde. Sobald gedachte Verhältnisse auseinander gesetzt sind, werden jedem Landesheils die ihn ausschließend angehenden Papiere erwähnter Art ausgeliefert.

§. 39.

Die beiden Königl. Kommissionen werden sich alsbald gegenseitig diejenigen Beamten namhaft machen, welche sie zu den, vermöge gegenwärtiger Konvention, vorzunehmenden Berechnungen, Erhebungen u. Liquidationen zu subdelegiren gesonnen sind.

Diese Subdelegirten werden ihre Geschäfte unverweilt beginnen, und damit ohne Aufschub und Unterbrechung bis zum Abschluß fortfahren.

§. 40.

Gegenwärtige Konvention wird alsogleich durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden. So geschehen Dresden, am 23ten Juli 1817.

Der Oesterreichische Kaiserliche Vermittelungs-Kommissär.

(L. S.)

gez. J. E. Freiherr von Gärtner.

Königl. Preuss. Kommission zur Ausg. Königl. Sächs. Friedensvollziehungs- und  
gleichung mit dem Königreich Sachsen. Auseinandersetzungs-Kommission

(L. S.) gez. Gaudi.

(L. S.) gez. von Slobig.

(L. S.) gez. Friesse.

(L. S.) gez. Günther.

(L. S.) gez. Stehe.

(L. S.) gez. von Waghdorf.

Hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, am 7. August 1817.

Der Reglerungs-Chef, Präsident.  
von Schönberg.

Vorstehende Bekanntmachung des Herrn Chefpräsidenten v. Schönberg wird nebst der Konvention vom 23ten Juli d. J. den Behörden und Einwohnern des hiesigen Reglerungsdepartements zur Nachricht und Achtung hierdurch mitgetheilt.

Potsdam, den 28ten August 1817.

Die genaue Befolgung der Vorschriften wegen Aufbewahrung der Torfasche vom 13ten Juni 1813. (Stück 26. No. 190. Seite 303. des Amtsblatts vom Jahre 1813) wird hierdurch in Erinnerung gebracht.

Potsdam, den 23ten August 1817.

Die Polizeibehörden unsers Departements werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, das es nicht hinreichend ist, um Unglücksfälle im Wasser zu verhüten, an Orten, wo besondere Gefahr obwaltet, Vorsichtsmaßregeln zu treffen, sondern daß es ihnen auch obliegt:

1) sichere

No. 232.

Aufbewahrung der Torfasche.

I. p. 1678.  
August.

No. 233.

Verhütung von Unglücksfällen.

I. p. 1294.  
August.



- 1) sichere Badestellen auszumitteln und gehörig zu bezeichnen, das Baden an andern Orten dagegen zu untersagen,
  - 2) das Gehen auf dem Eise, so wie das Schlittschuhlaufen so lange möglichst zu verhindern, als solches nicht mit Sicherheit statt finden kann, und wenn dies der Fall ist, etwaige unsichere Stellen auszumitteln und gehörig zu bezeichnen,
  - 3) in Ansehung der Fahren und Rähne dahin zu sehen:
    - a. daß zu Führern derselben nur zuverlässige, tüchterne, des Geschäftes kundige Menschen, und zwar in hinreichender Anzahl genommen werden,
    - b. daß der hier und da zu Unglücksfällen dieser Art Veranlassung gebende Unfug, daß Kinder auf Rähnen fahren, abgestellt werde,
    - c. daß keine zerfallne oder sonst unsichere Rähne oder andere Gefäße gebuldet werden,
    - d. daß die Fahrzeuge mit Menschen, oder Sachen nicht überladen, sondern das gehörige Verhältniß zwischen der Ladung und der Tragfähigkeit des Gefäßes beobachtet werde, und
    - e. daß in der Nacht oder bei stürmischer Witterung entweder gar nicht, oder wenigstens mit Beobachtung der gehörigen Vorsichtsmaßregeln gefahren werde.
- Jede Vernachlässigung dieser Pflichten wird von uns streng gerügt werden.
- Potsdam, den 31sten August 1817.

No. 234.

Entlassung  
vom stehenden  
Heere.  
I. m. 230.  
September.

Die Königl. Ministerien haben für das Jahr 1817 eine Aushebung der zum Dienst in stehenden Heere verpflichteten Einwohner angeordnet, und es werden daher wiederum Dienstthuende, welche nach den gesetzlichen Bestimmungen ihre Verpflichtung erfüllt haben, oder ihrer bürgerlichen Verhältnisse wegen in den Heimathen notwendig sind, entlassen werden können.

Die aus dem stehenden Heere zu entlassenden Militärpersonen, deren Angehörige, oder die sonst mit erstern in Verbindung stehende Einwohner unsers Regierungsbezirks haben nach den Bekanntmachungen im Amtsblatte vom 29sten August 1815 (Stück 35. No. 316.) 20sten Oktober 1816. (Stück 44. No. 335.) und 13ten Juni 1817. (Stück 26. No. 167.) ihre gehörig motivirte Anträge wegen nöthiger Entlassungen, mit genauer Bezeichnung der Regimenter und Bataillons, bei welchen die zu entlassende Leute stehen, bei den landrätthlichen Behörden, und die aus hiesiger Stadt, bei dem Polizeidirektor Fleische, spätestens bis Ende September d. J. einzureichen. Jeder welcher sich hernach entweder nicht zeitig genug bei den genannten Behörden meldet, oder das nach Maafgabe jener Bekanntmachungen dabei zu Beobachtende nicht befolgt, wird es sich selbst belzumessen haben, wenn er oder seine Angehörige nicht bei der diesjährigen Ersatzstellung entlassen werden.

Zur Entlassung vor zurückgelegter 3jährigter Dienstzeit kann, nach den höhern Bestimmungen nur berechtiget, wenn durch den Tod des Vaters oder eines Verwandten, dem noch im Militärdienst befindlichen Individuum ein Grundstück, eine Handlung oder eine Fabrik, in welcher mehrere Arbeiter beschäftigt werden, zufällt, und seine persönliche Verwaltung notwendig erheischt wird.

Potsdam, den 4ten September 1817.



Befuß der von den Königl. Ministerien des Innern und des Krieges angeordneten Ersahaushebung für das laufende Jahr ist die Anfertigung und resp. Vervollständigung der Militär- Stammrollen in den Ortsgemeinen erforderlich. Wenn gleich nach der von den gedachten Königl. Ministerien unterm 30sten Juni d. J. ertheilten Instruktion für das Geschäft der Ersahaushebung zur jährlichen Ergänzung des stehenden Heeres die Orts- Verwaltungsbehörden für die richtige und vollständige Verzeichnung aller in den Gemeinen wohnhaften jungen Leute des dienstpfl. Alters verbunden sind, so werden doch dadurch die Dienstpfl. selbst von der Obliegenheit nicht entbunden, sich bei etwa statt gefundener Uebersetzung in den Stammrollen bei der ihnen zunächst vorgesetzten Ortsbehörde selbst zur Eintragung zu melden, widrigenfalls gegen sie die Vermuthung einer beabsichtigten Dienstentziehung eintreten würde, und sie bei stattfindender Aushebung zuerst und ohne Rücksicht auf die etwa für sie sprechende Begünstigungsgründe zum Dienst ausgehoben werden würden.

No. 235.  
Militär-  
Stammrollen.  
I. m. 437.  
September.

Gleichmäßig werden die jungen Militärpfl., welche auf die an sie ergehende Vorladung, sich vor den, zur Untersuchung der Dienstpfl. angeordneten Kommissionen nicht stellen, es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn gegen sie die gesetzlichen Strafen der Dienstentziehung zur Anwendung gebracht werden.

Indem wir diese Vorschrift zur Nachachtung in Erinnerung bringen, bemerken wir, daß nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 3ten September 1814 die diesjährige Aushebung alle diejenigen junge Mannschaft umfaßt, welche in dem Zeitraume vom 1sten Oktober 1792 bis zum 30sten September 1797 geboren ist.

Potsdam, den 9ten September 1817.

Damit die, in Gemäßheit der Bestimmungen §. 12. der, für das Jahr 1817 in Anwendung zu bringenden Instruktion der Königl. Ministerien des Innern und des Krieges vom 30sten Juni d. J. für das Geschäft der Ersahaushebung zur jährlichen Ergänzung des stehenden Heeres aufzunehmenden und resp. zu revidirenden Stammrollen mit Sicherheit angefertigt werden können, ist es erforderlich, daß die Prediger in den Städten und auf dem platten Lande die Geburtslisten mittheilen.

No. 236.  
Geburtslisten  
der Militärs-  
pfl.  
I. m. 437.  
September.

Es werden daher sämmtliche Herrn Prediger unsers Departements hierdurch angewiesen, den resp. Orts- und Kreisbehörden vorerst sogleich die namentlichen Verzeichnisse aller in ihren Kirchsprengeln geborenen Individuen männlichen Geschlechts aus den Jahrgängen 1792 bis 1797, beide einschließend, sodann aber auf weiteres Verlangen auch von den spätern Jahren mitzutheilen, darin auch die nöthigen Bemerkungen über die nach den Kirchenbüchern bereits Verstorbenen beizufügen.

Diese



Diese Verzeichnisse sowohl, als alle sonstige Befuß der Militärverwaltung durch die betreffenden Behörden von den Herrn Predigern begehrte Auskünfte werden als allgemeine Dienstsachen stempel- und gebührenfrei ertheilt.

Potsdam, den 9ten September 1817.

### V e r m i s c h t e N a c h r i c h t e n.

Im Auftrage der Königl. Preuß. Hochlöbl. Ausgleichungskommission zu Dresden mache ich hierdurch bekannt: daß die Coupons zu Erhebung der Zinsen von den Sächsischen Kammerkreditkassen, Kapitalien pro Michaelis 1817 auch für dieses Mal von den Kommissarien und dem Buchhalter bei der Kammerkredit-Kassenkommission, nicht unterschreiben, sondern mit deren in Holz geschnittenen Namens-unterschriften und einem in das Papier zu schlagenden Stempel versehen, und in dieser Maasse an die Gläubiger auf erfolgende Produktion der Zinsnoten ausgehändigt werden sollen.

Merseburg, den 22sten August 1817.

Der Reglerungs-Präsident. v. Schönberg.

Mehrere Anfragen überzeugen uns, daß das Publikum mit den Preisen des Gipssteins, dessen Anwendung in der Landwirtschaft als Düngungsmittel allgemeiner zu werden anfängt, und mit den Mitteln, sich solchen im Innlande zu verschaffen, nicht hinreichend bekannt ist.

Wir benachrichtigen dasselbe daher, daß der Verkauf des Sperenberger Gipssteins, im ungebrannten Zustande, sowohl unmittelbar aus dem Bruche zu Sperenberg, als aus der Gipssteinsiederlage zu Berlin geschieht. Den Verkauf aus dem Bruche besorgt der Hütteninspektor Steber auf dem Königl. Eisenhüttenwerke zu Cottow, in der Gegend von Luckenwalde wohnhaft, für den Preis von Vier Groschen pro Zentner, bei Quantitäten von Eintausend Zentner, welche mit einemale abgeholt werden, von Drei Groschen; der Verkauf aus der Siederlage zu Berlin geschieht durch das Königl. Haupt-Eisenmagazin an der Grünstraßen Brücke für den Preis von Acht Groschen pro Zentner.

Berlin, den 24sten August 1817.

Königl. Ober-Bergamt für die Brandenburg Preussischen Provinzen.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 38. —

Den 19ten September 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Nach den Verpflegungsbestimmungen vom 14ten September v. J. ist der außerhalb der Militärstraße marschirende Soldat verpflichtet, dem Quartiergeber für die ihm, mit Ausnahme des Getranks, zu verabreichende Verpflegung täglich zwei gute Groschen zu bezahlen. Um dem Quartiergeber diese von Seiten des Soldaten zu leistende Vergütung zu sichern, wird in diesem Bezuge im Einverständniß mit dem Königl. Kriegsaministerio, welches die Königlichen Generalkommando's danach angewiesen hat, folgendes verordnet.

No. 257.

Verpflegung der marschirenden Soldaten.

I. m. 493.  
September.

Jeder kommandirende Offizier eines Truppentheils, oder der sonstige Kommando-führende eines auf eine Ortschaft angewiesenen Detaschements, muß sich am Abend vor dem Abmarsche von der bequartirten Ortschaft eine Bescheinigung des Inhaltes geben lassen:

„daß die Bezahlung für die geleistete Verpflegung gleich bei der Mahlzeit erfolgt ist, und der Quartiergeber von der einquartirten Mannschaft um Ausnahme der Bezahlung, wofern er nicht darauf Verzicht leistet, ersucht worden.“

Jeder Quartiergeber aber, dessen Befriedigung von der einquartirten Mannschaft bei der Mahlzeit verweigert worden, hat sich bei der am Vorabend des Abmarsches gewöhnlich statt findenden Zusammenberufung der Mannschaften, welcher der Gemeindevorsteher selbst jedenfalls beizuwohnen hat, einzufinden, und dort bei dem kommandirenden Offizier oder sonstigen Kommandoführer zu melden, welcher sodann auf der Stelle die Befriedigung jedes Reklamanten bewirken muß, und wonächst erst der Gemeindevorsteher die vorgeschriebene Bescheinigung auszustellen verbunden ist.

Die Königl. Regierungen haben dies Arrangement durch die Amtswärter zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, und ist auf diesem Wege wenigstens die Hoffnung,



daß sich die Beköstigung der marschirenden Soldaten durch die Quartiergeber ohne zu große Beschwerde erreichen lasse, begründet. Berlin, den 18ten August 1817.

An  
Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.  
die Königl. Regierung zu Potsdam.

Oblige Vorschriften haben die Behörden und Einwohner aufs pünktlichste zu befolgen, und sind die Verpflegungsbestimmungen vom 14ten September v. J. im Amtsblatt, Stück 44. No. 333. bekannt gemacht.

Potsdam, den 9ten September 1817.

No. 238. Der Durchschnittspreis von dem im Monat August d. J. auf dem Markte zu Berlin verkauften Getreide und Rauchsutter hat in  $\frac{1}{2}$  Stel betragen:

Getreide- und Sutterpreise pro August 1817. I. m. 432. September.	1) für den Scheffel Weizen	3	Thaler	18	Gr.	11	Pf.
	2) — — — Roggen	2	—	6	—	2	—
	3) — — — große Gerste	1	—	18	—	1	—
	4) — — — kleine Gerste	1	—	9	—	6	—
	5) — — — Hafer	1	—	8	—	6	—
	6) — — — Zentner Heu	1	—	1	—	7	—
	7) — das Schock Stroh	9	—	6	—	9	—

Die Durchschnittspreise betragen in $\frac{1}{2}$ Stel									
für das Quart Weißbier	,	,	,	,	,	1	Gr.	8	Pf.
— — — Braumbier	,	,	,	,	,	1	—	6	—
— — — Brantwein	,	,	,	,	,	4	—	7	—

Potsdam, den 12ten September 1817.

No. 239. Sämmtliche Herren Landräthe, Superintendenden, Pfarrer der französisch reformirten und katholischen Gemeinden, Feld- und Garnisonprediger, desgleichen die Magistrate, welchen die Anfertigung und Einreichung der Bevölkerungslisten von den Geburten, Trauungen und Todesfällen bei den christlichen und jüdischen Glaubensgenossen obliegt, haben binnen 8 Tagen anzuzeigen, wie viel große und kleine Formulare sie dazu für das Jahr 1817 bedürfen, damit ihnen solche hernächst zugesandt werden können, und jede Nachforderung vermieden wird. Da die pro 1816. zu diesem Behuf erhaltenen Formulare theils bis 1820, theils für längere Zeit bestimmt sind, so muß hierauf Rücksicht genommen, und zur Ersparung der Druckkosten nur der wirklich nöthige Bedarf gefordert werden. Diejenigen, welche pro 1817 keine Formulare bedürfen, haben solches dessen ungeachtet anzuzeigen. Für die Zukunft muß der Bedarf an Formularen für das nächste Jahre, jedesmal bei Einreichung der Bevölkerungslisten unfehlbar angegeben werden.

Potsdam, den 4ten September 1817.

Sämmtl.







der neuen Arzneytaxe vorgebrucht ist, geordneten Strafe befolgt werden müssen. Sämmtlichen Kreis- und Stadtphysikern sind diese Veränderungen zur Verschaffung an die Apotheker ihres Bezirks zugefertigt worden.

Die neue Arzneytaxe von 1815 und die Taxveränderung dürfen bei keinem Apotheker fehlen. Potsdam, den 12ten September 1817.

**No. 243.** Es sind Zweifel darüber entstanden, in wie fern Bauhandwerker aus dem Herzogthum Sachsen zur Ausübung ihres Gewerbes in andern Bezirken zugelassen werden können. Der Herr Finanzminister hat mittelst Verfügung vom 19ten v. M. entschieden, daß die gedachten Bauhandwerker nur dann Gewerbscheine zum Betrieb ihres Gewerbes in anderen Bezirken erhalten sollen, wenn sie sich der durch den §. 98. des Edikts vom 7ten September 1811. vorgeschriebener Prüfung durch die Kommission desjenigen Bezirks, in welchem sie zuerst den Gewerbschein nachsuchen, unterwerfen, und die Atteste dieser Kommission über ihre Qualifikation beibringen würden.

Bauhandwerker aus dem Herzogthum Sachsen.  
2. a. 1946.  
August.

Dies wird hierdurch zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 4ten September 1817.

**No. 244.** Die von Werneuchen nach Treuenwalde führende Chaussee ist jetzt bis hinter dem Sternkrug vollendet. Vom 1sten Oktober ab werden daher die gewöhnlichen Chausseegefälle für drei Meilen, und zwar von Werneuchen bis Leuenberg für zwei Meilen, und von dort bis zum Sternkrug für eine Meile, erhoben werden. Die bisherige Hebungsstelle zu Tiefensee geht ein und wird nach Leuenberg verlegt.

Chaussee nach Treuenwalde.  
2. a. 2466.  
Juli.

Potsdam, den 5ten September 1817.

**No. 245.** Nach nunmehr vollendeter Personalorganisation der Forstverwaltung, in welcher die künftigen verschiedenen Abstufungen der Forstbeamten bestimmt sind, haben Se. Excellenz der Herr Finanzminister in Bezug auf die frühern königlichen Allerhöchsten Bestimmungen über die Uniform des Forstpersonals, und des Forstpersonals insbesondere, und auf den Grund der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 20sten Juni d. J. folgende Vorschriften ertheilt.

Uniformen des Forstpersonals.  
2. b. 564.  
August.

#### Die Oberförster,

so wie die ehemaligen Landjäger und Oberjäger, welche nach der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 25sten Dezember 1814, die Erlaubniß erhalten haben, die Stickerei No. IV. auf der Uniform tragen zu dürfen, behalten diese Stickerei mit der Abänderung, daß solche nach der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 20sten Juni d. J. um die Patten wegfällt, und die Stickerei am Kragen, nicht, wie es in den frühern Reglements vorgeschrieben worden, unten nach den Schultern umher, sondern oben um den Kragen nach dem Kopfe herauf, getragen werden soll.

Der Rock wird mit zwei Reihen Knöpfen zum Uebereinanderklappen gemacht, und die Rockschöße aufgeschlagen, die Unterkleider von weißem Tuch oder Kasimir, die



die Weste ohne Patten. Die Uniformknöpfe sind vergolbet, mit dem Königl. einfachen Wappenschild mit dem Preussischen Adler und der Krone. Dazu wird ein goldenes Koppel mit dem Adlerschloß um den Leib getragen.

Die simple Uniform der Oberförster besteht in einem einfachen grünen Rock mit zwei Reihen Knöpfen, Kragen und Aufschläge von grünem Tuch ohne alle Stickerei.

Das Tragen der sammtnen Aufschläge und Kragen bei der simplen Uniform, und das über die Schulter hangende goldene Koppel bei der gestickten Uniform, bleibt eine Auszeichnung der Oberförster, und Forstmeisterlichen Uniform, die von den Oberförstern nicht nachgeahmt werden soll, so lange ihnen nicht der ertheilte Forstmeisterstitel einen Anspruch darauf giebt.

#### Titular-Forstmeister,

das heißt, Oberförster, welche den forstmeisterlichen Titel erhalten haben, dürfen die mit dieser Stelle vorgeschriebenen Auszeichnungen tragen, jedoch auf der gestickten Uniform nur die Stickerei No. III. nach der neuern Vorschrift um den Kragen und um die Aufschläge, da sie gleich den Titularräthen nach §. 6. der Rangordnung vom 7ten Februar d. J. nur in dieser Klasse benannt sind, mit hin die pos. d. §. 8. des Reglements vom 14ten Februar 1804 auf sie Anwendung findet.

#### Reviereförster.

Diese durch die neue Organisation der Verwaltung zwischen die Oberförster und bisherigen Unterförster gestellte Klasse von Forstassistenten, soll künftig, um bei dem Verhältniß, in welchem sie gegenwärtig zu den wirklich fungirenden Oberförstern stehen, eine Abstufung statt finden zu lassen, auf dem einfachen grünen Rock blos einen rothen Kragen mit der für die Oberförster vorgeschriebenen Stickerei No. IV., dagegen aber keine rothe, sondern grüne tuchene Aufschläge ohne Stickerei tragen.

Hierzu soll ein goldenes Koppel mit dem Adlerschloß um den Leib getragen werden.

#### Die Unterförster

sollen nur einen schlichten rothen Kragen und Aufschläge tragen dürfen, und dazu ein schwarzes lebernes Koppel mit gelbem Schloß und dem Königl. Namenszug mit Krone. Die Erlaubniß, ein grün saffianes Koppel mit dem Adlerschloß zu tragen, soll blos zur Auszeichnung für Fleiß und gute Dienstführung gegeben werden.

Den Heegemeistern, wo dergleichen noch vorhanden sind, ist nach wie vor erlaubt, die goldene Tresse um den Kragen und um die Aufschläge zu tragen.

#### Die Waldwärtner

können bei ihrem unbedeutenden Gehalte eine Uniform nicht erhalten; sie sollen jedoch angehalten werden, wenigstens ihren Dienst in einer Jacke oder Leibrock von grüner Farbe zu thun, und in solchen vor ihren Vorgesetzten zu erscheinen.

Die



Die Koppeln zu den Hirschfängern sollen bei allen Uniformen ohne Unterschied mit einer kleinen Tasche versehen sein, und soll der Hirschfänger nicht etwa mit einem oder zweien Karabiner Haken angehängt werden.

Für gewöhnlich, wenn nicht höhere Staatsbeamte die Gegenwart der Offizianten fordern, sind den Oberförstern auch schwarze Koppeln statt der goldenen zu tragen erlaubt.

Die Hirschfänger der Oberförster und Revierförster, mit einem elfenbeinernen Griff und mit einem Bügel, jedoch glatt und ohne Gravirung, so wie die Hirschfänger der Unterförster, welche einen Griff von Hirschhorn haben, sind bei den Berliner Schwertsiegern zu erhalten.

Da die meisten der Forstoffizianten schon ältere preussische Diensthirschfänger haben, so können sie diese für jetzt forttragen, um die Ausgaben für einen neuen zu vermeiden; wollen sie aber einen neuen Hirschfänger sich zum Dienst anschaffen, so muß solches nach der oben genannten Bestimmung geschehen.

Das goldene mit grün durchwirkte Port d' Epée darf nur bis einschließend die Revierförster getragen werden. — Eben so müssen die goldenen mit grün durchwirkten Kordons auf dem Hute, nach der Abstufung der Oberforstmeister, Forstmeister, Oberförster und Revierförster, mit größern oder minderen großen Bouillons getragen werden, und mit grüner Seide durchwirkt sein. Die Unterförster dürfen weder Port d' Epée noch Kordons gelb und grün durchwirkt tragen.

So unwesentlich auch das Uniform-Wesen für die Geschäftsführung und den Dienst selbst ist, so erfordert doch die gute Ordnung, daß das Erscheinen der Forstbedienten in der vorgeschriebenen Uniform bei öffentlichen Veranlassungen, bei den Reisen Sr. Majestät des Königs und der Königl. Familie, bei der Anwesenheit höherer Staatsbeamten in der Provinz, die die Gegenwart oder Begleitung vom Forstpersonal erfordert, oder bei öffentlichen Dienstverrichtungen, z. B. öffentlichen Holzverkäufen, Forstbußgerichten u. s. w. nicht vernachlässigt werde, ohne daß jedoch für ganz gewöhnliche Dienstgeschäfte in der Forst oder im städtischen geselligen Leben, darin der mindeste Zwang herrsche.

Potsdam, den 6ten September 1817.

#### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.

No. 40.  
Sportellassen  
Stats.

Den Stadtgerichten im Departement des Kammergerichts, welche noch mit keinem Sportellassen-Stat versehen sind, wird hierdurch eröffnet, daß es an den Orten, wo die Stadtrichter die sämmtlichen Gerichtsprotokolle verfassungsmäßig zu beziehen haben, für jetzt keines förmlichen Stats bedarf. Sie werden jedoch angewiesen, eine genaue Berechnung darüber zu führen, und bei dem Ablaufe eines jeden Jahres einzureichen.

Zugleich werden diejenigen Stadtgerichte, welche sich in diesem Falle nicht befinden, und mit der Einreichung ihrer Statentwürfe noch im Rückstände sind, an deren Einsendung erinnert, damit die Bestätigung noch im Laufe des künftigen Monats eingeholt werden kann.

Berlin, den 28ten August 1817.

Sämmtl.







dem Anfange des 13ten Jahres dazu zugelassen werden; jedoch haben die Eltern in diesem Falle dem Prediger hinlänglich zu versichern, daß sie deshalb nicht auf eine frühere Konfirmation ihrer Kinder bringen wollen, als es die Vorschrift unter §. 4. gestattet.

§. 2. Nie aber darf ein Prediger ein Kind zum Konfirmandenunterricht zulassen, welches noch nicht fertig lesen kann, und nicht schon die zur Benutzung eines ausführlichen Religionsunterrichts erforderlichen Vorkenntnisse eingesammelt hat.

Wo die Prediger finden, daß ein oder das andere Kind noch weit darzu zurück sei, so müssen sie gemeinschaftlich mit den Schullehrern und den Eltern und Angehörigen des Kindes dafür sorgen, daß dasselbe den noch fehlenden Unterricht erhalte.

§. 3. Der Konfirmandenunterricht wird in zwei Winterhalbjahren, und zwar jedesmal von Michaelis bis zum Sonntage Palmarum wöchentlich viermal, entweder in 4 einzelnen Stunden, oder zweimal an jedem der dazu festgesetzten Tage, je in 2 Stunden erteilt, so daß jeder Konfirmande zwei volle Halbjahre daran Theil nimmt, in welcher Zeit er auch die Schule des Ortes regelmäßig und unausgesetzt besuchen muß. Die dazu auszuwählenden Tage und Stunden hat der Prediger, nach vorhergegangener Abrede und Vereinigung, in den Städten mit dem Epchorus und Schulvorstande, in den Dörfern mit Lehterem allein festzusetzen, damit die Konfirmanden von dem Schulbesuche dadurch nicht abgehalten werden, in dem es Pflicht des Predigers ist, hiezu mehr auf das Beste der Schule und Schulkinder, als auf seine Bequemlichkeit zu sehen. Die Kinder der Filialgemeinen wohnen in der Regel diesem Unterrichte im Mutterdorfe bei. Sollte aber ein oder das andere Filial zu weit entfernt, oder darüber ein abweichendes, von der Behörde bestätigtes Abkommen zwischen dem Prediger und der Filialgemeinde getroffen sein, so muß der Unterricht daselbst in der Schulstube, nach geendigtem Vormittags-Schulunterrichte, von den Predigern gegeben werden.

§. 4. Vor dem zurückgelegten 14ten Jahre darf kein Kind konfirmirt werden. Wenn jedoch hiervon Ausnahmen nöthig erachtet werden sollten, so können diese nicht ohne Vorwissen und Zustimmung des Superintendenten der Inspektion Statt finden, welcher, im Fall er dabei erhebliche Bedenken haben sollte, an das Konsistorium deshalb berichten muß. Aufgeschoben aber kann die Konfirmation werden, wenn die Eltern es verlangen, oder der Prediger mit Genehmigung des Superintendenten es für nöthig findet.

§. 5. Söhne oder Töchter aus fremden Parochien zu konfirmiren, ist einem Prediger nur dann gestattet:

- 1) wenn das Kind sich wesentlich, d. i. als Lehrling oder als Gesinde, oder als Glied einer Familie, oder in einer Schul- und Pensionsanstalt seiner Parochie aufhält,
- 2) wenn es die Schule der Parochie gehörig besucht, und

3) wenn







## **II. Für Berlin und die andern großen und mittlern Städte der Provinz insonderheit und sämmtliche französische reformirte Gemeinden**

§. 10. gelten von den in den vorigen §. §. 1 — 9. enthaltenen Bestimmungen alle diejenigen, welche das Lebensalter der Konfirmanden und deren Vorkenntnisse, (§. 1 und 2.) das Alter, in welchem die Konfirmation statt finden kann, (§. 4.) und den auszustellenden Konfirmationsheften, (§. 9.) desgleichen Rücksichts der deutsch, evangelischen Gemeinden diejenigen, welche (nach §. 7.) die zum Grunde zu legenden Lehrbücher betreffen.

Für die evangelisch-deutschen sowohl als französischen Gemeinden in Berlin, werden die besonders ergangenen Vorschriften, daß jeder Edus von Konfirmanden nicht über Fünfzig Individuen betrage, daß Knaben und Mädchen — wenn eine größere Anzahl derselben solches nöthig machen — an verschiedenen Tagen unterrichtet werden müssen, und daß der Unterricht jener, sofern Schüler aus den hiesigen Gymnasien und andern größeren Schulen unter den Konfirmanden sich befinden, nur Dienstags und Freitags von 11 bis 12 Uhr Statt finden darf, bei den in Betreff des letztern Punktes neuerdings von den Direktoren einiger hiesigen Schulen erhobenen Beschwerden, zur unverbrüchlichsten Befolgung erneuert.

Außerdem verbleibt es in Berlin dabei, daß der Unterricht, den hier die Konfirmanden erhalten, gleichfalls und mindestens zwei, jedoch auf einanderfolgende Halbejahre, die Einsegnung aber in den nächsten vier Wochen kurz vor oder nach Ostern und Michaelis jedes Jahres Statt finde, imgleichen, daß ein Kind, wenn es im Laufe des Katechumenenunterrichts seinen Wohnort ganz verläßt, oder aus einer der hiesigen Parochien in eine andere, sehr entfernte zieht, von demjenigen Prediger, bei dem es seither Unterricht genossen, mit dem (§. 5.) angegebenen Zeugnisse versehen werde, wie denn auch die Berlinischen Geistlichen ohne eine solches Zeugniß kein Kind aus einer andern Parochie, welches schon den Konfirmandenunterricht eines andern Predigers besucht hat, auch überhaupt kein Kind aus einem andern Orte, bei welchem keine der §. 5. No. 1. angegebenen Bedingungen Statt findet, in den Katechumenenunterricht aufnehmen dürfen.

### **III. Alle Superintenden ten der Provinz**

§. 11. werden übrigens hiernächst angewiesen, bei ihren Kirchenvisitationen jedesmal, besonders die zuletzt konfirmirten jungen Leute prüfen, um sich zu überzeugen, ob dieser Anordnung in allen Punkten genügt, auch die Konfirmationsbücher vorschriftsmäßig geführt worden sind, und hiernächst über den Ausfall dieser Prüfung an das Konsistorium zu berichten. Berlin, den 1sten Sept. 1817.

### **V e r m i s c h t e N a c h r i c h t e n .**

Die Denkmäler bei Großbeeren und Deunewitz.

Auf Befehl Sr. Majestät des Königs sind auf den Schlachtfeldern, wo im Jahr 1813 die Söhne unsers Vaterlandes getreu bis in den Tod und siegreich für unsre



unser Errettung kämpfen, Denkmäler errichtet worden. Gleich an Größe und Gestalt, nach einer von Sr. Majestät genehmigten Zeichnung, unterscheiden sie sich nur durch die Angabe des Ortes und Tages, an die sie erinnern sollen. Es besteht ein jedes aus einem 18 Fuß hohen, viereckigten, gothisch verzierten Obelisk von Eisen, der auf einem Sockel von Sandstein ruht, und oben auf seiner Spitze ein eisernes Kreuz trägt. Man liest an der einen Seite dieses Obeliskens in altheutischen Schriftzügen folgende Worte:

„Die gefallenen Helden eßt dankbar König und Vaterland. Sie ruhen  
in Frieden.“

Nach allerhöchster Verordnung sollten diese Denkmäler an den Jahrestagen der Schlacht feierlich eingeweiht werden. Dies geschah bei Großbeeren am Sonnabend den 23ten August d. J. Dort steht das Denkmal außerhalb des Dorfes vor dem Kirchhofe an einem Abhange. Es ist dieselbige Stelle, wo bei dem Sturme auf Großbeeren der Feind den härtesten Widerstand leistete.

Die in Berlin und Potsdam garnisonirenden Garben wiederholten hier am Morgen des Einweihungstages das Manöver der Schlacht bis zu dem Sturme auf das Dorf, und stellten sich dann in einem Vierecke um das bis dahin noch verschleierte Denkmal auf. Zu dies Viereck traten die anwesenden Königl. Prinzen und Prinzessinnen, geführt von dem wirklichen Geheimrath und Oberpräsidenten Herrn v. Henning, dem die Anordnungen zur Aufstellung des Denkmals von Sr. Königl. Majestät übertragen waren; es folgten viele hohe Offiziere und Königl. Beamte. Auf dem Kirchhofe aber standen festlich geschmückt die übrigen Zuschauer in großer Zahl.

Die Einweihung begann mit einem geistlichen Liede, worauf der Herr Brigadeprediger Glebe, nach einer ergreifenden Rede, das Denkmal, das nun plötzlich von seiner Hülle entkleidet wurde, einsegnete. Darnach redete der Herr Oberst v. Klun in kraftvollen Worten die versammelte Truppen an, und als er endete fiel eine allgemeine Feldmusik ein, und ein dreifaches Hurrah aller Anwesenden, begleitet von einer dreimaligen Salve des Geschüßes, beschloß diese Feier, worauf das Denkmal dem Invaliden Lucius zur Bewachung übergeben wurde. Dieser Feier folgte noch eine sehr überraschende Freude für die Einwohner von Groß-Beeren. Es wurde ihnen nemlich von dem zur Behauptung der Feiler von der Regierung zu Potsdam abgesandten Herrn Regierungsrath Meier jetzt verkündigt, daß Sr. Majestät der König geruht hätten, ihnen die noch fehlende Summe zum Wiederaufbau die im 7jährigen Kriege abgebrannten Kirche zu bewilligen.

Die Einweihung des Denkmals von Dennewitz geschah 2 Wochen nachher dem 6ten September. Es steht auf der Anhöhe zwischen Dennewitz und Nieder- Gersdorf, wo während der Schlacht die Division des Herrn Generalleutnants v. Thümen zuerst nach schwerem Kampfe den Feind zum Weichen brachte. Der Chef-Präsident der Regierung zu Potsdam Herr v. Bassewitz, dem die Anordnung zur Aufstellung des Denkmals von Sr. Königl. Majestät übertragen war, die Herren Regierungsräthe v. Lüchow und Ribbach, der Hr. Landrath Neuf, die Stände, die Superintendents, so wie die Geistlichkeit aus den benachbarten Dörfern und alle Militärs und Zivil-







# Extra-Blatt

zum

38sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

**W**egen der auf dem Gute zu Wilsnack entstandenen Lungenseuche unter dem Rindvieh, ist der auf den 3ten November d. J. fallende Viehmarkt für Rindvieh aufgehoben, und können auf demselben nur Pferde und Schaafvieh zugelassen werden.

Den 1sten September 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

Nachbenannte, im Feldzuge von 1813. bei der Paralkolonne No. 14. gestorbene und erlassene Trainsoldaten, als:

- |                       |                   |                |
|-----------------------|-------------------|----------------|
| 1) Joachim Bohnensack | angeblich aus Hül | gebürtig,      |
| 2) Christian Reinecke | „                 | „ Kackel „     |
| 3) Friedrich Scherff  | „                 | „ Kreuzberg „  |
| 4) Andreas Buchholz   | „                 | „ Gr. Müsern „ |
| 5) Daniel Kommer      | „                 | „ Breme „      |
| 6) Peter Lüdke        | „                 | „ Bettow „     |

werden, da deren Aufenthaltsorte nicht auszumitteln sind, hierdurch aufgefordert, sich zum Empfang der für sie bestimmten Kriegesdenkmünzen für Nichtkombattanten nebst Band und Befugnißscheinen, bei uns zu melden. Sollte einer Unterbefehlshaber der Aufenthaltsort dieser Leute bekannt sein, so wird darüber Anzeige erwartet.

Den 8ten September 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

## St e c k b r i e f e.

Der von uns wegen dringenden Verdachtes eines begangenen Straßentaubes zur Untersuchung gezogene Bäckergefelle Jakob Reinhardt, von Geburt ein Hesse, Darmstädter, 19 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, mit braunen abgeschnittenen Haaren, bedeckter Stirn, braunen Augen, dergleichen Augenbraunen und Bart, gewöhnlichen Mund und Nase, spitzen Kinn, langen Gesicht, gesunder Gesichtsfarbe, lagerer Statur und mehreren Narben, als einer am Zeigefinger der linken Hand, einer Sechnarbe an der linken Seiten des Halses, und einer Schußnarbe am rechten Fuß in der Gegend des Schenkelbeins verlegt; auch bei seiner Entweichung mit einer dunkel grün lichenen Jacke, alten leinenen Beinkleidern, schwarzen Kamaschen, Schuhen, einer weiß wollenen gestrickten Mütze ohne Schirm nach russischer Soldaten Art, und einer steifen schwarzen Halsbinde bekleidet gewesen, ist in der vergan-

No. 34.



genen Nacht aus dem Kerker ausgebrochen und entsprungen, und wird im Betretungsfall um dessen Festhaltung und Ablieferung gebeten.

Beellig, den 2ten September 1817.

Königl. Preuss. Justizamt Saarmund.

No. 35.

Die unten näher bezeichnete Louise Lehmann, geborne Deutner, hat am 3ten d. M. Gelegenheit gefunden, aus dem hiesigen Gefängniß zu entspringen.

Alle Wohlthät. Ortsobrigkeiten ersuchen wir ergebenst, auf die Bezeichnung genau zu achten, und sie im Betretungsfall zu verhaften und an uns abliefern zu lassen.

Alt-Landsberg, den 4ten September 1817.

Der Magistrat.

#### Signallement.

Alter 27½ Jahr, Größe mittel, Haare schwarzbraun, Stirne hoch und etwas bedeckt, Augenbraun braun, Augen blau, Nase und Mund gewöhnlich, Kinn rund, Gesicht länglich, Gesichtsfarbe bräunlich, Statur mittel, sehr pockennarbig und Sommersprossen. Bekleidet war dieselbe mit einem rothen Umhangtuch, einem roth- und weißgestreiften Leibkleide und barfuß.

No. 36.

Nachbenannter Bombardier Friedrich Heinrich Karl Zelltor, des Verbrechens der Desertion, Anfertigung falscher Pässe, Betrugs und Diebstahls schuldig, ist am 13ten d. M. des Morgens aus dem Gefängniß zu Bernau entwichen, und soll aufs schleunigste zur Haft gebracht werden.

Sämmtliche Militär- und Zivilbehörden werden daher ersucht, auf denselben strenge Acht zu haben, und ihn im Betretungsfall unter sicherem Geleite an den unterzeichneten Artilleriekommandeur nach Colberg bringen zu lassen.

Colberg, den 6ten September 1817.

Lehmann,

Major und Kommandeur der zweiten Abtheilung zweiter (Pommerschen) Artilleriebrigade.

#### Personbeschreibung.

Größe 5 Fuß 8 Zoll, Statur schlank, Haare blond, Stirn bedeckt, Augen blau, Nase stark und gebogen, Mund klein, Kinn rund, Alter 19 Jahr, Geburtsort Stettin, ist mit mehreren falsch angefertigten Pässen versehen, worunter sich das Königl. Dienstiegel der 2ten Artilleriebrigade befindet.

Bekleidet war er mit einer Konstitution mit rothen Achselflappen und schwarzem Kragen, dunkelgrauen langen Tuchhosen, Stiefeln, grauen Mantel mit rothen Achselflappen und schwarzem Kragen, und einer Dienstmütze mit einem Ueberzug.

No. 37.

Ein gewisser Johann Tuchert, vom Militär entlassen, hat sich wegen begangenen Diebstahls entfernt.

Er



Er ist 32 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat schwarzes abgeschlittenes Haar, blaue Augen, glattes Gesicht, eine breite Stupfnase, breiten Mund, spitzen Kinn, schwarzen Bart, und blüht etwas an dem rechten Fuß, welches von einer Bliesflut herrühren soll.

Beim Abgange ist er mit einer dunkelblauen Kutika, einer dergleichen Landwehrmütze, einer blautuchernen Weste mit gelben Schnüren und kleinen runden Knöpfen besetzt, langen grautuchernen mit rothen Streifen und metallnen Knöpfen besetzten Beinfleibern und kurzen Stiefeln bekleidet gewesen, hat auch einen Quere sack mit mehrerer Wäsche und anderen Kleidungsstücken bei sich gehabt, und ist mit einem Entlassungsscheine vom Militärte und außerdem mit einem besondern Paß versehen gewesen. In Betreffungs-fälle wird um dessen Festhaltung und Ablieferung gebeten.

Beellß, den 1ten September 1817.

Königl. Preuß. Justizamt Saarmund.

### Ö f f e n t l i c h e   V o r l a d u n g.

Das unterschriebene Patrimonialgericht fügt hienit zu wissen, daß der Tageslehner Peter Malchow schon im Julius des vorigen Jahres seine Ehefrau geb. Marcius mit 3 unmündigen Kindern bösslich verlassen hat, und daß auf erfolgtes Absterben der gedachten Frau die in Armuth verlassenen Kinder zur Verpflegung haben untergebracht werden müssen.

Da nun von dem Leben und Aufenthalt des Peter Malchow keine Nachricht hat eingezo-gen werden können, so wird derselbe hierdurch öffentlich vorgeladen, mit der ernstlichen Anweisung, sich sofort anher zurückzugeben, und seine Vaterpflicht gegen die verlassenen hilfsbedürftigen Kinder nicht länger aus den Augen zu sehen.

Zugleich wird auch bekannt gemacht, daß dieser Peter Malchow 37 Jahre alt, aus Lenzen gebürtig und in den Professionen eines Tischlers, Drechslers und Uhrmachers geübt ist, auch sein Handwerksgeräthe mit sich genommen hat, daher denn gebeten wird, daß er an demjenigen Orte, wo er sich betreffen läßt, durch die Polizei arretirt, und auf den Transport an den Herrn Landrath von Petersdorf gegeben werden möge.

Lenzen, den 30sten Juli 1817.

Das von Klliglagsche Patrimonialgericht zu Seeh in der Prlegniß.

### Bekanntmachung den Viehmarkt zu Belzig betreffend.

Wegen der in diesem Jahre auf den 1sten November angeordneten Feler des Reformationstages, soll der sonst gewöhnlich an diesem Tage in der Stadt Belzig gehaltene Rindviehmarkt für diesmal auf den

den dritten November c. a.

verlegt werden, und wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Belzig, am 12ten September 1817.

Der Magistrat.



### B e k a n n t m a c h u n g.

Der Einleger und Viehhändler Christian Grtze aus Wulkow bei Neu-Müppin, hat angeblich am 1sten d. M. in der Gegend von Strellitz im Mecklenburgschen seine Brieftasche verloren, in welcher sich unter andern Papieren:

- 1) sein sub No. 4427 unterm 1sten April d. J. ausgefertigter bis 1sten April 1819 gültiger Hausirschein für den Vorpommerschen Regierungsbezirk,
- 2) sein Interims-Gewerbschein pro 1sten Juli bis 31sten Dezember 1817 gültig,
- 3) sein Abschied vom ehemaligen Regiment Prinz Ferdinand von Preußen, besunden haben.

Zur Vermeidung des Mißbrauchs wird dieses zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und obige Papiere für jeden unrechtmäßigen Besitzer für ungültig erklärt.

Wustrau, den 9ten September 1817.

Königl. Preuß. Landrath der Grafschaft Ruppin.  
von Bieten.

### M ü h l e n a n l a g e.

Der Dorfschlichter Dähne zu Wendisch-Wiepersdorf im Schweinitzer Kreise beabsichtigt, auf zwei neben einander gelegenen dasigen Hufenstücken, welche ihm die Hufner Kerk und Gädike daselbst tauschweise zu nußbarem Eigenthume überlassen wollen, eine neue Backwindmühle anzulegen. Wer gegen diese Mühlenanlage ein gegründeteres Widerspruchsrecht zu haben glaubt und davon Gebrauch zu machen gedenkt, hat diesen seinen Widerspruch dem unterzeichneten Landrathe binnen acht Wochen präklusivischer Frist vorzulegen; auch gleichzeitig den Bauherren davon in Kenntniß zu setzen.

Herzberg, am 9ten September 1817.

von Zeschau, Landrath des Schweinitzer Kreises.

Am 29sten September Vormittags 10 Uhr sollen alhier Weizen, Gerste, Hafer, Erbsen, Buchweizen, sämmtliches Getreide ungedroschen, 2 kupferne Brantweinblasen, 2 dergleichen Braukessel, mehrere Kupfer, und Eisenzeug, Meubles, Haus- und Ackergeräthe, Mannskleidungsstücke, 4 Pferde, 9 Ochsen, einige Gewehre und Bücher, gegen baare Bezahlung verauktionirt werden.

Amte Grüneberg bei Zehden, den 28sten August 1817.

Königl. Preuß. Justizamt.

### B e k a n n t m a c h u n g.

Von Einem hohen Ministerio der Finanzen und des Handels ist mir ein Patent über das ausschließliche Recht, Hute, besonders von Stroh und Bast, nach der mir eigenthümlichen Methode zu opretiren, vom 8ten April d. J. auf fünf nach einander folgende Jahre, für Berlin und die Kurmark gültig, gnädigst bewilligt worden. Die Beschreibungen meiner Methode, und die Zeichnungen der Maschinen, worauf sich das Patent bezieht, sind zu den Akten des gedachten hohen Ministerii eingebracht worden. — Vorschrittmäßig bringe ich dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntniß. Berlin, den 2ten Mai 1817.

August d'Heuteuse.



# Amts-Blatt

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

### No. 39.

Den 26sten September 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Im Auftrage Einer Königl. Preuß. Hochlöbl. zur Ausgleichung mit dem Königreich Sachsen verordneten Kommission, wird nachstehende Konvention, wegen der Auseinandersetzung der Stiftungen im Königreich und Herzogthum Sachsen, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

### K o n v e n t i o n

zum Behuf der Auseinandersetzung der Stiftungen im Königreiche und Herzogthume Sachsen.

Um die gänzliche Ausgleichung der Stiftungen jeder Art, mit Ausnahme der bloß unter ständischer Aufsicht gestandenen Anstalten und Stiftungen in der Oberlausitz, und sämmtlicher Familienstiftungen, (worunter nur diejenigen verstanden werden, welche fortdauernd und vorzugsweise zum Besten einzelner, namentlich ausgebrachter Familien und deren Glieder errichtet sind), in soweit zweckmäßig einzuleiten, als der zu Wien zwischen Sr. Königl. Preussischen und Königl. Sächsischen Majestät am 18ten Mai 1815 abgeschlossene Friedenstraktat und die dadurch geschehenen Territorial-Abtretungen auf sie Einfluß haben, oder haben können, sind die beiderseitigen mit dem Vollzug besagten Friedens beauftragten Königl. Kommissionen, unter Mitwirkung des Oesterreichisch Kaiserlichen Vermittelungskommissärs, über folgende Punkte übereingekommen.

### §. 1.

So wie Jüdermann von der Gerechtigkeit selber höchsten Regierungen ohne Ansehen der Person erwarten kann, daß sie sowohl bei der vorstehenden Ausgleichung über die Stiftungen, als in Zukunft bei Ausübung der Landeshoheitlichen Gerechtsame über dieselben, die Aufrechterhaltung dieser Institute und den Vollzug des Willens der Stifter, in sofern solcher nicht etwa durch die in dem besagten Traktat geschehenen Territorial-Abtretungen mit dem allgemeinen Wohl des Staats unvereinbarlich geworden sein sollte, vor Augen haben werden, und so wie hiernach auch diejenigen, welchen an besagte Institute was immer für schon bestehende oder eventuelle Rechte

No. 246.

Stiftungen im Königreich und Herzogthum Sachsen.

I. c. 389. September



Rechte zustehen, sich versichert halten können, daß sie weder jetzt, noch künftighin Nachtheile zu besorgen haben; so versteht es sich jedoch von selbst, daß keine der beiden Regierungen, bei Ausübung der Landesherrlichen Obergewaltrechte über die ihr bereits angefallenen, oder im Gefolge der zu treffenden Ausgleichungen annoch anfallenden Stiftungen, der andern Regierung irgend einen weiteren Einfluß gestatten kann, als in soweit durch gemeinsame Uebereinkunft in der gegenwärtigen Konvention hierunter etwas ausdrücklich festgesetzt ist.

§. 2.

Um jedoch diejenigen Unterthanen der einen Regierung, welche zur Theilnahme an den Zwecken einer Stiftung des andern Landesheils schon jetzt oder nur eventuell in der Urte berufen sind, daß ihnen der Genuß oder ihr eventueller Anspruch, ohne Verletzung ihrer Rechte, nicht wieder entzogen werden kann, vollkommen zu sichern, machen sich beide höchste Regierungen gegenseitig verbindlich, mit dergleichen Stiftungen, weder vermöge des Landesherrlichen Obergewaltrechtes, noch aus einem andern Grunde, irgend eine Veränderung vorzunehmen, oder geschehen zu lassen, welche zur Schmälerung oder Aufhebung erwähnter Genußrechte der Unterthanen des andern Landesheils gereichen könnte. Sollten Rücksichten auf das allgemeine Wohl, oder den in anderer Weise nicht erreichbaren Stiftungszweck, solche Veränderungen wider Verhoffen unausweichlich notwendig machen, so werden sie doch eher nicht vollzogen werden, bis die Genußberechtigten des andern Landesheils, nach einem zu treffenden gütlichen Uebereinkommen, vollkommen entschädigt sind.

In Entstehung eines gütlichen Uebereinkommens ist das Entschädigungsquantum von einer gemeinschaftlichen Kommission nach Billigkeit zu bestimmen.

§. 3.

So viel die Administrations-, und Kollaturrechte, und die mit denselben in Verbindung stehenden oder rücksichtlich derselben kompetirenden Genüsse, Bezüge, nuzbaren und Ehrenrechte anlangt, so werden diese, in soweit sie der einen Regierung, oder Landesherrlichen Behörden, oder Landesherrlichen Beamten, als solchen, auf Stiftungen in dem Landesheile der andern Regierung zustehen, zu Gunsten dieser Regierung, dergestalt für erloschen erklärt, daß hierüber zwischen beiden Regierungen keine weitere Ausgleichung zu geschehen hat. Wenn hingegen Familien oder Privatpersonen, vermöge stiftungsmäßiger Anordnungen, sich in wohlgegründetem, folglich ihnen ohne Rechtsverletzung nicht wieder zu entziehenden Besitze des Administrationsrechtes, des Kollaturrechtes, und etwa auch noch anderer damit konnexer Bezüge, Genüsse, nuzbarer oder Ehrenrechte an oder auf Stiftungen des andern Landesheils befinden, so sind diese Rechte und Emolumente als ein Theil ihres Privatbesitzes anzusehen, und haben ihnen unverkürzt und ungeschmälert zu verbleiben. Sollte wider Erwartung eine der beiden höchsten Regierungen sich durch Rücksichten auf das allgemeine Wohl, oder den in anderer Weise nicht erreichbaren Stiftungszweck, unumgänglich zu solchen Verfügungen bei einer ihrer Stiftungen ermüßiget sehen, durch welche die Administrations-, Kollatur-, und damit konnexen Rechte einer Familie oder Privatperson des andern Landesheils, be-



































Herzogthums Sachsen, so wie insbesondere den Administratoren und Kollatoren der vormals sächsischen Stiftungen zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Dresden, den 17ten September 1817.

Die Zirkularverordnung vom 6ten April d. J. ist nicht sowohl zur Wahrnehmung des Vermögensinteresses der, in polizeiliche Untersuchung gerathenen Minderjährigen, als vielmehr deshalb erlassen, um theils denselben, die wegen ihrer Jugend den Gang der Untersuchung, die Folgen der darin gemachten Aeußerungen und die Gründe ihrer Vertheidigung nicht kennen, eine noch größere Sicherheit vor etwaigen Uebereilungen zu gewähren, theils aber denselben, welche Natur und Gesetz zu ihrer Vertretung berufen haben, Gelegenheit zu geben, deren Vertheidigung und übrige Gerechtsame wahrzunehmen, zugleich aber auch die hierher gehörigen Verhältnisse ihrer Kinder und Pflegebefohlenen näher, als es oft in häuslichen Verhältnissen möglich ist, kennen zu lernen, endlich aber auch, um den Polizeibehörden die Veranlassung darzubieten, den Eltern und Vormündern die Pflicht der Aufmerksamkeit auf ihre Kinder und Pflegebefohlene ans Herz zu legen, und Vorschriften oder Winke zur Vorbeugung weiterer polizeilicher Vergehungen derselben zu geben.

No. 247.  
Polizeiliche  
Untersuchun-  
gen.

I. p. 682.  
Juli.

Dieser Zweck der angeführten Zirkularverordnung wird dadurch erreicht, daß

- 1) den Eltern oder Vormündern die gegen ihre Kinder oder Pflegebefohlene zu eröffnende Untersuchung und deren Veranlassung baldmöglichst bekannt gemacht, und
- 2) ihnen dabei überlassen werde, dasjenige, was sie zu deren Vertheidigung anführen zu können glauben, nicht allein im Anfange der Untersuchung, sondern in jeder Lage derselben vorzubringen, demnächst aber
- 3) am Schlusse der Untersuchung ihnen der Inhalt der Akten bekannt gemacht, oder deren Einsicht verstattet werde, mit der Aufforderung, dasjenige anzuzeigen, was nach ihrer Ansicht sonst noch zur Entschuldigung ihres Kindes oder Mündels gereichen mögte, wie denn auch
- 4) das Resolut in ihrer Gegenwart publizirt oder ihnen wenigstens gleich mitgetheilt werde, und zwar in beiden Fällen mit angemessener Belehrung über die dagegen zustehenden Rechtsmittel.

Außerdem muß aber

- 5) bei Vernehmungen, die eine nähere, bei dem Alter, wovon hier die Rede ist, nicht voraussetzende Kenntniß des Gesetzes, des Gegenstandes oder anderer relevirenden Verhältnisse erfordern, oder bei jungen Leuten von beschränkten Geisteszuständen oder andern, die Freizügigkeit oder Richtigkeit ihrer Aeußerungen hindernden Eigenschaften, so wie bei besonderer Verstocktheit und beharrlichem Läugnen der Vater oder der Vormund bei der Vernehmung selbst zugezogen werden; auch müssen



6) die zum Arrest gebrachten Kinder oder Pflegebefohlene nach Beendigung des Arrestes von Polizei wegen ihren resp. Eltern oder Vormündern übergeben werden, und kann endlich

7) die Vollstreckung der von der Polizei erkannten körperlichen Züchtigung der Kinder oder Pflegebefohlenen, nach Verhältnissen, deren Eltern oder Vormündern überlassen werden.

Wenn dies Verfahren zwar nicht mit der Kriminalordnung übereinstimmt, so sind dagegen die für die Untersuchung begangener Verbrechen und für die Behandlung der Verbrecher notwendigen, und daher erlassenen Vorschriften des Kriminalrechts auf bloße Polizeikontraventionen nicht unbedingt und in ihrer ganzen Strenge anzuwenden, sondern bei den letztern in mehrfacher Beziehung durch liberalere und mehr schonende Behandlung zu ergänzen. Ein wesentlicher Ansehensverlust der Sache ist hieraus um so weniger zu besorgen, als bei der Abwesenheit der Eltern oder des Vormundes die Polizei, nach der Analogie der Interimsurtheile, einen der am Orte gegenwärtigen Verwandten, oder, in deren Ermangelung, einen andern, mit dem Kontravenienten in näheren Verhältnissen stehenden hiesigen Einwohner auffordern kann, bei der Untersuchung die Stelle der abwesenden Eltern und Vormünder zu vertreten.

Berlin, den 23ten Juni 1817.

In Abwesenheit des Hrn. Polizeiministers Durchlaucht.

An

v. K a m p f.

die Königl. Regierung hier.

Abchrift dieser nähern Erläuterung der Zirkularverordnung vom 6ten April d. J. sämmtlichen Königl. Regierungen.

Berlin, den 23ten Juni 1817.

In Abwesenheit des Herrn Polizeiministers Durchlaucht.

An

v. K a m p f.

die Königl. Regierung zu Potsdam.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung Nr. 124. des diesjährigen Amtsblattes wird vorstehende Bestimmung des Königl. Polizeiministerii vom 23ten Juni d. J. hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 8ten September 1817.

No. 248.

Lungenpeuche  
in Mergelshin.  
I. p. 1175  
September.

Da in dem Dorfe Mergelshin im Ruppinschen Kreise die Lungenpeuche entstanden ist, so darf kein fremdes Mindvieh durch dasselbe oder über dessen Feldmark getrieben werden.

Potsdam, den 14ten September 1817.

No. 249.

Lungenpeuche  
in Witten-  
berge.  
I. p. 1544.  
September.

Da in der Stadt Wittenberge in der Prignitz die Lungenpeuche unter dem Mindvieh entstanden ist, so ist dieser Ort für allen Verkehr mit Mindvieh gesperrt, und darf auf den am 29sten d. M. statt findenden Markt zu Wittenberge kein Mindvieh gebracht werden.

Potsdam, den 16ten September 1817.











# Extra-Blatt

zum

39sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

## Bekanntmachung.

Die Generaldirektion der Königl. Allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt macht hiedurch bekannt: daß sie in dem bevorstehenden Zahlungsstermine, außer den am 1sten Oktober 1817. pränumerando fällig werdenden halbjährigen Pensionen, auch nunmehr sämmtliche noch unberücksichtigte Antrittsgelder an alle bis zum 1sten April dieses Jahres von der Anstalt ausgeschiedene Interessenten auszahlen lassen wird.

Die Zahlung der Gelder nimmt mit dem 7ten Oktober dieses Jahres auf der General-Wittwenkasse (Mollenmarkt No. 3.) ihren Anfang, woselbst jedoch nicht länger als bis Ende Oktober dieses Jahres täglich Vormittags von 9 bis 1 Uhr, die Pensionen gegen vorschriftsmäßige, nicht früher als am 1sten Oktober dieses Jahres ausgestellte, mit der Wittwennummer bezeichnete, gerichtlich beglaubigte und mit dem gesetzlichen Wertsstempel versehene Quittungen, die Antrittsgelder aber gegen Zurückgabe der von den vollständig legitimirten Interessenten gerichtlich qualifizirten Rezeptionschekine in Empfang genommen werden können.

Denjenigen Wittwen, welche ihre Pensionen einzeln durch die Post zugesandt erhalten wollen, wird hienit bekannt gemacht: daß wegen der außerordentlich vermehrten Geschäfte, mit der Absendung nicht früher als vom 21sten Oktober d. J. an, der Anfang gemacht werden kann, und sie daher wohl thun werden, ihre Pensionen durch die in den Provinzen angeordneten Kommissarien oder durch einen hiesigen Mandatarium, wozu denen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, der Herr Hofrath Behrendt Ober, Wallstraße Nr. 3. vorgeschlagen wird, von der Wittwen-Kasse erheben zu lassen.

Die Kommissarien der Anstalt werden hiedurch aufgefordert, die Berechnungen über ihre Einnahme und Ausgabe so früh als möglich anzufertigen und solche nebst den Ausgabe-Belägen, so zeitig abzusenden, daß solche spätestens dem 10ten Oktober dieses Jahres hier eintreffen; auch haben sie die Dokumente und Berechnungen für die neu aufzunehmenden Interessenten bereits früher im Monat September dieses Jahres vollständig zur Prüfung einzureichen, indem die Ausnahme nur dann erfolgen kann, wenn sämmtliche Dokumente die vorgeschriebene Form haben.

Was die nun noch rückständig bleibenden fünf Pensionsraten pro 1sten April 1812 bis 1sten Oktober 1814 einschließlicb betrifft, so wird eine Bestimmung dieser, halb sobald als möglich durch eine öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

Hebri



Uebrigens werden sämmtliche Kontribuenten erinnert, ihre Beiträge unausbleiblich im Monat September dieses Jahres abzuführen, und ist die General Wittwen-Kasse angewiesen, nach dem 1sten Oktober dieses Jahres durchaus keine Beiträge ohne die geordnete Strafe des Dupli, welche unter keinem Vorwande von uns erlassen werden kann, weiter anzunehmen.

Berlin, den 1sten September 1817.

General-Direktion der Königl. Preuss. allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.

---

### M ü h l e n a n l a g e .

Der Vorfrichter Dähne zu Wendisch-Wiepersdorf im Schweinitzer Kreise beabsichtigt, auf zwei neben einander gelegenen dasigen Hufenstücken, welche ihm die Hufner Kerk und Gädke daselbst tauschweise zu nußbarem Eigenthume überlassen wollen, eine neue Hochwindmühle anzulegen. Wer gegen diese Mühlenanlage ein gegründetes Widerspruchsrecht zu haben glaubt und davon Gebrauch zu machen gedenkt, hat diesen seinen Widerspruch dem unterzeichneten Landrathe binnen acht Wochen präklusivischer Frist vorzulegen; auch gleichzeitig den Bauherren davon in Kenntniß zu setzen.

Perzberg, am 9ten September 1817.

von Zeschau,  
Landrath des Schweinitzer Kreises.

---

### A v e r t i s s e m e n t .

Das im Dorfe Falkenhagen, 1 Meile von Spandow belegene erb- und eigenthümliche Bauer- und Schank-Kruggut, auf welchem jährlich im Durchschnitt über  $2\frac{1}{2}$  Winipel ausgesäet wird, zu dem 66 Morgen 21 □ Ruthen Wiesenwachs, etwas Ackerholz und ein Antheil an die Gemeineweide gehört, und welches im Jahre 1789 gerichtlich über 2000 Thl. Kourant abgeschätzt worden, soll mit dem sich auf 500 Thl. Kourant belaufenden Vieh- und Feld-Inventar so außergerichtlich, jedoch im Wege der Lizitation gegen baare Zahlung des Kaufschillings in klingendem Kourant verkauft werden. Der Termin steht vor dem Unterschriebenen hieselbst breite Straße No. 295. am 16ten Oktober c. Vormittags 11 Uhr an, zu welchem Kauflustige eingeladen werden. Das Gut ist zur Zeit verpachtet, und die näheren Bedingungen sind bei der Frau Wittve Reinecke aßler, so wie bei dem Unterschriebenen einzusehen.

Spandow, den 10ten September 1817.

Farentzold, Königl. Justizaktuar.

---



# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

### No. 40.

Den 3ten Oktober 1817.

#### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Da es einem jeden, der an Staatskassen Zahlungen zu leisten hat, bekannt ist, was und wann derselbe zu zahlen schuldig, so wird es sich ein jeder, der den Zahlungstermin verstreichen läßt, selbst zuzuschreiben haben, wenn nach Verlauf desselben die gesetzlichen Zwangsmittel, ohne weitere vorhergehende Androhung, gegen ihn angewandt werden.

No. 252.  
Einzahlung  
der Staats-  
einkünfte.  
I. 2. 944.  
Juni.

Hierauf hat sich ein jeder zu achten, und werden die mit Einziehung der Gefälle beauftragten Behörden noch besonders angewiesen, für deren richtigen Eingang in den dazu bestimmten Terminen, in Gemäßheit der denselben erteilten Instruktionen, zu sorgen.

Potsdam, den 24sten September 1817.

Diejenigen Pöbelprediger, welche die Pfarrgeschäfte der Militärgemeinen in den verschiedenen Garnisonorten wahrnehmen, werden hierdurch aufgefordert, die Nachweisung der Geburten, Trauungen und Todesfälle der Militärgemeinen für das Jahr 1816, behufs der Vervollständigung der Populationsliste für das Jahr 1816, binnen 14 Tagen unfehlbar einzureichen. Bei Anfertigung derselben sind die früher erteilten Vorschriften (Amtsblatt pro 1816. No. 379) zu beachten.

No. 253.  
Populations-  
listen der  
Militär-  
gemeinen:  
I. p. 1130.  
September.

Potsdam, den 23sten September 1817.

Im Verfolg der Verfügung No. 226. des diesjährigen Amtsblatts wird nachstehendes Schreiben der Königl. Preussischen General-Ordenskommission vom 4ten d. M.

No. 254.  
Kriegsdenk-  
münzen.  
I. p. 1240.  
September.

Einer Königl. Hochlöblichen Regierung erwidern wir auf die Anfrage in dem geehrtesten Schreiben vom 18ten v. M. in ergebenster Antwort: daß die Nichtkombattanten derjenigen Truppeneinheit, welchen Sr. Majestät



der König mittelst Allerhöchster Kabinettsordre vom 6ten März v. J. die eiserne Denkmünze zu bewilligen geruhet, auf dieses Ehrenzeichen eben so wohl Anspruch haben, als Personen des stehenden Standes.

Berlin, den 4ten September 1817.

An  
Eine Königl. Hochlöbliche Regierung  
Erste Abtheilung zu Potsdam.  
Hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.  
Potsdam, den 24ten September 1817.

Königl. Preussische General-Ordenkommission.  
v. Diercke.

No. 255.  
Hausir- und  
Gewerb-  
scheine.  
2. a. 1461.  
September.

Die Verordnung vom 17ten April 1814, Amtsblatt Nr. 147. Seite 191., ist ad No. 2. durch eine Entscheidung des Königl. Finanzministeriums vom 22ten v. M. wieder aufgehoben, und es ist zugleich näher festgesetzt worden, daß derjenige, welcher bereits einen gewöhnlichen Gewerbschein besitzt, um sein Gewerbe an einem Orte stehend zu betreiben, keines besondern Hausir. Gewerbscheins bedarf, wenn er zugleich außer seinem Wohnorte hausiren will.

In diesem Falle reichen der gewöhnliche Gewerbschein und die Hausirkonzession hin, um den Hausirer zu legitimiren.

Es versteht sich von selbst, daß alsdann der Gewerbetreibende wegen seines Gewerbes als Hausirer und der dafür zu erlegenden mehreren Gewerbesteuer durch den gewöhnlichen Gewerbschein herangezogen werden muß.

Für diejenigen Individuen, welche ihr Gewerbe nicht stehend, sondern blos hausirend betreiben, wird der Gewerbschein neben der Hausirkonzession beibehalten. Dies wird hierdurch zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 23ten September 1817.

No. 256.  
Gewerb-  
steuer der  
Schiffer.  
2. a. 2359.  
September.

Wenn einem Schiffer von der landrätlichen oder einer andern Lokalbehörde außer der gewöhnlichen Zeit zur Anmeldung, behufs der Ausfertigung des Gewerbscheins, ein Attest über die geschehene Meldung zum Gewerbschein erteilt wird, so muß in diesem Atteste auch ausdrücklich bemerkt werden, daß er sich den Kahn erst angeschafft habe, indem Schiffern, die früher schon Kähne gehabt haben, ohne die Gewerbesteuer davon gezahlt zu haben, dergleichen Atteste, aus Besorgniß von Mißbräuchen, nicht erteilt werden dürfen.

Wir machen vorstehende Bestimmung des Königl. Finanzministeriums vom 2ten v. M. zur genauesten Achtung und Befolgung hierdurch bekannt.

Potsdam, den 23ten September 1817.

No. 257.  
Eigentum von  
Eisensteinen.  
2. a. 2380.  
September.

Zufolge eines Reskripts des Herrn Finanzministers vom 7ten v. M. wird zur Ergänzung des Tarifs vom 21ten Juni v. J. pag. 226. des Amtsblatts hierdurch bekannt gemacht, daß von den zu Wasser eingehenden Eisenssteinen bei den betreffenden Zollämtern Drei Pfennige für den Zentner Zoll erhoben werden soll.

Potsdam, den 26ten September 1817.



In Verfolg der Bekanntmachungen vom 22sten April v. J. und 15ten Februar No. 258. d. J., wegen Einlösung der Russischen Bous, ist die dritte Verloosung dieser Bous durch die Königl. General-Lotteriedirektion am 15ten Juli c. geschehen. Die gezogenen Nummern sind mittelst Verzeichnisses bereits am 4ten v. M. zur allg. wahren Kenntniss gekommen. Die Zahlung des Kapitals und der fälligen Zinsen von den in jenem Verzeichniss aufgeführten Bous geschieht bei der Staatsschulden-Eiligungskasse hieselbst im Laufe des künftigen Monats dergestalt, daß

Einlösung der  
Russischen  
Bous. . .  
2. b. 839.  
September.

- 1) die Nummern der Loose von 1 bis 258 inkl. vom 6. bis 11. Oktober
  - 2) „ „ „ 259 „ 516 „ „ 13. „ 18. „
  - 3) „ „ „ 517 „ 773 „ „ 20. „ 25. „ und
  - 4) „ „ „ 774 „ 1030 „ „ 27. „ 31. „
- zur Einlösung kommen.

Bei Einziehung des Kapitals und Zinsbetrages müssen die in der Bekanntmachung vom 19ten Juli v. J. (Berliner Zeitungen Nr. 88. und Intelligenzblatt 176. des Jahres 1816) erteilten Vorschriften wieder genau Anwendung finden.

Berlin, den 12ten September 1817.

Ministerium der Finanzen. Vierte Generalverwaltung.

Mit Bezug auf vorstehende Bekanntmachung benachrichtigen wir das Publikum, daß unsere Regierungskasse zur Annahme der, nach der als Beilage diesem Amtsblattesstück beigefügten Zeichungsliste zur Einlösung gelangenden Russischen Bous, und zum weitem Verfahren in Gemäßheit der Bekanntmachung des Finanzministeriums angewiesen worden ist.

Potsdam, den 19ten September 1817.

Sämmtliche Domänenämter werden hierdurch angewiesen, mit dem 1sten April und 1sten November eine genaue Nachweisung derjenigen Feuersozietätselder, welche dieselben von den Land-Feuersozietätsdirektionen seit dem 1sten Januar v. J. zur weitem Auszahlung an die kontribuablen Unterthanen erhalten haben, den betreffenden Herren Kreis-Feuersozietätsdirektoren zu übersenden. In diesen Nachweisungen müssen die wieder ausgezahlten Summen mit den Quittungen der Empfänger belegt, bei den im Bestande befindlichen Summen aber die Gründe bemerkt sein, weshalb die weitere Auszahlung noch nicht geschehen kann. In der am ersten November zu übersendenden Nachweisung müssen auch diejenigen Bestände verzeichnet sein, welche etwa noch von frühern Zeiten her im Bestande sind. Mit Einreichung dieser Nachweisungen ist für die Folge halbjährig in den Terminen am 1sten April und 1sten November fortzufahren. Und sind Abschriften dieser Nachweisungen zu übersenden.

No. 259.  
Feuerkassen-  
elder.  
2. b. 1722.  
August.

Potsdam, den 19ten September 1817.









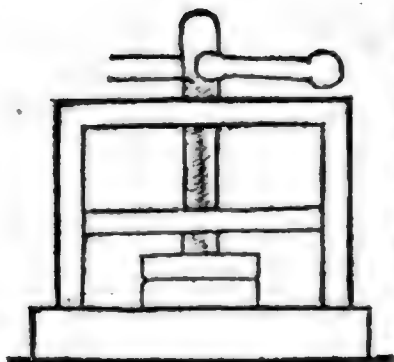


paßet; er dient dazu, um den Pfropfen desto leichter, ohne daß er zerbricht, lösen zu können, auch damit der Mörtel bei jedem Schläge feststeht; letzteres noch mehr zu bewirken, wird ein Draht durch den Mörtel und Zapfen gestochen Fig. F. Dieses Werkzeug wäre Saagepflöck zu nennen.

Formen wie Mauersteinformen haben dem Versuch nicht entsprochen, weil die Masse nicht so fest in einander gedrückt werden kann.

Durch eine Presse, wie die Buchdrucker, Papiermühlen, Kunstzuckerfabriken haben, müßte man noch mehr leisten und noch eine weit größere Konsistenz hervorbringen, denn die Zwischenräume werden weniger, die Luft wird mehr herausgedrückt, und so müßte schon der Gegendruck der äußern Luft sehr viel bewirken; was an Metallschleiben wahr ist, muß auch hier (obgleich viel geringer) wahr sein. Bis dahin habe ich obige Maschine am besten befunden. Die Zeit war mir zu kurz, um alle Gedanken darüber anzuwenden, und behalte ich mir vor, mehrere Berichte abzustatten, je nachdem in der Sache Fortschritte werden gemacht werden.

Vielleicht wäre die Anfertigung einer solchen Presse, welche nur die Figur einer Mauersteingröße zu haben braucht, und von Gußeisen nicht kostspielig sein kann, der Mühe werth; gelingen wird es gewiß, dies beweisen schon gegenwärtige Proben.



### V e l o b u n g.

Bei dem am 20sten Mai d. J. stattgehabten Brande des Kirchthurms zu Dammie hat sich der Wirtschaftsschreiber Johann Liebert durch thätige Hülfsleistung beim Löschen vorzüglich ausgezeichnet, und durch sein entschlossenes Benehmen, ohne die ihm drohende Lebensgefahr zu achten, die weitere Ausbreitung des Feuers verhindert.

Der fleißige Reglerungskalkulator Meißner hat eine Anleitung zu den Hauptberechnungen, welche bei Entwürfen zur Tilgung öffentlicher Schulden vorkommen, besonders zum Gebrauch für Kommunalbeamte, verfaßt. Dieser Schrift, welche bei Horvath dieselbst, bei Haude und Spener, und bei Voss in Berlin, so wie bei dem Verfasser für 8 gr. geheftet zu haben ist, sind vier Hülfsstabellen angehängt, welche die Vergrößerung eines Kapitals durch Zins auf Zins in 1 bis 100 Jahren, zu 2, 2½, 3, 3½, u. bis 6 Prozent nachweisen, und mit den aufgestellten kurzen und deutlichen Regeln auch in andern Fällen der doppelten Zins-Rabatts- und Rentenrechnung nützliche Anwendung finden.

Auf diese Schrift werden besonders die Kommunalbeamten verschuldeten Städte, welche, allgemeinen Bestimmungen zufolge, mit der Schuldentilgung vorschreiten sollen, hierdurch aufmerksam gemacht.

(Hierbei eine Beilage und ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

zum

40sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Auf den Antrag des Magistrats zu Teltow, und zur mehrern Bequemlichkeit der Marktbefucher ist festgesetzt worden, daß vom künftigen Jahre an, die beiden in Teltow jährlich angelegten Krammärkte mit dem jedesmal Tags zuvor Statt findenden Vieh- und Pferdemarkte verbunden, und in dem Jahre 1818 der erste Kram-, Vieh- und Pferdemarkt

Donnerstag vor Johannis  
der zweite Kram-, Vieh- und Pferdemarkt

Donnerstag vor Michaelis  
abgehalten werden soll.

Dem Publico wird dies zur Nachricht bekannt gemacht.

Den 22sten September 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Zweite Abschellung.

Der Weg von Rathenow nach Musterhausen und Neustadt an der Dosse über Neuwerder, Siegrotsbruch, Glesendorf und Drees ist bis zum 7ten Oktober durch den Bau einiger Brücken gesperrt. Reisende, welche diesen Weg einschlagen wollten, haben sich bis dahin der Straße über Rplnow, Garz und Sieversdorf zu bedienen.

Den 23sten September 1817.

Königl. Regierung zu Potsdam. Zweite Abschellung.

## B e k a n n t m a c h u n g.

Bei dem Magistrat zu Belgig sollen kommenden 6ten November 1817, Vormittags um 10 Uhr, die Auktionen des Rathskellers und der Waage auf die 6 Jahre, von Neujahr 1818 bis dahin 1824, unter verschiedenen, in der hiesigen Rathsexpeditio ertheilten Bedingungen, an den Meistbietenden verpachtet werden, welches hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

Belzig, am 17ten September 1817.

Der Magistrat.

Es giebt im Preussischen Staate, (und selbst um Berlin) so viele Dörfer, wo die nützlichen Thurmuhren fehlen, oder die etwa vorhandenen schadhast und unbrauchbar dastehn, und gleichwohl ist der Werth eines Werkes, das ganz dazu geeignet ist, als öffentliche Richtschnur das Haus und Gemeinewesen übereinstimmend, bequem und mit Vortheil zu leiten, längst erprobt und anerkannt. Eben so kann



Kann es auch dem Prediger und Lehrstand, bei dem verbesserten Schulunterricht der Landjugend, wo die Bestimmung jeden Jünglings zum Militair mehr Ordnung und Pünktlichkeit erfordert als jemals, und eine frühe Gewöhnung an diese Eigenschaften ihren wohlthätigen Einfluß auf das ganze Leben äußert, ein eben so großes Hülfsmittel werden, das hierbei die erspreßlichsten Dienste zu leisten im Stande ist.

Um nun die Anschaffung dieser gemeinnützigen Werke den guten Landbewohnern, so viel mir noch möglich ist, zu erleichtern, und mich in meinem Wirkungskreise für errungenen Frieden dankbar zu machen, will ich 25 Werke auf Subskription für den sehr geringen Preis von 160 Thalern pro Werk verfertigen und abliefern, und bedinge mir nur bei der Bestellung einen Theil des Kaufgeldes darauf aus.

Meine Dorf, Thurmuhren sind von flacher (horizontaler) Bauart, und bestehen aus dem Geh. und vollen Stunden-Schlagwerk. Die Unterlagen sind  $4\frac{1}{2}$  Fuß lang, und  $1\frac{1}{2}$  Fuß breit, und geht das Werk bei 26 Fuß Gewichtshöhe 28 bis 30 Stunden. Die Haupträder haben einen Rheinländischen Fuß im Durchmesser, und sind einen halben Zoll stark. Das Streigrad ist von Messing, und die Uhr hat den guten dauerhaften Stiftengang. Alle Zapfen, Triebstabe und Triebe sind genau rund abgedreht, fein abgefeilt und Glas hart; alle Zapfen laufen in starken Metallfutter, alle Räder können bequem einzeln herausgenommen, vom alten Schmier gereinigt, und eben so leicht wieder eingelegt werden. Man kann die Uhr auf die Minute stellen, und die Windfögel zum schnelleren, und langsameren Schlagen richten. Ich liefere zu der Uhr das Weiserwerk zu einem Zifferblatt, den Glockenhammer mit vollständigem Hammerzug, die Uhrleine von guten Hanf, zwei dauerhafte Gewichtrollen, zwei Gewichte zur Uhr, und ein Reservegewicht, bei starker Kälte anzuhängen, so wie den hölzernen Stuhl, worauf das Werk liegt. Gut sage ich drei volle Jahre für alle Fehler und Schadhafterwerdung an der ganzen Uhr, wann sie als Folge meiner Anlage, meiner Arbeit, oder der dabei angewandten Materialien entstanden sind.

Diese Beschreibung kann zur allenfälligen Berathung mit ~~Uhrmachern~~ <sup>Wohlthätern</sup>, und auch zur Vergleichung der abgelieferten Werke dienen.

Diejenige Gemeinde, die von dieser Bekanntmachung an bis zwei Monate nachhero ein Werk bestellt, und dadurch meine gute Absicht anerkennt und befördert, hilft, daß ich die neue Bestellungen vortheilhaft an die alten anschließend machen kann, erhält dafür von mir als Richtschnur für ihre Uhr, eine nach der Angabe und Zeichnung unsers Kenntnißreichen Herrn V. B. gefertigte schöne große horizontale Sonnenuhr aus Gußeisen, weiß laquirt, mit vergoldeten Zahlen, nebst der Beschreibung, wie sie leicht und richtig zeigend aufgestellt werden kann.

Berlin, den 25ten August 1817.

Möllinger,

Königl. Hof- und Stadtuhrmacher.

Leipziger Straße No. 86.











Nummern der Russischen Banz.			Nummern der Russischen Banz.			Nummern der Russischen Banz.			Nummern der Russischen Banz.			Nummern der Russischen Banz.		
Loose	Nummern	Loose	Nummern	Loose	Nummern	Loose	Nummern	Loose	Nummern	Loose	Nummern	Loose	Nummern	Loose
10	153701 bis 153750	565	173001 bis 173050	621	189101 bis 189150	677	203851 bis 203900	733	219401 bis 219450					
11	154301 — 154350	566	173151 — 173200	622	189501 — 189550	678	204251 — 204300	734	219851 — 219900					
12	154801 — 154850	567	173201 — 173250	623	189551 — 189600	679	204501 — 204550	735	220351 — 220400					
13	154901 — 154950	568	173251 — 173300	624	189651 — 189700	680	204651 — 204700	736	220451 — 220500					
14	155201 — 155250	569	173351 — 173400	625	190451 — 190500	681	204751 — 204800	737	220801 — 220850					
15	155251 — 155300	570	173501 — 173550	626	190501 — 190550	682	204801 — 204850	738	221001 — 221050					
16	155301 — 155350	571	173651 — 173700	627	190701 — 190750	683	205051 — 205100	739	221401 — 221450					
17	155801 — 155850	572	174151 — 174200	628	191251 — 191300	684	205251 — 205300	740	222751 — 222800					
18	155951 — 156000	573	175301 — 175350	629	192001 — 192050	685	205601 — 205650	741	222851 — 222900					
19	156001 — 156050	574	175401 — 175450	630	192051 — 192100	686	205751 — 205800	742	222951 — 223000					
20	156301 — 156350	575	175901 — 175950	631	192301 — 192350	687	205801 — 205850	743	223301 — 223350					
21	156501 — 156550	576	176251 — 176300	632	192551 — 192600	688	206001 — 206050	744	223501 — 223550					
22	156551 — 156600	577	176451 — 176500	633	192601 — 192650	689	206301 — 206350	745	224251 — 224300					
23	156751 — 156800	578	176601 — 176650	634	192851 — 192900	690	206351 — 206400	746	224301 — 224350					
24	156801 — 156850	579	176701 — 176750	635	193051 — 193100	691	206501 — 206550	747	224901 — 224950					
25	157201 — 157250	580	177201 — 177250	636	193401 — 193450	692	206701 — 206750	748	225351 — 225400					
26	157551 — 157600	581	177601 — 177650	637	193751 — 193800	693	206951 — 207000	749	225551 — 225600					
27	157651 — 157700	582	177701 — 177750	638	194151 — 194200	694	207301 — 207350	750	225601 — 225650					
28	158351 — 158400	583	178501 — 178550	639	194201 — 194250	695	207701 — 207750	751	225701 — 225750					
29	158451 — 158500	584	179501 — 179550	640	194451 — 194500	696	207851 — 207900	752	225901 — 225950					
30	158951 — 159000	585	179551 — 179600	641	194551 — 194600	697	208251 — 208300	753	226051 — 226100					
31	159001 — 159050	586	179601 — 179650	642	195201 — 195250	698	208351 — 208400	754	226551 — 226600					
32	159701 — 159750	587	179701 — 179750	643	195951 — 196000	699	208601 — 208650	755	226951 — 227000					
33	160551 — 160600	588	179751 — 179800	644	196951 — 197000	700	209101 — 209150	756	227501 — 227550					
34	160701 — 160750	589	179801 — 179850	645	197001 — 197050	701	209251 — 209300	757	227701 — 227750					
35	162051 — 162100	590	180151 — 180200	646	197201 — 197250	702	209451 — 209500	758	228151 — 228200					
36	162201 — 162250	591	180501 — 180550	647	197351 — 197400	703	209701 — 209750	759	228251 — 228300					
37	162951 — 163000	592	180901 — 180950	648	197401 — 197450	704	209901 — 209950	760	228501 — 228550					
38	163051 — 163100	593	181001 — 181050	649	197501 — 197550	705	210051 — 210100	761	229151 — 229200					
39	163351 — 163400	594	181051 — 181100	650	197951 — 198000	706	210151 — 210200	762	229301 — 229350					
40	163601 — 163650	595	181101 — 181150	651	198451 — 198500	707	210501 — 210550	763	230301 — 230350					
41	164401 — 164450	596	181751 — 181800	652	198151 — 198200	708	210651 — 210700	764	230401 — 230450					
42	165201 — 165250	597	182051 — 182100	653	198351 — 198400	709	211001 — 211050	765	230501 — 230550					
43	165501 — 165550	598	182351 — 182400	654	199001 — 199050	710	211351 — 211400	766	230601 — 230650					
44	165751 — 165800	599	182551 — 182600	655	199151 — 199200	711	211401 — 211450	767	230701 — 230750					
45	165801 — 165850	600	182851 — 182900	656	199301 — 199350	712	211551 — 211600	768	231151 — 231200					
46	166001 — 166050	601	183051 — 183100	657	199351 — 199400	713	211801 — 211850	769	231451 — 231500					
47	166251 — 166300	602	183701 — 183750	658	199801 — 199850	714	211901 — 211950	770	231751 — 231800					
48	166351 — 166400	603	184151 — 184200	659	200151 — 200200	715	212051 — 212100	771	231851 — 231900					
49	166451 — 166500	604	184701 — 184750	660	200351 — 200400	716	212251 — 212300	772	231901 — 231950					
50	166601 — 166650	605	185351 — 185400	661	200401 — 200450	717	212351 — 212400	773	232001 — 232050					
51	166951 — 167000	606	185451 — 185500	662	200501 — 200550	718	213401 — 213450							
52	167401 — 167450	607	186001 — 186050	663	200551 — 200600	719	213551 — 213600	774	232051 — 232100					
53	167701 — 167750	608	186901 — 186950	664	200751 — 200800	720	213901 — 213950	775	232101 — 232150					
54	170301 — 170350	609	187201 — 187250	665	200951 — 201000	721	214001 — 214050	776	232451 — 232500					
55	171051 — 171100	610	187301 — 187350	666	201051 — 201100	722	214751 — 214800	777	232651 — 232700					
56	171501 — 171550	611	187401 — 187450	667	201151 — 201200	723	214851 — 214900	778	232751 — 232800					
57	171601 — 171650	612	187501 — 187550	668	201451 — 201500	724	215001 — 215050	779	232901 — 232950					
58	171801 — 171850	613	187601 — 187650	669	201701 — 201750	725	215251 — 215300	780	233051 — 233100					
59	171901 — 171950	614	187701 — 187750	670	201751 — 201800	726	215801 — 215850	781	233201 — 233250					
60	172201 — 172250	615	187851 — 187900	671	202151 — 202200	727	216051 — 216100	782	233801 — 233850					
61	172251 — 172300	616	188101 — 188150	672	202201 — 202250	728	216151 — 216200	783	234201 — 234250					
62	172301 — 172350	617	188401 — 188450	673	202251 — 202300	729	216201 — 216250	784	234501 — 234550					
63	172401 — 172450	618	188451 — 188500	674	202551 — 202600	730	218051 — 218100	785	235101 — 235150					
64	172651 — 172700	619	188701 — 188750	675	202901 — 202950	731	218401 — 218450	786	235151 — 235200					
		620	189001 — 189050	676	203101 — 203150	732	218951 — 219000	787	235751 — 235800					







# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 41. —

Den 10ten Oktober 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung  
zu Potsdam.

Nachstehende, schon früher durch die öffentlichen Blätter bekannt gemachte No. 260.  
Ministerialverordnung

## P u b l i k a n d u m.

Der polizeilichen Ordnung wegen ist es notwendig:

- a) daß bei jeder Trennung und Zerstückelung eines Grundstücks, von welcher Qualität solches auch sei, der Landespolizeibehörde von dem Veräußern durch die ihm zunächst vorgesetzte Obrigkeit, dem Landrath, Anzeige gemacht, und
- b) ohne deren ausdrückliche Genehmigung, weder einem neuen Etablissement oder Abbau ein besonderer Name beigelegt, noch der alte Name bei irgend einem Grundstück verändert werde.

Jeder Eigentümer oder Inhaber von Grundstücken, welcher dagegen handelt, verfällt in Zwanzig Thaler Strafe.

Den Landräthen und Ortsobrigkeiten wird es zur besondern Pflicht gemacht, auf die Befolgung dieser Verordnung zu wachen.

Berlin, den 21sten März 1810.

Auf Seiner Königlichen Majestät allergnädigsten Spezialbefehl.

D o h n a.

wird hierdurch in Erinnerung gebracht. — Durch ein besonderes Reskript des Königl. Ministerii des Innern vom 21sten März 1810, welches den Landräthen durch die Zirkularverordnung vom 3ten April 1810 mitgetheilt wurde, ist verordnet:

- 1) daß uns von jedem in unserm Departement anzulegenden Etablissement, es mag ein Vorwerk, eine Schäferei, eine Ziegelei, oder sonst anderer Art sein, Anzeige gemacht und unsere Genehmigung dazu nachgesucht werde. Es versteht sich von selbst, daß hierbei nicht beabsichtigt werden kann, den Abbau ländlicher Besitzungen und die Anlagen neuer Etablissements zu erschweren.

)( 1

2) daß

Anlage neuer  
Etablissements.

I. P. 1947.  
September.



- 2) daß einem jeden neu angelegten Etablissement ein eigener, vom Hauptorte unabhängiger Name beigelegt werde. Von der Beträchtlichkeit eines solchen Etablissements, von dessen Lage, Entfernung vom Hauptorte, und andern ähnlichen Umständen wird es abhängen, ob demselben ein eigener Name beigelegt ist, oder ob es als ein Theil des Hauptorts von diesem benannt werden kann.
- 3) daß der, einem Etablissement einmal beigelegte Name beibehalten und nicht willkürlich verändert werde.
- 4) daß von solchen bereits vorhandenen Etablissements, welche noch keinen besondern und vom Hauptorte unabhängigen Namen haben, deren Besitzer verbunden sind, uns für diese Etablissements einen besondern Namen durch die landräthlichen Behörden zur Genehmigung vorzuschlagen.

Indem diese Bestimmungen zur genauen Befolgung hierdurch zur Kenntniß gebracht werden, werden die landräthlichen Behörden insbesondere hiermit angewiesen, darauf zu halten, daß die Namen der schon vorhandenen Etablissements, wie solches früher bei Veräußerungen und in andern Fällen, wo das Etablissement einem andern Besitzer bekam, öfter geschehen ist, nicht verändert werden.

Potsdam, den 20sten September 1817.

No. 261.  
Kursten der  
Apotheker u.  
Chirurgen.  
I. p. 1958.  
September.

Nach der Verfügung des Königl. Ministerii des Innern vom 2ten d. M. gehören im hiesigen Regierungsdepartement die Städte Potsdam, Brandenburg und Prenzlau zu den größten Städten der Monarchie, aus welchen die Apotheker und Chirurgen, welche daselbst ihr Kunstgewerbe treiben wollen, den resp. pharmazeutischen und chirurgischen Kursus in Berlin machen müssen.

Potsdam, den 26sten September 1817.

No. 262.  
Kundschaften  
der Gesellen.  
I. p. 1801.  
September.

Ungeachtet die Kundschaften der Handwerksgefelln schon seit dem Jahre 1809 für unzulänglich zu deren polizeilichen Legitimation erklärt sind, und ihre Visirung mehrmals ausdrücklich untersagt ist, so stehen dieselben doch hie und da noch in Ansehn, und werden selbst den Väßen gleich visirt.

Die Polizeibehörden haben daher bei einer Strafe von Zehn Thalern die Kundschaften der Handwerksgefelln weder als Väße anzusehn und zu behandeln, noch zu visiren.

Potsdam, den 27sten September 1817.

No. 263.  
Militär-  
Freiwilligen.  
I. m. 2319.  
September.

Der Königl. Regierung zu Potsdam wird hierdurch zur Nachricht bekannt gemacht, daß des Königs Majestät, auf dieselbigen Vorschlag, mittelst Kabinettsordre vom 2ten dieses Monats zu genehmigen geruht haben, daß die Annahme der Freiwilligen in das Garde-Jäger, und das Garde-Schützenbataillon künftig jährlich in drei Terminen, und zwar

den 1sten April, 1sten August und 1sten Oktober erfolgen, in einzelnen Fällen aber, wo besondere individuelle Verhältnisse der Hal-  
tung



zung dieser 3 Termine entgegen sein möchten, die Ausnahme auch zu anderer Zeit statt finden kann. Berlin, den 16ten September 1817.

An **Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.**  
die Königl. Regierung in Potsdam.

Nach obigen Bestimmungen haben sich die Behörden und Individuen zu achten.  
Potsdam, den 29sten September 1817.

Die ermittelten vorjährigen Haupt-Durchschnitts-Martini-Marktpreise im hiesigen Regierungsdepartement für Roggen, Hafer, Heu und Stroh betragen:

2	Eplr.	16	Gr.	11	Pf.	für den	Scheffel	Roggen,
1		5		9				Hafer,
—		22		10				Zentner
6		6		2				das Schock
								Stroh.

No. 264.  
Vorjährige  
Martini-  
Marktpreise.  
I. m. 67.  
Oktober.

Nach einer Bestimmung des Königl. Finanzministeriums vom 24ten v. M. sollen nach diesen Durchschnittspreisen die von den Untertanen im hiesigen Regierungsdepartement zur Militärverpflegung gelieferten Naturalien liquidirt werden, wonach sich die betreffenden Behörden bei Anfertigung der desfallsigen Liquidationen für den Zeitraum von Martini 1817 zu achten haben.

Potsdam, den 3ten Oktober 1817.

Wegen der unter dem Alndvlehe zu Ganzer im Kuppluschen Kreise entstandenen Lungenseuche darf kein Alndvlehe diesen Ort und dessen Feldmark passiren.

Potsdam, den 1sten Oktober 1817.

No. 265.  
Lungenseuche  
in Ganzer.  
I. p. 2693.  
September.

Da in dem Dorfe Rehagen, Teltowschen Kreises, die Lungenseuche unter dem Alndvlehe entstanden ist, so darf durch diesen Ort und dessen Feldmark kein Alndvlehe passiren.

Potsdam, den 3ten Oktober 1817.

No. 266.  
Lungenseuche  
in Rehagen.  
I. p. 2889.  
September.

Nach einer neuern Erklärung Seiner Durchlaucht des Herrn Staatskanzlers, soll den Oberförstern, so wie den Landsägern und Oberjägern, welche nach der allerhöchsten Kabinettsordre vom 25ten Dezember 1814. die Erlaubniß erhalten haben, die Escaderei No. IV. auf den Uniformen zu tragen, gestattet sein, die gestickten Watten, welche nach der Bekanntmachung vom 6ten d. M. (Amtsblatt Stück 38. No. 245) wegfallen sollen, fernerhin mit dem Kragen und den Aufschlägen übereinstimmend beizubehalten.

Potsdam, den 3ten Oktober 1817.

No. 267.  
Uniform des  
Forstpersonals  
2. b. 1422.  
September.

**Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.**

Da über den Umfang der Befugnisse der Sekretarien des Königl. Kammergerichts zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, und über die von ihnen zu beobachtenden Formlichkeiten, hin und wieder, besonders bei aus-  
wdr,

No. 46.  
Kammer-  
gerichts-Sekretarien.







# Extra-Blatt

zum

41sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Auf Veranlassung der Königl. Preuss. Hochlöbl. Kommission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen, benachrichtige ich die Inhaber der Zentralsteuereobligationen, daß die Zinsen davon auf den diesjährigen Michaelstermin bei dem Handelshause Reichenbach et Comp. in Leipzig nunmehr erhoben werden können.

Merseburg, den 18ten September 1817.

Der Reglerungs-Chefpräsident.

v. Schönb erg.

## Bekanntmachung.

Dem Publikum wird hierdurch bekannt gemacht, daß der auf den Montag vor Allerheiligen, als den 27sten künftigen Monats angedachte Jahrmarsch hier selbst, welcher bis zum 1sten November d. J. dauern sollte, wegen des Zusammenstossens mit der auf den 31sten k. M. und 1sten November d. J. angeordneten Feyer des Reformationstages, auf den 23sten kommenden Monats verlegt worden ist, und von diesem Tage an bis zum 30sten kommenden Monats abgehalten werden wird.

Berlin, den 28sten September 1817.

Königliche Regierung zu Berlin.

## Strekbrie fe.

In der vergangenen Nacht ist der zur Straffaktion nach Stralsund bestimmte Hautboist Johann Gottlieb Richter von der Hochlöbl. Gardeartillerie-Regiment, aus Rastadt bei Sangerhausen in Thüringen gebürtig, 20 Jahr 8 Monat alt, 5 Fuß 4½ Zoll groß, aus dem hiesigen Ordonnanzhause entwichen. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden werden daher ganz ergebenst ersucht, diesen Verbrecher, wo er sich betreten lassen sollte, festzunehmen und an uns gegen Erstattung der Kosten abliefern zu lassen.

Neustadt, Eberswalde, den 1sten Oktober 1817.

Der Magistrat.

Nr. 38.

Der von uns wegen Diebstahls zur Untersuchung gezogene, vormalige Kürassier, jetzige Tagelöhner Georg Koral ist in vergangener Nacht aus dem Gefängnis ausgebrochen und entsprungen. Es wird, im Verretungsfall, um dessen Festhaltung und Ablieferung gebeten.

Freienwalde an der Oder, den 3ten Oktober 1817.

Königliches Preussisches Land- und Stadtgericht.

## Personbeschreibung.

Größe 5 Fuß 6½ Zoll, Statur unterseht, Haare blond, Stirn frei, Augen braunen blond, Augen blau, Bart sehr schwach, Nase länglich, Mund groß, Kinn rund und voll, Gesicht länglich, Gesichtsfarbe blaß, Alter 24½ Jahr, Geburtsort Sobruß, jenseit Angerburg in Ostpreußen.

No. 39.



Bekleidet war er mit einer bläulichenen Kleefta mit gelben Kragen, einer roth und grünbunten farbenen Weste mit gelben Knöpfen, graulichenen langen Bleinfleibern mit schmalen rothen Streifen, alten Stiefeln und einer blauen Tuchmütze mit silberner Tresse.

In der Nacht vom 15ten zum 16ten September sind (nach einer uns erst kürzlich gemachten Anzeig) aus der Wohnung des Bauern Johann Schulz, mittelst Einsteigens durchs Fenster, etwa 600 Thaler in folgenden Münzsorten entwendet worden:

- 1) 300 Thaler in 6 Tüten, jede zu 50 Thalerstücken,
- 2) etwa 100 Thaler in 2 Groschenstücken,
- 3) 60 Thaler in guter Münze,
- 4) das übrige in 4 und 8 Groschenstücken.

Alle Gerichte und Polizeibehörden werden daher gebührend ersucht, zur Entdeckung dieses Diebstahls nach Möglichkeit mitzuwirken.

Prenzlau, den 1sten Oktober 1817.

Königliches Preussisches Justizamt Grawow.

Von der höchsten Staatsbehörde ist mir ein Patent über das ausschließliche Recht, die von mir erbaute Journierschneidemaschine mit keilsförmiger senkrechter Säge zu benutzen, auf den Zeitraum von sechs Jahren für die Provinz Brandenburg erteilt worden. Die Zeichnung und Beschreibung darüber ist zu den Akten eines hohen Finanzministeriums niedergelegt. Ich mache dies hiermit vorschriftsmäßig öffentlich bekannt, damit ein Jeder, der nicht im Grunde ist, zu beweisen, diese Methode schon gekannt und in der genannten Provinz ausgeübt zu haben, sich enthalte, solche während der nächsten sechs Jahre vom Tage des Patents vom 12ten August d. J. an, in Anwendung zu bringen, und mein erlangtes ausschließliches Recht zu beeinträchtigen.

Elmons Mühle bei Frankfurt an der Oder, den 26sten August 1817.

Der Kaufmann D. Franke.

Es ist mir in der Nacht vom 18ten zum 19ten dieses Monats von der hiesigen Weibe eine hellbraune Stute mit einer Wunde vor dem Kopfe, 4 Jahr alt, 10 Zoll groß und ohne weitere Abzeichen, gestohlen worden. Ich ersuche jeden, der mir über dieses Pferd Nachricht geben kann, mich davon in Kenntniß zu setzen.

Trammitz bei Wusterhausen an der Dosse, den 26sten September 1817.

Der Bauer Friedrich Kistrow.

In der Nacht vom 16ten zum 17ten d. M. sind mir zwei 8jährige Pferde von mittler Statur, nemlich ein schwarzer Wallach, auf dem Kreuze neben dem Rückgrade einen kleinen weißen Fleck habend, und eine schwarzbraune Stute mit Wunde und rechtem weißen Hinterhufe, welche am linken Vorderhufe eine Narbe von einer ausgeschnittenen Beine hat, von der hiesigen Weibe weggenommen, und wahrscheinlich gestohlen worden. Sollten diese Pferde irgend jemand vorkommen, so bitte ich, sie anzuhalten und mir davon mit Bemerkung der Kosten Nachricht zu geben.

Mauen, den 29sten September 1817. Der Mühlenmeister Thiele.



# Untz-Blatt

Königlichen Regierung zu Potsdam.

No. 42.

Den 17ten Oktober 1817.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung  
zu Potsdam.

In den Großherzogthümern Mecklenburg, Schwerin und Mecklenburg, Strellitz ist es durch neuere Verordnungen der betreffenden Landesregierungen bestimmt, daß bei dem Handelsverkehr und beim Umrufe nicht Alindvieh, der Verkäufer desselben jederzeit mit einem Gesundheitsatteste der Obrigkeit des Orts, von welchem das Vieh kommt, versehen sein müsse, worin nicht nur die Stückzahl, sondern auch die Abzeichen genau bemerkt sind.

**No. 268.**  
Verkehr mit  
Kindvieh aus  
dem Necklens-  
burgschen.  
I. p. 126.  
Juli.

Mit Bezug auf §. 14. des Patents vom 2ten April 1803. wird diese Verfü-  
gung der Großherzoglich Mecklenburgischen Landesregierungen den hiesseitigen Kreis-  
und Ortsbeförden bekannt gemacht, mit der Anweisung, genau darauf zu sehen,  
daß das aus dem Mecklenburgischen einzuführende Hornvieh mit den gedachten Ge-  
sundheitsattesten versehen sei, auch diese mit der Anzahl, Farbe und den Abzeichen  
des Viehes vergleichen, das Vieh selbst aber 48 Stunden aufhalten, und beim Fres-  
sen und in seinen Bewegungen beobachten zu lassen. Sollte der, aus dem Meck-  
lenburgischen kommende Verkäufer aber mit dem gedachten vorschreibmäßigen At-  
teste nicht versehen sein, so muß das eingebrachte Rindvieh, außer den vorgeschrie-  
benen 48 Stunden, noch so lange unter Observation gestellt werden, als es die  
etwa im Allgemeinen herrschenden Seuchen nöthwendig machen, damit sich die Kreis-  
physiker oder andere sachkundige Mediziner von dem Gesundheitszustande hinlänglich  
überzeugen können, als worauf die Kreis- und Ortsbeförden besonders zu achten  
haben.

Potsdam, den 4ten October 1817.

Es ist von Seiten des Königl. Ministerii des Innern festgesetzt, daß, No. 269.  
da sich die Städte-Ordnung über das Verfahren bei der im §. 189. Nr. 2. Veräußerung  
Tit. 6. vorgeschriebenen allgemeinen Bekanntmachung der öffentlichen Auktionen, städtischer  
Kauf der Veräußerung der den Stadtgemeinen gehörigen Grundstücke, und der Grundstücke.  
X 1 I. p. 1474.  
Grün September.

**No. 269.**  
**Veräußerung**  
**fabriſcher**  
**Grundstücke.**  
**I. p. 1474.**  
**September.**







Inhaber oder dessen Erbe legitimirt ist, muß sich auf dem Papierscheine die Session des ersten und folgenden Besitzers bis an den Einzahler befinden.

Potsdam, den 8ten Oktober 1817

Die in den beiden Handelsplätzen Rostock und Wismar angestellten Königl. Preussischen Konsulen sind ausnahmsweise autorisirt worden: nicht allein Großherzoglich, Mecklenburgischen Unterthanen, sondern überhaupt allen, als unverdächtig ihnen bekannten oder gehörig legitimirten Personen Eingangspässe in die Provinzen Brandenburg und Pommern zu erteilen.

Potsdam, den 10ten Oktober 1817.

No. 272.

Papierkreis

lung.

I. p. 689.

Oktober.

Einer Bestimmung des Herrn Finanzministers vom 9ten v. M. zu Folge soll das bisherige Haupt-Zollamt in Lindow aufgehoben, und dagegen das Neben-Zollamt Rheinsberg zu einem Haupt-Zollamte umgeschaffen werden, auch die Verlegung der bis jetzt zu dem erstem Amte gehörenden Neben-Zollämter Fischerwall, Zernikow und Menz zu dem Haupt-Zollamte Gransee Statt finden. Die Ausführung dieser Bestimmung wird vom 1sten Januar k. J. ab erfolgen.

Potsdam, den 4ten Oktober 1817.

No. 273.

Aufhebung

des Hauptzoll-

amtes in Lin-

dow.

2. a. 2794.

September.

Durch eine Verfügung der Königl. Ministerien der Finanzen, des Innern und der Polizei vom 26sten Februar d. J. ist festgesetzt worden:

I. daß wo bereits zureichende, unter öffentlicher Autorität etablirte Scharfrichtereln und Abdeckereien vorhanden sind, keine neuern Ansehungen auf Gewerbscheine verstattet werden sollen; daß diese Einschränkung jedoch nur als eine landespolizeiliche Maaßregel anzusehen ist; aus welcher für die Berechtigten selbst kein Widerspruch hergeleitet werden darf;

II. daß wo keine öffentlichen, ausschließlich angeordneten Scharfrichtereln oder Abdeckereibezirke vorhanden sind, die Regierungen so viele Ansehungen von Abdeckereien auf Gewerbscheine verstaten können, als das Bedürfnis der Gegend erfordert, jedoch ohne irgend eine Exklusivität dadurch zu konstituiren;

III. daß, wo im Einzelnen, auf dem Grund von unbezweffelt bestehenden Privilegien oder Pachtkontrakten der Abdecker, Beschränkungen der Befugniß der Einwohner, ihr gefallenes Vieh selbst abzulebern, oder durch ihre Leute abzulebern zu lassen, bestehen; solche Beschränkungen oder andere den Unterthanen lästige Gerichtsamen nicht ferner eingeräumt, noch bei Kontraktserneuerungen unter den Pachtbedingungen zugelassen werden sollen;

IV. daß die polizeilichen Vorschriften, welche bei dem gefallenen Vieh, in Rücksicht auf Vorbeugung von Seuchen, oder in Hinsicht der öffentlichen Reinlichkeit angeordnet, und den Abdeckern vorgeschrieben sind, auch in der Regel von den Einwohnern befolgt werden müssen, welche ihr gefallenes Vieh nicht vom Abdecker abzulebern lassen.

No. 274.

Ablebern des

toten Viehes.

2 h. l. p. 895

September.







genthümer des Viehes an den Besitzer des Grund und Bodens, auf welchem sich die Luderstellen befinden, für den Quadratsfuß des nöthigen Raums zur Grube acht Pfennige bezahlen.

- 6) In dem Scharfrichterbezirke, welcher außer dem hiesseitigen engern Regierungsbezirke belegen ist, haben die Ortspolizei-Obrigkeiten den Einwohnern die Luderstellen, wo die Kadaver abzulebern und zu vergraben sind, gehörig bekannt zu machen, und in Ansehung der zu führenden Aufsicht auf das Verscharren das Erforderliche an den Scharfrichter zu erlassen, und ihrerseits auf die Beobachtung dieser Vorschriften, zur Vorbeugung der Erzeugung ansteckender Krankheiten, strenge zu halten.
- 7) Bei dem Verscharren der Kadaver darf nicht außer Acht gelassen werden, dieselben wenigstens mit drei Fuß Erde zu bedecken. Sollten außerordentliche Umstände hierbei besondere Maaßregeln nothwendig machen, so wird der Eigenthümer des Viehes deshalb von dem Scharfrichter mit der nöthigen Anweisung versehen werden, und jener solche genau zu befolgen haben.
- 8) Wenn das todt Vieh unrein und von solcher Beschaffenheit ist, daß es aus medizinallpolizeilichen Gründen mit der Haut vergraben werden muß, und der Eigenthümer solches nicht selbst auf die zu 5. bemerkte Weise vergraben will, so ist der Scharfrichter verpflichtet worden, dasselbe auf geschehene Ansage abholen, und vorschriftsmäßig auf den Luderstellen vergraben zu lassen, wofür jener ihm da, wo es bisher üblich war, die gewöhnlichen Ausfuhrgebühren bezahlen muß. Berlin, den 29sten August 1817.

Königl. Regierung zu Berlin. Erste Abtheilung.

Vorstehendes Publikandum wird hierdurch zur Nachricht und Achtung der Behörden und Bewohner in denjenigen zum Potsdamschen Regierungsdepartement gehörigen Distrikten bekannt gemacht, welche zum Scharfrichterbezirk von Berlin gehören. Potsdam, den 26sten September 1817.

#### Personalebronie.

Der bisherige Stadtschlichter und Justizkommissarius Ernst Heinrich Augustin in Bohn ist als Justizkommissarius und Notarius nach Schwedt versetzt, und der bisherige Stadigerichtsauskultator Ernst Ludwig von Verlach als Referendarius beim Königl. Kammergericht angestellt worden.

Der Kandidat Christoph Ferdinand Zehe zu Zützen bei Gollsen ist nach erfolgter Prüfung pro ministerio, in welcher er sehr gut bestanden, für wahlfähig zum Predigtamt erklärt worden. Predigtamtskandidat.

#### Vermischte Nachrichten.

Der Herr Prediger Richter an der hiesigen Louisenkirche hat zur Vorbereitung auf die Feier des 3ten Jubelfestes der evangelischen Kirche ein Büchlein herausgegeben, betitelt: Geschichte Doctor Martin Luthers und der Reformation. In demselben sind die wichtigsten Begebenheiten jener denkwürdigen Zeit zweckmäßig hervorgehoben.



herausgehoben, und auf eine faßliche, edle und herrliche Weise dargestellt. Der Geist der Wahrheit und Milde, welcher durch das ganze Büchlein weht, thut dem Leser besonders wohl. Wir können es daher, sowohl zur Erbauung für Familien, als auch zum Vorlesen in den Schulen, mit Freuden empfehlen.

Berlin, den 2ten Oktober 1817.

Königliches Konsistorium der Provinz Brandenburg.

### Ehrenvolle Auszeichnung.

Des Königs Majestät haben dem Schullehrer und Rector Johann Christoph Lasse zu Bernau, bei Gelegenheit der Feler seines 50jährigen Amtsjubiläums, für bewiesene eifrige und erfolgreiche Pflichterfüllung das allgemeine Ehrenzeichen zweiter Klasse, als öffentliches Anerkennniß des Verdienstes, zu erteilen geruhet.

### Geschenke an Kirchen und Schulen.

Die verwitwete Gutsbesitzerin Harlan zu Helnersdorf schenkte der dortigen Kirche zwei Altar, Leuchter; die Oberförsterin Sternsdorff schenkte der Kirche zu Eggersdorf einen Kelch nebst Oblatenschale von englischem Zinn, einen Oblatenteller nebst Flasche zum Wein von Gesundheitsporzellan, zwei Altarleuchter von ahorn Holz, ein Taufbecken und eine Wasserkanne von Gesundheitsporzellan, und gemeinschaftlich mit der Oberamtmännin Seidenburg einen Kanzelbehang von blauem Taffent mit einer silbernen Tresse.

Von Schulfreunden erhielten folgende Schulen Unterstützung und Geschenke. Die Schule zu

- 1) Hohensien, vom Königl. Ober-Bergamte zu Berlin und vom Hütteninspector Röder die noch fehlenden Lehrbücher;
- 2) Segels, vom Herrn Minister v. Voß 16 Rthlr. Courant zur Anschaffung des noch fehlenden Lehrapparats, und von dem Prediger Wagener daselbst zwei Schultische;
- 3) Koppensbrück, von dem dortigen Koloniesbesitzer Gerke die Stephanische Wandfibel;
- 4) Blankenberg, von dem Prediger Hansen zu Lögow mehrere Schulbücher;
- 5) Gartow, vom Schulinspector Segels zu Wusterhausen mehrere Schulbücher zum Gebrauch des Lehrers.

Die Gräfin v. Ephor auf Dessow, die Hauptmännin v. Fabian zu Gartow, der Oberstlieutenant v. Zietzen auf Lögow, der Prediger Georgi zu Zernitz und der Amtmann Laue zu Segels führen fort, für arme Kinder das Schulgeld zu bezahlen.

### Turnanstalt in Neustadt a. d. Dosse.

Zu Neustadt an der Dosse ist unter der Leitung des Rector Wiesler eine Turnanstalt eröffnet worden. Der Landrath von Zietzen, der Land-Stallmeister Strubberg, so wie der Magistrat und die Bürgerschaft bewiesen dabei einen rühmlichen, nachahmungswerthen Eifer, indem letztere einen Theil der Kosten zu Anschaffung der erforderlichen Geräthschaften aus der Kommunkasse bewilligten.



# Extra-Blatt

42sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

## Stechbriefe.

Der unten näher signallirte Johann Ferdinand Nipkow, welcher hieselbst wegen Vagabondirens inhaftirt gewesen, hat in der vergangenen Nacht Gelegenheit gefunden, aus dem hiesigen Gefängnisse zu entspringen.

No. 40.

Alle resp. Militär- und Polizeibehörden werden ergebenst ersucht, auf den Nipkow genau zu achten, und ihn im Betretungsfall an uns gegen Erstattung der Kosten abliefern zu lassen.

Friedenwalde an der Oder, den 3ten Oktober 1817.

Der Magistrat.

## Signallement.

Des Johann Ferdinand Nipkow Alter 19 Jahr, Größe 5 Fuß 4 Zoll, Haar hellbraun, Stirn bedeckt, Augenbraunen schwach, Augen blau, Nase spitz, Mund gewöhnlich, Kinn gewöhnlich, Bart keinen, Gesicht länglich, Gesichtsfarbe blaß, Statur mäßig, besondere Kennzeichen keine.

Er trug bei seinem Entweichen einen blauen Ueberrock, tuchene Jacke, bunte kattunene Weste, lederne Hosen, Stiefeln und eine blaue Mütze ohne Schirm.

Der unten bezeichnete Dienstknecht Ferdinand Stooß, von hier gebürtig, welcher durch ein rechtskräftiges Erkenntniß zu dreimonatlicher Zuchthausarbeit und 40 Peitschenhieben verurtheilt ist, hat gestern Gelegenheit gefunden, aus dem Gefängnisse zu entspringen, weshalb alle resp. Militär- und Polizeibehörden hierdurch ersucht werden, den 2c. Stooß im Betretungsfall arretiren, und gegen Erstattung der Kosten hieselbst abliefern zu lassen.

No. 41.

Potsdam, den 7ten Oktober 1817.

Königliches Preussisches Justizamt hieselbst.

## Signallement.

Der Dienstknecht Ferdinand Stooß ist 18 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat ein pockennarbiges Gesicht, dunkelbraune Haare, und einen schwachen Körperbau. Bei seiner Entweichung war derselbe bekleidet mit blautuchenen Beinkleidern mit rothtuchenen Streifen, zerrissenen Stiefeln, einem runden Hut, und schwarzen Halstruch.

Der unten näher bezeichnete Schornsteinfegerlehrling Böhe ist am 7ten v. M. aus unserm Gefängnisse entsprungen. Da derselbe ein höchst gefährlicher Verbrecher ist, und uns an dessen Habhaftwerdung sehr viel gelegen ist, so ersuchen wir sämmtliche Militär- und Polizeibehörden, denselben im Betretungsfall festzunehmen und an uns abliefern zu lassen.

No. 42.

## Personbeschreibung.

Der Lehrbursche Böhe ist 16 Jahr alt, sehr kleiner Statur, hat hellbraune Haare, eine hohe Stirn, graue Augen, braune Augenbraunen, gewöhnliche Nase, großen Mund, rundes Kinn, ovales Gesicht und blasser Gesichtsfarbe. Derselbe

hat



hat bei seinem Entweichen lange grautuchene Hosen, roth befezt, eine röthliche Weste, weißbunten Halstuch, eine grautuchene Mütze und Stiefeln getragen, und ist besonders daran kenntlich, daß sein linkes Auge blind ist.

Potsdam, den 7ten Oktober 1817.

Königliches Preussisches Stadtgericht hiesiger Residenz.

No. 43.

Der auf dem Pressvortwerke bei Baruth dienende und unten näher beschriebene Dienstknecht Schmidtsberg, angeblich aus Luckenwalde gebürtig, hat in der Nacht vom 5ten zum 6ten Oktober c. a. dem Dienstknecht Kubasch in Remlitz mehrere Kleidungsstücke entwendet, und ist hierauf flüchtig geworden.

Es werden daher alle Militär- und Polizeibehörden geziemend ersucht, den Schmidtsberg, welcher bereits mehrere Diebstähle begangen haben soll, wo er sich betreten läßt, anzuhalten, und gegen Erstattung der Kosten anhero abzuliefern.

Gräf. Solmsches Justizamt Baruth 2ten Theils, den 1ten Oktbr. 1817.

K r u m p e.

### Signallement.

Der Schmidtsberg ist 26 — 26 Jahr alt, 71 — 72 Zoll Sächß. groß, untersehter Statur, hat blondes Haar, schwarze Augenbraunen, blaue Augen, schwarzen Bart, rundes Kinn und gesunde Gesichtsfarbe.

### Bekanntmachung.

Der hieselbst in Diensten stehende Schleiferbursche Anton Demis, aus Schnaube in Böhmen gebürtig, hat angeblich gestern seinen ihm zu Ziesar am Ende Mai d. J. ausgestellten, und in Obrste zuletzt anhero versirten Paß, zwischen Potsdam und Beelitz verloren. Zur Vorbeugung des Mißbrauches wird dies zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und der bezeichnerte Paß für ungültig erklärt.

Treuenbriegen, den 8ten Oktober 1817. Der Burgemeister Häberlein.

### Gefundene Pferde.

Am 29sten v. M. haben sich zwei fremde Pferde,

1) ein schwarzer Wallach, etwa 12 Jahr alt,

2) eine schwarze Stute, dunkler als der Wallach, 7 bis 8 Jahr alt, auf der Albbesiedeschen Feldmark eingefunden, welche aber schon acht bis zehn Tage zuvor sich auf den benachbarten Feldmarken herumgetrieben haben sollen.

Der unbekannte Eigenthümer oder Verliurer wird hierdurch aufgefordert, seine Rechte binnen zwei Monaten bei dem unterschriebenen Justizbeamten und spätestens am zehnten Dezember d. J.

in Wietmansdorf bei dem Gerichte anzumelden und zu bescheligen, bei Verlust seines Rechts. Joachimschal, den 4ten Oktober 1817.

Abllch v. Holzendorffsche Patrimonial, Gerichte über Wietmansdorf und Zubehör.

K ä p l e r.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

No. 43.

Den 24ten October 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Des Königs Majestät haben mittelst Kabinettsordre vom 3ten d. M. dem Magistrat zu Wittenberg zum Wiederaufbau der vor der Schlacht von Dennewitz zerstörten, vergebrennten Kirche und Pfarrwohnung zu Doblen, städtischen Patronats, so wie zur Aufhefung des Armen, und Elementar-Schulwesens dieser durch die Kriegsergebnisse hart mitgenommenen Stadt, eine allgemeine evangelische Kirchen- und Hauskollekte in der ganzen Monarchie ausnahmsweise zu bewilligen, und dabei zu befehlen geruhet, daß die Kirchenkollekte am 31sten d. M. abgehalten werden soll.

No. 275.  
Kirchen- und  
Hauskollekte,  
1. c. 1826.  
October.

Mit Bezug auf die Seite 172. 173. 246. und 247. des vorjährigen Amtsblatts befindlichen Verfügungen vom 20ten April und 9ten Juli v. J. werden die landrätshlichen Behörden und Magistrate unsers Regierungsbezirks daher aufgefordert, die Hauskollekte, die Superintendenten und Prediger hingegen die Kirchenkollekte an dem vorbezeichneten Tage zu veranlassen, und den Ertrag an die hiesige Insitution- und Kommunkasse mittelst vollständigen Lieferzettels unter der Rubrik: Herrschafeliche Brandkollektengelder, einzusenden.

Potsdam, den 21sten October 1817.

Zufolge einer Bestimmung des Königlichen Ministerii des Innern vom 26sten d. M. erhalten die Gendarmereioffiziere Naturalquartier nur bei Dienstverrichtungen ausserhalb des Wohnorts, nicht aber bei kommissarischen Aufträgen.

Potsdam, den 13ten October 1817.

No. 276.  
Naturalquartier der Gendarmereioffiziere.

## Decret an den Staats-Senat.

Da Wir gesonnen sind, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, welche bei dem gegenseitigen Handelsverkehr unserer Russischen Unterthanen und denen des Königreichs Polen statt finden, so erlauben wir hiermit, daß alle auf der Warschauer Messe

1. p. 459;  
October.

No. 277.  
Einfuhr der nicht verbotenen ausländischen















# Extra-Blatt

zum

43sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

**Nachstehende im Jahr 1815. bei dem 31sten Infanterieregimente gestandene und entlassene Musketiers:**

1) Johann Reuter, angeblich aus Lohme,

2) Johann Werneke, Warnau

werden, da deren Aufenthaltsorte nicht auszumitteln sind, hierdurch aufgefordert, sich zum Empfang der für sie bestimmten Kriegsgeldmünzen pro 1815 nebst Band, bei dem betreffenden Kreislandrathe zu melden, welchem wir demnächst auf dessen zu gewärtigende Anzeige die Denkmünze nebst Band zur Ausantwortung übersenden werden.

Den 10ten Oktober 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

## A u f r u f.

Es ist im Januar d. J. der Staatsschuldscheine Litt. A. No. 32660. von Eintaufend Thaler nebst den 4 letzten Coupons abhänden gekommen.

Es wird daher jedermann gewarnt, diesen Staatsschuldscheine nebst den Coupons an sich zu kaufen; sollte solches aber schon geschehen sein, so wird der Käufer desselben, oder wenn gedachter Staatsschuldscheine irgend zu Gesicht kommen sollte, hiermit ersucht, unverzüglich der Königlichen General-Salzdirektion davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 11ten Oktober 1817.

Königliche General-Salzdirektion.

---

## S t r e c k b r i e f e.

Der von uns wegen Diebstahls zur Untersuchung gezogene, unten näher bezeichnete Vagabonde Hans Peter Schmidt aus Sagast in der Preignitz gebürtig, ist in der Nacht vom 9ten zum 10ten September c. aus dem Gefängnis ausgebrochen und entsprungen. Es wird im Betretungsfall um dessen Festhaltung und Ablieferung gegen Erstattung der Kosten gebeten.

Preßwalk, den 4ten Oktober 1817.

Freiherrlich zu Pustische Gerichte der Herrschaft Wolschagen.

## P e r s o n b e s c h r e i b u n g.

Größe, 6 Fuß 3 Zoll, Statur Hager, Haare schwarz, Augen braun, Bart schwarz, Nase schief, Gesichtsfarbe braun, Alter 35 Jahr, und besonders an der



schlefen Nase kennlich. Die Bekleidung war bei der Entweichung ein dunkelgrüner leinener Ueberrock, graue leinene lange Hosen, ein schwarzsfeldenes Halstuch, ein Hemde, alte wollene Strümpfe und Schuhe.

No. 45.

Es ist der Kuchhirc bei der Gemeine Balz im Land, und Stadigericht Belzig Gottfried Gantzert, dessen Signalement unten bemerkt, wegen angeschuldigten Gelddiebstahls in der Nacht vom 10ten zum 11ten September c. a. heimlich entwichen, ehe er zur Vernehmung dicsfalls gezogen werden können. Da nun an der Wiedererlangung des Gantzert gelegen, so werden alle Militär- und Zollbehörden ergebenst ersucht, den Gantzert, wenn er sich an einem oder dem andern Orte betreten lassen sollte, zu arrestiren und an das hiesige Land, und Stadigericht abliefern zu lassen. Belzig, den 10ten October 1817.

Königl. Preuß. Land- und Stadigericht.

### Signalement.

Vorgenannter Kuchhirc Gottfried Gantzert ist 30 Jahr alt, müssler Statur, hat ein dickblinziges Gesicht, röthliches Haupthaar, dergleichen Backenbart, rüchliche Augen, lange breite Nase, großen Mund und rundes Kinn. Er ist bei seiner Entweichung mit einem Oberrocke von blauem Tuche, grünmanschefter Weste, gelblichen ledernen Beinkleidern, Stiefeln und einem runden Hut bekleidet gewesen.

No. 46.

Die Dienstmagd Lulse Hesse ist in der Nacht vom 19ten zum 20ten September d. J. aus dem Dienst des Predigers Herrn Reimmann hieselbst entlaufen, und hat sich des Diebstahls verdächtig gemacht. Wir ersuchen daher alle Polizei- und Gerichtsbehörden, die Lulse Hesse arrestiren, und in den nach der Kriminalordnung dazu geeigneten Fällen, gegen Erstattung der Kosten ausliefern zu lassen. Dom-Havelberg, den 1ten October 1817.

Königl. Preuß. Domgericht.

### Personbeschreibung

Die Lulse Hesse ist ungefähr 19 Jahr alt, ziemlich groß, mehr stark als mager, hat kleine blaue Augen, einen listigfreundlichen Blick und dunkelblonde Haare. Dem Gerücht nach soll sie sich bei der Mutter des Seiltanzers Koster unter fremdem Namen verkleidet haben. Die Kleider, welche sie mit sich führt, bestehen unter andern, in einem halbrothen gestreiften Rocken, einem braunen mit gelben Blümchen, und einem weißen Kleide. Auch hat sie schwarzes wollenes Zeug zu einem Ueberrock mit sich genommen.











# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

### No. 44.

Den 31sten Oktober 1817.

#### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Nach dem, bei Besignahme der zum Königreich Sachsen vormals gehörig gewesenen Landesanttheile angenommenen Grundsätze sollen die vorgefundenen Offizianten in der Ausübung ihres Dienstes und in dem Genuß des damit verbundenen, ihnen zugesicherten Dienstinkommens verbleiben, und da, wo die anderweite Grundverfassung des Staats Abänderungen notwendig macht, sollen die dadurch etwa außer Dienst kommenden Offizianten, theils anderweit wieder angestellt werden, theils einstweilig ein ihrem bisherigen Dienstinkommen angemessenes Wartegeld erhalten, oder in sofern sie in Ruhestand versetzt werden, angemessene Pensionen erhalten.

No. 279.  
Offizianten  
des Herzogt.  
Sachsen.  
I. 2. 2638.  
September.

Zu mehrerer Gewißheit, daß dieser Grundsatz überall in Ausübung gekommen, werden daher alle diejenigen in dem hiesigen Regierungsdepartement sich aufhaltenden Offizianten des Herzogthums Sachsen, welche bei dessen Besignahme wirklich noch in Thätigkeit gewesen und in der Ausübung ihres Dienstes nicht verblieben, auch bloß nicht wieder angestellt, oder mit bleibender Pension entlassen sind, mit Einschluß derjenigen, welche ein einstweiliges Wartegeld beziehen, hiedurch aufgefordert, sich bei dem Landrath des Kreises, zu welchem ihr Wohnort gehört, binnen spätestens vier Wochen zu melden, und demselben schriftlich ihre ehemaligen Verhältnisse und die etwa unbeachtet gebliebenen Ansprüche mit den erforderlichen Beweismitteln zur weitem Veranlassung vorzulegen.

Die Herren Landräthe werden beauftragt, von einer jeden Anmeldung dieser Art dem unterzeichneten Präsidio sofort Anzeige zu machen.

Potsdam, den 17ten Oktober 1817.

Königliches Preussisches Regierungspräsidium.

Da den Kaiserlich Russischen Konsuln nach den Russischen Passgesetzen die Befugniß zusteht, Pässe zum Eingange in das Russische Reich zu erteilen, so sind die von denselben zu diesem Ende, sowohl an Russische Unterthanen, als an andere

No. 280.  
Pässe nach  
Rußland.  
I. p. 1734.  
Oktober.



Ausländer ausgestellten Pässe, zum Zweck der Durchreise durch die Preussischen Staaten nach Rußland und dem Königreiche Polen für genügend anzusehen, ohne daß es des Passes einer andern Behörde bedarf. Dagegen müssen die Pässe dieser Art von den blessestigen Grenzpolizeibehörden vlsirt werden, und es kann, da hier überhaupt nur die Rede von den, von den gedachten Konsuln zur Reise nach Rußland und Polen erteilten Pässen ist, diese Erläuterung des Passedikts vom 22sten Juni d. J. nicht auf Reisen in die Königlich Preussischen Staaten erstreckt werden. Potsdam, den 20sten Oktober 1817.

**No. 281.** Der Herr Finanzminister hat auf eine Anfrage: ob und in wie weit die Gewerbesteuer der Hebammen noch statt finden solle? unterm 19ten v. M. verfügt, daß bis auf weitere Bestimmungen die Hebammen in den Städten von 1000 Seelen und darüber, nach wie vor zur Gewerbesteuer herangezogen werden sollen.

Gewerbesteuer  
der Hebammen.  
2a. 1p. 342.  
Oktober.

Zur Vermeidung etwaiger Mißverständnisse wird dies hiedurch zur Nachricht und Achtung mit dem Befügen bekannt gemacht, daß die Landhebammen in Gemäßheit der allerhöchsten Kabinettsordre vom 16ten Januar d. J., Amtsblatt Nr. 123. Stück 167, von der Entrichtung der Gewerbesteuer befreit bleiben.

Potsdam, den 10ten Oktober 1817.

**No. 282.** Sämmtliche von uns ressortirende Spezialkassen werden mit Bezug auf die schon früher ergangenen Verordnungen hiedurch angewiesen, die bei jedem Monatschlusse verbleibenden Geldbestände prompt zur Reglerungshauptkasse abzuführen, so daß solche spätestens am 12ten des folgenden Monats bei derselben eingegangen sein müssen.

Absführung  
der Kassen-  
bestände.  
2. b. 749.  
Oktober.

Potsdam, den 24sten Oktober 1817.

**Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.**

**No. 46.** Es ist bei den Revisionen der gerichtlichen Registraturen in Hinsicht auf die Verwaltung des Stempelwesens bemerkt worden, daß von den Gerichten bei Exekutionsverhandlungen die nach den §. §. 3 und 4. No. 8. der Instruktion vom 6ten September 1811, imgleichen der Zirkularverordnung vom 23sten November 1812. erforderlichen Stempel entweder gar nicht, oder statt des vorgeschriebenen 8 gGr. Stempels nur 2 gGr. Stempel angewendet worden.

Gebrauch des  
Stempels-  
papiers.

Sämmtliche Untergerichte im Departement des Kammergerichts werden daher hiedurch angewiesen, sich wegen des richtigen Gebrauchs des Stempelpapiers nach der gesetzlichen Vorschrift zu achten. Berlin, den 2ten Oktober 1817.

**No. 47.** Mit Bezug auf die in dem Amtsblatte der Königl. Regierung zu Potsdam Stf. 12. abgedruckte Verordnung vom 6ten Februar d. J. wird den Untergerichten im Departement des Kammergerichts hiedurch bekannt gemacht, daß von den Königl. Ministerien der Justiz und des Innern über die Aufnahme Gemüthsfranker Ehefrauen und unter väterlicher Gewalt stehender Kinder in die Charité, folgende Bestimmungen festgesetzt worden sind:

Aufnahme in  
die Charité.

- 1) wenn die Aufnahme einer, von den eben genannten Personen in die Charité, der Heilung wegen erfolgen soll oder bereits erfolgt ist, so bedarf es keiner Prüfung ihres Gemüthszustandes.
- 2) Soll











# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

---

— No. 45. —

---

Den 7ten November 1817.

---

## Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 15te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

No. 436. Die Verordnung wegen Bekanntmachung und Ausführung der für die Oberpräsidenten, Provinzial-Konsistorien, Provinzial-Medizinalkollegien, und für die Regierungen vollzogenen Dienstinstruktionen.

No. 437. u. s. w. Die Dienstinstruktionen selbst.  
Sämmtlich vom 25ten Oktober 1817.

---

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Der Königl. Regierung wird hierdurch zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht, daß, da nach der Benachrichtigung des Königl. Kriegesministeriums das Wechsels der Garnisonen mit dem Ende des Monats November c. beendigt sein kann, und die Familien der altverheiratheten Soldaten die bestimmten neuen Garnisonen bis dahin erreicht haben können, auch nunmehr die für selbige bisher noch ausnahmsweise bewilligten Servis- und Brotunterstützungen mit dem ersten Dezember dieses Jahres aufhören, und diese Vergünstigung fernerweit nur für diejenigen Soldatenfamilien bleibt, deren Väter sich bei dem Armeekorps in Frankreich und bei den Besatzungen von Mainz und Luxemburg befinden. Berlin, den 10ten Oktober 1817.

No. 283.  
Servis- und  
Brotunter-  
stützung der  
Soldaten-  
familien.  
I. m. 2535  
Oktober,

An Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.  
die Königl. Regierung zu Potsdam.

Nach obigem Reskripte haben die Behörden in Verfolg der Bekanntmachung vom 22sten April c. Amtsblatt Stück 18. Nr. 120. pünktlich zu verfahren.  
Potsdam, den 30sten Oktober 1817.

---



No. 284.

Polizeiliche  
Assistenz der  
Militär-  
wachen.

I. p. 1735.  
Oktob.

In der unterm 22sten April d. J. von des Königs Majestät Allerhöchst Selbst vollzogenen Umarbeitung des 9ten Theils des Reglements für die Infanterie von 1788, sind folgende, die polizeilichen Verhältnisse interessirende Bestimmungen enthalten:

- 1) Die Wachen zur polizeilichen Assistenz sollen dieselbe entweder im Innern der Stadt, oder beim Ein- und Auspassiren aus derselben haben; überall wo nur eine Wache gegeben wird, soll sie zu erstem Zwecke verwandt, und soviel wie möglich, in den Mittelpunkt der Stadt verlegt werden, deren Hauptwache sie ist. Die Thorwachen sollen in offenen Orten nur dann gegeben werden, wo es dringend nöthwendig ist, und die Sicherheitsposten nur vor königlichen Gebäuden oder Kassen und Magazinen, außer den Militärgegenständen; alles Kommunaleigenthum bewache die Kommune. (Tit. IV. Art. 6. der Umarbeitung.)
- 2) Da das Examiniiren der Fremden durch die Thorwachen wegfallen soll; so erhält der Kommandant einen Fremden-Rapport von dem Polizeibureau, welcher, wenn Seine Majestät an dem Orte gegenwärtig sind, mit dem Wachrapport zusammengetragen, von dem Kommandanten unterschrieben, und Allerhöchstenenselben übergeben wird. (Tit. VII. Art. 5.)
- 3) Wenn Polizeioffizianten oder Gendarmen Wache zu ihrer Unterstützung bei Steuerung von Unordnungen oder Arrestirungen requiriren, so muß der Wachhabende die nach Befinden der Umstände nöthige Mannschaften dazu geben, und dieselbe unterrichten, daß sie dazu da sind, diejenigen Personen zu arrestiren, welche die vorgenannten Beamten ihnen anzeigen. Sie bringen diese Arrestirten, wenn es Militärpersonen sind, nach der Wache, wo sie der Kommandirende dem Truppendeputirten zuschickt, von dem sie sind, sobald er sich von ihrem Vergehen, so wie von dem Namen desjenigen, auf dessen Veranlassung sie arrestirt worden sind, unterrichtet hat. Sind die Arrestirten vom Bürgerstande, so bringen sie dieselben nach dem Orte, welchen der Polizeioffiziant u. s. w. angebt. Uebrigens stehen sie indessen durchaus nicht unter den Befehlen dieser letztern, sondern sind nur bloß als eine Hülfsleistung zu betrachten, mischen sich auch durchaus nicht in die vorhandenen Streitigkeiten, wenn dies nicht, um Unglück zu verhüten, unumgänglich nöthwendig ist. (daselbst Art. 10.)
- 4) Bei Ausläufen, Aufzügen, Begräbnissen, Feuer u. s. w. treten die Wachen zu den Gewehren, um gleich auf Ordnung sehen zu können; doch sind dies keine Honneurs. (Tit. X. Art. 8.)

Der



Der Königl. Regierung werden diese Bestimmungen mit der Bemerkung bekannt gemacht, daß sie für die ganze Armee ertheilt worden sind.

Berlin, am 1sten Oktober 1817.

In Abwesenheit des Herrn Polizeiministers Durchlaucht.  
v. K a m p f.

Vorstehendes wird zur Nachachtung bekannt gemacht.

Potsdam, den 22sten Oktober 1817.

Wegen der in dem Rittergute Lichterfelde, Ober-Barnimschen Kreises, unter No. 285, dem Rindvieh entstandenen Lungenseuche ist dieser Ort für Rindvieh und Futter, Lungenseuche ausfuhr gesperrt, und darf bis zu weiterer Anordnung, weder Rindvieh noch Fut- in Lichterfelde. ter durch denselben, oder dessen Feldmark gebracht werden.

Potsdam, den 21sten Oktober 1817.

I. p. 1465.  
Oktober

Da in Eydom, Ober-Barnimschen Kreises, die Lungenseuche grassirt, so wird No. 286. in Gemäßheit des Patents vom 2ten April 1803. §. 141. hierdurch bekannt ge- Lungenseuche macht, daß bis auf weitere Anordnung, weder durch Eydom noch dessen Feld- in Eydom. mark oder Hütung fremdes Vieh und Futter geführt werden darf.

Potsdam, den 24sten Oktober 1817.

I. p. 2255.  
Oktober.

Alle Ortsobrigkeiten werden hierdurch aufgefordert, die gegenwärtige günstige No. 287. Witterung zu Wegebetterungen zu benutzen. Auch wird die Vorschrift des Allge- Wegebetterung. meinen Landrechts Theil II. Tit. 20. §. 771., woselbst es heißt:

wenn jemand die ihm obliegende Unterhaltung öffentlicher Wege, Brük- I. p. 3177. ken u. s. w. vernachlässigt, und die an ihn ergangene Aufforderung fruchtlos Oktober. gewesen ist, so soll die Obrigkeit die nöthigen Reparaturen von Amtswegen veranstalten, die Kosten aber von ihm durch Exekution bestreuen lassen;

hierdurch in Erinnerung gebracht.

Potsdam, den 28sten Oktober 1817.

Da der Grund, die Einwohner des Herzogthums Sachsen Hinsichts der Be- No. 288. treibung ihrer Gewerbe in denjenigen Landestheilen, wo die Gewerbesteuer einge- Gewerbes führt ist, als Ausländer zu betrachten, nunmehr wegfällt, so wird in Gemäßheit betrieb. einer Bestimmung des Herrn Finanz-Ministers vom 26ten v. M. hierdurch be- 2. a. 1405. kannt gemacht, daß die Gewerbetreibenden und Handwerker des Herzogthums Oktober. Sachsen ihre Gewerbe und Professionen auch in den alten Provinzen gegen Lösung eines Gewerbscheins betreiben dürfen.

In dieser Beziehung, so wie wegen Ertheilung der Hausirscheine, kommen die nemlichen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung, denen die übrigen Gewerbetreibenden der alten Provinzen unterworfen sind.

Ulm







# Extra-Blatt

zum

45ten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruhet, die bisher interimistisch von mir verwaltete Landwehr-Inspektion im Regierungsbezirk Potsdam, dem Herrn Obristen v. Ehlke I. mittelst Allerhöchster Kabinettsordre vom 1ten d. zu verleihen, und mich zum Mitgliede der General-Ordenskommission zu ernennen.

Indem ich dies hierdurch besonders auch zur Kenntniß der resp. Behörden, mit denen mich mein hiesiger Verast in dienstliche Verablung setzte, öffentlich bekannt mache, ersiedige ich mich zugleich der Verpflichtung, Ihnen für die vielfach genossenen Beweise, gefälligen Entgegenkommens und Mitwirkens meinen aufrichtigen Dank und die Versicherung zu erneuern, daß mir nach geschעהener förmlichen Uebergabe meines Geschäftes Ihr gutes Andenken der wertheste Begleiter meiner Zukunft sein wird.

Potsdam, den 26ten Oktober 1817.

v. Noke, Obrist.

---

Der nachbezeichnete Hutmachergefele Andreas Ehlinsky aus Krakau, ist wegen Vagabondirens und Bettelns über die Grenze geschafft.

## Personbeschreibung.

Der Ehlinsky ist 38 Jahr alt, kleiner lagerer Statur, hat braune Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, braune Augen, starke Nase, mittlen Mund, längliches Kinn und Gesicht, und eine bleiche, gelbbraune Gesichtsfarbe.

Den 16ten Oktober 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

## Polizei-Bekanntmachung.

Der Tischlergefele Nikolaus Schellhas aus Reichensachsen im Hessischen, 55 Jahr alt, hat angeblich seinen vor 8 Tagen in Magdeburg ausgestellten Paß hier verloren. Zur Verhütung des Mißbrauches wird dies öffentlich bekannt gemacht, und der quæst. Paß für ungültig erklärt.

Potsdam, den 12ten Oktober 1817.

Königl. Polizeidirektor. Blesche.

---

Der



Der von und mittelst Steckbriefs vom 3ten Oktober d. J. verfolgte vormalige Kürassier Georg Koral ist wieder eingebracht worden.

Freyenwalde, den 23ten Oktober 1817.

Königl. Preuß. Land- und Stadgericht.

---

### B e k a n n t m a c h u n g.

Es sind den Kossäten Christian Hübener und Joachim Böhm zu Groß-Schönebeck in der Nacht vom 28sten. bis 29sten September c. nachbeschriebene Pferde von der Weide gestohlen worden:

- a. dem Hübener ein fleischbraunes Wallach Füllen, 2½ Jahr alt; dasselbe hat weiße Hinter-Füße, eine lange schmale Blasse, und ist auf der linken Lende mit einem S. gebrannt;
- b. dem Böhm ein fahlschwarzer Wallach etwa 8 Jahr alt, und 4 Fuß groß, ohne Abzeichen, außer daß er vor Kurzem übergefahren, wovon ihm auf der rechten Seite des Rückens die Haare etwas ausgegangen sind.

Sollten sich diese Pferde irgendwo anfinden, so wird gebeten, solche gegen Erstattung der Kosten an das hiesige Amt zurück zu liefern.

Freyenwalde, den 10ten Oktober 1817.

Königl. Preuß. Kurmärkisches Domänenamt.

---



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 46. —

Den 14ten November 1817.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 16te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

- No. 442. Die Allerhöchste Kabinettsordre wegen der Geschäftsführung bei den Oberbehörden in Berlin.
- No. 443. Die Verordnung über die Einführung einer Generalkontrolle der Finanzen für das gesammte Staats-, Kassen- und Rechnungswesen und für die Staatsbuchhaltung.
- No. 444. Die Verordnung, die Verhältnisse der Bank betreffend.
- Sämmtlich vom 3ten November 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

In Betracht der in Ihrem Verichte vom 29sten v. M. angeführten Umstände habe ich beschlossen, die Bestimmung Meiner Ordre vom 17ten Julius v. J., nach welcher in Hinsicht aller und jeder Stollbeamten die Ertheilung des Heirathskonsenses von der bestimmten Erklärung über die der künftigen Ehegatten bei der allgemeinen Wittwen-Verpflegungsgesellschaft zu versichernde Wittwenpension abhängig gemacht worden, dahin zu modifiziren:

No. 290.  
Heirathskonsens  
seuse für die  
Stollbeamten.  
r. p. 501.  
November.

daß den geringern Stollsoffizianten, namentlich den Akzisebedienten, Gerichts-  
Polizei- und Amtsdienern, den Chauffee, Wärtern und andern dergleichen  
in öffentlichen Stellen stehenden Personen, die nicht über 250 Rthlr. jähr-  
liche Pensienannahme haben, der Konsens zur Verehelichung, auch ohne den  
Beitritt zur Wittwenverpflegungsgesellschaft, gegen einen von den zu Vere-  
helichenden gemeinschaftlich auszustellenden Revers, daß die künftige Witt-  
we auf Pension aus Staatsfonds keine Ansprüche machen will, entfällt wer-  
den soll.

Nach erkläre Ich hieburch zu Verhütung aller Mißdeutung Meiner Allerhöch-  
sten Absicht: daß



daß denjenigen Zivilbeamten, welche bei der Wittwen-Verpflegungsanstalt, entweder weil sie das statutenmäßige Alter von 60 Jahren, bis zu welchem der Betrieb nur statt finden kann, überschritten haben, oder weil sie ihren guten Gesundheitszustand nicht reglementsmäßig nachzuweisen vermögen, nicht aufgenommen werden können, die Einwilligung zur Verheirathung gegen Ausstellung eines Reverses von vorgedachter Art nicht zu versagen ist.

Ich überlasse Ihnen die Bekanntmachung dieser näheren Bestimmungen in Ihren Wirkungskreisen, so wie die Fürsorge für deren Anwendung in den dazu geeigneten Fällen. Sedan, den 3ten September 1817.

An

Friedrich Wilhelm.

das Staatsministerium.

Vorstehende Allerhöchste Kabinetsbestimmung Sr. Königl. Majestät vom 3ten September d. J. wird, der Vorschrift der Hohen Ministerien der Finanzen und des Innern vom 17ten v. M. gemäß, hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Potsdam, den 6ten November 1817.

**No. 291.** Alle Domänen- und Forstämter, die Baubeamten, und alle Unterbehörden und Beamte in unserm Reglerungsdepartement, welche Charten und Vermessungsregister als Inventartenstücke aufbewahren, werden aufgefordert, binnen 4 Wochen ein genaues Verzeichniß darüber bei uns einzureichen. Diesenigen aber, welchen zu einem vorübergehenden Gebrauch Charten und Vermessungsregister aus unserer Registratur mitgetheilt sind, haben solche in gleicher Frist zurückzureichen, oder die Ursachen anzuzeigen, weshalb solches jetzt noch nicht geschehen kann.

Potsdam, den 6ten November 1817.

**No. 292.** Der Durchschnittspreis von dem im Monat Oktober d. J. auf dem Markte zu Berlin verkauften Getreide und Rauchfutter hat im  $\frac{1}{3}$  Theil betragen:

Getreide- und  
Futragepreise  
pro Monat  
Oktober 1817  
I. m. 511.  
November.

1) für den Scheffel Weizen	3	Thaler	15	Gr.	10	Pf.
2) — — — Roggen	2	—	18	—	2	—
3) — — — große Gerste	2	—	5	—	6	—
4) — — — kleine Gerste	1	—	22	—	9	—
5) — — — Hafer	1	—	13	—	6	—
6) — — Zentner Heu	1	—	2	—	—	—
7) — das Schock Erbsen	10	—	5	—	5	—

Die Tonne Weißbier kostete im Monat October 7 Thaler — Gr. — Pf.

„ „ Braunbier „ „ „ 6 — — — —

das Quart doppelten Kornbranntweins „ „ — 8 — —

„ „ auch „ „ — 7 — 6 $\frac{1}{2}$  —

„ „ einfachen Kornbranntweins „ „ — 5 — 1 $\frac{1}{2}$  —

„ „ auch „ „ — 4 — 6 $\frac{1}{2}$  —

der Zentner Hopfen „ „ „ 26 — 12 — —

Potsdam, den 7ten November 1817.

Der



Der Herr Finanzminister hat mittelst Verfügung vom 7ten Oktober dieses Jahres festgesetzt: No. 293.

daß bei Verhandlungen der Handwerker, die sich nicht bloß auf das Stempel bei  
S e m e i n w o h l beziehen, z. B. bei Aufnahme oder Losgabe eines Lehr- Handwerks,  
burschen, oder Erlangung des Meisterrechts in Gegenwart eines Magistrats- angelegens  
mitgliedes, der resp. acht oder zwei Groschen Stempel in Anwendung ge- heiten.  
bracht werden soll. 2. a. 1037.  
Oktober.

Diese Bestimmung wird den Unterbehörden zur Nachsicht und Achtung bekannt gemacht. Potsdam, den 27ten Oktober 1817.

Durch das Publikandum vom 26sten Juli 1779 sind die Forstämter ange- No. 294.  
wiesen worden, die monatlichen Forstkassen, Extrakte den 26sten jeden Monats Einsendung  
abzuschließen, und sofort bei Vermeldung einer Strafe von Einem Thaler an den der Forstaf-  
ihnen vorgesetzten Forstmeister, (Oberförster) zu befördern, damit selbige von letzterm sen Extrakte,  
beim Ablauf eines jeden Monats uns überreicht werden können; auch soll bei Ver- 2. b. 569.  
meldung einer Strafe von acht Groschen, am Schlusse eines jeden Extraktes eine September.  
Berechnung der Einnahme und Ausgabe angelegt, und darin speziell nachgewiesen  
werden, wieviel zur Bestreitung der nach dem approbirten Forstetat feststehenden  
monatlichen Ausgaben erforderlich ist, und welche Summe an Ueberschuß verbleibt,  
der sodann, wenn derselbe nach Abzug der etatsmäßigen Ausgaben 50 Thaler und  
darüber beträgt, bei Absendung des Extraktes, an die Regierungskasse eingesandt  
werden soll.

Da diese Vorschrift selber nicht überall und in allen Stücken gehörig befolgt worden ist, und sich insbesondere mehrere Forstämter in Einsendung der nach den monatlichen Kasseneutrakten verbleibenden Ueberschüsse säumig bewiesen haben, so wird bis dahin, daß durch die bevorstehende neue Forstorganisation dieserhalb etwas anders festgesetzt werden wird, solche hierdurch mit der Warnung in Erinnerung gebracht, daß bei fernerer Unterlassung der Befolgung derselben, die geordnete Strafe ohne weitere Rücksicht festgesetzt und der nicht prompt abgeführte monatliche Ueberschuß durch Exekution eingezogen werden wird.

Die aus dem vorlehten Monat etwa zurückbehaltenen, die Summe von 50 Thlr. nicht erreichenden Bestände, müssen, zur Erleichterung der Uebersicht und Kontrolle, unter jedem Extrakte besonders bemerkt, und nicht mit dem nach dem Extrakte des letzten Monats verbleibenden reinen Ueberschuß, wie mitunter geschiedet, in einer Summe aufgeführt werden. Potsdam, den 31sten Oktober 1817.

#### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.

Sämmtliche Untergerichte im Departement des Kammergerichts werden hier- No. 49.  
durch aufgefordert, die Kosten des Drucks des achten Verzeichnisses der bei ihnen Ediktalver-  
im Monat Mai und Junius d. J. erlassenen Ediktal, Vorladungen an die Kammer, ladungen,















# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

### No. 47.

Den 21sten November 1817.

#### Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 17te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

- No. 446. Die Allerhöchste Declaration vom 16ten September 1817, betreffend die Freizügigkeit, Uebereinkunft zwischen Preußen und Frankreich.
- No. 447. Die Allerhöchste Kabinetsordre vom 25ten September 1817, betreffend daß gewisse Vergehungen auch den Verlust der zweiten Kriegs-Denkmünze nach sich ziehen sollen.
- No. 447. Die Erklärung wegen Ausdehnung der seit 1811 zwischen der Königl. Preussischen und Herzogl. Anhalt. Köthenschen Regierung bestehenden Freizügigkeit, Uebereinkunft auf sämmtliche Königl. Preussische und Herzogl. Anhalt. Köthensche Lande. Vom 28ten September 1817.
- No. 448. Die Allerhöchste Kabinetsordre vom 11ten Oktober 1817, betreffend die Bestrafung der in Lazarethdiensten sich der Uatreue schuldig machenden Militärpersonen.
- No. 449. Die Allerhöchste Kabinetsordre vom 18ten Oktober 1817, betreffend die Verpflichtung der beurlaubten Landwehroffiziere, während der Uebungen Dienste zu leisten.
- No. 450. Die Bekanntmachung, in Hinsicht der Konvention zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und dem Herrn Großherzog von Mecklenburg-Schwerin Königl. Hoheit, wegen wechselseitiger Anhaltung und Auslieferung der Vagabunden. Vom 28sten Oktober 1817.

#### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Wenn nach den Edikten vom 9ten Oktober 1807 und 14ten September 1811 Theile eines Grundstücks veräußert werden, so kommt es auf Vertheilung der Reallasten an. Bei dieser Vertheilung muß jeder Berechtigte zugezogen werden, also in der Regel:

X 1

1) der

No. 295.  
Abteilung der  
Grundstücke  
und d. r. dars  
auf ruhenden  
Lasten.  
2b. 1p. 1908  
Oktober.



- 1) der Landrath des Kreises wegen der zu vertheilenden landesherrlichen und Kreis-Reallasten;
- 2) die Ortsobrigkeit, (mithin auch das betreffende Domänenamt) wegen ihrer Grundhebungen und Leistungen;
- 3) der Patron, Kirchenvorstand, Pfarrer, Küster und Schullehrer, nicht allein wegen der Hebungen an Zehnten als Grundgerechtigkeiten, (conf. Allg. Landrecht I. 22. §. 247) Meßforn u. s. w., sondern auch wegen der Vertheilung der Beiträge und Leistungen zu Bauten und Reparaturen der Kirchen, Pfarr-, Küster- und Schulgebäude;
- 4) die Kommune, wegen der Leistungen und Beiträge zu Delsch, Gräben, Wege, Brückenbauten, B. hufs der Bestimmung des Beitragsverhältnisses;
- 5) die Delsch- und Schaukommissionen, wegen Vertheilung der Beiträge und Leistungen zu Delsch- und Uferbauten u. s. w.

Zu 1. Welche Lasten als Kreis-Reallasten anzusehen sind, ist nach der Verfassung eines jeden Kreises zu beurtheilen. In der Regel gehören dahin Kontributions-, Kavalleriegeleld u. s. w. (Wer sich hierüber belehren will, findet Aufschluß in Wöbners Steuerverfassung des platten Landes der Kurmark Brandenburg. Berlin 1804.) Ueber die Vertheilung des Schosses muß sich die Landschaft als Hebungsbeförderung erklären. Landarmengeld ist keine reine Realabgabe, sondern wird nur mit Rücksicht auf Grundbesitz erhoben. Es folgt daraus, daß es dem Verkäufer und Käufer freisteht, sich bis zur anderweitigen Landarmengelder-Anlage beliebig wegen des bisher von der ganzen Besitzung gezahlten Betrages zu vereinigen; bei der neuen Landarmengelder-Anlage wird sowohl der Verkäufer als Käufer besonders angezogen nach den Grundsätzen des Landarmen-Reglements. Die Vorspannlast ruht auf dem Zugviehstande, und kommt daher nicht in Betracht, so wenig als das Feuerkassengeld, welches nur von dem Besitzer der Gebäude erhoben wird. Dagegen sind Verabredungen nöthig, wie nach erfolgter Theilung des Grundstücks die Kreishülften, an Brandhülfsfußren, Dachschöwe, Remissionen u. s. w. empfangen und geleistet werden sollen.

Bei der Vertheilung der Lasten ist der Gesichtspunkt festzuhalten, daß von den vereinigten Grundstücken zusammengekommen, nach wie vor diejenigen Grundlasten getragen werden, welche das Grundstück vor erfolgter Theilung zu tragen hatte, und daß kein einzelner abgetrennter, oder der verbliebene Theil des Hauptguts unverhältnißmäßig belastet werde.

Bei dieser verhältnißmäßigen Vertheilung braucht nicht mit zu großer Angstlichkeit das Verhältniß des abgetrennten Theils zu dem verbliebenen Theile ausgemittelt zu werden, welches, wenn hierbei mit der größten Genauigkeit verfahren werden sollte, ohne Vermessung, Konstruktion und Veranschlagung nicht zu erreichen sein, und dadurch der wohlthätigen Absicht des Gesetzgebers, den freien Gebrauch des Grundeigentums zu befördern, entgegengekehrt werden würde.

Wenn



Wenn also einige Morgen Landes von einem Bauer, oder Kossäthengute veräußert werden, so werden die Interessenten theils selbst wissen, der wie vielste Theil des Ganzen die veräußerte Morgenzahl beträgt, theils wird sich nach Rücksprache mit der Ortsobrigkeit leicht beurtheilen lassen, der wie vielste Theil des ganzen Guts nach seinem Ertrage jene Morgenzahl beträgt, ohne erst das ganze Gut und den zu veräußernden Theil zu vermessen und zu konstatiren. Die Interessenten werden in der Regel mit einer solchen Beurtheilung Bewußt der Lastenvertheilung einverstanden sein, weil nähere Ausmittelungen in der Regel nur mit ganz unverhältnißmäßigen Vermessungskosten verknüpft sein würden. Ueberhaupt sind Vermessungen, bei dem großen Mangel an Feldmessern gegen die zu vermessenden Gegenstände wichtigerer Art, als: Dienstaushebungen, Gemeinheitsvertheilungen, hierbei möglichst zu vermeiden. Bruchpfennige sind bei der Abgabevertheilung selbst, und bei der nach dem Edikt vom 14ten September 1811 mit 4 Prozent hinzuzuführenden Rendanturkosten wegzulassen. Diese Erhöhung von 4 Prozent soll eine Vergütung der größeren Mühsalung dafür sein, daß die Hebungsbeförderung, statt der Erhebung der Abgaben von einem Grundbesitzer, nach erfolgter Theilung solche in einzelnen Theilen von mehreren Grundbesitzern erheben muß. Diese 4 Prozent müssen daher von den abgezweigten Abgaben des Käufers berechnet werden. Betragen die Rendanturgebühren noch nicht einen Pfennig, so wird zur Vermeidung des Bruchs ein voller Pfennig angenommen. Verabredungen der Interessenten, daß ein oder der andere Theil eines Grundstücks gar keine Lasten tragen soll, können nur als Privatabkommen bestehen, welche die Behörden nicht genehmigen können, und die sich, so lange die Abgabevertheilung nicht bewirkt, und von ihnen genehmigt ist, für das Ganze der Abgaben an jeden einzelnen Theil des Grundstücks halten.

Die Repartition der landesherrlichen und Kreis-Neallasten wird entweder von dem Landrathe selbst angelegt, oder doch von demselben geprüft, und von der Regierung genehmigt.

Zu 2., bleibt es den Interessenten überlassen, wie sie sich wegen Vertheilung der grundherrlichen Abgaben und Leistungen, unter Zustimmung des Grundherrn einigen. Die Domänenämter müssen aber die Genehmigung der Regierung über die Vertheilung vorbehalten. Besitzt ein Bauer, Kossäthe u. s. w. Grundstücke verschiedener Qualität, (eigenthümliche, Erbpachtsstücke, Zinsländerlein, Leihinswiesen u. s. w.) so müssen die auf jeder einzelnen Besizung ruhenden besondern Lasten verschiedener Art auch bei der theilweisen Veräußerung abgesondert, vertheilt, und nicht miteinander vermengt werden, so daß es zweckmäßiger ist, wenn die Kohrenten über die Theilung einer jeden Art des Grundbesitzes besondere Verträge abschließen, und bei jedem einzelnen Vertrage das Nöthige wegen Vertheilung der Lasten verabreden.

Wegen der Holzgerechtsame und Waldbeweise ist Art. 96. der Deklaration vom 29sten Mai 1816 (pag. 176. der Gesetzsammlung) zu beachten, nach welchem die Holzgerechtsame auf der grundherrlichen Forst bei dem alten Hofe verbleibt, und der































# Extra-Blatt

zum

47sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Nachbenannte, von der Paralkolonne Nr. 48. (ehemals 2.) entlassene Train-Soldaten, als:

1) Christian Dolchau, angeblich aus Darenthin gebürtig,

2) Christoph Verschte , , , Zalschow , ,

3) Erdmann Schwabe , , , Gölten , ,

beaglichen

4) der von der Paralkolonne Nr. 14. entlassene, angeblich aus Selbeld gebürtige Train-Soldat Friedrich Görde,

werden, da deren Aufenthaltsorte nicht auszumitteln sind; hierdurch aufgefordert, sich zum Empfang der für sie bestimmten Zivildenk Münzen nebst Band und Befugnißscheinen, bei dem betreffenden Kreislandrathe zu melden, welchen wir demnächst auf dessen zu gewärtigende Anzeig die Denkmünzen nebst Zubehör zur Ausantwortung übersenden werden. Den 5ten November 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

A u f r u f.

Von der unterzeichneten, zur Regulirung des Danziger Schuldenwesens niedergesetzten Kommission werden, mit Ausschluß der Inhaber von Stadtoobligationen, alle diejenigen, welche an die Stadt Danzig aus irgend einem Rechtsgrunde eine Forderung, und zwar aus derselben Periode zu haben vermögen, während welcher die Stadt Danzig, abgetrennt vom Preussischen Staatskörper seit dem Frieden zu Tilsit, einen freien Staat bildete, hienit aufgefordert, in terminis den 10ten Februar a. f. und die folgenden Tage bis zum Ausgange des Februar a. f., mit Ausschluß der Sonntage, auf dem hiesigen Rathhause, Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr, bei dem Herrn Assessor Mat oder Herrn Kalkulator Weßel ihre Forderungen anzumelden, den Grund derselben anzugeben, und die darüber in Händen habende Dokumente, entweder in der Ur- oder beglaubten Abschrift zu produziren.

Die unterlassene Anmeldung in den angesetzten Terminen hat zur Folge, daß auf später angebrachte Forderungen bei der gegenwärtigen Regulirung des Danziger Schuldenwesens keine Rücksicht genommen werden kann. Den Anforderern, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die hiesigen Herren Justizkommissarien Skerell, Fels und Stahl als Mandatarien in Vorschlag gebracht.

Danzig, den 3ten November 1817.

Königl. Preuss. zur Regulirung des Danziger Schuldenwesens  
niedergesetzte Kommission.

---



### B e k a n n t m a c h u n g e n .

Der vor einiger Zeit mit Steckbriefen verfolgte Schornsteinfegerlehrling Böde, welcher aus dem Gefängnisse des unterzeichneten Königl. Stadtgerichts entsprungen war, ist zu Magdeburg арrestirt worden, welches mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 7ten Oktober c. angezeigt wird.

Potsdam, den 29sten Oktober 1817.

Königl. Stadtgericht hiesiger Residenz.

Der Weg über die sogenannte faule Brücke vor hiesiger Stadt, auf dem Wege von hier über Mellen und Kummerdorf nach Luckenwalde, wird Behufs einer Haupt-Instandsetzung dieser Brücke, von jetzt ab bis gegen Ende des laufenden Jahres gesperrt sein. Die Reisenden aus jener Gegend hierher und von hier dorthin, werden daher den Weg über die Dörfer Dergischow und Nächst — Neuenborn zu nehmen haben.

Jossen, den 8ten November 1817.

Königl. Domänen, Rent- und Pöligelamt Jossen.

### A n z e i g e .

Am 1sten d. M. sind von der Welbe zu Golsm in der Uckermark

- 1) ein schwarzbraunes Stiefsohlen, 3 Jahr alt, ohne Abzeichen,
- 2) ein Stiefsohlen, Hellfuchs mit Blasse, weißen Kammbaaren und weissem Schwanz, ebenfalls 3 Jahr alt,

vermisst worden. Wer von diesen Sohlen Nachricht erhält, wird ersucht, solche dem unterzeichneten Gerichtshalter mitzutheilen.

Prenzlau, den 8ten November 1817.

Busch.

### A v e r t i s s e m e n t s .

Dem Wierhufner Mahnkopf in unserm Kämmerdörf Staaken ist am 30sten Oktober d. J. eine schwarze Stute von der Welbe entlaufen, oder gestohlen worden. Sie hat keine besondere Abzeichen, als unterm linken Auge einen weissen Fleck, etwa von der Größe eines 6 Pf. Stücks, ist 7 Jahr alt, 4 Fuß 6 Zoll groß und kräftig. Sollte dieses Pferd irgendwo aufgefunden, oder als verdächtig angesehen werden, so bitten wir, selbiges gegen Erstattung der Kosten an uns abzuliefern.

Spannow, den 8ten November 1817.

D e r M a g i s t r a t .

Dem Pächter Heilmann zu Kerkow ist am 27sten Oktober d. J., bei der Zurückkunft vom Verleberger Viehmarkt, zwischen Pönitz und Wehlitz, 1½ Meile von Verleberg, eine schwarze zweijährige Stierkuh mit weissem Kopf, und auf der linken Hüfte mit K. und H. angeschrieben, entlaufen. Wer davon Nachricht zu geben weiß, wird gegen Erstattung der Kosten den v. Arnstädtschen Gerichten zu Löwenberg bei Erremmen davon Anzeige zu machen ersucht.

Erremmen, am 11ten November 1817.

D e l, Justizrat.



# Amts-Blatt

der

## Königlichen Regierung zu Potsdam.

### No. 48.

Den 28ten November 1817.

#### Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Nach den Bekanntmachungen vom 24ten November 1815. (Amtsblatt 1815, Seite 338.) und 29ten Dezember v. J. (diesjähriges Amtsblatt Seite 7.) kann zwar vorausgesetzt werden, daß die darin, wegen Abführung und Berechnung der landesherrlichen Einnahmen und aus landesherrlichen Kassen zu leistenden Ausgaben, enthaltenen Bestimmungen hinreichend bekannt sind; zu mehrerer Sicherheit werden dieselben jedoch hierdurch nochmals und unter der Verwarnung wiederholt, daß die darin festgesetzten Ordnungsstrafen gegen diejenigen Behörden, welche gegen diese Vorschriften fehlen, ohne Weiteres werden in Anwendung gebracht werden.

No. 304.  
Jahres-  
Kassenschluß.  
2. b. 1330.  
November.

Es müssen demnach

- 1) sämmtliche für das laufende Jahr zu entrichtende Abgaben, Steuern oder sonstige Zahlungen mit Ende desselben berichtigt sein. Die Hebungsbehörden sind dafür verantwortlich.
- 2) Die bis Ende Dezember d. J. fälligen Gehälter, Diäten, Pensionen, Wartegelder und andere auf landesherrliche Kassen angewiesene Gelder müssen spätestens bis zum 25ten Dezember d. J. erhoben werden. Sämmtliche und untergeordnete Behörden und Kassen haben dahin zu wirken, daß dies geschieht; auch wird hierdurch die Verfügung vom 19ten Oktober 1815. (Amtsblatt 1815 Nr. 372.) in Erinnerung gebracht, nach welcher die Empfänger von Pensionen und Wartegeldern eine auf gesetzlichem Stempel auszustellende Generalquittung beibringen müssen, und werden die Spezialkassen und Akziseämter noch besonders zur Befolgung der obgedachten Vorschrift angewiesen.

Die Empfänger von Pensionen und Wartegeldern haben es sich selbst zuzuschreiben, daß, wenn sie mit deren Hebung zögern, oder keine gehörige Quittungen beibringen, die Zahlung bis nach dem Jahreschlusse Anstand findet.

X 1

3) Alle



- 3) Alle Spezialkassen und Domainenämter müssen ihre Ueberschüsse und Pachte-  
gefälle für das laufende Jahr spätestens bis zum 12ten Januar künftigen  
Jahres abgeliefert, und sich bis dahin mit der Reglerungskasse wegen der für  
dieselbe geleisteten Zahlungen vollständig berechnet haben.
- 4) Sämmtliche bei uns einzusendende Rechnungen für das Jahr 1817. müssen  
spätestens bis zum 28sten Februar künftigen Jahres hier eingegangen sein.

Potsdam, den 20sten November 1817.

No. 305.  
Pensions-  
Antragungen.  
2. b. 1182.  
November.

Es werden hierdurch die Verfügungen vom 3ten September und 19ten Okto-  
ber 1815 (Amtsblatt 1815 Nr. 320. und 373.) mit der darin geschehenen Ver-  
warnung in Erinnerung gebracht, nach welcher die Anträge über Pensionen und  
Wartegelber die gehörig bescheinigte Angabe des Alters des Empfängers enthalten  
müssen. Diese Angabe ist besonders bei denjenigen Pensionen notwendig, welche  
nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt und zu einem gewissen Zwecke, z. B. zur Er-  
ziehung von Kindern etc. bewilligt sind, wo deren Alter besonders bemerkt werden muß.

Zugleich werden die mit Auszahlung von Pensionen und Wartegeldern beauf-  
tragten Behörden und Kassen angewiesen, sobald solche von dem Absterben eines  
Pensionairs, welcher durch dieselben bisher seine Pension oder Wartegeld erhalten  
hat, Kenntniß erhalten, sich den gewöhnlichen Todenschein zu verschaffen und un-  
mittelbar bei der Reglerungskasse einzureichen.

Potsdam, den 21sten November 1817.

No. 306.  
General-  
Instruktion  
für die Ver-  
waltung der  
Passpolizei.  
I. p. 2067.  
September.

Die in der Beilage befindliche General-Instruktion für die Verwaltung der Passpoli-  
zei, welcher wir zur Erleichterung des Gebrauchs, das bereits durch die Gesamm-  
lung publizierte Passbuku vom 22sten Juni d. J. haben vordrucken lassen, wird den Poli-  
zeibehörden unsers Departements zur Befolgung hierdurch bekannt gemacht. Zugleich  
weisen wir sie in Gemäßheit der von dem Königl. Polizeiministerio erlassenen Bestim-  
mungen mit Bezug auf §. 1. der vorstehenden Instruktion hiermit an, sich der alten  
Formulare noch auf so lange zu bedienen, als die Akziseämter damit versehen sein  
werden, darin jedoch in den Fällen einer vorhandenen Visaverbindlichkeit das Wort:  
„übernachtet“ zu durchstreichen, und dagegen zu setzen: „länger als 24 Stunden  
verweilt.“

Im Allgemeinen haben die Polizeibehörden nicht außer Acht zu lassen, daß diese  
Passinstruktion das Verfahren gegen unverdächtige Reisende von dem gegen Ver-  
dächtige wesentlich unterscheidet, daß die meisten der aufgestellten Vorsichtsmaaßre-  
geln nur gegen verdächtige Personen Anwendung finden, Unverdächtige dagegen so  
wenig als möglich zu belästigen sind, wie dies §. 45. der Instruktion und an vielen  
Stellen derselben ausdrücklich und speziell ausgesprochen ist. Insbesondere ist nicht  
zu übersehen, daß es nach §. 4. dieser Instruktion für legitime und unverdächtige  
Personen keiner vollständigen Signalements in den Pässen bedarf, vielmehr die  
Passformulare V. und VI. hinreichend, oder, so lange dergleichen noch nicht vordan-  
den,



den, die für das Signalement bestimmten Stellen zu durchstreichen sind, wie denn auch in solchen Fällen die in dem Paß- und Visajournal befindlichen Kolonnen, die sich auf dies Signalement beziehen, unausgefüllt bleiben.

Ferner wird noch zu §. 48. dieser Instruktion bemerkt, daß nur die Magistrate der in unserer Bekanntmachung vom heutigen Dato benannten, mit dem Auslande gränzenden Städte, nicht aber die übrigen, mit der Ertheilung von Ein- und Ausgangspässen beauftragten Behörden das Duplikat ihres Paß- und Visajournals, wöchentlich an das Königl. Polizeiministerium einzusenden haben, und daß jene Grenzbehörden von der Einsendung der im §. 48. der Instruktion vorgeschriebenen Duplikate an uns hiermit dispensirt werden.

Endlich haben die Königl. Ministerien der Finanzen und der Polizei, mit Bezug auf §. 19. des Paßedikts vom 22sten Juni d. J. festgesetzt, daß in Pasaangelegenheiten, wo etwa die nähere Ausführung der obwaltenden Umstände durch einen Bericht und die besondere Entscheidung der vorgesetzten Behörde darauf erforderlich wird, so wie überhaupt bei allen, der eigentlichen Pasausfertigung vorausgehenden Verhandlungen, die Stempelfreiheit künftig allgemein Anwendung finden soll.

Potsdam, den 29sten Oktober 1817.

In Gemäßheit des §. 13. der neuen Paßinstruktion haben wir, in Rücksicht der Lage unsers Departements, die Landräthe der Ost- und West-Prignitz, des Ruppinischen, Templinischen, Prenzlowschen und Zauch-Belzigischen Kreises, den hiesigen Polizeidirektor, ingleichen die Magistrate zu Lenzen, Perleberg, Wittstock, Havelberg, Lindow, Gransee, Jördenitz, Prenzlau, Belzig und Treuenbrietzen zur weiteren Ausfertigung von uns vollzogener Eingangspass, Blanquets ermächtigt, und dagegen die den Polizeibehörden in Buchholz, Luckenwalde und Dahme früher dazu ertheilte Befugniß aufgehoben.

No. 307.  
Ein- und  
Ausgangs-  
pässe.  
I. p. 3136.  
August.

Den Polizeibehörden unsers Departements wird dies mit der Anweisung bekannt gemacht, diejenigen, welche Eingangspässe bedürfen, desfalls an die nächste, durch diese Verfügung autorisirte Behörde zu weisen.

Zugleich dient dem Publikum zur Nachricht, daß nicht nur sämmtliche vorgedachte, zur Ausfüllung der Eingangspässe ermächtigte Behörden, sondern außerdem noch sämmtliche übrigen Landräthe zur weiteren Ausfertigung von uns vollzogener Ausgangspass, Blanquets autorisirt worden.

Diesenigen, welche Ausgangspässe nach dem Auslande bedürfen, haben sich an diese Behörden zu wenden. Wird jedoch der Paß nach Rußland, England, Frankreich oder Baiern von Personen höhern Standes verlangt, so haben sie sich desfalls an das Königl. Polizeiministerium zu wenden, welches zugleich für die Visirung der Pässe von den resp. Gesandtschaften sorgen wird.

Potsdam, den 29sten Oktober 1817.



No. 308.  
Verhältniß  
der Paßpoli-  
zei zur Post.  
1. p. 3040.  
Oktober.

Der Anweisung des Königl. Polizeiministerii zufolge werden folgende Bestimmungen, die Paßpolizei betreffend, hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

- 1) daß das Reisen mit Königl. Journalisten dem mit der ordentlichen Post, in paßpolizeilicher Beziehung, völlig gleich zu achten;
- 2) daß die Legitimations-Karten, auch in Beziehung auf Postreisen innerhalb Landes, die Stelle förmlicher Reisepässe vertreten;
- 3) daß die den Postämtern als unverdächtig bekannten Inländer, desgleichen die mit gültigen Aufenthaltspässen versehenen Ausländer, zu Reisen innerhalb Landes auf ordentlichen Posten, keiner besondern Pässe bedürfen, mithin es hierunter auch für Reisen auf der ordentlichen Post bei dem §. 12. des Paßedikts vom 22sten Junius c. verbleibt;
- 4) daß, um Reisende so wenig wie möglich aufzuhalten, die Grenzpostämter die aus dem Auslande mit der ordentlichen, oder mit der Extrapost, in die Königl. Staaten eingehenden Reisenden, wenn gedachte Posten in der Nacht ankommen, zwar ohne die Visa der Polizeibehörden weiter befördern, jedoch anweisen sollen, den Eingangepaß auf der nächst folgenden inländischen Station visiren zu lassen, und endlich
- 5) daß Reisenden in das Ausland in denjenigen Fällen, in welchen die Grenzstation in der Nacht berührt wird, nachzulassen ist, sich die Visa ihrer Pässe bei der zunächst vorherliegenden Polizeibehörde zu bewirken.

Potsdam, den 5ten November 1817.

No. 309.  
Evangelische  
Kirchenkolle-  
kte.  
1. c. 3218.  
Oktober.

Das Königl. Ministerium des Innern hat sich auf den Antrag der vereinigten evangelischen Gemeinde zu Bonn bewogen gefunden, zum Ausbau und zur innern Einrichtung der dortigen evangelischen Kirche, in allen Provinzen und evangelischen Gemeinden der Monarchie eine allgemeine Kirchenkollekte zu bewilligen.

Mit Bezug auf die Seite 172, 173, 246 und 247 des vorjährigen Amtsblatts befindlichen Verfügungen vom 20sten April und 9ten Juli v. J. werden die Herren Superintendenten und Prediger aufgefordert, die Kirchenkollekte zu veranlassen, und den Betrag an die hiesige Kommunal- und Insitutenkasse mittelst vollständigen Kleferzettels, unter der Rubrik: Herrschaftliche Kirchen-Kollektengelder, einzusenden.

Potsdam, den 5ten November 1817.

No. 310:  
Gesindeord-  
nung.  
1. p. 597.  
September.

Da die Gesindeordnung vom 8ten November 1810 (Seite 101 der Gesetzsammlung) die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechtes Thell II. Titel 5. §. 1. bis 176. abändert, mi. u. nach dem Patent wegen Einführung des Allgemeinen Landrechtes in die mit den Preussischen Staaten vereinigten ehemals Sächsischen Provinzen und Distrikte vom 15ten November 1816 (Seite 233 der Gesetzsammlung) §. 1. verbindende Kraft hat, so werden die Behörden und Einwohner der zum Potsdamschen Reglerungsbezirk gehörigen Theile des Herzogthums Sachsen auf die Vorschriften der gedachten Gesindeordnung und deren deklaratorische Bestimmungen vom



vom 19ten Mai 1812 (Nr. 249. Seite 202. des Amtsblatts vom Jahre 1812) 18ten April 1816 (Nr. 139. Seite 154.) 21sten August 1816, (Nr. 275. Seite 288 des Amtsblatts vom Jahre 1816) hierdurch aufmerksam gemacht.

Potsdam, den 13ten November 1817.

Nach der von dem Landesherren bis zur künftigen Publikation des Kurmärkischen Provinzialgesetzbuchs bestätigten Observanz, steht in Absicht der Verbindlichkeit zur Wegebesserung in der Kurmark im Allgemeinen so viel fest, daß jeder Ort Wege und Brücken auf seiner Feldmark unterhalten muß, und daß Obrigkeiten und Einsassen zur Wegeunterhaltung verpflichtet sind. (Edict über die Verbindlichkeit der Unterthanen in der Kurmark in Ansehung des Chausseebaues vom 18ten April 1792, Edictensammlung IX. No. 36. Seite 933 — 936.) Es folgt hieraus, daß sich die Herren Landräthe wegen Instandsetzung öffentlicher Wege und Brücken nicht allein in dem Falle ausschließlich, entweder an die Obrigkeit (als Grundbesitzerin) oder an die Einsassen halten können, wenn ihnen mit Zuverlässigkeit bekannt ist, daß entweder die betreffende Obrigkeit, oder die betreffenden Einsassen zur Instandsetzung und Unterhaltung eines gewissen Weges oder einer Brücke rechtlich verpflichtet sind. Wenn über diese Verbindlichkeit irgend ein Zweifel obwaltet, so müssen sich die Herren Landräthe als Kreis-Polizeibehörden, wegen der Herstellung und Unterhaltung der Wege und Brücken nur an die ihnen untergeordnete Obrigkeiten als Ortspolizeibehörden halten. Dem letztern muß bekannt sein, ob sie selbst ganz oder zum Theil allein als Grundbesitzer, oder ob die Ortseinsassen ohne Konkurrenz der Obrigkeit die Wegebesserung beschaffen müssen. Ist die Verbindlichkeit zur Unterhaltung eines Weges oder einer Brücke zwischen Obrigkeiten und Einsassen, oder zwischen einzelnen Einsassen unter sich streitig, so steht die Entscheidung zwar nicht den Polizeibehörden, sondern den Gerichtsbehörden zu, und die betreffenden Interessenten sind mit dergleichen Privatrechtsstreitigkeiten zum Rechtszuge zu verweisen. Die Herren Landräthe haben aber in jedem einzelnen Falle zu beurtheilen, ob der Wege- oder Brückenbau bis zur rechtlichen Entscheidung ohne Nachtheil ausgesetzt werden kann oder nicht, letztern Falls mit Zugleichung beider Theile ein Interimistatutum zu reguliren, und die Verhandlungen mittelst gutachtlichen Berichts und einzureichen, worauf wir sodann bestimmen werden, ob und in welchem Verhältnisse, mit Vorbehalt der Rechte beider Theile, mit dem betreffenden Wege- und Brückenbau vorgeschritten werden soll. (Reglement vom 19ten Junius 1749. §. 30. Art. IV. No. 66. Seite 170, Instruktion der Geschäftsführung der Regierungen vom 23ten Oktober 1817, Seite 248 der Gesetzsammlung.)

No. 311.  
Verfahren in  
Wegebesser-  
ungssachen.  
r. p. 2489.  
November.

In Absicht der zum künftigen Regierungsbezirk gehörigen Theile des Herzogthums Sachsen verbleibt es einstweilen bei der dort bestehenden Verfassung.

Potsdam, den 18ten November 1817.







# Extra-Blatt

zum

48sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

Aus dem Landarmenhause zu Brandenburg sind im Monat September d. J. nachbenannte und bezeichnete Personen mit Pässen nach ihrer Helmsch ins Ausland entlassen worden:

- 1) Xaver Wohlwendt, ein invalider Soldat aus Walze bei Ulm, 49 Jahr alt, katholischer Religion, 5 Fuß 11 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, runzliche Stirn, braune Augenbraunen, lange Nase, einen großen Mund, braunen Bart, ein schiefes Kinn, langes Gesicht und eine gesunde Gesichtsfarbe;
- 2) Johann Nikolaus Jakob Schamberger, ein Weber, aus Bepfen im Schwarzburgischen, 33 Jahr alt, lutherischer Religion, 5 Fuß groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spitze Nase, blonden Bart, ein ovales Kinn, längliches Gesicht, eine gesunde Gesichtsfarbe, und ist besonders an seinen blöden Augen erkennbar.

Den 28sten Oktober 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---

Nachstehend bezeichnete Wagaubonden sind über die Grenze gebracht worden:

S i g n a l e m e n t.

- 1) Johann Christian Ertele, Schumacher aus Schleiz, 26 Jahr alt, 4 Fuß 11 Zoll groß, hat blondes Haar, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, braune Augen, stumpfe Nase, kleinen Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe.
- 2) Heinrich Ohelm, Drechsler, aus Bistrau in Böhmen, 31 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat schwarzes Haar, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, etwas dicke Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe.
- 3) Johann Gottfried Ludwig Leersch, Barbier, aus Parchim, 22 Jahr alt, 5 Fuß 4 Zoll groß, hat blondes Haar, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, längliche Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe.
- 4) Jakob Zäncke, Barbier, aus Zerbst, 20 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat braunes Haar, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, braune Augen, kleine Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht, blasse Gesichtsfarbe.

Den 12ten November 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

---







## B e s t i m m u n g e n ,

unter welchen vorstehender Plan ausgeführt werden soll.

§. 1. Vorstehender Plan der k. k. Königl. Preussischen kleinen Staatslotterie soll unter folgenden, nach §. 7. des Königl. Lotteriediktats vom 28ten Mai 1810 Gesetzeskraft habenden Bestimmungen, und unter Mitwirkung der von der Lotteriebehörde bestellten Einnehmer ausgeführt werden. Gesetzeskraft dieser Bestimmungen.

§. 2. Ein vollständiges gedrucktes Verzeichniß, welches bei jeder Ortspolizei, wo Lotterieleute angestellt sind, so wie bei letzteren selbst, einzusehen ist, weist die von der General-Lotteriedirektion angenommenen Einnehmer nach, die überdies mit einer Bestallung, Geschäftsanweisung und einem Lotterieschild mit der Inschrift: Königl. Preuss. kleine Staats-Lotterieleueinnahme, versehen, und verpflichtet sind, diese mit dem Stempel der General-Lotteriedirektion bezeichneten Gegenstände ihren Spielern auf Erfordern vorzulegen, jedem derselben einen Plan unentgeltlich, und auf Verlangen einen gedruckten, zum Gebrauch für die Spieler bestimmten Auszug der Einnehmer, Geschäftsanweisung gegen zwei Groschen zu überlassen. Diesen Einnehmern ist es auch gestattet, unter besonderer Genehmigung der unterzeichneten Direktion, in jedem einzelnen Falle, Untereinnehmer, für welche jedoch die Einnehmer verantwortlich bleiben, anzunehmen. Letztere dürfen sich aber des obengedachten Schildes nicht bedienen, sondern müssen sich überall als Untereinnehmer ankündigen. Begründete Beschwerden gegen die bestellten Einnehmer, sie mögen diese selbst, oder ihre Untereinnehmer betreffen, wird die General-Lotteriedirektion aufs schnellste abstellen. Bestallte Einnehmer und deren Untereinnehmer.

§. 3. Es werden in dieser Lotterie ganze und Viertellose unter Nr. 1 bis 50000 gedruckt. Sowohl die ganzen als halben Lose sind mit den Namensstempeln der General-Lotteriedirektion, Mitglieder, und überdies mit dem Siegelstempel der letztern bezeichnet, und müssen von den betreffenden bestellten Einnehmern eigenhändig unterschrieben sein, wenn solche gültig sein sollen. Für alle auf diese Weise ausgefertigte und unterschriebene Lose steht die General-Lotteriedirektion den Spielern ein. Einrichtung der Lose.

Die Ausfertigung aller andern, hier nicht bezeichneten Antheillöse, sie mögen Namen und Gestalt haben, wie sie wollen, ist den Einnehmern bei der in ihrer Geschäftsanweisung bezeichneten Strafe verboten, und die Spieler werden vor der gleichen Loosen gewarnt, da schlechterdings darauf keine Zahlung der betreffenden Gewinne erfolgen kann.

§. 4. Der Einsatz für ein ganzes Loos beträgt 2 Rthlr., und für ein Viertel Loos 12 Groschen Courant, ohne die Schreibgebühren für den Einnehmer, welche für ein ganzes Loos auf 2 gute Gr., und für ein Viertel Loos auf 6 gute Pf. beläuft, und, so wie der Einsatz, auf jedem Lose vollständig abgedruckt sind. Einsatzelder und Schreibgebühren.

§. 5. Die Ziehung der Lose und ihrer Gewinne geschieht in eben der Art, wie früher bei der kleinen Geldlotterie, und zwar, so wie die Nachziehung und Mitschätzung der Lose und Gewinnzettel, öffentlich in dem dazu eigens bestimmten Lotterieleichungsaal, unter Aufsicht und Mitwirkung besonders dazu ernannter Königl. Kommissarien und vereideter Protokollführer. Ziehung.



Der Tag der Ziehung dieser Lotterie ist in den betreffenden Loosen bemerkt.

Gewinnlisten.

§. 6. Sogleich nach geschehener Ziehung werden gedruckte, mit dem Stempel der General-Lotteriedirection und mit den Namensstempeln ihrer Mitglieder versehene Gewinnlisten sowohl sämmtlichen Einnehmern, als ihren Orts-Vollziehern zur öffentlichen Auslegung übermacht. Hinsichts der größeren Gewinne bis 100 Thlr. einschließlic, soll auch eine besondere Bekanntmachung in den hiesigen öffentlichen Blättern Statt finden.

Auszahlung  
der Gewinne  
und Abzüge  
von denselben

§. 7. Die Auszahlung der Gewinne erfolgt in Courant binnen 4 Wochen nach Bekanntmachung der Gewinnliste, gegen Ausbändigung der Gewinnloose an die betreffenden Einnehmer, und zwar bis zu den Wohnorten derselben postfrei; jedoch bleibt es der Wahl des Spielers überlassen, ob er auf diesem Wege, oder in Person, oder durch einen Dritten seinen Gewinn hier in Empfang nehmen will. In den beiden letzteren Fällen ist aber die schriftliche Erklärung des betreffenden Einnehmers, daß er gegen die Auszahlung nichts zu erinnern habe, notwendig. Auch können die Inhaber der größeren Gewinnloose bis 500 Rthlr. einschließlic, letztere unmittelbar an die Lotteriebehörde, in Begleitung der erwähnten schriftlichen Erklärung ihrer Einnehmer einsenden, und der Zahlung von hier aus gewärtig sein. In diesem Fall kann aber die Geldsendung nur auf Kosten des Empfängers erfolgen.

Von allen Gewinnen ohne Unterschied, werden 15 vom Hundert für den Staat einbehalten, und der Einnehmer ist berechtigt, für jeden Thaler des gezogenen ganzen Gewinnes, acht gute Pfennige abzuziehen.

Von dem 10000 Rthlr. Gewinn werden überdies 100 Rthlr., und von jedem der beiden Gewinne von 4000 Rthlr., 40 Rthlr. zum Besten der hiesigen Luisenstiftung und der für die erblichen Vaterlandsvertheidiger eingerichteten Anstalten, zurück behalten. Weitere Abzüge finden unter keinem Vorwande Statt, und sind sowohl die bestellten Einnehmer als ihre Untereinnehmer verpflichtet, die ihnen von der General-Lotteriedirection zugefertigte, mit der Unterschrift und dem Stempel der letzteren versehene Nachweisung über die geschnäbige Auszahlung der Gewinne, in jedem Geschäftszimmer öffentlich und zu Jedermanns bequemer Einsicht aufzuhängen, worauf die Spieler, und daß diese Nachweisung dem im §. 1. erwähnten Auszug der Geschäftsanweisung angehängt ist, hemit besonders aufmerksam gemacht werden.

§. 8. Auf keinen Gewinn kann von irgend einem Gläubiger des Spielers Beschlagnahme gelegt werden, sondern die Zahlung erfolgt unbedingt an den rechtmäßigen Inhaber des Gewinnlooses.

Verloren ge-  
gangene Loose  
u. Gewinnab-  
zug darauf.

§. 9. Ist einem Spieler sein Loos abhänden gekommen, so muß er solches seinem Einnehmer sogleich anzeigen, welcher verpflichtet ist, es in seinen Büchern zu vermerken, und die Lotteriebehörde davon in Kenntniß zu setzen. Bei Verlust Loosen ist außer der Nummer, auch der auf demselben befindliche Unterscheidungsbuchstabe A. B. C. oder D. anzugeben. Meldet sich binnen 3 Monaten nach erfolgter Bekanntmachung der Gewinnliste, der etwaige Inhaber des für verloren gehaltenen Looses nicht, so wird demjenigen als wahren Eigentümer des Gewinns an-  
ge-



Gezahl, welcher das Loos als ihm verloren gegangen angezeigt hat. Wirdet sich aber der Inhaber binnen gedachter Frist, und findet keine gütliche Ausgleichung Statt, so bleibt die Entscheidung dem Richter überlassen, und bis dahin der Gewinn im Deposito der Lotteriebehörde.

§. 10. Für die Gewinne haften die General-Lotteriedirektion und die Einnahmer nicht länger als drei Monate nach Bekanntmachung der betreffenden Gewinnliste. Nach Verlauf dieser Zeit ist jedes Loos ungültig, und der Gewinn fällt dem Staate zu.

Berlin, den 10ten Oktober 1817.

Königl. Preuss. General-Lotteriedirektion.

Mit Ziehung der 4ten kleinen Staatslotterie wird, nach Maßgabe des vorstehenden Plans, am 29sten Dezember d. J. der Anfang gemacht. Pläne zu dieser Lotterie sind, und zwar anentgeltlich, imgleichen ganze Loose zu 2 Rthlr. und Viertellose zu 12 Gr. Einsatz, von welchen letzteren zwei unter einer Nummer die Stelle eines halben Loose vertreten, bei sämmtlichen Lotteriesinnnehmern zu erhalten.

Berlin, den 12ten November 1817.

Königl. Preuss. General-Lotteriedirektion.

### E d i k t a t i o n e n

Auf Requisition des Königl. Preussischen Majors und Kommandeurs des Garaissonbataillons Nr. 23. Herrn v. Schouler zu Wesel, werden die unbekannten Gläubiger, welche für die Jahre 1813, 1814 und 1815 an die Kasse des jetzigen Garaissonbataillons Nr. 23. zu Wesel, vormals ersten Brandenburgischen Brigadegaraissonbataillons, Forderungen zu haben vermehren, hiedurch vorgeladen, sich mit ihren Ansprüchen binnen einer Frist von drei Monaten, und spätestens in dem des Endes vor dem Deputirten, Herrn Oberlandesgerichtsrath v. Kappard, auf den 18ten Februar 1818. Vormittags 10 Uhr hieselbst auf dem Schlosse präfixirten Termin zu melden, unter dem Präjudiz, daß diejenigen Gläubiger, welche sich in diesem Termin nicht melden, mit ihren Forderungen an die genannte Kasse präkludirt und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden soll.

Urkundlich der Unterschrift des Kollegii und des beigedruckten großen Siegels.

Elber, den 4ten November 1817.

Königliches Preussisches Oberlandesgericht.

Auf Requisition des Königl. Preussischen Majors und Kommandeurs des Garaissonbataillons Nr. 24. Herrn v. Arnim zu Wesel, werden die unbekannten Gläubiger, welche für die Jahre 1813, 1814 und 1815 an die Kasse des Garaissonbataillons Nr. 24. (früher 26.) welches im Monat April 1815. von zwei Stammkompanien des 1sten Pommerschen Garaissonbataillons, jetzigen Garaissonbataillons Nr. 32. in Stettin errichtet, nächstdem in Spandau garaissonirt, und im Monat April 1816. nach Wesel versetzt worden, Forderungen zu haben vermehren, hiedurch







# Beilage

zum

48sten Stück des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

---

## Allgemeines Paß-Edikt für die Preussische Monarchie.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Nachdem die Gründe, welche Uns bestimmen mußten, durch das Paß-Reglement vom 20sten März 1813. die polizeiliche Aufsicht auf die Reisenden zu verstärken, seit den glücklichen Ereignissen der folgenden Jahre aufgehört haben, und die gegenwärtigen Verhältnisse Unserer und der übrigen Staaten Uns gestatten, die in der Paß-Polizei notwendig gewordene Strenge zu mildern, und hierbei eben so sehr auf die Freiheit des Verkehrs, als auf die Sicherheit im Innern Unserer Monarchie Rücksicht zu nehmen; so haben Wir für alle Provinzen Unserer Monarchie nachstehendes allgemeines Paß-Edikt entwerfen lassen, und publiciren dasselbe Kraft dieses, unter Aufhebung des Paß-Reglements vom 20sten März 1813., zur förderlichsten Einführung und Befolgung.

### Erster Titel.

Bestimmungen für Reisen aus dem Auslande in Unsere Staaten.

§. 1. Niemanden, ohne Unterschied des Standes, Alters, Geschlechts und Glaubens, und ohne Unterschied, ob er zu Lande, oder zu Wasser, zu Wagen, zu Pferde oder zu Fuß ankommt, ob er in Unseren Staaten verweilen, oder dieselben nur durchreisen will, soll anders, als auf den Paß einer der, in den §. §. 3. und 4. gedachten Behörden der Eingang in Unsere Staaten gestattet werden.

§. 2. Hiervon sind jedoch ausgenommen:

- 1) Regierende Fürsten und Mitglieder ihres Hauses, für sich und ihr Gefolge;
- 2) Unsere aus dem Auslande in das Inland zurückkehrende Unterthanen, insofern sie mit einem vorschriftsmäßigen Ausgangspasse versehen waren;
- 3) Die Bewohner der an Unseren Staaten zunächst gränzenden auswärtigen Städte und anderen Ortschaften, insofern sie nicht weiter als in diesseitige Gränzörter reisen, und als unverdächtig bekannt sind, oder sich legitimiren können;
- 4) Handwerker, welche mit einem nach Vorschrift des deßhalb zu erlassenden Edikts eingerichteten, unverdächtigen Wanderbuche, oder, wenn sie aus Staaten kommen, wo keine Wanderbücher eingeführt sind, mit vorschriftsmäßigen Pässen versehen sind;



- 5) Die Schiffmannschaft bei See- und Strom-Reisen, nach den Bestimmungen des §. 5.;
- 6) Diejenigen, welche zur Verfolgung von Verbrechern abgesandt, und durch gerichtliche Certifikate, oder andere öffentliche Papiere, dazu legitimirt sind;
- 7) Ehefrauen, welche mit ihren Männern, und Kinder, welche mit ihren Eltern, oder einem derselben reisen, und annoch unter väterlicher Gewalt stehen; Pflegebefohlene, die bis zum zurückgelegten vierzehnten Jahre ihren Vormund auf der Reise begleiten, und alle diejenigen, die in des Reisenden Lohn, Brod und Gefolge sich befinden, insofern diese Personen in den Paß resp. des Ehemannes, der Eltern, des Vormundes und der Dienstheerrschaft namentlich mit aufgenommen, und bei Paß-Inhabern geringern Standes, oder die nicht unter der Paßausstellenden Behörde stehen, im Passe signalisirt sind.

§. 3. Zur Ertheilung des, nach dem §. 1. erforderlichen Eingangspasses sind nur berechtigt:

- 1) Unser Staatskanzler;
- 2) Unser Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten;
- 3) Unser Polizei-Ministerium;
- 4) Unsere Provinzial-Regierungen, und zwar nicht blos für die ihnen untergeordnete Provinz, sondern für den ganzen Umfang Unserer Staaten;
- 5) Unsere, an auswärtigen Höfen akkreditirten Gesandten, Residenten und Geschäftsträger, so wie Unsere in fremden Staaten angestellten Handelsagenten und Consuls, jedoch nur an Unsere Unterthanen und an diplomatische Personen und Couriere Unsers Hofes;
- 6) Die Staats- und Provinzial-Regierungs-Behörden auswärtiger Staaten;
- 7) Die von fremden Gesandten an auswärtigen Höfen an die Unterthanen ihres Hofes zur Rückkehr in ihr Vaterland ertheilten Pässe, gelten auch zu der dabei erforderlichen Durchreise durch Unsere Staaten, jedoch müssen sie beim Eingange und beim Ausgange von der resp. ersten und letzten Polizeibehörde vrsirt werden.

§. 4. Außer den vorgedachten sollen keine Pässe als gültig zu Reisen in Unsere Staaten angenommen werden; jedoch wird zur Erleichterung des Verkehrs mit benachbarten Staaten in folgenden Fällen den einheimischen Orts-Obrigkeiten die Ertheilung von Eingangspässen nachgelassen:

- 1) Den inländischen Landrathen und städtischen Polizei-Verwaltungen an die Bewohner des zunächst angrenzenden Distrikts von zwei Meilen des Auslandes, welche in ihrem resp. Kreise und Bezirk, Handels- oder andere bringende, oder öfters widerkührende Geschäfte haben, und als unbescholten und unverdächtig der Polizeibehörde bekannt, oder sonst hinlänglich legitimirt sind; wobei überdies gestattet wird, daß diese Pässe nicht blos zu einzelnen Reisen, sondern auch als Generalpässe für die Dauer eines Jahres ausgegeben werden.

2) Den



- 2) Den Polizeibehörden Unserer Hafenstädte nach weiterer Vorschrift des §. 5.
- 3) Den Landräthen und städtischen Polizei-Verwaltungen an Kaufleute und andere Personen, welche aus einer größern Entfernung als zwei Meilen aus dem benachbarten Auslande zum Handel in Unsere Staaten kommen, und sich als unverdächtig legitimirt haben.
- 4) Die Grenzbehörden an alle diejenigen, welche Waaren, die sie jedoch nicht selbst einzeln absetzen wollen, nach einem inländischen Handelsorte zur Achse führen, bis zu diesem Orte ihrer Bestimmung, jedoch nur auf kurze Frist, und unter Bezeichnung einer bestimmten Reiseroute.
- 5) Zur Erleichterung des Meßverkehrs wird überdies jedem Kaufmann, der durch einen auf die in Frage stehende Messe gerichteten Paß der Polizeibehörde seines Wohnorts sich legitimiren kann, gestattet, die Messe zu besuchen, und deshalb in Unsere Staaten zu reisen.
- 6) Die Grenzbehörden an Frachtfahrer und Viehhändler in Gemäßheit des Edikts vom 20sten Februar 1814.
- 7) Denjenigen Ausländern, welche einheimische Brunnen oder Bäder besuchen wollen, ist der Eingang auch auf den Paß der Polizeibehörde ihres Wohnorts gestattet.

§. 5. Was die zur See und auf Strömen reisenden Personen betrifft; so bedarf

- 1) die Schiffemannschaft keines eigenen, besonderen Passes, sondern genügt es, wenn das die Personbeschreibung enthaltende namentliche Verzeichniß derselben dem gesetzlich eingerichteten Passe des Schiffers, oder Kapitäns, oder in der Musterrolle in beglaubter Art beigelegt ist; jedoch muß der Schiffer, wenn bei Strom-Reisen jemand von der Schiffemannschaft im Lande vom Schiffe entlassen wird, oder zurück bleibt, oder die Schiffemannschaft verstärkt wird, dies sogleich der Polizeibehörde des Orts, an welchem derselbe das Schiff verließ, melden, und von dieser das zurückbleibende Individuum im Passe, oder in der Musterrolle gelöscht werden.
- 2) Den auf den Schiffen befindlichen übrigen Personen, sie seyen Eigenthümer oder Führer des Schiffes, oder der Ladung, Cargadoren oder bloße Reisende, ohne Unterschied, ob sie in Handels-, oder andern Geschäften reisen, und von Schiffen verlangt oder gebraucht worden, ist der Eingang in Unsere Staaten auf den Paß, entweder der Orts-Polizeibehörde des einheimischen Hafens, in welchem sie landen, oder der auswärtigen Hafenstadt, aus welcher sie kommen, gestattet; jedoch ist im letzten Falle der Paß der Polizeibehörde des Hafens zur Visa und eventualiter zur Vervollständigung vorzulegen.

§. 6. Alle diejenigen, welche außer den im §. 2. gedachten Ausnahmen aus dem Auslande Unsere Staaten, oder eine Provinz derselben betreten wollen, müssen beim Eintritt in dieselben, mit dem noch nicht abgelaufenen Paß einer der, nach



vorstehenden Bestimmungen zu dessen Ertheilung berechtigten Behörden versehen seyn, und ohne denselben nicht über die Gränze Unsers Reichs gelassen, sondern von den mit der Handhabung dieses Edikts beauftragten Behörden und Offizianten zurückgewiesen, oder, wenn sie die Landesgränze bereits überschritten haben sollten, angehalten und an die nächste Polizeibehörde gewiesen werden. Diese hat in Ansehung derjenigen, die sich überall nicht legitimiren können, in Gemäßheit der vorhandenen Vorschriften zu verfahren; dagegen aber denjenigen, der durch Nachweisung eines rechtmäßigen Gewerbes, Bekanntschaft mit zuverlässigen Inländern, oder sonst als unverdächtig sich ausgemiesen hat, mit einem Interimpasse zur weiteren Reise bis zur nächsten auf der Route belegenen Stadt, in welcher eine zur Ertheilung eines Eingangspasses berechtigte Behörde vorhanden ist, bei welcher der Reisende sich ausführlich zu legitimiren hat, zu versehen.

### Zweiter Titel.

Bestimmungen für Reisen aus Unsern Staaten ins Ausland.

§. 7. Niemand, ohne Unterschied zwischen Inländern und Fremden, soll ohne einen Ausgangepass zu Wasser oder zu Lande auf irgend eine Art aus Unsern Staaten in das Ausland reisen.

§. 8. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind nur die §. 2. angeführten Individuen und Militärpersonen, welche auf Kommando gehen, so wie alle diejenigen, die mit vorschristsmäßigen Pässen in Unsern Staaten angekommen sind, zur Rückreise aus denselben, insofern der Eingangspass auch auf letztere lautet, noch nicht abgelaufen und von der Vorzugsbehörde des inländischen Bestimmungs- oder Aufenthaltsortes zur Rückreise visirt ist.

§. 9. Zur Ertheilung eines Ausgangepasses sind bis auf die §. 10. gedachten Ausnahmen keine Orts-Polizeibehörden, sondern lediglich befugt:

- 1) Unser Staatskanzler;
- 2) Unser Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten;
- 3) Unser Ministerium der Polizei;
- 4) Unsere Provinzial-Regierungen, insofern in dem Lande, wohin der Pass lautet, Pässe der Provinzial-Behörden zum Eingang genügen, als worüber die Regierungen vom Polizeiministerium näher instruirt werden;
- 5) Die, an Unserm Hoflager akkreditirten fremden Gesandten, Residenten und Geschäftsträger, jedoch nur an diplomatische Personen, Courtiere und Unterthanen ihres Hofes, und müssen diese Pässe in Ansehung der diplomatischen Personen und Courtiere von Unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, in Ansehung der übrigen Unterthanen aber von Unserm Polizeiministerium visirt, und ohne diese Visa innerhalb Unserer Staaten, als ungültig angesehen und behandelt werden;

6) Die



6) Die in Unsern Staaten angestellten fremden Handelsagenten und Konsuls, jedoch nur an Unterthanen ihres Hofes, und unter der Wisa der Polizeibehörden des Orts, an welchem sie angestellt sind, ohne welche die Konsulatspässe überall nicht zu beachten sind.

§. 10. Ausnahmsweise sind jedoch zur Ertheilung von Ausgangspässen die §. 4. Nro. 1. und 2. genannten Behörden dergestalt befugt, daß sie unter eben den Bestimmungen, unter welchen sie nach der angeführten Vorschrift Eingangspässe geben dürfen, den Einwohnern ihres resp. Kreises und Ortes auch Ausgangspässe auf die dort bestimmte Zeit, Entfernung und Fälle ertheilen können.

§. 11. Außer diesen im vorigen §. angeführten Fällen, haben die mit der Verwaltung und Handhabung der Passpolizei beauftragten Behörden und Offizianten nicht zu gestatten, daß jemand ohne den annoch gültigen Paß einer der im §. 9. genannten Behörden zu Wasser oder zu Lande aus Unsern Staaten sich begibt, sondern diejenigen, die diesem entgegen handeln, anzuhalten und nach Anleitung des §. 6. zu verfahren.

### D r i t t e r T i t e l .

#### Bestimmungen zu Reisen innerhalb Unserer Staaten.

§. 12. Zu Reisen im Innern Unsers Reichs soll der Inländer eines Polizeipasses nicht bedürfen, sondern ohne denselben frei und ungehindert reisen dürfen, jedoch schuldig seyn, auf Verlangen der Polizeibehörden und derjenigen Offizianten, welchen die Aufrechterhaltung der Sicherheitspolizei obliegt, entweder durch die §. 13. gedachten legitimationskarten, oder durch Urteste, Brieffschaften und andere Dokumente, durch Zeugnisse, oder durch sonstige glaubwürdige Mittel, als unverdächtig sich zu legitimiren, widrigenfalls jeder alle diejenigen Unannehmlichkeiten sich selbst zuzuschreiben hat, die aus der Handhabung der Polizeigesetze für ihn entstehen dürfen.

Der Inländer bedarf zu Reisen aus einer Unserer Provinzen in die andere auch dann keines Passes, wenn er dabei einen zwischen beiden liegenden Strich des Auslandes berühren muß; Falls die Gesetze des letztern den Paß nicht erfordern.

§. 13. Zur Erleichterung der legitimations sollen jedoch den im Innern Unsers Staats reisenden Inländern auf Verlangen von Unserm Polizeiministerium, von der Regierung der Provinz, oder von der ordentlichen Polizeiobrigkeit ihres Wohnortes, entweder Pässe, oder mit dem Signalement versehene legitimationskarten, gegen eine Gebühr von vier Groschen incl. des Stempels von zwei Groschen, auf ein Jahr ertheilt, und nach Ablauf desselben anderweitig unentgeltlich verlängert werden.

§. 14. Nachstehende Inländer sind aber auch zu Reisen innerhalb Landes passpflichtig:

1) Die



- 1) Die Handwerksgehilfen, insofern sie in weiterer Vorschrift des zu erlassenden besondern Edikts anstatt der Pässe mit einem Wanderbuche versehen seyn müssen;
- 2) Alle diejenigen, die mit der ordinarischen Post reisen,
- 3) Alle Juden, die nicht Staatsbürger sind.

§. 15. In Ansehung der Reisen der Militärpersonen verbleibt es bei dem bisherigen, auf eigenen Vorschriften und besondern Dienstverhältnissen gegründeten Verfahren, und können daher Aus- und Eingangspässe an aktive Militärpersonen zu Dienstreisen, sowohl von unserm Kriegsministerium, als von den kommandirenden Generalen, ertheilt werden, wogegen sie zu Reisen ins Ausland in Privatangelegenheiten nach Massgabe der obigen Vorschriften, Pässe von den Polizeibehörden nehmen müssen, zu Reisen im Innern des Landes für sie aber die Pässe ihrer Militärvorgesetzten genügen, und die Kommandanten und kommandirenden Offiziere auch zu kleinen Reisen an der Gränze, dem ihnen untergebenen Militär, Pässe ertheilen können. Alle Militärpersonen müssen sich jedoch bei den Grenzbehörden mit ihren Pässen ausweisen, wogegen dies im Lande nur an den Orten, worin keine Garnison sich befindet, erforderlich ist.

Nicht aktive Militärpersonen sind unter den obigen Bestimmungen dieses §. nicht begriffen, sondern den allgemeinen Vorschriften gleich andern Einwohnern unterworfen. Eben dies ist der Fall in Ansehung der fremden aktiven, oder nicht aktiven Militäre.

## Vierter Titel.

### Allgemeine Bestimmungen.

§. 16. Alle Ein- und Ausgangspässe, sie mögen ertheilt seyn, von welcher Behörde sie wollen, müssen visirt werden:

- 1) Von der ersten Polizeibehörde am resp. Ein- oder Ausgange;
- 2) Von der Polizeibehörde des Orts, an welchem der Passinhaber sich länger als vier und zwanzig Stunden aufhält.

Die in Gemäßheit des §. 14. nothwendigen Pässe zu Reisen innerhalb Landes, sind gleichfalls von der Polizeibehörde eines jeden Orts, an welchem der Reisende sich über vier und zwanzig Stunden aufhält, zu visiren. Dagegen aber wird die in frühern Gesetzen angeordnete Visirung des Passes in jedem Nachquartier aufgehoben. Die Pässe sollen allemal unentgeltlich visirt werden.

§. 17. Es sollen alle und insonderheit die mit der Verwaltung oder Handhabung der Sicherheitspolizei beauftragten höhern und niedern Behörden, die Gensd'armie, die Gutsbesitzer, Amteuse, Post-, Forst-, Zoll- und Akzisebedienten, ganz vorzüglich aber die Polizeioffizianten und Schulzen, und überhaupt alle und jede, welche es angeht, eine desto größere Aufmerksamkeit und Aufsicht in Ansehung



sehung der Reisenden und Fremden, der Gasthöfe, Herbergen, Fremden, Meldungen, und überhaupt auf alle Zweige der Sicherheitspolizei beobachten, damit ungeachtet der, den unbescholtenen Reisenden zugestandenen Erleichterung der Reise, die öffentliche und Privat-Sicherheit nicht gefährdet, und auch den Landstreichern und Verbrechern ihr Gewerbe nicht erleichtert werde, weshalb die bereits bestehenden Gesetze, ganz besonders in Ansehung der, der öffentlichen und Privat-Sicherheit gefährlichern Klassen und Individuen sorgfältigst beobachtet und kräftigst gehandhabt werden sollen.

§. 18. Zur Erleichterung dieser fortwährenden Aufsicht und Kontrolle schärfen Wir insonderheit die pünktlichste Befolgung der über die polizeiliche Aufsicht auf Gasthöfe und Herbergen, der Fremden, Meldungen und der Aufenthaltskarten vorhandenen Gesetze hiermit ein, und tragen Unserm Polizeiministerium auf, in Ansehung der beiden letztgedachten Gegenstände, die Polizeiverwaltungen mit bestimmter Instruktion zu versehen; die Aufenthaltskarten haben indessen nur in den größern Städten, und in den Handels-, so wie in den Festungs-Städten, statt.

§. 19. Unsere Staats-, und Provinzial-Behörden sollen die bei ihnen nachgesuchten Pässe den ihnen selbst, als unverdächtig hinlänglich bekannten, Personen nicht anders, als auf das schriftliche Zeugniß der Ortspolizeibehörde, daß der Reise von ihrer Seite nichts entgegen stehe, erteilen, ein solches Zeugniß aber mit dem vollständigen Signalement und der Angabe des Zweckes und Ziels, so wie der Dauer der Reise versehen seyn, und Stempel, und Gebührenfrei erteilt werden.

§. 20. Die Postämter sollen bei Vermeldung nachbrütklicher Strafe, zu Reisen aus dem Auslande in Unsere Staaten, oder aus diesen in jenes, mit Ausnahme der §§. 2. und 8. gedachten Fälle, an Niemand Ertrapost, oder Courierspferde geben, oder ihn mit der gewöhnlichen Post befördern, als nachdem derselbe den vorschrittsmäßigen, von einer, nach diesem Edikte dazu berechtigten Behörde ausgestellten, auf diese Reise lautenden, noch nicht abgelaufenen Paß vorgezeigt hat.

§. 21. Fuhrleute und überhaupt diejenigen, welche sowohl in den Städten, als auf dem Lande, Pferde vermieten, sollen, mit Ausnahme der §§. 2. und 8. bemerkten Fälle, bei willkürlicher Strafe keinen Reisenden über die Gränze Unserer Staaten, oder von den Gränzdörtern weiter in Unsere Staaten fahren, als auf die Genehmigung der Polizeibehörde des Orts.

§. 22. Gleichergestalt wird den Schiffen aufgegeben, keinen Reisenden zur See, oder auf Strömen, aus Unsern Staaten oder in dieselben hinein zu bringen, als mit Bewilligung der Polizeibehörde des Orts, von welchem der Fremde abreiset, oder an welchem er zuerst in Unserm Lande ankommt, jedoch ist diese Bewilligung zu Stromreisen innerhalb Landes nicht erforderlich.

§. 23.



§. 23. So viel die Stempel und Gebühren für Pässe betrifft, so sollen:

- 1) die §. 4. Nr. 1. und §. 10. gedachten Jahrespässe, so wie die Visirungen und Prolongationen der Pässe, Stempel- und Gebührenfrei erteilt,
- 2) für Pässe und Legitimationskarten zu inländischen Reisen (§. 13.) an Stempel Zwei Groschen und an Ausfertigungs-Gebühren eben so viel, dagegen aber
- 3) für Ausgangs- und Eingangspässe an Stempel Acht Groschen, und an Gebühren Achtzehn Groschen gezahlt werden, bei unvermögenden Pässechnern jedoch völlige Stempel- und Gebührenfreiheit eintreten.

§. 24. Wir übertragen Unserm Ministerium der Polizei die Ausführung und Handhabung Unsers gegenwärtigen Edikts, so wie die Erlassung der dazu erforderlichen nähern Instruktionen an die demselben untergeordneten Behörden. Wir befehlen Unseren Regierungen, dem Chef der Gendarmerie, den Kreisdirectoren, Landrathen, den Polizeibehörden in den Städten und auf dem Lande, den Postoffizianten, Schulzen und überhaupt allen und jeden, welche mit der Polizeiverwaltung beauftragt sind, oder das gegenwärtige Edikt sonst angeht, dasselbe seinem ganzem Inhalt nach sofort zu Ausführung zu bringen und darin zu erhalten, darnach die ihnen untergebenen Behörden, Offizianten und Einwohner genau zu instruiren und auf die unausgesetzte pünktliche Befolgung aller darin enthaltenen Vorschriften mit Nachdruck zu halten, und haben zu dem Ende die Einrückung desselben in die Gesammmlung befohlen und dies Edikt Allerhöchst Selbst vollzogen.

Gegeben Berlin, den 22sten Juni 1817.

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg. v. Kirchelsen. Graf v. Bülow. v. Schudmann.

W. Fürst zu Wittgenstein. v. Bohnen. v. Klewisch.

General.



# General-Instruktion

## für die Verwaltung der Paß-Polizei in den Königlich-Preussischen Staaten.

### Inhalts-Übersicht.

#### I. Erster Titel. Von der Form der Pässe.

- 1) Paßformulare (S. 1.)
- 2) Äußere Form der Pässe (S. 2.)
- 3) Wesentlicher Inhalt eines Passes.
  - a. Namen, Stand und Signalement des Paßinhabers.
    - a. a. Regel (S. 3.).
    - b. b. Ausnahme (S. 4.).
  - b. Angabe des Bestimmungsorts (S. 5.)
  - c. Reiseroute (S. 6.)
  - d. Reisezeit (S. 7.)
  - e. Aufzeichnung der Legitimation (S. 8.)
  - f. Bemerkung der Dauer der Gültigkeit des Passes (S. 9.)

#### II. Zweiter Titel. Von der Befugniß, Pässe zu erteilen.

- 1) Im Allgemeinen (S. 10.)
- 2) Insbesondere.
  - a. An Inländer zu Reisen innerhalb den Königl. Staaten (S. 11.)
  - b. Zur Ertheilung der Ein- und Ausgangs-Pässe.
    - a. a. überhaupt (S. 12.).
    - b. b. Paßblankets. (S. 13.).

#### III. Dritter Titel. Von den Personen, welche Pässe bedürfen, und denjenigen, welchen sie nicht zu erteilen.

- 1) Personen, welche Pässe bedürfen (S. 14.)
- 2) Für jede Person muß ein besonderer Paß ausfertigt werden (S. 15.)
- 3) Personen, welchen keine Reisepässe zu erteilen (S. 16.)
- 4) Personen, die zur Erhaltung eines Passes der Genehmigung eines Andern bedürfen (S. 17.)

#### IV. Vierter Titel. Vom Verfahren bei Ertheilung der Pässe.

- 1) Nachsuchung der Pässe (S. 18.)
- 2) Legitimation des Paßnehmers (S. 19.)
- 3) Atteste der Orts-Polizeibehörden (S. 20.)
- 4) Aushändigung des Passes (S. 21.)
- 5) Paßjournal (S. 22.)
- 6) Verlängerung der Pässe (S. 23.)
- 7) Abgelaufene und doppelte Pässe (S. 24.)
- 8) Verfahren in Ansehung verlornener Pässe (S. 25.)

#### V. Fünfter Titel. Von den Stempel- und Ausfertigungsgebühren bei Pässen.

- 1) Stempelsätze (S. 26.)
- 2) Ausfertigungsgebühren (S. 27.)
- 3) Allgemeine Bestimmungen (S. 28.)



# VI. Sechster Titel. Von der Visirung der Pässe.

- 1) Fälle, in welchen Pässe visirt werden müssen.
  - a. Regel (§. 29.)
  - b. Ausnahmen (§. 30.)
- 2) Befugniß Pässe zu visiren (§. 31.)
- 3) Verfahren bei Visirung der Pässe (§. 32.)
- 4) Stempel und Gebühren (§. 33.)
- 5) Visajournal (§. 34.)

# VII. Siebenter Titel. Von den Legitimationskarten.

- 1) Verfahren bei Ertheilung der Legitimationskarten. (§. 35.)
- 2) Form derselben (§. 36.)
- 3) Stempel und Gebühren (§. 37.)

# VIII. Achter Titel. Vom polizeilichen Verfahren gegen die, in Beziehung auf die Passpolizei verdächtigen, Personen.

- 1) Gegen diejenigen, die keine Pässe haben.
  - a. Ausländer, beim
    - a. a. Eingange in die Königl. Staaten (§. 38. u. 39.);
    - b. b. Ausgänge aus denselben (§. 40.);
    - c. c. Aufenthalt in denselben (§. 41.)
  - b. Inländer (§. 42.)
- 2) Gegen diejenigen, die mangelhafte Pässe haben (§. 43.)
- 3) Gegen diejenigen, die widerrechtlich Pässe erhalten haben (§. 44.)

# IX. Neunter Titel. Allgemeine Bestimmungen.

- 1) Höchste Beförderung der Reisenden (§. 45.)
- 2) Lokale für Besorgung der Passangelegenheiten (§. 46.)
- 3) Verantwortlichkeit der Polizeibeamten (§. 47.)
- 4) Offizielle Berichte in Passangelegenheiten (§. 48.)
- 5) Provinzialinstruktionen (§. 49.)

# Unlagen.

- I. Formular des Passes an Passpflichtige Reisende, zu Reisen im Innern des Staats.
- II. Formular freiwilliger Pässe zu Reisen im Inlande.
- III. Formular der Ausgangspässe mit Signalement.
- IV. Formular der Eingangspässe mit Signalement.
- V. Formular der Generalpässe ohne Signalement.
- VI. Formular der Spezialpässe ohne Signalement.
- VII. Formular der Jahrespässe zum Eingange.
- VIII. Formular der Jahrespässe zum Ausgange.
- IX. Formular der Legitimationskarten.
- X. Formular des Passjournals.
- XI. Formular des Visajournals.
- XII. Formular des Journals der Legitimationskarten.



Da des Königs Majestät bei den veränderten äußern Verhältnissen des Staats allergnädigst geruhet haben, das Passreglement vom 20ten März 1813. aufzuheben und an dessen Stelle das Passedikt von 22ten v. M. zu erlassen, mithin auch die, mit besonderer Rücksicht auf das erstgedachte Gesetz unterm 20ten März ergangene, Passinstruktion nicht weiter zur Anwendung kommen kann, so wird letztere hiermit außer Wirksamkeit gesetzt und, in Gemäßheit des §. 24. des Passedikts, durch die gegenwärtige Generalinstruktion für die, mit der Verwaltung der Passpolizei beauftragten, Behörden und Beamten ergänzt.

Die Verschiedenheiten zwischen obgedachten beiden allerhöchsten Passgesetzen liegen von selbst zu sehr vor, um einer Auseinandersetzung noch zu bedürfen. Möglichsie Einfachheit und Vereinigung der Forderungen der öffentlichen Sicherheit mit der Beförderung der Gewerbe und der Bequemlichkeit der Reisenden, ist der Gesichtspunkt, von welchem bei dem neuen Edikt vorzüglich ausgegangen ist; eine weitere Berücksichtigung der letztern war so wenig mit der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit überhaupt und in besonderer Beziehung auf den preussischen Staat vereinbarlich, als sie in andern Staaten anzutreffen ist und insonderheit konnte die, vermöge älterer Gesetze und namentlich der Regierungsinstruktion vom 26ten December 1808. §. 2 Lit. n. den Regierungen zustehende, Befugniß, zu reisen außerhalb Landes Pässe zu ertheilen, den Kreis- oder Ortspolizeibehörden schon deshalb nicht beigelegt werden, weil deren Pässe fast in allen Staaten, nach deren Gesetzen, ungültig gewesen seyn, mithin den Reisenden keinen Nutzen gewährt haben würden.

Die, mit der Verwaltung der Passpolizei beauftragten, Behörden müssen hierbei gleichfalls von dem angeführten Gesichtspunkt und davon ausgehen, daß Pässe den doppelten Zweck haben, auf der einen Seite dem unbescholtenen und redlichen, aber in der Gegend, wo er reiset unbekannten, Reisenden ein einfaches Mittel zu gewähren, den ihm gesetzlich obliegenden Nachweis, daß er derjenige, wofür er sich ausgiebt, sey, auf die kürzeste und weit zuverlässigere und bequemere Art zu führen, als durch andere Urkunden, die schon deshalb, weil sie mit keinem Signalement, versehen, unzuverlässig sind und gegen willkürliche und abweichende Ansichten keinesweges hinreichend sichern, dagegen aber auf der andern Seite verdächtigen und gefährlichen Individuen den Aufenthalt und das Herumschweifen im Staate, wenn vielleicht nicht ganz unmöglich zu machen, doch dadurch sehr zu erschweren, daß sie dieselben mit den Polizeibehörden möglichst oft in Berührung und mithin letztere in den Stand setzen, sie desto genauer zu beobachten und desto leichter zu entdecken.

Den Polizeibeamten wird es zur strengsten Pflicht gemacht, hiernach ihr Verfahren einzurichten und die, ihnen nach dem Passedikt und der gegenwärtigen Generalinstruktion obliegenden, Pflichten zwar mit Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit, aber mit umsichtsvoller Berücksichtigung des angeführten doppelten Zwecks jeder Fremden, und insonderheit jeder Passpolizei zu erfüllen, und, dem gemäß, die



möglichst schnelle Beförderung der Reisenden und hößliches Betragen gegen diejenigen, die schon wegen ihres Standes und ihrer übrigen Verhältnisse von allem Verdachte frei sind, dagegen aber unnachsichtliche Strenge und Aufmerksamkeit in Ansehung derjenigen sich eifrigst angelegen seyn zu lassen, die nicht legitimirt sind und daher für die öffentliche Sicherheit gefährlich oder verdächtig erscheinen.

Dies im Allgemeinen vorausgeschickt, werden zur Begründung eines festen Verfahrens und der nothwendigen Einformigkeit in der Verwaltung der Passpolizei allen, damit beauftragten, Behörden und Beamten nachstehende Bestimmungen über die, dabei vorkommenden, vorzüglichern Gegenstände hiermit zur genauesten Befolgung vorgeschrieben.

## E r s t e r T i t e l. V o n d e r F o r m d e r P ä s s e .

### §. 1.

#### 1. Passformular.

Die Pässe sollen lediglich auf den, unter öffentlicher Auctorität gedruckten und, soweit sie stempelpflichtig sind, gestempelten, Formularen ausgefertigt und ertheilt, dagegen aber geschriebene oder anders gedruckte Pässe weder von den Provinzial- noch von den Kreis- oder Ortsbehörden ausgegeben werden.

Diese Pässe werden nach den, unter I. II. III. IV. V. VI. VII. und VIII. beigegebenen, Formularen gedruckt und ausgegeben werden, jede Polizeibehörde wird leicht sehen, welches Formular zu dem, in Frage stehenden, Fall anzuwenden sei.

Die königlichen Regierungen werden sowohl für sich als, für ihre Unterbehörden für die Anschaffung und Erhaltung eines angemessenen Vorraths dieser Passformulare sorgen; die Unterbehörden dürfen sie sich selbst nicht drucken lassen.

Die königliche Regierungen werden aber auch darauf halten, daß die gedruckten, sowohl gestempelten, als ungestempelten Passformulare nur an Polizeibehörden, nicht aber an andere, und am wenigsten an Privatpersonen verkauft oder sonst überlassen und kein Handelsartikel der Buchhändler, Buchdrucker oder anderer Privatpersonen werden.

### §. 2.

#### 2. Aeußere Form der Pässe.

Diese Passformulare müssen bei der Ausfertigung vollständig ausgefüllt und darin die, auf den in Rede stehenden Fall nicht anwendbaren, Rubriken entweder durchstreichen oder, bei nicht genauer bekannten, Passinhabern mit der Anführung des Grundes ihrer Unanwendbarkeit versehen werden.



Die Pässe müssen auch in Ansehung des Alters und der Größe des Passinhabers, so wie des Datums, und überhaupt durchweg mit Buchstaben ausgefüllt und darin alle Zahlen gänzlich vermieden werden.

Jeder Pass muß mit dem Amtsnamen und mit der Unterschrift des Dirigenten und des, den Pass ausfertigenden, Beamten, so wie mit dem, in Druckerschwärze, nicht in Siegel, oder noch weniger in Mundlack oder Wachs deutlich abgedruckten, Amtssiegel der Passertheilenden Behörde und endlich mit dem No., unter welchem er in das Passjournal (§. 22.) eingetragen ist, versehen werden.

Rasuren, Löschungen, Durchstreichungen, Anhänge, angeklebte Zettel, Zusätze und Veränderungen müssen auf keinen Fall weder bei Ertheilung, noch bei Visirung der Pässe vorgenommen und geduldet, sondern die, aus dringenden und unvermeidlichen Gründen etwa nothwendig gewordenen, Ergänzungen, Durchstreichungen oder andere Veränderungen, unter des Passausfertigers eigenhändiger Unterschrift, am Rande, am Schlusse oder auf dem Rücken des Passes besonders bemerkt werden.

Wenn bei Ausfertigung oder Visirung eines Passes der Raum des Passformulars nicht hinreicht und deshalb ein Anhang nothwendig ist; so muß derselbe dem Pass selbst, in dem Format desselben, mit einer besondern Schnur angeheftet und diese mit dem Amtssiegel in Lack auf dem Passe befestigt und auf dem letztern über diese Hinzufügung ein besondrer Vermerk gemacht und ein anders befestigter Anhang vor der Visirung besonders genau untersucht berichtigt werden.

Die eigenhändige Unterschrift des Passnehmers ist ein nothwendiges Erforderniß und daher weder auf dem Pass, an der dazu bestimmten Stelle, noch im Passjournal zu vernachlässigen. Sie muß den vollständigen Tauf- und Familiennamen, so wie den Stand des Passnehmers enthalten und jede Polizeibehörde, welcher ein, weder mit dieser eigenhändigen Unterschrift, noch mit dem Zeugnisse der Schreibensunersahrenheit versehenes, nach den Formularen I. III. IV. VII. oder VIII. ausgefertigter oder von einer auswärtigen Behörde an nicht durchaus verdächtige Personen ertheilter, Pass entweder zur Visirung oder sonst vorgelegt wird, hat dieses Erforderniß bei eigener Verantwortlichkeit nachholen zu lassen und hierauf um so strenger zu halten, je wichtiger dasselbe zu Ermittlung der Identität der Person des Passführers ist.

Wenn die Passbehörde dem Passsuchenden den Pass nicht unmittelbar, sondern durch eine andere Behörde einhändig (§. 21.); so muß letztere vor der Ausantwortung des Passes dies Erforderniß gleichfalls ergänzen lassen.

Kann der Passnehmer nicht schreiben; so muß er an der, für seine Namensunterschrift bestimmten, Stelle des Passes und des Passjournals, sein Handzeichen bemerken und der Passausfertiger darunter vermerken, daß derselbe nach seiner Versicherung nicht schreiben könne und dies Handzeichen gemacht habe; es muß jedoch strenge darauf, daß Niemand, unter dem Vorwande der Schreibensunersahrenheit, der



der Unterschrift sich entziehe, gesehen und daher dieses Vorgehen, wenn dagegen Verdacht oder Zweifel obwaltet, genau untersucht werden.

Von der eigenhändigen Namensunterschrift sind jedoch diejenigen Personen entbunden, welche, nach der Bestimmung des §. 4., Pässe oder Signalement erhalten.

### §. 3.

#### 3. Wesentlicher Inhalt eines Passes.

##### a) Namen, Stand und Signalement des Passinhabers.

##### a. a. Regel.

Jeder Paß muß die Angabe des Tauf- und Familiennamen, so wie des Standes des Passinhabers und das vollständige Signalement desselben enthalten, mithin ist in demselben zu bemerken:

- 1) der vollständige Tauf- und Familiennamen des Paßführers;
- 2) der Stand des Paßführers und zwar mit Rücksicht auf die bestimmtere Verhältnisse desselben, dergestalt, daß z. B. bei einem Civil- oder Militäroffizianten der, von ihm bekleidete, Grad und, wenn er in auswärtigen Diensten steht, der Namen seines Dienstherrn, bei Genossen eines, aus verschiedenen Abtheilungen bestehenden, Gewerbes, die Gattung, zu welcher er gehört (z. B. ob er Windmüller oder Wassermüller u. s. w. ist) bemerkt werden muß.
- 3) Das Vaterland;
- 4) der Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
- 5) die Religion;
- 6) das Alter;
- 7) die Größe der Person und zwar nicht blos nach der allgemeinen Angabe: groß, mittelmäßig oder klein, sondern nach Fuß- und Zollmaß;
- 8) die Haare und deren Farbe und Beschaffenheit z. B. stark ic.;
- 9) die Stirne;
- 10) die Augenbraunen (Farbe und Stärke);
- 11) die Augen (Farbe, Größe und übrige Beschaffenheit);
- 12) die Nase;
- 13) der Mund (Größe, Lippen u. s. w.);
- 14) die Zähne (nach deren Farbe, Vollständigkeit u. s. w.);
- 15) der Bart (Farbe, Stärke);
- 16) das Kinn;
- 17) das Gesicht (voll, mager, rund, länglich, blatternarbig, schief u. s. w.);
- 18) die Gesichtsfarbe (bläß, roth, u. s. w.);
- 19) die Statur (stark, bager, ic.);



20) Besondere Kennzeichen z. B. blinkend, buchstäblich, besondere in die Sinne fallende Gewohnheiten, Eigenschaften, Merkmale u. s. w.

Die Polizeibehörden, besonders die an der Grenze, müssen, wenn ihnen Pässe produziert werden, das Signalement genau mit dem Passinhaber vergleichen und die etwaigen Mängel in einem Nachtrag auf dem Passe unter ihrer Unterschrift und Siegel ergänzen.

Wenn der Pass auf mehrere Personen zugleich lautet, (§. 15.); so kommt das Signalement des eigentlichen Passinhabers auf der, dazu bestimmten, Stelle des Passes, daß der übrigen Personen ist aber unter dem Passe oder auf dem Rücken desselben, in jedem Falle aber mit der Unterschrift und dem Siegel der Passbehörde, zu bemerken; die, auf dem Passe mit verzeichneten, Kinder unter 14 Jahren bedürfen indessen in der Regel keines weitem Signalements, als in Ansehung der, oben unter 1. 9. 7 und 20. gedachten, Punkte.

#### §. 4.

##### b. b. Ausnahme.

Dieses vollständigen Signalements bedarf es jedoch nicht in den Pässen für die, der Passbehörde als völlig legitimirt und ganz unverdächtig bekannten, Personen, besonders aus höheren Ständen, in sofern sie nicht selbst dasselbe verlangen, oder die Gesetze des Landes, wohin sie reisen oder andere besondere Verhältnisse, es notwendig machen.

Bei Pässen an solche Personen genügt vielmehr lediglich die Angabe der, §. 3. unter 1. 2. und 4. gedachten, Punkte im Kontext des Passes selbst, und sind daher entweder die Pässe nach den Formularen V. und VI. auszufertigen, oder ist in deren Ermangelung auf dem, dazu genommenen andern Formular die, für das Signalement bestimmte, Stelle zu durchstreichen, in diesem letztern Fall jedoch von dem Expedienten des Passes mit Beifügung seiner Unterschrift zu bemerken, daß das Signalement erlassen sey.

#### §. 5.

##### b. Angabe des Bestimmungsorts.

Im Passe muß der Ort, wohin der Reisende geht und der Pass gilt (der Bestimmungsort) angegeben werden; Ausnahmen sind nur zulässig:

- 1) wenn bei unverdächtigen Passnehmern, nach Beschaffenheit ihrer Reise, der Bestimmungsort nicht genau angegeben werden kann, z. B. bei Strohmischiffern u., indem in diesem Falle eine allgemeine Bezeichnung genügt;
- 2) bei den, im Passedikt am 22sten v. M. §. 4. und 10. gedachten, Generalpässen (Formulare VII. und VIII.), auch kann
- 3) bekannten und völlig legitimirten Personen ein Generalpaß nach dem Formular V. auf ein Jahr zu Reisen innerhalb und außerhalb Landes ohne nähere Angabe des Bestimmungsorts erteilt werden.

#### §. 6.



## c. Reise, Route.

In der Regel muß auch die Reiseroute im Paß angegeben werden, und genüge dabei die Anführung der, zwischen dem Ort der Ausfertigung des Passes und dem der Bestimmung (§. 5.) liegenden, vorzüglichern Orte.

Die Reiseroute ist nach dem Verlangen des Reisenden anzugeben, in sofern kein besonderer Verdacht eine nähere Erörterung und Abänderung desselben notwendig machen sollte. Die Abänderung einer Reiseroute kann zwar nur von einer Polizeibehörde, allein bei unverdächtigen Reisenden bloß auf deren Antrag und ohne weitere Schwierigkeit gemacht und muß auf dem Paße bemerkt werden.

Bei sich ergebendem Verdacht nicht geführter, völligen legitimacion ist der Paß mit einer specielleren, nöthigenfalls selbst die, auf der Tour liegenden Dörfer angehenden, Reiseroute und zugleich mit der Auflage, den Paß in jedem Nachquartier visiren zu lassen, zu versehen. Bei einer solchen speciellen Reiseroute ist nicht so sehr das Verlangen des Reisenden, als vielmehr das, durch die Verhältnisse des Verdachts begründete, polizeiliche Bedürfniß zu berücksichtigen; ist die zu bestimmende Route der Paßbehörde nicht vollständig bekannt; so kann sie dieselbe, so weit sie solche kennt, vorschreiben und die Polizeibehörde des, darauf gedachten, letzten Orts ersuchen, sie weiter zu bezeichnen. Die speciellere Reiseroute ist entweder im Paße selbst oder unter demselben zu bemerken, im letzten Fall noch besonders mit dem Siegel und der Unterschrift der Paßbehörde zu versehen; sie muß nebst den darin enthaltenen Auflagen von dem Paßinhaber genau befolgt werden, indem eine jede Abweichung von derselben den Paß in soweit ungültig und den Paßinhaber nur noch verdächtiger macht und der Nothwendigkeit aussetzt, von der Gensdarmarie oder den Polizeibeamten angehalten und an die nächste landrätliche oder städtische Polizeibehörde gebracht, von dieser aber zur Untersuchung gezogen und entweder bestraft oder auf die Reiseroute zurückgebracht zu werden (§. 38. ff.). Sollten jedoch unvorhergesehene, erhebliche gegründete Umstände eine Abweichung von der Reiseroute oder eine Veränderung derselben notwendig machen; so darf sie nicht anders als, mit Genehmigung einer einheimischen Polizeibehörde erfolgen, diese aber nur nach vorgängiger genauern Untersuchung und nöthigenfalls genommener Rücksprache mit der Paßausstellenden Behörde erteilt werden, welche Rücksprache in dem Falle allemal notwendig ist, wenn die letztgedachte Behörde ausdrücklich bemerkt hat, daß der Paßinhaber ohne ihre Einwilligung von der Reiseroute nicht abweichen solle oder die spezielle Reiseroute von einer höhern Staats- oder Provinzialbehörde vorgeschrieben ist.

Jede Reiseroute muß so viel als möglich in grader Richtung vorgeschrieben werden, bei unverdächtigen Reisenden kommt es indessen lediglich auf ihr Verlangen an.

Die Vorschrift einer Reiseroute kann in allen Fällen, in welchen der Paß eines Signaliments nicht bedarf (§. 4.) auf Verlangen des Paßnehmers, unterlassen werden.



§. 7.  
d. Reisezweck.

Personen, welche nicht durchaus bekannt oder verdächtig sind, besonders aus niedern Ständen, müssen über den Zweck der Reise sich speziell ausweisen und ist derselbe auch im Paß zu bemerken.

Bei andern Personen genügt die allgemeine Angabe des Reisezwecks, und bei denjenigen, die dem Signalement nicht unterworfen sind (§. 4.), bedarf es der Bemerkung des Reisezwecks überall nicht.

§. 8.

e. Anführung der Legitimation.

In allen Pässen, mit Ausnahme derjenigen, die das Signalement des Paßinhabers nicht bedürfen (§. 4.), muß angegeben werden, auf welche Legitimation der Paß erteilt worden, z. B. auf dem Grunde eines frühern, näher zu bezeichnenden, Passes eines unverdächtigen Zeugnisses u. s. w. (§. 19.)

§. 9.

f. Bemerkung der Dauer der Gültigkeit des Passes.

Die Dauer der Gültigkeit des Passes ist in demselben ausdrücklich zu bemerken und, wenn nicht besondere Gründe entgegen stehen, nach dem Verlangen des Paßnehmers, widrigenfalls aber nach dem Zweck der Reise, der Entfernung des Bestimmungsorts oder nach andern Verhältnissen zu bestimmen.

Wenn die Dauer der Reise, nach deren Beschaffenheit, nicht bestimmt angegeben werden kann; so fällt die genaue Zeitbestimmung weg, und ist die Gültigkeit des Passes auf die ganze Reise zu stellen, z. B. an einen Schiffer auf die Dauer der Schifffahrt. Dies setzt jedoch die bekannte oder ermittelte völlige Unverdächtigkeit des Paßnehmers voraus, indem widrigenfalls der Paß auf eine, nach Umständen zu ermäßigende, bestimmte Zeit zu beschränken und dem Paßinhaber zu überlassen ist, nach deren Ablauf zu einem anderweitigen Paße sich zu legitimiren.

Bekannten, unverdächtigen Personen können, nach dem Formular V. und VI., Pässe ohne Zeitbestimmung, gültig für die vorhabende Reise und Rückreise, oder auch Generalpässe auf ein Jahr (§. 5.) erteilt werden.

Länger, als auf die Dauer eines Jahres dürfen aber Pässe nicht ausgegeben werden.

## Zweiter Titel.

### Von der Befugniß, Pässe zu erteilen.

§. 10.

1. Im Allgemeinen.

Im Allgemeinen sind lediglich Polizeibehörden befugt, Reisepässe zu erteilen.

Ausnahmen von dieser Regel machen indessen in Ansehung:

- I. der Aus- und Eingangepässe, die, im Paßedikt vom 22sten v. M. §. 3. unter 1. 2. 5. 6. und 7. gedachten Behörden,

E

II. eini







- 2) die, im Allerhöchsten Pasbottel vom 22sten v. M. §. 4. und 5. Nr. 1. und 2. und §. 10. gedachten, Fälle und
- 3) die, für besondere Gegenstände überhaupt oder in einzelnen Provinzen den Kreis, oder Orts-Polizeibehörden, ertheilte, oder zu ertheilende, Befugniß, Ein- oder Ausgangspässe auszugeben.
- 4) die, mit benachbarten Staaten über die gegenseitige Anmerkung der Pässe der Kreis, oder Orts-Polizeibehörden, vielleicht einzugehenden und dann öffentlich bekannt zu machenden, Vereinbarungen.
- Wegen des, den Pässen der höhern Behörden voranzugehenden, Kreis, oder Orts, polizeilichen Urtheiles, ist §. 20., das Nähere bestimmt.

§. 13.

b. b. Passblanquet.

Um die Gewinnung der Ein- und Ausgangspässe möglichst zu beschleunigen und zu erleichtern, werden die Königlichen Regierungen, nach wie vor, unter ihrer Unterschrift und ihrem Siegel, die dazu erforderlichen, unausgefüllten Passformulare in angemessener Anzahl, mehreren zuverlässigen, dieses Vertrauens würdigen, Kreis, oder Orts-Polizeibehörden, zur weiteren Ausfertigung zusenden.

Diese Behörden müssen aber diese Pässe nur an unbescholtene, völlig legitimirte Personen, besonders ihres Kreises oder Orts, ertheilen und dabei in Gemäßheit der Bestimmungen der §. §. 1 — 9. dieser Generalinstruktion und der übrigen Passvorschriften, verfahren und außerdem unter dem Paß, mit Beifügung ihrer Unterschrift und ihres Siegels, bemerken, daß derselbe im Auftrag der Regierung dem Passinhaber ausgeantwortet sei, auch den Tag der Aushändigung im Passe an der, in demselben für das Datum bestimmten, gewöhnlichen Stelle nachtragen und dadurch das, von der Regierung offen gelassene, Datum ergänzen.

Die, sohergestalt im Auftrag und Namen der Regierung ertheilten, Pässe haben vollständig die, den Regierungspässen gesetzlich zustehenden, Rechte und Vorzüge.

Die, damit beauftragten, Behörden müssen aber hierbei besonders aufmerksam verfahren und dem Polizeiministerium, so wie der Regierung in der, (§. 48.) bestimmten, Frist den Auszug des, über die Ausgabe dieser Pässe zu haltenden, Journals einsenden.

D r i t t e r T i t e l.

Von den Personen, welche Pässe bedürfen und denselben, welchen sie nicht zu ertheilen.

§. 14.

1. Personen, welche Pässe bedürfen.

Zu Reken aus den preussischen Staaten ins Ausland oder aus dem Auslande in



in jene bedarf, mit alleiniger Ausnahme der, §§. 2. und 8. des Passedikts gedachten Personen, jeder eines Passes.

In Ansehung der Reisen der Inländer im Inneren des Staats sind dagegen die frühere Bestimmungen (vergl. Passinstruktion vom 20ten März 1813. §. 10.) durch das Passedikt vom 22sten v. M. §. 14. dahin abgeändert, daß dazu nur die, dort gedachten, Klassen von Individuen Pässe der Polizeibehörden bedürfen, wogegen für aktive Soldaten die Pässe ihrer Militärvorgesetzten genügen (Passedikts §. 15.)

Die inländischen Handwerksgefelln dürfen daher nicht auf bloße Rundschaffen reisen, sondern müssen bis dahin, daß die Wanderbücher auch für sie werden eingeführt seyn, mit förmlichen Pässen versehen seyn. Auswärtige Conzessionisten können nicht bloß auf die einheimische, noch weniger aber auf eine ausländische Conzession reisen, sondern müssen gleichfalls einen förmlichen Paß haben, für einheimische genügt indessen die Conzession, in sofern sie mit den Signalement versehen und der Inhaber nicht sonst Paßpflichtig ist.

#### §. 15.

2. Für jede Person muß ein besondrer Paß ausgefertigt werden.

Wenn mehrere Personen zusammen reisen; so ist für eine jede derselben ein besonderer und eigener Paß nothwendig.

Ehefrauen, die mit ihren Männern, und Kinder, die mit ihren Eltern oder einem derselben, reisen, und annoch unter deren Gewalt stehen, Pflegebefohlene, die bis zum zurückgelegten 14ten Jahre ihren Vormund auf der Reise begleiten, die Schiffsmannschaft und endlich alle diejenigen, welche in des Passinhabers Lohn und Brod sich befinden und ihn begleiten, bedürfen indessen, nach dem Passedikts §. 5., keines eigenen Passes, in sofern sie in den Paß resp. des Ehemannes, der Eltern, des Vormundes, des Schiffers und der Dienstherrschaft namentlich mit aufgenommen sind. In Ansehung der Schiffsmannschaft, enthält das Passedikt die näheren Bestimmungen; in den anderen Fällen ist aber ausdrücklich in dem Passe zu bemerken, daß sich in der Begleitung oder im Gefolge des Passinhabers, die namentlich aufzuführenden Personen befinden, und muß der Paßführer deren, unterwegs erfolgten, unvorhergesehenen Abgang der ersten Polizeibehörde anzeigen und von ihr auf dem Passe bemerken lassen.

Wegen des Signalements der Begleitung, ist §. 3., bereits das Nähere bestimmt.

Bei den, §. 4. gedachten, Personen bedarf es jedoch der namentlichen Anführung seiner Begleitung nicht, sondern genügt die allgemeine Angabe: mit Familie, mit Dienerschaft u. s. w.

#### §. 16.

3. Personen, welchen keine Reisepässe zu erteilen sind.

Denjenigen, deren Reise entweder wegen des Zwecks derselben oder wegen ihrer eigent-



eligen beschränkten Befugniß zu reisen, unzulässig und den Gesetzen entgegen oder deren Gewerbe dem Publikum nachtheilig und daher untersagt, oder zu unerlaubten Nebengewerben Anlaß giebt, sind keine Pässe weder zum Aus- und Eingange, noch zu Reisen im Innern des Staats zu ertheilen.

Dahin gehören insbesondere Landstreicher, auswärtige Kollektanten, Personen, die verbotswidrig mit Arzeneimitteln oder verbotenen Gegenständen jeder Art handeln, diejenigen, die mit ansteckenden Krankheiten befaßt sind, solche Handwerksgefallen, Freiknechte, Bettler und dergleichen Personen, die blos um Zehrpennige und Almosen zu sammeln, herumzweifeln, überhaupt alle diejenigen, welchen das Geschäft, für welches sie reisen wollen und den Paß verlangen, entweder überall nicht, oder wenigstens nicht um darauf zu reisen, gestattet ist und freisteht, oder welchen dasselbe augenscheinlich nur zum Vorwande zur Erreichung unerlaubter Zwecke dienen soll oder dazu Anlaß giebt.

In Ansehung der Berücksichtigung der Militärpflichtigkeit enthalten die, darüber besonders erlassenen, Vorschriften und insbesondere das Zirkular der königl. Ministerien des Innern und des Krieges, vom 15ten Oktober 1816. die näheren Bestimmungen.

#### §. 17.

#### 4. Personen, die zur Erhaltung eines Passes der Genehmigung eines Andern bedürfen.

Den, in Rücksicht auf die Freiheit zu reisen, von Andern abhängigen, Individuen ist der Paß nicht anders, als nach vorgängiger Bescheinigung der Genehmigung desjenigen, von dem sie abhängen oder der erfolgten Aufhebung dieses abhängigen Verhältnisses zu ertheilen.

Dahin gehören insbesondere geringere königliche Offizianten, unter väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt stehende Minderjährige, gemeine Soldaten, Dienstboten und dergl.

Diejenigen, die notorisch in gerichtlicher Untersuchung und Fremde, welche am Orte der Paßbehörde in bedeutenden Schuldprozessen stehen, müssen, insofern letzte nicht völlig bekannte und sichere Personen sind, bei Nachsuchung eines Passes das Zeugniß des Gerichts, daß von seiner Seite ihrer Reise nichts entgegen stehe, so wie diejenigen, die zur Ausübung eines, eine Konzession erfordernden, Gewerbes reisen, diese Konzession beibringen.

### Vierter Titel.

#### Vom Verfahren bei Ertheilung der Pässe.

#### §. 18.

##### 1. Nachsuchung der Pässe.

Jeder, der einen Paß zu erhalten wünscht, muß ihn entweder bei der, zur Er-



Ertheilung des in Frage stehenden Passes berechtigten, Behörde oder bei der Polizeibehörde seines Wohnortes persönlich nachsuchen; nur die, bei jener oder dieser Behörde hinreichend legitimirten und bekannten, unverdächtigen Personen, besonders aus höhern Ständen, sind von dieser persönlichen Erscheinung befreit, und können den Paß schriftlich oder durch einen glaubwürdigen Bevollmächtigten nachsuchen, müssen jedoch alsdann ihr Signalement, in so weit es für sie nöthwendig ist (§. 3. und 4.), nebst der Angabe des Reisezwecks, der Reiseroute u. s. w., einreichen.

Wenn das Paßgesuch nicht bei der paßertheilenden, sondern bei der Polizeibehörde des Wohnortes zur weiteren Beförderung an jene, angebracht wird; so muß dieselbe das Signalement und die übrigen Erfordernisse des Passes so erschöpfend aufnehmen und der paßertheilenden Behörde mittheilen, daß diese den Paß ausfertigen lassen kann; hierbei begangene offenbare Nachlässigkeiten sind nicht allein durch Ordnungsstrafe, sondern auch durch die, dem Reisenden aus eigenen Mitteln zu leistende, Entschädigung wegen der Kosten des verzögerten Aufenthaltes zu ahnden.

### §. 19.

#### 2. Legitimation des Paßnehmers.

Die Polizeibehörden dürfen schlechterdings nur völlig legitimirten Personen Pässe ertheilen oder dieselben für sie nachsuchen.

Bei denjenigen, die der Polizeibehörde als unbescholtene und unverdächtige Personen bekannt sind, besonders bei bekannten Ortsinwohnern und den, schon durch ihre Verhältnisse von jedem Verdacht entfernten, Personen höhern Standes, ist eine besondere Legitimation gewöhnlich gar nicht nöthig, dagegen aber bei unbekannten Paßnehmern, besonders aus den, der öffentlichen Sicherheit gefährlichen, Ständen und Gewerben, desto dringender notwendig und desto strenger und unermäßlicher zu erfordern und zu führen.

Ja der Paßpolizei erfordert die Berichtigung der Legitimation des Paßnehmers die vorzüglichste Aufmerksamkeit, Umsicht und Beurtheilung der Polizeibeamten, damit auf der einen Seite unbescholtenen Reisenden, keine unnöthige Schwierigkeiten, Belästigungen und Aufenthalte verursacht, ja nicht einmal unnöthige Fragen gemacht, sondern vielmehr mit größtmöglicher Willfährigkeit, Liberalität und Höflichkeit begegnet, auf der andern Seite aber auch verdächtigen Personen durch Mangel an Aufmerksamkeit, an Strenge und an Beurtheilung, aus Leichtsinne, Trägheit oder anderen Pflichtwidrigkeiten einzelner Polizeibeamten durch den Paß kein Vorschub gegeben werden.

Die, die Polizei verwaltenden, Behörden sind hierfür strenge verantwortlich und trifft die Verantwortlichkeit bei den Paßblankets (§. 13.) die Behörden, welchen sie anvertraut sind, so wie bei Paßgesuchen durch eine andere Behörde, (§. 18.) diejenige, welche das Paßgesuch aufgenommen und zur eigentlichen Paßbehörde zur Gewährung befördert hat. Einem, der Polizeibehörde unbekannten, Paßsuchenden darf



darf daher der Paß schlechterdings nicht anders ertheilt werden, als nachdem er sich vorher als unverdächtig und unbescholten völlig ausgewiesen hat.

Dieser Ausweis kann geführt werden,

- 1) durch einen ältern Paß, über dessen Vollständigkeit, Zureichendheit und Richtigkeit, so wie über die Identität des Paßinhabers keine Zweifel obwalten,
- 2) durch andere völlig glaubwürdige und beweisende Urkunden oder Papiere oder
- 3) durch die Anerkennung und das Zeugniß glaubwürdiger Personen.

Die, über die Legitimation entstandene, Zweifel müssen vor Ertheilung des Passes beseitigt werden: die genaue Vergleichung des Signalements mit dem Paßführer, die Untersuchung, ob der früher Paß unverändert und gehörig visirt ist, die Prüfung, ob die Wisa und die Reiseroute dem vorgegebenen Zweck der Reise entspricht, ob letztere dem Reisenden hinreichende Mittel des Unterhalts gewähren kann, ob der Reisende zu dem Stand oder Gewerbe gehört, zu welchem zu gehören er vorgelegt und die, deshalb zweckmäßig zu machenden, Fragen und, allenfalls mit Zuziehung von Gewerbsverständigen, anzustellenden, Handwerksproben, nähere Fragen über die Länder und Oerter, in welchen und durch welche der Reisende geboren oder gereiset seyn will, und über die näheren Verhältnisse des, von ihm angegebenen, Lebenslaufs, werden hierbei gewöhnlich zu einem näheren Resultate führen.

Eine besondere Aufmerksamkeit erfordern fremde Deserteurs, fremde Juden, so wie Handwerksgehilfen, Dienstbotken und Tagelöhner, die seit längerer Zeit außer Arbeit oder Dienst gewesen und herumstreifen, und andere Fußreisende geringeren Standes; fremde Soldaten und entlassene Dienstbotken sind durch bloße Abscheide keinesweges hinreichend legitimirt, in Dienst annoch stehende Dienstbotken hingegen dafür zu halten, wenn ihre unverdächtige Herrschaft sie für Befinde ausgibt und anerkennt.

Die Landräthe und die Städtischen, so wie die Grenzpolizeibehörden müssen in den, im Paßedikt §. 5. Nr. 3. und Nr. 4. gedachten, Fällen auf die Legitimation eine besondere Aufmerksamkeit verwenden.

Ueber die Legitimation muß, wenn darüber irgend ein Zweifel obwaltet, ein Protokoll aufgenommen und, bei entstandenem Bedenken, die Steckbriefskontrolle zur Hand genommen und genau berücksichtigt, dabei aber nicht bloß auf die Namen, sondern ganz vorzüglich auf das Signalement der, Steckbrieflich verfolgten Individuen gesehen und dasselbe mit einem verdächtig erscheinenden Paßsucher sehr aufmerksam verglichen werden.

#### §. 20.

##### 3) Atteste der Ortopolizeibehörden. i

Das Polizeiministerium und die königl. Regierungen werden amtsäßig gen Personen in der Regel und Fälle dringender Eile abgerechnet, nur entweder auf das Zeugniß der Polizeiobrigkeit des Wohnorts des Paßsuchers, daß dem Gesuche in lokalpolizeilicher Hinsicht nichts entgegen stehe, oder auf deren Bericht (§. 18.), Pässe ertheilen.



## §. 21.

## 4) Aushändigung des Passes.

Nach berichtigtem Legitimationspunkt ist der Paß in der, §. 1. ff., gedachten, Art auszufertigen.

Ist er durch die Wohnortspolizeibehörde nachgesucht (§. 18.); so wird er an dieselbe zur Aushändigung an den Impetranten, nach vorgängiger dessen Namens, unterschrift (§. 2.), übersandt.

## §. 22.

## 5) Paßjournal.

Jede Polizeibehörde muß über die, von ihr erteilten, Pässe ein eigenes Paßjournal nach dem, in der Anlage X. enthaltenen Formulare führen, und zwar die, auch zur Ertheilung der Ein- und Ausgangspässe, durch das Paßbüchle oder durch erhaltene Blanquets (§. 13.) berechtigten, Polizeibehörden, ein dreifaches, nämlich für:

- 1) die Eingangs-Pässe,
- 2) die Ausgangs-Pässe und
- 3) die Pässe zu Reisen im Innern des Staats.

Da dies Journal die Stelle des Duplikats des Passes vertritt: so muß es alle Materialien (§. 3. bis §. 9.) und die Nummern desselben, so wie die Angabe der, für den Paß gezahlten, Gebühren enthalten und in der, dazu bestimmten, Rubrik vom Paß-Empfänger mit seiner eigenhändigen Namens-Unterschrift versehen werden.

Die Pässe müssen in der chronologischen Folge, worin sie ausgegeben worden, in das Journal, und zwar jede der oben angeführten drei Gattungen derselben in das für sie bestimmte Journal, eingetragen und das Journal mit dem Ablauf eines jeden Jahres abgeschlossen werden.

## §. 23.

## 6) Verlängerung der Pässe.

Wenn gleich ein Paß vor Ablauf der Zeit seiner Gültigkeit (§. 5.), prolongirt werden kann; so ist doch zu dieser Verlängerung, mit Ausnahme der §. 10. unter I. und II. gedachten Fälle, nur eine Polizeibehörde und zwar zur Prolongation der Ein- und Ausgangs-Pässe nur eine, zu deren Ertheilung berechnigte, Behörde (§. 12.), befugt. Es muß jedoch hierbei mit Vorsicht und besonders in Beziehung auf nicht genau bekannte Personen, die über den Zweck der Paß-Verlängerung sich nicht vollständig ausweisen können, nach den, für die Legitimation bei der Paß-Ertheilung §. 19. vorgeschriebenen, Grundsätzen verfahren und in Ansehung der, §. 17. gedachten, Personen die, dort bemerkt, Genehmigung auch zur Prolongation erfordert und beigebracht werden.

Wenn



Wenn die Passertheilende Behörde ausdrücklich bemerkt hat, daß der Paß nach dessen Ablauf nicht verlängert werden soll; so ist ohne vorgängige Rücksprache mit ihr nur eine, ihr vorgesetzte, Behörde zur Prolongation berechtigt. Dorfs, Schulzen dürfen in keinem Falle Pässe prolongiren.

§. 24.

#### 7. Abgelaufene und doppelte Pässe.

Abgelaufene Pässe sind ungültig und müssen unverdächtigen Reisenden, auf deren Verlangen, mit dem neuen Passe zurückgegeben werden; allein es ist zur Vermeidung des Uebelstandes eines doppelten Passes im neuen Passe die Rückgabe des alten, so wie auf dem letztern zu bemerken, daß und unter welchem Datum und auf welchen Zeitraum ein neuer Paß erteilt worden.

Wenn bei nicht völlig bekannten Personen der, von ihnen mitgebrachte, Paß über dessen Inhaber und seine bisherigen Reisen und übrigen Verhältnisse und zu deren Uebersicht und Beurtheilung beitragen kann, und erheblich ist; so kann die Polizeibehörde, welche ihm einen neuen Paß erteilt, um die übrigen Polizeibehörden in den Stand zu setzen, die Verhältnisse des Passführers zu übersehen, dem neuen Paß den alten in der, §. 2. gedachten, Art anheften, welches allemal unter dem neuen Passe vermerkt werden muß.

Ältere Pässe, welche der Paß-Inhaber nicht zurück verlangt oder ihm nicht zurückgegeben worden, müssen nicht zerissen, sondern von der Polizeibehörde aufbewahrt werden.

§. 25.

#### 8. Verfahren in Ansehung der verlorenen Pässe.

Wenn der Paß-Inhaber seinen Paß verloren hat; so kann demselben bei gehöriger Legitimation (§. 19.) von einer, zu Pässen der Art berechtigten, Behörde zwar ein neuer Paß erteilt werden, der verlorne Paß muß jedoch auf seine Kosten durch das Amtsblatt des Reglerungs-Departements, in welchem der Paß verloren ist, und, nach Umständen, auch einiger anderer Reglerungs-Bezirke durch die Polizeibehörde, welche den neuen Paß erteilt, mortifizirt werden; dieselbe hat überdem die Behörde, welche den verlorenen Paß ausgestellt hat, hiervon zu benachrichtigen.

Bei nicht völlig legitimirten Reisenden in indessen der behauptete Verlust durch Erkundigung bei der Behörde, bei welcher der Paß zuletzt productirt worden, oder auf andere zuverlässige Art zuvörderst auszumitteln.

Der neue Paß muß unter der laufenden Nummer des Paß-Journals der ausstellenden Behörde ausgefertigt werden und die Bemerkung, daß er wegen des Verlustes eines andern Passes erteilt sei, so wie die möglichst genaue Bezeichnung des letztern enthalten.

Ueber die verlorenen und im Inlande und so weit bekannt, auch im Auslande, für ungültig erklärten, Pässe und andere legitimations-Dokumente müssen bei den Polizeibehörden eigene Verzeichnisse gehalten und in den Fremden-Büreaus und Paß-Expeditionen aushängen und möglichst berücksichtigt werden. (§. 46.)



## Fünfter Titel.

## Von den Stempel- und den Ausfertigungs-Gebühren bei Pässen.

§. 26.

## 1. Stempel-Gebühren.

Der Paßstempel ist nach den Gattungen der Pässe und nach den Vermögens- Umständen ihrer Empfänger verschieden.

## Der Stempel

## I. beträgt,

- 1) für Aus- und Eingangs-Pässe,
  - a. bei vermögenden Paßnehmern . . . . . 8 gGr.
  - b. bei zwar nicht bemittelten, aber doch nicht unvermögenden Personen . . . . . 2 gGr.
- 2) für Pässe an Inländer zu Reisen innerhalb Landes . . . . . 2 gGr.

## II. fällt weg,

- 1) bei den, oben unter I. Nr. 1. und 2. erwähnten, resp. Aus- und Eingangs- und inländischen Pässen, wenn der Empfänger unvermögend ist.
- 2) bei den Pässen an königliche Beamte zu Dienstreisen;
- 3) bei den, §. 4. Nr. I. und §. 10. des Paß-Edicts vom 22sten v. M. gedachten, Jahres-Pässen;
- 4) bei der Prolongation der Pässe;
- 5) bei den, zum Behuf der Ertheilung eines Passes ausgestellten Zeugnisse, gemachten, Anträgen, und aufgenommenen Protokollen (Paß-Edict §. 19.).

§. 27.

## 2. Ausfertigungs-Gebühren.

Nach oben diesem Gesichtspunkte sind auch die Ausfertigungs-Gebühren für Pässe verschieden. Dieselben

## I. betragen:

- 1) für Aus- oder Eingangs-Pässe,
  - a. an vermögende Paßnehmer . . . . . 16 gGr.
  - b. an zwar nicht bemittelte, aber doch nicht unvermögende . . . . . 8 gGr.
- 2) für Pässe an Inländer zu inländischen Reisen, in sofern sie zu den, oben unter I. a. und b. gedachten, Personen gehören . . . . . 2 gGr.

## II. fallen weg, in den, im vorigen §. Nr. II. 1. bis 5. incl. erwähnten, Fällen.

Für die, im gegenwärtigen §. unter I. 1. und 2. angeführten, Pässe werden, außer den Ausfertigungs-Gebühren von resp. 16, 8 und 2 gGr., wenn der Paßnehmer nicht zu den unvermögenden Personen gehört, von demselben noch eine Innuations-Gebühr von 2 gGr. für jeden Paß erlegt, wenn ihm der Paß außer dem lokale



lokale der Polizeibehörde durch einen ihrer Offizianten eingehändigt wird, sie fälle aber weg, wenn er den Paß persönlich auf der Polizeibehörde in Empfang nimmt.

§. 28.

### 3) Allgemeine Bestimmungen.

Die Polizeibehörden müssen mit Eilmuth, Billigkeit und Umsicht beurtheilen und bestimmen, in welche der obgedachten Vermögensklassen der Paß Empfänger gehört.

Wenn ein Paß für mehrere Personen zusammen erteilt wird (§. 15.); so finden doch nur einfache Stempelsätze und Ausfertigungs- und Einhändigungs-Gebühren Statt.

Der Betrag der erlegten Stempel- und Ausfertigungs-Gebühren muß, so wie die Unentgeltlichkeit des Passes, sowohl auf demselben an der dazu bestimmten Stelle, als im Paß-Journal spezifizirt und resp. angegeben, mithin der Stempel- und Gebührensatz besonders, bemerkt werden.

Zu stempelpflichtigen Pässen müssen durchaus gestempelte Paß-Formulare genommen werden und ist es daher unzulässig, dazu ein ungestempeltes Formular zu verwenden, und demselben einen Stempelbogen anzuschlagen.

Für stempelfreie Pässe müssen dagegen eigene ungestempelte Gratis-Pässe gedruckt, und oben, an der für den Stempel bestimmten, Stelle, so wie unten an der, zur Angabe der Kosten bezeichneten, Stelle mit der Bemerkung: stempel- und gebührenfrei, versehen werden.

## Sechster Titel.

### Von der Visirung der Pässe.

§. 29.

#### 1) Fälle in welchen Pässe visirt werden müssen:

##### a. Regel.

Nach dem allerhöchsten Paß-Edikt vom 22sten v. M., ist die Visirung der Pässe in folgenden Fällen nothwendig. Es müssen nämlich visirt werden:

I. weil der Paß nicht von einer inländischen Behörde erteilt worden,

1) die Pässe der, am Königl. Hofe akkreditirten, Gesandten und diplomatischen Agenten (Paß-Edikt, §. 10., Nr. 5.);

2) die Pässe der, in den Königl. Staaten angestellten, fremden Konsuls (daselbst).

3) die Pässe der fremden Gesandten an auswärtigen Höfen an Unterthanen ihres Staats, in sofern letztere durch die Königl. Staaten reisen (Paß-Edikt, §. 3., Nr. 7.).

II. Wegen der nothwendigen polizeilichen Grenz-Kontrolle und zur Uebersicht der, in den Staat ein-, oder aus demselben ausgehenden, Personen, alle Ein- und Ausgangs-Pässe, ohne Unterschied der Behörden, von welchen sie erteilt worden, von der Polizei-Behörde am resp. Ein- und Ausgangsorte (Paß-Edikt







daß die Wisa nicht bloß bezeugt, daß der Reisende durch den Ort gereiset und seinen Paß vorgezeigt habe, sondern daß sie zugleich beurkunden soll, daß derselbe, nach vorgängiger Prüfung des Passes und seines Verhaltens, gehörig legitimirt befunden worden, und daher der Fortsetzung seiner Reise nichts entgegen stehe; ihre Bestimmung ist überdem der Polizei die Kenntniß und Beobachtung der Reisenden und die Aufmerksamkeit auf dieselben zu erleichtern, die Reisenden mit ihr in festgesetzten Verhältnissen zu erhalten, und die Entdeckung der, ohne hinreichende legitimirung, leichsinnig erteilten, so wie der falschen Pässe, der falschen Paßführer, der, durch Steckbriefe verfolgt, Verbrecher und überhaupt aller, der öffentlichen Sicherheit, dem Leben und Eigenthum der Unterthanen gefährlichen oder in dieser Beziehung verdächtigen, Individuen, und die gegen sie zu nehmenden Maaßregeln zu erleichtern.

Die Polizeibehörden müssen daher auch hierbei nach den, ihnen für die Ertheilung der Pässe selbst vorgeschriebenen, Grundsätzen, und, dem gemäß, in Ansehung unbescholtener und unbekannter Reisenden, wie §. 19. bestimmt worden, dagegen aber bei nicht gehörig legitimirten und nicht verdachtslosen Reisenden, nach den eben- daselbst bemerkten Grundsätzen mit Ernst, Strenge und Umsicht verfahren.

Sie müssen hierbei insonderheit auf folgende Punkte Rücksicht nehmen:

- 1) ob der Paß an sich ächt und richtig oder ganz oder in einzelnen Theilen verfälscht, nachgemacht, verändert u. s. w. ist;
- 2) ob der Paß von einer, dazu berechtigten, Behörde ausgestellt ist;
- 3) ob der Produzent des Passes derjenige, dem er erteilt worden, ob er also der rechtmäßige Inhaber desselben ist, wobei aber nicht bloß bei der Prüfung des Signalements stehen zu bleiben, sondern auch durch Fragen über seine persönlichen Verhältnisse, den Reisezweck, die Reiseroute u. s. w. (vergl. §. 19.) so wie durch Prüfung und Vergleichung der Handschrift und andere zweckmäßige Untersuchungen die Identität der Person zu ermitteln ist;
- 4) ob und aus welchen Gründen der Produzent die Reiseroute, wenn sie im Paß bemerkt ist, verlassen hat; und
- 5) ob gegen denselben sonst Verdachtsgründe obwalten.

Auch bei Visirung der Pässe ist auf die Steckbriefkontrolle Rücksicht zu nehmen.

Wenn hierbei Verdachtsgründe entstehen; so muß darüber protokollarisch verhandelt und der Paß nur nach Beseitigung derselben, visirt, widrigenfalls aber nach den, §. 43. angeführten, Grundsätzen verfahren werden.

Es ergiebt sich hieraus, daß in der Regel keine Behörde einen Paß anders visiren darf, als wenn der Inhaber desselben ihn persönlich produziert; hiervon ist indessen bei bekannten oder durch Stand und Verhältnisse von jedem Verdachte befreiten, Personen und überhaupt in allen den Fällen eine Ausnahme zu machen und die persönliche Erscheinung des Paßinhabers zu erlassen, in welchen ein Paß schriftlich oder durch einen Andern nachgesehen (§. 18.), oder ohne Signalement erteilt ist, oder ohne dasselbe nach den Formularen II., V. und VI. erteilt werden kann (§. 4.).

Es ist durchaus unzulässig, bei einigem Zweifel den Paß zwar nicht zu visiren, son-







## Siebenter Titel.

### Von den Legitimationskarten.

#### §. 35.

##### 1. Verfahren bei Ertheilung der Legitimationskarten.

Die, im §. 13. des Passedikts vom 22ten v. M. nachgelassenen, Legitimationskarten haben den Zweck, den Inländern, welche keine Pässe nehmen wollen, die, ihnen nach den Gesetzen obliegende und notwendige, Legitimation auf Reisen im Innern des Staats zu erleichtern. Sie dürfen daher,

- 1) nur an Passfreie Inländer, mithin nicht an die, im Passedikts §. 14. gedachten, Inländer und
- 2) nur für deren Reisen in den königl. Staaten ertheilt werden.

Zur Ausstellung derselben sind, außer dem Polizeiministerium,

- 1) die resp. Regierungen für die Bewohner ihres Departements und
  - 2) die ordentliche Polizeiobrigkeit eines jeden Ort für die Bewohner desselben
- berechtigt, es ist jedoch rathsam, daß sie, besonders an Nichteximirte, nur von der letzteren Behörde, von den übrigen wenigstens nicht anders, als auf den Antrag oder das Zeugniß der Ortspolizeiobrigkeit ausgegeben werden.

Die Legitimationskarten dieser drei Behörden vertreten für Inländer auf Reisen im Innern des Staats die Stelle förmlicher Pässe und es gelten auch die, von den, unter 1. und 2. gedachten, Behörden ertheilten, Legitimationskarten für den ganzen Umfang des Staats, in sofern sie von der ausstellenden Behörde selbst aus erheblichen Gründen nicht bloß auf eine Provinz oder auf einige Provinzen beschränkt worden.

Sie müssen mit Vorsicht und nur an unbescholtene und unverdächtige Personen ertheilt werden; es ist hierbei nach den, in Ansehung der Pässe vorgeschriebenen, Grundsätzen zu verfahren und müssen daher Legitimationskarten denjenigen nicht ertheilt werden, welche zu Reisen innerhalb Landes keine Pässe erhalten sollen, (§. 16.) oder dazu förmlicher Pässe bedürfen. (§. 14.)

Uebrigens treten die Grundsätze und Bedingungen, nach und unter welchen Pässe zu inländischen Reisen ertheilt oder versagt werden müssen, auch bei den Legitimationskarten, in so weit ein, als die abweichende Beschaffenheit der letztern nicht entgegensteht, und können daher unter dieser Beschränkung die, für Pässe angeführten, Grundsätze auch auf die Legitimationskarten analogisch angewandt werden.

Die Legitimationskarten sind einer Visa nicht unterworfen.

Ueber die ausgegebenen Legitimationskarten muß von jeder Polizeibehörde ein eigenes Journal, nach dem, unter XII. beigefügten, Formular gehalten werden.

Derjenige, welcher die Provinz oder den Ort, von deren Polizeibehörde er eine Legitimationskarte besitzt, verändert, muß letztere der Behörde, von welcher er sie erhalten hat, zurückgeben und von der, für seinen neuen Wohnort competenten, Behörde eine neue Legitimationskarte nehmen.







Das weitere Verfahren wird im Allgemeinen durch das Resultat der Untersuchung folgendergestalt bestimmt.

I. Wenn der Reisende durch andere glaubwürdige Urkunden, Zeugniß unverdächtigter Inländer oder sonst auf glaubhafte Art sich und seine Führung als unbescholten und für die öffentliche Sicherheit nicht bedenklich und sich über den rechtlichen Zweck seiner Reise, hinreichend ausgewiesen hat; so kann ihm die Fortsetzung seiner Reise, gänzlich oder vorläufig, gestattet werden. Zu diesem Ende muß die Polizeibehörde, nach Maafgabe des Grades der beigebrachten Legitimation und unter Mitberücksichtigung des Wunsches des Reisenden,

- 1) entweder ihm auf einem Paßblanquet (§. 13.), wenn sie damit versehen ist, den Eingangspafß erteilen, widrigenfalls aber denselben bei der nächsten, zur Ertheilung eines Eingangspasses berechtigten, Behörde erwirken und, nach Umständen, bis zu dessen Eingang den Reisenden unter einer, den Verhältnissen angemessenen, Observation behalten oder
- 2) demselben bis zur nächsten, mit der Befugniß, den Eingangspafß zu erteilen, versehenen, Behörde einen Interimpafß geben. Letzterer ist in der gewöhnlichen Form der nothwendigen inländischen Pässe, mithin nach dem Formular I., auszufertigen, muß aber allemal eine spezielle Reiseroute (§. 6.) und, nach Befinden, die Klausel der Visirung in den Nachtquartieren und nöthigenfalls, selbst in allen, auf der Tour belegenen, Städten oder Hauptorten und der Verbindlichkeit, deshalb bei der dortigen Polizeiverwaltung sich zu melden (§. 30.), enthalten; gleichergestalt muß die Dauer der Gültigkeit, mit Berücksichtigung sowohl der Entfernung, als der Verhältnisse des Reisenden, darin bestimmt seyn. Der Inhaber eines solchen Passes muß diese und andere darin enthaltenen Aufgaben genau erfüllen und insonderheit die, ihm vorgeschriebene, Route und Zeit nicht überschreiten. Den Polizeibeamten, so wie der königl. Genod'armerie liegt ob, auf die, mit solchen Interimpässen versehenen, Reisenden besonders aufmerksam zu seyn, sie sowohl bei Ueberschreitung der ihnen vorgezeichneten Route, als bei Unterlassung der, zur Visirung ihnen aufgegebenen, Anmeldungen zur Verantwortung zu ziehen und, nach deren Resultat, weiter gegen sie zu verfahren, mithin sie als verdächtig zu behandeln, oder an die nächste Kreis- oder städtische Polizeibehörde zur weiteren Bestimmung transportiren zu lassen.

Dem, mit einem Interimpasse versehenen, Reisenden sind die, zu seiner Legitimation und zu seinem Fortkommen erforderlichen, Papiere von der, ihm den Interimpafß erteilenden, Behörde abzunehmen und mit dem, über die Legitimation aufgewonnenen, Protokoll, mit der Post, durch einen Boten oder auf andrem amtlichen Wege an die Behörde, bei welcher der Eingangspafß nachgesucht wird, einzusenden, oder zu diesem Zweck dem Reisenden selbst nur in durchaus unbedenklichen Fällen mitzugeben, und muß dies letztere der zuletzt gedachten Behörde allemal baldigst angezeigt werden.



II. Wenn aus der Untersuchung gegen den Reisenden ein Verdacht hervorgegangen ist; der entweder eine genauere polizeiliche oder eine Kriminal-Untersuchung begründet; so ist derselbe an die geeignete Polizei- oder Justiz-Behörde abzugeben.

III. Wenn aber weder der, unter I. gedachte, Nachweis beigebracht ist, noch der, unter II. angeführte, Verdacht eintritt, mithin der Reisende zwar nicht legitimirt, aber doch eines bestimmten Vergehens oder Verbrechens nicht verdächtig ist; so ist er mittelst Transports über die Gränze zurückzubringen und dabei zu bedeuten, daß er bei nochmaliger Ueberschreitung der Landesgränze, als Vagabonde behandelt und daher, in Gemäßheit der Gesetze, mit zweijähriger Zuchthausstrafe werde belegt werden; der Namen und das Signalement desselben ist zugleich ist der früher angeordneten Art durch das Amtsblatt öffentlich bekannt zu machen.

#### §. 39.

Das, im vorigen §. bestimmte, Verfahren findet jedoch, nach dem Gesichtspunkte, auf welchen die Polizei-Behörden für die Verwaltung der Paß-Polizei, in der gegenwärtigen Instruktion mehrmals aufmerksam gemacht worden, bei denjenigen Ausländern keine Anwendung, welche schon durch ihren Stand, ihre öffentlichen und Privatverhältnisse, die Art ihrer Reise oder anderer Rücksichten, von jedem Verdacht unentbehrlicher, der öffentlichen Sicherheit gefährlichen, Absichten entfernt, mithin für die Sicherheits-Polizei ohne weiteres Interesse sind. Solche Personen sind dem, §. 38. vorgeschriebenen, Verfahren nicht unterworfen, sondern erhalten entweder auf einem Paßbillet, einen Eingangspaß oder einen Interimpaß, nach Maafgabe eines jeden Falls, mit oder ohne Signalement und Klausel der Visirung in jedem Nachtquartiere, so wie mit oder ohne Bestimmung einer speciellen Reiseroute bis zu der, auf der Tour ihrer Reise belegenen, nächsten, zur Ertheilung eines Eingangspasses berechtigten, Behörde, welcher alsdenn solches ehebaldigst mittelst der Post anzuzeigen ist.

Auch in den, im Paßedikt §. 4. unter 1. 2. 3. 4 und 5. gedachten, Fällen ist von der Vorschrift des §. 38. eine Ausnahme zu machen, dagegen aber mit Umsicht und genauer Prüfung der Unbescholtenheit der beigebrachten Legitimation zu verfahren, damit keine Umgehungen der Gesetze dadurch veranlaßt werden.

#### §. 40.

##### b. b. Ausgang aus demselben.

Ausländer, welche durch das Paßedikt vom 22sten v. M. §. 8. von einem Ausgangspass nicht befreit sind, werden ohne denselben aus den Königl. Staaten nicht herausgelassen, sondern an der Grenze angehalten und nach Maafgabe ihrer Verhältnisse, in Gemäßheit der, §. 38. enthaltenen, Anweisung behandelt.

Die Grenzbehörden können nur denjenigen, welche entweder zu den, §. 39. gedachten Personen gehören oder unbedenklich Interimpässe erhalten würden, Ausgangspässe ertheilen oder, gemäß dem §. 38. I. 1., verfahren, müssen dagegen aber gegen Verdächtige die dort vorgeschriebenen Grundsätze befolgen und bei irgend einem Verdacht oder einem Zweifel die Bestimmung der vorgesetzten Regierung einholen und bis zu derselben den Reisenden unter Polizei-Aufsicht behalten.

#### §. 41.



## §. 41.

## c. c. Aufenthalt im Innern des Staats.

Da die, im Staate sich aufhaltenden, Fremden zu Reisen im Innern desselben eines Passes bedürfen; so treten die, in den §. §. 38. und 39. enthaltenen, Grundsätze gegen diejenigen von ihnen ein, welche, ohne zu den, §. 2. des Passedikts bestimmten, Ausnahmen zu gehören, im Lande ohne vorschriftsmäßigen Paß reisen.

## §. 42.

## b. Inländer.

Passpflichtige Inländer (§. 14.) werden, wenn sie in den königlichen Staaten ohne Paß reisen, angehalten und zur polizeilichen Untersuchung gezogen. Können sie sich in derselben als unbescholten und unverdächtig ausweisen; so erhalten sie von der Behörde, vor welcher sie in Untersuchung sind, zwar einen Paß zur Fortsetzung ihrer Reise im Inlande, nach dem Formulare No. I, allein in demselben muß ausdrücklich bemerkt werden, daß der Inhaber angewiesen sey, binnen der, nach den Verhältnissen des Falls zu bestimmenden, allemal aber im Passe ausdrücklich anzuführenden, Frist von der Polizeiobrigkeit seines Wohnorts einen Paß zu nehmen; weshalb nicht allein die Gültigkeit des, ihm jetzt erteilten, nur auf diese Frist zu beschränken, sondern auch die Polizei-Behörde des Wohnorts, unter Beifügung der Verhandlung, hiervon zu benachrichtigen ist.

Ob die Verbindlichkeit, den einstweiligen Paß in jedem Nachtquartier visiren zu lassen, dem Paßführer aufzulegen sey, hängt von dem Grade der Vollständigkeit des beigebrachten Nachweises seiner Unverdächtigkeit ab.

Inländer, die zu inländischen Reisen nicht passpflichtig sind, bedürfen dazu zwar nicht eines Passes, sind jedoch in Gemäßheit der Geseze und insonderheit des Passedikts vom 22sten v. M. §. 12., verbunden, auf Erfordern der Polizei oder Genod'armee durch Paß- oder Legitimations-Karte (§. 35.) oder auf andere glaubwürdige Art als unverdächtig und unbescholten und für diejenigen, wofür sie sich ausgeben, sich ausweisen.

Wenn sie diesen Nachweis zu führen nicht vermögen; so können sie nicht als unverdächtig behandelt werden, sondern müssen entweder nach ihrem Wohnort, nöthigenfalls durch Transport, zurückgeschickt oder bis zur Ermittlung ihrer Unverdächtigkeit unter polizeilicher Observation und, nach dem Grade des Verdachts, selbst in polizeilichem Arreste, gehalten und demnächst nach Vorschrift der Geseze weiter behandelt werden.

Die Polizeibehörden werden indessen auch hier ganz vorzüglich auf die, im Eingang und in den §. §. 4 und 29. der gegenwärtigen Generalinstruktion enthaltenen, Grundsätze über die so nothwendige Umsicht und angemessene Beurtheilung der Personen hiermit zurückgeführt und verwiesen.

Inländer, welche ohne Paß in den Staat oder aus demselben herausreisen wollen, werden nach den, §. §. 38. bis 40. gewachten, Grundsätzen behandelt.

## §. 43.

## 2) Gegen diejenigen, die mangelhafte Pässe führen.

Diejenigen, welche auf abgelaufene, von einer unbefugten Behörde erteilte, verfälschte oder sonst unrichtige und mangelhafte Pässe oder außer der, ihnen vorges-



schriebenen, Route reisen, sind nach denselben Grundsätzen zu behandeln, die nach §. 38. — 42., gegen passlose Individuen eintreten.

Unwesentliche, nicht sowohl den Passinhabern, als der ausfertigenden Behörde zur Last fallende, Mängel in den Pässen, gehören indessen überall nicht hierher, sondern sind vielmehr von den Polizeibehörden zu berichtigen. (§. 32.).

Verfälschungen und Veränderungen des Namens und anderer wesentlichen Theile des Passes, begründen dagegen allemal einen besondern Verdacht und eine genaue Untersuchung gegen den Passführer und zwar letztere nicht bloß wegen der Verfälschung, sondern auch wegen seines ganzen Lebenslaufes und seiner polizeilichen Gefährlichkeit und Verdächtigkeit.

#### §. 44.

### 3) Gegen diejenigen, die widerrechtlich Pässe erhalten haben.

Diejenigen, welchen keine Reisepässe erteilt werden dürfen (§. 16.), müssen, auch, wenn sie dennoch mit denselben versehen seyn sollten, auf dieselben resp. aus dem Staate nicht heraus; oder in denselben eingelassen oder auf Reisen im Innern des Staates, so weit ihnen auch hierzu keine Pässe verabsolgt werden dürfen, geduldet werden; vielmehr sind die Pässe ihnen abzunehmen und an die, dem Aussteller vorgesezte, Behörde zur Rüge der Ausstellung zu senden, die Pass-Inhaber aber, nach Bewandniß der Verhältnisse, wenn sie Ausländer sind, über die Landes-Grenze oder, wenn sie nicht aus dem Lande sollen, an den, von ihnen widerrechtlich verlassenen, Ort zurück, und, wenn es Inländer sind, nach ihrem Wohn- oder Aufenthalts-Ort geschickt oder transportirt werden.

Die, §. 38. vorgeschriebenen, Grundsätze dienen, wenigstens im Allgemeinen, auch hier zur Richtschnur.

## Neunter Titel.

### Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 45.

### 1) Möglichste Beförderung der Reisenden.

Die Polizei-Behörden werden bei der strengsten Verantwortlichkeit angewiesen, Reisende und alle, auf sie, ihre Legitimation und weitere Beförderung betreffenden und überhaupt alle Paß-Angelegenheiten auf das allerschleunigste zu besorgen, ihr Verfahren nach den, in dieser General-Instruction mehrmals ausgesprochenen, Grundsätzen genau und gewissenhaft einzurichten und zu leiten, und nicht außer Acht zu lassen, daß die Erleichterung, Beförderung und, so weit die Ordnung es gestattet, möglichst willfährige, in jedem Fall aber höfliche und anständige, Behandlung unbescholtener, bekannter oder hinreichend legitimirter, verdachtsloser Reisenden und Verminderung und Erleichterung der, für letztern aus der Paß-Polizei obnehin entspringenden, Belästigungen eben so sehr zu ihrem Beruf und zu ihren Pflichten gehört, als sie durch unausgesetzte Aussicht auf verdächtige, gar nicht, oder nicht hinreichend legitimirte, Reisende, durch aufmerksame Kontrolle derselben, durch fortgesetzte, umsichtige Verfolgung ihrer

Spur



Spur und durch pünktliche Erfüllung der, über die verschiedenen Mittel, solche Reisende zu beobachten, in den Gesetzen enthaltenen, Vorschriften einen wichtigen Theil ihrer Bestimmung erfüllen.

## §. 46.

## 2. Lokale für Besorgung der Paß-Angelegenheiten.

In jeder Stadt muß auf dem Polizei- oder Stadthause ein eigenes Lokale zur Besorgung aller Gegenstände der Paß-Polizei täglich in den, dem Bedürfnisse eines jeden Orts angemessenen, jedenfalls aber hinreichenden, Stunden bereit und geöffnet und in demselben ein, zu diesen Geschäften qualifizirter und berechtigter, Offiziant anwesend sein; allein die Besorgung der Paß-Angelegenheiten muß, besonders in dringenden Fällen, weder auf dies Lokale, noch auf diese Stunden beschränkt, sondern dazu zu jeder Zeit entweder in jenem Lokale, oder in dem Hause des, mit diesem Zweige der Polizei beauftragten, Beamten die erforderlichen Vorkehr so getroffen sein, daß für Reisende überall kein Aufenthalt entstehen könne.

In dem Lokale der Paß-Polizei müssen die Listen der, durch Steckbriefe verfolgten, Personen und deren Signalements und andere, zur Entdeckung verdächtiger Personen erlassene, Bekanntmachungen (§. 25.) stets vorhanden sein und genau berücksichtigt werden.

## §. 47.

## 3. Verantwortlichkeit der Polizei-Beamten.

Die, mit der Verwaltung der Fremden- und Paß-Polizei beauftragten, Behörden und Beamten jedes Grades sind für die treue und pünktliche Erfüllung der, nach den Paß-Gesetzen, insonderheit nach der gegenwärtigen General-Instruktion, ihnen obliegenden Pflichten verantwortlich und wegen Vernachlässigung derselben nach der Wichtigkeit des Falls und des Grade der Verschuldung mit Ordnungsstrafe zu belegen oder sonst zur Verantwortung zu ziehen und dabei, nach Bewandniß, von der vorgesetzten Behörde anzuweisen, dem Reisenden die Kosten des, durch ihre Schuld verzögerten, Aufenthalts zu erstatten. Den Königl. Regierungen wird empfohlen, die, von ihren Unterbehörden hierbei begangenen erheblichen, Fehler und die, deshalb erkannten, Strafen, nach Umständen mit oder ohne Benennung der Behörde, durch das Amtsblatt öffentlich bekannt zu machen, dagegen sollen aber diejenigen Polizei-Beamten, welche die, ihnen hierunter obliegenden, Pflichten mit besonderer Treue und Aufsicht erfüllen, insonderheit diejenigen, welche durch ihre, auf Prüfung der Legitimation und der Pässe verwandte, Mähe und Aufmerksamkeit durch Steckbriefe verfolgte, oder sonst gefährliche Verbrecher oder andere der öffentlichen Sicherheit nachtheiligen Individuen ermitteln und entdecken, nicht allein bei Vertheilung der Prämien besonders beachtet, sondern auch dem Polizei-Ministerium zur außerordentlichen Berücksichtigung angezeigt und, dem Befinden nach, öffentlich ehrenvoll bekannt gemacht werden.

## §. 48.

## 4. Officielle Berichte in Paß-Angelegenheiten.

In den ersten Tagen einer jeden Woche muß zur Uebersicht der, in den Staat gekommenen, und aus demselben ausgegangenen, Reisenden die Polizeibehörde einer jeden



jeden Grenz-Stadt das Duplikat des, in abgewichener Woche von ihr geführten, Visa-Journals (§. 34.), so wie jede, mit Blanquets zu Regierungs-Aus- oder Eingangs-Pässen versehene, Behörde (§. 13.), das Duplikat ihres Aus- oder Eingangs-Paß-Journals (§. 22.), sowohl zum Polizei-Ministerium, als zu der, ihr vorgesetzten, Regierung einsenden, ein Begleitbericht ist, wenigstens bei der Uebersendung an das Polizei-Ministerium, in der Regel nicht nöthig, sondern die bloße Einsendung des Auszugs der resp. Visa- und Paß-Journale hinreichend.

Die Verzeichnisse der erteilten oder visirten Pässe, welche andere, als Grenz-Polizeibehörden bisher zum Polizei-Ministerium einzusenden hatten, fallen dagegen weg und sind lediglich an das Polizei-Ministerium monatlich einzuschicken, Verzeichnisse der, von ihnen erteilten Pässe, lediglich auf Aus- und Eingangs-Pässe zu beschränken.

### §. 49.

#### 5. Provinzial-Instruktionen.

Den Königlichen Regierungen wird überlassen, bei Publikation der gegenwärtigen General-Instruktion und sonst die Polizei-Behörden ihres Departements oder einzelne derselben mit, die Verhältnisse des Departements oder des Orts näher berücksichtigenden, Instruktionen zu versehen und insbesondere für die Verwaltung der Fremden- und der Paß-Polizei auf dem platten Lande und die, deshalb den Landräthen und Gutsbesitzern so wie den Schulzen obliegende, Pflichten die erforderlichen näheren Anweisungen zu erlassen und dadurch die, unterm 11ten Februar 1814. für die alten Provinzen, mit Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse provisorisch verfaßte, Schulzen-Instruktion nach den Bedürfnissen und Verhältnissen ihres Regierungs-Bezirks, näher zu bestimmen, zu ändern oder aufzuheben, als zu welchem Ende hiermit zum Voraus bestimmt wird, daß diese Schulzen-Instruktion in jedem Regierungs-Departement von dem Zeitpunkte an außer Wirkung treten soll, in welchem die Regierung über diesen Gegenstand eine anderweitige Instruktion erlassen haben wird. Die, von den Königl. Regierungen erlassenen, näheren Instruktionen sind jedesmal abschriftlich zum Polizei-Ministerium einzusenden.

Den Königlichen Regierungen wird hiermit aufgetragen, diese General-Instruktion ehebaldigst durch das Amtsblatt und sonst den Unter-Behörden zu publiziren und auf deren genaueste Befolgung sowohl von Seiten derselben, als von der Regierung selbst und ihrer Paß-Expedition strenge zu halten und, in Gemäßheit des §. 47., die eingetretenen Contraventionen zu bestrafen, dagegen aber ausgezeichnete Pflichterfüllung auch von ihrer Seite auszuzeichnen.

Berlin, den 12ten Juli 1817.

Königliches Polizei-Ministerium.

In Abwesenheit des Herrn Staats- und Polizei-Ministers Durchl.

v. R a m p f.



# A n l a g e n.

## I.

Formular des Passes an passpflichtige Inländer zu Reisen im  
Innern des Staats.

Königlich Preussische Staaten.

No. des Pass-Journals.

(Stempel.)

(Königl. Siegel.)

Passpflichtig.

Reise-Paß im Inlande  
gültig auf (Zeitbestimmung).

Signalement des Paß-Inhabers.

1. Namen
2. Stand
3. Vaterland
4. Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes
5. Religion
6. Alter
7. Größe der Person    Fuß    Zoll
8. Haare
9. Stirne
10. Augenbraunen
11. Augen
12. Nase
13. Mund
14. Zähne
15. Bart
16. Haar
17. Gesicht
18. Gesichtsfarbe
19. Statur
20. Besondere Kennzeichen (hier ist ein  
bedeutender Raum zu lassen.)

Da der (die) (Namen und Stand)  
aus (Wohnort)  
mit (Frau, Kindern, Bedienten)  
um (Zweck der Reise)  
über (Reise-Route)  
nach (Bestimmungsort)  
reiset und durch (Grund der Legitimation)  
als unverdächtig legitimirt ist; so ist demselben  
(derselben) der gegenwärtige Paß auf (Dauer der  
Gültigkeit) erteilt, und werden alle Civil- und  
Militair-Behörden ersucht (oder resp. ange-  
wiesen und ersucht\*), denselben (dieselbe)  
mit angeführter Begleitung frei und ungehindert  
reisen und zurückreisen, auch nöthigenfalls ihm  
(ihr) Schutz und Beistand angedeihen zu lassen.

Dieser Paß muß aber von der Polizei-  
Obrigkeit eines jeden Orts, an welchem der (die)  
Inhaber (Inhaberin) sich länger als vier und  
zwanzig Stunden aufhält, ohne Unterschied zwi-  
schen Stadt und Dorf, visirt und ihr deshalb  
vorgezeigt werden.

Unterschrift des Paß-Inhabers.  
(ebenfalls.)

Stempel und Gebühren

- 1) Stempel . . . gGr.
- 2) Gebühren . . . gGr.

Zusammen

(Ort und Datum)  
(Namen der passerteilenden Behörde.)  
(Siegel derselben.)

(Unterschrift des vorsitzenden Mitglieds  
derselben.)

(Unterschrift des Paß-Expedienten.)

\*) Diese, mit größern Buchstaben gedruckten Worte werden jedoch in die Pässe der Kreis- und  
Orts-Behörden nicht mit aufgenommen.



Formular der freiwilligen Pässe zu Reisen im Inlande.

Königlich Preussische Staaten.

No. des Pass-Journals.

(Stempel.)

(Königl. Siegel.)

Freiwilliger Reise-Pass im Inlande

gültig auf (Zeitbestimmung).

Signalement des Pass-Inhabers.

1. Namen
2. Stand
3. Vaterland
4. Ort des gewöhnlichen Aufenthalts
5. Religion
6. Alter
7. Größe der Person. Fuß. Zoll
8. Haare
9. Stirne
10. Augenbraunen
11. Augen
12. Nase
13. Mund
14. Zähne
15. Bart
16. Sinn
17. Gesicht
18. Gesichtsfarbe
19. Statur
20. Besondere Kennzeichen (hier ist ein bedeutender Raum zu lassen.)

Unterschrift des Pass-Inhabers.

(ebenfalls.)

Stempel und Gebühren.

- |             |      |
|-------------|------|
| 1) Stempel  | gGr. |
| 2) Gebühren | gGr. |
| Zusammen    | gGr. |

Da der (die) (Namen und Stand)

aus (Wohnort)

mit (Frau, Kindern, Bedienten)

um (Zweck der Reise)

über (Reise, Route)

nach (Bestimmungsort)

reiset und durch (Grund der Legitimation)

als unverdächtig legitimirt ist; so ist demselben

(derselben) der gegenwärtige Pass auf (Dauer der

Gültigkeit) erteilt, und werden alle Civil- und

Militair-Behörden ersucht (oder resp. ange-

wiesen und ersucht), denselben (dieselbe)

mit angeführter Begleitung frei und ungehindert

reisen und zurückreisen, auch nöthigenfalls ihm

(ihr) Schutz und Beistand angedeihen zu lassen.

(Ort und Datum.)

(Namen der passerteilenden Behörde.)

(Siegel derselben.)

(Unterschrift des vorsitzenden Mitglieds

derselben.)

(Unterschrift des Pass-Expedienten.)

\*) Diese, mit größern Lettern gedruckten, Worte fallen jedoch in den Pässen der Kreis- und Ortsbehörden weg.











## V.

## Formular der General-Pässe ohne Signalement \*).

## Königlich Preussische Staaten.

No. des Pass-Journals.

(Stempel.)

(Inland.)

(Königl. Siegel.)

In- und Ausland.)

General-Pass.

gültig auf (Zeitraum.)

Dem (der) (Namen und Stand) aus (Wohnort) wird für ihn (sie) und seine (ihre) Begleitung zu Reisen innerhalb (und ausserhalb) den Königl. Staaten — (Zeitraumbestimmung) gegenwärtiger General-Pass ertheilt und daher jede Civil- und Militair-Behörde ersucht (oder resp. angewiesen und ersucht), gedachten, (gedachte) völlig legitimirten, (legitimirte) Inhaber, (Inhaberin) dieses Passes nebst Begleitung binnen obbemeldetem Zeitraum (sowohl) innerhalb (als ausserhalb) den Königl. Staaten frei und ungehindert (ein- und ausgehen und) reisen, auch nöthigenfalls ihm (ihr) Schutz und Beistand angedeihen zu lassen.

Der gegenwärtige Pass muß aber von der nächsten Grenz-Polizeibehörde visirt werden. \*\*)

(Ort und Datum.)

(Namen der Passerschellenden Behörde.)

(Siegel derselben.)

(Unterschrift des vorsitzenden Mitgliedes derselben.)

(Unterschrift des Pass-Expedienten.)

## Stempel und Gebühren.

Stempel gGr.

Ausfertigungs-Gebühr gGr.

überhaupt.

\*) Von diesem Formular sind doppelte Abdrücke erforderlich, erstens zu General-Pässen für Reisen innerhalb den Königlich Staaten, in welche die mit größter Schrift gedruckten, auf Reisen in das Ausland sich beziehenden Stellen wegleiben, und zweitens zu General-Pässen für Reisen innerhalb und ausserhalb Landes zugleich, in welche jene Stellen, so wie der Schluß aufgenommen werden; in den ersten kommt unter der Nummer des Pass-Journals nur die Bemerkung: Inland, in den letztern dagegen: In- und Ausland.

\*\*) Auch dieser Absatz fällt in den, nur zu Reisen innerhalb Landes ertheilten, General-Pässen weg.



## VI.

## Formular der Spezial-Pässe ohne Signalement.

## Königlich Preussische Staaten.

No. des Pass-Journals.

(Stempel.)

(Königl. Siegel.)

## Reise-Paß

gültig auf (Zeitraum.)

Dem (der) (Namen und Stand) wird für ihn (sie) und seine (ihre) Begleitung zur Reise nach (Bestimmungsort) auf (Dauer der Gültigkeit des Passes) der gegenwärtige Paß erteilt, und daher jede Civil-, oder Militär-Behörde ersucht (oder resp. angewiesen und ersucht\*), genannten (genannte) völlig legitimierten (legitimierten) Inhaber (Inhaberin) dieses Passes nebst Begleitung dahin frei und ungehindert reisen und von dort resp. zurückreisen, auch ihm (ihr) nöthigenfalls Schutz und Beistand angedeihen zu lassen.

(Ort und Datum.)

(Namen der Pass-erteilenden Behörde.)

(Siegel derselben.)

(Unterschrift ihres vorsitzenden Mitgliedes.)

(Unterschrift des Paß-Expedienten.)

## Stempel und Gebühren.

2) Stempel . . . . . gGr.

2) Gebühren . . . . . gGr.

Zusammen

\* Diese groß gedruckte Stelle fällt in den Pässen der Kreis- und Orts-Behörden weg.







## Formular der Jahres-Pässe zum Ausgange.

(Paß-Edikt vom 22. Juni 1817. §. 10.)

## Königlich Preussische Staaten.

Regierungs-Bezirk von (Namen der Regierung.)

No. des Paß-Journals.

(Stempelfrei.)

(Königl. Siegel.)

## Ausgangs-Jahres-Paß

für (Namen und Stand) aus (Wohnort) gültig auf ein Jahr.

## Signalement des Paß-Inhabers.

1. Namen
2. Stand
3. Vaterland
4. Ort des gewöhnlichen Aufenthalts
5. Religion
6. Alter
7. Größe der Person Fuß Zoll
8. Haare
9. Stirne
10. Augenbraunen
11. Augen
12. Nase
13. Mund
14. Zähne
15. Bart
16. Kinn
17. Gesicht
18. Gesichtsfarbe
19. Statur
20. Besondere Kennzeichen (hier ist ein bedeutender Raum zu lassen.)

Unterschrift des Paß-Inhabers.

Stempel, und Gebührenfrei.

Nachdem der (die) (Namen und Stand) zu (Wohnort), nach vorgängiger hinlänglicher Legitimation, in Gemäßheit des Allerhöchsten Paß-Edikts vom 22sten Juni 1817. §. 10. die Erlaubniß erhalten hat, zum Behuf (Anführung der Geschäfte, zu welchen der Paß erteilt worden) von heute bis zum (Tag des Ablaufs des Passes) so oft, als vorbemeldete Geschäfte es erfordern, ohne jedesmal eines besondern Ausgangs-Passes zu bedürfen, in den, dem (Namen des Kreises) Kreise zunächst angränzenden, Distrikt von zwei Meilen des Auslandes zu reisen und aus demselben wieder zurückzureisen; so werden alle Civil- und Militair-Behörden ersucht, die, der unterzeichneten Behörde untergeordneten Beamten aber angewiesen, gedachten (gedachte) (Namen und Stand) nebst Familie und der, zu seinem (ihrem) Geschäfte nöthigen, Dienerschaft den resp. Aus- und Eingang und Aufenthalt, nicht in die Hin- und Rückreise auf den gegenwärtigen General-Paß während dessen Dauer ohne Production eines speciellen Passes frei und ungehindert zu gestatten, auch nöthigenfalls ihm (ihr) Schutz und Beistand angedeihen zu lassen.

Der Inhaber dieses General-Passes muß aber denselben jedesmal, daß er über die Grenze geht, der resp. Grenz-Polizei-Behörde zur Vörlegung vorlegen.

(Ort und Datum.)

(Siegel.)

(Namen der Behörde.)

(Unterschrift wie in dem vorhergehenden Formulare.)











# Amts-Blatt

der  
Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 49. —

Den 5ten December 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Es ist bei dem Fünften Departement des Königlichen Kriegsministeriums zur Kenntniß gekommen, daß mehrere Landwehroffiziere in der irrigen Meinung stehen, den ihnen bewilligten zweijährigen halben Sold auch dann noch beziehen zu können, wenn sie inzwischen eine Zivilversorgung, und mit derselben ein fixirtes Einkommen erhalten haben.

Daß dies durchaus nicht statt finden darf, und mit dem Tage, wo das Zivilamt anhebt, der ordnungsmäßige halbe Militärsold aufhören muß, liegt zwar schon in der Natur der Sache, indem der letztere von des Königs Majestät den entlassenen Landwehroffizieren nur in der huldvollen Absicht bewilligt worden ist, um deren vorläufige Existenz zu sichern.

Damit jedoch aus den erwähnten irrigen Ansichten für das Königliche Interesse kein Nachtheil erwachse, hat das Königliche Finanzministerium mittelst Reskripts vom 1sten d. M. verordnet, daß das genannte Departement von der erfolgten Zivilanstellung der Landwehroffiziere genau unterrichtet, und demselben zu dem Ende eine Nachweisung eingesandt werden solle, in welcher ohne Ausnahme sämmtliche Offiziere und Militärbeamte aufgenommen sein müssen, welche seit dem 1sten Jan. 1816. eine fixirte Zivilanstellung erhalten, und vorher entweder den ordnungsmäßigen halben Militärsold, oder Wartegeld bis zur anderweitigen Anstellung bei der Armee, der Gend'armerte, bei Garnisonbataillonen u. bezogen haben, oder etwa während der Zivilanstellung noch einem Regimente angehört und dort Militärsold empfangen. Diese Nachweisung muß neben der Charge und dem Namen, noch die genaue Bezeichnung des Truppentheils, welchem der Angestellte früher angehört, so wie des Tages, von welchem ab das Zivilgehalt gezahlt worden ist, enthalten. Da bei uns nicht alle Nachrichten vorhanden sind, um die Nachweisung

No. 313.  
Zivilversorgung der  
Landwehroffiziere und  
Militärbeamte.  
I. m. 2. b.  
1586.  
November.































# Extra-Blatt

zum

49sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

## Strekbrie fe.

Der unten näher bezeichnete Knecht Karl Heinrich Gieseke, aus Werben in der Altmark gebürtig, hat, nachdem er höchst wahrscheinlich mehrere Diebstähle an seinem Brodherrn und seinem Mithknechte verübt hat, sich heimlich von Linum heute früh entfernt. Er führt einen von der Berliner Polizeilntendantur unterm 14ten d. M. ausgestellt, auf 24 Stunden zur Rückkehr nach Linum gültigen Paß bei sich.

No. 48.

Die resp. Militär- und Zivilbehörden werden ersucht, den Gieseke im Betretungsfall sofort arrestiren, und an uns, nebst den bei ihm befindlichen Effekten, abliefern zu lassen.

Geheßelin, den 26sten November 1817.

Königl. Preuß. Justizamt hierselbst.

## Signallement.

Der Gieseke ist 26 Jahr alt, 6 Fuß 4 Zoll groß, schlanken Körperbaues, hat blonde krause Haare, bedeckte Stirn, blaue große Augen, etwas aufgestuhte Nase, gewöhnlichen Mund, blasser Gesichtsfarbe. Er ist höchst wahrscheinlich mit einem Paar alten grautuchenen Ueberziehhosen mit Leder besetzt und rothen Streifen, einer kurzen dunkelblauen Jacke mit erhabenen Metallknöpfen, einem dunkelgrautuchnen Mantel mit großem Kragen, dessen eine Hälfte etwas dunkler Farbe ist, und einer tuchnen Mütze mit Wachseleinwand bezogen, bekleidet.

Der Tagelöhner Johann Christian Endt alhier hat, nachdem er die hiesigen Einwohner durch Drohungen, die auf Brandstiftung schließen lassen, beunruhigt, bald nach dem Feuer am 10ten d. M. sich entfernt. Huth, Handschuhe und seine Schriften mit dem Bürgerbreise sind in einem abgelsetzten Kahn auf dem hiesigen See am 17ten d. M. gefunden worden. Wenn gleich sich vermuten läßt, daß er sich ersäufte hat, so hat man doch bis jetzt nicht zur Gewißheit darüber kommen können, es verbreitet sich vielmehr das Gerücht, daß er hie und dort gesehen worden. So wenig auch diesem Glauben beigemessen werden kann, so muß doch die Ungewißheit über sein Leben oder seinen Tod uns veranlassen, seine Entdeckung auf dem jeßigen Wege zu bewirken.

No. 49.

Sämmtliche resp. Zivil- und Militärbehörden ersuchen wir, auf den unten näher signalisirten Endt genau vigiliren, und ihn im Betretungsfall anhero abliefern zu lassen.

Wustterhausen a. d. Duff, den 26sten November 1817.

Der Magistrat.



### S i g n a l e m e n t.

Der Tagelöhner Endt soll mit einem blauen Ueberrock bekleidet sein, ist 31 Jahr alt, 6 Fuß 4 Zoll groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, blonden Bart, ovales Kinn und Gesicht, ist gesunder Gesichtsfarbe und untersehrer Statur.

### A u f r u f.

Von der unterzeichneten, zur Regulirung des Danziger Schuldenwesens anberufenen Kommission werden, mit Ausschluß der Inhaber von Stadtschuldschreibungen, alle diejenigen, welche an die Stadt Danzig aus irgend einem Rechtsgrunde eine Forderung, und zwar aus derjenigen Periode zu haben vermehren, während welcher die Stadt Danzig, abgetrennt vom Preussischen Staatskörper seit dem Frieden zu Tilzit, einen freien Staat bildete, hiemit aufgefordert, in terminis den 10ten Februar a. f. und die folgenden Tage bis zum Ausgange des Februar a. f., mit Ausschluß der Sonntage, auf dem hiesigen Rathhause, Vormittags von 9 bis 12 und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr, bei dem Herrn Assessor Mal oder Herrn Kalkulator Wehler ihre Forderungen anzumelden, den Grund derselben anzugeben, und die darüber in Händen habende Dokumente, entweder in der Ur- oder beglaubigten Abschrift zu produziren.

Die unterlassene Anmeldung in den angeetzten Terminen hat zur Folge, daß auf später angebrachte Forderungen bei der gegenwärtigen Regulirung des Danziger Schuldenwesens keine Rücksicht genommen werden kann. Den Anforderern, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die hiesigen Herren Justizkommissarien Sterll, Fels und Stahl als Mandatarlen in Vorschlag gebracht.

Danzig, den 3ten November 1817.

Königl. Preuss. zur Regulirung des Danziger Schuldenwesens  
niedergesezte Kommission.

### B e k a n n t m a c h u n g.

In der Nacht vom 13ten bis zum 14ten November c. ist dem Kossäthen Peter Grassow zu Kladendorff aus der Weibekoppel des Amtmanns Zittelmann zu Treuburg, hiesigen Amtes,

ein schwarzes Stutfüllen, 2½ Jahr alt, mit kleinem Stern, weißen Hinterfüßen bis an der Kote, etwa 4 Fuß 8 Zoll groß, und mit dem Brennzeichen G. S. bezeichnet,

gestohlen worden.

Sollte sich dies Füllen irgendwo angeben, so wird gebeten, solches gegen Erstattung der Kosten an das hiesige Amt zurückzuliefern.

Lebenwalde, den 20ten November 1817.

Königliches Kurländisches Domänenamt.

Die zu Proßen bei Gersbellin belegene, den Müllerschen Minorennen gehörige Windmühle soll von Marlen 1818 an anderweitig verpachtet werden, und ist dazu ein











# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 50. —

Den 12ten December 1817.

## Allgemeine Gesessammlung.

Das diesjährige 18te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält:

- No. 451. Die Allerhöchste Deklaration, betreffend die Ertheilung des Heiraths-Konsenses für die geringern und resp. über 60 Jahr alten Zivilbeamten. Vom 3ten September 1817.
- No. 452. Die Verordnung wegen Verwirkung des Landwehkreuzes. Vom 5ten Oktober 1817.
- No. 453. Die Verordnung, betreffend die Ernennung des Hrn. Staatsministers v. Altenstein Erzellenz zum Substituten des Präsidenten im Staatsrath. Vom 28sten Oktober 1817.
- No. 454. Die Allerhöchste Kabinettsordre, betreffend die Veränderungen und resp. Bestätigung der Abtheilungen des Staatsraths. Vom 13ten November 1817.
- No. 455. Die Verordnung, die Ernennung des Hrn. Staatsministers v. Klewisch Erzellenz zum Finanzminister und des wirklichen Geheimen Ober-Rechnungsraths Hrn. Fr. Lese zum Staatssekretär betreffend. Vom 2ten December 1817.

Ungeachtet der in den Allerhöchsten Verordnungen vom 17ten März 1798. 21sten Mai 1799, 29sten Junius 1801., 29sten Februar 1808 und 14ten Februar 1810., so wie in meiner Bekanntmachung vom 10ten September 1814. gegebenen Bestimmungen, nach welchen jeder seine Gesuche und Anträge an diejenigen Behörden richten soll, zu deren Verwaltung der Gegenstand zunächst gehört, gehen theils bei Seiner Königl. Majestät unmittelbar, theils bei mir eine große Menge von Gesuchen und Vorstellungen ein, die zur Beurtheilung und Entscheidung der Ministrien, in vielen Fällen sogar vor die nachgeordneten Behörden ausschließlich geeignet sind. Ich finde mich daher veranlaßt, jene Bestimmungen in Erinnerung zu







Im Verfolg der Verfügung vom 7ten Oktober d. J. im diesjährigen Amts- No. 319.  
 blatte No. 269. wird hiermit nachträglich bekannt gemacht, daß bei den nach §. 189. Verkaufung  
 No. 2. Lit. b. der Städteordnung statt findenden öffentlichen Bekanntmachungen, städtischer  
 in Betreff der Verkäufe städtischer Kommunal-Grundstücke, außer der Vorschrift Grundstücke.  
 des Tit. VII. §. 43. der allgemeinen Gerichtsordnung, auch die Modifikation der I. p. 1294:  
 selben durch den §. 69 des Anhangs zur Gerichtsordnung zu beobachten ist. Oktober.  
 Potsdam, den 23ten November 1817.

- 1) Die jährliche Aufnahme der Bevölkerungsliste besteht in der Zusammenstellung No. 320.  
 aller Geburten, Trauungen und Todesfälle des verflossenen Kalenderjahres Instruktion  
 in derjenigen Art, welche die gedruckten Formulare der Liste angeben. zur Aufstie-  
 2) Zur Erleichterung dieser Zusammenstellung ist das Formular abgekürzt, und gung der  
 es fallen in dem neu entworfenen eine bedeutende Anzahl der frühern Rubriken jährlichen  
 fort. Da jedoch die vorhandenen Formulare der bisherigen Art, zur Ersparung Bevölker-  
 der Kosten noch benutzt werden müssen, so wird denjenigen, welche noch damit rungslisten.  
 versehen sind, und solche pro 1817 zugefertigt erhalten, folgendes zur Be- I. p. 1255:  
 nutzung und Abänderung derselben bekannt gemacht. November,

Die Rubriken von 1 bis inkl. 6 bleiben unverändert,  
 7, 8 und 9 von den Getrauten, Hinsichts der Männer un-  
 ter 30 Jahren fallen ganz aus,  
 10 bis inkl. 19 (von den Getrauten) bleiben, nur ändert  
 sich die Ueberschrift der Rubriken 10, 11 und 12:  
 Männer über 30 und unter 45 Jahren cc.

daß in

Männer unter 45 Jahren cc.

20 bis inkl. 71 von den Gestorbenen nach Alter und Ge-  
 schlecht bleiben unverändert,  
 72 bis 80 (nämlich die zusammenzählenden) fallen aus,  
 da die Zusammenstellung aus den vorhergehenden Rubriken  
 hier geschehen kann, dagegen bleiben der Uebersicht wegen  
 81 bis inkl. 87 unverändert.

In die Stelle der übrigen Rubriken treten folgende, unter der allgemeinen  
 Benennung

gestorben, nach den Krankheiten und Todesarten,  
 und zwar:

die Rubriken 88 und 89 „das natürliche Lebensziel haben erreicht, und sind  
 an Entkräftung vor Alter gestorben,“

90 und 91 „durch Selbstmord,“

92 und 93 „durch allerlei Unglücksfälle,“

94 „bei der Ueberkunft und im Kindbette,“

(Die Rubrik 94 fällt aus)



Die Rubriken 96 und 97 „durch die Pocken,“

„ 98 und 99 „durch die Wasserscheu,“

„ 100 und 101 „durch innere hitzige Krankheiten,“

dahin gehören alle, welche an hitzigen Fiebern, am Brustfieber, an Halsentzündung, an Halsentzündung, an Masern und Röteln, am Scharlachfieber, an Frieseln und Fleckfieber, am Durchfall und Ruhr, gestorben sind.

Die Rubriken 102 und 103 „durch innere langwierige Krankheiten,“

dahin gehören die, welche an Wechselfiebern, kalten Fiebern, unregelmäßigen schleichenden Fiebern, am Sticht Husten, an Krämpfen, an der Koll, an der Gicht, am Wassertopf, an Abzehrung, Lungen-sucht, Wassersucht, Engbrüstigkeit, Windgeschwulst, an Epilepsie, Leibesverstopfung, an Lobsucht oder Raserei gestorben sind.

Die Rubriken 104 und 105 „durch schnelle tödtliche Krankheitszufälle. Blut-, Sticht- und Schlagflüsse,“

„ 106 und 107 „an äußern Krankheiten und Schäden,“

dahin sind zu zählen: äußerliche Entzündung und Brand, eingeklemmte Bruchschäden, Krankheiten der Uterinwege, bösartige und Krebsgeschwüre.

Die Rubriken 108 und 109 „an nicht bestimmten Krankheiten.“

Sämmtliche übrige Rubriken fallen aus.

Die in den Rubriken von 88. bis 109. vorstehend beschriebene Krankheiten und Todesarten sind statt der in dem Formular gedruckten (welche ausgestrichen werden müssen) mit rother Tinte einzutragen.

Da das neue Formular nur 96 Rubriken enthält, vorstehend solche aber bis 109 laufen, so wird zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerkt, daß in den alten Formularen zwischen den Nummern von 1 bis 109, 13 Rubriken, nämlich 7, 8, 9, 72 bis 74. 80 und 94 ganz ausgefallen sind, und dieses daher nur ebenfalls 96 Rubriken enthält.

Jeder der Herren Superintendenten wird wenigstens mit einem großen und einem kleinen Formulare der neuen Art versehen werden, um solche denjenigen Herren Predigern, welchen vorbeschriebene Abweichungen nicht deutlich genug erscheinen mögten, auf Verlangen vorzulegen.

3) Die Zusammenstellung erfolgt bei christlichen Kirchengemeinen durch die Herren Prediger, bei den Juden in Vorscham von dem Polyzelbsrektor, in den übrigen Städten von den Magisträten, und auf dem Lande durch die landrätshlichen Behörden nach dem kleinern auf 6 Jahre eingerichteten Formular.

4) Diejenigen Prediger, denen ein Superintendent vorgesetzt ist, senden ihre Listen an diesen ein, welcher solche, nach der weiter unten bestimmten Ordnung in das große Formular oder die Superintendentenliste aufnimmt.

5) Die übrigen Prediger, so wie die andern vorher ad 3. genannten Behörden, senden solche unmittelbar an die kaiserliche königliche Regierung ein.

6) Selbst



- 6) Selbst in dem Fall, wenn keine Geburten, Trauungen und Todesfälle erfolgt sind, welches hauptsächlich bei den einzeln wohnenden Judenfamilien öfter vorkommt, muß solches mittelst besondern Berichtes angezeigt werden.
- 7) Eine solche Anzeige ist auch von denjenigen landrätthlichen Behörden und Magisträten alljährlich nöthig, in deren Kreis oder Stadt bis jetzt keine Judenfamilien wohnen, damit man volle Ueberzeugung erhält, daß sich daselbst im abgelaufenen Jahre keine dergleichen etablirt haben.
- 8) Die kleinen Formulare enthalten, wie vorgebracht, Rubriken für 6 Jahre, sie werden den Behörden nach gemachtem Gebrauch jedesmal wieder zurückgesandt, und sind von denselben zur gleichartigen Benutzung in den folgenden Jahren, für welche sie bestimmt sind, sorgfältig aufzubewahren.
- 9) Da die Hauptzusammenstellung des Regierungsdepartements nach den Städten und Kreisen geordnet werden muß, und daher eine Stadt und die dazu etwa eingepfarrten Landgemeinen, so wie auch diejenigen Landgemeinen, welche in verschiedenen landrätthlichen Kreisen liegen, nicht zusammengeworfen werden dürfen, so haben diejenigen Prediger, auf welche dies Anwendung findet, sowohl für jeden Kreis, in dem ihre Gemeinen liegen, als auch für die Städte besonders, verschiedene Listen nach dem kleinen Formular anzufertigen und einzureichen.
- 10) Diese kleinen Formulare sind mit einem Umschlagebogen zu versehen, auf dessen ersten Seite unter Angabe des Kreises, die Orte speziell aufzuführen sind, für welche die Liste angefertigt ist. Hiernach versteht es sich von selbst, daß diejenigen Prediger, deren Landgemeinen in einem Kreise liegen, auch nur eine Liste anzufertigen haben.
- 11) Die großen Formulare sind hauptsächlich zu Superintendentenurllisten bestimmt, in welche die Herren Superintendenten die ihnen von den Predigern ihres Bezirkes zu übersendenden Speziallisten in folgender Ordnung aufnehmen müssen.
  - a. Die Städte müssen zuerst hintereinander aufgeführt, und die landrätthlichen Kreise, in welchen sie liegen, mit bemerkt werden. Eine Summe von den Städten einer Superintendentur zu ziehen, ist nicht erforderlich, da jede Stadt für sich in das hiesige Hauptwerk eingetragen wird.
  - b. Die Landgemeinen sind nach den verschiedenen Kreisen zu ordnen, und kreisweise hintereinander aufzuführen. Von jedem Kreise muß eine besondere Summe, der bessern Uebersicht wegen, mit rother Tinte und hiernächst am Ende eine Hauptsumme der ganzen Landsuperintendentur gezogen werden, weil das hiesige Hauptwerk Hinsichts des platten Landes eine Nachweisung nach den einzelnen Superintendenturen, und eine dergleichen nach den verschiedenen Kreisen geordnet, enthalten muß. Kommt in einer Superintendentenurlliste nur ein Ort von einem Kreise vor, so muß das Ergebniß mit rother Tinte eingetragen werden.

12) Die:



- 12) Die großen Formulare sind zwar bereits mit horizontalen Zwischenlinien versehen, wo diese jedoch für eine Superintendentur nicht ausreichen sollten, können solche durch zu ziehende Zwischenlinien, so viel als nöthig ist, vermehrt werden. Sie sind ferner nur auf der ersten Seite links mit einem leeren Raum zur Benennung des Orts versehen; auf den folgenden Seiten ist die Wiederholung des Orts überflüssig, und nur nöthig, die Nummer, welche demselben auf der ersten Seite vorgesetzt ist, richtig zu wiederholen.
- 13) Die Superintendenten müssen die Speziallisten der Prediger ihren Superintendentenlisten beifügen, und mit diesen zugleich einsenden, damit etwaige Fehler, welche aus unrichtiger Uebertragung der erstern in die letztern entstanden sind, hier gleich ermittelt und berichtigt werden können.
- 14) Wenn die Eintragung in das hiesige Hauptwerk geschehen ist, und sich dabei nichts zu erinnern gefunden hat, werden sämmtliche Listen den Superintendenten bloß per Kouvert zurückgesandt, welche solche den Bezirkspredigern zum fernern Gebrauch wieder zustellen.
- 15) Die Listen müssen der strengsten Wahrheit gemäß und ohne Rechnungs- und Schreibfehler angefertigt werden.
- 16) Eine besondere Rubrik zu Bemerkungen ist nicht gelassen; ist aber etwas außerordentliches anzugeben, z. B. die Geburt von Zwillingen, Drillingen oder Vierlingen, ein Todesfall einer an den Folgen der Vaccination verstorbenen Person, die Anzahl der an Epidemien Verstorbenen, wenn die Krankheit als Epidemie bekannt und von Medizinalpersonen benannt ist, ungewöhnlich hohes Alter und dergleichen, so ist dieserhalb eine besondere Anlage der Liste beizufügen.
- 17) Die mährischen Brüder oder Herrnhuter sind nicht besonders aufzuführen, sondern zu den evangelischen Konfessionsverwandten zu rechnen.
- 18) Von den römisch-katholischen Gemeinden gelangen die Bevölkerungslisten hierher unmittelbar durch die ihnen vorstehenden Pfarrer; da wo letztere in einigen Bezirken des hiesigen Regierungsdepartements nicht vorhanden sind, müssen die evangelischen Ortsprediger von den einzeln wohnenden Katholiken eine besondere Liste anfertigen, und unmittelbar der Regierung einreichen.
- 19) Das Militär darf in die Zivil-Bevölkerungsliste nicht mit aufgenommen werden; dagegen müssen diejenigen Zivilprediger, welche die Pfarrgeschäfte der Militärgemeinden in den verschiedenen Garnisonorten wahrnehmen, die Nachweisungen der Geburten, Trauungen und Todesfälle der Militärgemeinden, oder die eigentliche Militär-Bevölkerungsliste nach dem gedruckten Formular anfertigen, und unmittelbar an die hiesige Regierung einreichen.
- 20) Diese Militär-Bevölkerungslisten enthalten bloß die Nachrichten von den Geburten, Trauungen und Todesfällen des wirklich aktiven Militärs, und es sind in selbige nicht mit aufzunehmen:
  - a. die dimittirten Offiziere und Soldaten, nebst ihren Frauen und Kindern, welche vom Tage ihrer Verabschiedung an, so wie auch die Offizier- und Soldaten, Wittwen und Waisen, zu den Zivilgemeinden ihres Aufenthaltsorts gehören;
  - b. alle



- b. alle Beurlaubte des stehenden Heeres und der Landwehr, so wie auch die zur Kriegesreserve entlassenen Leute mit ihren Familien, welche ebenfalls zu den Zivilgemainen gehören.
- 21) Sämmtliche Bevölkerungslisten müssen unfehlbar bis zum 1sten Februar jeden Jahres abhier eingegangen sein. Von denselben, welche sodann damit, oder mit den ad 6 und 7 gedachten Vakat-Berichten noch rückständig sind, wird die schon früher bestimmte Ordnungsstrafe von fünf Thalern durch Postvorschuß unerläßlich eingezogen.
- Diejenigen Prediger, welche nach den vorstehenden Bestimmungen die Pfarrlisten nicht unmittelbar, sondern durch den Superintendenten einreichen, müssen diese Pfarrlisten in den ersten acht Tagen des Monats Januar an die Superintendenten einreichen, damit letztere zur Anfertigung der Superintendentenliste und Einreichung derselben bis zum 1sten Februar hinlängliche Zeit behalten.
22. Bei Einreichung der Listen ist zugleich der Bedarf an Formularen für das nächste Jahr anzuzeigen, damit solcher geprüft, notirt, und zu seiner Zeit übersandt werden kann. Potsdam, den 3ten Dezember 1817.

Mittels Reskripts vom 24sten Oktober ist von dem Herrn Finanzminister be-  
stimmt worden, No. 321.  
daß die von den Leipziger und Naumburger Messen kommenden, nach Abgabe von  
Pohlen und Rußland durchgehenden, dem Ersatzoll nicht unterworfenen den Res-  
Güter, mit Einschluß der Bücher, Samereien und Kräuter, den zusam- güttern nach  
mengezogenen Satz von drei Thalern für den Zentner an Durchgangszoll Pohlen und  
zu entrichten haben sollen. Rußland.  
e. a. 1633,  
November,

In Verfolg der Verordnungen vom 28ten März v. J. und 27ten Mai d. J.  
wird solches dem Publiko und den betreffenden Zollämtern zur Achtung bekannt  
gemacht. Potsdam, den 3ten Dezember 1817.

Es ist gefehlich, daß alle jetzt in den Preussischen Staaten im Privatverlage No. 322.  
erschienende Kalender der Zensur der Königl. Kalender-Deputation unterworfen Kalender.  
werden. Den in dem diesseitigen Regierungsbezirke befindlichen Privatverlegern 2. a. 233r.  
wird daher hierdurch zur Pflicht gemacht, gedachter Deputation zu diesem Behufe November.  
die Kalendermanuskripte, mit Ausnahme der Artikel, die sie von ihr selbst empfan-  
gen, vollständig mit Einschluß von Titel und erwanigen Vorbericht zuzusenden, auch  
ihre sogleich nach Vollendung des Drucks von jeder Kalendersorte zwei vollständige  
Exemplare, eins zur Ansicht und Disposition des Herrn Finanzministers, und das  
andere zur Aufbewahrung in dem Deputationsarchive, gebunden zugustellen. Ferner  
haben die Privatverleger ihre Manuskripte nicht später, als den ersten Julius jeden  
Jahres einzureichen, indem sonst die Deputation nicht im Stande ist, sie ihnen zeitig  
genug zum Druck und zu den erwanigen Abänderungen zurück zu schicken.

Potsdam, den 5ten Dezember 1817.







Sämmtliche Domänen- und Rentenbeamte derjenigen Ämter, deren Feuer-  
sozietärkataster nicht für das Jahr 1817. umgeschrieben worden sind, werden hier-  
durch angewiesen, binnen 3 Wochen eine beglaubigte Abschrift der Generalrekapitu-  
lation von den zuletzt bestätigten, jetzt noch gültigen Spezialkatastern einzureichen,  
und dieser bloß das Spezialkataster von den Königl. Gebäuden beizufügen, fünf-  
zig aber, der schon bestehenden Vorschrift gemäß, alljährlich selbst in dem Falle,  
daß keine Veränderungen vorgekommen sind, die nöthigen Anzeigen spätestens bis  
zum 20sten Januar jedes Jahres zu machen.

Potsdam, den 2ten Dezember 1817.

No. 325.  
Ämter:  
Feuersozietäts-  
Kataster.  
2. b. 1287.  
November.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Kammergerichts.

Sämmtliche Untergerichte im Departement des Kammergerichts werden hier-  
durch aufgesperrt, die speziellen Listen über die im Jahre 1817. durch rechtskräf-  
tiges Erkenntniß getrennten Ehen spätestens bis zum 1sten Januar 1818. anhero  
einzusenden, und darin der Unterschied:

zwischen Städtlern und Landleuten, genau zu beobachten.

Die sämmtigen Gerichte haben eine mit Kosten verbundene Erinnerung und  
allenfalls Ordnungsstrafe zu erwarten. Berlin, den 4ten Dezember 1817.

No. 63.  
Getrennte  
Ehen.

### Verordnungen und Bekanntmachungen des Königl. Konsistorii der Provinz Brandenburg.

Indem wir mehreren Herren Superintendenten der Provinz Brandenburg den  
von ihnen geforderten Bericht über das, was in ihren Diöcesen in Ansehung der  
Konfessionsvereinigung unter dem gemeinschaftlichen Brodbrechen beim heiligen  
Abendmal bisher, und namentlich am Reformationstage geschehen, nochmals in  
Erinnerung bringen, fordern wir sie Alle hiermit noch besonders auf, spätestens  
binnen 3 Wochen zu berichten, bei welchen Gemelnen der Aktus des Brodbrechens  
auch nach jenem Feste ununterbrochen fortgesetzt worden ist.

Berlin, den 27sten November 1817.

No. 17.  
Konfessions-  
vereinigung.

### Vermischte Nachrichten.

Durch die im Brandenburgischen Landgestüt, Marstalle bei Neustadt an der  
Ossa befindlichen Königl. Landbeschäler sind, während der diesjährigen Be-  
schälzeit, folgende Anzahl Stuten bedeckt worden, wovon der beste Erfolg zu er-  
warten steht, und welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

X 3

I. 3m



**I. Im Potsdamer Regierungs-Bezirk:**

1) zu Marstall Lindenau, incl. 119 durch Hauptbeschlägen bedeckte Privatsturen,	567 Stück
2) zu Kolonie Alt. Saark	117 "
3) zu Wildberg, Amts Alt. Ruppia	104 "
4) zu Amt Seebellin	72 "
5) zu Bielefang	20 "
6) zu Berge, Amts Mauen	125 "
7) zu Amt Liebenwalde	77 "
8) zu Lüdersdorff bei Gransee	91 "
9) zu Vapenbruch	146 "
10) zu Wulfersdorff	162 "
11) zu Rastadt bei Wilsnack	118 "

**1599 Stück**

2) Im Frankfurter Regierungsbezirk im Allgemeinen	272 Stück
3) , Greiffner	863 "
4) , Köstner	354 "
5) , Stralsunder	264 "
6) , Magdeburger	612 "

**Summa der bedeckten Stuten 3954 Stück.**

In der Ost-Preignitz ist beim Dorfe Halenbeck, zwischen den Städten Wittstock, Prignitz, Meyenburg und Frensenstein, eine neue Kolonie angelegt, welche den Namen Allmannskniep erhalten hat.

Der Herr Oberkonsistorialrath Natorp in Münster hat, in diesem Jahre ein Buch herausgegeben „Ueber den Gesang in den Kirchen der Protestanten.“ Ein Beitrag zu den Vorarbeiten der Synoden für die Veredelung der Litungen. Eisen und Duisburg bei G. D. Vadeker, welches wir sämmtlichen Synoden der Provinz Brandenburg, zur Berücksichtigung bei ihren, das Liturgische betreffenden Beratungen, hiermit empfehlen.

Berlin, den 4ten Dezember 1817.

Königl. Konsistorium der Provinz Brandenburg.

(Hierbei ein Extrablatt.)



# Extra-Blatt

50sten Stück des Amts-Blatts der Königl. Regierung zu Potsdam.

Die untenbenannten Personen sind wegen fehlender Legitimation in das Landarmenhaus zu Stralsberg gebracht worden, und haben bei guter Aufführung nur darum noch nicht entlassen werden können, weil sich bisher für sie keine günstige Gelegenheit zu einem ordentlichen Broderwerbe hat finden wollen.

- 1) Heinrich Carl F. e., als Knecht brauchbar, und zu aller Landarbeit tüchtig,
- 2) Anton F. i. s., ein Seltnergeffelle,
- 3) Carl Friedrich S. i. s., zum Hausknecht brauchbar,
- 4) Ulrike Wittwe W. e., als Magd, und zu aller Landarbeit brauchbar,
- 5) Dorothea Louise S. i. s., zum Nähen, Waschen und allen weiblichen Arbeiten zu gebrauchen.

Wer eine dieser Personen in Dienst nehmen will, kann sich mit der Inspektion des gedachten Landarmenhauses in Briefwechsel setzen.

Den 27sten November 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

Der in dem Feldzuge von 1813 bei dem Lieutenant v. Schöning (gegenwärtig im Dienste des 3ten Schlesischen Landwehr-Kavallerieregiments) als Päckknecht gestandene: Gottlieb Lorenz, aus Albnah bei Trebbin, wird, da dessen Aufenschatzort nicht auszumitteln ist, hierdurch aufgefordert, sich zum Empfang der für ihn bestimmten Kriegesdenkmünze für Nichtkombattanten unter gehöriger Legitimation bei dem Landrath Meuß zu Zürlerbogk zu melden. Den 1sten Dezember 1817.

Königliche Regierung zu Potsdam. Erste Abtheilung.

## St e c k b r i e f.

Der wegen Diebstahls inhaftirte und unten näher beschriebene Tagelöhner Friedrich Blankenburg aus Ahlmsbwalde, ist dem Gefangenwärter zu Rindgenwalde in der Nacht vom 30sten November zum 1sten Dezember entsprungen, und bisher nicht wieder eingefangen worden. Alle resp. Militär- und Zivilbehörden werden daher von uns gehorjamst und ergebenst ersucht, den Blankenburg, wo er sich betreff. n. löst, sofort zu arrestiren und unter sicherer Begleitung gegen Erstattung der Kosten an uns hieher abhelfern zu lassen.

Dresden, den 1sten Dezember 1817.

Ablich von Ahlmsche Majoratsgerichte zu Rindgenwalde.

P e r s o n b e s c h r e i b u n g.

Infulpat ist 46 Jahr alt, von kleiner aber robuster Statur, mißt 5 Fuß und 1 bis 2 Zoll, hat blonde kurz abgeschnittene Haare, gläuliche tiefstehende Augen, starke

No. 50.



starke Augenbraunen, und ein matirtes Gesicht. Besonders künlich ist er an seinem scheuen Blick, wenn er niemanden gerade ins Gesicht sehen kann, und an seiner Cuade, wenn man sich mit ihm ins Gespräch einläßt. Bekleidet war er mit einem alten dunkelblauen Tuchüberrock, dergleichen grauen Weste, kurzen Hosen und Stiefeln.

Der von uns mittelst Steckbriefs vom 3ten Oktober c. verfolgte Verbrecher ist wieder eingebracht worden.

Freienwalde an der Oder, den 27sten November 1817.

Der M a g i s t r a t

B e f a h l s m a c h u n g  
Es ist am 17ten d. M. eine 12jährige schwarze Stute, 3 Zoll hoch, mit welchem linken Hinterfuß, und H. K. O. gezeichnet, von der, Welche des Freienwalder Kiez entlaufen.

Sollt dieses Pferd sich irgendwo anfinden, so wird gebeten, solches anzuhalten, und den Unterzeichneten gegen Erstattung aller Kosten davon zu benachrichtigen.

Hönowitz, den 28sten November 1817.

Der Kossack G a r t h o w.

Es ist, uns von Seiten des Hohen Ministerii der Finanzen und des Handels, mittelst Patents vom 10ten Oktober d. J. das ausschließliche Recht zur Fabrikation und zum Verkauf des von dem Herrn Oberbaurath Erckl. hieselbst erfundenen, und mit dem Namen „Eckelometer“ belegten neuen Winkelmess-Instrumentes, von dessen Einrichtung eine Beschreibung und Zeichnung bei den Akten des Hohen Finanzministerii niedergelegt ist, auf acht hinter einander folgende Jahre ertheilt worden; welches wir hiedurch, den Befehl gemäß, zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Bestellungen auf dieses Instrument, welches wir, und zwar nur hieselbst unter der gefälligen Aufsicht des Herrn Erfinders anfertigen lassen, und dessen Einrichtung näher aus einer von demselben verfaßten, bei uns zu habenden Druckschrift zu erschen ist, die der Käufer des Instrumentes unentgeltlich erhält, einzeln aber 1 Thlr. kostet, werden von uns jederzeit angenommen und prompt erfüllt. Wir versprechen den möglichst billigen Preis. Berlin, den 1sten November 1817.

Maurersche Buchhandlung, Poststraße Nr. 29.

Der ausführliche Titel der Druckschrift ist:

Vom  
E a t h e t o m e t e r,  
einem neuen Winkelmess-Instrumente

welches leichter zu verfertigen und wohlfeiler ist, die Winkel genauer mißt, die Berechnung der Figuren erleichtert und weniger Irrthümern der Beobachtung ausge-  
setzt ist, als andere bekannte Winkelinstrumente, von Dr. August Leopold  
Erckl, Königl. Oberbaurath. Mit einer Kupfertafel. Gr. 4. Berlin in der  
Maurerschen Buchhandlung. Preis: 1 Thlr.



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 51. —

Den 19ten December 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Es ist bisher dadurch bedeutender Nachtheil entstanden, daß in den kleinen Orten, wo nur wenig Roggen und Fourage zur Verpflegung der Truppen gebraucht wird, entweder große Vorräthe aufbewahrt wurden, oder wo dies nicht der Fall war, der Bedarf durch Lieferanten beschafft worden ist, indem die Einlieferung alsdann gewöhnlich zu spät erfolgte. Um diesen Uebelständen abzuheffen, hat das Königl. Finanzministerium auf unsere Anträge genehmigt, daß der Brotroggenbedarf in allen nicht am Wasser belegenen Orten, und der Fouragebedarf in denjenigen, für welche die Einlieferung dem hiesigen Kaufmann Erubellus für den Zeitraum vom 1sten December dieses bis Ende April künftigen Jahres nicht bestimmt verbunden ist, durch freiwillige Einlieferungen während des oben gedachten Zeitraums unter nachstehenden Bedingungen beschafft werden soll, daß:

- 1) der Durchschnittspreis der nächsten Kreisstadt am letzten Markttage bewilligt,
- 2) das mehr als gewöhnliche Aufmaas nach diesem Preise vergütet,
- 3) die Kreisbehörde ermächtigt wird, sogleich nach beschleunigter Einlieferung in das Magazin die Zahlung halb in klingendem Gelde, und halb in Tresorschekinen zu leisten, und daß
- 4) die Erstattung der Zahlungen an die Kreiskassen aus den bereiteten Geldern unserer Regierungshauptkasse erfolgen soll.

Die Orte, wofin die Einlieferung der Fourage dem ic. Erubellus verbunden ist, sind Potsdam, Brandenburg, Ansb., Verleberg, Rathenow, Spandau, Schwedt, Bernau, Neu-Ruppin, Templin und Prenzlau. Da zu erwarten ist, daß die Einwohner der übrigen Orte, oder falls diese etwa nicht Roggen und Fourage haben mögten, die der benachbarten die Einlieferungen unter obigen äußerst vorthellhaften Bedingungen sehr gern leisten werden, so haben die landrättslichen Behörden unsers Departements den Bedarf auf diese Art zu beschaffen, und sich solchen zu dem Ende

No. 326.

Freiwillige  
Roggen- und  
Fourageliefer-  
ungen zur  
Militärver-  
sorgung.  
v. m. 1194.  
December.







Nur die Gemeinheitscheilungen in den Domänen, in den Besitzungen der Domaineneinfassen und in den durch das Edikt vom 30sten October 1810 aufgehobenen geistlichen Gütern und deren Einfassen gehören zum Geschäftskreise der Regierung; alle Gemeinheitscheilungen in Besitzungen, deren Jurisdiktionarius nicht der Fiskus ist, gehören zu dem Geschäftskreise des Landes, Justizkollegii der Provinz, also des Königl. Kammergerichts. Bei Besitzungen gemischten Refortis entscheidet die überwiegende Größe der Besitzungen des Fisci und dessen Einfassen oder Besitzungen eines Privat-Jurisdiktionarii und dessen Einfassen, ob die Gemeinheitscheilung von der Regierung oder von dem Königl. Kammergericht geleitet werden muß. Uebersteigt also die Größe der Domänenbesitzungen die Größe der Besitzungen eines andern Jurisdiktionarii, so gebührt die Leitung der Gemeinheitscheilung der Regierung; so wie im umgekehrten Falle, wenn die Größe der Besitzungen von Privat-Jurisdiktionarii die Größe der Besitzungen des Fisci und deren Einfassen übersteigt, die Leitung der Gemeinheitscheilung dem Königl. Kammergericht gebührt. Gemeinheitscheilungen in städtischen Besitzungen, welche keiner Amtes-Jurisdiktion unterworfen sind, gehören zum Refort des Königl. Kammergerichts. Kirchen, Pfarren und Schulen folgen der Ortsjurisdiktion.

(cfr. Entscheidung der Jurisdiktionskommission vom 20sten Dezember 1779 in Kleins. Annalen Band VII. Seite 247. vom 10ten November 1781 ibid. VIII. pag. 283. vom 13ten Dezember 1798. Stengels Beiträge Band VII. pag. 143. Reskript des Justizministers an das Königl. Kammergericht vom 10ten Juni 1815 in den Jahrbüchern des v. Kamph B. VI. S. 11.)

Die von dem Königl. Kammergerichte angestellten Justiz-Separationskommissionen können daher nur diejenigen Gemeinheitscheilungen einleiten, welche zum Refort des Königl. Kammergerichts gehören; wenn Gemeinheitscheilungen bei ihnen angemeldet werden, welche zum Refort der Regierung gehören, so müssen sie die betreffende Abhandlung zur weiteren Verfügung der Regierung einreichen, welche sodann bestimmen wird, welcher Kommissarius die Sache forsetzen soll.

Die Regierung interessiert bei allen zu ihrem Refort gehörigen Gemeinheitscheilungen, außer ihrer Qualität als leitende Behörde, in der Regel als Partei in der Eigenschaft eines Grundbesizers (Domainenvorwerks, Forstgrundes u. s. w.) Obereigentümers (Hinsichts von Pacht, oder Pächtern u. s. w.) oder als geistliche Obere (wegen der Kirchen, Pfarren, Küsterei, und Schulbesitzungen u. s. w.)

Da die Leitung der Sache von der Ersten Abtheilung der Regierung ausgeht, (Regierungsinstruktion vom 23sten October 1817 §. 2. Seite 249 der Gesessammlung) und sich alle Operationen der Gemeinheitscheilung bei dem zur Bearbeitung derselben ernannten Kommissarius vereinigen, so hat dieser in der Regel unmittelbar dasjenige zu berichten, was die Leitung der Sache betrifft, und diesen Bericht an die Erste Abtheilung der Regierung zu richten, wogegen er alle Erklärungen, welche von der Regierung als Partei beigebracht werden müssen, von den betreffenden Domänen, Forst, Rentämtern, von den Mißbrauchern der geistlichen Grundstücke (Predigern, Kirchenvorstehern, Küstern, Schullehrern u. s. w.) erfordern muß.



Die Domänen-, Forst- und Rentämter berichten über ihre als Parteien abzugebenden Erklärungen an die Zweite Abtheilung der Regierung, wogegen die Messbraucher der geistlichen Grundstücke an die Erste Abtheilung berichten. Sachverständige, als: Dekononlekommissarien, Feldmesser, Beniteurs, Forstparanten u. s. w. haben sich wegen aller eine Gemeinheitstheilung betreffenden Angelegenheiten und selbst wegen Kostenvorschüsse nur an den von der Regierung ernannten Kommissarius zu wenden, weil nur auf den Bericht des letztern Verfügungen, welche die Leitung der Sache betreffen, erlassen werden können. Keinem Kommissarius oder dessen Mitarbeiter steht die Befugniß zu, ohne Genehmigung der Regierung Kosten von den Interessenten zu verlangen oder einzuziehen. Wenn sich Feldmesser mit den Interessenten über eine andere, als die in dem Feldmesserreglement vom 29sten April 1813 bestimmte Bezahlung ihrer Arbeiten vereinigen, (§. 111. des Reglements Seite 368. des Amtsblatts vom Jahre 1813) so wird ein solches Abkommen zweckmäßig von dem Kommissarius zu Protokoll genommen, und es ist dabei zu berücksichtigen, daß Fiskus, sofern er als Theilnehmer der Sache zu den Kosten beizutragen hat, nur die in dem Feldmesserreglement vom 29sten April 1813 enthaltenen Sätze zahlt. Jeder Bericht eines Kommissariats über vorschussweise oder endliche Kostenentziehung muß gleichzeitig das Gutachten über deren Vertheilung unter die Interessenten unter Beifügung des Vertheilungsplanes enthalten, es wäre denn, daß die Vertheilung schon durch Vergleich festgestellt worden wäre. Diese Kostenreparaturen des Kommissariats dürfen indeß nicht die wirkliche Vertheilung der Summe enthalten, sondern es reicht hin, wenn nur die Quote desjenigen angegeben wird, was jeder Interessent hierzu beizutragen hat. In Absicht des Kostenpunktes überhaupt werden die Kommissarien die Vorschrift des Anhangs zur Gerichtsordnung §. 298. beobachten.

(Die Verhandlungen vom Jahre 1791. Band X. Seite 310 — 327. der Kleinschen Annalen der Gesetzgebung enthalten schätzbare Materialien zur Beurtheilung dieses Gegenstandes.)

Da nur Generalien in Gemeinheitstheilungs-Angelegenheiten Portofreiheit genießen, so müssen alle Berichte der Kommissarien frankirt werden, (Zirkulare vom 25sten August 1770 und 27sten November 1770. Ediktsammlung Seite 7332 und 7429) es wäre denn, daß solche nur das fiskalische Interesse betreffen, in welchem Falle die gehörig portofreie Rubrik zu gebrauchen ist. Da auch nach der Zirkularverordnung vom 10ten März 1797 Band I. 2. (X. 980. der Ediktsammlung) Gebühren der Kommissarien aus Königl. Kassen Porto zahlen müssen; so können die Kommissarien auf portofreie Uebersendung ihrer Gebühren in denjenigen Fällen keinen Anspruch machen, in welchen Fiskus diese Kosten zahlt. Für die gehörige Wahrnehmung der Rechte der Kleinen, Pfarren, Rittersen, Schulen u. s. w. müssen die Kommissarien von Amtswegen sorgen, und aller Veranlassung zur künftigen Zerungen vorbeugen, indem nur als Ausnahme von der Regel die besondere Wahrnehmung der Rechte derselben durch einen dritten, außer den obgeleiteten, gene-



























### Polizei-Bekanntmachung.

Der Schnellbergeselle Johann August Gottfried Petri aus Otterstädt im Schwarzburg-Sondershausischen gebürtig, 22 Jahr alt, hat seinen am 19ten v. M. in Berlin ausgestellten Reisepaß auf dem Wege von dort bis hiesher angeblich verloren. Zur Verhütung eines Mißbrauchs wird dies zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und der qu. Paß für ungültig erklärt.

Potsdam, den 2ten Dezember 1817.

Königl. Polizeidirektor hiesiger Residenz.  
Flesche.

### A n z e i g e.

Es hat der angebliche Hauptmann Freiherr von Hamilton, Ritter des eisernen Kreuzes und des russischen St. Andreasordens, dem Vernehmen nach Atteste des hiesigen Stadgerichts nachgemacht, und falsche gerichtliche Urkunden unter dessen Siegel gefertigt. Es wird jedermann gewarnt, denselben auf angebliche Urkunden des hiesigen Stadgerichts Geld anzuleihen.

London, den 11ten Dezember 1817.

### D a s S t a d t g e r i c h t.

#### Verkauf von Grundstücken.

Es sollen die zum Nachlaß des verstorbenen Gastwirths und Postwärters Mohnte hieselbst gehörige Grundstücke, als:

- 1) eine Wellbürgerstelle mit dazu gehörigen Ländereien mit der Laxe der 1227 Rthlr. 18 Gr.
  - 2) eine Scheune vor dem Prigwalter Thore 52 Rthlr. 18 Gr.
  - 3) eine Scheune im Hagen 56 Rthlr. 22 Gr. 6 Pf.
  - 4) ein Dorfstellen, Garten 40 Rthlr.
  - 5) ein Hagengarten 30 Rthlr.
  - 6) ein dito 30 Rthlr.
  - 7) ein Hofs Garten 26 Rthlr. 16 Gr.
  - 8) ein Kunstgarten 15 Rthlr.
  - 9) ein Baum, Kamogarten 15 Rthlr.
  - 10) ein besonders zum Hause nicht gehöriges Hausland mit der Laxe der 216 Rthlr.
  - 11) eine halbe Hufe Acker im Mönker und Dupower Felde 628 Rthlr. 11 Gr. 4 Pf.
- auf den Antrag der Erben und Vormünder Theilungshalber öffentlich meistbietend verkauft werden, und stehen die Bietungstermine
- auf den 31sten Dezember 1817,  
auf den 31sten Januar 1818 und  
auf den 7ten März 1818.

allemaal Morgens um 10 Uhr in der hiesigen Gerichtsstube an. Kaufsüßige, welche diese Grundstücke zu besitzen fähig sind, werden vorgeladen, in diesen Terminen

ihre















Die zu Proßen bei Jechbellin belegene, den Müllerschen Minorennen gehörige Windmühle soll von Marien 1818 an anderweitig verpachtet werden, und ist dazu ein Termin auf den 21sten Februar 1818 Vormittags 10 Uhr in Proßen angesetzt worden, wozu Pachtlustige eingeladen werden.

Marien, den 21sten November 1817.

Die von Kleistschen Gerichte zu Proßen.

---

### Fischerelverpachtung außerhalb Berlin.

Die mit Trinitatis 1818 pachlos werdende Fischerel in den drei Kölln Seen, welche in der Königlich Grinnithschen Forst beim Köllnschen Theerosen belegen sind, soll auf Verfügung der Königl. Regierung zu Potsdam auf andere sechs Jahre öffentlich verpachtet werden, und ist hierzu ein Bietungstermin auf den 12ten Januar 1818 Vormittags 10 Uhr an gewöhnlicher Gerichtsstelle hieselbst angesetzt.

Joachimsthal, den 18ten Oktober 1817.

Königl. Preuß. Schulamtsgerichte.

---

### Brennholzverkauf.

Mit höherer Genehmigung sollen die auf den Ablagen des Tegelschen Forstreviers befindlichen

20	Haufen	Eichen	} Kloben Brennholz.
20	"	Birken und	
80	"	Kiefern	

in Summe 120 Haufen

den 29sten d. M. Vormittags um 10 Uhr in dem neuen Krüge zu Tegel öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Kauftebhaber, welche das Holz zuvor in Augenschein nehmen wollen, haben sich deswegen bei dem Herrn Oberförster Gluttmann in Tegel zu melden.

Charlottenburg, den 19ten Dezember 1817.

Königl. Preuß. Forstinspektion Spandau.

---



Da die Hallische fahrende und reitende, so wie die Clevische fahrende und reitende Posten jetzt des Dienstags und Sonnabends Abends von Berlin abgehen, so geht die hiesige Potsdamer fahrende Post, um mit den erwähnten Posten in Verbindung zu kommen, an den gedachten Tagen des Morgens um 9 Uhr ihrer Bestimmung gemäß von hier ab, und fährt Nachmittags von Potsdam zu der bekannten Zeit wieder zurück.

Spandau, den 17ten Dezember 1817.

Königl. Preuß. Postamt.

---

Um den Dörfern des Oberbruchs eine zweckmäßige Postkommunikation zu verschaffen, hat Ein Königlich Hochpreussisches General-Postamt drei Briefsammlungen in gedachtem Bruche, und zwar:

in Neu-Küstrinchen, unter dem Kantor Rhein,  
in Neu-Erbin, unter dem Kantor Gölzow,  
in Neu-Trebbin, unter dem Kantor Hennung,

einrichten lassen.

Die Post dorthin wird regelmäßig Montags und Freitags, nach Ankunfte der hiesigen Posten, Vormittags von hier abgefertigt, und kehrt Dienstags und Sonnabends, zum Anschluß an die abgehenden Posten, zurück.

Das Binnenporto für einen einfachen Brief, welcher an diesen Orten zur Post gegeben wird, ist bis Briefen auf 6 gute Pfennige festgesetzt worden. Das bisherige Binnenporto nach dem Oberbruche leidet dadurch aber keine Veränderung.

Gedachte Briefsammlungen werden auch Bestellungen auf Zeitungen, Gesellschafsammlungen, Amts- und Intelligenzblätter annehmen.

Briefen, den 17ten Dezember 1817.

Königlich Preussisches Postamt.

---



# Amts-Blatt

der

Königlichen Regierung zu Potsdam.

— No. 52. —

Den 26sten Dezember 1817.

## Verordnungen und Bekanntmachungen der Königlichen Regierung zu Potsdam.

Nach einer Verfügung des Königl. Ministerii des Innern vom 5ten d. M. soll No. 331.  
der auf die Städte unsers Reglerungsdepartements repartirte Servisbeitrag noch Servisbei-  
für das Jahr 1818 eingejogen werden, da sich gegenwärtig noch nicht mit Gewiß- träge pro  
heit voraussehen läßt, wann die neue Steuerverfassung soweit vorgerückt und zur 1818.  
Ausführung gebracht sein wird, daß in Verbindung damit auch eine Reform des I. m. 1493.  
Serviswesens wird angenommen werden können. Dezember.

Die Magistrate und Servisbehörden haben daher für das Jahr 1818 bis auf  
weitere Verfügung den Servis nach den festgestellten Beitragsfähen in den vor-  
geschriebenen Terminen an die hiesige Provinzial-Serviskasse einzusenden.

Potsdam, den 19ten Dezember 1817.

Sämmtlichen Herren Landräthen unsers Departements wird in Bezug auf die No. 332.  
Verfügung vom 16ten Junius 1815. (P. 890 Mat) hiemit in Erinnerung gebracht, Landarmen-  
bei der in diesem Monat vorzunehmenden Revision der Personensteuer, auch die gelder.  
Landarmengelder-Anlagen jedes Orts zu revidiren, und dahin zu sehen, daß keiner I. p. 3253.  
in den letztern Anlagen übergangen wird, der in den Personensteueranlagen aufge- November.  
führt wird und Landarmengeld zu entrichten verpflichtet ist.

Potsdam, den 16ten Dezember 1817.

Die Verordnungen Nr. 488. des Amtsblatts vom Jahre 1812. und No. 23. des No. 333.  
Amtsblatts vom Jahre 1813, nach welchen Landleute nicht mit Schlitzen ohne Gelaute Schlitten-  
oder ohne Delchfel zur Stadt fahren sollen, und welche für jeden Kontraventions- fahren.  
fall Einen Thaler Polizeistrafe festsetzen, werden hierdurch in Erinnerung gebracht. I. p. 1410.  
Potsdam, den 19ten Dezember 1817. Dezember.



























